SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
LVX
FIAT
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

MAR 23 1920
UNIV. OF CALIFORNIA

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst

Herausgegeben von Georg Cleinow

77. Jahrgang — Jährlich 52 Hefte

Nr. 14

Auf dem Wege zum Frieden. Betrachtungen zur Weltlage. Von Georg Cleinow 1

Kriegsgewinne. Von Professor Dr. F. Zadow 4

Zur römischen Frage. Von Professor D. Dr. Albert Werminghoff 9

Die Einheit unserer Nationalbildung. Von Professor Paul Sickel 14

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Otto Hammann: „Der neue Kurs." Von G. Cl. (S. 21)

Parteilose Wählerstimmen. Von Prof. Dr. Sch. (S. 22)

Randglossen zum Tage

An den Herausgeber. Von Nemo. (S. 23)

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Ausgegeben am 5. April 1918

60 Pf. das Heft

Berlin SW. 11

Tempelhofer Ufer 35a

7,50 Mark vierteljährlich

Anzeigen-Annahme durch den Verlag der Grenzboten, Berlin SW 11, und durch alle Annoncenexpeditionen.

Anzeigen

Anzeigenpreis 40 Pf. die 3 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum.

Germania
Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin
Sicherheitsfonds 455 Millionen Mark
Lebensversicherung mit ärztlicher Untersuchung mit und ohne Einschluß der Invaliditätsgefahr.
Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung mit durchweg garantierten Leistungen.
Aussteuer-, Leibrenten-, Unfall-, Haftpflicht-, Frauen- und Kinder-Versicherung.
Hervorragend günstige Bedingungen in allen Geschäftszweigen der Gesellschaft. Prospekte und jede weitere Auskunft kostenfrei.

Rußland!

Das Leben in einer russischen Kleinstadt stellt in anschaulichster Weise dar:

Alex. Andreas:

Botscharow der Großkaufmann.

M. 4,— geheftet : : M. 5,— geb.
Teuerungszuschlag 25%.

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H. Berlin SW. 11.

Unterrichts-Anstalten

Dr. Fischersche Vorbildungsanstalt
Berlin W 57, Zietenstrasse 22—23 — Leiter Dr. Schünemann — Gegründet 1888

für Fahnenjunker, Kriegsfreiwillige, überhaupt alle Militär- und Schul-Exam., auch für Damen. Empfehlungen aus ersten Kreisen, hervorragende Erfolge, Stamm altbewährter Lehrkräfte. Unterricht während der Kriegszeit ohne Einschränkung. Bis 1. Jan. 18 bestanden 5045 Zöglinge u. a. 3196 Fahnenjunker, 1917 u. a. noch 33 Abitur. (5 Damen), 22 Prim., 144 Einjähr. Vorbereitung Beurlaubter und Kriegsteilnehmer zu allen Prüfungen.

Königliche Bergakademie zu Freiberg in Sachsen.
(152. Studienjahr.)

Aufnahmen für das **Sommerhalbjahr 1918** erfolgen vom **8. April bis mit 4. Mai 1918.** Druckschriften versendet das **Sekretariat** kostenlos.

Die Militär-Vorbereitungsanstalt zu Gross-Lichterfelde, Ringstrasse 105

bereitet seit 1904 besonders auf die Fähnrichprüfung u. Prüfung für Prima vor. Unterricht durch 7 Professoren und 2 Oberl. in kleinen Klassen. Prospekt frei. Hempel, Professor, früher langjähriger Lehrer im Cadettenkorps.

Vorbildung z. Einj.-, Prim.-, Abit.-Prfg. i. Dr Harangs Ans'., Halle-S. 71.

Interessante Bücher!
Verlangen Sie kostenlose Prospekte von Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla

Das Evang. Pädagogium Godesberg a. Rh.
Gymnasium, Realgymnasium, Realschule m. Einj.-Berechtig.

bietet seinen Schülern gediegenen Unterricht in kleinen Klassen. Förderung ihres geistigen und leiblichen Wohles durch eine familienhafte Erziehung in Gruppen von 10—20 Knaben in den 15 Wohnhäusern der Anstalt. Viel körperliche Bewegung bei reichlicher, vernünftiger Ernährung.

Jugend-Sanatorium in Verbind. mit Dr. med Sexauers ärztl. päd. Institut | Zweiganstalt in Herchen a. d. Sieg in landl. Umgebung u. herrl. Waldluft

Drucksachen durch den Direktor Prof. O. Kühne in Godesberg a. Rh.

Belgiens Vergangenheit und Zukunft

von

Prof. Dr. C. Bornhak

M. 1.25

Teuerungszuschlag 25%.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H. Berlin SW. 11

v. Hartungsche Anstalt
Cassel-Wilhelmshöhe

Vorbereitung für alle Schul- und Notexamina, besonders Fähnrichexamen. — Prospekt durch den Direktor E. Tepl.

UNIV. OF
CALIFORNIA

Die Grenzboten

11. Jahrgang. Zweites Vierteljahr

UNIV. OF
CALIFORNIA

UNIV. OF CALIFORNIA

Die

Grenzboten

Zeitschrift für

Politik, Literatur und Kunst

Herausgeber

Georg Cleinow

77. Jahrgang

Zweites Vierteljahr

Berlin

Verlag der Grenzboten G. m. b. H.

1918

UNIV. OF
CALIFORNIA

HP30
G7
v.77:2

Inhaltsverzeichnis

Jahrgang 1918. Zweites Vierteljahr

Heft Seite

Politik, Geschichte, Kolonialwesen, Militär

Auslandsdeutschtum, Das — und das neue Reich, von Dr. Hermann Ullmann 17, 89
Biegen oder brechen? 17, 89
Bündnisses, Zur Vertiefung des —, von Dr. Hermann Ullmann 22, 228
„Comme chez nous", von Dr. Heinrich Otto Meisner 25, 314
Czernin, von G. Cleinow 17, 81
Deutschösterreich und die südslawische Frage, von Prof. Dr. Robert Sieger 23, 241
Elsaß-lothringische Frage, Ideale und Irrtümer der —. 1. Vor hundert Jahren. 2. Im Kampf um Kaiser und Reich von Dr. Paul Wentzcke 25, 295; 26, 326
Frankreich, Italien und die Kaiserbegegnung von F. E. 23, 262
Französischen Sozialisten, Der Frankfurter Friede und die —, von Geh. Justizrat Prof. Dr. Th. Niemeyer. 18, 112
Frieden, Auf dem Wege zum —, Betrachtungen zur Weltlage, von Georg Cleinow . . . 14, 1
Gewähltenrecht, Ein —, von Ralf Scheffer . 15, 44
Grenze, Das Haus an der —, von Dr. Friedrich Freund. 22, 217
Höhepunkt des Krieges, Am —. Betrachtungen zur Weltlage, von Georg Cleinow . . . 26, 321
Kaiserbegnung, Frankreich, Italien, und die —, von F. E. 23, 262
Lesung, Nach der dritten — 21, 210
Mecklenburg, Das neue —, von Prof. Dr. Conrad Bornhak 16, 67
Mitteleuropa und die Polen, von Georg Cleinow 24, 265
Nationalitätsproblem, Das —, die Proportionalwahl und die relative Selbstverwaltung von Prof. Dr. Georg von Wendt 16, 71
Offenen Tür, Die Politik der — und der Weltkrieg von Prof. Dr. J. Hashagen 17, 102
Parallelen äußerer und innerer Politik . . . 16, 76
Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland 23, 254
Polenfrage, Die — als Problem der Reichspolitik von Georg Cleinow 16, 57
Polenfrage, Die — vor der Entscheidung, von Georg Cleinow 19, 137
Polenpolitik, Materialien zur —, von H. . 26, 340
Polen, Mitteleuropa und die —, von Georg Cleinow 24, 265
Politik und Armee 20, 182
Polnische Regentschaftsrat, Der — berichtigt, Vergl. den Aufsatz „Die Polenfrage vor der Entscheidung" in Heft 19 d. J., von G. Cl. 25, 320
Preußen, Die Machtfrage in —, von Georg Cleinow 25, 289
Randglossen zum Tage. An den Herausgeber von Remo 14, 23; 15, 47; 17, 96; 18, 127; 19, 160; 21, 208; 23, 251; 24, 285
Römischen Frage, Zur —, von Prof. Dr. Albert Werminghoff 14, 9
Rückversicherungsvertrag, Der deutsch-russische —, von S. Raschdau 15, 25
Rumänien, Der Frieden mit —, von Georg Cleinow 15, 49
Rußland, Das werdende —, Hetman Pawlo Skoropadski, von Georg Cleinow . . . 20, 169
Rußland und Italien, Zwischen —, Oesterreich-ungarische Kriegszielpolitik, von Dr. Karl Buchheim 18, 105
Skoropodski, Hetman Pawlo — s. Rußland, das werdende —, von Georg Cleinow . . 20, 169
Skoropadski, Pawel Petrowitsch —, von G. Cl. 21, 215
Spanien und Deutschland, Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen — und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriege, von Prof. Dr. H. Großmann 22, 220
Südslawische Frage, Deutschösterreich und die —, von Prof. Dr. Robert Sieger . . . 23, 241
Südslawische Frage, Die — in Oesterreich-Ungarn, von Prof. Dr. Robert Sieger . . . 16, 62
Triest, Wie — an Oesterreich kam, von Prof. Dr. Robert Nagel 24, 276
Tropenwirtschaft, von Prof. Dr. Karl Sapper 19, 153
Waffenbund Mitteleuropa, von Georg Cleinow 21, 193
Wählerstimmen, Parteilose — von Prof. Dr. Sch. 14, 22
Wahlrecht, Der Kampf um das kommunale —, von Dr. Friedrich Reiche 16, 73
Wahlrechtsproblem, Das — nach der zweiten Lesung 19, 162
Wahlrechtsreform in Preußen, Zur — . . . 20, 190
Wahlverfahrens, Reform des —, von H. von Recklinghausen 22, 226
Westgrenze s. Haus an der Grenze 22, 217
Zollgesetz, Das preußische — vom 26. Mai 1818, seine Bedeutung für Preußen und den deutschen Zollverein, von Dr. W. Menn 20, 175

49733

Heft Seite

Volkswirtschaft, Verwaltung, Sozialwesen

Bodenrechtsreform von Hanns Czekalla . . 15. 33
Brotration, von Junius 22, 237
Demobilisierung der weiblichen industriellen Armee, von Dr. Agnes Bluhm 18, 127
Kriegsgewinne, von Prof. Dr. F. Zadow . . 14, 4
Olymp, Gespräch im —. Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeiger 26, 335
Pink-Pank. Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigger 22, 233
Tropenwirtschaft, von Prof. Dr. Karl Sapper 19, 153
Wirtschaftlichen Beziehungen, Die — zwischen Spanien und Deutschland und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriege, von Professor Dr. H. Großmann 22, 220
Wirtschaftsnachrichtendienst, von Fritz Röll . 24, 269
Zollgesetz, Das preußische — vom 26. Mai 18'8, seine Bedeutung für Preußen und den deutschen Zollverein, von Dr. W. Menn . . . 20, 175

Rechtsfragen, Bildung und Erziehung, Kirche

Bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfen, Zu den —, von Geh. Hofrat Prof. Dr. Oetker . 20, 188
Mecklenburg, Das neue —, von Professor Dr. Conrad Bornhak 16, 67
Nationalbildung, Die Einheit unserer —, von Professor Paul Sickel 14, 14
Römischen Frage, Zur —, von Prof. D. Dr. Albert Wermingboff 14, 9
Volksstimmrecht und Völkerrecht, von Dr. M. de Jonge. 17, 101

Kulturgeschichtliches, Länder-, Völker- und Sprachenkunde

Altern, Das — der Völker und Kulturen, von Dr. Richard Müller-Freienfels 23, 245
Franzosen, Sind die — die echten Erben althellenischen Geistes?, von Professor Eduard Wechßler 18, 115
Frau, Die französische — bei Beginn der Revolution, von Studienrat Dr. Willi Müller 15, 37
Pariser Welt und Halbwelt zur Zeit der Direktorialregierung von Studienrat Dr. Willi Müller 21, 201

Literatur, Kunst, Philosophie

Baltischen Literaturgeschichte, Zur —, von Dr. W. Neumann 24, 280
Dichtung und Quelle, von Dr. Karl Bittmann 20, 180
Drama, Ein — des Weltkrieges, von Prof Dr. Walther Janell 19, 167
Ewigen Frieden, Der Traum vom —, von Prof. Dr. Theobald Ziegler 17, 92
Overbeck, Christian Adolf, Gedichte und anderes, s. Aus „Frizchens Liederbuch", von Luise Kepisch-Overbeck 25, 304
Reformation und Literatur, von Alfred Götze 20, 191

Romane, Novellen, Gedichte.

Estnische Sagen, von Maria Schade 20, 182
Fliegerlied. Gedicht von Carl Cleinow † . . 24, 285

Bücherbesprechung.

Braun-Artaria, Rosalie, Von berühmten Zeitgenossen (Frieda Port) 22, 239
Czernin, Graf Ottokar, Politische Betrachtungen (Georg Cleinow) 17, 83
Fendrich, Anton: Mehr Sonne . . . . . 23, B
Flämische Literatur (Sammelbericht) (Dr. R. Schacht) 18, 135
Gelderen, J. van: Duitsch Woordenboek (Prof. Dr. C. Th. Lion) 22, 240
Grimmelshausen, Simplicius Simplicissimus 17, B.
Hammann, Otto: Der neue Kurs (G. Cl.) (R. Raschdau) 14, 21; 15, 25
Hauptmann, Gerhard: Der Ketzer von Soana (M. K.) 20, 191
Hesele, Hermann: Zur Psychologie der Etappe 14, B
Kaufmann, E: Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung 23, 261
Litt, Th.: Geschichte und Leben (Dr. Knüfermann) 24, 288
Luther, A.: Rußland (Prof. Kranz) . . . . 19, B
Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat — Preußen und Deutschland im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. (Dr. H. O. Meisner) 18, 133
Merker, Paul: Reformation und Literatur (Alfred Götze) 20, 192
Meyer, Postrat Otto: Zur Wahlrechtsreform in Preußen 20, 190
Molden, Berthold: Alois Graf Ahrenthal (Dr. K. Buchheim) 18, 106
Niederländische Literatur (Prof. Dr. C. Th. Lion) 24, B
Ostwald, Wilhelm: Die Farbenfibel (Levy-Suhl) 16, B
Pfordten, H. von der: Deutsche Musik (Dr. R. Hohenemser) 26, 343
Reich, Hermann: Die Flotte (Prof. Dr. Walther Janell) 19, 167
Rocha Bogumil: Luther und seine Zeit . . 15, B
Römische Frage, Zur —, Literaturnachweis . 14, 13
Schuchart, Dr. Th.: Die deutsche Außenhandelsförderung (Fritz Röll) 24, 272
Seraphim, Dr. Ernst: Nach Sibirien verschleppt Persönliche Erinnerungen eines aus Dorpat Fortgeführten (M. K.) 25, 319
Siegfried, Walter: Paris vor dem Weltkrieg (Kr.) 18, B
Stapel, Wilh.: Volksbürgerliche Erziehung (M. K.) 18, 135
Sudier, Dr. Walther: Deutsch-Südwest im Weltkrieg (M. K.) 16, 80
Wagemann, E.: Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espirito Santo (Prof. Dr. Karl Sapper) 19, 154
Weber Max: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland 23, 254

Mitarbeiter-Verzeichnis

Bittmann, Dr. Karl: Dichtung und Quelle . 20, 180
Bluhm, Dr. Agnes, Demobilisierung der weiblichen industriellen Armee 18, 127
Bornhak, Prof. Dr. Conrad: Das neue Mecklenburg 16, 67
Buchheim, Dr. Karl: Zwischen Rußland und Italien 18, 105
Cleinow †, Carl: Fliegerlied 24, 285
Cleinow, Georg: Auf dem Wege zum Frieden 14, 1
—, Der Frieden mit Rumänien 15, 49
—, Die Polenfrage als Problem der Reichspolitik 16, 57
—, Czernin 17, 81
—, Die Polenfrage vor der Entscheidung . . 19, 137
—, Das werdende Rußland, Hetman Pawlo Skoropadski 20, 169
—, Waffenbund Mitteleuropa 21, 198
—, Mitteleuropa und die Polen 24, 285
—, Die Machtfrage in Preußen 25, 289
—, Am Höhepunkt des Krieges 26, 321
Czekalla, Hanns: Bodenrechtsreform . . . 15, 33
F. E.: Frankreich, Italien und die Kaiserbegegnung 23, 262
Freund, Dr. Friedrich: Das Haus an der Grenze 22, 217
G. Cl.: „Der neue Kurs" von Otto Hammann 14, 21
—, Pawel Petrowitsch Skoropadski 21, 215
—, Der Polnische Regentschaftsrat berichtigt (Zum Aufsatz: Die Polenfrage vor der Entscheidung" in Heft 19) 25, 320
Götze, Alfred: Reformation und Literatur . . 20, 191
Großmann, Prof. Dr. H.: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland 22, 220
Guggengeigger, Emeritus Adrian: Pink-Pank 22, 233
—, Gespräch im Olymp 26, 335
H.: Materialien zur Polenpolitik 26, 340
Hashagen, Prof. Dr. J.: Die Politik der Offenen Tür und der Weltkrieg 17, 102

	Heft	Seite
Hohenemser Dr. R. Deutsche Musik von H. v. d. Pforten	26,	843
Janell, Prof. Dr. Walther: Ein Drama des Weltkrieges	19,	167
Jonge, Dr M. de: Volksstimmrecht und Völkerrecht	17,	101
Junius: Brotration	22,	287
Kepich-Overbeck, Luise: Aus „Frizchens Liederbuch", Gedichte und anderes von Christian Adolf Overbeck	25,	804
Knüfermann, Dr.: „Geschichte und Leben" von Th. Litt	24,	288
Kr.: „Paris vor dem Weltkrieg" von Walter Siegfried	18,	B
Kranz, Prof.: „Rußland" von A. Luther	19,	B
Levy-Suhl: „Die Farbenfibel" von Wilh. Ostwald	16,	B
Lion, Prof. Dr. C. Th.: „Duitsch Boordenboek" von J. v. Gelderen	22,	240
—, Niederländische Literatur	24,	B
Meisner, Dr. H. O.: „Weltbürgertum und Nationalstaat" — „Preußen und Deutschland im 19 und 20 Jahrhundert" von Fr. Meinecke	18,	188
—, Comme chez nous"	25,	814
Menn, Dr. W.: Das preußische Zollgesetz vom 26. Mai 1818	20,	175
M. K.: „Deutsch-Südwest im Weltkrieg" von Dr. W. Suchier	16,	80
—, „Volksbürgerliche Erziehung" von Wilh. Stapel	18,	135
—, „Der Ketzer von Soana" von Gerhard Hauptmann	20,	191
—, Nach Sibirien verschleppt. Persönliche Erinnerungen eines aus Dorpat Fortgeführten. (Dr. Ernst Seraphim)	25,	819
Müller, Studienrat Dr. Willi: Die französische Frau bei Beginn der Revolution	15,	87
—, Pariser Welt und Halbwelt zur Zeit der Direktorialregierung	21,	201
Müller-Freienfels, Dr. Richard: Das Altern der Völker und Kulturen	23,	245
Nagel, Prof. Dr. Robert: Wie Triest an Österreich kam	24,	276
Nemo: Randglossen zum Tage. An den Herausgeber 14, 23; 15, 47; 17, 96; 18, 127; 19, 160; 21, 208; 23, 251;	24,	285
Neumann, Dr. W.: Zur baltischen Literaturgeschichte	24,	280
Niemeyer, Geh. Justizrat Prof. Dr. Th.: Der Frankfurter Friede" und die französischen Sozialisten	18,	112
Oetker, Geh. Hofrat Prof. Dr.: Zu den bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfen	20,	188
Port, Frieda: „Von berühmten Zeitgenossen" von Rosalie Braun-Artaria	22,	239
Raschdau, L.: Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag	15,	25
Recklinghausen, H. von: Reform des Wahlverfahrens	22,	226
Reiche, Dr. Friedrich: Der Kampf um das kommunale Wahlrecht	16,	73
Röll, Fritz: Wirtschaftsnachrichtendienst	24,	269
Sapper, Prof. Dr. Karl: Tropenwirtschaft	19,	158
Sch., Prof. Dr.: Parteilose Wählerstimmen	14,	22
Schacht, Dr. R: „Flämische Literatur" (Sammelbericht)	18,	135
Schade, Maria: Estnische Sagen	20,	182
Scheffer, Ralf: Ein Gewähltenrecht	15,	44
Sickel, Prof. Paul: Die Einheit unserer Nationalbildung	14,	14
Sieger, Prof. Dr. Robert: Die südslawische Frage in Österreich-Ungarn	16,	62
—, Deutschösterreich und die südslawische Frage	23,	241
Ullmann, Dr. Hermann: Das Auslandsdeutschtum und das neue Reich	17,	89
—, Zur Vertiefung des Bündnisses	22,	223
Wechßler, Prof. Eduard: Sind die Franzosen die echten Erben althellenischen Geistes?	18,	115
Wendt, Prof. Dr. Georg von: Das Nationalitätsproblem, die Proportionalwahl und die relative Selbstverwaltung	16,	71
Wentzcke, Dr. Paul: Ideale und Irrtümer der elsaß-lothringischen Frage. 1. Vor hundert Jahren. 2. Im Kampf um Kaiser und Reich	25, 895;	26, 826
Werminghoff, Prof. Dr. Albert: Zur römischen Frage	14,	9
Zadow, Prof. Dr. F.: Kriegsgewinne	14,	4
Ziegler, Prof Dr. Theobald: Der Traum vom ewigen Frieden	17,	92
✠ Parallelen äußerer und innerer Politik	16,	76
✠ Biegen oder Brechen?	17,	99
—, Das Wahlrechtsproblem nach der zweiten Lesung	19,	162
—, Politik und Armee	20,	185
—, Nach der dritten Lesung	21,	210
—, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland	23,	254

UNIV. OF CALIFORNIA

Auf dem Wege zum Frieden

Betrachtungen zur Weltlage

Von Georg Cleinow

Die militärische Tat im Kriege, darauf gerichtet, den Frieden herbeizuführen, braucht uns durchaus nicht dem Frieden näherzubringen; es ist denkbar, daß militärische Siege, und seien sie noch so glänzend, den politischen Sieg, das ist den Frieden, weiter hinausschieben. Gewonnene Schlachten sind nur dann Etappen auf dem Wege zum Frieden, wenn sie der Psyche des Gegners Rechnung tragen, den Anforderungen der politischen Lage entsprechen und dieser ihren Stempel aufzudrücken vermögen. Auf die Größe der militärischen Handlungen kommt es dabei kaum an: es ist denkbar, daß die Vernichtung mehrerer englischer Armeen und Geländegewinn von hunderttausend Quadratkilometern auf dem europäischen Kontinent ohne merklichen politischen Einfluß bleibt, während wiederholte Beschießung von Paris durch wenige weittragende Geschütze und Fliegergeschwader die politische Front des Feindes erschüttert. Solche Gedanken mögen die Oberste Heeresleitung am ersten Tage der Angriffsschlacht im Westen bewogen haben, ihrer Meldung von der Einnahme der ersten englischen Stellungen die Mahnung beizugeben, das Publikum solle den Umfang des Sieges nicht überschätzen. Das heißt: wir sollen uns des militärischen Erfolges freuen, aber zunächst noch nicht auf größere politische Konsequenzen rechnen! Hermann Stegemann schrieb sehr vorsichtig, aber doch ahnungsvoll am 8. März d. J. im „Berner Bund“: „Eine in diesem Raume angesetzte deutsche Offensive hätte Albert (inzwischen genommen) und Amiens zum Ziel, wo die großen Stapel errichtet sind, deren Verlust die Engländer in Gefahr brächte, den Materialkrieg zu verlieren, auf den ihre Armeen eingeschworen sind. Bricht eine deutsche Offensive zwischen Scarpe und Oise auf Amiens durch, so zerreißt sie die englisch-französische Front an der Nahtstelle und bedroht das unter dem strategischen Schutz der Engländer stehende Paris.“ Und am 24. März fügte der hellseherische Beschreiber des Weltkrieges hinzu: „In dieser Betrachtung waren Fernblicke aufgeschlagen, die sehr weitgreifende Operationen zur Voraussetzung haben und ideale Ziele aufstellen, über deren Erreichung weiter nichts zu sagen ist, da es sich zunächst nicht um bestimmte geographische Punkte, sondern um die lebenden englischen Kräfte handelt, die vor denselben aufgepflanzt stehen. ... Es kann nicht einmal mit Sicherheit behauptet werden, der Abschnitt zwischen Oise und Scarpe sei dem Hauptangriff vorbehalten worden, obwohl es heute so aussieht, als hätte die Deutsche Heeresleitung wirklich die klassische Nahtstelle westlich der Oise hierzu ausersehen.“ — Man ersieht aus diesen militärisch gedachten Sätzen, wie durchaus unpolitisch die Aufgaben sind, die sich die Heerführer in diesem Augenblick zu stellen hatten: Eroberung des englischen Kriegs-

materials in Amiens, Bedrohung von Paris! Der politische Nutzen muß sich von selbst ergeben und — er könnte ausbleiben, wie gesagt, trotz der größten militärischen Erfolge.

Es wird hier an diesen Zusammenhang wieder wie aus Anlaß der Offensive gegen Italien im letzten Herbst erinnert, weil so unendlich viel auch politisch tätige Menschen glauben, die großen Siege im Westen müßten unbedingt den Frieden nach sich ziehen, wie nach der Isonzo-Offensive auf einen Frieden mit Italien gerechnet wurde. Wer so urteilt, hat keine genügende Übersicht über die Weltzusammenhänge und die Stärke der englischen Stellung in ihnen. Man schelte mich nicht einen Pessimisten; ich bin es nie gewesen; ich glaube an einen gewaltigen durchschlagenden Sieg unserer Waffen, und zwar nicht nur an einen militärischen, sondern seit Graf Hertlings erfahrene Ruhe die deutschen Belange vertritt, auch an einen politischen. Noch dazu jetzt, wo der Angriff in einem so überaus glücklichen psychologischen Moment, gewissermaßen als Antwort auf den Schiffsraub in Holland erfolgte! Doch ein politischer Sieg wird voraussichtlich auch nach dem gelungenen Angriff auf Amiens nicht greifbar sein, weil England selbst nach der Abtrennung seiner kontinentalen Front von der der Franzosen nicht an seinem Lebensnerv getroffen wird. An den Frieden dürfen wir erst denken, wenn wir die Engländer, das sind die Erzeuger des Krieges, seine Träger und noch unversiegte Kraftquelle, zum Frieden gezwungen haben. Das Erhebende und Stärkende der gegenwärtigen Offensive liegt in der Tatsache, daß sie auf dem Wege zu diesem Ziel liegt. Der Weg selbst ist aber noch lang, und mir will es scheinen, daß noch eine zweite, an die erste dicht anschließende Waffentat erforderlich sein wird, um einen politischen Erfolg auszulösen.

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfen wir in unseren politischen Hoffnungen nicht zu kühn zu sein. Die Sprengung der Entente, die manch einer erhofft, ist einfach deshalb nicht als politisches Ergebnis der Kaiserschlacht zu erwarten, weil ihr Bestand nicht begründet ist auf der Dauerhaftigkeit der französisch-englischen Nahtstelle an der Westfront, sondern in tief verstrickten Verhältnissen der Weltwirtschaftspolitik. Zudem ist der Geistes- und Nervenzustand der Franzosen ein solcher, auch das Eingreifen der Zivilbevölkerung von Albert in den Kampf spricht dafür, daß in Frankreich eher Revolution als Unterwerfung zu erwarten ist. Die jetzige Regierung und ihre Hintermänner können keinen Frieden schließen, ohne den eignen Kopf zu riskieren. Eine weiter links stehende Regierung könnte nur Trägerin der Anarchie sein, ähnlich wie in Rußland. Daß ein Usurpator sich an die Spitze der Armee stellen könnte? . . . es sind nirgends Anzeichen dafür vorhanden, daß eine entsprechende Persönlichkeit vorhanden wäre. Soll aber der Zersetzungsprozeß in Frankreich militärpolitisch wirksam werden, so müßte es von Italien abgeschnitten und seine Mittelmeerhäfen müßten geschlossen werden. Dann könnte erst mit einem Ausscheiden Frankreichs aus der Reihe der Kämpfenden in absehbarer Zeit gerechnet werden. Das Ende des Krieges bedeutete aber auch diese militärische Tatsache noch nicht.

Wer die Bedeutung einer der auf dem Kontinent geschlagenen Schlachten ermessen will, darf sich nicht darauf beschränken, die Karte von Frankreich, Rußland oder Vorderasien dabei zu Rate zu ziehen, er muß schon die Weltkarte vornehmen. Dann erst bekommt er den richtigen Maßstab für die Tragweite des gewaltigen Geschehens. Es sind nicht mehr europäische Kontinentalkräfte, die gegeneinander wirken, sondern Weltkräfte! In diesem Zusammenhange haben unsere Gegner durchaus recht, wenn sie von dem voraussichtlichen Sieg unserer Truppen im Westen schon jetzt als von einem taktischen Erfolg, nicht aber von einem strategischen sprechen. Die Leistung an sich wird dadurch nicht verkleinert, vielmehr werden die gewaltigen gegeneinander strebenden Kräfte dargelegt und wir erhalten erst einen Begriff von dem, was ein innerlich geeintes und gut geführtes Volk, was unsere Armeen und auch die Bevölkerung daheim schon geleistet haben und was sie noch werden leisten müssen, um den Endsieg erringen zu können.

Der Krieg wird auf der See entschieden werden. Der Ausgang der bevorstehenden Auseinandersetzung über die Seeherrschaft wird die bis dahin getätigten Grenzverschiebungen und Friedensschlüsse bestätigen oder rückgängig machen. Alles was bis dahin geschieht zu Wasser und zu Lande, ist nur die Vorbereitung für die Entscheidung zur See. Wer für die Niederwerfung Britanniens wirkt und wie wir einzig von dieser den Weltfrieden erhoffen kann, muß sich dessen bewußt sein. Solcher Alternative mit Ruhe entgegensehen, ist eine Nervensache. Sollte England vor dem letzten Waffengange die Flagge streichen und sich zu einer Verständigung mit uns bereit finden, um so besser.

Wir glauben indessen nicht, daß die eben eingeleitete Offensive schon eine genügend starke Belastung der englischen Nerven darstellt, um es den Weg zum Vergleich suchen zu lassen. Die Hoffnungen auf das Eingreifen Amerikas, auf die unserer harrenden Schwierigkeiten in Rußland, auf die eignen Siege in Syrien und Palästina, auf Japans Hilfe und auf die Haltung der skandinavischen Reiche enthalten noch zuviel Stärkungsmittel, um damit die öffentliche Meinung irrezuführen. Die an Landesverrat grenzende Veröffentlichung des Fürsten Lichnowski stärkt sie überdies in ihrem Rechtsbewußtsein. Vom Standpunkt der Briten aus gesehen, hat sich die Weltlage trotz der vier Friedensschlüsse doch nicht so sichtbar zu unsern Gunsten verschoben, wie es notwendig wäre, um die britische Regierung zur Vernunft zu bringen. Außerdem ist die Tatsache nicht zu unterschätzen, daß Großbritannien noch immer in der Lage ist, die überseeischen Verbindungen nach Osten, Afrika und Amerika aufrecht zu erhalten und durch den Zusammenbruch Rußlands in seinen vorderasiatischen Plänen politisch mindestens ebenso entlastet ist, wie wir militärisch an der Ostfront. So scheint es sich zunächst um das Schicksal Persiens nicht bekümmern zu brauchen. Dort ist der russische Rivale ausgeschieden und der mitteleuropäische hat noch manche Schwierigkeiten zu überwinden, ehe er daselbst wirksam auftreten kann. Für Englands Interessen in der Ostsee arbeitet Herr Branting mit wachsendem Erfolge in Schweden. Die U-Bootgefahr ist zwar ein sehr ernster Faktor für die Kriegführung der Entente geworden, doch wirkt sie solange nicht tötlich, wie auf Schiffsraumreserven aus neutralen Beständen zurückgegriffen werden kann, ohne sich die aktive Feindschaft bisher neutraler Staaten zuzuziehen. Der Schiffsraub in Holland, der Vertrag mit Schweden wegen Überlassung von 400 000 Tonnen Schiffsraum stellen sich als Inangriffnahme der letzten dieser Reserven dar. Ehe sie nicht verbraucht sein werden und ehe die Entente nicht ausschließlich auf Neubauten angewiesen sein wird, um die durch unsere U-Boote gerissenen Lücken auszufüllen, wird die U-Bootgefahr für England noch zu ertragen sein. Sie bedeuten eine Kriegsverlängerung zur See von rund drei Monaten, wenn man in Anrechnung bringt, daß sich der verfügbare Schiffsraum der Entente monatlich um rund 200 000 Tons verringert. Selbst der Verlust der flandrischen Küste wäre noch kein Grund das Spiel verloren zu geben, einfach, weil das englische, seit Jahrhunderten für den Überseegedanken erzogene Volk den Verlust auf dem Festlande nicht so drückend empfinden würde, daß er ihm auf die Nerven fiele. Die entgültige Sperrung der Straße von Gibraltar durch die Mittemächte würde moralisch weit schwerer wirken.

Wir haben alle diese Faktoren etwas schärfer in den Vordergrund gestellt, als es sonst in unserer Kriegspubliziſtik üblich ist, um damit die Linien aufzuzeigen, in denen sich die Ideen der englischen Staatsmänner bei Aufrechterhaltung ihrer Kriegspolitik bewegen. Sehen wir klar bezüglich der englischen Gedankengänge, so bleiben wir am ehesten vor Überraschungen bewahrt, wie sie jüngst erst die Entente-Genossen erlebten, als unsere Bundesgenossen von der Donau plötzlich an unserer Seite auf den Schlachtfeldern des Westens erschienen. Bleiben wir uns bewußt, daß zur Erschütterung der britischen Oberherrschaft über die Erde Zeit gehört und darum auch geduldige Festigkeit des Wollens, so brauchen wir einen Sieg der Briten nicht mehr zu fürchten. Denn ihrer bereits bedrohten Weltstellung steht unsere im Kriege fester und geschlossner gewordene Kontinental-

stellung gegenüber. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis ist trotz aller verwandtschaftlichen Hakeleien inniger geworden. Bulgarien und die Türkei halten die Wacht im Südosten. Aus einer belagerten Festung ist Mitteleuropa durch den Frieden mit der Ukraine zu einem völlig unabhängigen Wirtschaftsgebiet geworden, das je länger auf sich selbst angewiesen, um so mehr wird auf Überseezufuhr verzichten können. Das mögliche Eintreten Japans in den Kampf dürfte die Entente früher berühren wie uns. Den Höhepunkt unserer Schwierigkeiten mit der Verpflegung dürften wir in einiger Zeit für immer überschritten haben.

Zieht man alles in Betracht, so wird man zu dem Schluß kommen, daß unsere Oberste Heeresleitung in dem Durchbruch zwischen Scarpe und Oise eine Entscheidung nicht suchen konnte, die dem Krieg ein Ende zu bereiten imstande wäre. Dieser Durchbruch hat vielmehr nur den Charakter vorbereitender Unternehmungen, aus denen sich die für eine militärische Vorentscheidung günstigsten Verhältnisse entwickeln sollen. Der große Erfolg der Durchbruchsschlacht liegt darin, daß Franzosen und Engländer gezwungen sind, einen erheblichen Teil ihrer Reserven an der Stelle zusammenzuziehen, wo es ihnen das überlegene Feldherrngenie Hindenburgs und Ludendorffs vorgeschrieben hat, während die deutschen Reserven freigeblieben sind, dort eingesetzt zu werden, wo der strategisch für die politische Entscheidung wichtige Schlag geführt werden soll. Damit ist im wesentlichen die augenblickliche Weltlage gekennzeichnet: sie steht im Banne des Willens unserer Heerführer. Sie ist militärisch bedingt. Monate können vergehen, ehe wieder politische Faktoren bestimmend in den Vordergrund treten.

Ostermontag 1918.

Kriegsgewinne

Von Professor Dr. F. Zadow

Wie kaum in einem anderen Lande blüht bei uns das Kriegsgewinnlertum, und wenn auch nicht alles an die Öffentlichkeit kommt, so lassen doch die Abschlüsse der Aktiengesellschaften die riesigen Gewinne erkennen, die von der Rüstungsindustrie erzielt werden. Erregten schon im Kriege von 1870 die Gewinne der Heereslieferanten die öffentliche Meinung, so hat doch der Weltkrieg auch in dieser Beziehung jeden Maßstab früherer Kriege weit übertroffen.

Die letzten Verhandlungen im Hauptausschusse des Deutschen Reichstages über gewisse Mißstände der deutschen Rüstungsindustrie ließen offenkundig werden, daß die Preisentwicklung bis zu einer Grenze gediehen ist, die schwere volkswirtschaftliche Gefahren in sich birgt. Die Militärbehörden sind bei ihren Bestellungen in hohem Maße übervorteilt worden (und daß eine solche Benachteiligung bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft systematisch durchgeführt wurde, darf heute schon als erwiesen gelten). Die von der mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark arbeitenden Daimler-Gesellschaft verteilten Dividenden betrugen:

1909 . . .	8 Prozent	1913 . . .	14 Prozent
1910 . . .	10 „	1914 . . .	16 „
1911 . . .	10 „	1915 . . .	28 „
1912 . . .	12 „	1916 . . .	35 „

Im Jahre 1916 hatte die Gesellschaft einen Fabrikationsgewinn von 12,38 Millionen Mark, also das anderthalbfache des Aktienkapitals erzielt, gegen 3,34 Millionen im Jahre 1913. Die Betriebsgewinne der beiden letzten Jahre waren aber bei den Daimler-Werken derart, daß die überschüssigen Millionen auch noch zu anderen finanziellen Zwecken zugunsten des Unternehmens verwendet werden konnten. Die Gesellschaft hatte nicht nur ihren offenen Betriebsfonds von 5½ auf 8 Millionen Mark erhöht, sondern sie ging auch über das übliche Maß der Kriegsabschreibungen hinaus und konnte ihre gesamten Anlagen, sämtliche Häuser, Maschinen und sogar Grundstücke, die im Vorjahre noch mit 5,34 Millionen Mark gebucht waren, bis auf eine Mark abschreiben. Obgleich die letzte Dividende schon 35 Prozent betrug, hätte man in Wirklichkeit weit über 100 Prozent verteilen können, da der Börsenkurs bereits auf 1350 Prozent gestiegen war. Um indessen die Dividende und den Kurs zu drücken, wurde im Sommer vorigen Jahres das Aktienkapital von 8 auf 32 Millionen Mark erhöht und den alten Aktionären der Bezug der neuen Aktien zum Kurse von 107 Prozent — mit ausdrücklicher Bewilligung der Reichsbank — eingeräumt, was bei dem erwähnten Kurse von 1350 Prozent ein Geschenk von enormem Werte bedeutete. Wenn auch infolge dieser Transaktion der Kurs nach Ausübung des Bezugsrechtes um etwa 800 Prozent zurückging, so war doch dem Aktionär auf Grund einer einmaligen Hingabe von 107 Prozent eine dauernde Dividende auf den vierfachen Betrag von Aktien, also insgesamt jährlich 140 Prozent (!) gewährt; äußerlich verblieb die Dividende auf dem alten Satze von 35 Prozent.

Nicht allein die Daimler-Werke, sondern auch die gesamten Automobilfabriken haben während des Krieges riesige Gewinne erzielt, was sie aber nicht hinderte, im November v. J. eine weitere Preiserhöhung von 25 Prozent zu fordern. Der Fall Daimler, der in seiner Krassheit hoffentlich vereinzelt dasteht, ist dennoch in seinem Kern ein Typus. Wir sehen, wie die Gesellschaften, um die Dividenden nicht ins Phantastische wachsen zu lassen, enorme Rückstellungen machen, Gratisaktien ausgeben und durch die schwierigsten Transaktionen das Aktienkapital bei niedrigsten Emissionskursen in unerhörter Weise verwässern. Der gewaltige Bedarf des Heeres und die Zwangslage, in welche die deutsche Bevölkerung durch die englische Blockade gelangt ist, wird rücksichtslos ausgenützt. Daß aber auch Unternehmungen, die nicht oder doch nur indirekt an Kriegslieferungen beteiligt sind, in derselben Weise enorme Gewinne aus der Konjunktur ziehen, zeigt uns das Beispiel der Bremer Wollkämmerei, die in diesen Tagen 48,5 Prozent Dividende erklärte, obwohl es in Deutschland kaum noch Wolle gibt; ferner die deutsche Jutespinnerei in Meißen, die — obwohl seit vier Jahren von ihrem Rohmaterial, der indischen Jute, abgeschnitten — dennoch eine Dividende von 36⅔ Prozent erklärte und außerdem ihren Aktionären ein außerordentlich hoch zu bewertendes Bezugsrecht auf Gratisaktien einräumte. Dabei stellen diese Gewinne nur einen Bruchteil dessen dar, was wirklich verdient wurde.

Welche zweifellos nach Milliarden zählenden Beträge an die Nutznießer der Kriegskonjunktur verschleudert und auch durch die Kriegssteuer nur sehr unvollkommen zurückgezahlt werden, beweist die Mitteilung in der Reichstagskommission, daß die Nachprüfung der Kriegslieferungspreise durch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (Wumba), schätzungsweise monatlich 50 Millionen Mark einbringe!

Bei uns sollte die Auffassung durchdringen, daß niemand das Recht hat, im Kriege und am Kriege sich zu bereichern, während Millionen draußen bluten und daheim darben, um die Existenz des Reiches, den Besitz und die Erwerbsmöglichkeit seiner Bürger zu verteidigen! Die Milliarden, die das Reich selbst durch Gewährung verschwenderischer Preise verschenkt hat, können nachträglich durch Steuern nur in äußerst geringem Maße wieder eingebracht werden. Zweckmäßiger ist es, geeignete Vorsorge zu treffen, daß solche unberechtigten Gewinne überhaupt nicht entstehen können.

Rund fünf Milliarden hat die Kriegssteuer des Reiches für die Jahre 1914, 1915 und 1916 eingebracht. Und dieses Ergebnis ist beinahe gering zu nennen,

wenn man bedenkt, daß allein die Heereslieferungen in diesem Zeitraume etwa 50 Milliarden Mark betragen und daß in dem Gesetz zwei verschiedene Steuern durchaus unorganisch miteinander verbunden sind. Denn neben die Kriegsgewinnsteuer steht eine verschleierte allgemeine Vermögenssteuer, die erst im letzten Moment in das Gesetz gefügt wurde. Bei der Beratung des Gesetzes vor zwei Jahren forderte der Reichstag, daß außer den Kriegsgewinnen auch die bereits vor dem Kriege vorhandenen Vermögen zur Beteiligung an den Kriegslasten herangezogen werden sollten. Schon war ein Kompromiß, das neben der Kriegsgewinnsteuer eine selbständige Reichsvermögenssteuer gesetzt hätte, dem Abschluß nahe gewesen, als der damalige Staatssekretär Dr. Helfferich — gestützt auf die einzelstaatlichen Finanzminister — die allgemeine Vermögenssteuer zu einer Unterart der Kriegsgewinnsteuer machte. Über die Kriegsgewinne hinaus wurden sämtliche Steigerungen des Vermögens und des Einkommens herangezogen und man ging soweit, auch alles zum Kriegsgewinn zu rechnen, was über eine zehnprozentige Verminderung des vor Kriegsausbruch vorhandenen Vermögens nicht hinausging. Mit dieser seltsamen Transaktion war allerdings die Form der den einzelstaatlichen Finanzministern unsympathischen Reichsvermögenssteuer vermieden; aber tatsächlich ist doch in der Kriegssteuer eine Reichsvermögenssteuer enthalten. Die Verquickung der Kriegsgewinnsteuer mit einer allgemeinen Vermögenssteuer muß wieder beseitigt werden. „Ich habe es nicht für richtig gehalten", sagte Graf Posadowsky am Schluß der Etatsdebatte in der Reichstagssitzung vom 1. März d. J., „daß man die großen Gewinne, die mittelbar oder unmittelbar aus Kriegsgeschäften erzielt worden sind, steuertechnisch ebenso behandelt hat, wie die Vermögensvermehrung aus anderen Quellen. Haben wir doch in Deutschland eine große Mittelschicht, die durch beständige Sparsamkeit, durch ein bescheidenes zurückgezogenes Leben ihr Lebensziel darin sieht, allmählich ein Vermögen anzusammeln, damit auch Kinder und Nachkommen in ihrer bisherigen sozialen Stellung leben können. Daß man die Vermögen dieser Personen nach dem gleichen Maßstab versteuert, wie die phantastischen Kriegsgewinne, halte ich für falsch. Man hat eine solche Trennung steuertechnisch für unmöglich erklärt. Ich kann dem nicht zustimmen. In einer Zeit, in der man durch eine Warenumsatzsteuer jedes einzelne Geschäft unter die Lupe nimmt, muß es auch möglich sein, zu unterscheiden, woher eine Vermögensvermehrung stammt. Man zeigt ja mit Fingern auf die Leute, die die großen Gewinne gemacht haben. Die Steuerbehörden sollten sich nur richtig umsehen."

Erst nach langem Sträuben suchte Helfferich mit seinem Gesetz die Gewinne der Millionäre zu erfassen. Aber es ist nur sehr unvollkommen gelungen, und man muß sich wirklich erstaunt fragen, wo die Riesengewinne der glücklichen Kriegsgewinnler denn eigentlich geblieben sind. Viele Milliarden bleiben in den Händen der glücklichen Gewinner, weil einerseits die Kriegssteuer nicht die ganzen Vermögenssteigerungen erfaßt und andererseits bei der Steuerdeklaration das „corriger la fortune" auf eine mehr oder minder legale Form geübt wurde, oder sie sind in verschwenderischem Luxus, dem diese Kreise huldigen, verschleudert worden. In Kunstwerken, Juwelen, Kostbarkeiten aller Art mag noch manche Million rechtzeitig festgelegt worden sein, wofür die Versteigerung der Sammlung Kaufmann in Berlin noch eins der erträglichsten Beispiele bietet.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Heereslieferanten entscheidend mit dazu beigetragen haben, daß Deutschland den Krieg gewinne, der zu einem großen Teil ein Materialkrieg ist. Niemand wird die gewaltigen Leistungen unserer Industrie gerade in diesem Kriege verkennen. Deutschlands Bestand wäre ohne seine Industrie und ohne seine Landwirtschaft nicht möglich gewesen, und mit dem Gelde durfte nicht gespart werden, als aufs schleunigste Munition bereitgestellt und dringende militärische Notwendigkeiten befriedigt werden mußten. Auch gegen die Bewilligung großer Entschädigungssummen im Augenblick der Umstellung und zur Anstachelung des Erwerbssinnes ist nichts einzuwenden. Mochte man dem Unternehmer, der sich und sein Werk in den Dienst der natio-

nalen Verteidigung, immerhin im Anfang ungewöhnliche Gewinne bewilligen —, im Interesse des Gemeinwohls mußte eine Grenze gezogen werden und im dritten und vierten Kriegsjahre mußten diese Gewinne auf ein normales Maß zurückgeführt sein. Aber wir sehen, wie diese Grenzen in rücksichtsloser Profitgier weit überschritten wurden! Und taten denn diese Unternehmer nicht bloß ihre Pflicht und Schuldigkeit? Wir haben die allgemeine Wehrpflicht nur für die Kämpfer mit der Waffe, aber nicht für die Arbeiter und Unternehmer, die daheim unter Sicherheit des Lebens und des Erwerbes an der inneren Front wirken. Wäre es nicht recht und billig, daß der Besitzer einer Fabrik, die jetzt Granaten liefert, mit derselben Selbstverständlichkeit und unter demselben Entlohnungssatze wie der Soldat und Offizier zum Vaterlandsdienst eingezogen würde, um seinen Betrieb und seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, und das Möglichste an Erzeugung zur Lieferung an das Heer bereitzustellen? Für das, was für die Millionen Pflicht ist, die seit Jahr und Tag im Felde unter größten Entbehrungen ihr Leben und ihre Existenz für das Vaterland opfern, bietet man diesem Teil der Vaterlandsverteidiger denselben Anreiz, der auch in der privatkapitalistischen Friedenswirtschaft der stärkste Ansporn zu wirtschaftlicher Leistung war. Ist der Gedanke auf die Dauer nicht unerträglich, daß Millionen ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Existenz schweigend fürs Vaterland opfern, während eine verhältnismäßig kleine Anzahl entschlossener und skrupelloser Geldmacher diese treue Hingabe zu Zwecken eigener unmäßiger Bereicherung ausbeuten?

Die märchenhaften Gewinne der Industrie sind die Hauptquellen des jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Übels. Sie steigern die Verschuldung des Reiches und erschweren die Existenzbedingungen des ganzen Volkes für die Zukunft. Sie stehen aber auch in ursächlichem Zusammenhang mit der allgemeinen unerträglichen Erhöhung der Preise, die besonders seit jener hohen Festsetzung der Eisenpreise bei Durchführung des Hindenburg-Programms gegen Schluß des Jahres 1916 sich über alle Warengebiete erstreckte. Die deutsche Kriegswirtschaft beruht doch einfach darauf, daß das Reich Unmengen von Wechseln zum Diskont an die Reichsbank sendet, die dafür Noten ausgibt und Kredite eröffnet. Diese in der Tat bequeme Geldschöpfung gestattet dann, für die Heereslieferungen die phantastischen Preise zu zahlen. Da der Staat der Hauptkäufer ist, wird seine Bewertung der Kaufkraft des Geldes auf die allgemeine Beurteilung den größten Einfluß haben. Das führt zu einem Steigen der Gewinne, der Rohstoffpreise, der Arbeitslöhne. Aber dabei bleibt die Preissteigerung nicht stehen. Jeder von denen, die ihrerseits für ihre Waren hohe Preise erzielen, ist nun fähig und bereit, auch seinerseits mehr für die Waren zu bezahlen, deren er bedarf, sei es zum Zweck der weiteren Güterherstellung oder des persönlichen Gebrauchs. Dadurch wird der private Verbrauch gestärkt; denn das Geld dringt zum großen Teil in Volksschichten, die sich früher mit einem bedeutend bescheideneren Einkommen begnügen mußten und infolge der plötzlichen Besserung ihrer Einkommensverhältnisse zu unbesonnenen Ausgaben neigen. Die angereizte Nachfrage treibt die Preise aller Waren ins Ungemessene und erhöht durch Verschwendung den Warenmangel; jede neue Preiserhöhungswelle gibt also dem ungesunden, volkswirtschaftlich höchst schädlichen Kreislauf zwischen Geldvermehrung und Warenverminderung neue Nahrung und infolgedessen bedeutet jede Steigerung einer Preiserhöhungstendenz der Industrie eine schwere Verantwortung für die Regierung. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich und erschweren den Übergang zu normalen Verhältnissen.

Aus allen diesen Gründen hat der englische Staat schon seit dem Jahre 1915 den übertriebenen Gewinnen entgegengearbeitet, wie sich überhaupt im Laufe des Krieges England aus einem liberal regierten Lande mit stark entwickelter Selbstverwaltung in ein staatssozialistisches Bureaukratenland mit einer Menge staatlicher Eingriffe, Staatskontrollen und Staatsteilhabenschaften entwickelt hat. In den eigentlichen Waffenfabriken gibt es vier Systeme: einige Fabriken dürfen wie früher produzieren; der Staat kauft ihnen ihre Produkte zu Preisen ab, die

er durch Drohung mit Regierungskontrolle oder Enteignung niedrig hält. Ferner gibt es von Beamten geleitete Staatsfabriken, darunter etwa hundert staatliche Geschoßfabriken. Eine dritte Art sind staatliche Fabriken, die von ortsansässigen Geschäftsleuten für Rechnung des Staates geleitet werden und schließlich die Waffenfabrikation, die allein fünftausend unter Kontrolle stehende Firmen umfaßt. Die Regierung kauft das gesamte Rohmaterial auf, verteilt es unter die Fabriken und setzt den Arbeitslohn fest. Heute ist England soweit, daß viele Hersteller von Kriegsmaterial behaupten, die vom Staate bezahlten Preise deckten nicht mehr die Fabrikationskosten. Weil aber der Staat ihre Werke übernommen hat, müssen sie in der ihnen vorgeschriebenen Weise weiter arbeiten. Schaden erleiden die Fabriken indessen dadurch nicht, da ihnen der Staat den Durchschnittsgewinn der letzten drei Friedensjahre garantiert. Die Industrie ist finanziell vor erheblichen Nachteilen während des Krieges geschützt, während andererseits jede Übervorteilung des Staates durch die Rüstungsbetriebe vermieden wird. Der Staat hat höchstens die nachzuweisende, ungünstige Differenz zwischen Preis und Fabrikationskosten nachzuzahlen. So hat England, die Hochburg des Individualismus bald nach Kriegsbeginn staatssozialistische Maßnahmen getroffen, die an Schärfe alles übertreffen, was Deutschland auf kriegswirtschaftlichem Gebiete geschaffen hat.

Überhaupt werden von dem Food Controller, Lord Rhondda, und dem Handelsamt in England die gewagtesten Versuche gemacht, um die Preise niedrig zu halten und das Verhältnis von Geld und Ware zu stabilisieren. Wegen der bekannten Tatsache, daß jede Preiserhöhung irgendeines der großen Verbrauchsartikel, wie Eisen, Getreide, Kohle, Fleisch durch Steuern, Frachten, erhöhte Arbeitslöhne, unfehlbar nach einiger Zeit ein entsprechendes Steigen der Preise für alle übrigen Industrie- und Handelsprodukte nach sich zieht, und den Geldumsatz des Landes dadurch erhöht, hat die Regierung das Getreide auf einem bedeutend niedrigen Preise zu halten versucht, als er vom inländischen Landwirt oder dem Ausland gefordert wird und die sich ergebende Differenz auf die Staatskasse übernommen. Um der schädlichen Preiserhöhung durch Frachten Einhalt zu bieten, ist z. B. auch die gesamte Schiffahrt unter Kontrolle gestellt worden, indem den Gesellschaften die vorkriegszeitlichen Gewinne durch den Staat garantiert und die Frachtsätze so gehalten werden, daß auch hier die Preise die Arbeitslöhne nicht decken. Dieses allgemein zum Ausdruck kommende Streben Englands, den Wert seines Geldes im Lande stabil zu halten, verdient unsererseits die größte Beachtung. Der Engländer sieht in jeder Erhöhung der Staatsschuld eine erneute Belastung der zukünftigen Arbeitsleistung des Volkes. Er rechnet damit, daß er nach dem Kriege diese Schuld abtragen muß, daß er für seine Gläubiger arbeitet, indem er ihnen Produkte seines Landes oder seiner Industrie so verkauft, daß die Ausfuhrbilanz höher ist, als die der Einfuhr. Auch ist ohne weiteres klar, daß billige Preise im Lande, kleine Gewinne der Händler und Unternehmer es dem Staat ermöglichen, auch das Kriegsmaterial billig zu kaufen und dadurch mit den zur Verfügung stehenden Krediten bei gleicher Leistung länger auszuhalten. Englands Bemühungen verdienen besonders im Hinblick auf unsere mit der Übergangswirtschaft wieder einsetzende Konkurrenz im Welthandel die größte Aufmerksamkeit. Bei uns haben die hohen Kriegsgewinne die Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes infolge des geringen Warenumsatzes noch verstärkt, und die Arbeitslöhne sind so gestiegen, daß uns in vielen Handelszweigen, besonders im Veredelungsverkehr, nur ein niedriger Kurs der Mark konkurrenzfähig machen wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika ließen, solange sie neutral waren, der Kriegsindustrie volle Freiheit, so daß sie zu Lasten der Entente ungezählte Millionengewinne einheimsen konnte. In dem Augenblick jedoch, in dem die Union selbst in den Krieg trat und ihre Industrie für die eigene Rüstung zu arbeiten begann, wurden für verschiedene Erzeugnisse, besonders für Stahl, Höchstpreise festgelegt, die sich weit unter den vorher von den Produzenten ge-

stellten Forderungen hielten. Der amerikanische Stahltrust z. B hat im ersten Quartal des Jahres 1917 113,12 Millionen Dollar Einnahme erzielt, im zweiten Quartal 90,58 Millionen Dollar und im dritten Quartal nur noch 68,24 Millionen Dollar. Nur normale Preise zahlt Amerika an seine Kriegslieferanten und was etwa doch noch über das normale Maß hinausgeht, wird durch rigorose Kriegsgewinnsteuern wieder eingezogen.

Gelingt es bei uns nicht, die Gewinne der Kriegsindustrie einzudämmen, so muß versucht werden, auf anderem Wege dem Reiche wieder zuzuführen, was ihm an Lasten zu viel aufgebürdet worden ist. Dazu ist es notwendig, die Kriegsgewinnsteuer beträchtlich auszubauen. Es hieße den Patriotismus unserer Industriellen anzweifeln, wenn man die Befürchtung hegen wollte, daß sie an der Aufrechterhaltung und Steigerung ihrer Erzeugnisse nicht mehr mit so großem Interesse und Eifer arbeiten würden, sobald man ihnen nicht mehr die maßlosen Gewinne einräumen wird. Eine Kriegsgewinneinkommensteuer müßte nach dem Vorschlage von Jaffé*) so hoch sein, daß höchstens 20 Prozent der reinen Kriegsgewinne den Privaten überlassen, alles übrige aber eingezogen wird. Dazu hätte ferner die künftige Begrenzung aller Kriegsgewinne auf äußerst 10 Prozent Aufschlag auf die Produktionskosten zu treten. Es ist wirklich kein Grund vorhanden, Gewerbe und Großindustrie günstiger zu behandeln, als unsere Landwirtschaft, die sich Produktionszwang und auf den Produktionskosten aufgebaute Höchstpreise gefallen lassen muß.

Wir brauchen statt unseres völlig verfehlten Kriegssteuergesetzes, das nicht den Kriegsgewinn, sondern nur den Vermögenszuwachs trifft, eine Kriegsgewinneinkommensteuer, die den Zuwachs verschont, der mit dem Krieg innerlich nichts zu tun hat. Der Widerstand der Bundesstaaten, die in einer solchen Maßregel den Anfang einer Reichseinkommensteuer erblicken wollen, muß und wird überwunden werden. Dann wird es den Kriegsgewinnlern nicht mehr möglich sein, einen großen Teil ihres Vermögenszuwachses zu vergeuden oder ihn zu verstecken. Mit Nachdruck muß fortan die Regierung den nachgeordneten Stellen sparsame und pflegliche Verwendung der Anleihegelder zur unbedingten Pflicht machen, denn dadurch werden neue Anleihen und Schulden überflüssig. Lernen wir vom Feinde und erkennen wir seine starken Seiten.

Zur römischen Frage

Von Professor D. Dr. Albert Werminghoff

In der betäubenden Unrast der sich drängenden Ereignisse hat ein Brief des Papstes Benedikt des Fünfzehnten an den Kardinalerzbischof von Köln wenig Beachtung gefunden. Er dankt dem Empfänger für seine Teilnahme an der Lage des Papstes, für seinen Beifall zu den Schritten, die Benedikt der Fünfzehnte zur Abwendung oder Beendigung des Krieges getan hat. Den Briefschreiber tröstet das Bewußtsein, recht gehandelt zu haben, „dann aber auch, und zwar nicht wenig, die Zustimmung aller Gutgesinnten, die wahrheitsgemäß über die Dinge denken.

*) In dem Aufsatz: „Die kommende Reichsfinanzreform“ („Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung“ Nr. 52 — 1917).

Da wir indessen mit unseren Mahnungen nichts für die Beendigung der unsäglichen Leiden erreicht haben, so wollen wir uns im Gebete ganz an Gott den Herrn wenden; der Friede ist ja nicht so sehr eine Frucht menschlicher Bemühung als ein Geschenk der göttlichen Güte" (1. Januar 1918; „Kölnische Volkszeitung" vom 24. Februar 1918 Nr. 155).

Aus diesem Briefe spricht die Resignation, und es ist nicht schwer, ihre Gründe zu erkennen. Einmal: die päpstliche Mahnung an die Regierungen vom 1. August 1917 war wohl von den Staaten des Vierbundes beantwortet worden, dazu vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, nicht aber von den europäischen Staaten der Entente, von Italien, England und Frankreich, die seit dem Frühjahr 1917 auf das Ausscheiden Rußlands aus ihrem Kreise, auf den Zusammenbruch der Regierung des Zaren sich gefaßt machen mußten. Dazu kam: gegen Ende November 1917 veröffentlichte die russische Zeitung „Iswestija" den Wortlaut jenes Londoner Vertrages, durch den am 26. April 1915 Italien sich an England, Frankreich und Rußland verkauft hatte. Es ergab sich, daß Italien, das im Jahre 1899 die Zulassung des Papstes zur Haager Friedenskonferenz vereitelt hatte, diesmal sich treu geblieben war. Es wollte und will nichts wissen von einer Zulassung von Vertretern des päpstlichen Stuhles „zu irgendwelchen Schritten betreffend den Abschluß eines Friedens oder die Regulierung von Fragen, die mit dem gegenwärtigen Krieg zusammenhängen". Und endlich: diesem selben Italien brachte die gewaltige Offensive der Deutschen und Österreicher eine schwere Niederlage, drohte die Gefahr, zum Sonderfrieden gezwungen zu werden, also die militärische und politische Vernichtung nach Art von Rumänien.

Das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche hat bisher in mehr als schwieriger Lage sich der Neutralität zu befleißigen getrachtet. Als geborener Italiener konnte und kann Benedikt der Fünfzehnte die Ausschaltung seines Vaterlandes aus dem Areopag der europäischen Mächte nicht wünschen. Eine nochmalige Friedenskundgebung wäre ihm von den italienischen papstfeindlichen Parteien und Wortführern als Zeichen der Neutralitätsverletzung gedeutet worden, hätte ihre niemals ruhende Wühlarbeit gegen den Vatikan gesteigert, diesen also in seinem Bestande gefährdet. Benedikt der Fünfzehnte konnte nicht anders als seinen Verzicht auf jeden weiteren offiziellen Schritt zur Herbeiführung des Friedens bekunden.

Es gilt überdies darauf zu verweisen, daß in seinem Schreiben zugleich das Eingeständnis beschlossen liegt, von sich aus nichts mehr zur Lösung der römischen Frage tun zu können. Im Herbst 1915 noch sind, wie angenommen werden darf, unverbindliche Besprechungen zwischen Vertrauensmännern des Vatikans und des Quirinals gepflogen worden, die auf eine Klärung des Verhältnisses zwischen Papst und Italien abzielten. Auf welche Punkte immer sie sich richteten, jedenfalls sind die Verhandlungen gescheitert, einerlei durch wessen Schuld. Trügt nicht alles, so besteht wie vordem die Erklärung des Kardinalstaatssekretärs Gasparri vom 28. Juni 1915 zu Recht: „Wenn es dem Heiligen Vater auch mit Rücksicht auf seine Neutralität fernliegt, der (italienischen) Regierung irgendwelche Schwierigkeiten bereiten zu wollen, so setzt er vielmehr all sein Vertrauen auf Gott. Er erwartet eine angemessene Gestaltung nicht von den fremden Waffen, sondern vom Sieg des Gerechtigkeitssinnes, welcher wie er hofft sich im italienischen Volke, seinen wahren Interessen entsprechend, mehr und mehr durchsetzen wird" („Stimmen der Zeit" 91, 1916, S. 573). Die Lösung der römischen Frage, so dürfen diese Worte gedeutet werden, soll kein Kriegsziel sein, weder der Entente noch des Vierbundes. Sie ist eine Aufgabe des Papstes und Italiens allein, bedarf also keiner Begutachtung oder Billigung durch andere Mächte. Nur der Papst kann entscheiden, in welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen sie statthaft ist. Wann und wie immer seine Entscheidung fällt, ihr zu gehorchen und sie als unumstößlich zu achten, ist Gehorsamspflicht aller Katholiken der Welt. Sie wird die Kirche und das Papsttum binden für alle Zukunft.

Die Erklärung des Kardinalstaatssekretärs enthielt und enthält noch heute Mahnungen an mehr als eine Seite. Zunächst an alle die, deren begreiflicher

Wunsch es war und ist, Italien für seinen Eintritt in den Krieg durch Aufrollung der römischen Frage zu bestrafen. Weiterhin an alle, die in Aufsätzen und Flugschriften diesen oder jenen Vorschlag zur Lösung des Problems machten. Es kann dahingestellt bleiben, ob der eine oder andere Artikel eine Art Fühler war, der erkunden sollte, wie weit Rom das Maß seiner Forderungen würde ausdehnen können —, sicher ist, daß die erregte und erregende Publizistik für die Kurie auch ungelegen war, weil sie deren Haupt fast nur als im Schutze des Vierbundes sicher hinstellte, es also aus seiner Neutralität herauszureißen drohte, die es, angesichts der papstfeindlichen Strömungen im Lande nicht preisgeben durfte. Wer sich der Mühe unterzogen hat, der Literatur über die römische Frage in den Jahren 1914 bis 1917 nachzugehen, kann sich der Meinung nicht verschließen: je lauter sie Forderungen für den Papst und seine wie immer zu sichernde weltliche Souveränität auf Grund eines größeren oder kleineren Landbesitzes erhob, um so mehr erweckte sie Erwartungen, die ohne Waffengewalt nicht durchführbar waren, um so mehr auch erschwerte sie insonderheit den citramontanen Katholiken den Gehorsam gegenüber einer noch zu erwartenden päpstlichen Entscheidung, die den Umfang dessen, was an unabhängigem Gebiet dem Papst nötig sein soll, einzig und allein im Verein mit dem italienischen Volk zu bestimmen vermag. Wie die allgemein politische Lage in Europa und die Dinge auf der Apenninenhalbinsel sich gestaltet haben, sieht sich die diplomatische Kunst der Kurie vor einer Aufgabe, wie sie nicht größer gedacht werden kann. Auf ihr lastet die Pflicht zu vorsichtigster Behutsamkeit, sorgfältigster Erwägung, peinlichster Rücksicht nicht allein auf die befehdenden italienischen Parteien, sondern auch auf das papstfeindliche Frankreich, auf die papsttreuen Katholiken im Deutschen Reiche und in Österreich-Ungarn. Haben nicht die Generalversammlungen der Katholiken für den Papst eine Befreiung aus seiner Gefangenschaft, als Mittel dazu einen Kirchenstaat herbeigewünscht? Haben sie nicht, seitdem in Leos des Dreizehnten († 1903) letzten Lebensjahren eine Annäherung zwischen Vatikan und Quirinal sich anzubahnen schien, erklärt, nur dann sei die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes als verbürgt anzusehen, „wenn ein Zustand hergestellt sein wird, welchem auch der Papst selbst seine Zustimmung hat geben können?"

Schafft aber die päpstliche Entscheidung die römische Frage aus der Welt, verhindert sie als päpstliche Willensäußerung die Kritik an ihrem Inhalt, so vermag sie nicht das Recht und die Pflicht der historischen Wissenschaft aufzuheben, sich rückwärtsschauend mit jenem Problem zu befassen, um sein Werden, Wesen und schließliches Ende zu erkunden. Es durchzieht die Geschichte des Papsttums, seit die Bischöfe von Rom Landbesitz erwarben, seit sie im achten Jahrhundert mit Hilfe des fränkischen Königtums der Karolinger sich einen Staat schufen. Oft ist versucht worden, die wirrenreiche Entwicklung des Patrimonium Petri, seine Verfassung und seine Verwaltung zu schildern —, abschließend ist noch keine Darstellung, da ihr Verfasser fast zuviele Fäden in starker Hand halten muß, um jedem einzelnen die ihm gebührende Stelle im Geflecht der Geschichte zu sichern. Immer war das Papsttum eine gloria italiana, aber auch eine gloria del mondo, und eben diese Spannung zwischen italienischer Nationalität und kirchlichem Universalismus hat der römischen Frage ihre Bedeutung verliehen. Italien ohne das Papsttum, das Papsttum ohne Rom, das eine ist undenkbar wie das andere. Während der größte aller Päpste, Gregor der Siebente († 1085), außerhalb Roms starb und in Salerno seine letzte Ruhestätte fand, warf der römische Pöbel mit Steinen nach der Bahre des in Civita Castellana verschiedenen Alexander des Dritten († 1181), des Vorkämpfers der italienischen Nation gegen den Imperialismus Friedrichs des Rotbarts. Mehr als ein Papst des dreizehnten Jahrhunderts konnte während seines Pontifikats die ewige Stadt nicht betreten, die im vierzehnten Jahrhundert, dem eines Cola di Rienzo († 1354) und der babylonischen Gefangenschaft der Päpste in Avignon, verkam, bis erst die Beendigung des Schisma die Kurie an ihren altgeheiligten Sitz zurückkehren ließ. Um die Wende des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts wurde der Rovere Julius der Zweite († 1503) der Neu-

begründer des Kirchenstaates, derselbe Papst, der mit dem Rufe Fuori i barbari die Franzosen bekämpfte, und doch sprach Machiavelli dem Papsttum das Urteil: „Die Ursache, daß Italien nicht eine Republik oder einen Fürsten hat, der es regiert, ist einzig die Kirche; denn obgleich sie hier ihren Sitz und eine weltliche Herrschaft hatte, ist sie nie so kräftig und mächtig gewesen, daß sie den Rest von Italien hätte erobern und beherrschen können. Sie ist nicht so schwach gewesen, daß sie aus Furcht, ihre Besitzungen zu verlieren, nicht irgendeine Macht hätte aufrufen können, die sie gegen den schützte, der etwa zu mächtig in Italien geworden war. Die Kirche bewirkte, daß Italien nie unter ein Haupt kam, daß es vielmehr die Beute nicht allein der machtvollen Barbaren, sondern jedes Angreifers wurde" (Discorsi I, 12). Im Zeitalter der Reformation verschuldete der Mediceer Clemens der Siebente († 1534) den grauenvollen Sacco di Roma des Jahres 1527. Während Friedrich der Große die Folgen erörterte, die aus der Einziehung des Kirchenstaates durch einen katholischen Fürsten sich ergeben möchten, schrieb Goethe im Jahre 1786: „Der Staat des Papstes scheint sich nur zu erhalten, weil ihn die Erde nicht verschlingen will." Die Zeit der französischen Revolution und Napoleons des Ersten brachte im Jahre 1809 die erste Aufhebung des Kirchenstaates, der Wiener Kongreß seine Wiederherstellung in annähernd altem Umfang. Das Drängen des italienischen Volkes nach staatlicher Einheit führte zu neuen Entwürfen, Nation und Papsttum miteinander zu versöhnen. Die Idee eines Staatenbundes mit dem Papst an seiner Spitze tauchte auf. Eine liberale Verfassung im Kirchenstaat scheiterte am unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Volkswille und Theokratie. Die Kriege mit Österreich und die Erhebung Italiens zum Königreich verkleinerten den Kirchenstaat auf ein Drittel, und die Niederlage Frankreichs im Jahre 1870 ließ das Heer Victor Emmanuels am 20. September 1870 durch die Bresche an der Porta Pia in Rom einziehen: Rom wurde unantastbar, nicht mehr als Sitz des Papstes, sondern als Hauptstadt des weltlichen Staates. Unversöhnt stehen Quirinal und Vatikan seitdem einander gegenüber, trotz aller tatsächlichen Duldung, wie sie der Zwang der Verhältnisse mit sich brachte. Wohl konnte und mußte das Non expedit im Laufe der Zeit gemildert werden, nicht aber jenes Non possumus, und noch immer vermag kein Papst das einseitig italienische Garantiegesetz vom 13. Mai 1871 als rechtsgültig anzusehen. Benedikt der Fünfzehnte ersehnt seine Aufhebung, einen Vertrag von neuer Art zwischen Papsttum und Königreich, der aber das Andenken seiner Vorgänger nicht kränken, seinen und seiner Nachfolger unverjährbaren Rechten keine Einbuße bringen soll. Wird er je gelingen?

Unser aller Gedanken richten sich in diesen Tagen nach dem kampfdurchfurchten Westen, wo die Entscheidung dieses Krieges fallen muß —, sie wird auch über das Los des Papsttums und Italiens ihre Stimme abgeben. Wir Deutschen erhoffen von der Kraft und von der Tapferkeit unserer Heere den Sieg über unsere Feinde, der uns Luft schaffen soll zum Atemholen in der Welt. Für den Katholizismus ist die Klärung und Lösung der römischen Frage von nicht geringerer Bedeutung, weil sie die katholische Kirche zwingt, sich in die veränderte Welt zu fügen, wie sie aus diesem Kriege der Völker und Kulturen sich ergeben wird. Sie geht den Katholiken und auch den Protestanten in unserem Volke an, weil sie beide dazu berufen sind, aus der Saat des Krieges die Ernte des Friedens davonzutragen. Der katholische Glaube, der seinen Bekenner mit dem Nachfolger Petri verbindet, muß für den Protestanten unverletzlich sein, dieser aber darf fordern, daß über Rom nicht die irdische Heimat des deutschen Vaterlandes vergessen werde, daß im Gefüge der universalen Kirche dem deutschen Katholizismus der Platz eingeräumt werde, den er nach Eigenart, Geschichte und Leistungen verdient. Die Zeit der religiösen Kämpfe und der kirchenpolitischen Quertreibereien ist vorüber und muß es sein. Wer die Not des Papsttums in dieser welterschütternden Zeit anerkennt, darf von seinem katholischen Volksgenossen erwarten, daß er die Not unseres Volkes für dringender erachte als die des Papsttums. Was dieses seit Ausbruch des Krieges geleistet hat, ist seinem

Ansehen in der Welt zugute gekommen —, es wäre schlimm um seine Unparteilichkeit und seinen Idealismus bestellt, forderte es dafür den Lohn neuer Zugeständnisse, die ihm um des interkonfessionellen und kirchlichen Friedens willen auf deutschem Boden und in seinen Grenzmarken nicht zugebilligt werden können. Ist es nicht genug, daß unsere Waffen seinen Feind im Osten geschlagen und geschwächt haben?

Wann immer Papst und Italien sich nähern und versöhnen werden, der Ausgleich muß gefunden werden, um den Klagen über die Gefangenschaft des Heiligen Vaters im Vatikan, der Polemik gegen seine und seiner Glaubensgenossen Forderungen ein Ende zu bereiten. Er wird die kirchliche Souveränität und Unverantwortlichkeit des unfehlbaren Papstes nicht mindern; wenn aber kein Glaubenssatz der katholischen Kirche für den Papst irgendwelchen Besitz an Land und Leuten als Grundlage auch der weltlichen Souveränität verlangt, so mag ihm solcher gleichwohl zugestanden werden als unentbehrlich, damit von ihm aus seine geistliche Souveränität in der Welt sich betätigen kann. Weltentrückter Idealismus mag daran erinnern, das Reich der Kirche als einer Geistesmacht sei nicht von dieser Welt, bodenständiger Realismus weiß, daß es auf dieser Welt war, ist und sein wird, und gerade die Spannung zwischen beiden lehrt sie als die unzertrennlichen Seiten einer und derselben Münze erfahren, die wir Entwicklung und Leben nennen.

Anmerkung. Die unübersehbare Literatur über den Weltkrieg, das Papsttum und die römische Frage hat in der letzten Zeit drei Beiträge erhalten, auf die unsere Leser aufmerksam gemacht werden sollen. Einmal die Veröffentlichung von A. Struker, „Die Kundgebungen Papst Benedikts des Fünfzehnten zum Weltfrieden". Im Urtext und in deutscher Übersetzung, Freiburg i. Br. 1917, sodann die Schrift: „Papst, Kurie und Weltkrieg". Historisch-kritische Studie von einem Deutschen. Berlin, Säemann-Verlag 1918, endlich den ersten Band des Quellenwerkes von H. Bastgen, „Die römische Frage". Dokumente und Stimmen. I. Freiburg i. Br. 1917. Zusammengestellt sind hier zunächst die urkundliche und historiographische Überlieferung über die Entstehung des Kirchenstaates, die wichtigsten Dokumente zu seiner Geschichte bis zum dreizehnten Jahrhundert. Ein zweiter Abschnitt gilt der Zeit Napoleons des Ersten, der dritte der Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Errichtung des Königreiches Italien. Die Sammlung der Aktenstücke, Äußerungen der Parlamente sowie der Pressestimmen ist verdienstvoll und wertvoll, zumal da die Belege soweit als möglich im originalen Wortlaut und oft zugleich in Übersetzung vorgelegt werden. Im einzelnen wird der Benutzer manche Wünsche anmelden, auch nicht überall mit den Einleitungen zu den Hauptabschnitten einverstanden sein. Im ganzen aber ist eine Arbeit geleistet, deren Weiterführung bis zum Jahre 1871 man mit Spannung entgegensehen wird; ob diese auch die Zeit seit Bekanntgabe des Garantiegesetzes bis zur unmittelbaren Gegenwart umfassen wird, steht dahin. Die Kraft des Herausgebers läßt erwarten, daß sie den Versuch unternimmt auch sie zu bewältigen, nachdem ihr bis zum Jahre 1896 die „Kirchenpolitischen Briefe" des Spectator in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" (1896, Beilagen) und bis 1916 die Arbeiten von Kl. Löffler („Die römische Frage". Hamm 1916) und J. Lulvès („Die Stellung des Papsttums im Weltkriege". Stuttgart und Berlin 1916; s. auch „Deutsche Revue" XLI, 4, 1916, S. 325 ff.) die Wege dazu aufgewiesen haben. Die Leser der „Grenzboten" werden sich der Darlegungen von E. Bornhak („Die völkerrechtliche Stellung des Papstes", „Grenzboten" 74. Jahrg. 1915 II, S. 321 ff.) gern erinnern.

Die Einheit unserer Nationalbildung

Von Professor Paul Sickel

Der Einheitsbegriff hat für die meisten Ohren etwas Bestrickendes. Wir haben es erfahren bei der monistischen Weltanschauung; wir sehen es heute wieder bei dem Schlagwort der Einheitsschule. So einfach der Begriff erscheint, so unendlich verwickelt ist die Sache, zumal seitdem sich Standes- und Berufsinteressen, parteipolitische und konfessionelle Sonderbestrebungen damit verquickt haben. Der Angelpunkt der ganzen Frage ist offenbar der soziale Ausgleich: es sollen jedem heranwachsenden Deutschen die gleichen Bildungsmöglichkeiten und Bildungsmittel zur Verfügung stehen; und dieser Anforderung ist durchaus Rechnung zu tragen, soweit es ohne gewaltsame Umwälzung unseres Schulwesens möglich ist. Dagegen ist wohl vorderhand keine Aussicht und auch nicht einmal wünschenswert, daß anstelle der verschiedenen bestehenden Schulgattungen eine einzige, eben die Einheitsschule tritt. Auch der eifrigste Verfechter dieser Idee muß sich sagen, daß die Verhältnisse heute dazu noch nicht reif sind. Stellen wir uns also auf den Standpunkt, daß es auch in Zukunft noch verschiedene Bildungswege gibt, die wenigstens zum Teil auch auf verschiedene Ziele gerichtet sind, so fragt es sich, ob wir damit zugleich auf eine einheitliche Nationalbildung verzichten, oder ob diese trotzdem noch in irgendeinem Umfange möglich ist.

Bei dem Worte Nationalbildung kann man zunächst an eine gewisse Bildungsgrundlage, ein Mindestmaß der Bildung denken, das ein Gemeingut der ganzen Nation, d. h. schlechthin aller Staatsbürger, sein soll und durch die Volksschule vermittelt wird. Weiterhin aber kann sich damit auch der Begriff eines im eigentlichen Sinne nationalen Gepräges der gesamten, also auch der höheren Bildung verbinden, wodurch sich unsere deutsch-nationale Bildung von derjenigen anderer Nationen wesentlich unterschiede. Schließlich kann der Ausdruck „national" noch in der engeren Bedeutung des Politischen gemeint sein, wie man denn ein politisches Bildungsideal anderen Begriffen der Bildung, etwa der humanistischen, gegenübergestellt hat. Daß wahre Nationalbildung nicht denkbar ist ohne ein starkes politisches Gemeinschaftsgefühl ist selbstverständlich. Aber es würde zu einer Veräußerlichung der Bildung führen, wollte man in einseitiger Weise die politischen Ideen in den Vordergrund der Volkserziehung stellen. Der Mensch ist nicht nur Staatsbürger; sein Lebensgehalt kann und soll nicht im politischen Wesen aufgehen. Damit ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß die Nationalbildung eine Bildung für die Nation und deren Bedürfnisse sei; im Gegenteil fordern wir eine Volksbildung, die im Gegensatz zu dem früheren individualistischen Lebensideal die Erziehung zur Gemeinschaft, also in erster Linie für den Staat einschließt. Durch den Vergleich mit jener individualistischen Anschauung gewinnt der Begriff der Nationalbildung erst seine volle Bestimmtheit. Früher glaubte man, Bildung sei im wesentlichen nur eine Entfaltung der eigenen Individualität, wodurch das Allgemein-Menschliche in jeder Persönlichkeit von selbst entwickelt und die verschiedenen Individuen doch wieder zu einer geistigen Gemeinschaft vereinigt würden. So spricht Wilhelm von Humboldt es in seinem Werke „Über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates" aus: „Das höchste Ideal des Zusammenexistierens menschlicher Wesen wäre mir dasjenige, in dem jedes nur aus sich selbst und um seiner selbst willen sich entwickelte. Psychische und moralische Natur würden diese Menschen schon noch aneinander führen". Dieses Vertrauen haben wir nicht mehr; denn wir haben erfahren, daß einseitiger Individualismus die Menschen vereinzelt und einander entfremdet. Daher ist uns Bildung nicht mehr bloße Formung des Menschen von innen heraus; sondern sie muß hervorgehen aus der Wechselwirkung zwischen individueller Anlage des einzelnen und überindividueller Anforderung, wie sie das Leben der Gemeinschaft stellt. Das neue Ideal der Nationalbildung steht daher nicht im schroffen, unvereinbaren Gegensatze

zu den früheren Bildungsbegriffen der individuellen Entwicklung und der Idee der allgemeinen Humanität, schließt beide vielmehr in gewissem Maße ein oder vermittelt doch zwischen ihnen. Denn auch die gemeinsamen Aufgaben der Nation werden immer der höchsten individuellen Kraftentfaltung der einzelnen bedürfen, und schlimm wäre es, wenn wir an Stelle der Vielfältigkeit menschlicher Bestrebungen eine öde Gleichförmigkeit der Gesellschaft erhielten. Was aber jenes Ideal des Allgemein-Menschlichen angeht, so muß es als höchstes Ziel bestehen bleiben; aber es kann nicht unmittelbar erstrebt und erreicht werden, sondern nur auf der festen Grundlage nationaler Gesittung, ohne die es blaß und verschwommen bleibt und jedenfalls den Ansprüchen des heutigen staatsbürgerlichen Lebens nicht entspricht.

Der Begriff der einheitlichen Nationalbildung setzt ein der Mehrzahl der Volksgenossen gemeinsames Bildungsgut, eine gemeinsame Richtung des Denkens, Wollens und Fühlens, oder doch wenigstens ein allgemein anerkanntes Bildungsideal voraus, das, wenn auch noch so selten verwirklicht, doch als Ziel dem Volksbewußtsein vorschwebt. Daß wir eine solche einheitliche Nationalbildung nicht besitzen, ist wohl die Überzeugung aller Einsichtigen. Die Ursachen davon liegen natürlich nicht allein in der Art unserer Schul- und Unterrichtsverhältnisse, sondern in erster Linie in den inneren Gegensätzen unseres Volkes, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt oder verschärft haben. Ja, man kann behaupten, daß die eigentlichen Bildungsunterschiede zwischen den höheren und niederen Ständen, sowie auch zwischen dem männlichen und weiblichen Geschlechte sich schon zu mildern begannen, als die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und konfessionellen Gegensätze noch mit der alten Schroffheit fortbestanden. Hier liegt nun ein wechselseitiges Verhältnis vor. Denn wenn eine einheitliche Nationalbildung eine gewisse Einheit der Nation, besonders in politischer Beziehung, schon voraussetzt, so ist sie doch auch wieder ein Mittel, um die geistige Einheit des Volkes zu festigen und Spaltungen auszugleichen, die aus dem Leben unseres Staates nun einmal nicht vollständig wegzuschaffen sind. Indem wir über die viel erörterten Schwächen unseres nationalen und innerpolitischen Lebens hinweggehen, sei kurz eine Erscheinung hervorgehoben, die mit dem Bildungsproblem in engerem Zusammenhange steht.

Obwohl sich, wie erwähnt, der Kreis derjenigen, die an den vorhandenen Bildungsgütern teilnehmen, sehr erweitert hat und die Bildung tatsächlich demokratisiert ist, so ist doch die Bildung im eigentlichen Sinne — als harmonische Formung der Persönlichkeit — bei weitem nicht in gleichem Maße vervielfältigt. Und ferner ist unter den Gebildeten selbst, besonders den Höhergebildeten, eine Ungleichheit und Entfremdung, ein Mangel an gegenseitigem Verständnis eingetreten, wie er früher in der aristokratischen Bildungsminderheit nicht bestand. Mit anderen Worten: die Einheit der Bildung ist sowohl dem einzelnen, der das Chaos der zahllosen Bildungselemente nicht mehr zu beherrschen weiß, wie auch der Gesamtheit der Gebildeten verloren gegangen. Wir vermissen eine allgemeine geistige Atmosphäre, eine intellektuell-ethische Grundrichtung in unserem nationalen Geistesleben. Die zunehmende Trennung der verschiedenen Berufstätigkeiten mit ihrer Einengung des Gesichtskreises hat eine gegenseitige Entfremdung der Stände wie der einzelnen Menschen, eine Atomisierung der Gesellschaft herbeigeführt, unter der die Menschheit in den letzten Jahrzehnten schwer gelitten hat. Das Gefühl, daß Leben tiefe Einsamkeit sei, ist unserem Geschlechte nur allzu vertraut. Hat es doch auch in der Literatur seinen Niederschlag gefunden: der Typus des unverstandenen Menschen, besonders der Frau und des Kindes, kehrt in neueren Romanen und Dramen immer wieder. Auch die Verödung unseres geselligen Lebens und die Dürftigkeit des brieflichen Verkehres weist auf die gleichen Ursachen zurück.

Was war es nun, was früheren Generationen das Bewußtsein der Einheit und Zusammengehörigkeit gab? Zunächst natürlich der Umstand, daß in jener mehr abgeschlossenen Bildungsaristokratie, die sich fast nur aus „studierten" Leuten

zusammensetzte, die tieferen sozialen und beruflichen Gegensätze fehlten. Dann aber gab es auch einen idealen Einigungspunkt, nämlich die Anerkennung und Verehrung der klassisch-humanistischen Kulturwelt als der einzig vollwertigen Grundlage aller Bildung. Mochte die wirkliche Kenntnis der Antike und ihre Wirkung auf die geistige Persönlichkeit des einzelnen auch noch so gering sein, der feste Glaube an ein gemeinsames Bildungsideal lebte damals wie ein Dogma im Geiste der gebildeten Kreise und begründete in ihnen das Gefühl geistiger Verwandtschaft. Aber dieser Glaube ist dahin oder doch auf einen verschwindend kleinen Teil derjenigen beschränkt, die heute auf Bildung Anspruch machen. Die meisten haben überhaupt keinen Glauben mehr an ein gemeinsames Kulturideal; sie beten das Idol der naturwissenschaftlichen Weltanschauung an oder schwärmen von einer die Menschheit beglückenden technischen Kultur. Auch die überzeugtesten Anhänger der klassisch-humanistischen Studien werden wohl die Hoffnung aufgegeben haben, daß auf ihrer Grundlage eine einheitliche Nationalbildung aufzubauen sei. Die Anerkennung mehrerer gleichberechtigter Schulgattungen macht dies schon unmöglich. Übrigens ist unter den Altphilologen selbst die Ansicht, daß die antike Kultur ein allgemein gültiges Kulturvorbild sei, durch die mehr historische Auffassung erschüttert.

Sollen wir nun daran verzweifeln, je wieder zu einer relativen Geisteseinheit in unserem Volke zu gelangen? Soll es dabei bleiben, daß der Gelehrte mit aristokratischem Dünkel den Kaufmann und Praktiker nicht für vollwertig erklärt, daß umgekehrt der Industrielle sich für den einzig kulturfördernden Menschen hält und die gelehrten Stände von oben herab ansieht, daß selbst die akademischen Berufe einander entfremdet sind, der technische Beamte den Juristen und Lehrer nicht versteht, ja schließlich Alt- und Neuphilologen sich wie feindliche Brüder gegenüberstehen? Viele werden antworten, daß eben die Einheitsschule das einzige und zugleich durchgreifende Mittel sei, um die fehlende Einheit allmählich wiederzugewinnen. Aber setzt nicht ihre Einführung schon ein anerkanntes einheitliches Bildungsideal und auch einen einzigen diesem Ideale angepaßten Bildungsweg voraus, was wir beides eben noch nicht haben? Andererseits wäre es einer kraftvollen Nation unwürdig, die Hände in den Schoß zu legen und sich mit der Hoffnung zu trösten, daß der Lauf der Dinge wohl durch sich selbst das Getrennte wieder zusammenführen werde. Gerade weil sich in vielen der besten Geister die Sehnsucht nach Vereinheitlichung regt und auch deutliche Anzeichen für eine Zusammenfassung der zersplitterten Elemente bemerkbar sind, dürfen Bestrebungen in dieser Richtung auf Erfolg hoffen.

Noch einmal sei betont, daß das politische Einheitsgefühl allein nicht genügt. Unser Volk hat nicht das Glück einer jahrhundertelangen einheitlichen, großen Geschichte gehabt; und was sich in Frankreich und England auf eine seit dem Mittelalter fast ununterbrochene politische Überlieferung und staatliche Kultur stützt, konnte bei uns trotz der gewaltigen Entwicklung der neuesten Zeit nicht in wenigen Jahrzehnten nachgeholt werden. In Frankreich erscheint die Ausbildung der nationaltypischen Geisteskultur unter Ludwig dem Vierzehnten zugleich als Erzeugnis der politischen Glanzperiode der Nation; und ebenso eng ist die Beziehung zwischen der politischen und der geistigen Kraftentfaltung in der englischen Geschichte, wo der ungeheure Aufschwung des Elisabethanischen Zeitalters in der Shakespeareschen Dichtung, besonders in den Königsdramen seinen Ausdruck fand. Bei uns ist das bekanntlich ganz anders gewesen. Unsere Kulturhöhe fiel mit dem politischen Tiefstande zusammen; daher war unsere Nationalbildung ihrer Entstehung nach unpolitischer Art, war „ganz Seele und nur Seele".

Wo aber läßt sich nun diese deutsche Seele in greifbarer Bestimmtheit erfassen? Denn auch unter den so günstigeren politischen Verhältnissen unserer Tage muß eine einheitliche deutsche Bildung in den Tiefen der deutschen Seele wurzeln, muß Geist von unserem Geist sein. Nun offenbart sich deutsche Art gewiß in allem dauernd Wertvollen, was unsere Kultur je hervorgebracht hat, und unser Gefühl sagt uns mit ziemlicher Sicherheit, wo wir es mit echt deutschem Gehalt im

Unterschiede vom Fremden und bloß Anempfundenen zu tun haben. Aber wer könnte die Vielheit dieser Erscheinungen auf eine Formel bringen oder auch nur zu einem fest umrissenen Gesamtbilde vereinigen? Das aber wäre notwendig, wenn es sich um die Aufstellung eines Bildungsideales zu pädagogischen Zwecken handelt. Aus demselben Grunde muß auch alles ausgeschaltet werden, was, obzwar geschichtlich bedeutsam, doch nicht mehr unmittelbar lebens- und wirkungskräftig ist und daher die Breite des Volkes nicht zu durchdringen vermag. Auch muß ein solches Bildungsgut, da es ja durch die Schule vermittelt werden soll, sich dem Rahmen unseres Unterrichtswesens einfügen lassen. Didaktische Rücksichten endlich fordern, daß es nicht ein System abgezogener allgemeiner Begriffe und Lehren, sondern in lebensvollen genialen Persönlichkeiten und als deren Werk verkörpert ist.

Wir müssen demnach fragen, in welchen Männern und welcher Epoche unserer Geistesgeschichte wir den reinsten und tiefsten Ausdruck unserer Seele, unserer völkischen Anlagen und Bestrebungen wiederfinden. Denn nur das Höchste, zu dem sich der deutsche Genius emporgeschwungen hat, ist würdig und geeignet, Gemeingut und idealer Richtungspunkt für das Bildungsbewußtsein des Volkes zu werden. Und da kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Gipfelpunkt der bisherigen deutschen Bildungsgeschichte in jenem Kulturganzen liegt, das wir mit dem Namen Schiller und Goethe umschreiben. Damit scheint nun etwas längst Bekanntes und Anerkanntes gesagt zu sein. Und was die höhere Schule angeht, so wird man vielleicht fragen: Werden nicht genug Gedichte von Schiller und Goethe „behandelt" und auswendig gelernt? Werden nicht ihre Dramen eingehend besprochen und zu Aufsätzen verwertet? Sicherlich. Aber abgesehen von den Mängeln, die der schulmäßigen Behandlung der deutschen Poesie vielfach noch anhaften, ist hier doch etwas ganz anderes und Höheres gemeint.

Wir müssen mit der Auffassung brechen, daß es sich bei Schiller und Goethe in erster Linie um Dichtung und Kunst und damit um bloße Erhöhung oder gar nur um Schmuck des Lebens handele. Vielmehr ist ihr Werk eine Neugestaltung des Lebens von innen her, eine erste große deutsche Gesamtkulturschöpfung seit der Vernichtung der mittelalterlichen Bildungseinheit. Ihre dichterische und sonstige schriftstellerische und wissenschaftliche Tätigkeit war nur der Ausfluß des unermüdlichen Strebens, einen inneren Lebensgehalt zu gewinnen, nur ein Mittel zu dem einen Ziele, sich selbst im tiefsten Sinne des Wortes zu formen und zu bilden. Und wenn es wahr ist, daß wir uns am besten durch das Beispiel gebildeter Menschen erziehen, so gibt es in der gesamten Menschheitsgeschichte keine geeigneteren Führer. Insbesondere erhebt die ethische Entwicklung beider Persönlichkeiten ihr Lebenswerk weit über eine bloß ästhetisch-künstlerische Gestaltung des Daseins. Daß uns diese geistige Welt Goethes und Schillers noch nicht als ein so geschlossenes Kulturganzes erscheint wie etwa die Antike und die Renaissance, liegt daran, daß wir noch mitten in der Auseinandersetzung mit den führenden Persönlichkeiten stehen und so über der subjektiven Bedingtheit der Einzelerscheinungen den objektiv-sachlichen Zusammenhang nicht hinreichend beachten. Das gilt besonders von Goethe: seine Bedeutung für die moderne Weltanschauung ist noch bei weitem nicht ausgeschöpft, sein geistiges Vermächtnis noch lange nicht zu einem innerlichen Besitze des Volkes geworden. Goethe ist uns in mancher Hinsicht noch zu sehr Problem, um uns ganz objektiv zu werden. Immerhin haben wir den Grundgehalt der deutschen Klassik deutlich genug erkannt, um ihren Dauerwert von dem Eng-Persönlichen der ihn verkörpernden Männer abzulösen. Es ist etwas Eigenes um das Verhältnis des deutschen Genius zu seinem Werke. Vertiefen wir uns in die Entwicklung Goethes und den Umfang seines Gedankens und Willenslebens, so haben wir den Eindruck, daß die Persönlichkeit viel reicher ist als ihr Werk, daß die uns hinterlassenen Schriften auch in diesem Sinne nur Bruchstücke eines viel umfassenderen einheitlichen Geisteslebens sind. Andererseits aber ragt doch auch wieder das Werk durch die in ihm schlummernden Keime zu neuen Geistesschöpfungen über die historisch bedingte Person seines Urhebers

hinaus, Keime, die zu ihrer Entwicklung eines anderen Bodens bedurften, als er den Menschen des achtzehnten Jahrhunderts geboten war. Aber noch in weiterer Hinsicht ist das Werk unserer beiden Dichterfürsten mehr als die bloße Summe ihrer Taten und Bestrebungen. Es stellt durch die Ergänzung und Durchdringung zweier an sich so gegensätzlicher seelischer Beschaffenheiten eine wahrhaft „schöpferische Synthese" (im Sinne Wundts) dar, die reicher an Gehalt ist als die in sie eingehenden Faktoren. Wenn wir also von einem deutschen Kulturideal sprachen, das, wie ehemals die Antike, aller nationalen Bildung zu Grunde gelegt werden müsse, so meinten wir eben diese umfassende geistige Welt mit ihrem ganzen idealen, philosophischen, ethischen wie auch praktischem Bestande. Wir bezeichnen sie kurz mit den Namen Goethe und Schiller als ihren wesentlichen Trägern; aber sie schließt andere Gebiete und Typen des geistigen Lebens wie Antike, Renaissance, Kantische Philosophie und Romantik ein. Ja, insofern wir, von der persönlichen Prägung absehend, vornehmlich den sachlichen Inhalt jenes Kulturganzen im Auge haben, gehört dazu auch das Fortleben der Ideen in der Folgezeit, alle Umbildungen und Erweiterungen, durch die sie erst später ihre ganze Fruchtbarkeit entfaltet haben. Wie uns die Antike und die Renaissance, je mehr sie uns objektiv historisch werden, als einheitliche Kulturtypen unpersönlicher — oder, wenn man will, überpersönlicher Art erscheinen, in denen die großen Einzelpersönlichkeiten nur mehr ausstrahlende Kraftpunkte sind, so kann und wird sich auch unsere klassische Periode als ein einheitliches Ganze von scharf umrissenen Charakterzügen immer klarer aus der Geschichte des deutschen Geistes herausheben.

Dieses Bildungsideal darf nun in doppeltem Sinne als national bezeichnet werden. Zunächst ist es imstande, einen viel größeren Teil der Nation zu ergreifen und innerlich zu durchdringen als die klassisch-humanistische Bildung, die ein Einleben in eine längst vergangene Kultur verlangte, deren innerste Triebkräfte uns ganz fremd sind. Es lag in diesem aristokratischen Bildungsbegriff doch etwas von dem Klassengeist, der nicht mehr in unsere Zeit paßt. Man wird vielleicht befürchten, daß eine solche demokratische Verbreitung der Bildung notwendig Verflachung sei. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß jede Masse, wie in sozialer Hinsicht so erst recht in geistigen Dingen, das Bedürfnis hat, sich überlegenen Führern unterzuordnen. Mit jeder Hebung der Masse ist zugleich die Entwicklung einer aus ihr herausragenden neuen Führergruppe verknüpft. Tiefere Bildung, darüber kann sich der Bildungsfanatiker beruhigen, wird stets nur im Besitz einer Minderheit sein, weil sie verhältnismäßige materielle und geistige Unabhängigkeit voraussetzt, die immer das Vorrecht weniger ist. Wollen wir aber eine einheitliche Nationalbildung, so kann es eben nur eine solche sein, die ihrem deutschen oder sagen wir geradezu volkstümlichen Gehalte nach sich eignet, auch die mittleren und niederen Schichten der Bevölkerung mit ihrem Geiste wenigstens unbewußt zu durchtränken. Denn was auf den Höhen der Geisteswelt in bewußter Gedankenarbeit erstrebt und errungen wird, teilt sich durch unzählige und unbemerkbare Einflüsse auch denjenigen Kreisen mit, denen die Not des Alltags für geistiges Schaffen keine Zeit und Ruhe läßt.

Das hier umschriebene Bildungsideal ist aber auch insofern national, als es ein Erzeugnis der deutschen Geistesgeschichte ist. Daß in seiner historischen Erscheinung allgemein menschliche und weltbürgerliche Neigungen überwogen, gehört zu den zeitlichen Bedingtheiten, bedeutet aber, wie erwähnt, durchaus nicht einen unüberbrückbaren Gegensatz zu dem nationalpolitischen Einheitsgedanken. Das eben ist unsere Zukunftsaufgabe, das kulturelle Bildungsideal mit dem neu errungenen Nationalgefühle, die deutsche Seele mit der politischen Form der gegenwärtigen staatlichen Organisation harmonisch zu vereinigen. Überdies hat auch jene große deutsche Geistesperiode ihre unmittelbare Wirkung auf die Entwicklung unserer politischen Einheit ausgeübt; denn der Aufschwung von 1813 war ohne den befruchtenden ethischen Idealismus der Kant-Schillerschen und insbesondere Fichteschen Weltauffassung unmöglich.

Damit aber berühren wir ein weiteres Moment, durch das sich dieses deutsch-moderne Kulturideal vor dem der klassischen Antike auszeichnet: der sittliche Gehalt, der doch in der antiken Welt, wenigstens soweit die Schule sie in ihren Bereich zieht, sehr zurücktritt. Und zwar meinen wir die christlich-sittliche Idee. Es ist wohl nicht zu befürchten, daß man uns die besondere Stellung Goethes und Schillers zum sogenannten positiven Christentum oder zur kirchlichen Lehre entgegenhalten werde. Jenseits aller konfessionellen Scheidung besteht doch eine rein christliche Idee, die unsere klassische Dichtung von Klopstock an bis zu den Romantikern beseelt; ja es entwickelt sich in ihr ein christliches Ethos von eigenartig deutscher Prägung; und dieses sollte unser Leben wie vor allem auch den Geist unseres höheren Unterrichts viel stärker durchfluten, als es bisher der Fall war. Daß unser gesamtes Bildungswesen der Aufklärung entsprossen ist, klingt noch vernehmbar in der unsicheren oder doch gleichgültigen Haltung gegenüber der christlichen Idee nach. Es ist im Grunde immer noch jener weltgeschichtliche Gegensatz von Antike und Christentum, der wie ein Alpdruck auf vielen Gemütern lastet und der auch die Einheit unserer Schulbildung zerreißt. „Es hat", so sagt Ernst Troeltsch in einem tiefgreifenden Aufsatze über „die alte Kirche", (Logos VI, 314), „nie an solchen gefehlt, welche die Antike allein anerkennen und aus ihr die Zeit erneuern wollen; freilich sind sie in einer völlig aristokratischen Minderheit und haben sie den christlichen Einschlag nie ganz tilgen können, von den Gedankenlosen abgesehen, die hier überhaupt kein Problem sehen und denen die Antike einfach ein Schulgegenstand ist. Hier hat Nietzsche das große Weckungszeichen aufgerichtet. Aber für diesen Standpunkt gibt es nur die rückwärtsgewandte Wehmut oder die schonungslose Revolution gegen Christus, deren Konsequenzen so unermeßlich wie möglich sind. Es ist nicht anders möglich, als den Schwerpunkt des Verhältnisses in der christlichen Ideenwelt zu sehen und es von ihr aus zu ordnen." Dem ist mit allem Nachdruck beizustimmen, eben wegen der tieferen ethischen Kräfte, die der christlichen Idee innewohnen. Und daß diese in der Welt zu stärkerer Geltung gelangen, ist wohl heute ein so dringendes Verlangen, eine so heiße Sehnsucht der Völker und Menschen, daß wir ohne solche Hoffnung an der Zukunft der Menschheit verzweifeln müßten. Sittliche Erneuerung aber vorzugsweise an das politische Leben anknüpfen zu wollen, ist kurzsichtig; denn die staatliche Kultur als solche bleibt allen feineren Formen der Sittlichkeit unzugänglich. Wenn daher (z. B. von Ferdinand Jakob Schmidt) als Grundlage der einheitlichen Volkserziehung die „nationalethische Persönlichkeitsbildung" aufgestellt worden ist, so darf dabei das Wort „national" nicht in zu engem Sinne gefaßt werden, jedenfalls nicht im Gegensatze zu einer „humanen" Ethik des Christentums.

Ist nun die Schule der Aufgabe gewachsen, ihre Zöglinge in den Geist dieser deutschen Nationalbildung einzuführen? Wenn sie sich das Ziel so hoch steckte, jugendlichen Geistern das Verständnis der antiken Kultur zu übermitteln, so kann und muß sie auch imstande sein, ihnen eine Gedankenwelt zu erschließen, die uns so viel näher liegt. Der methodische Weg wäre im allgemeinen gekennzeichnet durch die Stufen: Dichtung, Leben, Persönlichkeit, Welt- und Lebensanschauung, allgemeiner geistiger Gehalt, wobei zunächst Schiller der Vortritt zu gönnen ist, während später Goethe in den Vordergrund treten müßte und zuletzt eben jenes gemeinsame Bildungsganze zu gewinnen wäre, wie es oben angedeutet worden ist. Dieser Weg, den die höhere Schule ganz zu durchmessen hätte, könnte in seinem Beginne auch von der Volksschule beschritten, von der Fortbildungsschule und sonstigen Volksbildungsanstalten weiter verfolgt werden. Damit wäre eine Art nationaler Bildungseinheit gegeben, die neben und über aller Trennung durch Stand, Beruf, Partei, Konfession eine gewisse innere Übereinstimmung verbürgen und frei von aller Starrheit mit der Volksentwicklung selbst wachsen würde.

Der Schwerpunkt der ganzen Aufgabe aber liegt natürlich in der höheren Schule, weil aus ihr die berufenen Führer der Volksbildung hervorgehen. Klassisch-humanistische wie modern-realistische Anstalten würden neben ihrer besonderen Eigenart in diesem deutsch-nationalen und zugleich wahrhaft humanistischen, d. h.

humanen Bildungsideal ihr gemeinsames Ziel haben. Freilich wäre auch sonst eine innere Annäherung der verschiedenen Schulgattungen anzustreben. Dem Gymnasium müßten die Naturwissenschaften, insbesondere auch die Biologie wichtiger, d. h. eindrucksvoller werden — was ohne Vermehrung der Stundenzahl sehr wohl zu erreichen ist. Vor allem aber müßten die „realen" Anstalten — dieser häßliche und irreführende Name! — ihren Schülern tiefere Einblicke in den Geist des klassischen Altertums eröffnen. Es ist an der Zeit, daß dem Vorurteile, wir hätten zwei Kategorien von Schulen: ideal und real gerichtete, der Boden entzogen wird. Wahre Bildung ist ideal und real zugleich, oder sie ist überhaupt keine Bildung. Eine stärkere Berücksichtigung der antiken Kultur an den Realanstalten fordert wiederum keine Veränderung des Lehrplanes. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß alles, was die Schule bietet, im systematischen Lehrgang und methodischen Zusammenhange „durchgenommen" werden müsse. Man vergißt, daß gerade der einzelne, aus dem gewöhnlichen Verlaufe herausfallende Eindruck wie alles Neue sich besonders scharf einprägt und zum Erlebnis wird. Solchen pädagogischen „Impressionismus" sollte man mehr pflegen. Durch einzelne wirkungsvolle Vorträge über Sokrates, Plato, Sophokles, griechische Lyrik, bildende Kunst und Weltanschauung — sei es des Lehrers oder eines begabten Schülers — würde vielleicht mehr erreicht, als wenn man daraus einen „Lehrstoff" machte. So könnte mancher Realgymnasiast oder Oberrealschüler vielleicht von der Antigone, einem Abschnitt des Phädon oder des Symposion mehr Gewinn haben als ein Gymnasiast, der sich auf den Dornenpfaden der griechischen Grammatik gar nicht bis zum genußreichen Verständnis der schwierigen Werke durcharbeiten vermag. Jedenfalls würden sich auf diese Weise die verschiedenen Bildungswege, statt immer weiter auseinander zu führen, wieder etwas nähern.

Das gemeinsame Bildungsideal aber, das uns hier vorschwebt, wird nicht nur ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Schulgattungen sein, sondern auch innerhalb des Unterrichts selbst die so sehr vermißte Einheit fördern können. An Stelle des Enzyklopädischen, das unserem Schulbetriebe immer noch anhaftet, wäre hier ein trotz seiner umfassenden Weite dennoch geschlossenes Geistesgebiet gegeben, in das sich das Denken der Jugend jahrelang einleben könnte, eine Lebens- und Weltauffassung, die nicht Erzeugnis reiner Denkbewegung, sondern dem Ringen mit der Wirklichkeit des Lebens selbst entwachsen ist. Namentlich würde auch die philosophische Belehrung, die sonst so leicht in der Luft schwebt, hier ihren natürlichen Anknüpfungspunkt finden. Die Geisteswelt Schillers und Goethes ist ohne jede philosophische Kenntnis überhaupt nicht zu verstehen, zum mindesten Goethe nicht ohne Spinoza, Schiller nicht ohne Kant. Ferner müßten Betrachtungen über Kunst und Ästhetik von hier ausgehen. Statt Lessings Schriften, die inhaltlich heute ganz veraltet sind und nur von einem auf dem Gebiete der Ästhetik sehr bewanderten Lehrer ohne Schaden behandelt werden können, müßten die Ansichten Goethes und Schillers zugrunde gelegt werden, die in wesentlichen Punkten noch in voller Geltung sind. Übrigens sollten gerade die Realanstalten darauf Wert legen, das System ihrer Einzelwissenschaften, in denen die praktisch reale Richtung sich leicht vordrängen kann, philosophisch zu begründen und zu überbauen.

Freilich nun das Ceterum censeo, das heute allen Erwägungen über Schulfragen beigefügt werden muß: Vorbedingung für jede Umwandlung des bisherigen Verfahrens ist eine geeignetere Vorbildung der Lehrer. Deutschlehrer, die wesentlich „germanistisch" vorbereitet und Goethe und Schiller nur vom philologischen Standpunkt aus näher getreten sind, werden niemals fähig sein, die Persönlichkeit der Dichter, geschweige denn ihre Lebensgestaltung und ihre geistige Welt zu verstehen. Es müßte demnach von jedem, der Deutsch in den Oberklassen geben will, ein gewisses Maß philosophischer Kenntnisse gefordert werden, und zwar nicht einer jener beliebten „Überblicke" über Logik und Psychologie, sondern ein wirklicher Einblick in die philosophischen Ideen, die als ein wesentliches Element unsere neuere Dichtung von Lessing und Herder bis zu Hebbel durchströmen. Deutsche

Literaturgeschichte ist eben nicht bloße Geschichte der Literatur, sondern ist Ideen- und Geistesgeschichte im umfassendsten Sinne des Wortes.

Weiterhin aber ist auch für die Bildung der höheren Lehrer größere Einheit zu erstreben. Denn auch bei ihnen sind, zum Teil infolge der heftigen Schulkämpfe der letzten Jahrzehnte, tiefe Gegensätze entstanden. Einseitiges Fachwissen und Fachegoismus haben dazu beigetragen, das Gefühl, einer gemeinsamen Bildungsaufgabe zu dienen, immer mehr zu verflüchtigen. Und nur eine über alle Einzelwissenschaften sich breitende pädagogische und philosophische Überzeugung kann die Scheidung der Geister einigermaßen überwinden.

Was letzten Endes bei der ganzen Frage der einheitlichen Nationalbildung auf dem Spiele steht ist unser Nationalcharakter. Wie der Charakter des Einzelmenschen eine gewisse Einheit der Persönlichkeit erheischt, so ist auch Nationalcharakter nicht möglich, ohne daß in grundlegenden Bestrebungen und Ideen des Volkes wenigstens eine gemeinsame Richtung herrscht. Vielleicht ist unsere Nation als politisches Wesen noch zu jung, um schon zu einer bestimmten Volkspersönlichkeit gelangt zu sein. Jetzt aber dürfte die Zeit der Reife nahen und damit der Augenblick gekommen sein, dem Ziele einer einheitlichen Nationalbildung und einer wahrhaft deutschen Volkspersönlichkeit mit aller Kraft zuzustreben.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

„Der neue Kurs", Erinnerungen von Otto Hammann; Verlag von Reimar Hobbing in Berlin 1918. Preis M. 8 u. 4.

Otto Hammann, Wirklicher Geheimer Legationsrat, Exzellenz, war mehr als fünfundzwanzig Jahre Leiter und zuletzt Direktor der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, also ein Mann, der unter vier Kanzlern diente! Er ist eine der wenigen Persönlichkeiten, die das Heranreifen des Weltkrieges in Jahrzehnten von hoher Warte und ausgerüstet mit den gerade modernsten Beobachtungsmitteln verfolgen konnte. Die Gründe liegen auf der Hand, wenn Hammann dennoch darauf verzichtete, eine Vorgeschichte des Weltkrieges zu schreiben. Was er gibt, sind Materialien zu einer solchen Vorgeschichte, die zugleich die Geschichte der Regierungszeit Kaiser Wilhelms des Zweiten ist. Es ist vorwiegend von der Zeit des zweiten Reichskanzlers, General v. Caprivi, die Rede; jene erschütternden Kämpfe werden beleuchtet, unter denen sich die Regierung Wilhelms des Zweiten aus dem Dunkel des Schattens des Titanen Bismarck herauszuarbeiten strebte. Meines Wissens ist es auch die erste Schrift, die dem Wirken Caprivis gerecht zu werden versucht, wenn es auch nicht ihr ausgesprochener Zweck ist.

Wer von dem langjährigen Beamten, in dessen Bureau sich häufig genug die geheimsten Fäden der inneren Politik kreuzten, Enthüllungen erwartet hat, wird durch die Erinnerungen enttäuscht. Ihr Wert liegt nicht in den neuen Einzelheiten. Die sie der größeren Öffentlichkeit bringen, sondern in der Zusammenstellung meist bekannter Tatsachen durch den Kundigen. Das trifft ebenso für die Vorgeschichte der Krügerdepesche zu, die sich bereits ausführlich bei Reventlow findet, wie für die Preisgabe des Rückversicherungsvertrages mit Rußland. Letztere bedarf in ihrer Darstellung entschieden einer Ergänzung. Von größtem Interesse sind die Darstellungen der Verhältnisse hinter den Kulissen der Politik, die sich an Persönlichkeiten wie Holstein und Tausch knüpfen. Obwohl diese Dinge zwanzig und mehr Jahre zurückliegen und der Weltkrieg zwischen jene Zeit und die Gegenwart getreten ist, enthalten sie manchen Fingerzeig für die Schwächen unseres heutigen politischen Apparates und für Gefahren, denen wir dank der Organisationswut, die sich gegenwärtig auf dem Gebiet der Presse bemerkbar macht, in naher Zukunft entgegengehen. Aus diesem Grunde sind wir für Hammanns Erinnerungen ganz

besonders dankbar und werden uns mit ihnen noch öfter beschäftigen.

Heute seien sie jedem Gebildeten, der in irgendeinem Verhältnis zur Politik steht, sei es auch nur als Zuschauer, warm empfohlen. Exzellenz Hammann schreibt einen klaren, fesselnden Stil. Der Verleger hat für einen großen schönen Druck gesorgt. So wirkt alles zusammen, um die Lektüre des nicht sehr umfangreichen Buches zu einem gewissen Genuß zu machen. G. Cl.

Parteilose Wählerstimmen. Kürzlich hat der Ausschuß des Reichstages die Wahlpflicht beschlossen. Dadurch wird jedermann in deutschen Landen gezwungen, bei den Wahlen für eine der bestehenden organisierten Parteien einzutreten, ohne Rücksicht darauf, ob die gerade am Ort organisierten Parteien auch den Anschauungen des Bürgers entsprechen. Gerade deshalb haben von jeher hunderttausende nicht der schlechtesten Männer dem Parteigetriebe fern gestanden, und was jetzt von den Parteien im Reichstage geleistet wird, reizt wirklich nicht zum Anschluß an die alten Organisationen an. Das Gesetz, das somit die Wahlpflicht einführte, müßte auch dafür Sorge tragen, daß dadurch kein Gewissenszwang auf zahlreiche Bürger ausgeübt würde. Da empfiehlt sich statt des Wahlzwangs mit seinen unvermeidlichen Härten, Bestrafungen und leeren Stimmzetteln folgender einfacher Weg:

Wer nicht wählt, ist entweder mit den bestehenden Zuständen im allgemeinen zufrieden oder er weiß nicht, wen er mit der Vertretung seiner politischen Interessen betrauen soll, weil die Parteien oder deren Vertrauensmänner nicht nach seinem Geschmack sind. In den überwiegend meisten Fällen ist seine Stimmenthaltung als ein stillschweigend zum Ausdruck gebrachtes Vertrauen gegen die Regierung zu bewerten. Infolgedessen sollte es auch die Regierung sein, die über die Stimmen der „Nichtwähler" verfügt. Sie beziehungsweise der Bundesrat sollte für je 100000 oder 150000 der nicht abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten bestimmen können. Es ist selbstverständlich, daß diese Regierungsabgeordneten Männer sein müßten, deren hoher Wert für die Gesamtheit durch ihr Wirken erwiesen ist, die aber weder Zeit noch Geld haben, sich durch den Staub der Wahlschlachten schleifen zu lassen oder sich berufsmäßig in der Partei emporzuarbeiten, um sich dann mit ihren Idealen in ein enges Parteiprogramm einzwängen zu lassen.

Wer als Nichtwähler mit diesem Verfahren nicht einverstanden ist, mag sich die triftigen Gründe, derentwegen er der Wahl fernblieb, bescheinigen lassen, sei es durch den Arzt oder eine behördliche Stelle.

Prof. Dr. Sch.

Randglossen zum Tage

An den Herausgeber

Sehr geehrter Herr, ob man den pathetisch stelzenden Leitartikel verfaßt, oder dem Tagesereignis die bescheidene Glosse nachsendet, was in dieser beispiellosen Osterzeit geschieht, muß selbst einen Stresemann nach Worten und einen Rudolf Presber nach Reimen ringen lassen. Wir klugen Leute daheim gehen, auch wenn uns sonst nicht so leicht bei unserer Gottähnlichkeit bange wird, noch immer ein wenig benommen umher. Nur Theodor Wolff, der so sehr an sich glaubt und glaubt, daß seine Leser so sehr an ihn glauben, hat uns noch einen Artikel lang vom Fürsten Lichnowsky erzählt und gezeigt, daß er alles vorher gewußt hat und auch an der Tatsache, daß seine interessante Schreibtischschublade das berühmte menschliche Dokument schon so früh beherbergt hat, nachgewiesen, welche Wichtigkeit wir ihm beizumessen haben. Sonst hat in diesen Tagen niemand mehr von etwas anderem geschrieben, als von dem Ungeheueren, das nach dreieinhalb Jahren, Beispielloses in den Schatten stellend, wieder deutschem Geist und deutschem Willen entwachsen ist. Wo ist der wichtigtuende Streit von vor vier Wochen? Junker und Fabrikarbeiter denken und empfinden heute so dasselbe, daß sie ihre Zeitungslektüre aus-

tauschen könnten, ohne es zu merken. So gehen wir in einer unbeschreiblichen Stimmung und Seelenverfassung einem Osterfest entgegen, von dem wir sehnlich hoffen, daß die Tat — mehr vermögend als die Worte — es zum letzten dieses Krieges mache. Wie immer das sein wird, die Wunderkanonen schießen ein Fest ein, das wir in Beruhigung und Zuversicht verbringen werden. Wir ertragen die Wirrnis der Zeit leichter, weil draußen alles so programmäßig glatt verläuft. Die Gegensätze der Zeit drücken weniger auf uns, weil alles einig ist in der Bewunderung von Taten, die nicht ruchlose Eroberergier gesucht hat und die, so grauenhaft ihre Begleiterscheinungen sind, doch etwas gewaltig Heiteres an sich tragen, wie alle Leistungen, die, in Begeisterung vollbracht, gut gelingen.

Wann hat sich deutsches Leben in solchen Gegensätzen abgespielt? Der Siegesjubel von Millionen ertönt in das verzweifelte Schweigen Zehntausender, denen der Anlaß dieses Jubels das Liebste entriß. Reichtum, wie er in Deutschland noch nie in einzelnen Händen gehäuft war, entschleiert sich vor der Armut

plötzlich aus sicher scheinendem Wohlstand in die wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit gestürzter Existenzen. Betrug, Wucher, Diebstahl, Schieberkünste, an deren Definition sich noch manche juristische Dissertation üben wird, zwingen die Richter zu Überstunden und Akte der Hilfsbereitschaft einer nicht nach Dank fragenden Nächstenliebe spielen sich ab, die man nur in moralischen Erzählungen für die Jugend gesucht hätte. Grenzenlose Entbehrungen und zynischer Genuß, doppelt frech Befriedigung suchend, weil ringsum die verzichten müssen, die es nicht gewöhnt sind, spielen sich in der großen Stadt Tür an Tür ab. Weggeweht, in die Winkel gescheucht, ist das mondäne Treiben auch der Bewohner der eleganten Viertel, und der Zug der Einfachheit liegt über den Straßen, deren Wohnpaläste von der Üppigkeit der Friedensjahre erzählen. Eine überelegante Modedame wirkt heute nicht wie ein Farbenfleck in einem heiteren Gemälde, sondern stört, wie der kecke Mißton einer Klarinette in einem Trauermarsch. Trotz aller Bemühungen der politischen und anderer Philosophen und Systemerfinder denkt man heute nicht nach einem wohlgeordneten Schema. Man kann nicht Pessimist sein, wo so ungeheuere Erfolge Tatsache werden. Man kann nicht Optimist sein, während Europa sich in einen Trümmerhaufen verwandelt und noch kein Ende des Hasses und der Zerstörung abzusehen ist. Man kann nicht finden, daß sich die Menschheit hinaufentwickelt, wenn man den Zerfall des Rechtslebens verfolgt, aber wer wollte angesichts der übermenschlichen Pflichttreue und Hingebung von Millionen den

Menschenverächter spielen? Kurz, man lebt auch gedanklich vom Tag in den Tag und erwartet vom Ende des Ringens, daß sich auch die Trümmer des Weltbildes wieder schön zusammenfügen und daß uns dann die Philosophen wieder beweisen werden, daß und warum alles so und nicht anders ist.

In einem nur sind alle Parteien und Systeme einig, daß das Furchtbare, das wieder geschieht, eine bittere Notwendigkeit ist, die man uns aufgezwungen hat. Darin einig, gehen wir einem Osterfest entgegen, das nach äußeren und inneren Begleiterscheinungen einzig ist und es nur dann nicht mehr sein wird, wenn das nächste uns im neuen Frieden antrifft. Die Härten der Zeit werden so in einer Stimmung ertragen, über die sich die verschiedenen für die Regelung unseres materiellen Lebens verantwortlichen Stellen um so unbefangener freuen können, als sie zum geringsten Teil daran schuld sind. Der Festbraten ist so klein, daß das Vergrößerungsglas den Punkt feststellen muß, an dem das Federmesser zum Zerlegen anzusetzen ist. Wenn die Hausfrau imstande wäre, aus weißem Sand und Leitungswasser einen Festtagskuchen zu bereiten, könnte sich die Behörde stolz darauf berufen, daß sie diese Dinge nur unwesentlich verteuert hat. Wären Ostereier aus Faserstoff mit Kohlrübenschnitzeln gefüllt ein Genußmittel, würde die Behörde jedem Kind das Nestlein füllen. Wie die Dinge liegen und die Nahrungsmittel-Organisationen fungieren, müssen und werden wir über den Ereignissen vergessen, daß wir dieses Fest nur mit geistig-moralischen Werten verschönern können. Wir müssen uns versagen, dem Großstadt-Häusermeer mittels Schnellzuges zu entfliehen und es wird uns darüber hinweghelfen, zu sehen, wie schnell unsere Truppen vorwärtskommen.

So liegt über dem schweren Ernst des Entbehrenmüssens, der vor allem der Großstadtbevölkerung — außer demjenigen Teil, der mit Hundertmarkscheinen zu nahrhaften Beziehungen die Brücke schlagen kann —, Linien ins Antlitz gegraben hat, heitere Gefaßtheit und Gewißheit, für die wir denen draußen unauslöschlich dankbar sein müssen. So ertragen wir einen Lebenszustand, der, wenn er nicht seine sehr ernste Seite hätte und nicht so verwünscht kostspielig wäre, etwas Karnevalistisches an sich trüge, in der Umkehrung des gewohnten Zustandes. Keine demokratische Verfassung könnte den Zustand der Gleichheit schaffen, der zwischen denjenigen besteht, die gleich wenig zu essen haben. Die Regierungsrätin und die Eisenbahnschaffnerin sind Schwestern, wenn keine von ihnen einen Onkel auf dem Lande hat und beide zugleich im Laden nach etwas fragen, das es nicht gibt. Zwischen dem Amtsgerichtsrat und dem Munitionsarbeiter besteht im Zigarrengeschäft nur noch der Unterschied, daß der letztere nicht mit der Wimper zuckt, wenn er Fünfzigpfennigzigarren kauft. Keine Dame der Gesellschaft war je so umworben, wie heute die Verkäuferin im Fleischerladen und kein Mann hat je vor seinem Chef gezittert, wie er heute vor seinem Schuster bebt. Was war selbst im Zeitalter der Propheten die Ehrfurcht vor dem Alter gegen den Respekt, dessen sich heute die unbärtige Jugend in Gestalt von Bureaujungen erfreut? Was von den Taten der antiken Tyrannen erzählt wird, sind gutmütige Biertischspäßchen gegen das, was der Fleischer, die Gemüsehändlerin, der Möbelpacker mit uns anfangen. Was sind alle sozialen Umwälzungen der Vergangenheit und der utopistischen Literatur gegen die sozialen Umwälzungen von heute?

Im Zeichen dieser Umkehrung der Dinge feiern wir Ostern. Die Welt hat keine ähnlichen erlebt. Wir Deutsche keine, die so erhaben und voller kleiner Widerwärtigkeiten, so erschütternd gewaltig und so komisch in den Kleinigkeiten des Lebens, so bitter ernst und so zukunftsfroh, so unfaßbar grauenhaft und so voll zuversichtlichster Sicherheit gewesen wären. Ihr Nemo

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Clemow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag

Von L. Raschdau

Auf S. 86 seiner „Erinnerungen“ erwähnte Exzellenz Hammann als einen der vortragenden Räte der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes zur Zeit des Überganges vom bismarckischen zum sogenannten neuen Kurse den Geheimen Legationsrat, nachmaligen Gesandten und bevollmächtigten Minister Raschdau. Exzellenz Raschdau ist es, der uns auf besonderes Bitten die folgenden Ausführungen zum Buche von Hammann geschrieben hat. Wir glauben kaum, daß es viele Kritiker gibt, die gerade wie Exzellenz Raschdau, ein naher Mitarbeiter des Fürsten Bismarck, berufen sind, die Vorgeschichte des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages klarzustellen. In der vorliegenden allseitigen Beleuchtung ist der Vorgang noch nirgends politisch behandelt worden. Die Schriftleitung

Unter den diplomatischen Akten, die dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches zugeschrieben werden, ist wohl keiner, der die öffentliche Meinung so stark beschäftigt hat, als jenes Abkommen zwischen Deutschland und dem Russischen Reich, dem man den Namen des Rückversicherungsvertrages gegeben hat. Von dem Augenblicke ab, wo die „Hamburger Nachrichten“ im Herbst 1896 von seinem Dasein der Welt Kenntnis gegeben haben, ist er nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung gewichen. Seinen Inhalt kennen auch heute nur sehr wenige, und eben dieser Umstand ist es, daß Historiker und Politiker sich in allerlei bald scharfsinnige, bald phantastische Betrachtungen versenkt haben über die Tragweite jenes Vertrages und die Folgen seines plötzlichen Endes. Darüber hinaus hat so ziemlich alles, was in Deutschland politisch denkt oder interessiert ist, Stellung zu diesem Abkommen in dem Sinne genommen, daß jeder Bewunderer des großen Staatsmannes — und das ist natürlich die übergroße Mehrzahl der Nation — sich verpflichtet sah, das Abkommen als ein Meisterstück seiner staatsmännischen Tätigkeit und die Auflösung als ein vaterländisches Unglück anzusehen, daß dagegen solche, die mit ihrer Kritik auch jener großen historischen Persönlichkeit gegenüber nicht zurückhielten, auch jenen Akt mit skeptischen Augen ansahen. Die Beurteilung seines Wertes wurde gewissermaßen eine Frage der Pietät. Ein sachliches unbefangenes Urteil aber war um so schwieriger als, wie gesagt, der Inhalt des Abkommens bis heut geheim geblieben ist und die Umstände, unter denen es geschlossen war und schließlich fallen gelassen wurde, nicht weniger verborgen sind.

Nun hat sich ein Mitglied des auswärtigen Dienstes, der einstige Leiter der Presseabteilung, Dr. Hammann, in einem eben erschienenen Buche, betitelt „Der neue Kurs“, eingehender über den Rückversicherungsvertrag geäußert. Er hat dem betreffenden Kapitel die Überschrift gegeben: „Der abgerissene Draht nach Ruß-

land" und kennzeichnet mit diesem viel gebrauchten Schlagwort die Bedeutung, die der Vertrag in der öffentlichen Meinung nach dem Ausscheiden des großen Kanzlers gewonnen hat. Es macht den Eindruck, als ob der Verfasser den Inhalt des Vertrages nicht näher kennt, aber seine amtliche Stellung hat ihm doch Gelegenheit geboten, die mit der Auflösung des Vertrages verbundenen Folgen, wirkliche wie vermutete, aus der Nähe zu beobachten, und er war bemüht, sich danach ein Urteil über die Tragweite zu bilden, das man mit um so größerem Interesse lesen wird, als ziemlich alles, was bisher öffentlich darüber gesagt worden ist, von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht. Dr. Hammann sagt uns in seinen Darlegungen über diese Vorgänge eigentlich wenig Neues, und das auch nur nebenbei, in unauffälliger Art. Er vermeidet, wie überhaupt auch sonst in seinem Buch, alles, was sensationellen Anstrich hätte, obwohl er doch ohne Zweifel imstande wäre, manches zu erzählen, was sein Werk für ein großes Publikum begehrter machen würde. Mancherlei kann man zwischen den Zeilen lesen, doch dazu gehören Vorkenntnisse, über die nur ein beschränkter Kreis von Lesern verfügt. Bei dem hier vorliegenden Gegenstande bedeutet es schon etwas, daß die üblichen Irrtümer bezüglich bestimmter Tatsachen vermieden worden sind. An diese Tatsachen knüpft Hammann dann in seiner Beurteilung gewisse Folgerungen, und er kommt zu dem Schlusse, daß der Wert des Rückversicherungsvertrages außerordentlich überschätzt worden sei.

Nachdem jetzt fast ein ganzes Menschenalter seit dem Erlöschen des Vertrages verstrichen ist und unser politisches Verhältnis zu Rußland in keinem Zusammenhange mehr damit steht, vielmehr auf ganz neuen Grundlagen aufgebaut werden muß, ist es nützlich, über das Wesen, die Entstehung und Lösung des vielbesprochenen Abkommens etwas mehr zu sagen, als bisher bekannt ist. Man muß zu diesem Zweck etwas weiter in die Geschichte unserer Zeit zurückgreifen.

Es ist ein Grundzug der gesamten Politik des großen Kanzlers gewesen, die Beziehungen zu Rußland möglichst freundlich zu gestalten. Aber er war doch ein zu scharfer Beobachter, um nicht zu sehen, daß diese Bemühungen auf der anderen Seite keiner vollen Gegenseitigkeit begegneten. Um nicht weiter zurückzugehen, sei auf die Begleitumstände des deutsch-französischen Krieges verwiesen. Wir waren damals der wohlwollenden Haltung des russischen Kaisers, der tatsächlich die Politik seines Reiches viel selbständiger leitete, als man gewöhnlich annimmt, soweit sicher, daß wir das verdächtige Treiben des österreichischen Staatskanzlers Grafen Beust mit Ruhe beobachten konnten, zumal es sich bald herausstellte, daß der magyarische Einfluß sich einem österreichisch-französischen Zusammengehen widersetzte. Graf Bismarck hat damals das Wohlwollen des Zaren mit unserer diplomatischen Unterstützung quittiert, als Rußland in einer die Welt überraschenden Weise sich der Verpflichtung, keine Kriegsschiffe auf dem Schwarzen Meere zu halten, für ledig erklärte. Wie wir während des Krimkrieges Rußland vor einem westlichen Angriff bewahrt haben, dann während des polnischen Aufstandes im Gegensatz zu der französisch-englischen Einmischung auf seine Seite getreten sind, so haben wir auch in der Pontusfrage Rußland zu einem müheloſen Erfolge verholfen. Man kann die Frage stellen, ob es angesichts solcher deutscher Dienste, denen gegenüber die Demütigung von Olmütz stand, zweckmäßig war, jenen Dankbrief zu schreiben, in dem Kaiser Wilhelm nach Beendigung des Krieges dem kaiserlichen Neffen seine warme Erkenntlichkeit für die Unterstützung aussprach, die dieser uns mit seiner freundschaftlichen Neutralität geleistet hatte. Denn schon damals wurde offenbar, daß die Einigung und der kräftige Aufstieg Deutschlands in der russischen Gesellschaft mit lebhaftem Unbehagen verfolgt wurde. Als Thiers seine Reise an die Höfe der neutralen Großmächte ausführte, um deren Unterstützung gegen die deutschen Friedensbedingungen zu gewinnen, berief er sich in der Unterhaltung mit dem Zaren darauf, daß er überall in Petersburg lebhaften Sympathien für die französische Sache begegnet sei, und er setzte sich damit der kaiserlichen Zurechtweisung aus, daß die Politik in Rußland von dem Monarchen allein bestimmt werde. Begann einmal diese hohe und entscheidende Stelle in ihrer Neigung zu

Deutschland nachzulassen, so war es so gut wie sicher, daß die Beziehungen der beiden benachbarten Völker eine schnelle Abkühlung erfahren würden. Und so geschah es wirklich. Es würde zu weit führen, die einzelnen Vorgänge anzuführen, die die allmählige Entfremdung bekunden. Wer sich darüber genauer zu unterrichten wünscht, wird das Werk des Vicomte Gontaut-Biron über seine Botschafter-Tätigkeit in Berlin trotz der Einseitigkeit des Inhaltes nicht unbenutzt lassen dürfen. Es sind darin zahlreiche Berichte und Briefe über Unterhaltungen mit Alexander dem Zweiten und russischen Staatsmännern wiedergegeben.*) Überall, besonders während der bekannten Krise von 1875, kehrt dort die russische Mahnung an Frankreich wieder: „Werdet stark, unsere Interessen sind gemeinsam!" Natürlich blieb dem deutschen Kanzler diese Entwicklung nicht verborgen, und er hat, wie man weiß, sie nicht zum wenigsten dem von Neid und Eitelkeit erfüllten Charakter des russischen Reichskanzlers zugeschrieben. Er hat dann unter dem Druck dieser allmählichen Wandlung den Versuch gemacht, mit Rußland in ein engeres vertragsmäßiges Verhältnis zu gelangen. Im August 1876 regte der Feldmarschall von Manteuffel vorsichtig beim Kaiser Alexander den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses an. Der Monarch reagierte nicht darauf. Bald darauf aber richtete dieser in Livadia an unseren Mititär-Bevollmächtigten General von Werder die verfängliche Frage: „Was werden Sie tun, wenn ich mit Österreich in Krieg komme?" Wieder, im November 1876, kommt Fürst Bismarck auf die Bündnisfrage zurück, indem er durch den Botschafter von Schweinitz bei Fürst Gortschakow anfragen läßt, ob er in der Lage sein würde, einen Vertrag einzugehen, durch den Rußland gegen gewisse Leistungen im Orient den deutschen Besitz von Elsaß-Lothringen verbürge. Das lehnte der russische Kanzler rund ab. Wie Fürst Bismarck diese Versagung auslegte, davon gibt uns der berühmte Bericht Kenntnis, den er im September 1879 aus Gastein an Kaiser Wilhelm erstattete, als er für den Abschluß des Bündnisses mit Österreich-Ungarn eintrat. Inzwischen hatte nämlich der russisch-türkische Krieg und insbesondere der Verlauf des Berliner Kongresses das Verhältnis Rußlands zu Deutschland so ungünstig gestaltet, daß ein ernster Konflikt zwischen den beiden Mächten nicht außer dem Bereich der Möglichkeit lag. Die Außenwelt erfuhr davon nicht viel, aber in dem Verkehr der Kabinette nahm die Tonart einen immer drohenderen Charakter an. „Cela finira d'une manière très sérieuse," so äußerte sich der Zar in seinen Vorwürfen, daß wir Österreich auf dem Balkan gegenüber den russischen Interessen beharrlich unterstützten. Das Schreiben, das Kaiser Alexander im August 1879 an seinen kaiserlichen Oheim richtete, war derartig, daß Bismarck dazu wörtlich bemerkte: „wenn wir in ähnlichem Ton antworten, dann ist das gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung". Unter dem Einfluß dieser Vorgänge hat damals Fürst Bismarck den Weg von Gastein nach Wien genommen. Seinem Monarchen schrieb er, daß das slawophile Rußland seit dem Ausscheiden Napoleons den Frieden Europas bedrohe, es habe die Erbschaft des Napoleonischen Cäsarismus übernommen. Und er konnte nicht überrascht sein, als er dann in Wien vom Kaiser Franz Joseph und von Andrassy hörte, daß es nicht Rußland, sondern der Weigerung der französischen Regierung zuzuschreiben sei, wenn noch kein Bündnis zwischen den beiden Staaten bestehe.

Dieser Dinge**) muß man sich erinnern, um die treibenden Kräfte zu erkennen, die zu dem Rückversicherungsvertrage geführt haben. Unter den russischen Drohungen hatte die deutsche Politik — sehr gegen die Neigung des alten Kaisers, der fest an den Überlieferungen seines Hauses hing — die Wendung nach Österreich genommen und damit das alte Verhältnis zu Rußland gelöst. Wie seinen

*) Reiches Material enthalten darüber auch die russischen Briefe von G. Cleinow, die die „Grenzboten" von 1905 ab bis kurz vor Ausbruch des Weltkrieges veröffentlicht haben. Die Schriftleitung.

**) Sie sind am ausführlichsten in der bekannten Lebensgeschichte des Grafen Andrassy von Wertheimer geschildert. Der Verfasser hat über diesen Zeitabschnitt die Akten des Berliner Auswärtigen Amtes benutzen dürfen.

Onkel, so erfaßte auch den Zaren, dem die Wiener Abmachungen vertraulich mitgeteilt worden waren, Schwermut über das Geschehene. Er bereute den Brief, den er an den deutschen Kaiser geschrieben: „Ich muß gestehen, eine Dummheit begangen zu haben," äußerte er freimütig. Aber die Dinge waren nicht mehr ungeschehen zu machen, und jetzt setzte mit verdoppelter Kraft in Rußland unter der Form der panslawistischen Propaganda eine Bewegung ein, die ganz offensichtlich auf die Verbindung mit Frankreich und die gewaltsame Abrechnung mit Deutschland, das als Freund der Donaumonarchie und als angeblicher Beschützer der Türkei doppelt verabscheut wurde, lossteuerte. Je trüber sich die inneren Verhältnisse in Rußland gestalteten, um so mächtiger setzte diese friedenstörende Bewegung ein. Mit ihr verbanden sich jene dunklen Kräfte, die in einem Kriege und einer russischen Niederlage die einzige Möglichkeit sahen, die autokratische Verfassung des Reiches von Grund aus umzugestalten.

Fürst Bismarck hatte mit dem österreichischen Bündnis nicht nur die deutsche Widerstandskraft stärken und sichern wollen, es war ihm natürlich auch darum zu tun, der Möglichkeit einer Hinneigung Österreich-Ungarns zu Rußland, die durch den starken slawischen Teil der Donaumonarchie begünstigt wurde, zuvorzukommen. In vorderster Linie aber stand ihm immer die Erhaltung des Friedens. Er ließ daher auch in Wien keinen Zweifel, daß er für eine Betätigung der österreichischen Politik im Orient, die den Frieden gefährden könne, nicht zu haben sei. Auf der anderen Seite war die persönliche Neigung des Zaren, bei dem die Erinnerung an gemeinsame, besonders die monarchischen Interessen ihre Wirkung nicht verfehlte, dem Gedanken einer Verständigung förderlich. Dazu kam für Rußland ein weiteres wichtiges Moment. Die Beziehungen zu England waren seit der drohenden Haltung, die diese Macht während des ganzen Türkenkrieges beobachtet hatte und die sich auch bei den Verhandlungen des Berliner Kongresses nicht verleugnete, sehr gespannt. Sie wurden jetzt verschärft durch die Gegensätze, die zwischen den beiden Großmächten wegen der Vorgänge in Zentralasien entstanden. Es ist sehr wesentlich diese Besorgnis vor der englischen Gefahr, die die russische Politik bestimmte, sich wieder Deutschland zu nähern und dort Sicherung gegen eine etwaige Koalition zu suchen. Der russische Botschafter Saburoff erhielt den Auftrag — im Frühjahr 1880 —, mit dem deutschen Kanzler Fühlung wegen eines Abkommens zu nehmen, das besonders die Fragen des Orients regeln sollte. Fürst Bismarck nahm diese Eröffnungen zunächst nur mit halbem Ohr auf. Er wies aber sogleich auf die Notwendigkeit hin, daß für eine solche Verständigung die Zuziehung Österreich-Ungarns notwendig sei. Nunmehr legte Saburoff den Entwurf eines Abkommens vor, gegen den Fürst Bismarck nur weniges einzuwenden hatte, vorausgesetzt, daß der mit Deutschland verbündete Staat damit einverstanden sei.

Fürst Bismarck hat sich nun eifrig bemüht, die Wiener Regierung zum Anschluß zu bewegen. Er war sich bewußt geworden, daß ein solcher Zusammenschluß, wenn er auch nicht den früheren Dreikaiserbund bedeutete, der Aufrechterhaltung des Friedens sehr förderlich sein könne. Aber er begegnete in Wien zunächst dem stärksten Widerstreben. Man war dort von solchem Mißtrauen gegen alles, was von Petersburg kam, erfüllt, daß die Bemühungen des Botschafters Prinzen Reuß auf Abneigung stießen. Es hat langer Einwirkung bedurft, bevor Minister von Haimerle sich entschloß, den deutschen Überredungen nachzugeben, und wenn er es tat, so war es sicherlich das Vertrauen in die Staatskunst des deutschen Kanzlers, das ihn wegen der Folgen beruhigte. Er wolle gern, erklärte er, den Hauptkern des Abkommens, die Friedenssicherung, annehmen, aber jeder Bindung auf dem Balkan war er abhold. Schließlich gelang es der Vermittelung des Fürsten Bismarck, die österreichische Abneigung zu überwinden und das dreiseitige Abkommen, das die Nachwelt mit dem Namen des Rückversicherungsvertrages bezeichnet hat, zustande zu bringen: es wurde für drei Jahre, von Juni 1881 ab laufend, abgeschlossen. Alexander der Zweite erlebte den Abschluß nicht mehr, er war kurz vorher den Bomben der Nihilisten erlegen. Auch der

altersschwache Kanzler Gortschakow hatte die tatsächliche Leitung des Auswärtigen inzwischen in jüngere Hände gegeben. Aber sowohl der nachfolgende Zar als auch der Minister von Giers erkannten bereitwillig den Dienst an, den sie dem deutschen Kanzler zu verdanken hätten. „Wie zufrieden würde Väterchen mit diesem glücklichen Ergebnis gewesen sein", schrieb Alexander der Dritte an den Rand des den Abschluß meldenden Berichts.

Das Abkommen legte den Beteiligten strengste Verschwiegenheit auf, und kaum jemals ist eine völkerrechtliche Abmachung, an der doch drei Staaten beteiligt waren, während des ganzen Bestehens so geheim gehalten worden wie diese. Nicht einmal die Möglichkeit ihres Daseins hat die Öffentlichkeit beschäftigt. Und rückschauend darf man sagen, daß diese Heimlichkeit vielleicht ihr stärkster Nachteil gewesen ist. Nicht Fürst Bismarck war es, der auf die Geheimhaltung drang, im Gegenteil, er hat wiederholt geäußert, daß ihm daran nichts liege. Aber sowohl in Petersburg als in Wien legte man darauf den größten Wert, dort, weil die Regierung besorgte, ihre Volkstümlichkeit zu verlieren, hier, weil man ernste, parlamentarische Kämpfe besorgte. Die natürliche Folge war, daß zwar die Regierungen in ihren Beziehungen darauf Rücksicht nahmen, die Volksstimmung aber in keiner Weise beeinflußt wurde.

Wenn trotzdem im Jahre 1884 der Vertrag erneuert wurde, so erklärt sich dies aus dem Umstande, daß man in Petersburg seine Vorteile zu schätzen verstand. Auch war es wohl nicht ohne Einfluß, daß der persönlich friedfertige Zar und sein Minister sich damit selbst schützen wollten gegen die unermüdlichen Intrigen, die in Petersburg rücksichtslos auf Konflikte drängten. Auf der anderen Seite aber erblickte Fürst Bismarck in der Verpflichtung Rußlands zur Neutralität nach wie vor eine Friedensbürgschaft, insbesondere in der Richtung, daß so der russisch-französische Bund vermieden werden könne. Auch diesmal wurde die Erneuerung von russischer Seite angeregt, indem Giers einen Besuch in Friedrichsruh im November 1883 benutzte, um den Kanzler dafür zu gewinnen. Mit einigen, nicht wesentlichen Änderungen wurde das Abkommen unter Beteiligung Österreich-Ungarns bis zum Jahre 1887 verlängert. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Skiernievice im September 1884 bewies der Welt, daß wenigstens unter den Monarchen das gute Verhältnis nicht gestört sei. Weitere Abmachungen sind dort nicht getroffen worden: es war ein Höflichkeitsaustausch.

In welcher Weise Rußland aus dem Vertrage Vorteil zog, dafür sei hier ein Beispiel angeführt. Die russisch-englischen Beziehungen, ohnehin wenig freundlich, waren infolge des russischen Vorstoßes gegen Merw und Penschdeh kritisch geworden. Es drohte ein offener Bruch. Wenn England schließlich sich zurückziehen mußte, so verdankte Rußland diesen Triumph wesentlich der Haltung Deutschlands. Wir haben getreu dem Geiste vertragsmäßiger Abmachungen auf unsere Verbündeten — auch Italien gehörte jetzt zu ihnen — und besonders auf den Sultan dahin eingewirkt, daß der Verschluß der Dardanellen gegen Kriegsschiffe aufrechterhalten blieb und damit Rußland in seiner ungeheueren Ausdehnung für England unangreifbar wurde. Die russische Regierung hat den Dienst, den Deutschland der russischen Politik damals leistete, besonders anerkannt.

Es würde zu weit führen, hier näher auf die Vorgänge im Balkan einzugehen, die das Verhältnis der Donaumonarchie zu Rußland in erster Linie bestimmten. Es genüge, an die hochfahrende Behandlung zu erinnern, die der russische Herrscher dem ersten Fürsten von Bulgarien angedeihen ließ und diesen zur Aufgabe seiner Stellung nötigte, oder an die übergreifende Tätigkeit, mit der der russische General Kaulbars in Sofia den allgemeinen Unwillen erregte. Diese Vorgänge trugen nicht wenig dazu bei, die österreichisch-russischen Beziehungen zu gefährden. Graf Kalnoky beklagte sich oft bei dem deutschen Botschafter, das „verbündete" Rußland benehme sich so unfreundlich wie nur je zuvor. Aber auch in Petersburg wurde man unter diesen sich kreuzenden Interessen des österreichischen Teilhabers am Vertrage überdrüssig. Im Mai 1887 äußerte sich Giers zum österreichisch-ungarischen Vertreter, daß von dem Vertrage etwas in

die Öffentlichkeit gedrungen sei und der Zar, mißgestimmt, wenig Neigung mehr zeige, den Vertrag zu erneuern. Auf österreichischer Seite scheint man darüber kein besonderes Bedauern gefühlt zu haben; man ließ den Vertrag ablaufen.

Dagegen stellte, ebenso wie früher, der russische Botschafter in Berlin den Antrag, das Abkommen nunmehr zu zweien zu erneuern. Auch diesmal ging Fürst Bismarck auf die Anregung ein, und nach längeren Verhandlungen, die an den wesentlichsten Punkten nichts änderten, einigte man sich wieder zu einem dreijährigen Abkommen, in dem auch wieder die Geheimhaltung besonders betont wurde. Dieser Vertrag ist bekanntlich im Jahr des Rücktritts Fürst Bismarcks abgelaufen. Auch damals, im Frühjahr 1890, hat man sich russischerseits Mühe gegeben, eine weitere Verlängerung zu erreichen. Man weiß, daß der Nachfolger im Reichskanzleramt, General von Caprivi, sich zu diesem Schritt nicht hat entschließen können, und so nahm der Vertrag im Juni 1890 nach neunjähriger Dauer sein Ende.

Es ist schon oben bemerkt, wie scharf die öffentliche Meinung in Deutschland die Aufgabe des Vertrages, als davon sechs Jahre später verlautete, verurteilt hat. Der Vorwurf, daß der neue Kurs den Draht nach Rußland willkürlich zerrissen habe und damit das für unsere Machtstellung so bedeutsame gute Verhältnis zu unserem östlichen Nachbarn zerstört und diesen in das französische Lager gedrängt habe, war zunächst so allgemein, daß jede Möglichkeit einer Rechtfertigung, zumal die Rücksicht auf die Teilnehmer am Vertrage die volle Aufklärung verhinderte, erfolglos schien und von den leitenden Männern kaum ernstlich versucht wurde. Erst viel später, als die mit dem Ausscheiden des großen Staatsmannes verbundene Erregung sich beruhigt hatte, ließen sich Stimmen hören, die unbefangener an die Prüfung der einschlägigen Fragen herantraten. Wir besitzen in der deutschen Literatur eine große Anzahl von Äußerungen über die Tragweite des vielberufenen Vertrages, aber sie alle mußten unvollkommen sein, da die für die Beurteilung notwendigsten Daten naturgemäß fehlten. Es war unbekannt, daß der Vertrag bereits im Jahre 1881 entstanden war, unbekannt auch, daß er sechs Jahre lang mit Österreich-Ungarn als drittem Teilnehmer bestanden hat — Dr. Hammann ist der erste, der jetzt diese beiden Tatsachen nebenbei erwähnt — unbekannt endlich auch, daß nicht Fürst Bismarck der ursprüngliche Schöpfer des Vertrages ist, sondern vielmehr die russische Regierung, die auch jedesmal die Erneuerung angeregt hat.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich eine Reihe Folgerungen, die die bisherigen Betrachtungen nicht haben ziehen können. Die Hauptfrage ist und bleibt: welchen Nutzen hat der Vertrag für Deutschland gehabt? Denn davon hängt natürlich das Urteil darüber ab, ob seine Verlängerung notwendig und deren Ablehnung ein Fehler der deutschen Politik war. Nebenbei sei bemerkt, daß die immer wiederkehrende Angabe, der Vertrag sei gekündigt worden, nicht zutrifft. Es bedurfte einer Kündigung nicht, der Vertrag ist durch den Ablauf der vorbestimmten dreijährigen Dauer von selbst erloschen.

Um die Wirkung des Vertrages auf die deutsch-russischen Beziehungen zu beurteilen, wäre es erforderlich, ihre Entwicklung während der Jahre 1881—1890 zu schildern. Kein Vorurteilsfreier wird behaupten können, daß während dieser Zeit sich die seit Jahren, ganz besonders aber seit 1879 bestehende Spannung zwischen den beiden Mächten gemildert hätte. Aus diesem Grunde hat auch nirgend bei den anderen Mächten, die der Entwicklung wachsam zuschauten, ein Verdacht entstehen können, daß zwischen Deutschland und Rußland ein engeres Verhältnis auf Grundlage eines schriftlichen Abkommens bestehe. Es mag hier in aller Kürze, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu machen, auf die Momente hingewiesen werden, die den Charakter der deutsch-russischen Beziehungen in der fraglichen Zeit kennzeichnen. Zwar begann der neue Zar, eine menschenscheue, fast düstere Persönlichkeit von mäßiger Begabung, seine Herrschaft mit Handlungen, die auf eine friedliche Gesinnung schließen ließen. Die Wahl des sachlichen und verträglichen, freilich auch schwachen Giers zum Nachfolger des eitlen und intri-

ganten Gortschakow, die Entlassung des ränkevollen Ministers des Innern Ignatiew wurden bei uns als friedliche Anzeichen gedeutet. Aber gegen dieses System der Zurückhaltung erhoben sich immer rührriger die unruhigen Elemente des großen Reichs. Der mit Bombe und Messer arbeitende Nihilismus schien zwar zeitweilig überwunden, an seine Stelle aber trat der nicht weniger kampflustige und wegen seiner übergreifenden Ziele gefährlichere Panslawismus. Mit äußerster Gehässigkeit wurden alle Vorgänge ausgebeutet, die auf ein zunehmendes Interesse Deutschlands am Orient schließen ließen. Die Sendung deutscher Instrukteure nach Konstantinopel, der Besuch des Königs Milan in Homburg, die Annäherung von Serbien und Rumänien an die Mittemächte, der freundschaftliche Verkehr zwischen dem deutschen Kaiser und dem Sultan, all dies erzeugte in Rußland eine wachsende Feindseligkeit. Der Zar wurde von Miljutin über die großen Verstärkungen der Grenztruppen im Dunklen gelassen, so daß er in der Lage war, auf Vorhaltungen unbefangen den Sachverhalt abzuleugnen. Die russischen Vertreter in den Balkanstaaten handelten gegen die Anordnungen der Zentralleitung nach den Weisungen, die ihnen die Leiter der panslawistischen Bewegung zugehen ließen. In Bulgarien wurde ziemlich unvermittelt die ganze russische Politik, die bisher ein Großbulgarien gefördert hatte, umgestellt und damit eine österreichisch-englische Gegenarbeit scharfer Tonart geschaffen. Die chauvinistischen Treiber bekamen immer mehr Oberwasser in Rußland. Sie verabredeten sich jetzt ganz offen mit der französischen Kriegspartei. Das Jahr 1887 — das Jahr der Schnäbele und Brignon — ist voll von Verbrüderungen, bei denen Boulanger und Déroulède auf der einen, die Generale Bogdanowitsch und Baranow auf der anderen Seite gefeierte Größen waren. Die Presse ergoß sich in Schmähungen über den deutschen Vertreter in Sofia, weil die bulgarische Regierung mit Hinrichtungen von Aufständischen vorgegangen war. Es nutzte nichts, daß die amtliche russische Zeitung das Verhalten des deutschen Generalkonsuls als durchaus korrekt, die Beziehungen zu Deutschland als jedes Grundes zu Befürchtungen entbehrend erklärte, es nutzte auch nichts, daß Fürst Bismarck in seiner bekannten Reichtagsrede Bulgarien für Hekuba erklärte, über das Deutschland mit Rußland sich nie veruneinigen würde, in Rußland schienen, nach der großen Presse zu urteilen, alle Geister des Hasses entfesselt. Aber auch das Verhalten der Regierung wurde feindseliger. Im Mai 1887 — also während der Vorbereitungen der Erneuerung des Vertrages — erregte der Ukas über die Grundbesitz-Verhältnisse an der Grenze in Deutschland peinliches Aufsehen. Es folgten die zahlreichen russischen Maßregeln gegen die Ausländer, besonders gegen das Deutschtum und die evangelische Kirche. Die russische, deutsche und österreichische Presse lagen in bitterem Kampfe. In Deutschland hatte, nachdem man erkannt, daß die russischen Anleihen wesentlich dazu dienten, das Land militärisch zu kräftigen, ein Teil der Presse einen heftigen Feldzug gegen die russischen Werte eröffnet, der von dem Erfolge begleitet war, daß Hunderte von Millionen den deutschen Markt verließen. Sie suchten in Frankreich Unterkunft und auch mit dieser Bewegung wurde dort und in Rußland Stimmung gemacht. Fürst Bismarck unterstützte diesen Prozeß durch das gegen die Reichsbank erlassene Verbot der Lombardierung der russischen Papiere. Man vergegenwärtige sich, daß dieses Verbot kurz vor dem Besuch des Zaren in Berlin, im November 1887, als eine eigene Art von Begrüßung erfolgte, und daß der Fürst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" verbreiten ließ, er komme zu der Begegnung „auf Befehl des Kaisers" von seinem Landaufenthalt nach Berlin. Bald darauf veröffentlichte er den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn, um der Welt zu beweisen, daß es sich lediglich um einen Verteidigungsbund handle. Es erfolgte aber auch die beträchtliche Vermehrung des deutschen Kriegsheeres. Sie wurde in einer Art von feierlich ernster Stimmung im Reichstage genehmigt. Kann ein Unbefangener, der sich diese Vorgänge ins Gedächtnis zurückruft, wirklich die Meinung hegen, daß der Rückversicherungsvertrag einen günstigen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen der beiden Großmächte geübt habe? Es läßt sich nur erwidern, daß ohne ihn die

Lage vielleicht noch gespannter gewesen wäre. Das russisch-französische Bündnis schwebte in der Luft. Durch Vermittlung des Großfürsten Wladimir kam in Paris ein großes Waffengeschäft zustande. Frankreich lieferte an Rußland eine halbe Million Lebel-Gewehre gegen die Zusicherung, daß diese Gewehre nicht gegen Frankreich benutzt werden würden. Natürlich gab sich der große Kanzler von dieser Entwicklung vollkommen Rechenschaft, aber er traute seiner staatsmännischen Kunst zu, die dem Frieden drohenden Gefahren zu beschwören, und dazu rechnete er besonders die beständigen Spannungen im Orient, die das Verhältnis von Rußland zu Österreich-Ungarn gefährdeten. Und vor allem seiner persönlichen Einwirkung auf den russischen Monarchen legte er besonderes Gewicht bei. Bezüglich der Wirkung des Neutralitätsvertrages stiegen ihm natürlich, angesichts der eine so vernehmliche Sprache redenden Vorgänge in Rußland, gelegentlich Zweifel auf, ob der Zar imstande sein werde, den Vertrag zu erfüllen, falls wir mit Frankreich in Krieg gerieten, und er hat ihnen bei Gelegenheit bestimmten Ausdruck gegeben. Noch einmal, gerade die äußerste Geheimhaltung des Vertrags trug wesentlich dazu bei, daß mit solcher Möglichkeit gerechnet werden mußte. Wo war aber dann der Nutzen dieses Vertrages für Deutschland, das seinerseits treu an ihm festhielt? Wir haben oben an einem Beispiel gesehen, welchen Vorteil Rußland daraus für seine Orientinteressen zog*). Aber auch sonst hat unsere Politik auf dem Balkan den russischen Wünschen und Interessen Rechnung getragen. Für uns dagegen hatte der Vertrag nur den Vorteil, daß er dazu beitrug, die Friedensstimmnng des Zaren und seines nächsten Beamten lebendig zu erhalten. Liegen die Dinge aber so, dann läßt sich in der Tat behaupten, daß die Vorteile überwiegend auf der anderen Seite zu suchen waren. Eine Wirkung auf die politische Stimmung in Rußland war jedenfalls nicht erzielt worden und die Annäherung an Frankreich machte schnelle Fortschritte. Einer französisch-russischen Verständigung stand formell der Rückversicherungsvertrag übrigens nicht im Wege. Nicht sowohl von der Existenz unseres Vertrages als vielmehr von der Staatskunst des Fürsten Bismarck hing es ab, daß die fortdauernd kühlen Beziehungen sich nicht weiter verschlechterten. Als dann mit seinem Ausscheiden das ungeheure Gewicht seines Namens entfiel, das keinem seiner Nachfolger, wer es auch sei, beiwohnen konnte, mußte die Frage in den Vordergrund treten, ob dem Vertrag die ursprünglich zugedachte Bedeutung noch beizumessen sei und ob bei einer längeren Fortdauer nicht unser Verhältnis, in erster Linie zu Österreich-Ungarn, dann aber auch zu anderen Staaten, denen gegenüber wir in unseren Bewegungen durch das Abkommen eingeschränkt waren, darunter leiden müsse. Wie diese Fragen zu beantworten waren, nachdem von russischer Seite die Erneuerung angeregt worden, darüber wird sich vielleicht auch heute noch keine volle Übereinstimmung in der Nation erzielen lassen. Jedenfalls hätte in der Art der Ablehnung eine andere Form gewählt werden können, vermöge deren Rußland die Rolle des Verzichtenden zugewiesen wurde. Das wäre unschwer zu erzielen gewesen. Aber darüber bestand damals unter allen Beteiligten nur die eine Ansicht, daß das Abkommen die von deutscher Seite erhoffte Wirkung nicht erzielt habe und daß sogar der Zar, auf dessen Haltung Fürst Bismarck nach seinen öffentlichen Erklärungen fest vertraute, bedenkliche Beweise der Unsicherheit — die Episode der gefälschten diplomatischen Schriftstücke zeugt davon — zu erkennen gab. Dr. Hammann erwähnt in seiner Schrift weitere Belege für das Mißtrauen, das den Zaren beherrschte, und er kommt zu dem erwähnten Schlusse, daß die Bedeutung des Vertrages weit überschätzt worden sei. Auch Professor Oncken in seiner gedankenreichen neuen Schrift „Das

*) Für Rußland lag der Hauptwert des Vertrages in der Aussicht, bei einem Konflikt mit England der deutschen Neutralität sicher zu sein. Klein-Hattingen in seinem Werke „Bismarck und seine Welt" (Band 2) ist in Verlegenheit zu sagen, welcher Nutzen bei dem Vertrage für Rußland herausgekommen sei. Die Richtung auf England bleibt ihm ganz verborgen. Dagegen hat Graf Reventlow in seinem Werke „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914" diese Seite der Frage zutreffend dargelegt.

alte und das neue Mitteleuropa", die zu dem Besten gehört, was über die Bismarcksche Politik seit 1871 gesagt worden ist, kommt dieser Auffassung sehr nahe, obwohl auch er über die näheren Umstände des Vertrages nicht weiter unterrichtet ist, als alle anderen Beurteiler.

Ganz besonders aber muß einer Anschauung ein Ende gemacht werden, die auch heute noch weite Kreise beherrscht, nämlich der Meinung, daß der Reichskanzler es an Aufrichtigkeit gegenüber Österreich-Ungarn habe fehlen lassen. Es ist auch in Deutschland vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß in dem deutsch-russischen Abkommen eine Illoyalität gegenüber dem Donaustaat gelegen habe. Bei unseren Verbündeten hört man auch heute noch immer wieder Stimmen, und zwar auch von hervorragender Seite, die sich recht kritisch über die damalige Politik Bismarcks aussprechen. Selbst in den öffentlichen Äußerungen des Grafen Andrassy des Jüngeren, dessen freundschaftliche Gesinnungen zu Deutschland und dessen Bundestreue über allem Zweifel stehen, finden sich noch in neuester Zeit Anklänge, daß der Vertrag nicht wohl vereinbar gewesen sei mit dem bestehenden Bundesverhältnis. Man kann sich ohne weiteres denken, wie die zahlreichen Kreise, die in der Donaumonarchie auf eine Lösung des Bundes mit Deutschland unverhüllt hinarbeiten, sich verhalten und wie sie daraus die Berechtigung herleiten, über den bestehenden Bündnisvertrag zur Tagesordnung zu gehen. Wie man im weiteren Ausland darüber denkt, davon hat uns ganz kürzlich der Unterstaatssekretär Lord Robert Cecil im britischen Parlament eine Probe gegeben, indem er den Rückversicherungsvertrag als eine Treulosigkeit gegen unsere Verbündeten hinstellte. Wie ungerecht dieser Vorwurf ist, erhellt aus obiger Darstellung. Der Vertrag ist sechs Jahre lang unter den drei Kaisermächten in Kraft gewesen. Er ist dann allein zwischen Deutschland und Rußland, in der Hauptsache unverändert, fortgesetzt worden. Nach der von Bismarck persönlich ausgehenden Erklärung der „Hamburger Nachrichten" hat unser Verbündeter in Wien davon Kenntnis gehabt und Hammann bestätigt diese Feststellung. Wie sich aber auch davon abgesehen während der letzten Vertragszeit der Kanzler zu österreich-Ungarn verhalten hat, dafür liegen unzweideutige aktenmäßige Beweise vor. Er hat bei dem schon erwähnten Besuch des Zaren in Berlin im November 1887 diesem gegenüber ausdrücklich betont, daß ein Angriff Rußlands auf Österreich-Ungarn uns zur vertragsmäßigen Unterstützung unseres Verbündeten verpflichten werde, und er hat von dieser Unterhaltung den deutschen Vertretern bei den befreundeten Mächten amtliche Mitteilung gemacht. Es ist schon oben erwähnt, daß es nicht Fürst Bismarck war, der die Geheimhaltung des Vertrages forderte, und er hat wiederholt hervorgehoben, daß das Wiener Kabinett sich jederzeit dem Vertrage hätte wieder anschließen können. Dies festzustellen, ist angesichts gewisser Bestrebungen, die sich bei unseren Verbündeten gegen das Bündnis richten, auch heute noch nützlich. Wie aber im übrigen jener vielberufene Vertrag zu bewerten ist, dafür dürften die vorstehenden Ausführungen einigen Anhalt bieten.

Bodenrechtsreform

Von Hanns Czekalla

Der Weltkrieg, diese blutigste und opferreichste aller Welttragödien, hat eine Reihe von Problemen in unsere Interessensphäre gerückt, deren Lösung keinen Aufschub duldet. Ein solches Problem ersteht uns in dem Grund und Boden, dessen Lösung die conditio sine qua non ist, wenn Staat und Volk in der Kriegsfolgezeit nicht erschöpft zusammenbrechen, sondern gekräftigt ihre weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen sollen.

Bei der Entstehung irgendeines wirtschaftlichen Gutes wirken drei Faktoren mit: Natur (Grund und Boden), Arbeit, Kapital, in deren Erträgnis — Grundrente, Lohn, Zins, — sich drei Menschenkategorien teilen: Grundbesitzer, Arbeiter und Kapitalisten.

Durch das aus der Reaktion gegen den wirtschaftlichen Staatsabsolutismus des achtzehnten Jahrhunderts entstandene let alone, das Gewährenlassen, des ökonomischen Liberalismus (durch Adam Smith in seinem Werke: „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations" theoretisch begründet und die Manchesterschule praktisch vertreten), durch die einsetzende Arbeitsteilung, die für die Gliederung der Produktion in wirtschaftlicher wie technischer Hinsicht von außerordentlicher Bedeutung ist, ist eine hohe Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, ist eine vermehrte Produktion erreicht worden, die unausgesetzt und in steigend raschem Maße fortschreitet. Es wird mehr produziert, als die Arbeiter zu ihrem Lebensunterhalt und zur Fortsetzung ihrer Arbeit bedürfen, die Arbeit bringt also soviel hervor, daß andere davon mitleben können. Da aber weder Arbeiter noch Kapitalisten mit einem größeren Anteil an dem Ertrage der Volkswirtschaft partizipieren, die arbeitenden Klassen von den Früchten der steigenden Produktivität ausgeschlossen sind, d. h. ihre Arbeit als Ware behandelt und somit dem Gesetze der „freien Konkurrenz" unterstellt wird, so folgt notwendigerweise daraus, daß dem Grundbesitzer neben dem als Entgelt für die Aufwendung von Arbeit und Kapital zu betrachtenden Ertrage der Produktion der ganze Gewinn zufällt.

Und die Tatsachen stimmen mit dieser Schlußfolgerung überein. So führt u. a. der Nationalökonom Richard Calwer in den „Sozialistischen Monatsheften" (8. Heft 1908 S. 479) aus: „Der Nominallohn der in berufsgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Vollarbeiter ist seit 1895 um rund 37 bis 38 Prozent, das Warenpreisniveau in derselben Zeit um rund 25 Prozent gestiegen. Die Differenz zwischen beiden Steigerungsziffern gibt die Bewegung des Reallohnes an, der seit 1895 bis einschließlich 1906 um etwa 12 bis 13 Prozent oder im Durchschnitt jährlich um 1 Prozent zugenommen hat." Rechnet man hierzu noch die außerhalb des eigentlichen Lebensunterhaltes fallenden Ausgaben (Staats-, Kommunalabgaben usw.), so finden wir, daß mit der Arbeit nicht viel zu verdienen ist. Und die Kapitalrente? Konnte man vor hundert Jahren 12 Prozent Zins nehmen, so bringt heutigentags das Kapital nur 4 Prozent. Der Zins war also — besonders stark in den letzten Jahrzehnten — stetig gesunken. Anders liegt es mit dem Grund und Boden. War es vor hundert Jahren möglich, die Quadratmeile Sandbodens, auf der die Stadt Berlin steht, für 200 Millionen Mark käuflich zu erwerben, so heute für 10 Milliarden Mark. Der Grund und Boden war demnach mit dem sozialen Fortschritt um Tausende von Prozent gestiegen.

Schlußfolgernd ersehen wir: Während weder Lohn noch Zins sich mit den ökonomischen Fortschritten vermehren, vermehrt sich die Grundrente, steigen die Bodenpreise und geben die ständige Begleiterscheinung des ökonomischen Fortschrittes ab.

Aus der bloßen Tatsache des Besitzes von Boden — denn in dem Begriff der Rente liegt es, daß sie nicht die Entschädigung für ein von dem Bezieher gebrachtes Opfer bildet — resultiert das arbeitsfreie, d. h. das über den natürlichen Wert der geleisteten Arbeit gehende Einkommen, das unentgeltlich bezogene Einkommen, das wir als Boden- oder Grundrente bezeichnen.

* * *

Der Boden hat die Eigentümlichkeit, daß er nicht vermehrbar ist. Er ist für die einzelne Volkswirtschaft im wesentlichen eine gegebene Größe und gibt also seinem Besitzer ein gewisses Monopol. Der Grund und Boden ist Monopolgut. Diese Tatsache steht außerhalb jeder Diskussion. Während man Fabriken bauen kann, so viel man will, ist etwa der Umfang der an eine Geschäftsstraße stoßenden Grundstücke beschränkt.

„Aller Grund und Boden der Kulturwelt hat seinen Eigentümer; hunderte von Millionen sind ohne Grund und Boden. Da sie ihn aber dringend, die

Landleute als Produktionsmittel, die Gewerbetreibenden als Standfläche für ihre Werkstätten und alle als Wohnstätte brauchen, sind die Nichtbesitzenden gezwungen, den Besitzenden einen Monopolwert dafür zu bezahlen, der täglich wächst, und zwar entweder als Kaufpreis oder als Leihepreis: Pacht oder Miete, oder als Abzug von ihrem Arbeitslohn." So Dr. Franz Oppenheimer in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie: „Die soziale Frage und der Sozialismus" (Jena 1913, S. 13). Schon Zachariae sagte, die Grundrente ist „ein Abzug von dem Lohne, welcher, wenn Grund und Boden keinen Eigentümer hätte, dem Arbeiter ganz zufallen würde."

Bei solcher Machtstellung setzt der Monopolinhaber der Gewinntendenz nur die in seinem eigenen Interesse liegenden Schranken.

So ist der Grund und Boden lediglich eine Frage der Grundrente geworden. Es hat sich ein gewisses Klassenmonopolverhältnis herausgebildet, das gewissermaßen die „Voraussetzung der Entstehung des Mehrwertes der Grundrente im großen" abgibt. Großgrundbesitzende Monopole einerseits, die der kapitalslosen Masse die Teilnahme am Grund und Boden verhindern, stehen andererseits einem verarmten, land- und somit heimatlosen Proletariat gegenüber. Während der durch die Kulturaufwendungen der Gesamtheit (Kanäle, Eisenbahnen, Straßen u. a. m.) erzeugte Bodenmehrwert als arbeitsloses Einkommen in die Hand einiger weniger bevorzugter Bodenbesitzklassen fließt, ist die kapitalslose Masse durch unsere Gesellschaftsordnung gezwungen, von ihren geschafften Werten den größten Teil der erzielten Grundrente an die oberen Klassen abzugeben. Weder ohne jene wirtschaftliche noch ohne diese rechtliche Vorbedingung wäre eine Statuierung des Grundrenteneinkommens möglich. — Es ist wunderbar, daß man immer von Nationalökonomie spricht, aber tatsächlich nichts von ihr wissen will.

So drängt das Problem der Grundrente sich immer intensiver in den Vordergrund aller sozialpolitischen Theorien und Praktiken, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Es bildet den eigentlichen Kern der sozialen Frage und sucht nach einem Ausgleich der eingetretenen anormal-sozialen Verhältnisse, zumal, nicht gar letzten Endes, mit den ungesunden Bodenverhältnissen sozialpathologische Erscheinungen parallel gehen, wie u. a. die reichlichere Kindersterblichkeit, die Prostitution, der Pauperismus und das Wohnungselend.

* * *

Ein altes Wort sagt: „Die Wissenschaft soll die Magd sein, die mit der Fackel der Erkenntnis der Praxis voran leuchtet." So lassen sich in unserer Kulturwelt im wesentlichen zwei Weltauffassungen die Lösung der sozialen Frage angelegen sein: die mammonistische und die kommunistische.

Während der Mammonismus, gestützt auf das Malthussche — durch Darwin als Biologe vertiefte — Bevölkerungsgesetz und die Ricardosche Lohnfondstheorie, das Elend der breiten Masse als etwas Unabänderliches hinstellt, gleichzeitig nur das „Überleben des kräftigeren, besseren Individuums", die Negierung der Nächstenmoral: daß der Arbeiter sich mit möglichst niedrigem Lohn im Interesse der Kapitalinvestierung begnügen solle, predigt, den Grund und Boden aber durch die Proklamierung des radikalsten Subjektivismus zum Handelsobjekt macht und so die stärkere Differenzierung des Klassenunterschiedes, die Konzentration des Grundes und Bodens in der Hand einiger weniger Individuen in die Wege leitet, mit anderen Worten, während der Mammonismus — allerdings gestützt auf das gesetzlich festgelegte Eigentumsprinzip, wonach der Eigentümer mit seinem Eigentum „nach Belieben" (§ 903 B. G. B.), also auch nach den Zwecken niedrigsten Eigennutzes und bar aller sozialen Pflichten verfahren kann — die altgermanische Rechtsauffassung, daß der Grund und Boden dem Stamme gehört, verlassen und der Entwicklung von der Gemeineigentumsordnung zu einer Sondereigentumsordnung, die nicht mehr dem ökonomischen Gesamtbedürfnis entspricht, Vorschub geleistet hat, sucht der Kommunismus, durch eine Verwirklichung seiner allzu radikalen wirtschaftssozialistischen Theorien, in der Ausschaltung oder Verringerung des privaten Eigentums, der Abschaffung des Erbrechtes, in der Überführung aller

Produktionsmittel, also auch des Grund und Bodens, in den Besitz der „Gesellschaft" die Harmonie der ökonomischen Interessen und somit die Lösung der sozialen Frage zu erreichen. Legt jene Weltauffassung mehr Gewicht auf die Kraft des Individuums und den Sieg der unbeschränkt sich auswirkenden Kraft, betont sie demnach das Individuelle im menschlichen Wesen, so betrachtet diese die öffentliche Gewalt, insbesondere die des Staates, als die — auch in bezug auf das Wirtschaftsleben — allein maßgebende, sie bekräftigt das soziale Wesen des Individuums. Aber eine derartige Sondierung bezw. Aufbauung der Zustände menschlichen Zusammenseins auf einseitig individueller oder einseitig sozialistischer Basis kann nie etwas Harmonisierendes ergeben. Während durch das System des extremen Liberalismus, des Hochkapitalismus, die Möglichkeit der wachsenden Verelendung des Proletariats greifbar wird, so bietet auch der kommunistische Idealstaat, der sich in nie realisierbaren Utopien ergeht, kein sicheres Mittel zur sozialen Bessergestaltung der Wirtschaftsindividuen, zur sozialen Gerechtigkeit, zur sozialen Interessenharmonie.

* * *

Wie würde aber der sozialen Gerechtigkeit Genugtuung geleistet, wie würde allen ökonomisch-sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden können?

Wie nach Hegelscher Auffassung die Widersprüche immer zur Einheit gelangen, so muß auch die widerspruchsvolle Natur der gegenwärtig spezifischen ökonomischen (extremen) Tendenzen durch einen Ausgleich ihrer Gegensätzlichkeit beseitigt werden, und dies kann nur durch Aufbauung der Zustände menschlichen Zusammenseins auf sozial-individualistischer Grundlage erreicht werden. Das System der wirtschaftlichen Widersprüche, These und Antithese, wäre in einer Synthese, in einem System der sozialen Ordnung aufzuheben. Die Wechselbeziehung der beiden Wirtschaftstendenzen ist der einzige und notwendige Grundstock des sozialen Lebens; die Schaffung einer sozial-individuellen Organisation ist es, welche die zur Auflösung treibenden gesellschaftlichen Kräfte zu dem kraftvollen Gebilde einer harmonisch sich entfaltenden Lebensgemeinschaft zusammenfaßt.

Dazu gehört die Harmonisierung der trennenden Gegensätzlichkeiten: Mammonismus und Kommunismus; dazu gehört die organische soziale Versöhnung, die Versöhnung zwischen individueller wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, zwischen Individualismus und Sozialismus, deren tiefste Voraussetzung ein einziger Satz berührt:

„Der Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, muß unter ein Recht gestellt werden, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht!"

Suum cuique! Die Harmonie der gerechten Interessen! Das heißt: jedem einzelnen den natürlichen und gerechten Lohn und Zins seiner allgemeinnützigen Arbeit und seines Kapitals, aber auch der Gesamtheit, was ihrer produktiven Tätigkeit, ihren Kulturaufwendungen allein entspringt! Darum: Reformen im Grund- und Steuerrecht zur Bekämpfung des Bodenwuchers; darum: den Wertzuwachs (d. h. die Verbesserung und Erhebung der Wertzuwachssteuer in ihrem vollen Betrage durch die Gemeinden und Gemeindeverbände), der der produktiven Tätigkeit des Volksganzen entspringt und ihm wieder zugeführt werden soll. — Grundsätzliche Bedenken gegen eine Sonderbesteuerung des nicht erarbeiteten Wertzuwachses bestehen an sich nicht.

Wenn wir diese Änderung unseres Bodenbesitzrechtes zuwege bringen, wäre allen Mißbräuchen des Bodeneigentums vorgebeugt, aus bisher gegensozialen Gebilden ein harmonisierendes Prinzip geworden, wäre der Friede geschaffen zwischen Individualismus und Sozialismus, wäre überhaupt die große politische Synthese — das heißt, nicht als bloße Summierung der Eigenschaften der Komponenten: Individualismus und Sozialismus, sondern als wechselseitige Durchdringung und Beeinflußung beider beherrschenden Grundlagen unserer Volkswirt-

schaft im letzten Menschenalter, — gegeben, die wir bis heutigentags vergebens erwarteten.

„Die Grundrente soziales Eigentum, Kapital und Arbeit aber der individuellen Betätigung gesichert" (Damaschke), das schafft die Harmonie der ökonomischen Interessen, das schafft die Gewähr für den segensreichen natürlichen, festeren Ausbau zur deutschen Volks- und Staatseinheit, das schafft die Einleitung eines Zeitalters, das der zielbewußten menschlichen Höherentwicklung dient.

Dann wäre aller unverschuldeten Not, wäre den im Gefolge der ungesunden Bodenverhältnisse gehenden grauenhaften sozialpathologischen Erscheinungen ein Ende bereitet. Die Lebensfrage eines jeden Erdenbürgers wäre gesichert, die Gesunderhaltung des gesamten deutschen Volkes gewährleistet. Staat, Heim und Familie würden wieder höhere ethische Werte werden.

Schaffen wir konsequente „ethische Grundsätze auch im Wirtschaftsleben", dann ist das Grundrentenproblem, ist die soziale Frage im Grundprinzip gelöst, dann ist uns aber auch ein deutscher Friede gegeben, zumal ja nur derjenige rechtliche Zustand die Dauer verbürgt, der das gesamtheitliche Ziel, das uns hier in einer grundlegenden Änderung momentanen Bodenbesitzrechtes im Interesse des Volksganzen gegeben ist, höher erhebt, als die stets trennende Ungleichheit des mammonistischen Manchestertums.

Die französische Frau bei Beginn der Revolution

Von Studienrat Dr. Willi Müller

Mit dem Tode Ludwigs des Fünfzehnten näherten sich die Zeiten ihrem Ende, in denen auf den Festen einer dem Sterben entgegenreifenden Monarchie helles Lachen und leises Liebesgeflüster erklang und in gebauschten Röcken, die zierlichen Köpfe mit hohen Frisuren geschmückt, Damen des Hochadels in Gesellschaft galanter Abbés je nach der Jahreszeit die hell strahlenden Prunksäle oder die in sommerlichem Grün prangenden Parks der königlichen Schlösser koketten Schrittes durchwandelten. Es waren jene für die Stellung der Frau so bezeichnenden Tage, als noch allmächtige Favoritinnen von Versailles aus nicht nur ganz Frankreich regierten, sondern sogar durch Übersendung von Schlachtplänen, die mit Schönheitspflästerchen militärische Stellungen markierten, den im Felde stehenden französischen Hauptquartieren ihr Tun und Lassen vorschrieben und so — meist natürlich ohne den gewünschten Erfolg — in die europäische Politik einzugreifen suchten. Aber der frische Luftzug, der aus der Welt Jean Jacques Rousseaus herüberwehte, trug etwa in der Zeit, als Ludwig der Sechzehnte das Szepter ergriff, den Puderstaub des Rokoko hinweg; die ersten Nuancen der nahenden Empfindsamkeit machten sich bemerkbar, Hüte à la laitière und Ballkleider à la paysanne tauchten auf, zierliche Hirtinnen, die in farbigen Gewändern mit blaßblauen Schleifen geschmückte Schafe weideten, ergingen sich auf sonnigen Wiesen und im Schatten der Wälder, und weltflüchtig hielt die junge Königin Marie Antoinette in ihrem geliebten Trianon Villeggiatur, um aus Tassen von feinstem Sèvresporzellan, die dem eigenen schönen Busen nachgebildet waren, ihrem Kreise den Labetrunk frisch gemolkener Milch zu kredenzen. Vergoldete Gondeln schwammen auf den Teichen von Chantilly, dem märchenhaft schönen Landsitze des Prinzen Conti und trugen,

durch die kräftigen Arme galanter Kavaliere gerudert, willig die leichte Last holder Frauen über die kristallene Flut; in den entzückenden salles de verdure des Parks wurden primitive Tanzfestlichkeiten abgehalten, und wenn der Abend niedersank, sah man beim diskreten Licht des Mondes verliebte Pärchen die labyrinthischen Pfade des Schloßgartens bevölkern. Das Leben war ja nach landläufiger Ansicht dazu da, genossen zu werden. Und doch grollten in diese letzten sonnigen Jahre einer dem Tode geweihten Herrlichkeit bereits die Donner des aufsteigenden Gewitters hinein, und warnende Erdstöße kündeten das nahe soziale Beben an; schon belästigte man Damen der Hofgesellschaft, die, wie die Herzogin von Orleans, in eigener Equipage fuhren, und zwang sie auszusteigen. Aus Furcht vor der Revolution schlossen selbst die meisten Pariser Salons ihre Tore, diese von feinsinnigen Frauen beherrschten Stätten der Aufklärung, in denen sich die Unterschiede verwischten, die Stand und Rang Jahrhunderte hindurch markiert hatten, und allein der Takt berechtigte Schranken zog. Und bald versank das alte Frankreich völlig in der durch das Jakobinertum inaugurierten Götterdämmerung; wie vom Sturm verweht war plötzlich die ganze Gesellschaft des ancien régime.

Eine neue Welt stieg empor, nicht minder interessant als die entschwundene; aber auch auf der veränderten Bühne stellten die Frauen einen Teil der Protagonisten. Hohe Begeisterung für die revolutionäre Sache gab sich zumal in den Kreisen der jungen Mädchen kund. Bei allen Festen trugen die anmuligen Scharen zu ihren weißen Kleidern Gürtel in den drei republikanischen Farben Blau, Weiß und Rot; hier sprach eine emphatische Worte, die Jünglinge zu Helden machten, und dort schwenkte eine andere, edle Schwärmerei für das Vaterland weckend, einen Palmzweig mit der Inschrift: „Dem besten Bürger!" Bald veranstalteten sie Umzüge, eine Fahne an der Spitze, bald schwangen sie mit Grazie nackte Degen, bald gesellten sie sich, Verwundete zu pflegen, den Kreuzfahrern, die ins Feld zogen, das heilige Land der Freiheit zu gewinnen. Viele Frauen schmückten sich auch wohl mit einem den Trümmern der Bastille, des, wie der Volkswitz sagte, „palais du bon plaisir", entnommenen und hübsch polierten Steinchen, und das Boudoir mancher anderen, sonst ein Heiligtum der Koketterie, wurde zu einer Art politischen Kabinetts, in dem ein Bild jener zerstörten Zwingburg vielleicht die Darstellung irgendeines erotischen Vorgangs aus dem Gebiete der antiken Mythologie ersetzte. Diese und jene einst den feudalen Kreisen des verflossenen Hofes Angehörige ließ sich sogar scheiden und heiratete einen ihrer früheren Domestiken; wieder andere brachten, mehr patriotisch als gefallsüchtig, ihren Gold- und Silberschmuck der Nationalversammlung als willkommene Gabe dar und ersetzten ihn durch einen in den erwähnten drei Farben gehaltenen Strauß, das „bouquet à la nation". Und auf die Männer übertrugen sie ihre Begeisterung in dem Maße, daß ein häßliches Mädchen wohl für schön befunden wurde, wenn es eine gute Republikanerin war. Mancher Jungfrau spielte zwar — das ewig Weibliche brach schließlich doch immer wieder durch — ihr Herz einen tückischen Streich, wie der schönen Schauspielerin Rosa Lacombe, die, Republikanerin vom Scheitel bis zur Sohle, am 10. August 1792, die phrygische Mütze auf dem Kopfe und den Säbel in der Hand, an dem Sturm auf die Tuilerien teilnahm und sich dann in einen Aristokraten verliebte, dem seine reaktionäre Gesinnung den Tod durch das Fallbeil eintrug, ohne daß sie ihn retten konnte. Wenn es aber für die Mädchen und Frauen selbst aus dem Leben zu scheiden galt — auch gut republikanische Gesinnung schützte nicht immer vor dem Blutgerüst —, so starben sie oft tapferer als die Männer und suchten ihre Leidensgenossen aus den Reihen des stärkeren Geschlechts bisweilen noch auf dem Wege zur Guillotine zu erheitern. Viele von ihnen dachten wie die extremsten Freiheitshelden: „Vivre libre ou mourir", eine Devise, deren heroischer Klang einen lockeren Spottvogel reizte, sie, witzig genug, in das despektierliche: „Ventre libre ou mourir" umzuwandeln.

Jedenfalls suchten die Frauen in der durch die Revolution völlig umgestalteten Welt eine Stellung zu gewinnen, die ihnen neben höheren Pflichten, die auf sich zu nehmen sie bereit waren, auch mehr Rechte geben sollte. Österreichs

Thron hatte kürzlich Maria Theresia geziert, in Petersburg schmückte das kaiserliche Diadem die Stirn Katharinas, und das französische Staatsschiff war durch die zarte Hand der Pompadour eine Zeitlang mit unleugbarer Energie gelenkt worden — war es da ein Wunder, wenn auch die Revolutionärin sich zu großen Dingen berufen fühlte? So richtete denn bald nach der Scheidung von ihrem ersten Gatten die Marquise von Fontenay, die später mehr berüchtigt als berühmt gewordene Frau Tallien, eine Adresse an den Konvent, in der sie für ihr Geschlecht sehr energisch den Dienst im öffentlichen Unterrichtswesen forderte und daneben den ehrenden Vorzug, an alle geheiligten Zufluchtstätten des Unglücks und der Leiden gerufen zu werden, um den bedauernswerten Hilfsbedürftigen Sorgfalt und Trost angedeihen zu lassen. „Es scheint mir da" — meinte sie ganz im Sinne moderner Anschauungen — „der richtige Ort zu sein für eine Lehrzeit der Mädchen, bevor sie Frauen werden". Und für völlige Emanzipation der schwächeren Hälfte der Menschheit wirkte durch Reden, die sie in politischen Klubs, ja selbst in der Nationalversammlung hielt, Frau Olimpe de Gouges — mit diesem ihrem Mädchennamen nannte sie sich als Witwe — die argumentierte: „Da die Frau das Recht hat, das Schafott zu besteigen, muß ihr auch die Tribüne zugänglich sein", und, temperamentvoll wie sie war, Spötter, die sich über eine so exaltierte Dame lustig machten, vor die Mündung ihrer Pistole forderte. Man hätte glauben sollen, die Schreckensherrschaft würde die Frauen mahnen, sich daran zu erinnern, daß ihre eigentliche Welt das stille Heim und nicht der Lärm des Forums sei, aber weit entfernt, solche Schlüsse zu ziehen, gründeten sie vielmehr politische Gesellschaften — Vereine im Unterrock —, so daß maßgebende Männer sich veranlaßt sahen auszusprechen, es sei eine Unsitte, wenn die zur Göttin des häuslichen Tempels geschaffene Frau Haushalt, Mann und Kinder vernachlässige, um für eine Änderung ihrer Stellung im Staatsleben zu agitieren, und die mißliebigen Klubs schließlich aufgelöst wurden mit der Begründung, Persönlichkeiten wie Jeanne d'Arc habe nur die Zeit Karls des Siebenten nötig gehabt. Solchen Ansichten huldigte allerdings keineswegs Charlotte Corday, nicht etwa eine Furie, die, wie man wohl gemeint hat, um jeden Preis Blut vergießen wollte, sondern vielmehr eine warmherzige Patriotin, der das erhabene Ziel vorschwebte, dem entsetzlichen Wüten des mordgierigen Marat ein Ende zu machen. Was sie vollbrachte, war ihrer Meinung nach eine Tat des Erbarmens; durch den Tod eines einzigen dachte sie das Leben vieler zu erkaufen, und der Gedanke, dabei ihr eigenes zu verlieren, machte der Hochherzigen wenig Kummer. Daß Charlotte selbst ihr abenteuerliches Beginnen nur für einen Akt der Gerechtigkeit und keineswegs für Mord ansah, ergibt sich aus einer ihrer Äußerungen Fouqier-Tinville, dem öffentlichen Ankläger, gegenüber. Als dieser sie fragte: „Offenbar hatten Sie sich vorher gut geübt?" rief sie: „O, der Unmensch! Er hält mich für eine Mörderin!" Auch Lamartine verklärt die verbrecherische Tat, indem er in seiner blumenreichen Sprache ihre Urheberin den „Engel des Mordes" nennt.

Und wie in Charlotte wurden auch in anderen Frauen durch die Revolution edle Instinkte geweckt: Mitleid, Energie und Heroismus; treu bis in den Tod erwiesen sich viele, als die Schrecken der Bürgerverfolgungen wüteten. So die schöne Delphine von Cüstine, die für ihren gefangen gesetzten und der Guillotine verfallenen Gatten einen kühnen, ihr eigenes Leben bedrohenden Fluchtplan entwarf, der allerdings nicht zur Ausführung gelangte, weil bei dem Eingekerkerten das Pflichtgefühl die Liebe zum Leben überwog. Nach dem Tode ihres Mannes selbst in Haft genommen, gewann die wegen ihrer Heldenhaftigkeit viel bewunderte Frau mit dem prachtvollen, goldblonden Haar, einem Erbe ihrer Ahnfrau Margarete von Provence, der Gemahlin Ludwigs des Neunten, die Liebe des in das gleiche Gefängnis gebrachten Alexander Beauharnais, des ersten Gemahls der späteren Kaiserin Josephine, der ihr, bevor er zum Tode geführt wurde, einen arabischen Talisman schenkte; und da Delphine sicher eine Heldin, aber keineswegs eine Heilige war, dürfen wir annehmen, daß sie seine leidenschaftliche Neigung in gleicher Weise erwidert habe. Aus dem Kerker befreit, erlebte sie, deren Herz

mit dreiunddreißig Jahren natürlich gegen die Pfeile Amors nicht gefeit war, einen kurzen Nachfrühling durch die Verehrung, die Chateaubriand ihr widmete. Ein anderes Beispiel treuester Gattenliebe bietet Frau von Lavalette; auch diese arbeitete für ihren gefangenen Gemahl einen sie selbst gefährdenden Fluchtplan aus und besiegte seine Weigerung, ihr Opfer anzunehmen. Was alle Beredsamkeit des Verstandes nicht vermocht hatte, glückte derjenigen der Seele; als die liebende Frau erklärte: „Wenn du stirbst, so sterbe ich mit dir", beugte er sich ihrem Willen. Und die Flucht gelang, doch nicht zum Segen der Retterin, die später infolge der Treulosigkeit des Geretteten in Trübsinn verfiel. Auch einer Frau von Lavergne sei gedacht, die, als das Revolutionstribunal das Todesurteil ihres Mannes verkündete, laut rief: „Es lebe der König!", um mit ihm zusammen zum Blutgerüst geführt zu werden, und ihn an den Stufen des Schafotts mit den Worten tröstete: „Du weißt, daß ich ohne dich nicht leben kann; nun sterben wir gemeinsam". Wir sehen, die Seelen vieler dieser Revolutionärinnen waren auf das höchste Heldentum gestimmt, das sie den Tod verachten ließ; die Frau, so unheilig sie manchmal war — wir werden auch davon hören —, gab doch der Welt den Himmel zurück, den eben Voltaire ihr zu nehmen getrachtet hatte. Für die Liebe, die die Treue solcher Ehegenossinnen in den Herzen ihrer Gatten wachzurufen wußte, zeugen die Schicksale des vielgenannten girondistischen Ehepaars Roland. Als Frau Roland, eine der interessantesten Erscheinungen der Revolutionszeit und ein leuchtendes Vorbild aller derjenigen, die sich für Ideen zu opfern bereit sind, zum Tode verurteilt wurde, rief sie, deren Herz, freilich ohne daß sie die durch die Tugend gezogenen Schranken überschritten hätte, warm für ihren Parteigenossen Buzot schlug, zunächst doch ihres betagten Gatten gedenkend: „Roland wird sich töten!" Und sie beurteilte ihn richtig; er hegte für seine Lebensgefährtin die tiefe Neigung des Greises, der verwachsen ist mit dem Dasein einer Frau wie ein alter Baum mit dem Efeu, der ihn ziert; nimmt man ihm diesen Schmuck, steht er einsam und kahl. So mochte er seine Gattin nicht überleben und entleibte sich selbst. Und eine gleich heiße Liebe hatte Dantons erste Frau in dem Herzen ihres Mannes zu erwecken gewußt, die starb, während er von Paris abwesend war, und die er, heimgekehrt, nach sieben Tagen und sieben Nächten dem Grabe entreißen ließ, um sie in rasendem Schmerze noch einmal zu umarmen.

Bei manchen Frauen gingen patriotische Begeisterung und Gattenliebe so weit, daß sie ihre Männer sogar ins Feld begleiteten und, mit Säbel und Büchse bewehrt, tapfer an ihrer Seite fochten. Ganz besonders heroisch zeigten sich die der Vendée entstammenden Anhängerinnen des gestürzten Königshauses; wie man einst einen Kinderkreuzzug gehabt hatte, gab es nun einen solchen dieser Frauen. Warum sollte das alte „Gott will es" seine Erfüllung nicht erhalten können in einer Niederwerfung der Revolution durch Frauenhand, wenn es dem Herrn der Heerscharen so gefiel? Waren doch die Frömmsten der Frommen, Äbtissinnen und Nonnen, beteiligt. In der Vendée mit ihrem undurchdringlichen Buschwerk und ihren dichten Hecken, um die bei der Nähe des Meeres oft graue Nebelschleier wallen, sollte hier und da unter hohen, seit alters geheiligten druidischen Eichen die Jungfrau Maria erschienen sein — so richtete man in den Köpfen der Frauen Verwirrung an und fanatisierte ihre Herzen. Und im Beichtstuhl wurde der Funke des Royalismus, der in der Brust der Vendéerin glühte, von königstreuen Priestern zur hellen Flamme angefacht, die dann in vertrauten Stunden häuslicher Zärtlichkeit, von begeisterten Brandstifterinnen übertragen, auch die Herzen der Männer ergriff; in den Frauen der Vendée erwuchsen der Gegenrevolution überall, in jedem Hause und in jeder Familie, zelotische Vorkämpferinnen. Predigt und Beichte bewährten noch einmal ihre alte Macht über weibliche Herzen, denn die Frauen, denen meist die Kraft fehlt, ungläubig zu sein, bedürfen einer Stütze, und immer hat es unter ihnen solche gegeben, denen die Soutane gefährlicher war als selbst die Uniform. Und wie die Priester die Töchter der Vendée beherrschten, so übten diese wieder starken Einfluß auf die Gottesmänner aus; ist doch das Geheimnis des Beichtstuhles von einer eigenartigen Poesie umflossen, die nichts von ihrem

Zauber einbüßt, wenn zufällig der Beichtiger jung und das Beichtkind schön ist. So wurden Frauen und Priester die treibenden Kräfte einer Volkserhebung, deren Verlauf dem Bürgerkriege eine ihm sonst fremde Weihe gab; denn die meisten Weiber die dem Aufgebote der Vendée folgten, begnügten sich keineswegs damit, den sich bald entspinnenden Kämpfen von weitem zuzuschauen, sondern griffen oft genug selbst zu den Waffen und wurden dann durch die Kugeln der Republikaner dezimiert. Hier und da trieben sie freilich den Feind auch wohl einmal in die Flucht, durch ihren Heroismus das Feuer der Begeisterung in den Herzen ihrer Gatten und Söhne schürend. Allerdings trug die Hartnäckigkeit, mit der zehn- bis zwölftausend abenteuernde Vendéerinnen das Heer ihres Landes begleiteten, viel zu dessen baldiger Auflösung bei, immerhin behält aber im Hinblick auf die geschilderten Verhältnisse Montesquieu recht, wenn er in der „Lettres persanes" meint, wer die leitenden Persönlichkeiten in Staat und Kirche am Werke sehe, aber nicht die Frauen, die sie inspirieren, der gleiche einem Manne, der die Arbeit einer Maschine betrachtet, ohne ihre Triebfedern zu kennen.

Allerdings verloren Amazonen, wie wir sie eben schilderten, leicht die weibliche Anmut, aber dieser entbehrten die Frauen der Revolutionszeit überhaupt oft; das Studium des Plutarch und ähnlicher Schriftsteller, das die jungen Republikanerinnen mit Vorliebe betrieben, war der Entwicklung mädchenhaften Zaubers nicht gerade günstig, und für umstürzlerische Blaustrümpfe blühte die Blume der Liebe, die gerade dem achtzehnten Jahrhundert seinen eigentümlichen Duft verleiht, nicht so leicht. Selbst in der Kleidung vernachlässigte sich die Frau der beginnenden Revolutionszeit häufig, da der geringste Luxus aristokratische Gesinnung zu bekunden schien; ja sie nahm volkstümliche Sprache wie Sitte an, um sich vor dem Verdachte, verdächtig zu sein, zu schützen. Das Drama der Revolution, dieses historische Schauspiel, in dem der Wille des Volkes Könige entthronte, die Schlösser des Adels zerstörte und Privilegien wie Wappen in den Staub warf, lockte manche Frau, selbst eine Rolle zu übernehmen, auch wenn sie gewisse Konzessionen machen mußte; doch gab es für solche Zugeständnisse eine Grenze; als die Titulaturen abgeschafft wurden, zeigten sich die Damen der besseren Stände sehr ungehalten und sollen sich verschworen haben, ihren Männern, sofern sie als Deputierte für den Antrag gestimmt hatten, mit dem heroischen Entschluß zu drohen, den Aristophanes den Athenerinnen in seiner „Lysistrate" zuschreibt.

Viele Weiber wurden durch die Revolution aber geradezu entmenscht. Ihren liebsten Zeitvertreib bildete das Schauspiel, das die Tätigkeit des Fallbeils bot, während sie sich zwischen zwei Hinrichtungen gemütsruhig ihrem Strickstrumpf widmeten. Die Arbeit der Köpfmaschine pflegten diese Megären mit Geschrei und Tänzen zu begleiten, und grausiger Jubel begrüßte den Moment des „In den Sack Niesens", wenn das Blut aufspritzte und das Haupt in den bereit gehaltenen Beutel fiel. Solche Furien der Guillotine stellten zumal die nach Schnaps duftenden Fischweiber, dieser Schrecken von Paris. Daß auch Frauen gefangen gesetzt und enthauptet wurden, sahen wir bereits, doch ließ sich manches dagegen sagen. Sie einzukerkern, wenigstens wenn sie schön waren, schien gefährlich, denn wer hütete die Wächter selbst vor ihren Reizen? Und derjenige Mann mußte schon recht verroht sein, der, unten vor dem Blutgerüst stehend, gleichmütig zuschaute, wenn oben der Kopf eines Weibes fiel. War sie jung, sah man in ihr die Verkörperung von Liebe und Glück, war ihr Haar ergraut, erinnerte es an das ehrwürdige Haupt der eigenen Mutter. Verständige Frauen zogen aber aus dem Umstande, daß man gegen ihr Geschlecht mit gleicher Schärfe vorging wie gegen die Männer, die natürliche Konsequenz; als Napoleon, der damals noch General Bonaparte hieß, einst Frau von Condorcet, die Witwe des bekannten Philosophen, besuchte und unter anderem äußerte, er liebe es nicht, daß die Frauen sich in die Politik mischten, antwortete die redegewandte Dame: „Sie haben recht, General, aber in einem Lande, wo man ihnen die Köpfe abschneidet, ist es begreiflich, daß sie gern wissen wollen, warum das geschieht". Übrigens stellten mitleidige Seelen wohl ihre neuen republikanischen Liebschaften in den Dienst alter royalistischer

Freunde und oft nicht ohne Glück; so wurde das Schicksal vieler dieser gefallenen Größen erträglicher gestaltet. Und auch in einem anderen Punkte zeigten sich die Pariserinnen dieser Tage echt feminin: sie hatten oft nur Blicke für die in Uniform prangenden Milizsoldaten und trugen, ihrer Sympathie für diese nachgebend, Hüte, die wie Helme geformt waren. Ganz besonders fanatische Revolutionärinnen meinten zwar, der Schimmel, den Lafayette, der Kommandeur dieser Bürgerwehr, ritt, sähe zu aristokratisch aus und müsse mit den Farben der Republik angestrichen werden; was aber den Geist der Truppe anbetraf, so konnte dieser selbst die ausgesprochenste Demokratin zufriedenstellen. Der Limonadenhändler Godet z. B., der ein guter Patriot und in Anerkennung dieser seiner Eigenschaft zum Hauptmann gewählt worden war, zeigte sich gleichzeitig als strebsamer Geschäftsmann und reichte im Schmucke seiner Epauletten, übrigens aber sich aller militärischer Würde entäußernd, den Soldaten seiner Kompagnie, die ihn mit ihrem Besuche beehrten, eigenhändig die begehrte Erfrischung. Es kam auch wohl vor, daß ein Offizier zu einem seiner Tapferen sagte: „Halte doch Schritt, du marschierst ja wie ein Klosterbruder!" und darauf die Antwort erhielt: „Das ist Ihre Schuld, Herr Hauptmann, bedenken Sie doch, daß ich Schuhe trage, die Sie gemacht haben; die drücken entsetzlich!"

Und selbst an den Stätten, wo die dem Schafott Geweihten gewissermaßen vor der Schwelle des Todes antichambrierten, macht sich der Einfluß der Frau geltend: in den Gefängnissen; hier blühte noch das gesellige französische Leben der früheren Zeit, ja man kann sagen, daß die Kerker Salons wurden, in denen sich die beste Gesellschaft bewegte. Sie zeigten belebte Bilder: verstörte Seelen, aber eine nervöse Heiterkeit, Lachen unter Tränen und singende Lippen, um die die Schatten der Verzweiflung huschten. Ein beliebter Zeitvertreib war die Probe zu der bevorstehenden Tragödie auf dem Blutgerüst; man legte die letzte Toilette an und übte den Todesgang ein; hinterher spielte man wohl, die trüben Gedanken zu verscheuchen, Theater. Aber bei allem stand die Frau im Mittelpunkte: auch jetzt noch suchte sie sich — vielleicht zum letztenmale! — mit Puder und Schminke zu verschönern, auch jetzt noch besangen Kavaliere sie in zarten Gedichten. Und die Liebe war um so glühender, weil sie keine Zukunft kannte; die Uhr, die die Todesstunde schlug, machte ihr oft nur gar zu bald ein Ende, und das süßeste Kosen störte der rohe Ruf des Henkers. Gern gewährten deshalb die Frauen ihren Kerkergenossen die letzte Gunst, denn morgen war es vielleicht zu spät, gefällig zu sein. So erscheint in diesen Jahren die Liebe als die Schwester des Todes, und die nahende Zeit des Direktoriums, in der auch das Gewand der Frau sich gräzisierte, würde sie vielleicht als Eros-Thanatos bezeichnet haben. Und während hinter den Gefängnisgittern das Weib als tröstender Engel erschien, wies ihm draußen Robespierre, der in den Himmel, aus dem er die Gottheit vertrieben hatte, das „être suprême" einführte, ein anderes Feld der Tätigkeit: hier widmete es sich dem Dienste des Kultus. In Paris wurde die „Göttin der Vernunft", die man bei einem festlichen Aufzuge zur Schau stellte, verkörpert in der früheren Tänzerin Maillard, einem Wesen, das allerdings als Meisterschöpfung der Natur gelten konnte. Überhaupt mußten die Damen, die man zu Repräsentantinnen des höchsten Wesens erkor — auch in Provinzialstädten bedurfte man ihrer —, stattliche Erscheinungen sein; im übrigen störten Schönheitsfehler augenscheinlich nicht; der Historiker Michelet erzählt wenigstens, ihm sei eine dieser Surrogat-Gottheiten bekannt gewesen, die geschielt habe. Interessant ist an den geschilderten Vorgängen, daß die Welt eine Art Priestertum den Frauen zurückgab, die im Altertum häufig seine Trägerinnen gewesen waren. Geschlechtsgenossinnen dieser Heiligen ertappte man freilich oft genug bei recht unheiligem Beginnen; an Stelle der raffinierten Gastmähler des früheren Regimes, die geweiht gewesen waren durch den Geist der alten französischen Gesellschaft, vereinigte man sich jetzt zu sogenannten „soupers fraternels", einer Art republikanischer Picknicks, die man, im Kote der Straße tafelnd, einnahm, die Füße in den Gossen; und auch an diesen zweifelhaften Genüssen beteiligte sich ungeniert die holde Weiblichkeit

und stimmte, bacchantischen Einflüssen unterliegend, gern in den bekannten revolutionären Hymnus ein mit der zeitgemäßen Variante: „Le jour de boire est arrivé". Und nach dem Tafelgenusse gab man sich der Hauptleidenschaft der Zeit hin: dem Spiel; überall, hier und dort, in dieser Straße, in jener, an dieser Ecke und an jeder anderen huldigte man dem modernen Hazard, dem Biribi.

Und mitten unter dem Schrecken des Fallbeils, das eine Königin enthauptet, steigt eine neue Herrscherin auf den Thron: die „fille du monde", wie man sie euphemistisch bezeichnet, die Vermittlerin frivolen Minnespiels, das so charakteristisch ist für das „galante" Jahrhundert. Die Polizei, ganz durch die Sorge für den Schutz der neuen republikanischen Einrichtungen in Anspruch genommen, ließ die Prostitution sich ungehindert entwickeln; die käuflichen Vertreterinnen der Liebe überfluteten bald alle Straßen und Plätze, und besonders die kleinen Theater wie die Modemagazine wurden wahre Brutstätten der Unzucht. Was half es, daß man die bals champêtres, das Stelldichein aller Grisetten der Bannmeile von Paris, verbot? Die Unsicherheit des Daseins mahnte genußfreudige Lebemänner, die Zeit zu nutzen; man bedurfte der Mädchen, und diese, die existieren wollten, nahmen, wie sie früher das Gold des Hofes genommen hatten, so jetzt die Assignaten der Revolution. Die Tuilerien, das Luxembourg, die Weinstuben und Restaurants wimmelten von Priesterinnen der freien Liebe, die in kurzen Röckchen interessantere Körperteile zur Schau stellten, und im Egalité-Garten, einem Teile der früher unter dem Namen des Palais Royal bekannten Besitzung des ci-devant Herzogs von Orleans, marschierte eine wahre Phalanx solcher Feen des Lasters auf. Hier schwärmten, nach Beute ausspähend, auch renommiertere Hetären, alle die Clairetten, Lisetten, Georgetten, Philippinen, Papillons und Fanchons, die berühmte Mulattin Bersi und viele andere mehr. Von neun Uhr abends bis Mitternacht blühte der große Fleischmarkt; Hunderte von Mädchen und Frauen zwischen zwölf und vierzig Jahren warben, in den Alleen lustwandelnd, mit frechen Blicken, kokettem Fächerspiel und verführerischem Bloßstellen ihrer Reize um die Gunst der Männerwelt; sie alle durften nun auch rouge auflegen, ein Kosmetikum, das zur Königszeit den Damen von Stand vorbehalten gewesen war. Die geschäftskundigen Huldinnen hatten sogar einen ganz bestimmten Tarif, der, da Angebot und Nachfrage nun mal die Preise regeln, unter Umständen erhöht wurde, wie beispielsweise gelegentlich des Nationalfestes am 14. Juli 1790, zu dem eine Menge Provinzler nach Paris strömten. In dem einen umfangreichen Komplex von Gebäuden und Gärten bildenden Palais Royal, dieser in allen Farben schillernden, lockenden Höhle des Lasters, gab es fast unzählige Tempel, in denen man der Venus opfern konnte; hier hielt, um nur einige dieser Stätten zu nennen, eine Madame Julien, einst Mitglied der italienischen Komödie, bei der man vorzüglich soupierte, ein Spielhaus — so titulierte sie fälschlich ihr Bordell —, in dem hauptsächlich politische Größen verkehrten; hier rollte für junge Leute die Kugel bei Madame Lacour, wo es schwere Weine und leichte Mädchen gab, beide gleich berauschend; hier fanden lebenslustige Genießer ein Dorado bei Madame Saint-Romain, die das Glück hatte, von reizenden Nichten und Kusinen umgeben zu sein. Und wenn wir vom Palais Royal weiter wandern, finden wir auch im Theater Feydeau gefällige Dämchen in hellen Haufen, die Geld genug verdienten, das nicht ganz billige Eintrittsgeld erschwingen zu können; ja nahe der Oper gab es gar ein Serail, das durch Mädchen von zwölf bis vierzehn Jahren bevölkert war; fünfzehnjährig wurden sie an die Luft gesetzt. Man sieht, die Hierodulen der Liebesgöttin waren bunt genug gemischt, und viele von ihnen machten geradezu glänzende Geschäfte; sie aßen und tranken gut, hatten schöne Zimmereinrichtungen, ausreichende Dienerschaft, auch, der Mode der Zeit entsprechend, einen kleinen Neger zur Begleitung und verbrauchten jährlich an 50 000 Livres. Und wenn eine dieser leichtblütigen Hetären, wie es in der wild bewegten Zeit oft genug geschah, zum Tode verurteilt wurde, bestieg sie wohl, obszöne Lieder auf den Lippen, das Schafott.

Goethe ſagt, wer Intereſſantes zu ſehen begehre, der möge hineingreifen ins volle Menſchenleben; mir ſcheint ein Blick in das Tun und Treiben der franzöſiſchen Frau, wie es ſich zu Beginn der Revolution darſtellt, die Wahrheit der Sentenz des weltkundigen Dichters zu bekräftigen.

Ein Gewählterecht

(Zur preußiſchen Wahlrechtsvorlage)

Von Ralf Scheffer

Es ſteht feſt, daß die Königliche Staatsregierung mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln für die Durchſetzung des gleichen Wahlrechtes eintreten wird; eine andere Stellung kann ſie gegenüber der königlichen Willenserklärung gar nicht einnehmen. Man mag zur Wahlreform ſtehen, wie man will: die geſchaffene politiſche Lage zwingt zur Einführung des gleichen Wahlrechtes, es iſt durchaus unwahrſcheinlich, daß daran irgendeine Gegnerſchaft endgültig oder auch für längere Dauer etwas ändert.

Für eine Politik — und zwar gerade für eine rechtsgerichtete —, die fruchtbar ſein will, kommt es alſo jetzt darauf an, innerhalb des Rahmens der Geſetzesvorlage, das heißt unter Feſthalten am gleichen Wahlrechte, alle die Sicherungen im Geſetz zu ſchaffen, die erwarten laſſen, daß ſie die unzweifelhaft teilweiſe bedenklichen Wirkungen dieſes Wahlrechtes abſchwächen. Der als ſolcher rohe Gedanke des Machtrechtes der Zahl bedarf der Formung im Geſetz, damit er dem Lande nicht zum Unſegen werde.

Die zu ſolchem Zwecke bisher gemachten Vorſchläge behandeln vor allem die Vorausſetzungen des aktiven Wahlrechtes. Andere Anregungen befaſſen ſich damit, wie die Minderheiten, in denen ſich unter dem neuen Wahlgeſetz weite Volksgruppen dauernd befinden werden, im künftigen Abgeordnetenhauſe eine angemeſſene Vertretung erhalten können. Dagegen iſt eingehenderer Betrachtung bisher nicht das paſſive Wahlrecht unterzogen worden: allerdings iſt ſein Inhalt, ſoweit wenigſtens die perſönlichen Vorausſetzungen in Betracht kommen, als in der Natur der Sache liegend gegeben. Und doch gibt eine Durchbildung des Gewählterechtes — um es einmal ſo zu nennen — das Mittel, um beſtimmte Nachteile, die aus der Demokratiſierung des öffentlichen Lebens folgen, weſentlich zu verringern. Es handelt ſich hier vor allem um die Sorge, daß bei gleichem Wahlrecht die ſachliche Arbeit der Volksvertreter durch ihre innere Abhängigkeit von der Stimmung der Wählermaſſen allzu ſtark beeinflußt wird. Es muß das Sachliche in der Parlamentsarbeit gegenüber den ohnehin anwachſenden politiſch-taktiſchen Einwirkungen geſtärkt werden.

Es wird darum folgendes vorgeſchlagen: 1. Die Wahlperiode dauert ſechs Jahre. Sie beginnt nach zwei Jahren für je ein Drittel der Abgeordneten. Es ſcheidet entſprechend jede zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten aus. 2. Die Wiederwahl eines Abgeordneten kann nach Erlöſchen des Mandats nicht vor zwei Jahren ſtattfinden.

Der Vorſchlag zu 1 entſpricht dem für Gemeindewahlen bereits geltenden Rechte. Die allmähliche Ergänzung der vertretenden Körperſchaft durch Endigen der Wahlperioden zu verſchiedenen Zeitpunkten begünſtigt einerſeits die Stetigkeit der parlamentariſchen Arbeit und bringt doch durch das ſchnelle Zufließen friſchen

Blutes kräftigere Anregung. Tatsächlich ist auch in den sonst so heftig umstrittenen Wahlrechtsfragen diese kommunale Regelung nie beanstandet worden. Für die Übergangszeit ist zu bemerken, daß nach der ersten nach dem neuen Gesetze vorzunehmenden allgemeinen Wahl je ein Drittel der Abgeordneten schon nach zwei und nach vier Jahren auszuscheiden hätte, um so den verschiedenen Beginn der Wahlperioden in Lauf zu bringen. Die in der Dreiteilung ausscheidenden Abgeordneten sind gleichmäßig auf die verschiedenen Landesteile zu verteilen. Für die Gesetzgebung werden hier Schwierigkeiten grundsätzlicher Art nicht entstehen. Im übrigen soll der Vorschlag zu 1 den Weg zu der anderen Bestimmung ebnen, die die Wiederwahl eines Abgeordneten vor Ablauf von zwei Jahren nach beendigtem Mandat ausschließt. Auf diese Bestimmung kommt es an.

In den Wahlen erschöpft sich verfassungsgemäß die Beteiligung des Volkes am Staatsleben; sie bringen zum Austrag die Gegensätzlichkeiten, die widerstreitenden Wünsche der Massen. Es ist klar, daß durch ein gleiches Wahlrecht die

politische Leidenschaft besonders gesteigert wird. Wir müssen das Vertrauen haben, daß sich trotz allem der gute Geist des Volkes durchsetzt. Doch ist es jedenfalls folgerichtig, daß, wenn die Wahlen einmal vorbei, nun für die Arbeit der Volksvertretung um so ruhigere Sachlichkeit gewährleistet wird. In den Wahlen hat das Volk mehr gefühlsmäßig allgemeine Wünsche, politische Richtlinien zum Ausdruck gebracht. Jetzt haben die Abgeordneten die verantwortliche, die Kopfarbeit zu leisten, damit Dauerndes, Gesundes entstehe. Trotzdem ist gerade im Parlament solche Arbeit gefährdet. Die Politik der Stimmung, die Parteitaktik, die Rücksicht auf künftige Wahlerfolge werden hier immer mitsprechen.

Solchen natürlichen, gewichtigen Hemmungen sachlichen parlamentarischen Schaffens muß — wenn überhaupt, dann jetzt — entgegengewirkt werden. Was dem Richter recht ist, soll dem Volksvertreter billig sein. Für den Richter ist bestimmt, damit seine Entscheidungen nicht durch äußere ungehörige Einwirkungen beeinträchtigt werden, daß er unabsetzbar, seine Berufung ins Amt lebenslänglich sei. Für das Mitglied des Abgeordnetenhauses, für das eine derartige Regelung nicht in Betracht kommt, muß das Ziel, die möglichste innere Unabhängigkeit, auf umgekehrtem Wege erreicht werden: nur die Ausschließung einer Wiederwahl kann den Gewählten innerlich freier gegenüber der Stimmung der Massen machen. Zwar wird eine gewisse Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung immer

beobachtet werden, sie entspricht der Eigenart des politischen Lebens, aber auch diese Rücksicht würde selbständiger, freier genommen werden. Andererseits sorgt die Dreiteilung der Wahlperiode und also die Möglichkeit einer Wiederwahl nach zwei Jahren dafür, daß die Kraft einmal gewählter Abgeordneter nicht verhältnismäßig lange Zeit dem Landtage verloren geht. In Kauf genommen werden muß, daß sich der Abgeordnete für den gleichen Wahlkreis regelmäßig erst nach sechs Jahren wieder aufstellen lassen kann. Aber er ist doch in erster Linie Vertreter des ganzen Volkes, und im übrigen darf man der allgemeinen politischen Reife zumuten, daß sich genug Männer für jeden Wahlkreis finden, die geeignet sind, gerade auch ihn zu vertreten.

In der Tat haben wir reichlich Männer, unzweifelhaft mehr als es heute noch scheint, die, durch das Bedürfnis nach ihnen einmal herangezogen, sehr Nützliches im Landtage leisten könnten. Damit gewinnt diese Neuordnung des Gewählltenrechtes über den behandelten psychologischen Gesichtspunkt hinaus überhaupt Bedeutung für die künftige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses.

Die Tatsache als solche der gesetzlichen Ausschließung einer unmittelbaren Wiederwahl wird ohne weiteres Einfluß auf die Art der zu wählenden Abgeordneten haben. Sie erschwert die Bildung eines Standes parlamentarischer Nurpolitiker, gegen dessen Anwachsen die sachlichen Deutschen und vor allem wir Preußen verständliche Bedenken haben, sie verstärkt dagegen den Einfluß der Männer des praktischen Lebens in der Volksvertretung. Die meisten Deutschen haben zunächst geringe Neigung, in der Öffentlichkeit hervorzutreten, auch die Allerberufensten zur politischen Wirksamkeit überlassen dies gerne anderen Ehrgeizigen, deren es immer noch genug gibt. Solch zögernde, der Sache des Landes schädliche Haltung erklärt sich einfach daraus, daß der Bewerber um einen Sitz in der Volksvertretung damit vor die Frage gestellt wird, ob er in Zukunft überhaupt im politisch-parlamentarischen Leben eine Rolle spielen will. Denn nach einmal erfolgter Wahl wird die Wiederwahl sehr bald zur politischen Ehrensache und Pflicht. Diese Folgerung aus der Wahl ziehen zu müssen, schreckt viele und gerade geeignete Männer der schaffenden Berufe davon ab, eine Kandidatur zu übernehmen. Die Belange des Berufs geben bei uns allzu oft und zu leicht in einem die politische Arbeit ablehnenden Sinne den Ausschlag. Wird gleichwohl von einzelnen in den großen öffentlichen Kampf eingetreten, so geschieht es, gedrängt durch die vaterländische Pflicht. Solch Opfer wird leichter empfunden, bereitwilliger gebracht werden, wenn jene innere Festlegung nicht in Betracht kommt, weil die Wiederwahl gesetzlich ausgeschlossen ist.

Erfrischend auf unser öffentliches Leben wirkt jedenfalls die vorgeschlagene Regelung des Gewählltenrechtes. Der Widerspruch gegen sie wird freilich nicht ausbleiben. Man betreibt nichts leidenschaftlicher wie die Politik: manchen wird es unnötig dünken, die liebgewordene Tätigkeit auf einmal zu unterbrechen. Andere werden gerade der Auffassung sein, daß das Anwachsen der Berufsparlamentarier nicht gehindert werden soll. Doch legt jedenfalls noch die große Mehrheit des Volkes wenig Wert auf die Stärkung solchen Beruftums im Staat. Es liegt nicht deutscher Art. Vielmehr darf gesagt werden, daß es — nach mancher Erfahrung zu urteilen — weder für die Sache noch für die mit der parlamentarischen Bürde belasteten Männer nachteilig wäre, wenn sie nach gewisser Zeit in die Massen, deren Vertreter sie sind, als schlichte Staatsbürger und Wähler zurücktauchten und nur als solche wieder einmal die Dinge sähen. Es geht auch hier, wie in jedem anderen Berufe, der Geist und Nerven voll beansprucht: die Arbeit selbst zieht von der Ausspannung den größten Segen. Wie dem auch sei, ob Opfer oder Wohltat die Regelung bedeutet: maßgebend kann nur der Vorteil sein, den aus ihr das preußische Staatsleben zieht.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

aben Sie, ſehr geehrter Herr, einen Onkel in der Landwirtſchaft, oder einen Vetter in der Etappe, da, wo ſie nahrhaft iſt? Dann ſchicken Sie ihnen einen Kalender, auf daß ſie daran denken, daß die Sonne jeden Tag ein bißchen höher ſteigt und unter ihrem wärmeren Strahl bald die eingepackte Butter ſchmelzen und der ſorgfältig unkenntlich gemachte Schinken belebt wird. Das iſt jetzt einer der ſchmerzlichen Unterſchiede der Zeit: was die Großſtadt an Genüſſen verſendet, die politiſchen Betrachtungen der führenden Beſſerwiſſer, die geiſtreichen Verſe und Melodien der neueſten Operette, halten ſich, bis ſie in Poſemuckel ankommen, was uns Poſemuckel ſchickt, müſſen wir mit wachſender Sorge erwarten. Nie war Berlin ſo klein, ſo ſchüchtern, ſo bittend-zaghaft, nie Poſemuckel ſo machtvoll. In Berlin wird uns täglich das Bibelwort neu: Es ging ein Mann hinab gen Jericho und er fiel unter die Räuber. Es gibt nichts Ergreifenderes, als die Opferlammshaltung, in der wir uns täglich ſcheren laſſen. Nichts kindlichreineres — mit verſchwiegenen und verborgenen Ausnahmen natürlich — als das Berlin, das ſozuſagen keinen Alkohol mehr genießt, das nicht mehr tanzt und ſumpft, das brav im Theater oder Kino ſitzt, geſittet ſein Kriegsbierwaſſer trinkt, früh zu Bett geht und von deſſen Weltſtadt-Laſteratmoſphäre kein Hauch mehr zu ſpüren iſt. Wir ſind ganz Geiſt geworden, ganz Seele, vom Materiellen unbeſchwert. Wir leſen in der Zeitung, daß Bayern bald noch beſſeres Bier haben wird, als es ſich bisher hat erhalten können, und wir lächeln ſanft. Wir ſind ſo gut geworden, daß wir den ſüddeutſchen Brüdern gönnen, was wir ſelbſt nicht haben können. Von Zeit zu Zeit bringt uns jemand eine Speiſekarte aus Bayern mit. Wir leſen ſie mit dem Geſichtsausdruck, mit dem wir als Kinder Bechſteins Märchen laſen und ſagen: Wie ſchön iſt das! An höheren Feſttagen kaufen wir uns eine Flaſche Kratzbürſter Schattenſeite für ſieben Mark und ſchlürfen andachtsvoll jeden Tropfen. Noch nach dem Kriege wird man überall den Berliner am asketiſchen Geſichtsausdruck erkennen, an der Schüchternheit beim Einkauf und an der Fähigkeit, alles, aber auch alles zu eſſen und zu trinken. So finden uns die erſten Tage dieſes Frühlings der militäriſchen Ereigniſſe und der politiſchen Ereignisloſigkeit als lyriſch-vegetariſch-abſtinente Menſchen von ätheriſcher Schlankheit, imſtande, wie kein Geſchlecht vorher, zu entſagen und regiert zu werden. Die Geübteren unter uns verſtehen es, mit einem Stück Brot und einem Zeitungsartikel über die Vorräte in der Ukraine ſo froh zu ſchwelgen, wie früher an einem Gratisbuffet. Könnte man die Berliner zuſammen auf eine Wage ſetzen, ſo würde ein Gewichtsverluſt herauskommen, der ungefähr den Mond aufwiegt. Wenn eine Frau ihren Mann vor zwei Jahren nicht ausſtehn konnte, hat ſie heute die Freude, dreißig Pfund weniger ertragen zu müſſen. Wer unter ſeiner Schwiegermutter gelitten hat und ihre Gewichtsabnahme feſtſtellt, ſieht ſein Leiden um durchſchnittlich ein Drittel vermindert. Soviel Einbrüche auch verübt werden, „Schwere Jungen" gibt's nicht mehr und die anſtändigſte Frau iſt heute eine leichte Perſon. Das alles iſt mit natürlichen Dingen zugegangen, aber die innere Einſtellung auf einen Zuſtand, den vor drei Jahren niemand für erträglich gehalten hätte, iſt das heitere Wunder der Zeit, und die alte Regel, daß man dem Hund den Schwanz ſtückweiſe abhacken ſoll, gilt, wie wir erlebt haben, auch für Entbehrungen und Wucher. Nach und nach lernt ſich das Verzichten und das ſich ausplündern laſſen, ſo daß es ſich unter ruhiger Heiterkeit aller Beteiligten abſpielt. Das Lehrreiche des Zuſtandes, für den Berlin Symbol und Gipfel zugleich iſt, iſt die Tatſache, daß ſich in völliger Ordnung und bei gänzlich ungeſtörtem Ablauf des öffentlichen Lebens und des Durchhaltens der Zuſtand der völligen Umkehrung des wirtſchaftlichen Lebens und des Verſagens der Volkswirtſchaftspolitik, — ſoweit ſie nicht die Verſorgung mit einigen wenigen Haupt-Nahrungsmitteln betrifft, — herausgebildet hat.

Von dem Umsturz der wirtschaftlichen Theorien, mit Ausnahme des Fundamentalsatzes von Angebot und Nachfrage, garnicht zu reden. Daß man die Valuta-Angst, diese Bundesgenossin der Gaunerei, nicht ablegt, bis der verarmte Mittelstand den letzten Groschen hergegeben hat, den er einmal nicht Dingen opfern will, die der Behörde nicht als unentbehrlich erscheinen, gehört zum Bild dieser sonderbaren Zeit. Sie lassen sich nicht auf eine Formel bringen.

Seine Excellenz, der Herr Oberpräsident von Pommern, Dr. Michaelis, hat es in einer Rede versucht, die er kürzlich in einem Harzstädtchen hielt. Er sagt, Gott habe uns die Prüfung geschickt, weil das Geld bei uns zu herrschen anfing. Gott wollte uns vor völliger Materialisierung bewahren. Das ist die Formel des früheren Reichskanzlers. Sie ist nicht neu und hat gegenüber andern Stärkungsmitteln aus der großen Apotheke der Weltanschauungen den Vorteil der ehrwürdigen Herkunft. Aber was so öffentlich ausgesprochen wird, muß sich gefallen lassen, öffentlich kritisiert zu werden, und man kann nicht umhin, einiges einzuwenden. Zum Beispiel: Hat die lange Prüfungszeit die Zeichen der Besserung gebracht? Oder haben sich nicht gerade infolge der langen Dauer der Prüfung Erscheinungen entwickelt, die eigentlich nach Abschluß dieser Prüfung eine neue zur Wegläuterung der moralischen Kriegsschäden nötig machen würde? Um vieviel Prozent hat neu erwachter Materialismus die Achtung vor Gesetzen sinken und die Zahl der Übertretungen steigen lassen? Um wieviel ist gerade durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Krieges die Gewinngier gestiegen? Wer macht nicht alles sein Kriegsgeschäft aus den Schwierigkeiten der Zeit, wer will nicht schnell und viel verdienen an der Notlage, die der Krieg geschaffen hat? Wuchern und schachern nicht Unzählige, die vor dem Kriege mindestens nolens, wenn auch nicht volens auf dem geraden Wege der geschäftlichen Tugend blieben? Nun kann man ja vom Standpunkt des Bußpredigers ergänzend die Theorie aufstellen, daß gerade die Zunahme dieser Erscheinungen einen Teil der Prüfung bildet. Aber dann gerät man in eine Verwirrung sonderbarer Art, denn dann hätte die Prüfungszeit mehr Leute in die Sünde getrieben, als von der Sünde befreit und es wäre, wie gesagt, nötig, die Prüfung ins Unendliche zu verlängern, wobei sich aber die Vermehrung der aus dem materialistischen Geist geborenen Sünde fortsetzen würde. Die Prüfung selbst würde also die Notwendigkeit neuer Prüfungen verursachen. Es scheint, daß die Bußpredigtformel nicht den Deckel bildet, der den Topf ganz zudeckt. Und wenn wir den angenehmen Fall setzen, daß die Versorgung wieder normal ist, die Genußgüter wieder zu haben sind, wird der Not-Aszet zum freiwilligen Mäßigkeitsapostel gewandelt sein? Wird, wer so lange entbehrt hat, nun am Becher der gewöhnlichen Freuden nur nippen? Wird sich, wo sich jetzt der trockene Exerzierplatz der Entsagung dehnt, kein Sumpf mehr bilden? Ich glaube, es wird sozusagen und einigermaßen das Gegenteil der Fall sein und auch nach dieser Seite hin wird die Formel der Prüfung nur sehr unvollkommen stimmen.

Nein, es scheint, diese Zeit läßt sich nicht auf eine Formel bringen. Das Kleine und das Große, das Herrliche und das Miserable, das Hohe und das Niedrige ist darin, wie in den Menschen, gemischt und wird gemischt bleiben. Wohl dem, der ein kräftiges regulatives Prinzip hat, das ihn bei der Stange der Anständigkeit hält und ihm die beruhigende Auslegung der Geschehnisse liefert. Die meisten Leute sind mit ihrer Philosophie so in Unordnung geraten, wie mit ihrer Verdauung, verfallen leicht in Paragraphenübertretung und sehr viele Zwangsaszeten haben sich schon vorgenommen, wenn die Zeiten wieder besser werden, einmal so materialistisch zu sein, wie sie es zwei Jahre lang nicht sein konnten. Inzwischen genügt uns die Überzeugung, daß in der Abwehr einer systematisch auf unsere Unterdrückung eingestellten Politik wie draußen so drinnen ein tapferer Kampf ohne Nachlassen gekämpft werden und dabei auch allerlei moralisch Schlimmes, das der Vulkan der Zeit ausspeit, ertragen werden muß. Ein Trost ist, daß die Zeit auch viel praktisches Christentum hat lebendig werden lassen, ausgeübt von Leuten, die gar nicht mehr recht wissen, wie eine Kirche von innen aussieht.

Auch das Gute im Menſchen iſt nicht umzubringen, ſelbſt nicht in einer Zeit, die ſo viel Möglichkeiten zu ungeſtrafter Gaunerei eröffnet hat. Iſt der Krieg vorüber, wird ſich auch die vorher übliche Miſchung unter den Menſchen wieder herausſtellen und wenn erſt wieder nicht nur Blut, ſondern auch Bier dicker iſt als Waſſer, wird auch der Großſtadt-Menſch den ungewohnt prärafaelitiſchen Zug in der äußeren Erſcheinung verlieren. Wer einen Onkel auf dem Lande hat oder einen Vetter in der Etappe, da, wo ſie nahrhaft iſt, der braucht ihn nicht zu verlieren, denn er hat ihn nie gehabt. Ihr Nemo.

Der Friede mit Rumänien

Von Georg Cleinow

Obwohl die Tagespreſſe den Abſchluß des Friedens mit Rumänien ſchon mehrfach mit weit ſichtbaren Überſchriften verkündet hat, dürften, wenn nicht zu guter Letzt etwas dazwiſchen kommt, noch mindeſtens zwei bis drei Wochen vergehen, ehe mit der Unterzeichnung des Friedensinſtruments zu rechnen iſt. Bisher ſind nur Teile des Vertrages paraphiert; d. h. ſie ſind mit den Anfangsbuchſtaben der Unterhändler gezeichnet, und keine der Parteien darf ohne Einwilligung der anderen etwas an den bisher feſtgelegten Texten ändern. In unſerem Falle iſt der Vertrag paraphiert worden, angeblich, um die endgültige Zeichnung bis zu dem Zeitpunkt zu verſchieben, wo auch alle wirtſchaftlichen Fragen geregelt ſein werden. Da es ſich dabei um die ſehr mühſamen Arbeiten an Einzelfragen des künftigen Handelsvertrages, an den Eiſenbahntarifen, ferner um die Benutzung der Donau und ihrer Häfen ſowie der Eiſenbahn Czernawoda—Conſtanza handelt, wird auch wohl der April hingehen, ehe der Friedensvertrag ratifiziert vor uns liegt. Was wir vom Inhalt des Vertrages wiſſen, gibt uns einen Schein des Rechtes, mit der Arbeit unſerer Diplomatie nicht eben zufrieden zu ſein: die Belaſſung des Königs Ferdinand, deſſen innere Haltloſigkeit den Verrat Bratianus nicht zu verhindern vermochte, auf ſeinem Poſten, ſtellt ſtarke Anforderungen an unſer Gefühl für Reinlichkeit und der Verzicht auf eine dem Reichtum des Landes entſprechende Kriegsentſchädigung wird uns nur dann einleuchten, wenn Rumänien mit entſprechenden Leiſtungen auf andern Gebieten aufwartet. Ein Rückblick auf den Gang der Friedensverhandlungen und ein Überblick über die Faktoren, die auf ihm gelaſtet haben und noch laſten, mögen beleuchten, wie wir uns zu dem endgültigen Friedensſchluß zu ſtellen haben werden.

Die Anſprüche der Bundesgenoſſen

Die bisherigen Verhandlungen mit Rumänien ſtanden vorwiegend unter dem Zeichen der Befriedigung der Anſprüche unſerer Bundesgenoſſen ſowie des Ausgleichs dieſer Anſprüche mit den Intereſſen aller Beteiligten. Bei allem war von vornherein gegeben, daß Rumänien als Staat nicht von der Karte verſchwinden ſollte, daß dieſer Staat wirtſchaftlich und politiſch mit den mitteleuropäiſchen Mächten verbunden werden müßte und daß ſomit auch Verhältniſſe zu ſchaffen waren, die ihm eine möglichſt große Proſperität gewährleiſteten. Solchem Streben ſtanden nun vor allen Dingen die ſehr weitgehenden Anſprüche, die Ungarn und Bulgarien an rumäniſches Gebiet glaubten ſtellen zu müſſen,

entgegen. Anfänglich wurde von diesen Seiten etwa ein Fünftel des rumänischen Staatsgebietes gefordert. Ungarn verlangte eine Vorschiebung seiner Grenzen nach Süden, Osten und Nordosten, sowie die Abtrennung eines Gebietes östlich Orsowa. Bulgarien forderte die ganze Dobrudscha, die ihm 1878 durch den Berliner Frieden und 1913 als Abschluß des zweiten Balkankrieges entrissen worden war. Erschwerend wirkt auch die Erbschaft der türkisch-bulgarischen Ausgleichsbestrebungen aus der Folgezeit der beiden letzten Balkankriege.

Die ungarische Forderung ist vor allen Dingen militärisch begründet. Die bisherige auf dem Karpathenkamm entlang laufende Grenze zwischen Rumänien und Ungarn sicherte den Rumänen durch die Eigenart der Gestaltung des Gebirges alle Vorteile bei Angriff und Verteidigung. Der Karpathenrücken fällt, ähnlich wie die Vogesen im Elsaß gegen die Rheinebene, nach Ungarn zu steil ab, während er nach Rumänien allmählich in die Ebene übergeht. Nach den Erfahrungen dieses Krieges mußte die Korrektur dieser Grenze eine Mindestforderung Ungarns bleiben. Wie erinnerlich, konnten die Rumänen im Schutze der Berge ihren Überfall auf ungarisches Gebiet weitgehend vorbereiten; sie sind dann einem von der Schneeschmelze angeschwellten Sturzbach gleich ohne Kriegserklärung über Siebenbürgen hineingebrochen und haben in den fruchtbaren, durch den Fleiß seiner deutschen Bewohner reich gewordenen Städten und Dörfern entsetzlich gehaust. Wird die Grenze auf der rumänischen Seite den Hang hinabgeschoben, so wird die Gefahr der Wiederholung solcher Ereignisse ein für allemal beseitigt. Bei dem Gebiet östlich von Orsowa handelt es sich um die Sicherung der Donauschiffahrt und der gewaltigen Stromregulierungen, die Österreich-Ungarn dort bereits seit Jahren in Angriff genommen hat und die dem gesamten mitteleuropäischen Handel dienen. Es liegt auf der Hand, daß gerade dort bei seinem Durchbruch durch das Gebirge der Donaustrom einer besonders sorgfältigen Sicherung gegen feindliche Angriffe bedarf und, daß somit auch ein Riegel zwischen Rumänien und Serbien, die an jener Stelle aneinander grenzten, geschoben werden mußte. Die ungarisch-rumänische Grenzberichtigung ist sonach weit über die Interessen der zunächst Beteiligten von größtem Wert für die friedliche Entwicklung Mitteleuropas. Jedenfalls ist Rumänien ein für allemal die Aussicht genommen, nach Westen hin erfolgreich als Angreifer aufzutreten, was etwaige Gelüste später uns feindlich gesinnter Regierungen zum mindesten im Zaume halten würde. Die ungarischen Grenzwachen sollen fortab von ihren Hangstellungen aus die rumänische Ebene und die Hauptbahnlinie von Norden nach Süden beherrschen. Ungarn wird dabei in ethnographischer Beziehung durch den Gebietszuwachs nicht sonderlich belastet, da es sich um ein wildes Gebirgsland mit ganz dünner Bevölkerung handelt, die leicht durch sichere Kriegsteilnehmer und sonstige Kolonisation ersetzt und durchsetzt werden könnte. Um im übrigen auch einer rumänisch-österreichisch-ungarischen Versöhnung den Weg zu ebnen, ist Rumänien nach den Worten des Grafen Czernin in Aussicht gestellt, sich für seinen Gebietsverlust im Westen durch sehr reiche Gebiete Bessarabiens, soweit sie von rumänischer Bevölkerung bewohnt sind, schadlos zu halten. Damit soll eine Grundlage geschaffen sein, auf der bei einigem guten Willen sich dauernde friedliche und wirtschaftlich sichere Beziehungen zwischen Rumänien und den beiden mitteleuropäischen Großmächten anbahnen können.

In derselben Richtung soll die Neuordnung der Dobrudschafrage wirken, die seit Jahrzehnten ein Hemmnis zur Anbahnung friedlicher Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien war. Sie ist durchaus nicht gelöst, kaum daß von einem Versuch sie zu lösen gesprochen werden darf. Mit derselben Energie, wie die Bulgaren die Dobrudscha für sich fordern, mit derselben wird sie von den Rumänen verteidigt und, was die Lösung noch mehr erschwerte, die Türkei, die an der Niederwerfung Rumäniens keinen geringen Anteil hat, fordert ihren Lohn an der Maritza und bei Adrianopel von den Bulgaren. Die Wünsche Bulgariens wegen der Dobrudscha hat der bulgarische Gesandte in Berlin, Exzellenz Rizoff in einer Denkschrift mit reichem Kartenmaterial also zum Ausdruck gebraucht: Rumänien

solle sich endgültig auf das Nordufer der Donau zurückziehen, „nicht bloß, weil die Dobrudscha die Wiege des bulgarischen Volkes ist und zwölf aufeinander folgende Jahrhunderte zu Bulgarien gehörte; nicht bloß, weil Rumänien selbst 1878 die Dobrudscha als bulgarisches Gebiet anerkannte und seine Unzufriedenheit äußerte, als Rußland ihm dagegen Beßarabien entriß; und nicht bloß, weil die ganze Dobrudscha Rumänien durch Waffengewalt wieder entrissen wurde; sondern auch weil Rumänien niemals zur Balkan-Halbinsel gehört hat und zu ihr nicht mehr gehören darf, wenn man zwischen ihm und Bulgarien Frieden haben und auf dem Balkan den Frieden aufrecht erhalten will. Rumänien muß noch aus einem anderen Grunde die Dobrudscha abtreten: die Mündung eines so internationalen Flusses wie die Donau darf sich nicht in den Händen eines einzigen Staates befinden".*)

Ganz so klar, wie es hier der geschätzte Bundesfreund aus Bulgarien darstellt, liegen naturgemäß die Verhältnisse wegen der Dobrudscha nicht. Mit Recht können die Rumänen auf die großen kulturellen Arbeiten hinweisen, die sie unter des Königs Karol segensreicher Regierung daselbst geleistet und mit denen sie das Land sich moralisch erobert hatten. Ohne Zweifel hat Rumänien dieses Land überhaupt erst der Kultur erschlossen; es hat Konstanza zu einem bedeutenden Ausfuhrhafen für Getreide und Petroleum ausgebaut und durch die Eisenbahn über Czernawoda auf der ein Teil des Orientexpreß von Berlin und Paris aus lief, mit Mitteleuropa verbunden. An diesen der Weltwirtschaft dienenden Kulturwerten haben aber Deutschland und Österreich-Ungarn ein so bedeutendes Interesse, daß sie bei aller Anerkennung der historischen und ethnographischen Rechte Bulgariens sich doch nicht dazu entschließen mochten, die Dobrudscha schon jetzt bei dem Vorfrieden den Bulgaren ohne Einschränkung zuzusprechen. In gleicher Richtung wirkten auch Erwägungen anderer Art, die durch den Verlauf des Krieges entstanden waren. Das Deutsche Reich hatte nicht nur durch seine frühere Beteiligung an dem wirtschaftlichen Aufschwung Rumäniens ein gewisses Interesse an der Dobrudscha, sondern auch besonders durch den Umstand, daß das Gebiet durch den deutschen Feldmarschall von Mackensen unter Mitwirkung starker deutscher Kontingente und nicht von den Bulgaren allein erobert wurde. Außerdem schweben noch verschiedene Abrechnungen zwischen den Verbündeten, die sich leichter zu einer späteren Zeit abwickeln lassen als gerade in diesem Augenblick höchster militärischer Spannung. Infolgedessen sind die Verbündeten zu dem Ergebnis gekommen, über die Dobrudscha noch nicht endgültig zu verfügen, sondern sie gemeinsam zu treuen Händen lediglich von Rumänien abzutrennen, freilich mit der ausgesprochenen Absicht, sie zur geeigneten Zeit und nachdem alle jene wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Garantien von bulgarischer Seite gegeben sein werden, an denen die Mittemächte ein besonderes Interesse haben, an Bulgarien zu überlassen.

Der Gang der Verhandlungen

Es läßt sich denken, daß, angesichts der oben kurz geschilderten Ansprüche, Rumänien sich mit allen Mitteln diplomatischer Technik gegen sie gewehrt hat. Es ist wohl auch verständlich, daß seine Staatsmänner versucht haben, sich dem eisernen Zugriff der Mittemächte zu entwinden, und daß auch noch während der Friedensverhandlungen Versuche der Entente gemacht worden sind, Rumänien an ihrer Seite zu halten und zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Mittemächte zu bewegen.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am 24. Februar im Schlosse Buftea bei Bukarest, wohin der damalige Ministerpräsident, General Averescu von Jassy hinüber gekommen war. Da Averescu sich sträubte, die Bedingungen der Mittemächte anzunehmen, stellten sie sie der Regierung noch einmal am 6. März in Form eines Ultimatums zu. Die Vorbedingungen gipfelten in sofortiger Demobilisierung und Entlassung der französischen Militärmission, deren

*) Berlin 1917. Verlegt in der Königl. Hoflithographie von Wilhelm Greve, S. XI.

Mitglieder die wichtigsten Offizierstellen bis zum Kompagnie- und Batterieführer abwärts inne hatten, sowie in der Bereitstellung der Eisenbahn für unsere Unternehmungen gegen die Maximalisten. Im ganzen waren es neun Punkte. Am 2. März, an welchem Tage der Rumänien bewilligte Waffenstillstand ablief, traf die Nachricht von der prinzipiellen Annahme unserer Forderungen ein. Am 5. März wurde dann der Vorfriede von Buftea, der die Grundlage aller weiteren Verhandlungen bildete, durch Averescu gezeichnet, und am 6. März verließen die französischen Offiziere die rumänische Armee. Averescu kehrte nach Jassy zurück. Dort hatten inzwischen äußerst heftige Kämpfe zwischen den Verbandfreunden und der Friedenspartei stattgefunden. Die Stellung des Kabinetts, Averescu war schon am 11. März erschüttert und am 14. März teilte der rumänische Außenminister Argetjanu den Verbündeten amtlich mit, daß das Kabinett demissioniert habe, so daß zurzeit kein rumänisches Organ vorhanden war, die Friedensverhandlungen fortzusetzen. Es würde nun den Anschein erwecken, als ob unsere Unterhändler während des folgenden Zwischenspiels doch nicht das Maß an Nachdruck aufgewendet hätten, daß notwendig gewesen wäre, um die rumänische Regierung zu schnelleren Entschlüssen zu zwingen, wenn nicht eine Episode Licht auf die Verhältnisse würfe.

Am 26. Februar war es dem Grafen Czernin geglückt, durch die beiderseitigen Linien auf Jassyer Gebiet zu gelangen und sich dort im Einverständnis mit Herrn von Kühlmann mit dem Könige mündlich auszusprechen. Czernin, der noch im September 1917 den Standpunkt vertreten hatte, daß König Ferdinand auf dem rumänischen Thron unmöglich und verhandlungsunfähig geworden sei, hat bei dieser Zusammenkunft dem Könige anscheinend versprochen, ihn auf dem Throne zu halten, sofern er für die Beschleunigung des Friedensabschlusses mitwirken wollte. In unwürdigster, unmännlicher Weise hat Ferdinand unter Tränen alles gelobt, was von ihm verlangt wurde, um dann doch, hin und her gezerrt zwischen dem Willen seiner tatkräftigen Frau und den Ententevertretern, nur mehr zur Verschleppung der Verhandlungen als zur Lösung beizutragen. Erst unser oben erwähntes Ultimatum vom 1. März brachte ihn zur Besinnung und zur Erfüllung der übernommenen Pflichten. Dies Spiel wurde erleichtert durch den Umstand, daß die Regierung Averescus, mit der wir den Frieden zu schließen hatten, sich nicht unter dem Einfluß der deutschfreundlichen Kreise zu Bukarest befand, sondern jenseits der Schützengräben in Jassy wo die Ententefreunde eine feste Phalanx bildeten und von französischen Agenten zur Fortsetzung des Krieges angespornt wurden. Zum Verständnis dieser Angabe muß man sich vergegenwärtigen, in welcher allgemeinen Lage sich Rumänien zur Zeit der Friedensunterhandlungen befand. Es ist erinnerlich, daß die Kriegserklärung und der Verrat Bratianus an den Mittemächten selbst bei weiten Kreisen in Rumänien Widerspruch gefunden hatten. Nach der Einnahme von Bukarest blieb eine verhältnismäßig große Zahl maßgebender Persönlichkeiten, die die Politik des Königs mißbilligten, unter ihnen der ehrwürdige Carp, in Bukarest und unterstützten die Verwaltung Mackensens bei der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in nachdrücklichster Weise. Die deutsche Militärverwaltung hatte jedoch nur den kleineren südlichen Teil Rumäniens besetzt, während der größere nördliche und Beßarabien von unseren Feinden in Jassy verwaltet blieb. Bei Friedensschluß war es eine der ersten und wichtigsten Aufgaben, die beiden auseinander gewachsenen Teile, die doch erst durch die Arbeit König Karols vereinigt worden waren, wieder zusammenzuführen und unter ein den Mittemächten genehmes Ministerium zu zwingen.

Die Notwendigkeit ein solches Ministerium zu schaffen, hatte Kämpfe und Verhandlungen im Gefolge, an denen die Unterhändler nicht gut direkt beteiligt sein konnten. Als dann das neue Kabinett mit Marghiloman an der Spitze, zumeist aus Gegnern der Jassyer Regierung bestehend, die bei ihren Protesten gegen sie Vermögen und Leben riskiert hatten, ins Leben trat, hoffte es größeres Entgegenkommen seitens der Mittemächte zu finden, als dem Ministerium Averescu

entgegen gebracht wurde. Ob und in welchen Punkten ein Entgegenkommen tatsächlich stattgefunden hat, ist nach den bisherigen amtlichen und sonstigen Nachrichten nicht zu erkennen. Es hat den Anschein, als habe es sich schließlich in der Königsfrage möglich machen lassen, nachdem Ferdinand Marghiloman zum Ministerpräsidenten ernannt hatte. Jedenfalls sind unsre Unterhändler in den wirtschaftlichen Fragen fest geblieben und die Militärverwaltung wird wie bisher auch nach dem Friedensabschluß ein sehr weitgehendes Maß von Kontrolle in der Verwaltung und das Einspruchsrecht gegen Maßnahmen der rumänischen Regierung behalten. Auch ist für die militärische Besetzung Rumäniens ein Endtermin nicht vereinbart. Nachdem Marghiloman unter diesen Bedingungen die Kabinettsbildung am 21. März übernommen hatte, konnte am 25. März zur Paraphierung eines Teilvertrages geschritten werden, nämlich der Abmachungen über die politischen und rechtlichen Beziehungen Rumäniens zu den Verbündeten sowie der Grundzüge für den wirtschaftlich und militärisch so sehr bedeutungsvollen Petroleumvertrag. Am 29. März wurde dann dieser Petroleumvertrag und ein Wirtschaftsabkommen paraphiert.

Die Königsfrage

Es gehört nun einmal zu den Begleiterscheinungen politischer Entwicklungen, daß Freundschaften und Feindschaften wechseln und daß die Gegner von heute morgen als Spießgesellen über einen dritten herfallen, wenn es in ihrem Interesse zu liegen scheint. Aber die Geschichte lehrt auch, daß der entlarvte Verräter niemals straflos blieb oder daß er gar zu irgendwelchem Bunde mit jenen zugelassen wurde, an denen er Verrat geübt hatte. Bei dem Friedensschluß mit Rumänien scheint das Unerhörte dennoch Wahrheit zu werden. König Ferdinand von Rumänien ist nicht nur wieder verhandlungsfähig geworden, es ist ihm auch das Recht belassen ein Kabinett zu ernennen, dasjenige Marghilomans, das in seinem Namen den Frieden mit den Mittemächten schließen soll. Damit ist der von der überwiegenden Zahl seines Volkes verfluchte, der noch vor wenigen Wochen zwischen den gepackten Koffern an der Landesgrenze saß, um sich den Konsequenzen seines Handelns durch die Flucht zu entziehen, wieder automatisch zum Regierungsgeschäft gelangt, kann sich Freunde werben und im Lande Wurzel schlagen und Macht gewinnen. Und verfügt er erst über eine gewisse Macht, so bleibt der politischen Mitwelt nichts anders zu tun übrig, als diese Macht anzuerkennen und mit ihr zu paktieren! Es bedarf keines besonderen Hinweises darauf, daß es genug Interessenten unter unseren Gegnern nach dem Kriege geben wird, die ihren Vorteil darin sehen werden, die Macht Ferdinands zu stützen. Wenn die führenden Staatsmänner der Mittemächte dennoch den Entschluß gefaßt haben, mit dem Könige zu unterhandeln, wenn ihre erste und unwiderrufliche Bedingung des Friedensschlusses nicht war: Beseitigung der Dynastie Ferdinands, dann müssen sehr schwerwiegende Gründe mitgesprochen haben. Es lohnt, sie sich zu vergegenwärtigen und nachzuprüfen.

Ein Grund ließe es praktisch erscheinen, den Verrat des Königs einfach auf die Schultern seines verantwortlichen Ministers Bratianu und damit als innere Angelegenheit auf das Land abzuwälzen: der Wunsch, die formalen Schwierigkeiten, die dem Friedensschluß entgegenstehen, nach Möglichkeit zu vermindern. Ein weiterer, der uns genannt wird, daß die rumänische Armee für Ferdinand kämpfen würde, ist nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse nicht stichhaltig. Man vergegenwärtige sich nur die Lage: Nach dem Waffenstillstand mit Rußland hatten die russischen Truppen, die an der rumänischen Front und nördlich davon standen, ihre Stellungen geräumt, nachdem sie vorher schon alle Verteidigungseinrichtungen zerstört hatten. Zwischen Rumänien und dem Rußland der Maximalisten waren Konflikte ausgebrochen, die zur Verhaftung des Gesandten Diamant in Petersburg und zur Abführung von einem halben hundert rumänischer Politiker als Geiseln nach Odessa geführt hatten. Maximalisten-Banden plünderten rumänisches Gebiet und zerstörten die Vorräte der rumänischen Armeen. Um diesem

Treiben Einhalt zu gebieten, mußte in Beßarabien eingerückt und dies von den Russen gesäubert werden. Die rumänische Armee war dabei durchaus nicht unbedingt sicher; sie wurde nur durch die Offiziere der französischen Armee zusammengehalten. Als diese am 6. März nach Moskau abgereist waren, stellten die Mannschaften keine Truppe mehr dar, die für König Ferdinands Thron bereit gewesen wäre, zu bluten. Doch auch wenn sich die Rumänen hätten schlagen wollen, befanden sie sich in einer so verzweifelten strategischen Lage, daß sie, von drei Seiten umfaßt, nur hätten nach Rußland übertreten können oder sich vernichten lassen, um die Flucht des Königs zu decken. Gewiß hätte eine solche Abwicklung der rumänischen Frage uns gezwungen, das Land erst einmal zu erobern, den Frieden mit unsern alten Freunden in Bukarest zu schließen und dann mit diesem gemeinsam in durchaus vertrauensvollen Beziehungen den Staat innerlich wieder aufzubauen. Diese unsere Freunde wären dann freilich mit dem Friedensschluß und Gebietsverlust belastet worden und hätten entsprechende Feindschaften im eigenen Lande zu überwinden gehabt. Aber es wäre auch reiner Tisch gemacht worden und die verbündeten Monarchien wären offen vor aller Welt abgerückt von einem Schädling; moralische Faktoren von hohem politischen Wert wären gewonnen gewesen und hätten beigetragen zu einer schnelleren Heilung der schweren Wunden, die der Verrat Ferdinands den vertrauensvollen Beziehungen der Völker geschlagen hat. Eine solche gradlinige Politik war um so mehr geboten, als die Abmachungen aller Art, die wir mit den Rumänen zu treffen haben, Rumänien in eine enge, auf vertrauensvoller Zusammenarbeit beruhende Verbindung mit uns führen soll und dem Lande solchen Nutzen bringen, daß der Wunsch, von den Mittemächten unabhängig zu werden, nicht erst entsteht.

Der Wunsch, formale Schwierigkeiten zu beseitigen, die geeignet sind, den Friedensschluß zu verzögern, oder wie bei Serbien und Montenegro überhaupt zu verhindern, leuchtet natürlich ein. Die Frage ist nur, ob die Beschleunigung des Friedensschlusses, die tatsächlich auf dem von unseren Unterhändlern gewählten Wege möglich geworden ist, dem gebrachten Opfer gleichwertig ist. In Rumänien arbeitete schon während des Kriegszustandes die gesamte rumänische Verwaltung unter militärischer Führung. Um den Preis des Ferdinand ledig zu werden und bald zur Wahl eines anderen Königs schreiten zu können, hätten die Rumänen, wie sie es jetzt getan, sich die militärische Besetzung sicher solange gefallen lassen, bis alle Folgen des Krieges ausgeglichen und unsere Forderungen sicher gestellt wären.

Es hat auch den Anschein, als wenn den Unterhändlern der Mittemächte die hier besprochenen Gründe als Entschuldigung für ihre Taktik in der Königsfrage nicht ganz genügten. Wir haben in diesem Zusammenhange einen Hinweis gehört, der so klingt, als wenn auf den König Ferdinand Rücksicht genommen werden müsse, weil er ein Hohenzoller sei. Es mag dies eine ganz brauchbare Formel für die Diplomaten sein, um die Gründe ihrer Handlungen zu verschleiern. Ganz abgesehen davon, daß sie in unserer aufgeklärten Zeit, angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, die am rumänischen Königshofe in jeder Beziehung herrschten, doch recht gefährlich ist, würde ihre Anwendung zur notwendigen Folge haben, daß unsere Besatzungstruppen sich um des Königs Willen in die inneren Angelegenheiten Rumäniens einmischen, was doch angeblich gerade durch die Duldung Ferdinands auf dem Thron vermieden werden soll. Im übrigen ist jede Unterstützung Ferdinands gerade vom monarchischen Standpunkt aus zu verwerfen. Um gerade in diesem Punkte keine Verwirrung aufkommen zu lassen, ist es gut, die Meinung zu kennen, die führende Rumänen von der Haltung ihres Königs haben. Der frühere rumänische Gesandte am Berliner Hofe, Herr Dr. Beldiman, wehrte eine Verteidigung König Ferdinands in der Bukarester Zeitung „Lumina" unter anderem mit den Worten ab: „Im Namen des gesamten politischen Erbes unserer Nation müssen wir energisch gegen diese freche Entstellung der Wirklichkeit Einspruch erheben! In der tiefen Überzeugung, daß wir dieses Erbe vertreten, erklären wir, daß König Ferdinand, indem er sich dazu hergab, der Mit-

schuldige seiner Minister zu werden, an der Politik, die zum Verderben Rumäniens führte, weder als Rumäne, noch als Hohenzoller gehandelt hat .... Als Hohenzoller war König Ferdinand verpflichtet zu wissen, daß der Ruhm dieses Herrscherhauses allezeit darin bestand, im Laufe der Jahrhunderte unerschütterlich Hüter und Wahrer des Staates gewesen zu sein, dessen Steuer sie in fester Hand hielten. ... Dieser König hat ... an dem Tage tatsächlich abgedankt, als er alle seine Schwüre brach .... Weder Rumäne noch Hohenzoller! König Ferdinand und sein Haus haben keine Stätte mehr, weder in Rumänien noch in Deutschland ...“*)

Ausblick

Ein abschließendes Urteil über den Friedensvertrag mit Rumänien wird sich erst fällen lassen, wenn alle Wirtschaftsabkommen und die Einzelverträge mit den Bundesgenossen, sowie der Türkei und Bulgarien untereinander vorliegen. Dann werden wir auch prüfen können, ob der Verzicht auf eine Kriegsentschädigung sich mit den Opfern, die wir gebracht haben, verträgt und welche Stellung besonders Deutschland, von dem bisher recht wenig die Rede war, in den rumänischen Interessen einnehmen soll. Heute läßt sich noch nicht erkennen, ob die allgemeinen politischen Ziele, die in dauernden friedlichen Verhältnissen an der Donaumündung gipfeln, auf dem betretenen Wege erreicht werden können oder nicht. Könnten wir in dieser Richtung beruhigt sein, so kann auch die Frage nach einer Kriegsentschädigung an die zweite Stelle gerückt werden; bleiben dagegen die Aussichten unsicher, so würde der Mangel einer Kriegsentschädigung sich um so fühlbarer machen, je eher die Verhältnisse in Rumänien einen für uns unerfreulichen Charakter annehmen. Ganz allgemein betrachtet, sind die politischen Reibungsflächen an der unteren Donau dadurch geglättet, daß Rumänien nun tatsächlich aufhört, ein Balkanstaat zu sein, wozu es die russische Politik machen wollte, um den großbulgarischen Bestrebungen jederzeit eine Bremse anlegen zu können. Die Donau und ihr Mündungsdelta ist eine so breite Trennungslinie, daß nach menschlichem Ermessen Bulgarien einen Griff über sie hinweg nach Norden kaum je wagen kann. Wohl aber ist dafür die Gefahr entstanden, daß Bulgarien, gehoben durch die großen Erfolge seiner Politik, nunmehr Ansprüche stellt, die sich nicht immer werden mit den Interessen der Mittemächten in Einklang bringen lassen. Ob Rumänien den Verlust von Constanza wird verschmerzen können und sich mit den weiter nördlich gelegenen Schwarzmeerhäfen abfinden, ist eine Frage mehr wirtschaftlicher Natur. Jedenfalls sind seitens der Mittemächte alle Garantien gegeben, daß die Ausfuhr Rumäniens sich mit dem Wachsen seiner Erzeugung entwickelt. Die Donauschiffahrt wird dabei ein gewichtiger Faktor sein. Die Gebietsabtretungen an Ungarn, durch die Rumänen vor allem in seinem Holzreichtum getroffen wird, sind, abgesehen von dem, was schon weiter oben gesagt wurde, nach demselben Gesichtspunkte zu bemessen. Gelingt es Rumänien, sich nennenswerte Teile von Beßarabien anzugliedern, wobei die Mittemächte ihm behilflich sein wollen, so wäre jedenfalls eine breite Grundlage für eine glänzende wirtschaftliche Entwickelung geschaffen, auf der Rumänien sehr bald in die Reihe der reichsten Länder der Erde aufrücken könnte. Ob es sich dann in seinen Grenzen Genüge sein lassen wird, ist eine Frage, deren Konsequenzen unsere Söhne tragen mögen.

Die Vorbedingung hierfür wäre aber eine ruhige Entwicklung im Innern. Rumänien ist trotz der erfolgreichen Arbeit König Karols noch nicht aus dem alten historischen Gegensatz herausgewachsen, der zwischen Moldawanen und Wallachen besteht und den der Gesandte Freiherr von Richthofen in seinen Berichten an König Friedrich Wilhelm den Vierten geschildert hat.**) Diese alten, im Kriege wieder aufgelebten Gegensätze zu beseitigen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der

*) Deutsch im „Lokalanzeiger“, Nr. 107 vom 27. Februar 18.

**) Diese Berichte wurden von mir in den Jahren 1912/13 in den „Grenzboten“ veröffentlicht.

durch die Friedensverträge vorgesehenen militärischen Okkupation. Unter ihrem Schutz werden alle jene Reformen durchgeführt werden, die, wie die Agrarreform, die Änderung der Judengesetze, sowie soziale und kulturelle Maßnahmen von Carp und seiner Gefolgschaft längst angestrebt werden; eine großzügig zusammengefaßte Verwaltung, gute Schulen und unbestechliche Gerichte sollen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes dienen.

Unter allen diesen verheißungsvollen Ausblicken erweckt nur die Königsfrage schwere Sorgen. Die Kräfte im Lande, die allein befähigt erscheinen, Rumänien voranzubringen und auf die sich unsere Militärverwaltung bisher gestützt hat, stehen dem Könige Ferdinand und seiner Frau entschieden feindlich gegenüber. Noch sind sie nicht an der Macht, da ein Vertrauensmann des Königs Ministerpräsident ist und damit über den gesamten politischen Aufklärungsapparat verfügt. Ohne schwere innerpolitische Kämpfe wird die Königsfrage nicht zu lösen sein. Eines müssen wir uns dabei bewußt sein: solange Ferdinand König von Rumänien und die Königin Maria, Prinzessin von England, Nichte des Großfürsten Wladimir von Rußland, im Lande bleibt, ist an eine ungestörte Entwicklung kaum zu denken. Der Hof Ferdinands wird ständig der Herd von Intrigen inner- und außerpolitischer Natur bleiben und allen Feinden der Entwicklung Rumäniens die Handhaben zur Störung des Friedens geben. Darum haben auch jene recht, die meinen, daß zur Sicherung der geschlossenen und noch zu schließenden Verträge die Beseitigung Ferdinands vom Thron und der Ersatz seiner Dynastie durch ein anderes Fürstenhaus unbedingt erforderlich ist.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Die Polenfrage als Problem der Reichspolitik

Von Georg Cleinow

Durch das preußische Herrenhaus, sonst beherrscht vom kühlen Verstande, der in vornehmer Ruhe und Gelassenheit vorgetragen wird, zitterte neulich etwas wie verhaltene Leidenschaft. Eine mühsam gezähmte Unruhe klirrte in den Reden der hohen und höchsten Herren. Die Stimmung war hochgespannt und wenn die beiden Mitglieder der Versammlung, die den persönlichen Mittelpunkt der Aussprache bildeten, ohne daß ihr Name fiel, an Ort und Stelle gewesen wären, so hätte man wohl mit einer scharf zugespitzten Erörterung der Polenfrage rechnen können, wie sie auch im Hinblick auf die zahlreichen sehr tüchtigen Kenner des Stoffes im Herrenhause nicht leicht in einer anderen Gemeinschaft geboten worden wäre. Aber weder der Generalgouverneur „in" Warschau, noch der Kurator der Warschauer polnischen Universität waren zugegen, und es ist gute Sitte des Herrenhauses, abwesende Mitglieder nicht anzugreifen. Im allgemein-politischen Interesse ist es auch bei dem vorliegenden Anlaß durchaus zu begrüßen, daß es so und nicht anders gewesen ist. Die Schuld des einzelnen an einer unerfreulichen Entwicklung politischer Vorgänge bestimmen zu wollen, solange diese Entwicklung noch im Fluß ist, überschreitet in den meisten Fällen die Fähigkeiten der Zeitgenossen, und die sogenannte Öffentliche Meinung, die jedes Parlament beeinflußt, besagt doch nur, was sie wünscht oder nicht wünscht; nur unter ganz besonderen Verhältnissen könnte sie als berechtigte Richterin eine Schuldfrage für politische Persönlichkeiten sachlich entscheiden. Welches Maß von Schuld an der nachgerade zu einer brennenden Gefahr für das Reich ausgewachsenen Polenfrage die Exzellenzen von Beseler und Graf Hutten Czapski persönlich zu tragen haben, werden wir Lebenden kaum im vollen Umfange erfahren. Wenn die Stürme von heute längst vorübergerauscht sein werden und neue Bewegungen die politische Welt aufregen, dann wird es eine interessante Arbeit fleißiger Historiker und Archivare sein, die Schuldfragen unserer Zeit zu untersuchen und unseren Kindern zu beweisen, daß auch die besten Absichten der edelsten Menschen nicht genügen, um brennende Probleme ganz im Einklang mit den Interessen des Vaterlandes und den Wünschen der Zeitgenossen, denen sie ihre besten Kräfte weihen, zu lösen.

Die Polenfrage ist noch nicht in den Zustand zurückgefallen, der es uns ermöglichte, in ihr von Schuld und Sühne zu sprechen. Sie bedeutet Kampf. Das polnische Volk hat dem deutschen durch berufene und unberufene Vertreter den Krieg erklärt; wir haben daher zu entscheiden, ob wir die Kriegserklärung zum Ausgang einer unsere Sicherheit verbürgenden aktiven Politik machen wollen, oder ob wir gleich dem Löwen mit der Maus sie unbeachtet lassen, oder schließlich ob wir noch einmal versuchen, einen Ausgleich zwischen den polnischen Forderungen und unseren Interessen zu schaffen. Darüber tobt der Streit und auch der letzten Aussprache lag gerade die Erörterung dieser Fragen zugrunde.

Nach den im Herrenhause gehaltenen Reden kann festgestellt werden, daß die Rolle des Löwen gegenüber der Maus von unserer Seite, wie schon seit 1886, nicht mehr gespielt werden soll. Sie wäre auch ziemlich lächerlich, angesichts der Tatsache, daß die Polen in ihrer nationalen Gesamtheit keine unschuldige Maus sind. Sie fühlen sich wenigstens selbst als achtunggebietende Gegner. Um so schroffer stehen sich die Vertreter der beiden anderen Richtungen gegenüber. Die preußische Regierung hat sich auf den Ausgleichsstandpunkt gestellt, die überwältigende Mehrheit des Herrenhauses wünscht den Fehdehandschuh aufzuheben und dem polnischen Wollen das deutsche Muß entgegenzustellen.

Die Vertreter der Regierung und die Mitglieder des Herrenhauses redeten aneinander vorbei, da sie von zwei durchaus getrennten Standpunkten sprachen. Die preußischen Herren Minister behandelten die Polenfrage lediglich als eine preußische Angelegenheit und suchten ihre Haltung, formell durchaus korrekt, mit preußischen Argumenten zu erklären; die Redner des Herrenhauses dagegen versuchten zwar, sich auf dem preußischen Boden zu halten, aber ihre Gründe zur Sache schöpften sie doch aus der deutschen Reichspolitik. Prinz Ferdinand Radziwill hatte gar nicht so unrecht, wenn er am 10. April unter Hinweis auf diese Reden ausrief: „Man hat hier die ganze polnische Frage aufgerollt". Freilich, erschöpfend ist die Frage nicht behandelt worden, vor allen Dingen haben die Redner vermieden, auch die letzten Konsequenzen aus ihren Anschauungen, die auf dem Gebiet der Staats- und Reichsverfassungen liegen, zu ziehen. Solches hätte sicher den Einspruch des Präsidenten nach sich gezogen, weil Fragen berührt worden wären, die nicht der Zuständigkeit der Einzelstaaten unterliegen, sondern der des Reiches. Nun ist aber das polnische Problem heute längst nicht mehr eine ausschließlich preußische Angelegenheit, sondern eine Frage des Deutschtums, des Deutschen Reiches! Sie droht, besinnen wir uns nicht rechtzeitig auf die Abwehr, zu einem erstklassigen Problem der großen Politik zu werden, aus der sie das Einverständnis zwischen den drei Teilungsmächten Preußen, Österreich und Rußland bis vor dem Ausbruch des Weltkrieges entfernt hatte. Wie es dazu gekommen ist, braucht hier zunächst nicht erörtert zu werden, da die Tatsache als solche, nicht aber ihre Vorgeschichte uns zur Stellungnahme zwingt.

Die Polenfrage ist eine Reichsangelegenheit geworden, seit die Polen durch berufene und unberufene Organe haben erklären lassen, sie würden sich nicht eher zufrieden geben, bis alle drei Gebiete zu einem unabhängigen polnischen Staate vereinigt sein würden, seit also deutsches Reichsgebiet für den neuen Polenstaat in Anspruch genommen wird, während zu gleicher Zeit die preußische Regierung durch die in Preußen eingeleitete Verfassungsreform dem preußischen Staate die

Möglichkeit nimmt, die bedrohten Provinzen durch entsprechende Maßnahmen festzuhalten. Es ist nämlich durch die eingehenden Prüfungen aller mit der preußischen Wahlrechtsänderung zusammenhängenden Fragen festgestellt, daß sowohl die gleiche, wie die Verhältnis-Wahl eine Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses nach sich ziehen würde, mit der eine deutsch-nationale Politik in der Ostmark nicht mehr durchgeführt werden könnte. Die Zahl der sozialdemokratischen und polnischen Abgeordneten würde in jedem Falle derart anschwellen, daß sie zusammen und ergänzt durch Zentrumsleute und Freisinnige sicher die Mehrheit im Hause bilden. Das aber würde nicht nur zur Folge haben, daß keine Mehrheit mehr für die Fortsetzung der nationalen Ostmarkenpolitik vorhanden wäre, sondern daß die Polen auch in der Selbstverwaltung der Ostmark die Herrschaft erringen und die Deutschen daselbst kaum noch dulden, sondern auf das schärfste bedrohen und zurückdrängen würden. Wir würden unter Gefährdung der wirtschaftlichen Stellung der Deutschen und der Gemeinden einfach auf den Weg zum Nationalitätenstaat geschoben und zwar von vornherein unter Preisgabe aller Vorteile, mit denen wir in den Kampf eintreten könnten! Gegen einen Übergang zum Nationalitätenstaat wäre nichts einzuwenden, wenn er eine Verbesserung gegenüber dem Nationalstaat bedeutete und den politischen und wirtschaftlichen Einfluß des deutschen Volkes in der Welt zu heben imstande wäre. Es ist nicht die Form, gegen die wir Bedenken haben, sondern ihr praktischer Inhalt. Ich könnte mir vorstellen, in der Theorie natürlich nur, daß, ebenso wie die Konfessionen sich daran gewöhnt haben, in einem paritätischen Staate friedlich nebeneinander zu wohnen, auch die Nationalitäten zu einem sie vereinigenden Staatsgedanken gelangen könnten. Wie gesagt: in der Theorie! Aber, der preußische Landwirtschaftsminister, Herr von Eisenhardt-Rothe, sagt ganz recht: „leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen". In unserem Falle würde der Übergang zum Nationalitätenstaat nichts anderes bedeuten, als die Räumung einer günstigen Stellung zugunsten des polnischen Gegners, weil die Polen uns im Augenblick nach den furchtbaren Opfern, die der Weltkrieg unserem Volkstum auferlegt hat, volklich überlegen sind. Es handelt sich um eine momentane Überlegenheit, nicht um eine dauernde, sofern wir nur wollen. Jedenfalls brauchen wir vor den Polen die Segel nicht zu streichen, wenn die maßgebenden Regierungen nicht die Nerven verlieren. Was von deutscher Seite angestrebt und durchgesetzt werden muß, ist im Augenblick lediglich die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Deutschen und Polen. Gelingt uns dies nicht, so war unser glänzender militärischer Sieg über Rußland im wahrsten Sinne des Wortes ein Pyrrhussieg, denn es kommt doch schließlich auf dasselbe heraus, wenn wir nicht mehr im Lande sind, ob dann Russen oder Polen herrschen.

Nun beruht das Gleichgewicht zwischen zwei rivalisierenden Nationalitäten so verschiedener politischer Prägung und so gegensätzlicher Ziele, wie Deutsche und Polen es sind, auf unendlich vielen Faktoren des öffentlichen und privaten, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Es wäre darum verlorene Liebesmüh, irgend etwas an der Lage durch Teilreformen und Einzelmaßnahmen bessern zu wollen, so lange nicht eine gemeinsame Grundlage vorhanden ist, auf der die Interessen beider Nationalitäten sich treffen und zusammenwirken können. Die wohlmeinenden Maßnahmen der preußischen Regierung, die in Heft 9 besprochen wurden, haben

z. B. keinerlei Aussicht, in dem Verhältnis der Polen zu uns irgend etwas zu verbessern, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß die großpolnische Propaganda ein für allemal verstummt, d. h. solange noch außerhalb des Deutschen Reiches eine Anziehungskraft besteht, die die preußischen Polen vom deutschen Reichsgedanken ablenkt. Das Entgegenkommen von unserer Seite kann vorläufig nur zur Stärkung des Polentums beitragen, ohne es auf unsere Seite zu bringen, weil es sich im wesentlichen nur an die Kreise wendet, die sich auch unter den bisherigen Verhältnissen als loyal erwiesen haben, an die Landbevölkerung. Die Träger der großpolnischen Idee sitzen wo anders; das sind die Gebildeten und Halbgebildeten in den Städten, die entweder, wie die Kaufleute, Handwerker, Advokaten, Ärzte und andere von dem deutsch-polnischen Gegensatz direkten materiellen Nutzen ziehen oder die, wie Geistliche, Lehrer, Schriftsteller und Publizisten, bewußt den Bau eines Staates betreiben, in dem sie selbst herrschen und sich nicht von den Deutschen beherrschen lassen wollen. Das ist die klare Lage: eine Gleichgewichtsfrage, eine Machtfrage.

Rückhaltlos stimme ich dem preußischen Minister des Innern zu, wenn er versucht, die Polen als preußische Staatsbürger vor dem Gesetz gleich zu machen. Ausnahmegesetze gegen die Polen, die loyale Preußen sein wollen und können, kann ich nach den Erfahrungen, die ich mit ihnen in den heißesten Stunden, wo es um Sein oder Nichtsein ging, als Soldat gemacht habe, nicht billigen. Aber: „wer seinen Kindern gibt das Brot und dabei selber leidet Not, den schlage man mit einer Keulen tot," ist ein nur zu beherzigenswertes märkisches Leitwort. Unser Entgegenkommen auf der einen Seite, zwingt uns auf der andern um so größere Sicherungen anzubringen. Andernfalls würden wir lediglich die polnischen Preußen als Material für Großpolen zurechtmachen!

Wo liegen diese Sicherungen, da die geistigen Führer des polnischen Volks uns feindlich gesinnt sind? Doch nur in dem Maß an moralischer und materieller Kraft, die wir aufzubringen vermögen, um die polnische Entwicklung in unserm Interesse zu lenken! Gemessen wird die notwendige Kraft an dem Widerstande, den uns die wirklichen Führer des polnischen Volks, das sind die groß-polnisch-demokratischen Panslawisten, entgegensetzen. Den Widerstand zu brechen oder ihn verkümmern lassen, das ist die Aufgabe der deutschen Reichspolitik der Gesamtheit des Volkes gegenüber, wenn die preußische Politik den Polen in Preußen die Hand zum Frieden bieten soll.

Was der deutschen Reichspolitik bevorsteht, ist also der Kampf gegen die großpolnische Staatsidee.

* * *

Als gewissenhafter Publizist möchte ich indessen noch einer theoretisch denkbaren Möglichkeit Erwähnung tun, von der ich weiß, daß sowohl deutsche wie polnische Politiker, heute noch Generale ohne Soldaten, mit ihr spielen: die Vereinigung der polnischen Lande Preußens und Rußlands unter der Krone Hohenzollern, ähnlich wie Ungarn mit Österreich verbunden ist. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob dieser Gedanke schon so abgetan ist, daß er nicht doch wieder eine Auferstehung feiern könnte. Er hatte auf einer anderen territorialen Grundlage einmal praktischen Sinn. Unter der Voraussetzung, daß die Polen sich feierlich ein für allemal der Gedanken auf preußisches Gebiet entschlügen und

sich eine ganz unbedeutende Grenzkorrektur in der Thorner Ecke gefallen ließen, konnte der Gedanke erörtert werden, das polnische Volk in Litauen und Weißrußland zu entschädigen und ihm auf russischem Gebiet die Möglichkeit einer mit Mitteleuropa fest durch Deutschland und seinen Kaiser verknüpften Staatlichkeit zu geben. Die Polen haben selbst von einer solchen Lösung nichts wissen wollen. Über keines auch des uns wohlgesinntesten Polen Lippen ist je ein Wort des Verzichts auf Westpreußen, Posen und Oberschlesien gekommen. Im Gegenteil ist Fürst Drucki-Lubecki, der sich im Herrenhause als Preuße bezeichnete, sofort vom Dziennik Berlinski ein Verräter genannt worden. Wenn also gegenwärtig der Gedanke wieder auftaucht und vorsichtig propagiert wird, so wird von der betreffenden Seite einfach damit gerechnet, daß die Krone Preußens, um mit den Polen zur Verständigung zu kommen, auf Gebietsteile zugunsten des Deutschen Kaisers verzichtet.

Es genüge vorläufig, auf das Vorhandensein solcher Ideen hinzuweisen und daran die folgenden Fragen zu knüpfen: wie würde sich ein preußischer Landtag zu ihnen stellen, der von Sozialdemokraten und Polen beherrscht wäre? Laufen hier nicht die Wege zum Nationalitätenstaate zusammen?

Eine Verständigung mit den Polen ist ohne Preisgabe des Deutschtums in der Ostmark undenkbar. Kehren wir so geschwächt aus dem Weltkriege heim, daß wir die Feindschaft der Polen nicht mehr zu ertragen vermögen, dann werden wir auch den von den Polen geforderten Preis erlegen müssen. Lebt aber in uns auch nur noch ein Fünkchen Selbstvertrauen und Wille zum Leben, dann müssen wir den Kampf aufnehmen und schon jetzt dafür sorgen, daß wir ihn von einer Stellung aus führen können, die den Sieg nicht von vornherein ausschließt.

* * *

Es liegt auf der Hand, daß Preußen bei seiner Stellung im Reich nicht imstande, ist die politischen Grundlagen zu schaffen, die notwendig sind, um den aus dem Felde heimkehrenden Ostmärkern eine ungefährdete und unantastbare Heimat zu sichern. Der preußische Staat kann nur einen Teil der Aufgabe erfüllen und auch nur dann, wenn die Reichspolitik mit der Preußens sorgfältig Hand in Hand arbeitet. Wir können bisher von einer solchen Zusammenarbeit nicht viel erfreuliches entdecken; wir sehen nur ein Nachgeben und Ausweichen auf Kosten Preußens, ohne daß Sicherheiten von Reiches wegen erfolgten. Die Sicherung der Ostmark setzt ein ganzes System von Maßnahmen voraus, die teils vom preußischen Staate, teils vom Reich durchzuführen sind und von denen jede einzelne auch wirklich durchgeführt werden muß, wenn sie alle wirksam bleiben sollen. Diese Maßnahmen haben den Wiederaufbau der deutsch-russischen Beziehungen und die großpolitischen Ziele der Polen ebenso zu berücksichtigen wie die innerpreußischen Verhältnisse und die militärische Sicherheit des Reichs im Osten. Fühlen sich die Polen heute schon als Erben der Vormachtsstellung Rußlands unter den Slawen, wie es ein Aufsatz von J. Kalina in Kurjer Polski (Nr. 89 v. 3. April) andeutet, so haben wir daraus ebenso vorsichtig unsre Folgerungen zu ziehen, wie aus dem Streben des Regentschaftsrats gleich nach seiner Einsetzung mit unsern Feinden in Beziehungen zu treten. (Es wird an die bekannte Depesche an den Präsidenten Wilson gedacht.) Wir dürfen auch nicht außer Acht lassen, daß gegenwärtig in Polen ähnliche Zustände wie in Rußland nicht herrschen, lediglich, weil die

Ordnung von der deutschen Truppenmacht aufrecht erhalten wird und weil diese Truppenmacht es verhindert, daß der Volksliebling Pilsudski sein Unwesen im Lande treiben konnte.

Die weitere Entwicklung der Polenfrage ist von uns nur dann auf eine Bahn zu lenken, die uns Deutschland als Nationalstaat sichert, wenn:

1. im Osten eine Grenze geschaffen wird, die es jeder Koalition aussichtslos machte, Deutschland erfolgreich im Osten anzugreifen.

2. zur Sicherung und Ausgestaltung des deutsch-russischen Handelsverkehrs eine Landbrücke zwischen Deutschland und Moskau hergestellt wird — nördlich der Weichsel und der Bug — die den Bau eines direkten kürzesten Schienenweges von Posen über Bjalystok nach Baronowitschi ermöglichte, ohne andern als deutschen und russischen Boden zu berühren;

3. die Ostmark ein Wahlrecht und eine Provinzialverfassung erhält, die Deutsche und Polen zwänge, wirtschaftlich unter deutscher Führung zusammenzustehen; dabei wird gedacht an ein berufsständisches System, ähnlich dem, wie es Graf Stolberg empfohlen hat;

4. die Polen in Alt-Preußen und Neu-Preußen unter der Voraussetzung der Erfüllung von Punkt 3 von allen Ausnahmebestimmungen befreit würden und

5. die Polen im Weichselgebiet sich einen völlig selbständigen Staat einrichten könnten, bei möglichst sofortiger Herausnahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Besatzungstruppen. (Die deutsche Bevölkerung Neupolens wäre gegen polnische von Neu-Ostpreußen einzutauschen.)

Den Frieden mit der Gesamtheit der Polen brächte eine solche Politik zunächst nicht, wohl aber mit dem für uns wesentlichen Teil von ihnen. Aus Neupolen würden zahlreiche, besonders gebildete Polen nach Rußland und der Ukraine abwandern und dort, durch reichliche Gewinnmöglichkeiten im Bann gehalten, der Politik den Rücken kehren. In Neupolen selbst würde sehr bald ein konservativer Bauernstand die Grundlagen für ein neues polnisches Volk bilden, sich selbst genügsam und fleißig und keine ständige Gefahr für den Frieden seiner Nachbarn. Dies Ziel ist erstrebenswert und erreichbar. Ich mache mir zum Schluß einen Gedankengang des Grafen Yorck von Wartenburg zu eigen: Nicht durch Verzicht ist der Staat des Großen Friedrich und Bismarcks groß geworden, sondern durch Macht und Waffen. Einmal hat Preußen eine Verzicht- und Verständigungspolitik getrieben. Das war die Politik Friedrich Wilhelms des Dritten, die in kurzer Zeit nach Jena führte. Wir dürfen und wollen nicht Preußen auf den Weg zum Nationalitätenstaat bringen.

Die südslawische Frage in Österreich-Ungarn

Von Professor Dr. Robert Sieger

ezeichnen wir als Südslawen die Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren und die slawischen Mazedonier, so spaltet sich die südslawische Frage in zwei Probleme. Das eine ist die Abgrenzung zwischen Serben und Bulgaren und die Zugehörigkeit der Mazedonier. Ethnographisch und sprachlich haben wir es mit einer Kette von allmählichen Übergängen zu tun; aber die Geschichte und die Staatenbildungen haben ein serbisches und ein bulgarisches Nationalgefühl er-

wachsen lassen und die national noch nicht zu einem Sonderbewußtsein erwachten Mazedonier werden durch Schule, Kirche, politische Agitation von beiden Staaten und Nationen umworben, schließen sich dem einen oder anderen Teil an oder werden mit mehr oder minder sanfter Gewalt zu dem einen oder anderen gebracht oder schwanken endlich zwischen beiden je nach Lage und Stimmung. Österreich-Ungarns Stellung zu diesem Problem ist durch seine politischen Beziehungen bestimmt; wie früher für serbische, muß es heute für bulgarische Ansprüche eintreten, soweit diese nicht in seinen Lebensraum übergreifen. Das ist derzeit nicht der Fall, die Frage für die Monarchie also eine rein außenpolitische. Anders das zweite Problem: die politische Aufteilung der Serbokroaten und der den Kroaten eng verwandten Slowenen, also der Südslawen im engeren Sinne oder Jugoslawen. Es gehört, soweit die Staatlichkeit Serbiens und Montenegros in Frage steht, der äußeren Politik an. Aber es spielt sich zum großen Teil auf dem Boden der Monarchie ab, ist also auch ein innerpolitisches Problem. Nach einer besonders von der materialistischen Geschichtsauffassung vertretenen Anschauung ist nun die Innenpolitik eines Staates bestimmend für seine Außenpolitik. Zweifellos weisen insbesondere wirtschaftliche, aber auch nationale Gesichtspunkte in diese Richtung. Aber der Geograph wird nie übersehen können, daß die einem Staat durch Lage, Raum und organische Entwicklung vorgezeichnete Außenpolitik vielfach auch für seine innere Gestaltung maßgebend werden muß. Gerade Österreich-Ungarn hat oft nach den Zielen, die es außerhalb seiner Grenzen verfolgte, seine innere Orientierung vorgenommen, ja vornehmen müssen. Das zeigte ebensowohl seine frühere Politik als deutsche und italienische Macht, die es zur deutschen Färbung des Staatswesens und zum Kampf gegen die italienischen Einheitsbestrebungen brachte, wie seine spätere als Antipode Rußlands im Südosten und in Polen, die es zu einer Begünstigung der Slawen (denen es größere Freiheit gewährte, als das Zarentum) führte, und jene als Glied des Dreibundes, die es bis in Kleinigkeiten herab zur Rücksichtnahme auf seinen kleinen italienischen Volksrest und zur Schwäche gegenüber dem Irredentismus nötigte. Das zeigen auch die Bemühungen des Grafen Czernin, den bedrohlichen Formeln Wilsons und der internationalen Sozialdemokratie und Kriegsgegnerschaft vom Selbstbestimmungsrecht der Völker entgegenzukommen, die sich in der bedingungslosen Einberufung des Reichsrates, der Polonisierung im Cholmer Gebiet usw. äußerten und in ungewollter Konsequenz zu der Amnestie führten, ganz neuerlich die innerpolitischen Rückwirkungen des Friedensschlusses mit der Ukraine. Auch Rumänien und den Rumänen gegenüber können wir von einer Wechselwirkung der inneren und äußeren Politik sprechen und vollends in der Südslawenfrage tritt uns der gegenseitige Einfluß beider deutlich entgegen.

Die Südslawen im engeren Sinne wohnen geschlossen (nur randlich aufgelockert) in einem Gebiet von rund 200000 Quadratkilometern. Wenn wir, nicht ganz genau der faktischen nationalen Stellung entsprechend, als Unterscheidungsmerkmal zwischen den vielfach neben- und untereinander wohnenden Serben und Kroaten die Konfession und ohne Rücksicht auf die Dialektgrenze als solches zwischen Serben und Kroaten die Schriftsprache ansehen, ergeben sich folgende runde Zahlen für 1910: **Slowenen** in Steiermark 0,4, Kärnten 0,08, Krain 0,5, Küstenland 0,2, also in Österreich etwa 1¼ Million, dazu in Ungarn und Kroatien 0,1, im italienischen Friaul 0,04 Million; **Kroaten** in Kroatien 1,6, Ungarn 0,2, Bosnien und Herzegowina 0,4, Österreich 0,7 (und zwar Dalmatien 0,5, Istrien 0,2), zusammen etwa 3 Millionen; **Serben** in Südungarn 0,5, Kroatien 0,6, Bosnien und Herzegowina 0,8 Mill. orthodoxer und 0,6 mohammedanischer Konfession (die Moslem stehen allerdings politisch eher zu den Kroaten und meist ganz für sich), in Dalmatien 0,1, Montenegro 0,4, in Serbiens alten Grenzen 2,8 Millionen, zusammen, wenn wir die 1913 serbisch gewordenen und nicht bulgarisch orientierten Slawen in Mazedonien auf ½ bis 1 Million veranschlagen, 5½ bis 6½ Millionen, von denen über 2½ auf dem Boden der Monarchie wohnen. Die Gesamtzahl der drei Völker läßt sich also auf 10 bis 11 Millionen veranschlagen, wenn wir

mit Rücksicht auf die Kriegsverluste die Zählung von 1910 den späteren höheren Schätzungen vorziehen; aber auch die Zahl von etwa 12 bis 13 Millionen, welche sich aus den höchsten Schätzungen ergäbe und die durch Hinzurechnung der Nichtslawen im Gebiet noch etwas erhöht wird, übertrifft nur wenig die der Deutschösterreicher und der Magyaren (1910 je 10 Millionen), steht dagegen weit hinter jener, die für Österreich wie für Ungarn nach Ausscheidung der Südslawenländer übrig blieben (26 und 18½ Millionen); selbst ein noch weiter um Galizien und die Bukowina verkleinertes Österreich, das an Areal unter das Südslawengebiet herabsänke, hätte noch etwa 17 Millionen Einwohner. Das „Zehnmillionenvolk", das die Südslawen darstellen, lebt aber unter sehr verschiedenen politisch-nationalen Bedingungen. Es verteilt sich auf zwei „nationale Staaten", deren Zukunft noch ungewiß ist, auf Ungarn, das autonome Kroatien, das gemeinsame Verwaltungsgebiet und selbst, wenn wir das Küstenland als Einheit rechnen (was nur für die staatliche, nicht für die „autonome" Verwaltung und noch weniger für die Landesvertretungen zutrifft), auf 5 österreichische Kronländer, von denen Krain unter slowenischer, Dalmatien unter serbokroatischer Herrschaft steht, während im Küstenland erst beide Völker zusammen eine schwache Mehrheit und die Slowenen in Steiermark und Kärnten die Minderheit bilden. Der Wunsch nach einer einheitlicheren Gestaltung ihrer Verhältnisse ist also namentlich bei den Serbokroaten vorhanden und begreiflich.

Wie solche Mannigfaltigkeit der Niederschlag geschichtlicher Entwicklung ist, so haben auch die Einigungsbestrebungen je nach der Zeitlage ein verschiedenes Gesicht gezeigt. Solange Österreich die christkatholische Vormacht gegen die Türkei war, konnte sich nur ein großkroatischer Gedanke, den orthodoxen Serben gegenüber, als Angliederungs- und Katholisierungstendenz, äußern. Neben ihn trat mit der Entwicklung und Befreiung der Serben deren historische Tradition, und der großserbische Gedanke wurde von außen her in die Monarchie getragen; da das Großserbentum seinen Mittelpunkt in Belgrad und seiner nationalen Dynastie suchte, das Großkroatentum sich aber an die Habsburger anlehnte, bedeutete im Innern jenes einen Irredentismus, dieses aber gipfelte in dem Bestreben, die Kroatenländer (oder die unter kroatischer Führung stehenden jugoslawischen Länder) im Rahmen der Monarchie als selbständiges Ganze zusammenzufassen. Ursprünglich wird es als politischer Illyrismus bezeichnet, dessen Name an das napoleonische Königreich Illyrien und spätere amtliche österreichische Bezeichnungen (wie etwa österreichisch-illyrisches Küstenland) anknüpft; in dem dualistischen Reich, das 1867 gestaltet wurde, muß es als Trialismus auftreten. Als solcher wurde es gerade von österreichischen Zentralisten mehrfach gefördert, während die ablehnende Haltung der Ungarn einer etwas gemäßigteren Richtung die Wege ebnete; diese hofft, die Vereinigung der Länder nicht als drittes Glied im Reiche, sondern unter der ungarischen Oberherrschaft, als Erweiterung des „Subdualismus" von Kroatien auf die übrigen Gebiete, eher zu erreichen. Manche Großkroaten besorgen eine Schädigung ihrer nationalen und kirchlichen Sonderart von dem Zusammenschluß mit den an Zahl überlegenen und politisch aktiveren Serben und nicht alle Großserben fassen die Angliederung der Kroaten ins Auge. Aber von der Mehrzahl der Gebildeten hat der kulturelle Illyrismus Besitz ergriffen, der in den drei Völkern eine Nation sieht und die vom Volke unmittelbar empfundene Verschiedenheit in Sitten und Glauben, Geschichte und Überlieferung, Schrift und Kalender überwinden will. Je schwächer die Monarchie im Orient auftrat, desto mehr Boden fand der Illyrismus unter Kroaten und Slowenen, und desto entschiedener nahm er großserbische Färbung an. Die älteren kroatisch-trialistischen Programme, wie z. B. im Gegensatz zu der ungarnfreundlichen Richtung die alte Rechts- oder Starcevic-Partei 1893 eines aufstellte, machten dagegen an den Grenzen der Monarchie Halt, erhoben aber Anspruch auf die slowenischen und über sie hinaus auf italienische und deutschalpenländische Wohngebiete. Die Slowenen bezeichnete noch 1882 der berühmte slowenische Gelehrte Miklosich als ein Volk, das infolge seiner geringen Zahl, geographischen Lage und Geschichte

nicht alles zur Kultur Notwendige aus sich hervorbringen kann und daher zum Anschluß an ein anderes Volk gezwungen ist. War dies das deutsche, mit dem die slowenischen Bauern noch heute leicht zu einträchtigem Zusammenleben zu bringen sind, so suchte seither die Intelligenz und mit besonderem Eifer die Geistlichkeit im Sinne des Illyrismus, der die 1848er Forderung eines Königreichs Slowenien verdrängt hat, zunächst den engsten Anschluß an die Kroaten (trotz der verschiedenen Schriftsprache), bald aber an die großserbische oder wie man sie jetzt lieber nennt, die „jugoslawische" Idee. Mit dem künstlich genährten Deutschenhaß ging die Abkehr von der Monarchie Hand in Hand. Hemmungen, wie sie bei den Kroaten durch ihr historisch begründetes Sonderbewußtsein, bei den bosnischen Mohammedanern durch ihren Glauben und ihre bevorzugte gesellschaftliche Stellung wirksam sind, fehlten hier. Nur die dynastische Treue der Bauern fiel ins Gewicht. Das zeigte sich in der Kriegszeit. Im Ganzen haben sich aber die Südslawen, nicht bloß gegen Italien, gut geschlagen und deshalb warme Anwälte in der Armee, wie z. B. den Feldherrn Boroevic, der zur serbischen Nation gehört. Die Bekenner des Jugoslawismus sind durch die Annexion Bosniens (1908) und vollends durch den Kriegsverlauf gezwungen worden, die Macht Serbiens aus ihren Hoffnungen und Berechnungen immer mehr auszuschalten und sich entweder zur Entente und der internationalen Regelung der südslawischen Frage auf dem „Friedenskongreß" (den sie gleich unseren Feinden der endgültigen Lösung durch Sonderfrieden entgegenstellen) oder aber zur Monarchie zu bekennen. Durch den Anschluß ihrer Mehrheit gewann der Trialismus neue Kraft, aber auch radikalere Haltung und anspruchsvolleres Auftreten. Die Forderung des Friedenskongresses fand in seine Gedankengänge Zutritt. Zugleich eröffnete sich die Hoffnung auf freiwillige oder gezwungene Angliederung des eroberten Serbien und Montenegro an den südslawischen Gliedstaat der „Trias". Wir können also einen engeren, auf die serbokroatischen Teile der Monarchie beschränkten, einen weiteren, auf die Slowenen ausgedehnten und einen weitesten oder jugoslawischen Trialismus unterscheiden. Den weiteren verlangt, an den weitesten gedacht haben die südslawischen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats bei der Forderung ihrer Deklaration vom 30. Mai 1917 nach „Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Fremdherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper" unter der Habsburger Dynastie. In dieser Forderung und der Art, wie sie vertreten sind, zeigen sich sowie in dem analogen Vorgehen der Tschechen die Rückwirkungen der russischen Revolution und der Phrase von dem Selbstbestimmungsrecht, aber auch des Verhaltens, das Graf Czernin ihnen gegenüber bekundet hat. Als Vorstufe zu dem bezeichneten „Nationalstaat" verlangt man die administrative Sonderstellung der „slowenischen Gebiete" in Steiermark und Kärnten. Für sie wurde eine maßlose Agitation in Untersteiermark und Südkärnten entfesselt, mit recht bedenklichen Mitteln die vielfach analphabetische Landbevölkerung zu Massenbegehrschriften veranlaßt und damit die Deutschen, die in diesen Gebieten wichtige und anwachsende Sprachinseln haben, zur entschiedensten Abwehr gedrängt. Durch die Erklärung der Regierung, sie wolle die südslawische Frage regeln, und durch das Bekenntnis des Ministeriums und der Sozialdemokratie zur sogenannten „nationalen Autonomie" sind die Deutschen Innerösterreichs in um so heftigere Erregung gekommen, als die Slawen volle Gleichberechtigung besitzen und ihre Führer hier, sowie in Kroatien und dem ihrer Willkür schon länger ausgelieferten Krain, lediglich die Unterdrückung der Deutschen anstreben. Insbesondere der Volkstag in Graz (19. März 1918) hat dieser Erregung einen bei den geduldigen Deutschen doppelt schwer ins Gewicht fallenden stürmischen Ausdruck gegeben.

Da die Kundgebungen der Slawenführer zwischen den verschiedenen skizzierten Programmen vielfach schwanken und aus taktischen Gründen bald das eine, bald das andere, bald verschwommene Verschmelzungen verschiedener Formen hervorkehren, ist es nicht leicht, über die Anhängerschaft der oft nur als Maximal-

programm, dann wieder als unabweisliche Mindestforderungen bezeichneten Deklaration und der ihr gegenüberstehenden Forderungen klar zu sehen. In der Gegenwart stellt sich nach den Ermittlungen der südösterreichischen deutschen Volksräte die Sachlage folgendermaßen dar: für die Maideklaration haben sich die südslawischen Parteien Österreichs mit Ausnahme der kleinen sozialdemokratischen, also auch die ihre besondere Loyalität betonenden klerikalen Slowenen, die Starcevic-Partei in Kroatien, der Großteil der kroatischen Presse ausgesprochen; in der kroatischen Landtagsmehrheit machen sich verwandte Unterströmungen geltend. Die Frank- oder reine Rechtspartei, die den größeren Teil der alten Starcevic-Partei umfaßt und gleich der noch heute so genannten Gruppe stark im Volk wurzelt, der einflußreiche greise Erzbischof von Sarajevo, Stadler, und mit ihm ein großer Teil der bosnischen Katholiken sind von der Deklaration abgeschwenkt, verzichten mehr oder weniger ausgesprochen auf die Slowenen, verlangen aber für den autonomen Staatskörper auch den kroatischen Teil von Istrien. Die bosnischen Mohammedaner fordern für sich Autonomie im autonomen Bosnien oder Großkroatien, die früher zumeist irredentistischen Orthodoxen des gemeinsamen Verwaltungsgebietes lassen ihre Haltung nicht deutlich erkennen. Die Mehrheit des kroatischen Landtags, die „kroatisch-serbische Koalition", die man bis vor kurzem als die entschiedensten Vorkämpfer des Jugoslavismus ansehen mußte, erstreben dagegen die Verwirklichung ihrer Wünsche mit Hilfe Ungarns. Sie verlangen die Ausdehnung des „Subdualismus" über Bosnien und die Herzegowina und das österreichische, aber von Kroatien und Ungarn staatsrechtlich beanspruchte Dalmatien. Auf die Slowenenländer verzichten sie und wie es scheint, auch auf Istrien. Ungarn aller Parteien stehen diesen Bestrebungen freundlich gegenüber, auch die Regierung, welche der Werbung für die Deklaration in Kroatien neuerlich scharf entgegengetreten ist.

Eine Prüfung der geographischen Gründe für und wider den Trialismus, eine Würdigung der für Österreich und für die Deutschen dieses Staates maßgebenden staatlichen und nationalen Gesichtspunkte, unter denen der „Weg zur Adria" an erster Stelle zu nennen ist, muß ich einem späteren Aufsatz vorbehalten. Hier sei nur festgestellt, daß der Großteil der Deutschösterreicher den Trialismus, der die Häfen den Südslawen ausliefern und ihnen dadurch trotz ihrer geringen Zahl die beherrschende Stellung in der Monarchie verleihen würde, entschieden ablehnen, daß sie aber auch einen Verzicht Österreichs auf die Slowenenländer und Istrien zugunsten eines Subdualismus und eine territoriale oder auch personale „nationale Autonomie" in Südsteier und Kärnten durchaus verwerfen. Die Angliederung des Gemeinsamen Verwaltungsgebiets an Kroatien unter Ungarns Oberherrschaft ziehen sie dagegen in ernste Erwägung und ebenso — eine Gruppe von Politikern ausgenommen — auch jene Dalmatiens, in dem seit 1909 die kroatische Sprache fast ausschließliche Amtssprache ist. Auch eine Angliederung eventueller Annexionsgebiete an Kroatien kann in Betracht kommen. Aber sie stimmen solchen Veränderungen — auch wenn die von Slowenen bewohnten Gebiete und mit ihnen der Zugang zum Meere für Österreich gesichert und diese Landstriche mit den deutsch-österreichischen Ländern vereinigt bleiben (das ist die unumgängliche Voraussetzung) — nicht bedingungslos zu, sondern verlangen für den Machtzuwachs, den Ungarn und die Magyaren dadurch gewinnen müßten, Gegenleistungen zugunsten Österreichs und des Deutschtums. Es ist also eine Grundlage für Verständigungen geboten, und es wird von der Staatsklugheit der Magyaren und der Kroaten ebensowohl wie von jener der Deutschösterreicher und von der Einsicht der österreichischen Regierung abhängen, ob sie sich in einer Lösung der südslawischen Frage begegnen, welche ihnen allen Vorteil und keinem Einbuße bringt, die den Kulturvorposten Mitteleuropas im Südosten Sicherheit und freie Entfaltung, seinem Handel und seiner Politik freie Bahn in dieser Richtung gewährleistet, vor allem aber Ruhe und Ordnung schafft und mit der Zeit die widerstrebenden Radikalen befriedigt. Da eine falsche Lösung des Problems den mitteleuropäischen Mächten den Südostweg verriegeln kann und da Tschechen und

Jugoslawen geradezu mit solcher Sperre drohen, so ist diese „innere Angelegenheit der österreichisch-ungarischen Monarchie“ für das Deutsche Reich nicht gleichgültig und die (diesmal in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 19. März gebrachte) übliche Phrase von der „Nichteinmischung“ ihr gegenüber recht wenig am Platze.

Das neue Mecklenburg

Von Professor Dr. Conrad Bornhak

Die beiden Mecklenburg nehmen unter den deutschen Einzelstaaten eine ganz besondere Stellung ein. Nur hier hat sich auf dem alten Kolonialboden des deutschen Ostens ein slawisches, allerdings im Laufe der Jahrhunderte vollständig deutsch gewordenes Herrschergeschlecht behauptet, während die pommerschen Greife und die schlesischen Piasten schon im siebzehnten Jahrhundert ausstarben. Und hier allein hat sich jene ständische Landesverfassung erhalten, die einst im Zeitalter der Reformation allen deutschen Ländern eigen war und bisher allen Versuchen der Umwandlung in den neueren Konstitutionalismus trotzte. Schon auf dem Gymnasium waren wir daher in der Geschichtsstunde gewohnt, die Frage, wo sich diese oder jene ältere Einrichtung erhalten habe, blindlings mit „in Mecklenburg“ zu beantworten, es stimmte immer.

Es war eine Eigentümlichkeit des Patrimonialstaates, Land und Leute ganz nach privatrechtlichen Gesichtspunkten unter verschiedenen Söhnen eines verstorbenen Landesherren zu teilen. Menschenalter hindurch sahen manche landesherrliche Häuser ihre wesentliche Aufgabe darin, immer neue Linien zu bilden, von denen einige sich um das Gesamthaus ein besonderes Verdienst erwarben, indem sie bald wieder ausstarben. In Thüringen sind die Spuren dieser landesväterlichen Fürsorge vergangener Jahrhunderte noch heute besonders wirksam. Die hausgesetzliche Durchführung der Unteilbarkeit und Primogenitur gelang zum Teil erst sehr spät. So war denn auch Mecklenburg seit 1611 ziemlich gleichmäßig unter die beiden Linien von Schwerin und Güstrow geteilt. Als 1695 die Linie Güstrow und ziemlich gleichzeitig der Hauptast der älteren Linie Schwerin erlosch, wäre nun Gelegenheit gewesen, Land und Leute unter dem älteren Nebenaste von Schwerin wieder in eine Hand zu bringen. Doch das Haupt des jüngeren Nebenastes erhob als dem Grade nach näher verwandt Anspruch auf das Gebiet der Güstrower Linie. So kam es in dem Hamburger Vertrage vom 8. März 1701 zu einer neuen ungleichen Landesteilung, die wir noch heute unter dem Namen Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz kennen. Die Ansprüche des jüngeren Nebenastes wurden mit dem Stargarder Kreise und dem Fürstentume Ratzeburg abgefunden. Gleichzeitig führten beide neue Linien für die Zukunft Unteilbarkeit des Landes und Erstgeburtsrecht ein.

Gegenüber den Landesteilungen waren die Stände vielfach Wahrer der Landeseinheit, nicht vom Standpunkte des modernen Staates, der auch ihnen noch vollständig fern lag, sondern im Interesse der eigenen Macht, um als Körperschaft beisammenzubleiben. So blieben auch die mecklenburgischen Stände trotz der Landesteilung als einheitliche Körperschaft beisammen. Mancherlei Irrungen zwischen Landesherren und Ständen in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts fanden ihren Abschluß in dem landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche von 1755, der noch heute das wichtigste mecklenburgische Verfassungsgesetz bildet. Nur das Fürstentum Ratzeburg, ein säkularisiertes ehemaliges Bistum, war von dieser Verfassung ausgeschlossen und hatte eigene Stände, die nie zusammentraten. Als nun die Länder sich zu Staaten entwickelten, ergab sich beim Fortbestehen der altständischen Verfassung die einzigartige Erscheinung, daß zwei Staaten eine gemeinsame Landesvertretung besaßen, also verfassungsrechtlich gewissermaßen eine Einheit bildeten.

Versuche, diese Verfassung in den neueren Konstitutionalismus überzuleiten, sind bisher gescheitert. Im Jahre 1848 war man schon einmal so weit gelangt. Aber in der folgenden Reaktionszeit mußte infolge des Freienwalder Schiedsspruches die altständische Verfassung wieder hergestellt werden. Seitdem ist es bei vergeblichen Versuchen geblieben. In der Tat mußte eine konstitutionelle Verfassung mit zwei verschiedenen Staatsregierungen noch ungeheuerlicher wirken.

Da entzog ein trübes Geschick den Strelitzern ihren Landesherrn ohne Hinterlassung näherer Erben. Von der ganzen Strelitzer Linie ist nur noch ein entfernter Vetter des verstorbenen Großherzogs, der 1863 geborene Herzog Karl Michael, vorhanden, der aber auch unverheiratet und kinderlos ist. Doch er lebt als Sohn einer russischen Großfürstin von seiner Geburt an in Rußland, ist Deutschland vollständig entfremdet und hat sich beim Beginne des Weltkrieges am 25. Juli 1914 (alten Stils) sogar förmlich in den russischen Untertanenverband aufnehmen lassen.

Schon lange vor dem Kriege ist immer wieder die Forderung erhoben worden, daß bei den mannigfachen Beziehungen deutscher Herrscherhäuser zum Auslande Ausländer nicht mehr zu deutschen Fürstentronen zugelassen werden sollen. In Oldenburg hatte man schon vor dem Kriege nach dem Verzichte Kaiser Nikolaus des Zweiten für sich und sein Haus zugunsten der Linie Glücksburg diese 1905 berufen, in Sachsen-Koburg-Gotha sind 1917 wenigstens die Angehörigen der feindlichen Staaten samt Nachkommenschaft für die Zukunft ausgeschlossen. In Mecklenburg blieb die Forderung unerfüllt. Und so erleben wir denn das erbauliche Schauspiel, daß mitten unter den Stürmen des Weltkrieges ein russischer General zur Thronfolge im Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz berufen ist, wenn er nicht etwa selbst so taktvoll ist, zu verzichten. Daß er keine Nachkommen hat, wäre dabei noch das einzige Glück. Vorläufig war freilich der neue Landesherr nicht auffindbar, man wußte nicht, ob er in der Peter Pauls-Festung oder in Sibirien oder sonstwo war, so daß der Schweriner Vetter die Regentschaft übernehmen mußte. Nachläufig bliebe, wenn der Russe nicht verzichtet, nur die Möglichkeit, daß der Bundesrat, wie es einst im braunschweiger Falle geschehen ist, die tatsächliche Übernahme der Regierung als mit den Reichsinteressen unvereinbar erklärte. Daß wirklich ein russischer General die Regierung eines deutschen Einzelstaates übernimmt, wäre eine empörende Zumutung an das deutsche Volksempfinden.

Man sollte meinen, daß auch die Mecklenburger eines Sinnes und hocherfreut wären, wenn bei dieser Gelegenheit die Landesteilung verschwände. Doch aus Strelitz ertönten ganz andere Stimmen. Man wollte einen eigenen Landesherrn behalten, damit Neu-Strelitz Residenz bliebe. Wenn es der Russe nicht sein durfte, dann sollte der Schweriner Großherzog Strelitz wenigstens seinem zweiten Sohne geben, also gegen das seit 1701 eingeführte Erstgeburtsrecht rechtswidrig eine neue Landesteilung durchführen. Und für diese ungeheuerliche Forderung berief man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die nicht nach einem alten Hausvertrage gegen ihren Willen an einen fremden Staat kommen dürften. Nun kann es den Mecklenburg-Strelitzern nicht ganz gleichgültig sein, ob ihr Landesherr in Schwerin oder in Neu-Strelitz wohnt. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker spiegelt hier die Herzschmerzen der bisherigen Residenz wider und soll hier einmal den längst überwundenen Patrimonialstaat stützen.

Trotzdem werden sich die Schweriner und Strelitzer in absehbarer Zeit damit abfinden müssen, in einem Staatswesen als Mecklenburger vereinigt zu werden, was sie merkwürdigerweise schon sind. Sobald erst die Persönlichkeit des Herzogs Karl Michael erledigt ist, wird damit ganz von selbst ein deutscher Einzelstaat von der Bildfläche verschwinden und in einem größeren Gemeinwesen aufgehen.

Bei den beiden Schwarzburg ist man schon seit längerer Zeit bemüht, aus den durch Aussterben der Sondershäuser Linie wieder unter einem Fürsten vereinigten beiden Staaten einen Einheitsstaat zu bilden. Das ist natürlich mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, da im Wege der Verfassungsgesetzgebung jeder

der beiden Staaten seine besondere Verfassung durch eine gemeinsame zu ersetzen und das Sondervermögen beider Staaten in eine Einheit aufzulösen hat.

In Mecklenburg wird dieser Vorgang sich viel einfacher und gewissermaßen ganz von selbst vollziehen. Der Sonderbestand der beiden Staaten beruhte hier einzig und allein auf den beiden Landesherren mit ihrer Hofhaltung und den beiden Ministerien und Konsistorien. Die verfassungsrechtliche Einheit war hier, abgesehen von den schmollend bei Seite stehenden Ratzeburgern, schon in den gemeinsamen Ständen erhalten.

Der gemeinsame Großherzog gewährt zunächst an der Spitze die Staatseinheit. Schon bisher nannten sich die beiden Großherzoge nicht nach Schwerin und Strelitz, sondern führten beide denselben Titel. Es wird also in Zukunft nur noch einen Großherzog von Mecklenburg schlechthin geben. Für einen einzigen Großherzog ist natürlich nur noch eine einzige Hofhaltung erforderlich. Daß er zur Beschwichtigung der Strelitzer in Neu-Strelitz noch ein eigenes Hoftheater unterhält, dort weiter Hoflieferanten ernennt und beschäftigt, ist freilich nicht ausgeschlossen. Im Wege landesherrlicher Verordnung brauchen dann nur noch die beiden Ministerien vereinigt zu werden, sintemalen es eine ziemlich überflüssige Aufgabe und Ausgabe ist, für Strelitz ein eigenes Ministerium zu unterhalten, und die Staatseinheit ist fertig. Aus den beiden Staaten ist dann ein einziger geworden, und das Deutsche Reich zählt einen Bundesstaat weniger, ohne darum ärmer zu sein.

Denn die verfassungsrechtliche Einheit ist bereits in den gemeinsamen Landständen vorhanden. Daß die Ratzeburger vorläufig noch draußen stehen, hat die Staatseinheit von Mecklenburg-Strelitz nicht gestört und wird auch die des neuen Mecklenburg nicht beeinträchtigen.

Die finanzielle Verschmelzung, die bei den beiden Schwarzburg besondere Schwierigkeiten macht, ergibt sich bei den patrimonialen Verhältnissen Mecklenburgs ganz von selbst. Denn hier stehen sich noch in schroffer Trennung gegenüber das landesherrliche Kammergut, das als Privateigentum des Landesherren und seines Hauses gilt, und aus dem die Bedürfnisse der Hofhaltung wie der Landesverwaltung in erster Linie zu bestreiten sind, und andererseits ergänzend die von den Ständen bewilligten Steuern. Das Kammergut verschmilzt ganz von selbst zu einer Einheit, wenn beide Mecklenburg denselben Landesherrn haben, und die Steuerverfassung war bei der Gemeinsamkeit der Stände bisher schon einheitlich, man mußte nur künstlich die Bedürfnisse auf die beiden Staaten verteilen.

So wird sich denn in Mecklenburg die Verschmelzung von zwei Staaten zu einem ganz von selbst und ohne besondere verfassungsmäßige Anstrengungen vollziehen. Das ist die vorteilhafte Seite davon, daß es solange im patrimonialen Wesen verharrte.

Das Reich wird dabei nur in Mitleidenschaft gezogen, insofern die Verteilung der Bundesratsstimmen in Betracht kommt. Diese Frage ist von besonderer Wichtigkeit, weil sie nicht nur für Mecklenburg von Bedeutung ist, sondern auch für andere deutsche Staaten einen wichtigen Vorgang bildet.

Im alten Reiche waren bis 1583 die Stimmen an die Person des Landesherrn gebunden, niemand konnte auf dem Reichstage mehr als eine Stimme haben, und, wenn ein Landesherr Land und Leute unter seine sechs Söhne teilte, erhielt jeder von ihnen eine Stimme. Im Jahre 1583 vollzog sich die Verdinglichung der Reichstagsstimmen. Diese hafteten nunmehr auf dem Lande. Ein Landesherr, der mehrere Länder in seiner Hand vereinigte, führte auf dem Reichstage auch mehrere Stimmen und bei neuen Teilungen mußten die mehreren Landesherren sich mit einer Stimme begnügen. Daher kam es, daß das Haus Österreich, das früher zu großem Länderbesitze gelangt war, auf dem Reichstage weniger Stimmen hatte als das später emporgekommene Haus Brandenburg. Im alten deutschen Bunde waren zwar die Stimmen unter den einzelnen Staaten mit verschiedenen Stimmgewicht verteilt. Wenn ein Staat verschwand, wie eines der sächsischen Herzogtümer, zwei anhaltische, die beiden Fürstentümer

Hohenzollern und Hessen-Homburg, gingen aber auch ihre Bundestagsstimmen unter. Bei Begründung des Norddeutschen Bundes nahm man die Überlieferungen aus den letzten Zeiten des alten Reiches wieder auf. Denn indem man für die Bundesratsstimmen an die Stimmverteilung im Bundestage des alten Bundes anknüpfte, beanspruchte Preußen für sich auch die Stimmen der untergegangenen Staaten Hannover, Kurhessen, Holstein-Lauenburg, Nassau und Frankfurt a. M., worauf Artikel 6 der Reichsverfassung ausdrücklich vermeist, so daß es im ganzen 17 Stimmen erhielt.

Für den Fall der Vereinigung der beiden Schwarzburg ist die Verteilung der Bundesratsstimmen mehrfach erörtert worden und dabei immer hervorgehoben, daß selbst ein einheitliches Schwarzburg nicht mehr Stimmen haben könne, als etwa ein sächsisches Herzogtum oder gar Sachsen-Weimar. Allein die Bundesratsstimmen sind überhaupt nicht nach der Größe der Staaten verteilt, sonst müßte Preußen allein schon eine Zweidrittelmehrheit haben, womit die anderen Staaten vollständig an die Wand gedrückt würden. Die Stimmenverteilung beruht zum Teil auf geschichtlichen Voraussetzungen.

Im mecklenburgischen Falle bildeten beide Staaten an sich schon eine verfassungsrechtliche Einheit. Es liegt kein Anlaß vor, ihnen um deswillen, weil sie diese Einheit zu weiterer Vollendung führen, eine Stimme im Bundesrate zu entziehen. Überdies bilden die drei mecklenburgischen Stimmen keinerlei Bevorzugung gegenüber anderen Staaten. Denn beide Mecklenburg zusammen machen an Gebietsumfang mehr als das Doppelte des Großherzogtums Hessen aus und übertreffen sogar das Großherzogtum Baden, wenn sie auch an Bevölkerung hinter beiden zurückstehen. Die Bevölkerung ist nun vollends kein entscheidender Maßstab. Denn Hamburg hat beinahe so viele Einwohner wie Hessen. So werden denn voraussichtlich ohne weiteres die drei mecklenburgischen Stimmen dem neuen Einheitsstaate verbleiben, was allerdings auch für Schwarzburg und später für Reuß einen wichtigen Vorgang bildet.

Überhaupt wird das Reich bei der Vereinigung nicht weiter mitzuwirken haben. Allerdings zählt die Reichsverfassung in Art. 1 Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz unter den Bundesstaaten auf. Aber diese Aufzählung hat, wie die Überschrift „Bundesgebiet" ergibt, nur den Sinn, das Bundesgebiet zu bestimmen, und dieses wird durch Verschmelzung zweier Bundesstaaten nicht berührt. So hat sich 1876 auch die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit Preußen ohne Mitwirkung des Reiches vollzogen, obgleich die Reichsverfassung unter den Bundesstaaten Preußen mit Lauenburg besonders aufzuzählen hatte.

Der mecklenburgische Einheitsstaat wird aber vor allen Dingen auch die Verfassungsfrage ihrer Lösung entgegenführen.

Die äußere wie innere Schwierigkeit, die altständische Verfassung Mecklenburgs im Wege der Verständigung mit den Ständen in eine konstitutionelle überzuführen, wie es 1831 in Sachsen gelungen war, schien nun allerdings bisher nur in dem Widerstreben der bevorrechtigten Ritterschaft zu liegen. Das war aber nur eine äußerliche Betrachtung der politischen Lage. Die Ritterschaft konnte auf ihrem Standpunkte beharren, weil ihr keine einheitliche Regierung gegenüberstand, sondern sie es mit zwei Regierungen zu tun hatte. Und in der Tat wäre eine konstitutionelle Verfassung, die doch die Einheit des Staatsorganismus voraussetzt, mit zwei Staatsregierungen so etwas gewesen, das verzweifelt an das alte Problem der Quadratur des Kreises erinnerte. Der Übergang zum Konstitutionalismus mußte schließlich die Einheit des Vertretungskörpers, der sich glücklich über die Landesteilungen hinweggerettet hatte, sprengen. Deshalb ist es ein Glück, daß Mecklenburg nicht früher zum Konstitutionalismus gelangte, dieser hätte die spätere staatliche Vereinigung, die sich nun von selbst vollzieht, nur erschwert.

Erst mit dem Einheitsstaate ist auch die endliche Lösung der mecklenburgischen Verfassungsfrage angebahnt. Damit bricht aber überhaupt für Mecklenburg eine neue Zeit an.

Alles, was von den Errungenschaften des modernen Staates in Mecklenburg vorhanden ist, hat im wesentlichen das Reich gebracht. Dieses besitzt aber vor allen Dingen auf einem Gebiete keine Zuständigkeit, für ländliche Grundbesitzverhältnisse und innere Kolonisation. Unter der Herrschaft der Stände ist der Bauernstand verschwunden und zu einem ländlichen Arbeiterstande auf den großherzoglichen Domänen und den Rittergütern herabgedrückt worden. Schon Bünau im Staatslexikon von Rotteck und Walcker beklagt es, daß, als man 1820 endlich die Leibeigenschaft aufhob, man den Befreiten kein Eigentum mitgab. Erst in neuerer Zeit hat man angefangen, auf den großherzoglichen Domänen Erbpächter anzusiedeln. Mecklenburg mit seinem alleinherrschenden Großgrundbesitze ist daher eines der am dünnsten bevölkerten Länder Deutschlands. Hier bietet sich daher noch ein reiches Feld innerer Kolonisation durch Schaffung eines neuen Bauernstandes und zur Hebung der deutschen Landwirtschaft. Mit den alten Ständen und zwei Regierungen war an eine solche schöpferische Wirksamkeit nicht zu denken. Die erste Voraussetzung dazu ist die Staatseinheit mit konstitutioneller Verfassung.

So eröffnen sich mit dem Regierungswechsel in Mecklenburg-Strelitz für ganz Mecklenburg Aussichten auf eine neue glücklichere Zukunft. Demgegenüber müssen auch die Wünsche einer verlassenen Residenz schweigen, denn das Wohl des Ganzen steht höher als das seiner Teile. Und die Verschmelzung der beiden Mecklenburg zu einem Staate ist nicht nur ein mecklenburgisches, sondern ein gesamtdeutsches Interesse.

Das Nationalitätsproblem, die Proportionalwahl und die relative Selbstverwaltung

Von Professor Dr. phil. und med. Georg von Wendt

Das sogenannte innere Nationalitätsproblem tritt uns in zwei verschiedenen Haupttypen entgegen. Wir haben erstens den gemischten Typus, wo lediglich eine Schicht der Bevölkerung der Hauptrasse nicht angehört, aber diese durchsetzt, und zweitens den angegliederten Typus, wo verschiedene Rassen bzw. Nationalitäten in ein und demselben historisch oder geographisch zusammengehörenden Gebiete je einen Teil für sich behaupten und nebeneinander wohnen. Zwischen den beiden Haupttypen gibt es verschiedene Übergangsformen.

Sobald die Nationalitäten zum politischen Bewußtsein erwachen und die Verfassung eine Möglichkeit gibt, diesem einen Ausdruck zu geben, entstehen beinahe unmittelbar Rassenkonflikte, die um so schärfer werden, je mehr die Rassen voneinander abhängig sind, also je mehr Reibungsflächen vorhanden und je ausgedehnter diese sind.

Es ist ja einleuchtend, daß der gemischte Typus hinsichtlich der Konfliktsmöglichkeiten dem Staate die größten Schwierigkeiten bietet. Dieses ist um so mehr der Fall, als wir im gemischten Typus für gewöhnlich mit einer dem eigentlichen Volk fremden, herrschenden und grundbesitzenden Bevölkerungsschicht zu tun haben.

Vor einigen Jahrzehnten hätte man sich noch denken können, daß der gemischte Typus dadurch ausgeglichen werden könnte, daß die herrschende Rasse sich die Sprache der Mehrheitsrasse aneignete, wodurch eine Verschmelzung zustandegekommen wäre. Heute, da der Krieg mit seinen Schlagworten das nationale Gefühl so scharf zum Ausdruck gebracht hat, ist ein solcher Lösungsversuch aus-

geschlossen, wenn eine ruhige Zukunft gewonnen werden soll. Überdies handelt es sich in den meisten jetzt zu bereinigenden Fällen um Germanen als Minderheitsrasse, und es muß daher als eine Pflicht Deutschlands gelten, dem Germanentum, wo es der Unterdrückung durch nicht germanische Rassen ausgesetzt ist, stützend zur Seite zu stehen.

Es wurde jüngst von flämischer Seite betont, daß Deutschland früher mit der von den Wallonen unterdrückten flämischen Rasse wenig Mitgefühl gehabt habe. Von deutscher Seite wurde darauf erwidert: Deutschland sei ein friedenliebendes Land und konnte sich zur Friedenszeit eine Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Landes nicht erlauben. Jetzt lägen aber die Dinge anders: wo das Germanentum bedroht ist, könne es der deutschen Hilfe sicher sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß, wenn der Friede einmal da ist, es ebenso schwer wie vor dem Kriege sein wird, das in dieser Beziehung Unterlassene nachzuholen. Daher darf jetzt, da alles noch möglich ist, nichts versäumt werden. Dies gilt im höchsten Maße für die von den Russen befreiten Gebiete, wo in Kurland, Litauen, Livland und Estland die deutschsprechenden Balten und in Finnland die schwedischsprechende Germanenbevölkerung Finnlands wieder der Unterdrückung ausgesetzt werden könnten, sowie auch für Flandern, wo das ungeschützte flämische Volk wieder den Wallonen zum Opfer fallen dürfte.

Mit dem hier befürworteten Schutze des Germanentums ist durchaus nicht gemeint, daß den Germanen eine bevorzugte Stellung zukommen soll. Der Schutz soll nur bezwecken, einer Entrassung und ganz besonders einer gewaltsamen Entrassung durch die Mehrheitsrasse vorzubeugen. Die Baltenländer, Finnland und Flandern sind ja vom deutschen Schwert, durch Aufopferung von Germanen der Erdrosselung entrissen worden, daher ist es jetzt, da das Gerüst der neuen Staaten aufgebaut werden soll, nur Deutschlands Pflicht, darauf zu achten, daß die Stammesgenossen in diesen neuen Staaten erträgliche Lebensbedingungen erhalten.

Es wurde oben erwähnt, daß es um so schwerer ist die Reibung der verschiedenen Rassen zu beseitigen, je mehr diese voneinander abhängig sind. Je mehr nun die Rassenelemente die Möglichkeit erhalten, sich zusammenzuschließen, um so kleiner werden daher die Reibungsflächen.

Betrachten wir zuerst den gemischten Rassentypus, so kann ein politisches Zusammenwirken der Rassen nur dann durchgeführt werden, wenn die politische Wahl sich vom Wohnort unabhängig vollzieht, also keine Wahlkreiseinteilung besteht. In diesem Falle ist das Zusammenwirken möglich, aber nicht sichergestellt, weil eine vom Wohnort unabhängige Verhältniswahl einen Mehrheitsdruck in der Partei (der Rasse) nicht auszuschließen braucht. Nur wenn die verschiedenen Meinungen in der Rasse oder der Partei zur selben Zeit einen Ausdruck und zwar einen der Stärke entsprechenden Ausdruck finden können, ist das Zusammenwirken aller Rassenelemente einer Rasse möglich und gesichert.

Dieser Gedanke ist der Grundgedanke des politischen Wahlsystems Finnlands. Die verschiedenen Gruppen einer Rasse, einer Partei stellen ihre eigene Kandidatenliste auf. Ein jeder kann also für eine Liste stimmen, deren Kandidaten seinen Anschauungen entsprechen. Alle Listen, die derselben Rasse oder Partei zugehören, können als verbündet erklärt werden, die Summe der auf diesen Listen vereinigten Stimmen wirkt dann als Einheit in der Wahl. Proportional ihrer Stärke erhält eine jede solche Einheit ihre Anzahl Abgeordnete und die Kandidaten der einzelnen Listen werden dann im Verhältnis zur Stimmenzahl der Liste ernannt. Es hat sich während mehr als einem Jahrzehnt in Finnland gezeigt, daß auf diese Weise das Zusammenwirken der äußersten Linken und sehr konservativer Gruppen sehr gut gelingt.

Haben wir ein Land mit einem gemischten Rassentypus, so kann die Minoritätsrasse nur dann einigermaßen geschützt werden, wenn, wie gesagt, das ganze Land bei der Verhältniswahl einen einzigen Wahlkreis darstellt. Wird dieses durchgeführt und werden die sprachlichen Rechte hinsichtlich Erziehung, Bildung und auch im öffentlichen Verkehr in der Verfassung sichergestellt, so werden schwerere

Übergriffe der Mehrheitsrasse nicht möglich und die Rassenkämpfe werden, wenn auch nicht ausgeschaltet, so doch sehr abgeschwächt sein. Wirtschaftlich allerdings kann die Minderheitsrasse auch unter solchen Verhältnissen von der Mehrheit gedrückt werden. Das ist ein Übelstand, der leider in Ländern mit rein gemischtem Typus nicht beseitigt werden kann ohne eine Gesetzgebung, welche die Prinzipien des Rechtes vergewaltigen müßte und daher nicht möglich ist.

Sobald wir aber mit einem Lande zu tun haben, in dem der angegliederte Typus vorwiegt, wie dies z. B. in gewissen Gebieten der ehemalig russischen Ostseeprovinzen und in Finnland der Fall ist, müssen unbedingt Maßnahmen getroffen werden, die die wirtschaftliche Erdrückung der Minderheitsmasse ausschließen. Dieses ist, ohne das Recht in irgendeiner Weise zu verletzen, sehr wohl möglich. In dieser Beziehung bietet das Deutsche Reich selbst sowie auch die Schweiz gute Beispiele. Wie die Stämme und Gauen des Deutschen Reiches in den verschiedenen Bundesstaaten in manchen wirtschaftlichen Beziehungen ganz selbständig sind, ebenso die einzelnen Kantone der Schweiz, so können auch die von der Minderheitsrasse bewohnten Gebiete eine gewisse Selbstverwaltung in der Verfassung zugesichert erhalten. In diesem Falle erscheint es angezeigt, auch die Gebiete der Mehrheitsrasse in Verwaltungsbezirke mit ausgedehnter Selbstverwaltung zu teilen, um so mehr, wenn die Mehrheitsrasse, wie dieses nicht selten der Fall ist, verschiedenen Stämmen angehört.

Das Hervortreten der Rassengegensätze während des Krieges hat es unter anderem in der Schweiz mit sich gebracht, daß man ernstlich darauf bedacht ist, die zweisprachigen Kantone zu teilen, um einsprachige Selbstverwaltungsgebiete zu erhalten. Dieses beweist, daß, wo der angegliederte Typus vorliegt, die Rassenkonflikte durch Benutzung des Selbstverwaltungssystems beseitigt werden können. Die erwähnten Maßnahmen stützen sich auf langjährige Erfahrungen in der Schweiz.

Beim Aufbau der Verfassung der neuentstandenen Staaten kann sowohl die Verhältniswahl als auch das System der ausgedehnten Selbstverwaltung Verwendung finden. Es liegt in Deutschlands Hand, diese Maßnahmen den Verhältnissen entsprechend durchzuführen, und dies ist um so mehr angezeigt, als dadurch die Stammesgenossen geschützt werden und den Prinzipien des höchsten Rechtes Rechnung getragen wird.

Was jetzt in Flandern, in den Ostseeländern und in Finnland getan werden wird, hat eine nicht zu überschätzende Bedeutung für die gesamte germanische Kultur der Zukunft.

Der Kampf um das kommunale Wahlrecht

Entgegnung auf den Aufsatz in Nr. 10

Von Dr. Friedrich Reiche

Durch Amtsgeschäfte stark in Anspruch genommen, komme ich erst jetzt dazu, auf den Aufsatz Belows in Heft Nr. 10 der „Grenzboten" zu erwidern. In demselben unterzieht er meinen Aufsatz in Nr. 5 „Das allgemeine, gleiche Wahlrecht und die Kommunen" einer Kritik, die ich nicht unwidersprochen lassen kann.

Von vornherein muß ich zwei wesentlichen Behauptungen, die er aufstellt, mit Entschiedenheit entgegentreten. Gleich in der Einleitung bezeichnet er meinen Aufsatz als einen, der sich für die Einführung jenes Wahlrechtes

(d. h. des allgemeinen, gleichen) ausspricht. Im Gegenteil! Ich sage schon im ersten Satze „damit muß sich jeder abfinden", knüpfe daran die Ansicht, „die Konsequenz ist, daß es auch für die Kommunalwahlen maßgebend wird" und spreche im nächsten Satze von der „Gefahr einer völligen Demokratisierung der Kommunalverwaltungen". So drückt sich kein Verteidiger des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes aus. Nein, ich stehe auf dem Boden des Unabwendbaren, um von diesem Standpunkte aus die Frage zu beleuchten und Maßregeln zur Wahrung des Staatsinteresses vorzuschlagen. Gerade hierbei aber macht mir Below (S. 284) den Vorwurf, „Dr. Reiche scheint den Staat als in der Luft freischwebend, unbeeinflußt von realen Parteien und ihren Interessen anzusehen. Das Entscheidende liegt ja aber gerade darin, daß der ‚neu orientierte' Staat nichts weniger als unbeeinflußt von der Sozialdemokratie sein wird". Ich muß diesen Angriff als den Kernpunkt seiner Kritik ansehen. Der Staat aber, der hier gemeint ist, das ist die Exekutivgewalt, repräsentiert durch den König als ersten Diener des Staates und seine Organe, schwebt durchaus nicht frei in der Luft, sondern steht noch immer fest auf dem rocher de bronce, den Friedrich Wilhelm der Erste errichtet hat, der Begründer des preußischen Beamtentums: bedächtig, langsam, oft pedantisch, manchmal auch beschränkt, aber voll Fleißes, voller Redlichkeit und starren Pflichts- und Staatsgefühls. Und sobald wird sich das in Preußen nicht ändern, solange nicht, als es ein preußisches Königtum und einen preußischen Staat gibt. Gerade diese altpreußische Tradition bildet den festesten Damm gegen ein Überfluten demokratischen Einflusses, gegen eine Herrschaft des Parlaments.

Ich will nun auf die Einzelheiten der Kritik eingehen.

Die Steuererhebung hatte ich für eine rein technische Arbeit erklärt (S. 113), was Below bestreitet (S. 282). Rein technisch ist aber die Erhebung der Steuern ohne Zweifel. Etwas durchaus Verschiedenes ist die Finanzgebahrung der Städte, die Below dabei im Auge hat, die Festsetzung der Kommunalsteuern zur Bestreitung des Stadthaushaltes. Diese hat mit der Steuererhebung, wozu auch die Erhebung der Staatssteuern gehört, nichts zu tun.

Der Vorwurf, auch Fachmänner könnten nicht lediglich nach sachverständigem Ermessen handeln, sondern seien von der politischen Gewalt abhängig, die sie anstellt, trifft ebenso häufig die bisherige Kommunalverwaltung, mag sie nun konservativ, liberal oder klerikal sein, ohne daß sich bei dieser Abhängigkeit besonderer Schaden ergeben hätte. Warum sollte es bei sozialdemokratischer Stadtverwaltung grundsätzlich anders sein? Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit, die Below bei solcher Verwaltung befürchtet, sind auch bei der bisherigen Kommunalpolitik nicht vermieden worden.

Wenn Below mir dann weiter vorwirft, ich urteile über die Übelstände der kommunalen Klüngel zu hart, über ihre Beseitigung durch die Sozialdemokratie zu rosig, so muß ich demgegenüber nochmals betonen, daß allerdings zunächst reiner Tisch gemacht werden wird, wie dies ja auch stets der Fall bei neuen Besen ist, die gut kehren. Below übersieht aber, wie pessimistisch-resigniert ich mich am Ende dieses Absatzes (S. 114) ausdrückte. „Diese Verbeugung der Kommunalverwaltung vor dem Geldsacke wird aufhören, wenigstens eine Zeitlang, bis die neuen Herren alteingesessen geworden sind und ebenfalls der menschlichen Schwachheit ihren Tribut zollen".

Im Schulwesen, meint ferner Below, werde der Staat nach Einführung des Reichstagswahlrechtes von dem starken Einflusse der Sozialdemokratie nicht unabhängig bleiben, so daß er zögern würde, sozialdemokratischen Oberlehrern bezw. Direktoren die Bestätigung zu versagen. Ich glaube nicht, daß er sich davor scheuen wird nur auf die Gefahr hin, im Abgeordnetenhause arg mitgenommen zu werden. Wenigstens ist im Jahre 1899 der Kultusminister (Bosse) nicht vor dem Zentrum zurückgewichen, das damals recht viel zu sagen hatte, als er den Professor M., den die Stadt Patschkau zum Direktor gewählt hatte, nicht bestätigte, hauptsächlich aus dem Grunde, weil er katholischer Theologe (Religions-Oberlehrer) war.

Desgleichen ficht Below meine Ansicht an, die Kirche sei dem Einflusse des Patrons durch ihre Verfassung entzogen, indem er darauf hinweist, jeder Patron habe auf die Bestellung des Geistlichen Einfluß. Gewiß, sofern er ihn wählt. Ein sozialdemokratischer Patron könnte doch höchstens einen sehr liberalen Geistlichen küren; einen sozialdemokratischen gibt es naturgemäß nicht. Da aber jeder Geistliche, sei er orthodox oder liberal, selbstverständlich ein Gegner und Bekämpfer der Sozialdemokratie ist, so wird es dem sozialdemokratischen Patron ziemlich gleichgültig sein, wer Geistlicher wird, und Gemeindevertretung nebst Gemeindekirchenrat werden den Ausschlag geben; daß darin aber kaum Sozialdemokraten sitzen werden, habe ich schon in meinem Aufsatze ausgeführt.

In einem Falle muß ich aber einen Vorwurf als berechtigt anerkennen. Ich hatte die Ansicht vertreten, der Staat müsse die Ortspolizei den Städten nehmen, in denen man der herrschend gewordenen Sozialdemokratie die Polizei-Verwaltung, also die diskretionäre Ausübung der Staatshoheit, nicht anvertrauen könne. Ich gebe zu, daß diese Maßregel in jedem einzelnen Falle zu höchst unangenehmen Interpellationen im Abgeordnetenhause führen würde. Ich verbessere daher meinen Fehler durch den Vorschlag, überhaupt allgemein die Polizei von der Staatsverwaltung grundsätzlich zu trennen. Es könnte dabei nach den Maßnahmen verfahren werden, die ich schon in meinem anderen Aufsatze empfohlen hatte (S. 114). Dann würden dem Staate die vorhin angedeuteten Interpellationen erspart bleiben; er würde vom Parlamente in dieser Hinsicht unabhängig sein. Daß übrigens der Staat vor den ärgsten Angriffen des Parlaments nicht zurückgewichen ist, sondern mit Entschlossenheit und Zähigkeit seine Absichten durchgesetzt hat, beweist die Konfliktszeit, wo Anwürfe wie „Kainszeichen der Lüge auf der Stirn" dem Kriegsminister entgegenschallten.

Hinsichtlich der Polenpolitik kann ich aber Belows Vorwürfe nicht hinnehmen. Landrat und Distriktskommissar sind gewiß bei dem Zickzackkurse der Polenpolitik übel daran, aber der Staat, der bald milde, bald scharf gegen die Polen verfährt, kennt doch den polnischen Anmaßungen gegenüber eine gewisse Grenze und spricht dann ein „bis hierher und nicht weiter". Ob Landrat und Distriktskommissar genügende Stütze und Stärke gegen die polnischen deutsch- und vaterlandsfeindlichen Bestrebungen gewähren werden, wird sich zeigen. Mit dieser in meinem Aufsatze geäußerten Ansicht deute ich darauf hin, daß ich selbst der Zukunft der Ostmark mit einer gewissen Spannung, um nicht zu sagen, Besorgnis entgegensehe.

Über den Treueid denke ich doch anders als Below (S. 285). Es handelt sich nicht darum, „was die Regierung künftig noch verlangen und was sie durchgehen lassen würde", sondern um einen Eidschwur, an dem nicht zu deuteln und zu drehen ist, den eben ein Pole als Ehrenmann nicht ablegen kann; er würde ihn sehr bald in schwerste Amtskonflikte bringen, falls er seinem Polentum treu bleibt und dasselbe betätigen will, wie es von der polnischen Intelligenz geradezu gebieterisch verlangt wird. Gerade hierfür kann ich ein Beispiel aus meinem amtlichen Leben anführen. Ich hatte einen Schüler, vielleicht den besten, den ich je besaß, den Sohn eines polnischen Bauergutsbesitzers. Er beteuerte mir, er habe zu nichts größere Neigung, als zur Philologie und zum Schulamt. Ich setzte ihm auseinander, wolle er Oberlehrer werden, so müsse er vor allem ein guter, deutschgesinnter Reichsbürger und staatstreuer preußischer Beamter sein. Da schüttelte er den Kopf; das könne er niemals. Nicht lange darauf sah ich ihn in Kleriker-Tracht.

Below ist jedenfalls für tatkräftige Ostmarkenpolitik. Darin stimme ich mit ihm völlig überein. Wenn er aber fragt: „Warum sollen wir das Wahlrecht so ändern, daß den Polen in Provinz und Gemeinde das Übergewicht verschafft wird?" so glaube ich nicht, daß man nur der Ostmarkenpolitik halber auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht verzichten wird. Ebensowenig glaube ich, daß man für die Ostmark eine Ausnahme vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht machen wird, jetzt wo man das Ausnahmegesetz der Enteignung von Staats wegen preisgibt

Nein, man wird sich auch in der Ostmark mit jenem Wahlrecht für Staat und Kommune abfinden müssen, um so mehr aber an Polizei und Schule als Stützen der Staatshoheit festhalten.

Below erwähnt noch kurz die deutsche Bauernbesiedlung. Ich gehe hier nicht darauf ein, so sehr ich ihr eifriger Anhänger bin, weil dies aus dem Rahmen der Antikritik herausfallen würde, die sich auf eine Abwehr der Angriffe beschränken muß. Aus demselben Grunde äußere ich mich auch nicht zu den Vorschlägen, die Below für Änderung des Landtagswahlrechtes macht.

Parallelen äußerer und innerer Politik

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis, von dem man jüngst einen seltsam unpolitischen Sermon lesen konnte, erlebt in seiner Einschätzung der „Friedensresolution" vom 19. Juli eine Rehabilitierung als Politiker. Das seinerzeit berüchtigte: „so, wie ich sie auffasse" scheint jetzt zur stillschweigenden Klausel sämtlicher Parteien geworden zu sein. Es sind in der Tat „Schattierungen der Auffassung" vorhanden. Die Reverenz vor dem ehemaligen „Geßlerhut", wie Oberbürgermeister Körte im Herrenhause jene Erklärung nannte, hat an Respekt beträchtlich verloren oder wird zum mindesten sehr „individuell" ausgeführt.

Von seiten des Zentrums erklärte der Abg. Trimborn auf dem Kölner Delegiertentage der Partei ihre „völlig freie Hand" bei künftigen Friedensverhandlungen und die „Kölnische Volkszeitung" vom 9. April stimmt damit überein. Sogar „Organe" Erzbergers, wie das „Stuttgarter Deutsche Volksblatt", schreiben unter dem Motto „Gott strafe England" angesichts der Offensive: „England hat an die Entscheidung des Schwertes appelliert, nun gut, es hört sein Urteil". Da bekommt am Ende jener überschlaue Insulaner recht, der vor einiger Zeit den Vater der Verständigungsentschließung als einen höchst gefährlichen Intriganten im Dienste der Tirpitzschen Auslandspropaganda seinen Landsleuten abmalte!? Merke es dir, „Tägliche Rundschau"!

Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion hatte sich bekanntlich bei der Entscheidung über den deutsch-russischen Friedensvertrag der Stimme enthalten. Anläßlich der letzten Wilsonrede antwortet aber auch ihr Berliner Offiziosus, der „Vorwärts", hart auf hart: „Entweder es gelingt in absehbarer Zeit den Krieg mit militärischen Mitteln zum Abschluß zu bringen, oder die Zukunft liegt dunkel vor uns". Später erklärte das Blatt gegenüber angeblich „mangelhaftem Verständnis" von alldeutscher Seite, man wolle keine Eroberungen, „gerade ein siegreiches Deutschland" müsse „im eigensten Interesse einen Frieden der Verständigung und Versöhnung schließen". Die „einzige" Hoffnung auf diesen Frieden wird aber doch in einem „durchschlagenden Siege im Westen" erblickt, und das sind wesentlich andere Töne, als man sie von Herrn Scheidemann trotz nachträglicher Klarstellungen gehört hat.

Aber auch der dritte fehlt im neuen Bunde nicht. „Es scheint uns eine Zeit hereingebrochen zu sein, in der die kosmopolitisch-pazifistische, gefühlsselige, glaubensbeschwingte Menschheitsphantasie ... gegen den furchtbaren Ernst des Tages und der Stunde zurücktreten hat", so mahnt die „Breslauer Zeitung", das führende Fortschrittsblatt Schlesiens, die Parteigenossen. Und aus ernsten Erfahrungen während des Krieges stammt die Erkenntnis: „Wir würden es wie eine Art schlimmen Landesverrates betrachten, wenn man hier (nämlich an der schlesischen Grenze) nicht Sicherheit für die Zukunft ... schüfe".

Professor Troeltsch von der Berliner Universität, von dem die „Antivaterlandspartei", der Volksbund für Freiheit und Vaterland seinerzeit das Geleitwort ins politische Leben empfing, redet nunmehr in den „Münchener Neuesten Nachrichten" von „Verschiebungen der inneren Front"; die Verständigung könne nicht mehr nach den Grundsätzen der Papstnote und der Reichstagsresolution begründet werden. Der Gedanke an Entschädigungen und an Sicherungen werde unter gewissen Voraussetzungen „selbstverständlich". Die Stichworte Belfort und Briey fallen, werden also dadurch von jenem Odium befreit, mit dem die Verzichtspresse sie geflissentlich umgeben hatte.

Auf der Linken fragte man jüngst, ob nicht die konservative Partei als „Strangschläger" abzufertigen sei. Die Strangschlägerei scheint aber auch im anderen Lager recht verbreitet, und an dem erregten Gebahren des „Berliner Tageblattes" anläßlich der Besprechung des Troeltsch'schen Artikels sowie über die Haltung des fortschrittlichen Abg. Dr. Müller-Meiningen, der sich „zum Annexionismus bekannt" habe, läßt sich ermessen, wie schwer es hält, das Mehrheitsgespann in der gewünschten Richtung zu lenken. Und die Absagen fortschrittlicher Abgeordneter an den bisherigen Kurs wachsen ständig an Zahl!

Woher dieser Wandel der Anschauungen? „Look at the frontier", blick' nach der Grenze, möchte man mit dem Engländer Seeley sagen, der so den Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik begründen will.*) Es ist der Sturmwind der großen Entscheidung, der von den Schlachtfeldern Nordfrankreichs daherbraust und auch den Daheimgebliebenen in neuer Lebensbejahung die Wangen rötet. Der Stand des politischen Zimmerthermometers bleibt eben trotz aller künstlichen Heizung abhängig von der Außentemperatur.

Die Wechselwirkung ist aber noch von anderer Art. Walther Rathenau in seinen stets anregenden, wiewohl nicht ohne Vorsicht aufzunehmenden Gedanken „Von kommenden Dingen" meint gelegentlich: „Das stärkste Argument für das Bestehende ist der Erfolg. Brächte der gegenwärtige Krieg den raschen Erfolg eines vollwertigen Sieges, so wäre die Verwirklichung des deutschen Volksstaates nicht beschleunigt. Und dennoch gibt es keinen Deutschen, der Volk und Heimat liebt, und der nicht tausendmal lieber die verschärfte Reaktion von 1815 ertrüge, als den kleinsten Abbruch der nationalen Macht und Ehre."

Man braucht unser Vaterland nicht auf eine Stufe zu stellen mit jenen Staaten, wo die Regierung durch Prestigekriege den Blick des Volkes von den Mißständen im Inneren ablenkt, um die Wahrheit des Satzes zu erkennen, daß eine Bewährung in kriegerischer Not das Vertrauen auf die eigenen Einrichtungen stärken muß. Und nun gar in diesem furchtbarsten aller Existenzkämpfe! Ebenso klar ist, daß Krisenzustände der äußeren Lage neben der allgemeinen Lähmung, aus der z. B. bei uns die schwächliche Julientschließung geboren wurde**), alle Geister der Unzufriedenheit auf den Plan rufen.

Man hat bei der ersten Kommissionsabstimmung über die Wahlrechtsvorlage den Konservativen Baisse-Spekulation vorgeworfen. Aber spekulierten weite Kreise der Reichstagsmehrheit nicht à la baisse des deutschen Schwertes, wenn sie in trüber Zeit den Ruf nach Machtverstärkung des Parlaments erhoben!? Das sollte von dieser Seite doch nicht als Verdächtigung entrüstet abgelehnt werden.

---

*) Vgl. „Grenzboten" Nr. 41 (1917) S. 52. (Meisner, „Über den Zusammenhang von innerer und äußerer Politik".)

**) Das stellt Wolfgang Heine im „Tageblatt" (14. April) als falsche Behauptung der Vaterlandspartei energisch in Abrede. Aber seine eigene Ansicht, die Mehrheitspolitik sei (auch am 19. Juli) „auf das Bewußtsein der deutschen Stärke begründet gewesen", steht doch in unversöhnlichem Widerspruch mit allen Nachrichten, die allmählich über die Situation im vergangenen Frühjahr und Sommer durchsickern. Man vergleiche, was vor einiger Zeit Thimme, also für Heine wohl ein unverdächtiger Zeuge, in den Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung darüber gesagt hat, und neuestens die vom Grafen Reventlow und Georg Bernhard übereinstimmend veröffentlichten Beziehungen Erzbergers nach Wien, die für den Reichstagsbeschluß vom Juli mit entscheidend gewesen sind.

Wir wollen gern zugeben, daß man umgekehrt an einen günstigen Fortschritt der militärischen Aktionen auch ganz bestimmte innerpolitische Hoffnungen knüpfte, die jene Entrüsteten ohne weiteres als Reaktion verschreien. Sei's darum, dann aber Gerechtigkeit auf beiden Seiten, meine Herren!

Vor einigen Wochen schrieb ein Spanier daheim: „Uns scheint es, daß die, die die Stimme am lautesten nach dem parlamentarischen Regime erheben, unter dem Einfluß einer augenblicklichen Suggestion, die von außen aus den feindlichen Ländern gekommen ist, handeln. ..... Aber .. der größte Teil derer, die eine vollkommene Demokratisierung und als deren Garantie das parlamentarische Regime verlangen, scheint nicht sehr überzeugt zu sein von der Notwendigkeit des Verlangten. .... Und das daher, weil alle Deutschen im Grunde darüber einig sind, daß die Regierungsform, die sie aufwärts führte und während der Friedenszeit groß und für den Krieg unbesiegbar machte, gut ist und gut bleiben wird, solange sich nicht das Gegenteil ausweist. Es steht fest, daß von dem Ausgange dieses Krieges zum großen Teil der Kurs abhängen muß, den die neuen politischen Tendenzen in Deutschland einschlagen werden."

Wir sind hinsichtlich der Anhänger parlamentarischer Regierungsweise bei uns nicht so optimistisch wie der neutrale Beobachter, aber das eine ist sicher, in Zeiten gesteigerten Kraftgefühls erliegt der Organismus von außen kommenden Suggestionen schwerer, und (mit Rathenau zu reden) „das stärkste Argument für das Bestehende ist der Erfolg."

So wirken die Ereignisse der äußeren auf die innere Front. Die Resolution vom 19. Juli ist heute für viele, die sie einst unterschrieben, nur noch ein „chiffon de papier"; als „innerpolitisches Interessengeschäft", wie der Außenseiter Martin Spahn die Reichstagsmehrheit nennt, floriert sie noch, trotzdem von je auch hier „Schattierungen" unter den Teilhabern bestehen. Wir haben das an dieser Stelle wiederholt bemerkt und erinnern diesmal nur an die jüngsten Ausführungen der „Germania" (Nr. 161) über das parlamentarische Enqueterecht (anläßlich des Falles Lichnowsky), deren schroff abweisender Ton in der Jerusalemer- und Lindenstraße wenig Entzücken erregt haben wird.

Die Haltung des Blattes ist, nebenbei gesagt, merkwürdig genug, da die Erzbergersche Richtung des Zentrums (und deren Sprachrohr ist und bleibt die „Germania") bewußt auf eine Machtvermehrung des Parlaments hinarbeitet und in diesem Sinne soeben (Nr. 169) empfindlich das Polen-Rendezvous der Reichstagsmehrheit gegenüber dem Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe verteidigt.

In der nun wieder auf der Tagesordnung stehenden Frage der Wahlreform dürfte das Zentrum noch eine Rolle spielen, die man für gewöhnlich neben den nationalliberalen (und freikonservativen) Akteuren übersieht, weil sich ihr Vertreter zunächst im Hintergrunde der Ereignisse hält. Schon das Verhältnis zwischen Partei und Landtagsfraktion war hier ein anderes als bei den Nationalliberalen. Erstere vermied sichtlich jedes Hineinreden, weil „die Entscheidung und Verantwortung für die preußische Wahlreform lediglich bei den preußischen gesetzgebenden Faktoren liege" (Abg. Trimborn im Reichstage). Diese preußischen Kommissionsmitglieder nun ihrerseits waren in der taktisch günstigen Lage, sich nicht für oder gegen das gleiche Wahlrecht formell festlegen zu brauchen, da ja in der ersten Lesung nur über den konservativen Pluralantrag abgestimmt worden ist (worauf wir bereits am 1. März hinwiesen). Bei der zweiten Lesung ist ja die Partei insofern aus dem ungewissen Dunkel ihrer Haltung herausgetreten, als sie sich für Wiederherstellung des § 3 in der Fassung der Regierungsvorlage entschieden hat. Damit dürfte aber noch keineswegs ein bindendes Präzedens für die Plenardebatte geschaffen sein. Da und solange es feststeht, daß der Widerspruch eines Teiles der Nationalliberalen genügt, das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, kann sich das Zentrum den Luxus „populärer" Abstimmung leisten, hat doch die Partei als solche von dem Glanze die angenehmsten Vorteile. Ob das allerdings so bleibt, wenn die Majorität gegen die Regierungsvorlage zweifelhaft wird, möchten wir ohne prophezeien zu wollen, dahingestellt sein lassen. Tatsache ist

doch, daß im Schoße der Partei alles andere als Einigkeit herrscht, und daß die feudal-agrarischen Elemente sowie die Geistlichkeit schwerlich mit Mathias Erzberger durch dick und dünn gehen werden. „Die Zentrumspartei als Ganzes kann sich nur als Partei der Mitte mit vorsichtiger, aber zuverlässiger Pflege ihrer alten Beziehungen zur Rechten lebensfähig erhalten", schrieb kürzlich der jüngere Spahn. Die Zeiten des schwarz-blauen Blocks sind noch nicht vergessen! Das offenbart sich sogar ganz deutlich bei dem im übrigen gegen Spahn polemisierenden Abgeordneten Jaeger (Germania Nr. 172, 173). Heute kommt aber auch noch das Bündnis mit den Nationalliberalen in Frage. Mit Recht wird von einer „Tragödie der Irrungen" bei den zwei Mittelparteien gesprochen. Hier wie dort „leidet man unter der taktischen Unmöglichkeit, wirklich das zu sagen, was ist, die Nationalliberalen noch mehr als das Zentrum, weil sie eben unter den Druck der Agitation im eigenen Lager gestellt sind. Diese Situation hat bei der gegenseitigen Abhängigkeit dahin geführt, daß abwechselnd ein Schritt nach dem andern auf der schiefen Ebene abwärts geschah. Sie könnte ebensogut zur umgekehrten Erscheinung führen, sobald von einer Seite dazu entschlossen der Anfang gemacht würde. Einem Schritt des einen Teiles rückwärts vom Abgrund müßte der andere Teil ebenfalls folgen und würde es mit einem Gefühl der Erleichterung tun." („Rote Tag" vom 2. April.)

Wie dem sein mag, der Kampf um die Wahlreform — auch darin liegt eine Parallele zwischen innerer und äußerer Politik — befindet sich jetzt in jenem Stadium, wo eine Verständigung unter den Parteien aussichtslos geworden ist, es handelt sich lediglich um die Probe der Macht. Darum dauerte auch die erneute Lesung nicht volle zwei Stunden. „Jeder sagte sich, so bemerkt mit Recht der „Vorwärts", „daß das Reden keinen Zweck mehr hat, denn daran, daß man sich gegenseitig überzeugen könnte, war nicht zu denken." Aber eben weil die „Überzeugungen" auf beiden Seiten festgelegt sind, sollte das Blatt der sozialdemokratischen Mehrheit sie auch beim Gegner gelten lassen und bei diesem nicht von „dreister Herausforderung" oder — in plumpester Agitationsmanier — von „Hohn und Betrug einem ganzen Volke gegenüber" reden.

Es wäre viel gewonnen, wenn unsere Politiker sich die Fähigkeit aneigneten, den gegnerischen Standpunkt objektiver zu begreifen und nicht immer gleich persönliche Zwecke zu wittern. Gar zu leicht springt dieser Pfeil auf den Schützen zurück. Findet sich z. B. doch in demselben „Vorwärts"-Artikel die unvorsichtige Behauptung, die wenigen Änderungen, die die Vorlage gegenüber den Beschlüssen erster Lesung erfahren habe, seien teils „Verschlechterungen", teils „völlig belanglos". Natürlich spießt die „Kreuzzeitung" sofort den fetten Bissen auf, indem sie an die besondere Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer, was Wohnsitzklausel und Zusatzstimmen betrifft, erinnert. Und so geht die leere Polemik in Replik und Duplik auf Kosten des Sachlichen endlos weiter.

Auch noch ein anderes würde die so oft beklagte Schroffheit unserer deutschen Parteigegensätze mildern. Wenn man nämlich Sinnesänderungen innerhalb des gegnerischen Lagers nicht immer gleich als vereinzelte Fälle abtun und höhnisch als „Bekehrungen" brandmarken wollte, wodurch die Betreffenden vor den Kopf gestoßen und die Brücken leichterer Verständigung schon im Bau wieder abgebrochen werden.

Ein Beispiel dafür von rechts, denn auch hier ist man nicht ohne Schuld und Fehler. Die im Verlage für Sozialwissenschaft erscheinende, von Parvus herausgegebene Zeitschrift: „Die Glocke" enthält bei aller Parteilichkeit der Anschauungen eine Fülle von Beiträgen sozialdemokratischer Schriftsteller, deren Geistesrichtung man im Interesse einer Gewinnung der größten deutschen Partei für den Staat nur aufs allerherzlichste begrüßen sollte. Was hier Männer wie Heilmann, Winnig, Lensch und andere über innere und äußere Politik schreiben, läßt höchste Zukunftshoffnungen keimen. Wie aber stellt sich unsere konservative Presse dazu? Die Botschaft hört sie wohl, allein der Glaube fehlt ihr, weil es ja doch nur „Stimmen von Predigern in der Wüste" seien („Tag" vom 5. April, „Kreuzzeitung"

vom 9. April). Soll denn aber eine Millionenpartei, die vor noch nicht langer Zeit außerhalb des Staates nicht nur stand, sondern auch gestellt wurde, von heute auf morgen ihre Ansprüche verleugnen? Müssen nicht auch hier Individualitäten und kleine Gruppen als Pioniere vorangehen, auf daß die große, breite Masse folgen kann? Und ist es nicht schon etwas Außerordentliches, wenn ein Mann wie Paul Lensch, ehedem Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung", also der Radikalsten einer, sich zu Anschauungen hindurchringt, wie sie uns in seinen Büchern über die Sozialdemokratie und „Drei Jahre Weltrevolution" entgegentreten? Seichten Spott über den zum Saulus gewordenen Paulus kann unsere konservative Presse ruhig dem „Johannes Fischart" in Jakobsohns „Weltbühne" überlassen, der sich den Namen jenes „gewaltigsten Publizisten nach Luther" so anspruchsvoll und so grundlos beilegt. Denn für sie soll doch der Gang nach Damaskus immer noch seine alte ernste Bedeutung im Sinne einer wirklichen „Metanoia", das ist Sinnesänderung aus innerer Not, besitzen! ✠

Neue Bücher

Suchier, Dr. Walther (Regierungsarzt), „Deutsch-Südwest im Weltkrieg". Kriegseindrücke aus den Jahren 1914/15. Mit einer Übersichtskarte. Verlag von E. S. Mittler u. Sohn. Berlin 1918. Preis 3 M.

In den letzten Jahren ist eine Reihe kleiner Bücher veröffentlicht worden, die denkwürdige Episoden des Krieges schildern und von jedem Deutschen gelesen werden sollten. Es sei hier beispielsweise an „Emden", „Ayesha", „U-Deutschland" erinnert. Ihnen reiht sich die jetzt vorliegende Schrift würdig an. Es ist menschlich begreiflich, daß wir, betäubt von dem gewaltigen Geschehen auf dem Boden des alten Europa, die Leidenstage unserer Schutzgebiete nicht in voller Lebensfrische miterlebten. Die Unkenntnis von Land und Leuten, die weite Entfernung taten das ihre. Wenn sich aber nun mit dem Erscheinen des vorliegenden Bändchens Gelegenheit bietet, rückschauend den in seiner Aussichtslosigkeit tief tragischen Kampf der kleinen Schar deutscher Männer in Südwest zu überblicken, sollte niemand versäumen, ihr ein paar Stunden dankbaren Gedenkens zu weihen. Mit stärkster Anteilnahme folgen wir den Schilderungen des Arztes Dr. Suchier, der der Schutztruppe ein treuer Begleiter war. Innerlich bereichert, gestärkt im Glauben an deutsche Art legen wir den schlichten, aber ungemein fesselnden Bericht aus der Hand. Über den wirtschaftlichen Wert der Kolonie mag man streiten, ideell ist uns der sandige Boden Afrikas am Atlantischen Ozean durch das Opfer unerschrockener Männer um des Vaterlandes Ehre willen zur Heimaterde geworden: Nicht uninteressant ist es feststellen zu können, daß auch englische Gesinnung und Kampfesweise unter allen Himmelsstrichen die gleichen bleiben. M. K.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Czernin

Von Georg Cleinow

> Ich bin auf meinem Weg ihr Sklave lieber,
> Als auf dem ihrigen mit ihnen Herrscher.
>
> Coriolanus II, 1

Dem Nachdenklichen mag eine der bedrückendsten Erfahrungen des Weltkrieges die Erkenntnis sein, wie ungeheuer schrankenlos die Abhängigkeit der Staaten und Völker von Zufälligkeiten ist. Daß der einzelne Soldat, daß die Truppen draußen im Felde oft nicht wissen, welche Lebensbedingungen ihnen die nächste Stunde auferlegen wird, darein hat sich jedermann schnell gefunden: es ist eben Krieg! Daß aber böse oder freundliche Zufälle weit ab vom eigentlichen Kriegsschauplatz, wie sie sich in den Eingriffen einzelner Persönlichkeiten äußern, die Zukunft der Nationen über alle Leistungen und Opfer hinweg innerhalb von Stunden von Grund aus sollen verändern können, diese Notwendigkeit als Begleiterscheinung des Krieges will uns nicht mehr einleuchten. Und doch ist es so. Wir müssen uns nur klar darüber sein, daß das, was wir als Zufall empfinden, in den meisten Fällen doch nur eine Überraschung für uns ist, weil wir nicht imstande sind, alle Verhältnisse, die uns umgeben, dauernd zu übersehen und zu kontrollieren und daher geneigt werden, Überraschungen als Zufälligkeiten anzusprechen, das ist als Erscheinungen, die vollständig außerhalb des Rahmens menschlicher Erwägungen stehen, obwohl sie doch ganz folgerichtig aus einer Reihe von Tatsachen hervorgegangen sind. Immerhin bleiben eine ganze Reihe von Dingen übrig, die wirklich nur auf Zufälligkeiten zurückzuführen sind und eines der schwierigsten Probleme, das den Heerführern gestellt ist, besteht vielleicht in der Notwendigkeit, alle jene Kreise nach Möglichkeit zu verengen, auf denen Zufälligkeiten aufwachsen; darin berühren sich merkwürdigerweise auch die Bestrebungen der obersten Heeresleitung mit den Forderungen der Pazifisten, der aristokratischen Führer mit denen der demokratischen Massen, nur sind die Mittel, die beide anwenden um dasselbe Ziel zu erreichen, verschieden. Eine der Hauptquellen der politischen Zufälligkeiten wird von demokratischer Seite in der Geheimdiplomatie bekämpft, während sich die Liberalen gegen Beichtväter und Jagdfreunde der Staatsoberhäupter wenden. Der Wunsch,

sie im Interesse der Kriegführung vollständig auszuschalten, führt den Kampf der Heerführer und Generalstäbe gegen jede diplomatische Tätigkeit herauf, solange der Gegner nicht geworfen ist und um Frieden bittet.

Wie das Opfer eines blind wütenden Zufalls mutet uns der Rücktritt des Grafen Czernin an.

Der österreichisch-ungarische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ist eigentlich ohne ersichtlichen Grund nach kaum sechzehnmonatiger, dabei ungemein erfolgreicher Tätigkeit im Alter von noch nicht sechsundvierzig Jahren von seinem Posten geschieden, um einem Greise von fast siebzig den Platz zu räumen. Mag Baron Burian noch so tüchtig und elastisch sein, — in dem Abgange des Grafen Czernin liegt irgendetwas Unnatürliches und Gewaltsames, und daher für die Welt unverständlich Bedrohliches, und das Unnatürliche wird durch die Tatsache, daß sein vierundzwanzig Jahre älterer unmittelbarer Vorgänger nun sein Nachfolger geworden ist, nur noch hervorgehoben.

Wer ist Czernin, daß wir ihm so große Beachtung schenken und Bedeutung beimessen? Ein böhmischer Graf, Großgrundbesitzer wie viele andere, — ein Kaiserlicher Diplomat, wie viele andere, vielleicht etwas weniger geschickt als andere!? Im kurzen Lebenslauf, den die Blätter verbreiten, fallen zwei Tatsachen auf: der Hinweis auf die Vertrautheit seines Vaters mit dem verstorbenen Erzherzog Thronfolger Rudolf, obwohl die Beziehungen doch schon viele Jahrzehnte zurückliegen, und die Betonung seiner eigenen Tätigkeit im böhmischen Landtage. Merkwürdigerweise wird von seinen persönlichen Beziehungen zu Franz Ferdinand nichts erwähnt, obwohl sie gerade für seine politische Laufbahn von einschneidenster Bedeutung waren.

In der Person des Grafen Czernin war den Habsburgern einer jener Gehilfen herangewachsen, der befähigt schien, das gigantische Werk der Erneuerung Groß-Habsburgs auf sich zu nehmen und durchzuführen. Die äußeren Umstände seiner Herkunft, sein politischer Werdegang und seine Charaktereigenschaften schienen ihn wie keinen zweiten im Lande geeignet zu machen, den Umbau Österreich-Ungarns zu übernehmen.

Als Sohn des K. u. K. Kämmerers, Geheimen Rats, Mitgliedes des Herrenhauses und Besitzers der Herrschaften Dimokur mit Zlunic und Winar (bei Prag) wurde Graf Ottokar Czernin von Chudenitz am 26. September 1872 zu Dimokur geboren. Durch seine Mutter, eine Gräfin Anna von Westfalen zu Fürstenberg, kam er in Beziehung zu Norddeutschland und zur Familie der Freiherren von Canitz. Sein Vater starb 1893. Seine Vermählung 1897 mit der Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau, einer Schwester des Fürsten Kinsky brachte ihn in enge verwandtschaftliche Beziehungen zu einem der reichsten und einflußreichsten Häuser des österreichischen Hochadels. Nach diplomatischen Lehrjahren als Botschaftsattaché in Paris (1900—1902) und als Legationssekretär im Haag (1902/03) betätigte sich Czernin als Landtagsabgeordneter und in seiner Eigenschaft als lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates an dem inneren politischen Leben seiner Heimat.

Im Jahre 1913 ging Graf Czernin als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister nach Bukarest. Dort erwuchs ihm durch den Ausbruch des Weltkrieges die wichtige und schwere Aufgabe, die äußerlich freundlichen Be-

ziehungen, die Österreich-Ungarn mit dem verbündeten Rumänien verknüpften, durch ein berechtigtes und scharfes Mißtrauen zu korrigieren und Wien darauf vorzubereiten, was es von dem unbeständigen Nachbar im Südosten zu erwarten hatte. Als nach der rumänischen Kriegserklärung vom 27. August 1916 die österreichisch-ungarische Regierung im Rotbuch über Rumänien die Geschichte des Verrates der Öffentlichkeit unterbreitete, wurde es deutlich, daß Czernin Personen und Verhältnisse in Rumänien mit scharfem kritischen Blicke gemessen und erkannt hatte. Am 22. Dezember 1916 übernahm Graf Czernin als Nachfolger des Baron Burian das Ministerium des Äußeren, das er am 14. April 1918 wieder verließ.

Czernin gehörte zu den wenigen Staatsmännern, von denen behauptet werden kann, daß sie ein völlig durchdachtes, festes Programm mit in ihr Amt brachten. Er hat es in einer „ungehaltenen" Rede niedergelegt und als „Politische Betrachtungen" etwa 1912 in einer höchst interessanten Schrift veröffentlicht.*) „Es gibt keine schlechtere Politik, als eine schwankende", ist das grundlegende Ergebnis seiner politischen Erfahrungen. Seine Ausführungen gipfeln in einer rückhaltlos offenen Kennzeichnung der innerpolitischen Verhältnisse in Österreich-Ungarn.

„Wir leben in einer Zeit der ‚Hochkonjunktur' der nationalen wie der persönlichen Postulate. Die Einheit der Armee wird untergraben, der Beamtenstand in den nationalen Zwist gehetzt, jede staatliche wie überhaupt die Autorität wird verfolgt, dem Gedanken der ‚Freiheit' werden alle Opfer gebracht, die freie Lehre, die freie Ehe, die freie Schule sind die Schlagworte unserer Zeit; aber die Freiheit, der wir damit zusteuern, ist nicht die Freiheit in ihrem edlen Sinne, in dem Sinne des Rechtes, sondern die Freiheit der Revolution und der Anarchie. Eine jede Revolution hat noch die Fahne der Freiheit ausgesteckt, und als in Frankreich der König und die Königin ermordet und Tausende von Unschuldigen geschlachtet wurden, da gab man diesem tierischen Wüten den Namen der Freiheit, und als der schimpfliche und feige Mord am Grafen Latour vollbracht war, glaubte man der Freiheit zu dienen und fast immer folgte diesem verirrten Freiheitsrausche eine harte Entnüchterung durch Pulver und Kartätschen.

In unserer Monarchie sieht man bedenkliche Anzeichen erschütterter Autorität, hört man Reden und sieht man Handlungen, die geeignet sind bemerkt und nicht mißachtet zu werden, die mit ‚berufsmäßigem ministeriellem Optimismus'**) zu übersehen, ein Fehler ist. Die Männer aber, welche das Vertrauen der Krone an das Steuerruder des Staatsschiffs gestellt hat, mögen darüber wachen, daß es nicht an diesen freiheitlichen Klippen zerschellt.

Ganz Österreich gleicht einem großen Vulkan, in dessen Innern es tobt und gährt, der sich bald hier, bald dort öffnet, feuerspeiend und verderbenbringend. Ob es nur ein Streik der Beamten oder der Studenten ist, ob es ‚Laibach' oder ‚Schüttenhofen' heißt — das sind alles mehr oder weniger schwere Erscheinungen einer und derselben Krankheit: der sterbenden Staatsautorität!

*) Graf Ottokar Czernin, „Politische Betrachtungen". Selbstverlag. Zu beziehen durch Gerold u. Co., Wien I, Stefansplatz 8.

**) Baron Beck hatte sich in einer seiner Reden als „berufsmäßiger Optimist" bezeichnet.

Das Wort des Dichters, daß ‚nur ein starkes Volk die Freiheit verträgt', kommt einem in den Sinn, wenn man die Auswüchse österreichischer Freiheit sieht, wenn man den rohen Ton der Wiener Parlamentsdebatten hört, welches der oberste Hüter der Freiheit sein sollte, wenn man an die Stöcke und Steine denkt, welche die ‚Argumente' der Sozialdemokraten, der Christlich-Sozialen und der Studenten bilden.

Die Zeichen der allgemeinen Unbotmäßigkeit mehren sich, überall in der Monarchie sieht man jene kleinen Wolken, welche dem Gewitter vorangehen und Sturm bedeuten! Aber wenn wir die Geschichte anderer Staaten durchblättern, so finden wir, daß diese Anzeichen, die wir jetzt bei uns erblicken, die Vorboten jener großen Umwälzungen waren, in welchem die monarchische Staatsform durch die demokratische Republik verdrängt wurde, in welchen die Anarchie ihre Orgien gefeiert, der Brand der Revolution gewütet, Recht und Gesetz zusammengebrochen sind und unter ihren Trümmern die Dynastien begraben haben." (S. 88/89.)

Aber von schwächlichem Zurückweichen vor der Revolution will Czernin nichts wissen. „Es ist ein großer Irrtum in der Beurteilung der Volksseele," schreibt er, „ein Irrtum, dem schon so manche Dynastien zum Opfer gefallen sind, zu glauben, daß herannahende Revolutionen durch ein Nachgeben und Paktieren vermieden, durch energisches Einschreiten aber beschleunigt werden. Das Gegenteil ist richtig und wird von der Geschichte bewiesen. Denn die schwachen Regierungen stärken durch das Zurückweichen unausgesetzt den revolutionären Gegner, bis der Augenblick kommt, da er so stark geworden ist, daß allerdings die Energie nichts mehr nützt." (S.83.) Entsprechend ist seine Stellung zum Parlament. „Bei allen Wahlrechtsdebatten wird," schreibt er, „so oft der Fehler begangen, Mittel und Zweck der parlamentarischen Institutionen zu verwechseln. Der Zweck eines jeden Wahlrechtes ist, ein den Umständen angepaßtes, möglichst arbeitsfähiges, möglichst zum Vorteile des Ganzen wirkendes Parlament zu schaffen; das Mittel hierfür ist das Wahlrecht in seiner verschiedenen Gestalt. Es wird Zeiten und Staaten geben, wo ein exklusives Wahlrecht diesem Zwecke näher kommt, — Zeiten, wo das Gegenteil aber das Ziel erreicht; es gibt kein Wahlrecht, welches kat exochen ‚richtig' wäre, ebenso wie es keine kat exochen ‚richtige Politik' gibt; und jeder Monarch zuzeiten autokratischer, zuzeiten liberaler wird regieren müssen. Ein ‚international praktisches Wahlrecht' propagieren, heißt soviel, wie von einer „international-praktischen Kleidung" sprechen, welche dem Eskimo des Norden dieselbe Tracht empfiehlt, als dem Neger Afrikas. Ein jedes Gesetz — also auch das Wahlgesetz — bleibt doch immer Mittel zum Zweck, wie auch die ganze Institution des Parlamentarismus nur ein Mittel ist. Zweck bleibt das Staatswohl." (S. 81.)

Czernins positives Programm stützt sich auf seinen unerschütterlicheen Glauben an die wirtschaftliche Kraft der Monarchie und die im Gegensatz zu ihren politischen Führern zuverlässige Staatstreue der Völker Habsburgs. „Obwohl das Reich durch eine denkbarst schlechte Politik niedergedrückt wird, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse gut; wie also würde dieses Reich aufblühen, wenn es bessere Minister hätte!" (S.79.) „Österreich gleicht dem Morphiumkranken, der seine Schmerzen nur durch stets neue Vergiftungen momentan betäubt, dessen entkräfteter Körper durch jedes dieser Mittel aber schwächer und schwächer wird, und das Ministerium

spielt die Rolle des Arztes, der diese Behandlung unterstützt." (S. 28.) Diese Angriffe beziehen sich nun nicht etwa auf das damals amtierende Ministerium Beck. Aus der ganzen Darstellung geht hervor, daß Czernin nicht die gerade amtierenden Männer, sondern das ganze System der „Postulatenpolitik", des „Fortwursteins", der Unaufrichtigkeit und Schamlosigkeit meint, das seit dem Ausgleich von 1867 die innere Politik beherrscht.

Die Quelle des ganzen innerpolitischen Unglückes in Österreich-Ungarn sieht Czernin in der bewußten Unaufrichtigkeit der Staatsmänner sowohl in ihren Beziehungen zu den Nationalitäten wie in rein staatsrechtlichen Fragen. Daher forderte er umgehende Nachprüfung des Ausgleichsgesetzes von 1867. „Die Beispiele absichtlicher Unklarheit und vager Umschreibung in unserer Verfassung und dem Ausgleich ... beweisen die furchtsame Tendenz, welche die Wiener Minister geleitet hat, und ihr Streben, die Ruhe des Augenblickes mit dem zukünftigen Frieden der Monarchie zu erkaufen" (S. 9). „Eine Regierung soll nicht selbst das Beispiel der Unaufrichtigkeit geben durch eine Gesetzesinterpretation, von der sie, wie alle Welt, weiß, daß sie falsch ist" (S. 12). „Es gibt keinen anderen Verfassungsstaat, der einen ähnlichen Paragraphen besitzen würde, und auch in der Monarchie besteht er nur für das Wiener Parlament (der ominöse § 14). Weder Transleithanien noch die Landtage kennen ihn. In Preußen hat Bismarck vom Jahre 1862 bis 1866 absolut, d. h. gegen die Majorität des Parlaments regiert. Die Folge davon war ein ehrlicher und offener ex lex-Zustand, der erst durch die nachher vom Parlamente eingeholte Indemnität wieder behoben wurde. Ein jeder leitende Minister muß dieses Risiko auf sich nehmen auch auf die Gefahr hin, später in den Anklagezustand versetzt zu werden, weil nicht die Existenz des Parlaments, sondern das Wohl des Staates der Zweck des Regierens ist, und bei einem Konflikte das letztere entscheidet. Salus rei publicae suprema lex!" (S. 13). Als „die conditio sine qua non, ohne die eine friedliche Zukunft überhaupt undenkbar ist", bezeichnet Czernin „die Abgrenzung der Machtsphären zwischen Krone und Parlament" und fährt fort: „Insbesondere ist die Demarkationslinie zwischen den Rechten der Krone und denen des Pester Parlaments absichtlich niemals gezogen worden; das ist die große politische Schuld, die die früheren Generationen auf sich geladen haben, die sich nun grausam rächt. Es wird Sache der Zukunft sein, einmal diese Versäumnis nachzuholen" (S. 13/14). Der Schwierigkeiten, die sich solchem Wollen entgegenstellen werden, ist sich der Abgeordnete Czernin voll bewußt, und es ist kennzeichnend für seine ganze Stellung inmitten der politischen Probleme, wenn er freimütig und ungeschminkt ausspricht: „Konflikte in dem Kreise jener Rechtsfragen, welche die Basis eines monarchischen Staates bilden, bedeuten an und für sich eine große Gefahr. Sie können nur durch Gewalt ausgetragen werden" (S. 14).

Von auswärtiger Politik ist in seinen politischen Betrachtungen nicht die Rede. Infolgedessen finden wir in ihnen auch kein ausgesprochenes Bekenntnis zum Bündnis mit Deutschland, geschweige denn eine Stellungnahme zum Dreibund. Wir irren aber sicher nicht, wenn wir ihm zutrauen, daß auch die auswärtige Politik für ihn nur ein Mittel sein kann, Österreich-Ungarn als einen achtunggebietenden Faktor der großen Politik wieder aufzurichten, und daß er deshalb bis zu ganz klar zutage liegenden Grenzen ein ehrlicher Freund des Bünd-

nisses genannt werden darf. Die Gelegenheit dazu, praktisch in diesem Sinne zu wirken, bot ihm sein Amt als Außenminister. Wenn sein Auftreten darin nicht ungeteilten Beifall fand, hüben und drüben sogar offene Ablehnung, so dürfen wir die Gründe weniger in seiner Person als in den Umständen suchen, von denen er einmal abhängig war. Gelegentlich einer Untersuchung über die Kriegszielpolitik unseres Bundesgenossen bin ich Anfang Februar d. J. zu der Auffassung gelangt, daß Czernin doch nicht ganz so konnte wie er gern wollte. Die Regierung wies ihm in ihrem ewigen Lawieren zwischen den Nationalitäten nicht die Wege zu großen Zielen; sie ließ sich durch wechselnde Verhältnisse treiben, was zwar den Außenminister nicht hinderte, Einzelfragen auf der Linie des geringsten Widerstandes mit einer gewissen rücksichtslosen Energie im Sinne der Monarchie zur Entscheidung zu bringen, ihn aber doch in der Entfaltung seines Könnens lähmte. „Solche Politik", schrieb ich, „hindert durchaus nicht, Einzelerfolge auf internationalem Gebiet hereinzubringen ... Graf Czernins Kriegsziel scheint zu sein, nicht eine organische Ausgestaltung der abgeschlossenen Epoche von Habsburgs Balkanpolitik, was eine Lösung der südslawischen Frage zur Voraussetzung hätte, sondern die Gewinnung von Rechtstiteln von Freund und Feind auf allen Grenzen, mit denen sich unter friedlichen Verhältnissen Handel treiben ließe."*) Graf Czernin ist trotz aller Hemmungen, die ihm aus der inneren Politik der Länder seines kaiserlichen und königlichen Herrn erwachsen sind, ungemein erfolgreich gewesen. Er hat jedenfalls den Beweis erbracht, daß eine überragende Persönlichkeit mit festem Willen und großen Zielen befähigt ist, auch in unserer demokratisch-pazifistisch angekränkelten Zeit etwas Hervorragendes zu leisten. Er hat als Diplomat die Verhältnisse bei Freund und Feind genommen wie sie sind. Daß er Träger des Verzichtfriedensgedankens gewesen wäre, wird ihm wohl niemals nachgewiesen werden können, ebensowenig, wie er verantwortlich zu machen ist für die Friedensaktion vom Dezember 1916. Das sind Berliner Pflanzen! Das sind Konsequenzen der Parteiverhältnisse im Deutschen Reichstage und der Verständigungsideale, die unsere, die deutsche Diplomatie, beseelten. Graf Czernin hat diese Stimmungen nur als österreichisch-ungarischer Staatsmann ausgenutzt und dies um so leichter und rücksichtsloser tun können, je geringer der Widerstand war, der ihm in Berlin entgegengesetzt wurde. Welche schönere Gelegenheit aber konnte sich einem Staatsmann im Bundesverhältnis bieten, die Führung im Bunde an sich zu reißen, als jene Periode der Unsicherheit und des Tastens, die in der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 ihren Höhepunkt erreichte. Nicht an die Adresse von Czernin haben wir unsere Beschwerden zu richten, wenn er von jenem Zeitpunkt ab in steigendem Maße in den Vordergrund trat und schließlich sowohl in Brest-Litowsk wie in Bukarest die Führung der Mittemächte bei den Friedensverhandlungen übernehmen konnte und nun seine Stellung nach Kräften zugunsten der Habsburger ausnutzte. Auch der Vorwurf, daß er zu rücksichtslos mit unserem Pfunde zu Habsburgs Gunsten gewuchert habe, trifft nicht ihn, sondern unsere diplomatische Leitung. Czernin tat nur seine Pflicht, wenn er uns so vollständig wie möglich in den Dienst der habsburgischen Interessen stellte. Und daß er sich darin nicht zieren würde, sollten unsere Diplomaten gewußt haben, als er ins

*) „Grenzboten", Heft 6 vom 8. Februar 1918, S. 155/56.

Amt trat. Von ihm stammte das nüchterne Bekenntnis: „Es liegt im Wesen der meisten Streitfälle und in dem der menschlichen Natur überhaupt, daß von zwei prozeßführenden Parteien stets beide überzeugt sind, das Recht auf ihrer Seite zu haben, und wo es keinen Schiedsrichter gibt, wird schließlich immer derjenige Teil Recht behalten, der eben der stärkere ist", und „die Rechtsfragen werden bei Konflikten zu Machtfragen" (S. 6).

Für den Rücktritt Czernins werden soviel Gründe angeführt, wie er erkennbare Feinde hat, und deren Zahl ist Legion. In seinem Bekenner- und Reinlichkeitsdrange hat er, eine aristokratische Coriolanusfigur, vor keiner der Mächte Halt gemacht, die unter falscher Flagge segelnd, den Bestand der Monarchie bedrohen. „Man muß in Österreich, diesem Lande der Unwahrscheinlichkeiten, groß geworden sein, um es zu glauben, daß ... eine k. k. österreichische Regierung es ihren Beamten verbietet, Österreicher sein zu wollen!" (S. 41), ruft er den Regierenden zu, und vom Parlament sagt er: „daß große Haus am Franzenring ... gleicht einem Geschäftshaus, einer Börse, wo mit nationalen, politischen, wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Konzessionen geschachert wird" (S. 28). Juden und Presse fordert er heraus durch sein Urteil über die „Neue freie Presse": „die nicht durchweg der arischen Rasse angehörenden Redakteure dieses großen Blattes ... kämpfen jetzt den Kampf der Verzweiflung gegen ihren größten Feind ... gegen die Christlich-Sozialen. Es liegt in der Natur des Semiten, weniger seiner eigenen besseren Überzeugung zu folgen, als vielmehr jene Tendenzen zu stützen, welche einträglich erscheinen und Gewinn versprechen" (S. 60). Unter den Nationalitäten weist er die Tendenzen der Tschechen und Alldeutschen in einem Atemzuge zurück (S. 38). Gelten läßt er lediglich diejenigen, die gut habsburgisch sind, und das ist nach seiner eigenen Meinung eigentlich nur der österreichische Adel (S. 10) und das Offizierskorps der Armee (S. 34 f.). Von den Polen spricht er mit keinem Wort! Sie soll er sich erst in Brest-Litowski durch den Ukraina-Vertrag wegen des Cholmer Landes zu Feinden gemacht haben. Zieht man alle Verhältnisse in Betracht, so möchte ich glauben, daß jene recht haben, die behaupten, Czernin sei wegen seiner grundsätzlichen Gegensätze zu den Auffassungen der Regierungsleitung gegangen. Dr. Seidler ist bekanntlich ein Mann der alten Schule der Kompromisse, und seine Regierung ist überhaupt nur durch den Kompromiß mit den Nationalitäten und Parteien lebensfähig. Es wird aus Anlaß der Rede, die Czernin vor dem Wiener Gemeinderat gehalten hat, ohne sich des Einverständnisses des Regierungschefs dazu zu versichern, zu einer ernsten Aussprache zwischen den beiden Ministern gekommen sein, bei der Czernin im Sinne seiner „Politischen Betrachtungen" auf Reformen gedrängt haben mag, auf energisches Durchgreifen, auf energischen Schutz der Armee und Beamtenschaft vor den Anmaßungen des Parlaments. Mit den glänzenden Erfolgen auf dem Gebiet der Friedensschlüsse in der Hand mochte Czernin ein kühnes Ultimatum gestellt haben. Kam ihm der Kaiser in dieser Richtung entgegen, so brauchte von dem Briefe an Sixt von Bourbon zwischen ihnen über den sachlichen Bedarf hinaus nicht die Rede zu sein. Und eine Regierung nach außen hin vertreten müssen, deren Unbeständigkeit jeden der mühsam erkämpften Erfolge in die Gefahr brachte, verloren zu werden, das wollte er nicht auf sich nehmen. Er ist auf seinem Weg ihr Sklave lieber, als auf dem ihrigen mit ihnen Herrscher!

Dieser Ausgang scheint mir in Ansehung der Person des Ministers und seiner politischen Vergangenheit der einzig verständliche. Sollte sich über dem berüchtigten Kaiserbrief zwischen Czernin und seinem Kaiserlichen Herrn ein so tiefes Zerwürfnis herausentwickelt haben, daß Czernin zurücktreten mußte, dann freilich hätten wir es doch mit einer jener unverständlichen Überraschungen zu tun, die wie ein blinder Zufall anmutet.

Wir Reichsdeutsche stehen dem Grafen Czernin mit gemischten Gefühlen gegenüber. Wo er persönlich aufgetreten ist, besonders bei den Stäben der Armeen, die er besuchte, hat seine ritterliche Art, sein überlegenes und frisches und doch die Abstände scharf markierendes Wesen ungeteilte Sympathie geweckt, wie es Führernaturen unter Menschen leicht gelingt, die ein feines Verständnis für wahre Aristokratie haben. Aus solchen Erfahrungen ist es begreiflich, wenn sich dem politischen Wettbewerber gegenüber das Bedauern regte, daß er nicht in den Reihen unserer eigenen Staatsmänner stand. Aber auch über das persönliche Moment hinaus können wir seinen Rücktritt nur bedauern. Wir verlieren nicht nur einen Maßstab, wie er für unsere eigenen Diplomaten wünschenswert wäre. Mit Czernins Rücktritt geriet unsere Hoffnung ins Wanken, daß sich die innerösterreichischen Verhältnisse in absehbarer Zeit auf den Weg der Gesundung begeben. Graf Czernin hat gerade unter den Deutschen Österreichs einen großen Anhang gefunden, weil er die Monarchie zu Selbstbewußtsein aufrüttelte und die richtigen Wege zu zeigen wußte, die zur völligen Wiederherstellung eines mächtigen Staates führen, eines Staates, dem anzugehören Lust und Ehre ist, trotzdem er die Nationalitäten beschränkte. Ein innerlich gesundes Österreich-Ungarn ist eine wichtige Vorbedingung unserer eigenen Zukunft. Bei Czernins Auffassung von den Staatsnotwendigkeiten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung war er der natürliche Bundesgenosse des Reiches. Ein Österreich-Ungarn, in dem Deutsche und Ungarn dem Staat ihren Stempel durch die Sprache sowohl wie durch die Tüchtigkeit ihrer Armee und Verwaltung aufdrücken, kann eine slawische Gefahr kaum so stark werden lassen, daß wir in absehbarer Zeit schon gezwungen sein könnten, uns mit ihr auseinanderzusetzen. Das von Czernin so scharf verurteilte Österreich der Unklarheit und Unwahrhaftigkeit muß dagegen früher oder später als eine brennende Gefahr vor uns hintreten. So eigenwillig und herrisch Graf Czernin seine Meinungen auch vertreten mag, so groß selbst sein Ehrgeiz sein mag, das Haus Habsburg zur führenden Dynastie im mitteleuropäischen Staatenverbande zu machen, sein Wollen wird immer beschränkt sein durch die tatsächlichen Kräfteverhältnisse hüben und drüben. Deutschland braucht nicht zu fürchten, seine führende Stellung in Mitteleuropa einzubüßen, wenn Österreich-Ungarn von hervorragenden Staatsmännern geleitet wird, wohl aber, wenn wir selbst keine entsprechenden Kräfte auf den rechten Platz zu bringen vermögen.

Das Auslandsdeutschtum und das neue Reich

Von Dr. Hermann Ullmann

Die starke, freudige Gläubigkeit der ersten Kriegsmonate ist wieder wach geworden, das brausende Heldenlied des deutschen Volkes strömt in neuen gewaltigen Rhythmen, wir wissen wieder, daß wir ein Volk sind, das seinen Beruf noch nicht erfüllt, seine Kräfte noch nicht zur vollen Blüte entfaltet, seine Zukunft noch vor sich hat. Es ist wieder jene innerste Gewißheit unseres Wesens da, welche die Volksgenau wie die Einzelpersönlichkeit braucht, um zu leben, und das ist: um zu wachsen. Aber zwischen dem hohen Schwung der Augusttage von 1914 und dem gläubigen Selbstbewußtsein des deutschen Volkes zu Ostern 1918 liegen nicht nur die Jahre schwersten äußeren Kampfes, auch düstere Monate tiefen Zweifels an uns selbst, der Halbheit und Zwiespältigkeit, der inneren Widersprüche, des Versagens gegenüber inneren Unsicherheiten. Wir erkannten mehr als einmal während dieser vier Jahre, daß wir als Volk einem jener Menschen gleichen, die alles können, wenn sie erst einmal wissen, was sie wollen, und die doch nur bis zu Bruchstücken gelangen, weil dieses Wissen ihnen schwerer zuteil wird als weniger reichen, aber geschlosseneren Naturen. Sind wir nicht am Ende unserem Hauptgegner, dem Angelsachsentum, gegenüber in dieser Lage? Gegenüber diesem innerlich unverhältnismäßig ärmeren Meister in der praktischen Beherrschung der Wirklichkeit? Viele Kleingläubige bis in die höchsten Stellen hinauf gibt's unter uns, die nicht nur so fragen, die so denken. Lichnowsky ist doch nur eine Karikatur gewisser Typen, die unter uns umgehen, kein ganz vereinzelter Zufall. Und wenn wir an diese böse innere Schwäche unseres Volkes denken, das angesichts der letzten Gefahr, aber auch nur dann, Übermenschliches leistet: dann will es uns, die wir die Kämpfer draußen mit Sehnsucht und Ehrfurcht begleiten, doch so scheinen, als sei ihr Werk nur halbe Arbeit, solange nicht das Volk als Ganzes schärfere und reinere Gewißheit über sich, sein Wesen und seinen Sinn auch über den großen Weltkampf hinaus gewinnt. Unser Streben nach völkischer Selbstbesinnung hat manche Früchte gezeitigt, vor allem die Erkenntnis, daß unsere Wissenschaft den Lebensfragen unseres Daseins als Volk merkwürdig ferngeblieben war. Vielleicht werden wir nun doch allmählich dazu kommen, sowie der Mensch die vornehmste Forschungsaufgabe für den Menschen ist, das Volk als den ersten Erkenntnisgegenstand für unser Volk zu betrachten. Es ist bezeichnend für die merkwürdige, im Staatsdenken erstarrte Geistesverfassung der Deutschen im Reich seit 1870, daß so wenig unmittelbares Erleben vor dem Kriege auf die Frage hindrängte: was wir Deutschen als Volk (nicht nur als Wirtschafts-, als Staats-, als Handels-, Industrie- oder sonstige Fach-, Berufs- und Sondergemeinschaft innerhalb der Reichsgrenzen) bedeuteten. Sonst hätten wir längst in viel stärkerem Maße, als das zu Anfang des Krieges noch geschah, daran denken müssen: alle im eigentlichen Sinn national-deutsche Aufgabenstellung bei uns hat mit der einzigartigen Tatsache zu rechnen, daß ein Drittel der deutschen Volkskraft anderen Staaten als dem Deutschen Reich zugute kommt.

Und es hätte sich, wären wir uns unserer Lage als Volk in stärkerem Maße bewußt geworden, nie der Irrtum ergeben können, daß es sich bei diesem Kriege

nur um die Verteidigung des Bodens innerhalb der Reichsgrenzen handle. Bei diesem Kriege, der gegen das deutsche Volk so gut geführt wird, wie gegen das Deutsche Reich. Heute noch ist es durchaus nicht allen Deutschsprechenden klar geworden, daß es neben den Kriegszielen des Deutschen Reiches, des Staates, auch solche des deutschen Volkes gibt und geben muß, wenn dessen Opferkraft den Staat bewahren soll. Und in dem überreichen Kriegsschrifttum, mit dem die Daheimgebliebenen ihre Schlachten geschlagen haben, ist von diesen Kriegszielen des deutschen Volkes erstaunlich wenig die Rede; ebensowenig bei den Parteien (hinter der Sache des Volkes stehen ja keine Interessen), noch bei der Regierung (sie hat ja nur den Staat als solchen zu vertreten). Die Sache des Volkes als Ganzen bleibt bei uns noch immer die Angelegenheit verhältnismäßig enger privater Kreise. Eine rechte Lücke im Kriegsschrifttum füllt darum der Deutsch-Amerikaner (natürlich ein Auslandsdeutscher, Reichsdeutschen fehlt das dazu nötige Gesichtsfeld mit ganz seltenen Ausnahmen) Christian F. Weiser, der Verfasser von „Shaftesbury und das deutsche Geistesleben", mit seinem Buch „Das Auslanddeutschtum und das neue Reich" (Verlag F. A. Perthes, Gotha) aus. Die Mitarbeit der Auslandsdeutschen an dem Aufbau unseres neuen völkischen und staatlichen Lebens könnte noch sehr fruchtbar werden, wenn man sie im Reich heranzuziehen versteht. Weiser sieht den Krieg letzten Endes als eine Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der englischen Kultur. Die englische kennzeichnet er als eine Kultur des nur äußerlich überdeckten, nicht innerlich verarbeiteten Widerspruchs zwischen dem Bewußtsein einer göttlichen Sendung und den Mitteln, mit denen diese durchgesetzt wird. Die deutsche verkörpert sich ihm in dem Ideal der deutschen Persönlichkeit, die nach Einheit, Freiheit und Wahrhaftigkeit strebt und sich auch dergestalt im deutschen Staate wiedererleben möchte. Das Wesentliche des deutschen Staatsdenkens, wie es, Fichte folgend, unsere besten Theoretiker herausgearbeitet haben, ist hier noch einmal aus dem Erlebnis des Auslanddeutschen heraus, der unseren Hauptfeind aus engster Berührung kennt, dargestellt. Man fühlt freilich auch hier, wie ungeheuer das Problem der deutschen Selbstbehauptung in der Welt ist, wie wenig es sich von einem Punkte aus überschauen läßt: als ein Gegensatz der deutschen gegen die westliche, von England geführte Kultur allein ist es nicht zu fassen. Dann erschiene die gewaltige Feindschaft des doch nur äußerlich vom Westen geleiteten, innerlich von ihm unabhängigen Ostens als bloßer Zufall. Wir wissen, daß diese Feindschaft mehr ist: der Widerstand des im tiefsten formlosen Slawentums gegen die Form, die wir für Staat und Persönlichkeit geschaffen haben; des slawischen Chaos gegen die „mitteleuropäische" Ordnung, die ihm verwehrte, Europa zu verschlingen. Hier kommt es allerdings nicht auf einen Kampf der Weltanschauungen hinaus, sondern der Volkskräfte selbst, der ursprünglichen. Damit aber ist unsere ungeheure deutsche Aufgabe völlig umschrieben: wir sollen eine der angelsächsischen gewachsene Weltwerbung für unsere Form entfalten; indessen wir diese Form selbst mit unseren Lebenskräften gegen das östliche Chaos zu verteidigen haben. Die beiden Aufgaben widersprechen sich vielfach, aber sie ergänzen sich auch: der Kampf gegen das Chaos verlangt viel primitive Lebensentfaltung, Bevölkerungszuwachs, Wehrkraft, ländliche Siedlung; der Kampf gegen die angelsächsische Weltform, die auf Bürgertum, Stadtkultur, Handel, Politik, Seeverkehr aufgebaut ist, fordert ein starkes und freies Bürgertum mit

Weltformen des Arbeitens und ganzen Lebens. Alle Versuche, sich der einen oder der anderen Aufgabe zu entziehen, für den Westen oder den Osten zu „optieren", scheitern an den realen Widerständen, an den Feindschaften, die sofort mit Vernichtung drohen, sobald wir uns ihnen gegenüber wehrlos machen.

Weiser gibt selbst ein deutliches Beispiel für diese zweifache Aufgabenstellung. Er schlägt vor, die Rückwanderung aus Amerika nach Kurland zu leiten, und zwar in ganz bestimmten, aus der Kenntnis der Verhältnisse heraus gewonnenen Formen. Pläne dieser Art sind unterdessen schon bis zu einer ziemlichen Reife gediehen, wir dürfen auch weiterhin hoffen, daß die Ereignisse, die ja aus der natürlichen Kräftelage ebensosehr wie aus dem unvollkommenen Planen der Menschen herauswachsen, den natürlichen Erfordernissen der Volkskräfte besser Rechnung tragen als die oft wunderlich instinktlose, vom Einfachen und Selbstverständlichen weit entfernte Kriegszielsetzung der Parteien und Regierenden.

Ausschließlich mit der gegen das Angelsachsentum gerichteten Aufgabe aber beschäftigt sich der wichtigste von Weisers Vorschlägen: ein Stipendienplan nach dem Muster der Rhodesstiftung. Junge Auslanddeutsche sollen durch großzügige Aufbringung von Mitteln, als Gäste des deutschen Volkes, Gelegenheit erhalten, die deutsche Kultur in ihren besten Leistungen kennen zu lernen, damit sie aus dem Erlebnis heraus draußen für sie eintreten und den Zusammenhang aller Deutschen in der Welt verteidigen und stärken können. Hier ist bis in Einzelheiten hinein, aus genauer Kenntnis der Erfordernisse heraus, einmal ein praktischer Vorschlag gemacht, der die so leidig vernachlässigte, im Wollen verhältnismäßig enger Kreise steckengebliebene Sache des Auslandsdeutschtums weiterbringen kann. Wollte man ihn wie die mancherlei Forderungen, die aus diesen engeren Kreisen heraus seit den achtziger Jahren, entgegen dem allzusehr von seiner Herrlichkeit überzeugten Geist zwischen 1880 und 1914, erhoben worden sind, „wohlwollend" beiseite legen oder halb durchführen, so würde man allerdings zeigen, daß man den Sinn dieses Krieges verkennt. Wenn er nicht neben anderem auch jene grundsätzliche zusammenfassende Organisation unseres Volkstums in der Welt ermöglicht, dann ist er nicht nur für das deutsche Volk, dann ist er letzten Endes (das sei den Leuten mit den „Reichsscheuklappen" gesagt), auch für das Deutsche Reich verloren. Freilich hilft nur jene grundsätzlich erarbeitete Zusammenfassung, die auf die Erlebnisse und Wünsche dieser für unsere Aufgabe so schlecht genützten letzten vierzig Jahre sich stützt: nicht jene gelegentliche Pfuscher- und Nur-Organisationsarbeit, die äußerlich, ohne Liebe, unter Zuhilfenahme des immer dienstwilligen öffentlichen Ehrgeizes genau wie für irgendeine zugkräftige Mode allerlei recht beziehungslose und zufällige Kräfte lebendig macht. Hier handelt es sich um das organische Ausreifen einer nun schon vierzig Jahre alten Sehnsucht der Auslandsdeutschen und der im rein staatlichen Denken nicht befangenen, bisher vereinzelten, durch den Krieg ermutigten Reichsdeutschen; um die Reife eines Ideals. Um die Aufgaben, die diese Sehnsucht stellt, fördern zu können, muß man sie erlebt haben, muß man ein Verhältnis zu ihnen besitzen und sie verarbeiten. Es handelt sich um anderes, als um die Gründung eines Auto-Klubs mit guten Beziehungen oder einer A. G., hier wird Einsatz der Persönlichkeit so gut verlangt wie von den ersten Werbern für die deutsche Einheit, mit der Konjunktur wird es nicht immer gehen, und wer die Konjunktur nicht entbehren zu

können glaubt, bleibe der Aufgabe lieber fern. Man lese Weisers Buch, auch das was er über die „Alliance française“ und ihre Beziehungen zum Staat, über den mit ihr schwer vergleichbaren „Verein für das Deutschtum im Ausland“, über die angelsächsischen Kulturwerbemittel sagt, und man wird begreifen, daß es sich hier um mindestens so neue und so große, den ganzen Menschen fordernde Aufgaben handelt, wie bei all den zahlreichen als Frucht des Weltkrieges erwarteten innerpolitischen Wandlungen. Wehe, wenn man versuchen wollte, diese unpolitischen Außenaufgaben, die „nur“ das deutsche Volk angehen, von irgendwelchen innerpolitischen „Konjunkturen“ abhängig zu machen. Wenn nicht jene engen Kreise, die bisher allein die Sache des deutschen Volkes außerhalb der Reichsgrenzen vertraten, zu einem das ganze Volk umfassenden Kreis gemeinsamen Strebens anwachsen.*) Wir wären dann nach vier Jahren glorreichen Ringens mit der Welt noch immer nicht reif, ein Weltvolk zu werden.

Der Traum vom Ewigen Frieden

Von Professor Dr. Theobald Ziegler

Es reden und träumen die Menschen viel
Von besseren künftigen Tagen —,

und nie tun sie dies mehr als in schweren Zeiten, wie wir sie jetzt durchleben; nie reden sie mehr vom Frieden als im Krieg, von dem nächsten diesem Krieg ein Ende machenden Frieden, und nie träumen sie mehr als im Krieg von einem dem Krieg überhaupt, allem Krieg ein Ende machenden Ewigen Frieden. So natürlich auch heute; und zunächst sind wir alle geneigt, diesen Traum mitzuträumen und uns in einen solchen ewigen Friedenszustand hineinzu—fühlen und zu sehnen mehr, als hineinzudenken. Der Unterschied wird nur der sein, daß die einen einen solchen paradiesischen Zustand nur wünschen, die anderen an ihn als einen kommenden möglichen auch glauben: dort ein frommer Wunsch, hier ein Glaube und aus dem Glauben heraus allerlei positive und praktische Vorschläge, einen solchen allgemeinen Weltfrieden herbeizuführen. So entstanden ernsthafte Traktate und Projekte „zum Ewigen Frieden“ — und zwar im achtzehnten Jahrhundert gleich ihrer mehrere: von einem französischen Abbé Castel de St. Pierre im Jahre des Friedensschlusses von Utrecht 1713, also während Europa von zwei Weltkriegen im Westen und im Osten durchtobt war, dem spanischen Erbfolgekrieg und dem nordischen Krieg. Und seine Gedanken griff dann natürlich Rousseau, der Verherrlicher eines idyllischen und durchaus glücklichen Naturzustandes, auf und wiederholte sie während des siebenjährigen Krieges im Jahre 1760; und in diesem Kriege hat noch ein anderer, ein Herr von Palthen, ein solches Projekt „einen immerwährenden Frieden zu unterhalten“ veröffentlicht. Das Merkwürdigste aber ist doch, daß unser großer deutscher Philosoph Kant im Jahre 1795, also in der Zeit der beginnenden Napoleonischen Kriege, eine Schrift „zum Ewigen Frieden“

*) Weiser fordert einen „Deutschen Bund“, den er sich aus dem Verein für das Deutschtum im Ausland hervorgehend denkt, als Gegenstück zur Alliance française.

schrieb und dieser Idee dadurch die Autorität seines großen Namens geliehen hat. Es kann aber kein Zufall sein, daß diese Hauptvertreter des Gedankens von einem ewigen Frieden alle dem achtzehnten Jahrhundert angehören, dem Zeitalter der Aufklärung, des Rationalismus. Das weist darauf hin, daß solche Wünsche doch nicht bloß mit der jeweiligen Zeitlage und Not der Zeit zusammenhängen, sondern auch aus der Weltanschauung, den geistigen Strömungen einer Zeit heraus entstehen. Und da ist es denn nun nicht eben verwunderlich, daß dem Rationalismus der Krieg als etwas Irrationales, also Verwerfliches erschienen ist und von der Aufklärung als etwas ihrer Aufgabe Widersprechendes, ihre Arbeit zur Aufklärung und Besserung, zur Vollkommenheit und Glückseligkeit der Menschen Hemmendes und schwer Beeinträchtigendes empfunden und darum von ihr dem Krieg der Krieg erklärt worden ist. Und mit einem zweiten Zug jener Zeit hing dieser Wunsch und diese Idee noch zusammen: es war der schöne Gedanke der Humanität, der aber damals alsbald umgebogen und karikiert wurde zu dem Gedanken des Weltbürgertums. Namentlich für die Deutschen, die keine Nation mehr waren und keinen Staat mehr hatten und dadurch der Spielball der anderen Nationen geworden waren und ihr Land der Schauplatz, auf dem fremde Völker ihre Kämpfe ausfochten, hatte dieses Weltbürgerliche etwas besonders Lockendes und Verlockendes. Wie schön, wie herrlich, statt sich zu zerfleischen, mit Schiller rufen zu können: Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!

Aber gerade in dem Augenblick, da diese weltbürgerlichen Ideen, Hoffnungen und Wünsche ihren höchsten Triumph feierten, kam der große Umschwung. Die französische Revolution hatte das weltbürgerliche Motto: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! auf ihre Fahne geschrieben, und zu gleicher Zeit drangen die französischen Revolutionsheere Krieg führend und eroberungslüstern über die Grenzen und brachten den Völkern Krieg statt Frieden. Und als Preußen 1795 den Baseler Frieden schloß und sich aus dem Kriege herauszog, und eben darauf hin Kant so hoffnungsvoll seine Schrift „Zum Ewigen Frieden" veröffentlichte, war Napoleon schon auf dem Plan und überzog nun zwanzig Jahre lang Europa mit furchtbaren Kriegen. Preußen aber büßte seine Friedensliebe und Vertrauensseligkeit erst mit dem Niedergang seiner Macht und dem Verfall des friderizianischen Heeres, dann auf dem Schlachtfeld von Jena mit Niederlage, Verlust des größten Teiles seines Gebietes und fast gar auch mit dem Verlust seiner Ehre. Doch gerade aus dieser Zeit tiefster Erniedrigung und Not wuchs der nationale Gedanke in den besten Männern unseres Volkes heraus und heran, in der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung begann die Wiedererhebung Preußens, und 1813 kam dann der Aufruf des Königs und die Erhebung des Volkes zum Krieg gegen die fremde Bedrückung, der uns mehr als den äußeren Sieg, der uns die innere Wiedergeburt und den Anfang von Deutschlands Einigung gebracht hat, die dann freilich erst 55 Jahre später, noch einmal aus drei Kriegen heraus, wirklich zustande gekommen ist. Und jetzt erinnerte man sich, daß derselbe Schiller, der in seinen Jugenddichtungen so enthusiastisch die ganze Menschheit hatte ans Herz drücken wollen, schon 1803 in der „Braut von Messina" nach dem Loblied auf die Schönheit des Friedens auch dem Krieg als „dem Beweger des Menschengeschicks" seine Ehre gegeben hatte und im „Tell", statt weltbürgerlich weiter und ins Weite zu schwärmen, sein deutsches Volk gemahnt hatte:

Ans Vaterland, ans teuere schließ dich an! Das halte fest mit deinem ganzen [Herzen,
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

Und gleichzeitig wandte sich ein anderer Philosoph, Hegel, mit scharfen, spitzen Worten ausdrücklich gegen Kants Schrift „zum Ewigen Frieden", und 1813 hielt Fichte, der 1796 den Traktat Kants in hohen Tönen begrüßt und gepriesen hatte, seine Vorlesungen über den Begriff des wahrhaften Krieges; und von der Kanzel herab predigte im selben Jahr Schleiermacher über den Krieg als „den Wecker der sittlichen Kräfte und den Schöpfer der heiligsten Güter". So schien im Sturm und Drang der Befreiungskriege der Gedanke an einen ewigen Frieden abgetan und begraben.

Aber er kam wieder. In den vierziger Jahren trat der amerikanische Quäker Elihu Burritt aus religiösen Gründen dafür ein, und seit den Revolutionsjahren 1848/49 folgten dann allerlei internationale Friedenskongresse und interparlamentarische Friedenskonferenzen rasch aufeinander. 1889 erschien der Roman von Berta von Suttner „Die Waffen nieder", und unter diesem Ruf erstarkte die Friedensbewegung, die Friedensgesellschaften gewannen zahlreiche Mitglieder, jetzt vor allem aus den Reihen der demokratischen Parteien, und der deutsche Zweig derselben in Alfred Fried einen geschäftigen Führer und unermüdlichen Agitator. Das Merkwürdigste aber war, daß im August 1898 der russische Zar Nikolaus der Zweite, derselbe, der uns sechzehn Jahre später zum Krieg herausgefordert und gezwungen hat, an sämtliche Mächte eine Einladung zu einem Kongreß erließ, der „die Bestrebungen aller Staaten vereinigen sollte, die aufrichtig darum bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht". Begründet aber wurde dieser Vorschlag mit einem Schwarz in Schwarz gemalten Bilde von der erdrückenden Last der Kriegsrüstungen und den Gefahren, die diese Kriegsstoffansammlung heraufbeschwöre; an die Stelle von Kriegen sollte das Haager Schiedsgericht treten. So hatte die Friedensbewegung hinfort ihre zwei praktischen Ziele: Abrüstung und Schiedsgericht. Der geistige Vater dieses zaristischen Manifestes war wohl Tolstoi, der wie Elihu Burritt den Krieg vom christlichen Standpunkte aus verwarf; bezeichnend aber war, daß der Zar mit demselben einen Monat nach Bismarcks Tode hervortrat — fast als hätte er sich gescheut, bei Lebzeiten dieses großen Realisten mit seinem himmelblauen Idealismus zu kommen; oder als hätte er oder seine Hintermänner damit gewartet bis zu seinem Tode, damit der große Staatsmann nicht durchschaue, was hinter diesem Friedensschleier von Rußland in Ostasien geplant wurde, und er nicht sein deutsches Volk mehr davor warnen könne, auf solche Pseudofriedensliebe hereinzufallen.

Aber in all der Zeit hatte man sich doch eines nicht genügend klar gemacht: was eigentlich der Ewige Friede mit seinen zwei Gedanken der Abrüstung und des Schiedsgerichts sei? Der Weltwirklichkeit gegenüber jedenfalls eine Utopie, d. h. etwas, was in der Welt nirgendwo anzutreffen ist und sein wird, dem realen Leben und den in der Menschenwelt herrschenden Leidenschaften gegenüber, die immer stärker sind, als Vernunft und Ratio, ein Traum. Der Weltwirklichkeit gegenüber: kaum hatten ja die Friedenskongresse im Haag ihre Arbeit begonnen, so kam der Burenkrieg, es kamen die Kämpfe der europäischen Mächte gegen China, es kam der russisch-japanische Krieg, dann die Kämpfe auf dem Balkan, die Einkreisungspolitik König Eduards des Siebenten gegen Deutschland und 1914 endlich der größte und schwerste von allen, der Weltkrieg, in dem wir stehen. Und die Verhandlungen zwischen Deutschland und England vor dem Krieg über Beschränkung der Flottenrüstungen haben gezeigt, wie schwierig das in Praxis herzustellen ist, was sich auf dem Papier oder im Mund so leicht in das eine Wort „Abrüstung" zusammenfaßt. Daß gleich nach dem Krieg bei der allgemeinen Erschöpfung der Völker darum doch vielleicht internationale Abrüstungsverträge abgeschlossen werden, ist möglich: aber auf wie lange? Bis die Völker wieder erstarkt sind und die Generation, die unter dem Krieg gelebt und gelitten hat, ausgestorben ist, sicher nicht länger, vielleicht je nach dem Ausgang des Krieges viel kürzer. Und gegen Schiedsgerichte —? Da hat schon der Mann des klaren gesunden Menschenverstandes, hat Lessing das durchschlagende Argument ins Feld geführt: der Haupteinfall jenes Herrn von Palthen, des Mannes eines immerwährenden Friedens, sei der: „ein allgemeines Parlament oder Tribunal zu errichten, dessen Ausspruch sich alle europäischen Staaten gefallen lassen müssen. Wenn sich aber nun unter den europäischen Mächten Halsstarrige fänden, die dem Urteile des Tribunals Genüge zu leisten sich weigerten? wie da? O, der Herr von Palthen hat vollstreckende Völker, er hat militärische Exekution. Hat er die? Nun wohl, so hat er Krieg!" Den ewigen Frieden aber allemal wieder durch Krieg herbeiführen, erzwingen zu müssen, das wäre doch der vollendete, ein gerade-

zu komischer Selbstwiderspruch! Oder praktisch an einem Beispiel illustriert: wie glaubt man, daß es 1914 Österreich und mit ihm Deutschland vor einem Schiedsgericht ergangen wäre, das sich aus englischen, französischen, russischen und italienischen Richtern unter dem Vorsitz des Herrn Wilson zusammengesetzt hätte? Hätten wir da nicht doch zum Schwert greifen müssen, um gegen diese ungerechten Richter zu unserem Rechte zu kommen und unsere nationale Existenz und Unabhängigkeit, unsere nationale Würde und Ehre diesem Tribunal gegenüber zu behaupten?

Eine Utopie also, ein Traum, wie die Völker vor alten Zeiten den Traum von einem goldenen Zeitalter oder einem Paradies geträumt haben! Und doch nicht ganz so. Man hat meistens den Schluß der Kantischen Schrift „Zum Ewigen Frieden" übersehen, wo es heißt: „Wenn es Pflicht ist, den Zustand eines öffentlichen Rechtes, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung wirklich zu machen, so ist der ewige Friede keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst ihrem Ziele beständig näher kommt." Eine Aufgabe somit, deren Ziel im Unendlichen liegt, also niemals erreicht wird und werden kann, dem man sich aber doch beständig zu nähern die Pflicht hat. Der Ewige Friede ist eine Idee, aber keine leere, sondern eine sittliche: das ist Kants Meinung; oder wie es in seiner Schulsprache heißt: sie ist ein regulatives Prinzip, das so lautet: handle so, als ob ein ewiger Friede möglich wäre!

Und an wen wendet sich Kant mit diesem Imperativ? An die Staatsmänner: ihre Pflicht ist es, so zu handeln, als ob durch ihre Aktionen, ihre Verhandlungen und Abmachungen, ihre Bündnisse und Verträge ein ewiger Friede herbeigeführt und wir diesem Zustand durch sie näher und immer näher gebracht werden könnten. Sehen wir uns unter diesem Gesichtspunkt etwa Bismarcks Friedensschlüsse an. Zuerst den mit Dänemark: seit 54 Jahren haben wir mit diesem Lande Frieden, der auch im Weltkrieg nicht in die Brüche gegangen ist; dann den mit Österreich: seit 52 Jahren hält er und seit 40 Jahren stehen wir mit ihm in einem Friedens- und Freundschaftsverhältnis von seltener Festigkeit und Treue; endlich den mit Frankreich: daß es grollte und sobald als möglich nicht etwa nur Elsaß-Lothringen werde wiederhaben, sondern sich auch für seine Niederlage und seinen dadurch schwer verletzten Stolz und Eitelkeit werde Rache nehmen wollen, war klar. Also galt es zweierlei: 1. sich gegen es so stark zu machen, daß es nie mehr hoffen konnte, in einem Duell wie 1870, allein und aus eigener Kraft obzusiegen; dazu diente die Wegnahme von Straßburg und Metz; und 2. jede Koalition zwischen Frankreich und Rußland von weit her schon zu verhindern; dazu diente jener wundervolle Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der Deutschland den Rücken decken und den Krieg gegen zwei Fronten fernzuhalten bestimmt war.

Und so hat denn selbst mit Frankreich, diesem uns so tödlich hassenden Gegner, der Friede 43 Jahre lang vorgehalten. Darum ist es wohl der schwerste Fehler der deutschen Diplomatie gewesen, daß nach Bismarcks Sturz im Jahre 1890 jener Vertrag mit Rußland ohne Not gekündigt und dieses dadurch sofort in die Arme Frankreichs getrieben wurde.*) Daß uns der Friede solange erhalten geblieben ist, hat aber noch einen anderen allgemeineren Grund: daß unser Schwert geschliffen geblieben ist und wir unsere Landmacht auf ihrer Höhe als die stärkste in der Welt erhalten und zu rechter Zeit auch angefangen haben, eine Seemacht zu werden, das hat Bismarck als die beste Deckung für den Frieden erkannt und danach hat er gehandelt; und daran haben auch seine Nachfolger glücklicherweise festgehalten. Nach alledem ist es nicht zu kühn, wenn ich sage: kein anderer hat mehr für den Weltfrieden getan als Bismarck, und damit hat er dem Ewigen Frieden besser und wirkungsvoller gedient, als Berta von Suttner in Wien mit ihrem Roman, oder als der Bismarckschmäher Fr. W. Förster in München.

*) Bezüglich des Rückversicherungsvertrages mit Rußland verweisen wir auf die Erörterung seiner Bedeutung durch Exzellenz Raschdau in Heft 15 der „Grenzboten".

Auch wir ſtehen mitten in und vor Friedensſchlüſſen, auch an unſere Staatsmänner tritt dabei die ſchickſalsſchwere Frage heran, wie ſie dem Ewigen Frieden am beſten dienen: ihre Pflicht, ihre ſittliche Aufgabe iſt es. Und da wird das Bismarckſche Rezept auch für ſie gelten: nicht ein Schlagwort, eine Phraſe und ein Traum, der — trotz des Grafen Czernin*) — keine Ausſicht auf wahre und dauernde Verwirklichung hat und haben kann, ſondern erſtens unſere Grenzen zu ſichern und ſie ſo günſtig als möglich für uns zu geſtalten; zweitens uns politiſch klar zu werden, mit wem wir nach dem Kriege Freundſchaft ſchließen können und wollen, damit nicht wieder gefährliche Koalitionen gegen uns ſich bilden, und daraufhin die Friedensbedingungen einzurichten; und drittens unſer Schwert geſchliffen zu erhalten, nicht abzurüſten, ſondern alsbald wieder dazuſtehen, gewappnet gegen jeden Feind bis an die Zähne: das iſt es, was wir von Bismarck lernen können.

Und nun die ſittliche Aufgabe und Pflicht von uns Nichtſtaatsmännern: dieſem harten Muß nicht nachzutrauern und darüber weichmütig zu klagen, ſondern uns zu erinnern, daß auch der Krieg ſeine Ehre hat, und uns zu fragen, ob denn ein ewiger Friede ſo ohne weiteres ein Glück wäre für die Welt, nicht auch ſeine Schattenſeiten und ſein Verluſtkonto hätte. Hat ſich etwa der Handelsgeiſt, den Kant ſich an Stelle des kriegeriſchen Geiſtes kommend und die Welt erfüllend denkt, mit ſeinem egoiſtiſchen Preistreiben und Wuchern, ſeinem Hamſtern und Schieben in dieſem Krieg ſo herrlich geoffenbart und bewährt, und unſerem Volk ſo gut und wohl getan? Umgekehrt iſt der Krieg nicht nur ein Übel, ſondern er iſt auch ein Erzieher zum Guten, der deutſche Militarismus iſt eine treffliche Schule für das deutſche Volk, um es geſund, tüchtig und ſtark zu machen, ihm eine Reihe von Tugenden — ich nenne nur zwei, Tapferkeit und Staatsgeſinnung — einzuflößen, und ihm den Schützengrabengeiſt und den Brotkartengeiſt auch in den Frieden hinein zu erhalten. Daß wir Deutſche daneben mild und gerecht, human und menſchlich ſind und bleiben wollen, auch gegen die anderen, das verſteht ſich bei unſerem Nationalcharakter von ſelbſt; daß wir keine Barbaren ſind, das zeigen unſere Feldgrauen allüberall, in Frankreich und in Belgien, in Rußland und in Rumänien. Und das iſt der Beitrag, den nicht nur unſere Staatsmänner durch Verträge und Völkerrechtsparagraphen, ſondern den jeder einzelne von unſeren Kämpfern draußen durch ſein Verhalten zur Vermenſchlichung des Krieges und damit zur Annäherung an die Idee vom Ewigen Frieden beiſteuern kann und beizuſteuern die Pflicht hat.

So iſt, was uns erſt nur als ein ſchöner Traum, dann als eine Aufgabe für unſere Staatsmänner erſchien, nun doch zu einer Aufgabe für uns alle geworden, die wir — und das iſt das Große und das Schöne und das Fruchtbare daran — nicht erſt nach dem Kriege und gegen den Krieg, ſondern mitten im Krieg und als Kriegführende zu löſen und zu leiſten haben. Verſtehen wir ihn in dieſem Sinn richtig, dann ſtehen wir ſchließlich doch alle im Dienſte des Traumes vom Ewigen Frieden.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

Ich nehme nicht an, daß Sie, ſehr geehrter Herr, die Abſicht haben, nach dem Kriege in die Schweiz oder ſonſt ein angenehm neutrales Land zu überſiedeln, aber ich nehme es von einer ganzen Anzahl unſerer geſchätzten, von der Steuerbehörde beſonders geſchätzten Mitbürger an. Auch das Reichsſchatzamt nimmt das an und hat deshalb in das neue Steuerbukett ein Dornröslein geflochten. Die Herren, die heute die Tauſendmarkſcheine loſe in der Hoſentaſche tragen, können, wenn ſie

*) Vor ſeinem Sturz geſchrieben.

wollen, den deutschen Staub von den Füßen schütteln, aber das zarte und dennoch feste Band des Steuerfluchtgesetzes hält sie noch fünf Jahre zu fruchtbarer Beziehung am teueren Vaterlande fest. Die neutralen Länder, die auf zahlungsfähigen Zuwachs reflektieren, werden sich entschließen müssen, den Einwanderern entgegenzukommen, weniger indem sie sie an der Grenze durch Ehrenjungfrauen empfangen, als indem sie ihnen den steuerlichen Übergang erleichtern. Werden sie das aber tun können? Früher war Belgien ein Eldorado der Steuerdeserteure und ein schöner Schweizer Kanton war steuerlich überaus fremdenfreundlich. Aber die Zeiten haben sich in Belgien geändert und auch die Schweizer Kantone werden sich den Steuergürtel fester schnallen müssen. Im Kanton Bern gab es und gibt es wahrscheinlich noch eine jährlich erscheinende amtliche Veröffentlichung eigener Art, die sich nach dem Kriege auch bei uns als angenehme Volkslektüre empfehlen würde: ein gedrucktes Verzeichnis der Steuerzahler mit Angabe des deklarierten Einkommens und Vermögens. Dieses Nachschlagebuch war stets bei den Lesern beliebter, als bei denen, die darin finanziell abgebildet waren, es müßte denn sein, daß sie sich aus diesem oder jenem Grunde heroisch selbst überschätzt hatten. Man stelle sich einmal die Schnelligkeit vor, mit der die Auflage eines solchen Volkslesebuches bei uns vergriffen wäre. Man male sich den Gesichtsausdruck der lesenden guten Freunde und getreuen Nachbarn, der Gläubiger, wenn sie dem Schuldner nachspüren, der heiratslustigen Jünglinge, der töchtergesegneten Mütter, der Bettelbriefschreiber, der schnorrenden Wohltätigkeitsanstalten, der ängstlich gewordenen Schneider, der neugierigen Portiers, der alleinstehenden jungen Damen, nachdem sie die Adresse des älteren Herrn erfahren haben, der sie auf der Tauentzienstraße angesprochen hat!

Inzwischen steuern wir hinein in die Zeit der Steuern, der indiskutablen, der ohne weiteres zu genehmigenden, der vorläufig vom Mittelstande mit dem Gelde, das er nicht mehr hat, zu tragenden Steuern.

Steuern auf Bier,
Steuern auf Tee,
Steuern auf Wein,
Kakao, Kaffee,
Trank ohne Alkohol
Wird jetzt versteuert,
Und der Champagner
Noch mehr verteuert,
Aktiengesellschaften werden betroffen,
Aufsichtsräte dürfen nicht hoffen,
Daß die Tantièmen ganz ihnen verbleiben,
Zwanzig Prozent sind herunterzuschreiben;
Kaufst du 'ne Ware, zahlst du erst Steuer,
Ist es ein Luxus, sei er dir teuer,
Ach und den Spiritus,
Trink- oder brennbar,
Steigert der Staat jetzt
Im Preise erkennbar.
Schreibst du 'ne Karte der fernen Geliebten,
Oder 'nen Trostbrief einem Betrübten,
Ferngespräch oder Botschaft des Drahtes:
Höher steigt der Anspruch des Staates!

Und das ist nur der Anfang. Aller Anfang ist schwer. Es wäre aber leichtsinnig anzunehmen, daß das, was noch kommen wird, etwa weniger schwer sein wird, als dieser Anfang. Aus guter Quelle weiß ich, daß die Steuern von jetzt an mit Hilfe des Wörterbuches gemacht werden. Ein begabter Geheimrat setzt sich dahinter und streicht die Bezeichnung für jeden Gegenstand an, der sich zur Besteuerung eignet, von „Atem" bis „Zuchthausstrafe". Wer atmet, lebt, wer lebt, kann sich freuen. Wer sich freut, kann eine Lustbarkeitssteuer zahlen. Wer im Zuchthaus sitzt, spart bekanntlich sehr viel Geld, es ist also nicht mehr als recht und billig, daß er einen Einkommensteuerzuschlag zahlt. Nehmen wir also nicht tragisch, was der Reichstag mit munterer Bereitwilligkeit bewilligen wird. Für Lebenskünstler und solche, die es werden wollen, bleibt nun keine andere Wahl, als auf psychologischem Wege das Steuerzahlen in einen Genuß zu wandeln. Eine gute, fette Steuer muß mit demselben Beifall begrüßt werden, wie der neueste Operettenschlager, ein Besuch auf der Steuerkasse muß in der Stimmung einer Kindtaufsfeier unternommen werden. Wenn man einen guten Freund auf der Straße trifft, der einen fragt, weshalb man so heiter dreinschaue, muß man imstande sein, zu antworten: „Ich habe — hahaha — gerade — hehehe — Steuern bezahlt! Es war noch einmal so viel, wie letztes Jahr — hohoho!"

Das Leben aber gleichet von jetzt an einem Baum. Einer Akazie. Mit vielen Ästen. Jeder Ast trägt eine Bezeichnung. „Preise", „Steuern", „Löhne", „Gehälter", „Teuerungszulagen", „Mieten" und so fort in Wiederholung. Wir aber müssen wie die Affen von Ast zu Ast klettern. Je höher wir klettern, desto weniger sind wir auf einen grünen Zweig gekommen. Erst wenn der kräftige Mist des Angebots und des freien Wettbewerbs und der wohltätige Kunstdünger eines neu aufgebauten geordneten Wirtschaftslebens wieder die Wurzeln besagten Baumes nährt, brauchen wir nicht mehr so fieberhaft zu klettern und können uns auch einmal im schattigen Geäst ausruhen. Vorläufig aber gibt's nur ein Mittel, uns vor Überanstrengung bei dieser zwangsweisen Aufwärtsbewegung zu schützen: ein neuer Lebensstil. „Herr und Frau Meier beehren sich, Herrn und Frau Müller auf Sonntag abend acht Uhr zu fünfzehn Zentimeter Wurst und einem Viertelpfund Schweizerkäse-Ersatz einzuladen. Anzug: Russische Leinenbluse." Und in den Gerichtsberichten der Zeitungen muß zu lesen sein: „Der mehrfach vorbestrafte, durch seinen Reichtum berüchtigte Kriegsgewinnler Lehmann wurde wegen wiederholter Geldprotzerei in öffentlichen Lokalen mit vier Wochen Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate beantragt." „Wegen Kaviaressens im Rückfalle wurde die bekannte Filmschauspielerin Mizzi Lavinia zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt." Und so.

Sonderbar ist die Lage, in der wir uns befinden! Wir sollen auch nach dem Kriege einfach und schlicht leben, wie die Väter lebten und haben uns doch technisch-materielle Bequemlichkeiten und Bedürfnisse angewöhnt und angezüchtet, wie so schnell und talentvoll kein anderes Volk und unser Leben mit so viel Verschmitztheiten der Technik und Industrie angefüllt, wie außer uns höchstens noch die Amerikaner. Nicht nur Berlin, auch die übrigen großen Städte Deutschlands haben dem Vergnügen und dem Genuß immer mehr und immer verlockendere Tempel gebaut. In unseren Warenhäusern wurden wollene Unterhosen in marmorschillernden Krönungshallen feilgeboten. Ladenmädchen und Portokassenjünglinge tranken ihr Abendbier in goldstrotzenden Luxuscafés und man konnte kein belegtes Butterbrot mehr essen, ohne daß eine Kapelle dazu künstlerische Musik machte. Die schöne Gewohnheit der Altvordern, mit viel Hingabe und Fassungskraft zu essen und zu trinken, haben wir sorgfältig beibehalten. Und das soll nun alles anders, einfacher, sparsamer, knapper werden? Wir sollen abends, nachdem uns Tee und Butterbrot gelabt haben, im trauten Heim beim traulichen Schein der Lampe auf dem Sofa sitzen und ein gutes Buch lesen, damit wir unsere Arbeitskraft schonen, Sparkapital anhäufen und keine ausländischen Genußmittel konsumieren. Mäßig, brav und einfach, sparsam, außer in den Beziehungen zum Klapperstorch, so sollen wir in die neue Zeit hineinschreiten. Werden wir das? Ich fürchte, nein, und ich nehme an, daß Exzellenz Michaelis der Stoff zu Bußpredigten nicht ausgehen wird, denn die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, daß wir einer Zeit unerfreulichster materieller Genußsucht entgegengehen, einer Zeit, da die, die leben, sich ausleben wollen. Einer Zeit, in der vom neuen Reichtum der Ton angegeben wird, in der sich die Macht des Geldes stärker zeigen wird, als je zuvor, weil die Preissteigerungen für alle äußeren Annehmlichkeiten so viel mehr Leute als früher von deren Genuß ausschließen. Es wird darum auch eine Zeit grimmigsten Neides werden und fieberhafter Anstrengungen, sich zu verschaffen, was so viel schwerer zugängig wird. Der alte Adam wird wahrscheinlich nicht nur nicht ausgezogen werden, sondern sich noch häßlicher präsentieren. Die Geheimräte, die von den neuen Steuern unter anderem auch erhoffen, daß sie spartanische Menschen schaffen, die nach dem philosophischen Grundsatz leben: „Enthaltsamkeit ist das Vergnügen an Dingen, welche wir nicht kriegen", werden enttäuscht werden. Aber ihre Enttäuschung wird der Segen der Reichsfinanzen sein. Mit der Kraft, mit der der Deutsche die Feinde in die Pfanne gehauen hat, wird er arbeiten, daß der Genuß unter der Teuerung der Genüsse nicht leidet und die modernen Annehmlichkeiten und äußeren Schönheiten des Lebens ob der fiskalischen Unannehmlichkeiten nicht zu kurz kommen. Die Zahl derer, die aus den

Nöten der Zeit zur Verinnerlichung, Vereinfachung, Vergeistigung des Lebens gelangen und gelernt haben, daß das Lebensglück um so größer ist, je geringer die Bedürfnisse sind, wird nach wie vor in einem Omnibus Platz haben. Einem Omnibus von mittlerer Größe.

Ihr

Nemo

Biegen oder brechen?

Die Aussichten der Wahlrechtsvorlage

Seit der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses den Wahlrechtsentwurf zum zweiten Male abgelehnt hat, ist die bekannte Frage: Was gedenkt die Regierung zu tun? bei den an einer Annahme interessierten Kreisen wieder auf der Tagesordnung.

Zunächst gedenkt sie natürlich, nichts zu tun. Da die Kommissionsbeschlüsse niemals definitiven Charakter tragen, so wird sie die Haltung des Plenums abwarten. Wenn aber hier eine Ablehnung sich wiederholt? Für diesen Fall verlangen führende Blätter der drei wahlrechtsfreundlichen Parteien, „Germania", „Berliner Tageblatt" und „Vorwärts", zu denen sich ihre nationalliberalen Gesinnungsfreunde gesellen, übereinstimmend, daß die Regierung zur Auflösung schreiten müsse. Das sozialdemokratische Blatt hält diese Notwendigkeit schon nach der zweiten Lesung für gegeben. Bekanntlich das einzige „verfassungsmäßige" Mittel gegenüber der zweiten Kammer (vgl. Nr. 13 der „Grenzboten"). Von einer Überweisung der Vorlage ans Herrenhaus, wo eventuell durch Pairsschub der § 3 in der Fassung des Regierungsvorschlages wiederhergestellt werden könnte, erwartet man — mit Recht — nicht viel, da das Abgeordnetenhaus einer Vorlage der „Herren" kaum günstiger gegenüberstehen würde als jener der Regierung.

Das wäre also die Alternative des gewaltsamen Brechens mit dem erbitterten Wahlkampf als Folge, wenn sie nicht in umgekehrter Form eintritt, daß nämlich die Regierung über dem Widerstand der Opposition zu Fall kommt.*)

Daneben besteht die Möglichkeit einer friedlichen Lösung. Entweder durch Umfall im Parlament. So meint die „Berliner Morgenpost": zwischen der zweiten und dritten Lesung würden die Führer der jetzt noch mit Verserkertrotz gegen den neuen Geist kämpfenden Parteien mildere Saiten aufziehen. Oder: — indem die Regierung sich auf Verhandlungen einläßt!

In diesem Zusammenhange empfehlen wir einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" (Nr. 297) größter Beachtung. Wir wiesen schon vor einer Woche auf Überraschungen hin, die möglicherweise von Zentrumsseite sich ereignen könnten. Das mitunter gut unterrichtete rheinische Parteiorgan weiß nun folgendes „aus Berlin" zu melden: Kenner der parlamentarischen Verhältnisse beurteilen die Lage ernst. Die Freikonservativen in übergroßer Mehrheit und die Nationalliberalen in ansehnlicher Stärke haben sich augenscheinlich zu einem festen Kartell vereinigt, um, unbekümmert um die Folgen, die Wahlrechtsvorlage abzulehnen. Jedenfalls wird bei der zweiten Lesung die Vorlage abgelehnt werden. Es wird, falls die Regierung es zur Abstimmung in der dritten Lesung kommen läßt, nun darauf ankommen, ob sie in Verhandlungen mit den Parteien eine Einigung, die ihr an-

*) Angedeutet in der „Berliner Börsen-Zeitung" (Nr. 171) und konkreter von der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" (inzwischen halbamtlich dementiert.)

nehmbar erscheint, erzielt, oder ob die Dinge so weiter treiben wie bisher. Alsdann dürfte auch in dritter Lesung die Vorlage abgelehnt und ein Wahlkampf heraufbeschworen werden, wie ihn Preußen noch nicht gesehen hat.

Das Zentrum selber werde, so heißt es weiter, auch bei den letzten Abstimmungen ziemlich geschlossen auftreten können. Man glaubt, daß die Regierung sofort nach der zweiten Lesung die bisherige passive Haltung aufgeben und zu vollbewußten klaren Verhandlungen mit den einzelnen Parteien schreiten werde. Das Zentrum hat unzweideutig bekundet, welchen überragenden Wert die Partei auf eine genügende kulturelle Sicherung im Gesetz legt.

Die Regierung hat zwar keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich mit allen Mitteln für ihre Vorlage einsetzen werde, daneben doch aber auch auf das Bedenkliche von Wahlen während des Krieges hingewiesen. Reichstagsabgeordneter Stresemann meinte vor den Nationalliberalen von Minden-Ravensberg, eine Auflösung des Landtages sei nicht zu verantworten, da sie nur Lloyd George und Clemenceau die größten Dienste erwiese, und selbst der „Vorwärts" muß (allerdings aus anderen Gründen) die Schattenseiten eines solchen Verfahrens zugeben.

Vom Zentrum aber argwohnt das gleiche Blatt, daß man hier eine Ablehnung der Wahlrechtsvorlage in zweiter Lesung „gar nicht ungern" sehen würde, um vor der letzten Entscheidung „noch ein kleines Kuhhandelsgeschäft herauszuschinden". Nun redet zwar die „Kölnische Volkszeitung" von Verhandlungen mit „den einzelnen Parteien", man dürfte aber wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß hierdurch nur euphemistisch die eigenen Wünsche und Bereitwilligkeiten umschrieben werden.

Die Frage der sogenannten kulturellen Sicherungen steht für das Zentrum durchaus im Mittelpunkt des Interesses. Auch bei der zweiten Lesung versuchten seine Vertreter ihren früher (Nr. 12 S. 338 f.) besprochenen Antrag auf verfassungsmäßige Festlegung der Rechte zwischen Kirche und Staat durchzusetzen. In der „Germania" wurde dieser Gedanke nach den entgegengesetzten Richtungen hin verteidigt. Den Konservativen gab man (in Beantwortung einer Zuschrift der „Kreuzzeitung") zu bedenken, daß es „unbegreiflicher Optimismus" sei, eine Besserung des jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zu erhoffen und infolgedessen sich gegen die vom Zentrum vorgeschlagene Zweidrittelmajorität zu sträuben, nur aus dem Grunde, weil man dann vielleicht bei einer Neuregelung von der Gnade einer kirchenfeindlichen Drittelminderheit abhängig werden könnte. Ganz im Gegenteil, meint die „Germania", sei etwas Besseres als der status quo „für absehbare Zeiten gänzlich ausgeschlossen und weit Schlimmeres zu befürchten." Die evangelische Landeskirche aber habe „an der verfassungsmäßigen Sicherung der anerkannten kirchlichen Rechte und Freiheiten ein weit größeres Interesse" als die katholische, weil der Protestantismus ohne Staatskirchentum der festen, sicheren Grundlage im öffentlichen Leben entbehre und dem Prinzip der freien Forschung gemäß in allerlei Sekten aufgehen würde. Ob und wie dieser Satz zu diskutieren ist, bleibe hier dahingestellt. Jedenfalls hat die katholische Kirche selbst das größte Interesse an genannten „Sicherungen", das zeigt auch die Absage nach links. Einen Aufsatz des Kölner Redakteurs Sollmann (in Nr. 2 der „Glocke"), der sich gegen kirchliche „Autokratie" wendet, deutet die „Germania" sofort als Angriff auf die „kirchliche Autorität", ins Kulturpolitische übertragen, auf die konfessionelle Volksschule, um damit den „hohen Wert" ihrer Sicherungsforderungen zu begründen.

Angesichts dieser Sachlage wird man sich nicht wundern dürfen, daß, wie wir hören, ein Zentrumsabgeordneter in der Kommission erklärt hat, auch für den Fall einer Annahme des Pluralwahlrechts werde seine Partei auf jene Sicherungen nicht verzichten können! Man kann es dem Zentrum von seinem Standpunkte aus nicht verdenken. Eben deswegen aber liegen gewisse Folgerungen im Bereiche der Möglichkeit für den Fall, daß sein Kulturprogramm neben dem gleichen Wahlrecht nicht durchgedrückt werden sollte. Im Falle seiner

Annahme würden nach der „Kreuzzeitung“ (Nr. 194) „vermutlich“ nur „die wenigen Zentrumsabgeordneten, die jetzt etwa geneigt sind, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, dafür gewonnen werden.“ ...

Bei der Entscheidung „Biegen oder brechen“ kommt natürlich auch das Verhalten der Nationalliberalen in Frage. Die seit langem im Schoße der Partei bestehenden Gegensätze erschienen jüngst in Form eines Zweikampfes zwischen Friedberg und Lohmann, denn diesen beiden Führern stehen doch wohl jene durch die Presse gehenden Äußerungen in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nahe.

Es gehört ja gegenwärtig zu den politischen Pflichten, den Wahlrechtsgegnern unter der Partei mehr oder weniger sanft ins Gewissen zu reden (von den persönlichen Verunglimpfungen, die sich die extreme Presse der Linken leistet, sehen wir ab), demgegenüber muß man doch immer wieder mit allem Nachdruck die nüchternen Tatsachen sprechen lassen. Und Tatsache ist doch, daß der konservative Pluralwahlrechtsantrag nichts weiter ist, als eine Wiederholung der Beschlüsse, die von der interfraktionellen Kommission des Abgeordnetenhauses im Juni v. J. angenommen worden sind. Wir haben das schon Anfang März betont (Nr. 9, S. 257), und jetzt weist der „Wahlrechtsgegner“ in der obigen Korrespondenz auf diesen Zusammenhang hin. In der Kommission aber war auch das Zentrum vertreten, wie das „Berliner Tageblatt“ wohl wissen dürfte. Es ist also wieder mal eine jener beliebten Entstellungen durch Auslassung, wenn das demokratische Blatt, die Enthüllungen der Korrespondenz im übrigen mit bräutlicher Schamhaftigkeit als „neu“ empfindend, behauptet, daß sich „die nationalliberale Partei im vorigen Jahre mit den konservativen Wahlrechtsfeinden auf Gedeih und Verderb zusammengetan“ habe. (15. April, Abendblatt.)

Die Dinge liegen vielmehr so, daß von jenen „Kartellparteien“ die Nationalliberalen ihrem alten Standpunkte treu geblieben sind, während das Zentrum den inzwischen veränderten Ansichten der Regierung sich angepaßt hat. Ersteren kann also der Vorwurf politischer Inkonsequenz und Ammoralität beim besten Willen nicht gemacht werden. Eher behält, wenn auch in anderem Sinne als er selbst meint, der „Vorwärts“ recht, der die nationalliberalen Wahlrechtsgegner mit den „Unabhängigen“ aus dem eigenen Lager vergleicht.

Unter den lieben Deutschen gibt es sonderbare Leute. Nach außen predigen sie den Grundsatz der Verständigung in allen Tonarten, gegenüber ihren Landsleuten gilt's den Kampf bis aufs Messer. Die Zeiten aber ändern sich, sie haben sogar der „Magna Charta“ vom 19. Juli 1917 ihre ehrwürdige Bedeutung geraubt. Sollte die innere Politik auch ...?

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Volksstimmrecht und Völkerrecht. Das Volksstimmrecht im Staatsrecht ist durch die Wahlgesetze der Staaten geregelt. Das Volksstimmrecht im Völkerrecht zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker muß zwischen den beteiligten Staaten in jedem einzelnen Falle durch Staatsvertrag geregelt werden. Die Regelung in den bekanntesten Fällen der letzten sechzig Jahre, bei der Abtretung von Nizza und Savoyen an Frankreich 1860, bei der Ausübung des „Selbstbestimmungsrechtes“ in Toskana, Parma, Modena, Neapel 1861, im Kirchenstaat 1866, bei der Abtretung der Jonischen Inseln seitens Englands an Griechenland, bei dem Übergang Venetiens von Österreich an Italien 1866 u. a., war unvollkommen und unklar und die Quelle gerechten Mißtrauens gegen die Gerechtigkeit der erfolgten Volksentscheidungen. Diese Quelle von vornherein zu verstopfen ist nur

möglich, wenn außer der Gewähr voller Freiheit in der Ausübung des Volksstimmrechtes auch von vornherein volle Klarheit über drei Hauptfragen durch völkerrechtlichen Vertrag gesichert wird: Wer soll stimmberechtigt sein? Welches Stimmverhältnis soll entscheidend sein? Wie soll gestimmt werden — direkt oder indirekt?

Die erste Frage kann nicht so gelöst werden wie beim Volksstimmrecht im inneren Staatsrecht. Eine Beschränkung auf einen relativ so kleinen Personenkreis, wie ihn die Wahlberechtigten zur Volksvertretung vielfach darstellen, würde der Tendenz des Plebiszits, die Stimme des Volkes selbst zu hören, widersprechen. Auch da, wo das allgemeine, gleiche Wahlrecht gilt, muß über diesen staatsrechtlichen Kreis hinaus noch ein weiterer „konzentrischer" Kreis gezogen werden, in dem für Frauen, Arme und Minderjährige Raum ist. Die zweite Frage darf ebenfalls nicht schematisch nach dem im inneren Staatsrecht regelmäßig maßgebenden Prinzip der einfachen Majorität behandelt werden. Kann auch andererseits nicht Einstimmigkeit gefordert werden, so muß doch eine „überwältigende" Mehrheit Voraussetzung einer derartig gewaltigen Veränderung sein, wie sie der Übergang eines ganzen Volkes in einen anderen Staatsverband bedeutet. Das Problem wird noch verwickelter, wenn nicht das ganze bisherige Gebiet des abstimmenden Volkes als Einheit behandelt, sondern bezirks- oder gemeindeweise gestimmt wird. Die dritte Frage ist, ob direkt gestimmt werden soll (wie bei den „Urwahlen" im inneren Staatsrecht) oder indirekt durch repräsentive Körperschaften der Landesbevölkerung — Gemeinde-, Bezirks- oder Landesparlamente. Und auch hier wird die Frage der Ermittlung der wahren Volksstimmung noch schwieriger, wenn derartige Körperschaften noch gar nicht vorhanden sind und es zweifelhaft ist, wie und von wem sie aus dem bisherigen „Chaos" geschaffen werden, oder sozusagen durch „Urzeugung" entstehen können.

Alle diese Schwierigkeiten haben viele Völkerrechtslehrer zu dem Schlusse geführt, daß infolge der „Wertlosigkeit des Abstimmungsergebnisses" die Volksabstimmungen „aufgehört haben, ein brauchbares Institut des Völkerrechts" zu sein (so Holtzendorff, Stoerk, Lasson u. a. m., während von der älteren Schule Bluntschli warm für sie eintrat). Aber dieselben Schwierigkeiten begegnen uns auch auf dem Gebiete des innerstaatlichen Wahlrechtes. Und doch bleibt dieses unbestritten ein nicht nur brauchbares, sondern notwendiges Rechtsinstitut. Gerade bei staatsrechtlichen Problemen und Bedenken läßt sich nur zu oft (und so auch im vorliegenden Falle) ein bekanntes Dichterwort in umgekehrtem Sinne anwenden: „Leicht beieinander wohnen die — Tatsachen, doch hart im Geiste stoßen sich die — Begriffe". Und so wird auch hier die Praxis des Völkerrechtes als möglich erweisen, was die Theorie als „unmöglich" oder unbrauchbar erklärte und durch den Ausbau eines sorgfältig und gerecht durchgeführten Systems wahrer Rechtsnormen zeigen, daß das Volksstimmrecht im Völkerrecht derselben funktionellen Sicherheit fähig ist, wie das Volksstimmrecht im Staatsrecht.

Dr. M. de Jonge

Die Politik der Offenen Tür und der Weltkrieg. Wer die deutsche Weltpolitik vor dem Kriege mit einem kurzen und treffenden Schlagworte charakterisieren wollte, bezeichnete sie am besten als die Politik der Offenen Tür. So pflegte sie sich auch selbst zu bezeichnen. Seitdem Fürst Bülow zu Beginn der neuen Weltpolitik das Wort von dem deutschen Anspruch auf einen Platz an der Sonne gesprochen hatte, wurden die amtlichen Stellen nicht müde, das Streben nach der Offenen Tür als das Wesen deutscher Weltpolitik zu verkünden. Nicht minder waren Publizistik und Wissenschaft Jahr für Jahr eifrig bemüht, dies Wesen nach allen Seiten nicht nur zu schildern, sondern auch zu rechtfertigen. Diese ständige und ausgiebige öffentliche Erörterung in Verbindung mit der praktischen Durchführung dieser Politik hat sie bald zu einer so allgemein bekannten Weltgröße gemacht, daß sich eine nähere Beschreibung noch heute erübrigt.

Der Ausdehnung der deutschen Wirtschaft in aller Welt sollte die Tür offen gehalten und wenn nötig neu geöffnet werden. Von Anfang an war das Ziel dieser Politik in erster Linie Ausdehnung des deutschen wirtschaftlichen Einflusses, erst in zweiter Linie

Erweiterung der politischen Macht. Obwohl diese beiden Ziele aufs engste miteinander zusammenhängen und obwohl sie deshalb in der Regel nur zusammen erstrebt und erreicht werden können, so gewöhnte sich die öffentliche Erörterung und die praktische diplomatische Arbeit je länger, je mehr daran, diese Ziele sorgfältig voneinander zu unterscheiden. Was im wirklichen Leben undurchdringlich miteinander verflochten ist, wurde hier nicht nur von „Literaten" und anderen mehr oder weniger berufenen Lehrern der Weltpolitik sorgfältig und mit echt deutscher Gründlichkeit voneinander getrennt, sondern auch von praktischen Politikern und sonstigen Pionieren des deutschen Gedankens.

Es kam dann sogar zu vertragsmäßig festgelegten Erklärungen, daß man wohl das eine, das wirtschaftliche, nicht aber das andere, das politische Ziel wolle. Den Beweis liefern u. a. die Verträge, die das Deutsche Reich 1909 mit Frankreich über Marokko und zwei Jahre später mit Rußland über Persien abgeschlossen hat. In diesen beiden für das Wesen deutscher Vorkriegspolitik und damit auch für das Wesen der deutschen Politik der Offenen Tür höchst bezeichnenden Verträgen zieht sich das Reich beide Male politisch in der Hauptsache aus den strittigen Gebieten heraus, aber nur, um sich die Öffnung der Tür — auf dem Papiere — um so unverbrüchlicher gewährleisten zu lassen und wirtschaftlich anscheinend um so fester hindurchzugreifen.

Auch die Beweggründe dieser spezifisch deutschen, von der nordamerikanischen z. B. stark abweichenden Form der Weltpolitik oder richtiger der Weltwirtschaftspolitik liegen heute offen vor aller Augen. Der zunächst entscheidende Beweggrund war die unerläßliche Rücksichtnahme auf die hohe Blüte des deutschen Wirtschaftslebens, insbesondere der deutschen Exportindustrien, wie sie sich besonders im neuen Jahrhundert mit beispielloser Schnelligkeit und zu staunenerregender Herrlichkeit entfaltete. Die dieser Blüte entstammenden Früchte konnten auch beim besten Willen nicht wieder alle in den heimischen Boden eingesenkt und dort nutzbar gemacht werden. Mit unentrinnbarer Naturnotwendigkeit vielmehr verlangten sie fremden Boden, überseeische Luft, tropische Sonne. Dazu ertönte der Ruf: Führt Waren aus, damit ihr nicht Menschen, deutschen Kulturdünger, auszuführen braucht! Das ständige und verhältnismäßig rasche Sinken der deutschen Auswanderungsziffern zeigte denn auch bald, daß diese im Dienste deutscher wirtschaftlicher Weltausdehnung arbeitende Politik der offenen Tür etwas geleistet hat. Im Hinblick auf diese und andere Erfolge konnte man der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck verleihen: in diesem Zeichen wirst du siegen!

Siegen auch über die Mißgunst und die Feindschaft der Neutralen und der alten und neuen Feinde, besonders des im neuen Jahrhundert eben unter dem Eindrucke des Aufschwunges der deutschen Wirtschaft stark erweiterten und gefestigten angelsächsischen Weltbundes. Denn eben die Rücksicht auf die stets wachsende, besonders auf die zu einer Arbeits- und Erwerbsgenossenschaft ausgebaute anglo-amerikanische Konkurrenz liefert einen zweiten gewichtigen Beweggrund für die Politik der Offenen Tür. Indem man ihre vorwiegend wirtschaftlichen Ziele immer ausschließlicher betonte, war man immer mehr darauf bedacht, in Theorie und Praxis eine weitgehende politische Enthaltsamkeit zu bekunden, in der ausgesprochenen Absicht, die Empfindlichkeit der anderen nicht zu reizen, ihre Interessen und ihre Gefühle nach Möglichkeit zu schonen. Man strebe dort draußen nicht in erster Linie nach politischer Macht, nach Erweiterung des politischen Machtbereiches, sondern nur nach einem freien Betätigungsfeld für den deutschen Kaufmann. Damit glaubte man nicht nur den Interessen der schaffenden Stände in Deutschland am besten zu dienen, sondern auch allen von der Weltkonkurrenz außerhalb Deutschlands drohenden Gefahren am sichersten zu begegnen. Die Hoffnung regte sich immer wieder mächtig, daß durch diese politisch eingestandenermaßen durchaus enthaltsame Weltwirtschaftspolitik die Mißgunst und das Übelwollen der Feinde schließlich, wenn nicht entwaffnet, so doch zurückgedrängt werden würden. So schien die Politik der Offenen Tür dem Weltfrieden am besten zu dienen, und besonders unter Bülows Nachfolger wurde sie in diesem Sinne zu einem notwendigen und mit besonderer Liebe

gepflegten Bestandteile der allgemeinen deutschen Friedens- und Versöhnungspolitik, die besonders in den letzten Jahren vor dem Weltkriege so allseitig, opferwillig und fieberhaft arbeitete. Der politische Verzicht, so hoffte man, würde die Welt mit den deutschen Weltgewinnen allmählich aussöhnen.

Und doch hat diese Politik den Weltkrieg nicht verhindern können, und die Frage drängt sich heute immer wieder auf: ist er trotz oder wegen der spezifisch deutschen Politik der Offenen Tür ausgebrochen? Welche Rolle spielt diese Politik in der Vorgeschichte des Krieges? Ist die Politik der Offenen Tür unschuldig am Weltkriege? Angesichts bitterster Kriegserfahrungen wäre es vermessen, diese Schicksalsfrage noch mit einem billigen Ja aus der Welt zu schaffen. Wenn auch der innere, notwendige ursächliche Zusammenhang zwischen dieser Politik und der Entstehung des Krieges heute mit kurzen Worten nur schwer zu beschreiben ist, so stößt man bei dieser Politik doch bald auf einen wesenhaften Mangel, der jenen Zusammenhang beleuchten hilft. Es ist die steigende Abneigung gegen die Verbreiterung des unerläßlichen machtpolitischen Unterbaues. Denn darüber konnten sich doch auch Enthaltsamkeit und Opferbereitschaft keiner Täuschung hingeben, daß auch diese friedfertige, politisch enthaltsame Politik der Offenen Tür Politik blieb, folglich Machtäußerung. Wenn man dieser kunstvollen Maschine ihre machtpolitische Triebkraft entzog oder wenigstens verkümmerte, dann mußte sie leiden und konnte vor allem ihren aus den oben skizzierten Beweggründen ersichtlichen Doppelzweck nicht mehr erfüllen. Einerseits konnte sie den deutschen Interessen auf die Dauer keine zulängliche Stütze mehr sein, weil der Verzicht auf politischem Einfluß den Verlust des wirtschaftlichen Einflusses schon vor dem Kriege in der Regel nach sich zog. Außerdem machte diese Weltwirtschaftspolitik der Offenen Tür, die sich unter der Flagge des Deutschen Gedankens wohl zur Kulturpolitik hinaufläuterte, aber nicht zur Machtpolitik verfestigte, im Auslande auf die Dauer den Eindruck der Schwäche und war deshalb in verhängnisvoller Weise geeignet, dem Angriffswillen der Feinde ständig neue Nahrung zuzuführen. Man vergaß in Deutschland öfters die machtpolitische Grundlage, ohne doch die wirtschaftliche Ausdehnung und die Jagd nach Weltgewinn einzuschränken. Je mehr sich der Hochdruck der deutschen Weltwirtschaftspolitik im selben Verhältnisse wie die weltpolitische Enthaltsamkeit steigerte, um so entschlossener wurde der Feind. Etwa in dieser Richtung wären die Zusammenhänge zwischen der Politik der Offenen Tür und dem Weltkriege zu suchen. Prof. Dr. J. Hashagen

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Zwiſchen Rußland und Italien

Öſterreichiſch-ungariſche Kriegszielpolitik

Von Dr. Karl Buchheim

Der Untertitel dieſes Aufſatzes nimmt das Thema der Abhandlung auf, die der Herausgeber dieſer Zeitſchrift in Nr. 6 laufenden Jahrgangs den auswärtigen und inneren Verhältniſſen unſeres nächſten Bundesgenoſſen gewidmet hat. Mit Recht iſt dort darauf hingewieſen worden, daß die Aufgabe, Europas Kulturvormacht gegen Südoſten zu ſein, für Öſterreich-Ungarn keineswegs erledigt iſt. Sie iſt nach wie vor die Grundlage für das Daſeinsrecht dieſes Reiches. Deshalb iſt es auch ein Irrtum, die polniſchen Intereſſen Habsburgs gegenüber den Aufgaben, die ihm die Verhältniſſe am Balkan und die ſüdſlawiſchen Fragen ſtellen, allzuſehr in den Vordergrund zu rücken. Das Feld der Balkanfragen und ſüdſlawiſchen Probleme war es allein, das der Diplomatie Öſterreich-Ungarns ihre großen Ziele gab, und hier wurde die Lebensfrage an die Monarchie geſtellt, um derentwillen ſie ſchließlich das Schwert ziehen mußte. Ein hiſtoriſcher Rückblick auf die auswärtige Politik Öſterreich-Ungarns iſt am beſten geeignet zu zeigen, nach welcher Richtung dieſer Krieg vor allem Bahnen freimachen muß, wenn das Ringen um die Exiſtenz des Habsburgerreiches überhaupt von dauerndem Erfolge gekrönt ſein ſoll. Es iſt die Richtung nach Südoſten.

Öſterreich-Ungarn empfindet den Gegenſatz zu England nicht ſo zentral wie wir, in deren Augen der Weltkrieg immer mehr wie ein ungeheueres Duell zwiſchen den Angelſachſen und dem deutſchen Volke erſcheint. Dennoch iſt Öſterreich-Ungarn keineswegs bloß als Bundesgenoſſe des Deutſchen Reiches in den Gegenſatz zu Großbritannien hineingezogen worden. Auf der Balkanhalbinſel waren auch die Engländer unter denen, die der Donaumonarchie die Lebensluft wegzunehmen drohten. England, das ſich ſeit langem als erſte Mittelmeermacht fühlt, betrachtet die ägäiſche Küſte als ein Gebiet, wo ſein Einfluß notwendig herrſchen muß. Daher kamen ſeine Bemühungen um die Unterwerfung Griechenlands unter den Willen des Verbandes, und daher bemüht es ſich bis jetzt, den makedoniſchen Kriegsſchauplatz zu behaupten. Schon vor dem Kriege war England beſtrebt, der Ausbreitung des öſterreichiſch-ungariſchen Einfluſſes auf der Balkanhalbinſel Steine in den Weg zu wälzen. Galt doch als mutmaßliches Ziel der öſterreichiſchen Wünſche für den Fall der Auflöſung der Türkei bei allen Rivalen der Donaumonarchie die Beherrſchung von Saloniki, des wichtigſten Hafens eben jener ägäiſchen Küſte. In Wirklichkeit dachte die öſterreichiſch-ungariſche Politik der verantwortlichen Stellen nicht daran, ſo weit zu gehen. Aber gleichviel: ein engliſch-öſterreichiſcher Gegenſatz beſtand in der Balkanpolitik und beſteht bis auf den heutigen Tag. In den diplomatiſchen Kämpfen, die gerade um die Balkanfragen

vor dem Kriege so ausgiebig durchgefochten werden mußten, finden wir England seit langem unter den Gegnern Österreich-Ungarns, das also beim Friedensschluß auch eine Rechnung mit England zu begleichen hat. Indessen sind seine Hauptgegner zweifellos wo anders zu suchen. Seit dem Ausscheiden Österreichs aus seinen alten innerdeutschen und inneritalienischen Beziehungen, also mit anderen Worten, seit die heutige Doppelmonarchie besteht, liegen die Hauptaufgaben ihrer Politik auf dem Felde zwischen Rußland und Italien. Die nach schweren diplomatischen und militärischen Kämpfen siegreich vollbrachte Abwehr eines russischen und eines italienischen Angriffes: das ist der Hauptinhalt der außenpolitischen Leistungen seit Jahrzehnten, auf den heute bereits die Monarchie zurückblicken kann.

Es ist ein besonderes, bei uns im Unwillen über die Unzuverlässigkeit und den Verrat des ehemaligen italienischen Verbündeten selten genügend gewürdigtes Verdienst der Dreibundpolitik, lange Zeit verhindert zu haben, daß der russische und der italienische Angriff gegen Österreich-Ungarn gleichzeitig und in einer gemeinsamen Aktion erfolgten. Erst seit dem Mai 1915 hat Italien an der Seite Rußlands den offenen Kampf aufgenommen. Der russische militärische Angriff aber kann indirekt schon seit 1912 als im Gange befindlich angesehen werden. Denn schon der Balkanbund dieses Jahres war unter russischer Inspiration ebensogut gegen Österreich-Ungarn wie gegen die Türkei gerichtet. Die beiden Balkankriege, die österreichisch-ungarischen Unternehmungen in Albanien gegen Montenegro und Serbien (1913) und schließlich der Angriff einer serbischen Mörderbande auf den Thronfolger Franz Ferdinand in Bosnien sind kriegerische Ereignisse, die mit denen des Weltkrieges völlig eine zusammenhängende Kette bilden. Der Kampf zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, das sich seiner serbisch-montenegrinischen Vasallen als Sturmbocks bediente, beginnt also schon seit 1912 allmählich auf das Feld offener Gewalt überzugehen, nachdem Rußland schon jahrelang vorher mit rein diplomatischen Mitteln den Angriff auf den Donaustaat vorbereitet hatte. In diesem Zeitraume hat Rußland die Ziele seiner Expansion nach Westen aufgestellt, um die es nachher seit 1912 eine kriegerische Verwicklung nach der anderen vom Zaune gebrochen hat, und in diesem Zeitraume ist sich andererseits Österreich-Ungarn der tödlichen Gefahr bewußt geworden, die es schließlich mit den Waffen in der Hand überwunden hat. Die Auseinandersetzung mit Rußland ist seitdem das eigentliche Thema der österreichisch-ungarischen Politik, so wie die Auseinandersetzung mit England das Thema der deutschen Politik ist. Für das Habsburgerreich trat komplizierend aber noch die Möglichkeit einer zweiten Lebensgefahr hinzu, die von Italien aus drohen konnte. Der Versuch, diese Gefahr zu beschwichtigen, ist bis in den Weltkrieg selber hinein gemacht worden, bis auch nach dieser Seite hin die Entscheidung der Waffen angerufen werden mußte. Zwischen Rußland und Italien mußte die Politik Österreich-Ungarns hindurchsteuern, zwischen Rußland und Italien hat sich dann die Monarchie auch militärisch behaupten müssen.

Fast genau so lange, wie der Kampf noch mit rein diplomatischen Mitteln geführt wurde, war Graf Ährenthal der Leiter der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns. Diesem Manne kommt also neben den Heerführern und Staatsmännern der Kriegszeit selber ein Hauptteil an dem Verdienst zu, daß die Monarchie die doppelte Gefahr überwunden hat. Die Ministerzeit Ährenthals, die von der diplomatischen Abwehr des russischen Angriffes ausgefüllt ist, fällt in die Jahre vom Oktober 1906 bis zum Februar 1912, wo Graf Ährenthal, bis zuletzt im Dienste seines Kaisers, eines vorzeitigen Todes starb*). Ährenthal kannte Rußland, denn er war vor seiner Berufung auf den Wiener Ballplatz

*) Diese Zeit hat eine zusammenfassende Darstellung gefunden in dem Werke von Berthold Molden „Alois Graf Ährenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns". Geheftet 6 M., gebunden 8 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1917. Der Verfasser ist sehr sachkundig und stand mit dem Grafen Ährenthal in persönlichen Beziehungen. Das Material ist aus bester Quelle. Dieses neue Werk liegt der obigen Darstellung vielfach zugrunde.

Botschafter in St. Petersburg gewesen. Schon als im Mai 1906 der neue russische Minister des Auswärtigen Iswolski sein Amt antrat, war sich Ahrenthal darüber klar, daß nunmehr die russische Politik die Konsequenzen der Niederlage in Ostasien ziehen und statt im Gegensatz zu England jetzt im Einvernehmen mit diesem seinen Ausdehnungsdrang nach Westen richten werde.

Seit dem Berliner Kongreß (1878) hatten zwar die Unruhen auf der Balkanhalbinsel, dem europäischen Wetterwinkel, niemals ganz aufgehört, aber zu großen Machtverschiebungen war es dort nicht mehr gekommen. Noch bestand die europäische Türkei in den damals festgesetzten Grenzen, und noch standen Bulgarien und das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet von Bosnien und der Herzegowina dem Namen nach unter der Oberhoheit des Sultans. Seit dem Jahre 1878 waren diese beiden Länder faktisch österreichisch. Wenn sie damals der Form nach noch unter türkischer Souveränität geblieben waren, so lag das in der Hauptsache an dem eignen Widerwillen der Monarchie, damals die Annexion zu vollziehen. Man hatte Bedenken gegen eine völlige Einverleibung wegen der schwierigen Frage, ob diese Länder unter die österreichische oder die ungarische Krone kommen sollten, und aus ähnlichen besonderen Gründen. Schon im Januar 1877 hatte Rußland einem völligen Anschluß Bosniens an Österreich-Ungarn zugestimmt, um sich sein Wohlwollen während des Türkenkrieges zu sichern, den man damals vorhatte. Österreich hatte sich mit der bloßen Okkupation begnügt; wenn es aber eines Tages zur völligen Annexion schreiten wollte, so konnte Rußland rechtlich nichts mehr einwenden. Nun war zu Ahrenthals Zeit Bosnien für eine Annexion dringend reif geworden. In dreißigjähriger Arbeit hatte die österreichisch-ungarische Verwaltung die beiden ehemals türkischen Provinzen aus tiefem wirtschaftlichem Verfall zu neuem Leben erweckt. Die Monarchie durfte sich um keinen Preis die Früchte dieser Arbeit entreißen oder ihren Genuß in Frage stellen lassen. Nun war aber im benachbarten Serbien seit der Thronbesteigung der Karageorgewitsch die großserbische Bewegung mächtig gewachsen. Ihre Propaganda griff mehr und mehr auf Bosnien über. Es war klar, daß die serbische Bevölkerung der beiden okkupierten Länder nur dann das Gefühl der Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn bei sich erhalten konnte, wenn die Angliederung an die Monarchie auch der äußeren Form nach vollkommen war. Ferner wurde es mit der Zeit notwendig, eine Verfassung und Volksvertretung für die mächtig fortgeschrittenen Provinzen in Aussicht zu nehmen. Das war unmöglich, solange die staatliche Zugehörigkeit nicht völlig einwandfrei war. Den unmittelbaren Anlaß, im Jahre 1908 die Annexion Bosniens bekannt zu geben, bot für den Grafen Ahrenthal die jungtürkische Revolution. Die Jungtürken waren nicht mehr die Leute, Hoheitstitel ihres Reiches mit auswärtigen Mächten zu teilen. Ihnen gegenüber war es notwendig, klare und endgültige Grenzen zu schaffen. Aus dem gleichen Anlaß fand sich damals die bulgarische Regierung bewogen, die Unabhängigkeit ihres Landes von der Türkei zu verkündigen. Dieses Manifest kam der österreichisch-ungarischen Annexionserklärung sogar noch um einen Tag zuvor. Man kann in diesem nicht auf Vereinbarung beruhenden Vorgehen der beiden Staaten schon eine Andeutung der späteren, im Weltkriege verwirklichten Interessengemeinschaft finden.

Graf Ahrenthal hatte sich bemüht, Rußlands wohlwollende Zustimmung zu der Annexion zu erlangen, da rechtlich die zarische Regierung nichts einwenden durfte. Er hatte diese Zustimmung auch erreicht bei einer Zusammenkunft mit dem russischen Minister Iswolski zu Buchlau in Mähren (16. September 1908). Aber Iswolski verleugnete diese Zustimmung gleich nachher wieder. Ahrenthal hatte ihm versprochen, er wolle für eine Abänderung des Dardanellenvertrags zugunsten Rußlands eintreten, so daß es russischen Kriegsschiffen künftig ermöglicht werden sollte, die türkischen Meerengen unter bestimmten wirksamen Bürgschaften für die Sicherheit Konstantinopels zu passieren, Der französische Verbündete Rußlands und England, das im Begriff stand, sein Ententegenosse zu werden, hielten es jedoch nicht für zweckmäßig, Rußland diesen Vorteil zu gönnen, weil

sie den dadurch zu jener Zeit noch möglichen Ausgleich Rußlands mit Österreich-Ungarn nicht wünschten. So mißglückte Iswolskis Versuch, eine Gegenleistung für seine Zustimmung zu der Annexion Bosniens heimzubringen, und er zog es vor, zu widerrufen, und den Ausfällen der panslawistischen Presse gegen die Donaumonarchie ruhig ihren Lauf zu lassen. Ebensowenig Glück hatte Ährenthal mit einem Versuch, die wohlwollende Zustimmung der Türkei von vornherein zu erlangen. Dies wollte er erreichen, dadurch daß er ihr den Sandschak von Nowibasar, den damals türkischen Landstreifen zwischen Serbien und Montenegro, in dem Österreich-Ungarn seit 1878 das militärische Besetzungsrecht hatte, bedingungslos zurückgab. Er glaubte ihr damit eine gute Kompensation für den Verlust ihres nominellen Hoheitstitels über Bosnien zu geben. Aber die Türken waren weit entfernt, sich dabei zu beruhigen, und Österreich-Ungarn hätte besser getan, das Besetzungsrecht nicht preiszugeben. Es hätte nachher im Balkankriege recht wirksam von ihm Gebrauch machen können.

Am 7. Oktober 1908 wurde die Annexion Bosniens und der Herzegowina öffentlich bekannt gegeben. In Österreich wie in Ungarn fand dieser Schritt meist herzliche Zustimmung. Die Südslawen waren sogar begeistert, weil sie die Annexion, die die beiden Provinzen weder an die zisleithanische noch an die Stefanskrone angliederte, als einen Schritt auf dem Wege zum Trialismus, zur Errichtung eines selbständigen Südslawenstaates innerhalb der Monarchie deuteten. Nur die Deutschradikalen, die eine Verstärkung des slawischen Einflusses fürchteten, und die Tschechischradikalen, die die Partei des Königreichs Serbien ergriffen, standen abseits. Bosnien selber blieb ganz ruhig, aber in Serbien gab es ungeheuren Lärm. Hier hatte man sich gewöhnt, Bosnien als eine Provinz des künftigen großserbischen Reiches zu betrachten und bildete sich ein, Österreich raube nationalen Boden, der von Rechts wegen zu Serbien gehöre. In London und Petersburg blickte man sehr unfreundlich drein, die Türkei vollends protestierte heftig, und die Jungtürken organisierten einen sehr wirksamen Boykott gegen österreichisch-ungarische Waren. Ährenthal mußte sich endlich entschließen, den Türken 54 Millionen Kronen Entschädigung zu bewilligen und ihnen einen vorteilhaften Handelsvertrag in Aussicht zu stellen. Der bereits bewilligte Verzicht auf den Sandschak blieb außerdem bestehen. Als Gegenleistung zog die Pforte ihren Protest gegen die Annexion zurück (Vereinbarung vom 26. Februar 1909). Um so weniger Umstände wollte Ährenthal mit Serbien machen, weil dieser Staat keinerlei Rechtstitel für seinen lärmenden Protest aufweisen konnte. Hinter Serbien stand aber Rußland, und wie sich herausstellte, auch England. Beide Mächte fühlten sich durch das Vorgehen Österreich-Ungarns in ihrem Balkanprogramm benachteiligt. Bei den russischen Panslawisten wurde überhaupt eine Niederlage der großserbischen Sache unmittelbar als Niederlage der russischen empfunden. Iswolski, der durchaus gegen Ährenthal einen Erfolg davontragen wollte, dachte sich jetzt aus, die Annexionsfrage zusammen mit anderen Balkanproblemen und innertürkischen Angelegenheiten auf das Programm einer europäischen Konferenz zu setzen. Österreich-Ungarn sollte dort die Annexion erst mit weiteren Zugeständnissen, womöglich an die großserbischen Pläne, erkaufen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Berchtold, antwortete, daß Ährenthal gegen eine europäische Konferenz gewiß nichts einzuwenden hätte, daß aber die Annexionsfrage keinesfalls dort verhandelt werden dürfe. Der Plan scheiterte völlig, da die andern europäischen Mächte Iswolskis Forderungen nicht unterstützen wollten. Frankreich, das seine Augen damals auf Marokko gerichtet hielt, hatte keine Lust, sich für die Serben zu erwärmen, und England wollte sich denn doch für Gebietserweiterungen Serbiens auf Kosten Österreich-Ungarns nicht ins Zeug legen. Im übrigen zeigte sich die feindliche Stimmung des größten Teils der britischen Diplomatie, an ihrer Spitze Greys, gegen das Habsburgerreich deutlich. Nur der Wiener Botschafter Cartwright, der zwar bei uns nicht im Geruche der Dreibundfreundlichkeit stand, durchschaute klarer, daß in der Annexionsfrage keine Lorbeeren gegen Ährenthal zu holen sein würden, und war für An-

erkennung des österreichischen Standpunkts. Dieser war derart, daß Serbien, wo man unter gewaltigem Lärm in Parlament und Presse inzwischen gegen Österreich mobilisiert und Banden ausgerüstet hatte, abrüsten und förmlich erklären müsse, daß es in seinen Rechten nicht gekränkt sei und künftig Ruhe zu halten verspreche. Die Abrüstung wollte Grey zugestehen, das Versprechen des Wohlverhaltens aber wollte er den Serben gern ersparen. Inzwischen hatte sich jedoch Iswolski nach langem Sträuben veranlaßt gesehen, die Serben fallen zu lassen. Der Widerwille seiner französischen Bundesgenossen, die Serben zu unterstützen, und die Entschiedenheit der deutschen „Nibelungentreue", die vollständig den österreichisch-ungarischen Standpunkt sich zu eigen machte, veranlaßten ihn dazu. Es ist dem ehrgeizigen Manne schwer genug geworden, seine Niederlage gegen Ahrenthal anzuerkennen. Er benutzte ein Wort, das der deutsche Botschafter Graf Pourtalès in einer Petersburger Unterredung vom 24. März 1909 gebrauchte, um sich mit diesem vor den enttäuschten Panslawisten zu rechtfertigen. Pourtalès hatte gesagt, wenn Serbien nicht zurückweiche, so bedeute das den Krieg. Er meinte natürlich den Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Iswolski aber tat den Panslawisten gegenüber so, als sei die Äußerung als Kriegsdrohung Deutschlands gegen Rußland gemeint. Ein Diplomat hat immer einen guten Trumpf in der Hand, wenn er sagen kann, er bringe dem Frieden Opfer; und da außerdem Rußland damals gar nicht gerüstet war, so durfte Iswolski nunmehr nachgeben. Die russischen Panslawisten aber mußten den Eindruck gewinnen, daß Deutschland feindselige Gesinnungen gegen Rußland hege. Nunmehr konnte auch England seine Vorbehalte für Serbien nicht weiter aufrecht erhalten. Am 31. März mußte die serbische Regierung wutknirschend die von Ahrenthal geforderte Erklärung in Wien abgeben lassen, in der sie zugab, durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina in ihren Rechten nicht verletzt worden zu sein, und sich verpflichtete, ihre Kriegsvorbereitungen rückgängig zu machen und künftig gute Nachbarschaft mit Österreich-Ungarn zu halten.

Das Verhältnis der Monarchie zu Rußland und Serbien blieb aber andauernd schlecht. Durch eine ausgedehnte panslawistische Propaganda wühlte Rußland unter allen Balkanvölkern und unter den österreichisch-ungarischen Slawen selbst. Ahrenthals fernere Politik konnte nichts weiter tun, als die bewaffnete Auseinandersetzung möglichst lange hinauszuschieben. Österreich-Ungarns Wehrkraft war nicht zureichend, weil die nationalistische Kurzsichtigkeit mancher Nationalitäten notwendige Heeresreformen verschleppte. Die Tschechen traten offen für das „neoslawistische" Programm des Herrn Kramarz ein, das zwar nicht wie das panslawistische den politischen Anschluß aller Slawenvölker an Rußland erstrebte, wohl aber eine enge kulturelle Gemeinschaft, und das deshalb mit dem der Panslawisten eine für Österreich-Ungarn bedenkliche Strecke Weges zusammenging. Unter den Polen kam die Partei der Allpolen, die eine Vereinigung aller Polen im Rahmen des russischen Reiches für möglich hielt, dem Panslawismus ebenfalls weit entgegen. Serbien aber, das seine Niederlage natürlich nicht vergessen konnte, wurde auch weiterhin noch wirtschaftlich gegen Österreich-Ungarn aufgebracht. Graf Ahrenthal hätte gern die serbischen Bauern durch Zuwendung wirtschaftlicher Vorteile etwas ausgesöhnt. Aber der Egoismus österreichischer und besonders ungarischer Agrarier erzwang eine wirtschaftliche Absperrungspolitik gegen die serbische Landwirtschaft. Freilich hätte wohl auch wirtschaftliches Entgegenkommen nicht viel genützt, da Österreich-Ungarn nun einmal dem politischen Ausdehnungsbedürfnis Serbiens nicht bloß auf eigene, sondern auch auf türkische Kosten entgegenstand. Kurz nach Ahrenthals Tode nahm sich Serbien seinen reichlichen Anteil an der türkischen Beute, und schon im Jahre 1913 mußte Österreich-Ungarn den serbisch-montenegrinischen Ausdehnungsbestrebungen über Albanien mit militärischen Mitteln entgegentreten.

Während so Österreich-Ungarn schon manches Jahr vor dem Kriege den unverhüllten Angriffen der russischen Politik zu begegnen hatte, mußte es in beständiger Sorge sein, im Rücken einen zweiten Angriff durch Italien zu erfahren.

Österreich war nun einmal der alte Erbfeind der Italiener, gegen den die Einigung des Landes in heißen Kämpfen hatte durchgesetzt werden müssen. Österreich war ferner auch jetzt noch im Besitze italienisch sprechender Gebiete. Das traf nun zwar auch auf Frankreich zu, ohne daß der sogenannte Irredentismus sich gerührt hätte, der gegen Österreich so leidenschaftlich die Befreiung der geknechteten Brüder verlangte. Frankreich genoß eben die alten Sympathien von Magenta und Solferino. Zudem war das Königreich Italien eine ausgesprochen demokratisch-antiklerikale Gründung und fühlte sich dem gleichfalls demokratisch-antiklerikalen Frankreich innerlich verwandt. Nur wenn einmal Frankreich katholisch regiert wurde, nahm jedesmal in Italien die Hinneigung zu dem als protestantisch geltenden Deutschland zu. In einer solchen Zeit hatten Bismarck und Crispi die Dreibundpolitik angebahnt, und als Italien sah, wie Frankreich seine Hoffnungen auf Tunis zuschanden machte, fand es neben dem deutschen auch ein Bündnis mit Österreich-Ungarn annehmbar und vorteilhaft. Freilich ließen die geschichtlichen Lasten wirklich herzliche Beziehungen zwischen der Monarchie und Italien niemals aufkommen. Auch die Unversöhnlichkeit des Vatikans erschwerte für eine ausgesprochen katholische Macht wie Österreich das bundesfreundliche Verhältnis zu Italien ungemein. Konnte doch z. B. der Kaiser Franz Josef den König von Italien niemals in seiner Hauptstadt besuchen, weil er damit den Papst beleidigt hätte. Zu der Zeit, wo Italien uns im Weltkrieg erst im Stich ließ und dann gar auf die Seite unserer Feinde überging, ist es populär geworden, den Wert der Dreibundpolitik als minimal hinzustellen. Gewiß hat die größten Vorteile vom Dreibund Italien gehabt, aber auch Österreich-Ungarn hat doch vor dem Kriege in der Zeit der diplomatischen Abwehr Ährenthals gegen Rußland eine Erleichterung seiner Lage darin gefunden, daß Italien durch den Dreibund veranlaßt war, sich wenigstens an offenen Angriffen gegen die Monarchie nicht zu beteiligen. An der Bekundung gewisser Sympathien mit der russischen Politik konnte Italien freilich nicht gehindert werden. Im Jahre 1909 erlebte man die Zusammenkunft des Zaren mit dem König von Italien in Racconigi. Der Zar war unter ostentativer Umgehung Österreich-Ungarns dahin gereist. Die Gefahr lag nahe, daß Italien in der Balkanpolitik mit Rußland gemeinsame Sache machte. Während der Annexionskrise hatte der italienische Minister Tittoni für den Erwerb Bosniens auf eine Kompensation an Italien angespielt, etwa in Trentino oder am Isonzo. Damit hatte er kein Glück gehabt, und nun gingen die Italiener nach Racconigi. Doch trat wieder eine wesentliche Besserung des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn ein, seit im März 1910 der Marquis di San Giuliano die Leitung der auswärtigen Politik Italiens übernahm. Die Rückgabe des Sandschak an die Türkei brachte immerhin den einen Vorteil, daß sie Italien darüber beruhigte, daß ein weiteres Vordringen Österreichs gegen Saloniki hin nicht zu befürchten sei. Die Entscheidung über Marokko, durch die im Jahre 1911 Frankreich die Anerkennung seines Protektorats über dieses Land durch Deutschland erhielt, legte den Italienern die Erwägung nahe, daß es Zeit sei, statt gegen Österreich-Ungarn in Balkanangelegenheiten zu arbeiten, lieber ihren Anteil an Nordafrika in Sicherheit zu bringen. Durch Abkommen in den Jahren 1900 und 1902 hatte nämlich Frankreich den Italienern freie Hand in Tripolitanien gewährleistet gegen Anerkennung der französischen Vorrechte in Marokko. Jetzt, wo nun Frankreich sein marokkanisches Ziel erreicht hatte, fürchtete Italien, es möchte seine Versprechungen über Tripolis nicht halten. Die Eifersucht Englands und Frankreichs mußte ja jede Macht fürchten, die im Mittelmeer konkurrieren wollte, und Italien hatte eine trübe Erfahrung mit Tunis gemacht. So beschleunigte es den Ausbruch des Tripoliskrieges mit der Türkei und vermied jede weitere Entfremdung der Dreibundgenossen. Österreich-Ungarn und Deutschland kamen durch den skrupellosen Angriff Italiens auf bisher türkisches Gebiet in eine sehr peinliche Lage zwischen dem italienischen Verbündeten und dem türkischen Freund, und es gab in Österreich damals Leute, die mit Italien offen brechen und an der Seite der Türkei den falschen Bundesgenossen rasch unschädlich machen wollten.

ehe Rußland zum Schlage gegen die Monarchie ausholte. Hauptwortführer dieser Richtung waren militärische Sachverständige, an ihrer Spitze der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf. Graf Ahrenthal widersetzte sich diesem Ansinnen. Er sah voraus, daß eine schwere Niederlage Italiens, selbst wenn sie von den Großmächten der Entente zugelassen worden wäre, diesen Staat erst recht auf die feindliche Seite getrieben hätte, wenn Rußland seinen großen Kampf begann. „Unschädlich" machen, als Machtfaktor überhaupt vernichten hätte man Italien doch nicht können, noch viel weniger, als es den Serben und Rumänen gelang, Bulgarien durch den zweiten Balkankrieg „unschädlich" zu machen. Die Gegnerschaft Italiens hat sich Österreich-Ungarn mit seiner bundesfreundlichen Haltung zwar nicht erspart, aber es gelang, seinen Angriff hinzuzögern, bis der neue Feind zu spät kam, um den großen Siegeszug gegen die Russen von Gorlice-Tarnow bis Brest-Litowsk irgendwie zu stören. Nach dem Rezept des Freiherrn von Conrad hätte Österreich-Ungarn den italienischen Feind von Anfang an wieder auf dem Halse gehabt, als der russische losschlug. Freiherr von Conrad trat am 30. November 1911 zeitweilig von seinem Amte zurück, um dann erst im Weltkriege sein Bestes zum Heile der Monarchie zu tun.

Inzwischen stiegen die Wetterwolken, mit denen die russische Politik Österreich-Ungarn bedrohte, rasch empor. Ahrenthals Nachfolger, Graf Berchtold, konnte sie nicht mehr zerstreuen. In Belgrad wurde der russische Gesandte Hartwig der Mittelpunkt aller aggressiven Bestrebungen. Er stiftete 1912 den Balkanbund gegen die Türkei, aber auch gegen Österreich-Ungarn. Mit Meisterhand verstand es die Diplomatie des Habsburgerreiches nach dem zweiten Balkankrieg Bulgarien sich zu verpflichten, indem sich Österreich-Ungarn als einzige Großmacht für eine Revision des Bukarester Friedens, der Bulgarien vergewaltigte, einsetzte.

So war die diplomatische Abwehr der Donaumonarchie im ganzen sehr geschickt und wirksam, bis endlich die ultima ratio der Kanonen nicht mehr zu umgehen war. Aufgabe der heutigen Staatsmänner ist es nun, mit dem gleichen Geschick einen haltbaren Frieden wieder einzurenken, wie ihn ihre Vorgänger vor dem Kriege in der Mitte zwischen Rußland und Italien so lange wie möglich zu bewahren wußten. Beide Gegner haben heute ihre Lehre bekommen, und es dürfte möglich sein, die Wiederkehr des russischen sowohl wie des italienischen Einflusses auf die Lösung der Balkanfragen bis auf weiteres auszuschalten. Italien wird froh sein, wenn es seine Mittelmeerstellung (Tripolitanien) zu retten vermag. Seinen Einfluß auf Albanien wird Österreich-Ungarn im Einvernehmen mit Griechenland beseitigen können. Die Hauptsache für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel ist ohne Zweifel die befriedigende Lösung der serbischen Frage. Österreich-Ungarn verfügt selber über einen starken Anteil am serbischen Volksgebiet, und wenn man die Kroaten und Slowenen einrechnet, leben mehr Serben und Serbenverwandte unter österreichisch-ungarischem Zepter als unter dem der Karageorgewitsch. Daß die Serben nach nationaler Einheit streben, ist nicht weniger berechtigt als der gleiche Anspruch der uns verbündeten Bulgaren. Aber wie die Dinge liegen, ist es viel natürlicher, daß die serbisch-kroatisch-slowenische Masse Österreich-Ungarns die Stammesgenossen des Königreiches Serbien und Montenegros politisch anzieht als umgekehrt, zumal auch die Überlegenheit der kulturellen Leistungen auf der Seite der Untertanen Kaiser Karls ist. Das Ideal des Trialismus, das große Königreich der Südslawen unter habsburgischen Zepter, das wahrscheinlich die panslawistischen Mörder in der Person des Thronfolgers Franz Ferdinand hauptsächlich treffen wollten, ist ja einstweilen nicht erfüllbar, weil man den Widerspruch der Magyaren gegen die Entlassung Kroatiens und Slawoniens aus dem Verbande der Länder der Stefanskrone noch nicht überwinden kann. Die Zweiteilung des Serbentums zwischen Österreich-Ungarn und einem ihm feindlichen Königreiche darf uns der Friede jedenfalls nicht wieder bescheren, wenn die Serben wirklich Ruhe halten sollen. Entschließt man sich, die Königreiche Serbien und Montenegro wieder herzustellen, so müssen sie durch festes Bundesverhältnis dauernd mit Österreich-Ungarn verknüpft werden. Das

Serbentum hat Anspruch wenigstens auf gewisse Grundlagen seiner Einheit. Verschafft ihm Österreich-Ungarn diese nicht, so wird es sie sich immer wieder außerhalb suchen. Die Anbahnung einer österreichisch-ungarischen Lösung der serbischen Einheitsfrage ist für die Ruhe Europas und die geographisch-wirtschaftliche Geschlossenheit der Monarchie zwischen dem russischen und dem italienischen Expansionsfeld wichtiger, als die Anbahnung einer österreichischen Lösung der polnischen Einheitsfrage, die nun einmal im Deutschen Reiche auf starke Bedenken stößt.

Der Frankfurter Friede und die französischen Sozialisten

Von Geh. Justizrat Professor Dr. Th. Niemeyer

In Paris hat der Nationalrat der französischen Sozialisten am 18. Februar 1918 die folgende, später auch von der Londoner Sozialistenkonferenz angenommene, Erklärung beschlossen:

„Die Konferenz erklärt, daß das elsaß-lothringische Problem nicht eine territoriale Frage, sondern eine Frage des Rechtes und somit ein internationales Problem ist, ohne dessen Lösung der Friedensschluß Gefahr laufen würde weder gerecht noch dauerhaft zu sein. Der neue Vertrag von Paris (sic) wird über die aus brutaler Eroberung und Vergewaltigung der Bevölkerung hervorgegangene Pfründe Nichtigkeit verhängen „frappera de nullité“ durch die Feststellung, daß Deutschland selbst, durch seine Kriegserklärung 1914, die Wirkungen des Frankfurter Friedens aufgehoben hat („a rompu les effects du traité de Francfort“). Auf Grund dieser Feststellung wird dann Frankreich in der Lage sein, auf eine neue Befragung der elsässischen Bevölkerung einzugehen.“

Das hier unternommene Kunststück, die bindende Kraft des Frankfurter Vertrages zwar an sich anzuerkennen, seine Verbindlichkeit für Gegenwart und Zukunft aber zu leugnen, beruht auf einem leicht zu durchschauenden Taschenspielergriff, der einer ernsthaften Erörterung nicht bedürftig und nicht würdig erscheinen könnte. Aber wir erleben im Weltkriege unaufhörlich, daß es keine Phrasen und keine Widersinnigkeiten gibt, welche nicht Kredit fänden, wenn sie nur dreist verkündet und nach jener Methode propagiert werden, welche man jetzt in England durch die Schaffung besonderer Ministerposten krönt. Darum ist es doch vielleicht nicht ohne Nutzen, wenn die in dem sozialistischen Februarbeschluß verkündete, von einer gefälligen Presse auch im neutralen Auslande bereits verbreitete Theorie von der nachträglichen Nichtigkeit des Frankfurter Vertrages niedriger gehängt und in ihrer völkerrechtlichen Tragweite verdeutlicht wird.

Die Sozialisten in Paris und London haben sich entschlossen, den Frankfurter Frieden an und für sich gelten zu lassen. Sie besitzen genug Klugheit, um einzusehen, daß man Friedensschlüsse nicht mit der exceptio quod metus causa anfechten kann. Sie haben an und für sich anscheinend auch Verständnis dafür, daß das Wesen der Friedensschlüsse darin besteht, die im Widerspiel der Gewalten vom Schicksal getroffene Entscheidung anzuerkennen und auf der Grundlage des tatsächlichen Endergebnisses des Kampfes das Verhältnis der am Krieg beteiligten Staaten neu und fest zu ordnen. Man scheint auch grundsätzlich nicht verkennen

zu wollen, daß Ordnung das erste Erfordernis rechtlicher Organisation ist, daß der Inhalt der Ordnung die zweite Sorge ist. Mit anderen Worten, man erkennt an, daß vor allem klare, feste, gesicherte Zustände geschaffen werden müssen, auf die man sich einrichten kann.

Aber, so sagt man, Deutschland hat durch die Kriegserklärung an Frankreich die Wirkungen des Frankfurter Friedens aufgehoben.

Wie diese Rechtsbehauptung gemeint sei, ist zunächst recht dunkel, und zwar sowohl hinsichtlich der Voraussetzungen, als hinsichtlich des Inhaltes der behaupteten Rechtsfolgen.

Was die Voraussetzungen anlangt, so sind diese mit der Berufung auf die seitens Deutschlands erfolgte Kriegserklärung keineswegs klargestellt. Anscheinend soll aber nicht auf den Verbalakt der Kriegserklärung vom 3. August 1914 das entscheidende Gewicht gelegt werden, sondern auf den drüben behaupteten Tatbestand der von Deutschland ausgegangenen tatsächlichen Eröffnung des Krieges. Diese Unterscheidung ist nicht unwesentlich, weil durch sie verdeutlicht wird, daß nicht etwa eine Art von Kündigungserklärung, sondern der Tatbestand eines völkerrechtlichen Deliktes behauptet wird, an welches die Auflösung des Frankfurter Friedensvertrages als Strafwirkung geknüpft sein soll. Es soll also anscheinend ungerechtfertigte Kriegseröffnung als strafbare Handlung durch Rechtsverlust geahndet werden.

Dem geltenden Völkerrecht ist ein solches Ding vollkommen fremd. Es ist eine völlig ausgemachte Sache, daß das Völkerrecht des Krieges keinen Unterschied macht, je nachdem die Sache eines Kriegführenden gerecht oder nicht gerecht ist. Der innere Grund für diesen Rechtszustand besteht darin, daß die Frage nach der Gerechtigkeit des einzelnen Krieges viel zu verwickelt ist, zu abhängig von zweifelhaften Tatsachen und subjektiven Urteilen, abhängig von tiefgewurzelten und leidenschaftlich verfochtenen nationalen und politischen Vorurteilen, um einen geeigneten Maßstab für die Entscheidung praktischer Rechtsfragen abzugeben. Im besten Falle stellt sich bei der Nachwelt ein einigermaßen einhelliges Urteil heraus. Ein solches Urteil ist aber nicht möglich, solange die Gegensätze der Interessen und der Anschauungen die Welt verwirren. Der Weltkrieg führt uns das alles in so fürchterlichen Maßstäben vor Augen, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren ist. Irgendwelche Rechtsfolgen an die Vorentscheidung knüpfen zu wollen, auf welcher Seite das gute Recht sei, heißt auf rechtliche Behandlung überhaupt verzichten.

Unklar ist nun weiterhin, wie sich die Entente-Sozialisten den Umfang vorstellen, in welchem die von ihnen behauptete Vernichtung des Frankfurter Friedens infolge der deutschen Kriegserklärung eingetreten sein soll, und wie man sich die angedeuteten Rechtsfolgen denkt.

Der Ausdruck „Frankfurter Friede" bezeichnet an sich das am 10. Mai 1871 vollzogene Frankfurter Protokoll nebst der Gesamtheit der dem deutsch-französischen Krieg folgenden Verhandlungen, deren erstes Dokument der Präliminar-Akt vom 26. Februar 1871 war und zu welchen wichtige Zusatzkonventionen, insbesondere diejenigen vom 12. Oktober und 11. Dezember 1871 hinzukommen, in denen unter anderem die grundsätzliche Wiederherstellung aller früheren deutsch-französischen Verträge enthalten ist. Soll die Gesamtheit dieser Ergebnisse aufgehoben sein? Oder ist nur der von Gebietsabtretungen handelnde Teil gemeint?

Der Zusammenhang der politischen und völkerrechtlichen Lage spricht für letzteres.

Die Paris-Londoner Erklärung wird lediglich denjenigen Punkt des Frankfurter Friedens ins Auge fassen, auf welchen die hypnotische Verblendung der französischen Revanchepolitiker die Betrachtung beschränkt, wenn von dem „Frankfurter Frieden" die Rede ist: die Abtretung Elsaß-Lothringens in Artikel I des Versailler Präliminaraktes vom 26. Februar 1871.

Die Loslösung dieser Angelegenheit aus dem Rahmen des Ganzen entspricht dem Umstand, daß in Wahrheit nicht rechtliche Erwägung, sondern politischer

Wunsch der Vater des Gedanken ist. Die Sozialisten bringen nur alten Wein in neuen Schläuchen. Sie verlangen Sühne für die militärische und politische Niederlage von 1870, deren Symbol ihnen Elsaß-Lothringen ist. Dieses Symbol wird in der Februar-Kundgebung in einer Aufmachung beleuchtet, welche durch das Bedürfnis bestimmt ist, die Revancheforderung mit dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Einklang zu bringen. Die Elsaß-Lothringer sollen bestimmen, wohin sie gehören wollen. Aber zunächst soll Frankreich das Land und seine Bevölkerung zurück erhalten. Das Plebiszit soll ein Geschenk Frankreichs sein.

Dies heißt aber, in völkerrechtlich klarer Form ausgedruckt: Die Kriegserklärung von 1914 hat die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich aufgehoben und den vor dem Frankfurter Frieden bestandenen Territorialumfang der beiden Reiche wieder hergestellt. Nur eine Feststellung dieser bereits eingetretenen Rechtsfolge ist es, welche in dem Friedensvertrage, den Deutschland gemäß dem ihm auferlegten Willen Frankreichs schließen muß, zu treffen hat.

Die Haltlosigkeit, Verkehrtheit, Unmöglichkeit dieses völkerrechtlichen Gedankens, mit welchem der politische Appetit der Franzosen gepflegt und die neutrale Welt geködert wird, muß demjenigen sofort klar sein, der die Bedeutung des staats- und völkerrechtlichen dinglichen Besitzstandes als Grundlage der internationalen Rechtsordnung versteht.

Rechtsordnung ist Ordnung. Herstellung der Ordnung ist die erste und elementare Aufgabe des Rechts. Dieser Aufgabe dienen zwei im Laufe der Jahrtausende entwickelte und für alle Gebiete des Rechtes in der einen oder anderen Gestalt anerkannte Grundgedanken: der Begriff des Besitzes und der Begriff des dinglichen Rechtes.

Ordnung und Recht fordern, daß der Besitz als solcher anerkannt und so lange geschützt ist, bis ein besseres Recht erwiesen und im Wege rechtlichen Verfahrens anerkannt ist. Im Verhältnis der Staaten, in welchen es ein ordentliches Verfahren zur Entscheidung streitiger Rechtsfragen bisher nicht gibt, steigert sich die Rechtskraft des Besitzes dementsprechend notwendig zu einer tatsächlich dem Rechte gleichkommenden Geltung, welche nur durch neuen Besitz verdrängt werden kann. Das ist die unbestrittene und unbestreitbar bestehende Gesetzlichkeit der Staatenwelt. Wohin käme man auch, wenn man für den Bestand der Staaten und ihrer Gebiete, der Staatsverfassungen und der Staatsgewalten, sowie für die sonstigen Voraussetzungen des internationalen Verkehrs den Maßstab des Besitzes nicht gelten lassen wollte? Welche Grundlage des Staatenverkehrs würde Stich halten, wenn nicht tatsächlich das geltende Recht, ohne Nachfrage nach seinen historischen und kausalen Zusammenhängen, anerkannt würde? Welche Territorialgrenzen gibt es, die nicht anfechtbar wären, wenn man an Stelle der Legitimation des Besitzes den Nachweis einer lückenlosen Kette des Rechtserwerbes (probatio diabolica!) setzen würde! Die dingliche Kraft des Besitzes ist ein kategorischer Imperativ des Staatenrechts. Wer dies bezweifelt, möge die Frage beantworten, warum weder Ersitzung noch unvordenkliche Zeit, diese im innerstaatlichen Recht so unentbehrlichen Rechtstitel, im Inventerium des Staatenrechtes vorkommen.

Aber auf die in der Richtung des nackten Besitzes liegenden Fragen, deren Wurzeln bis zu den geheimnisvollen Tiefen alles Werdens und Vergehens hinabreichen, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Von ihnen ist die elsaß-lothringische Frage nicht abhängig. Denn hier kommt zu dem Besitz der vollgültige dingliche Rechtstitel des Abtretungsvertrages von 1871. Die französischen Sozialisten verkennen mit ihrer in flüchtiger Unbekümmertheit hingeworfenen Umsturztheorie die Grunderfordernisse rechtlicher Ordnung, indem sie, weit über den bisher von den Revanchepolitikern eingenommenen Standpunkt einer moralischen oder auch völkerrechtlichen Rückleistungspflicht Deutschlands hinausgehend, glauben, das auf dem gültigsten Titel, den die Weltgeschichte kennt, beruhende dingliche Hoheitsrecht des Deutschen Reiches an seinen Reichslanden wie eine Seifenblase zerstäuben zu können.

Der Unterſchied zwiſchen dinglichen Rechten und Forderungsrechten, welcher dem Aufbau des Vermögensrechtes zugrunde liegt, beruht nicht auf willkürlicher Erfindung wie ſo manches andere Inventarſtück der „Begriffsjurisprudenz", ſondern iſt in der Natur der Sache gegeben. Er beruht auf dem im menſchlichen Gemeinleben gegebenen Bedürfnis der Unterſcheidung zwiſchen Mein und Dein. Weil auch im Staatenverhältnis die ſcharfe Abgrenzung der Rechtsherrſchaften über die Sachgüter, insbeſondere über die Teile des Erdgebietes, einem unverzichtbaren Erfordernis entſpricht, darum iſt auch im Völkerrecht die Unterſcheidung zwiſchen dinglichen Beſitzrechten und Auslieferungsanſprüchen durch innere Notwendigkeit gegeben. Indem die ſozialiſtiſche Erklärung vom 18. Februar die franzöſiſchen Anſprüche durch eine neue dialektiſche Wendung zu verbeſſern ſucht, unternimmt ſie es in Wahrheit, die elementaren Grundlagen des Völkerrechtes zu zerſtören. Sie enthält ja nicht nur die Verneinung der beſonderen vor dem Kriege ſpeziell zwiſchen Frankreich und Deutſchland beſtandenen Rechtsbeziehungen, als vielmehr die Verneinung des von der Völkerrechtsgemeinſchaft der geſamten Staatenwelt auf Grund des Frankfurter Friedens anerkannten objektiven territorialen Rechtszuſtandes. Sie berührt und verletzt die Rechtslage insbeſondere auch der neutralen Staaten, denen auf Grund der franzöſiſchen Anſchauung von der Sträflichkeit der deutſchen Kriegserklärung angeſonnen wird, die Reichslande nunmehr ſchlankweg als franzöſiſches Staatsgebiet zu behandeln. Man vergegenwärtige ſich, welche Folgen es haben müßte, wenn ein neutraler Staat ſich dieſe Auffaſſung zu eigen machen und zum Beiſpiel jetzt Verträge über reichsländiſches Gebiet mit Frankreich abſchließen und daraus Rechte gegenüber Deutſchland geltend machen würde. Es wäre der rechtswidrigſte, feindſeligſte und anmaßendſte Angriff auf Deutſchlands Staatshoheit, den man ſich vorſtellen kann. Selbſt die Urheber der Pariſer Erklärung würden ihn wohl nicht durch Rechtsgründe zu ſtützen wagen. Sie müßten die innere Haltloſigkeit und praktiſche Undurchführbarkeit ihrer Theorie anerkennen, wenn ſie ſich auf deren Konſequenzen beſinnen. Wenn Frankreich ſagt, daß es Rache für 1870 nehmen und Elſaß-Lothringen mit den Waffen zurückgewinnen will, ſo iſt das ehrlich; und das Recht des Krieges, wie es nach geltendem Völkerrecht iſt, verſagt dem unheilvollen Wunſche nicht die Möglichkeit der Erfüllung. Wie weit Frankreich es mit dieſem Verſuche treiben will, iſt ſeine Sache. Wenn aber der Wunſch mit falſchen Rechtstiteln und Theorien verkleidet wird, ſo iſt das eine Verſündigung gegen Grundſätze, an deren Geltung auch alle anderen Staaten beteiligt ſind, und gegen welche ſowohl im allgemeinen Intereſſe der Staaten als im Namen der Wiſſenſchaft des Völkerrechtes entſchieden Verwahrung einzulegen iſt.

Sind die Franzoſen die echten Erben althelleniſchen Geiſtes?

Von Profeſſor Eduard Wechßler

Dieſer Aufſatz erſcheint auch in neugriechiſcher Überſetzung in der in Görlitz herausgegebenen Zeitung „Hellenika Phylla".

Seitdem die Franzoſen in den Kreuzzügen gelernt haben, ſich als geiſtig-ſittliche Einheit mit gemeinſamen Erinnerungen und Aufgaben zu fühlen, betrachtet ſich dieſe Nation als Erbin des geiſtesgewaltigen Hellas ſo gut wie des völkerbeherrſchenden Rom. Künſte und Wiſſenſchaften von den Griechen, ſtaatliche und kriegeriſche Kraft von den Römern — beides vereinigt und vollendet durch die neulateiniſchen Franken; Athen, Rom und Paris als die drei Brennpunkte europäiſcher Geiſtes-

bildung — Perikles, Auguſtus und Ludwig der Vierzehnte als die Männer, von denen die ruhmreichſten Zeitalter der Weltgeſchichte Namen und Gepräge empfangen: ſo erſcheint dem ehrgeizigen Franzoſen der Ablauf der neueren Geiſtesgeſchichte. Und auf dieſes geiſtige Erbrecht, auf dieſe einzigartige Nachfolge begründet der Franzoſe ſeinen Anſpruch und ſeinen Ruhm, allen übrigen Völkern als Erzieher und Befreier wagemutig und ſiegesgewiß voranzuſchreiten. Das Sonnenkönigtum des vierzehnten Ludwig und das Weltkaiſertum von Napoleon Bonaparte ſind beide in verzehrenden Feuerbränden erloſchen. Um ſo eiferſüchtiger iſt man ſeitdem bedacht, wenigſtens das Erbe von Althellas feſtzuhalten und damit die geiſtige und künſtleriſche Vorherrſchaft der Welt, ce droit d'aristocratique suprématie littéraire, wie Ferdinand Brunetière geſagt hat, der leidenſchaftliche und erfolgreiche Vorkämpfer des franzöſiſchen Klaſſizismus. Und in der Tat gilt dieſer Anſpruch Frankreichs unbeſtritten noch heute bei vielen Völkern zu Recht, innerhalb Europas und außerhalb, bei Nationen mit alter oder junger Vergangenheit, mit romaniſcher oder ſlawiſcher oder anderer Sprache, ja ſogar in Junghellas, das ſeit einem Jahrhundert erſt durch ein eigenes ſtaatliches Daſein die Kraft und die Möglichkeit wiedergewonnen hat, für ſich ſelber das hohe Erbe der großen Väter anzutreten.

Mit einer Selbſtverſtändlichkeit als könnte es gar nicht anders ſein, wahrt und übt man in Frankreich die Rechtsnachfolge von Hellas. Nur darüber geriet man dort mehr als einmal in heftigen Streit, wer mehr und größeres geleiſtet habe, der Lehrer oder der Schüler, der Meiſter oder der Nachahmer. Ein Jahrhundert lang tobte der Kampf, der zwiſchen Boileau und Charles Perrault am hitzigſten entbrannte, die Querelle des Anciens et des Modernes, die nie entſchieden wurde, auch gar nicht entſchieden werden kann, weil die ganze Frage von Anbeginn ſchief und irreführend geſtellt war. Denn überhaupt nicht um den Vorrang von Vorbild oder Nachahmung kann es ſich handeln, noch um einen Vergleich von Dingen und Leiſtungen, die in ſich geſchloſſen und von eigener Art daſtehen wie edle Naturgewächſe. Überwunden iſt heute, oder ſollte es wenigſtens ſein, das alte, verhängnisvolle Vorurteil, als ob durch gewiſſenhafte Nachahmung eines Vorbildes, als ob durch Regel und Schema die große und ſtarke und dauernde Schöpfung geſichert wäre. Die Geſchichte des franzöſiſchen und nicht minder unſeres deutſchen Geiſteslebens zeigt uns ſo viele unglückſelige Zeugniſſe jammervoll irregeleiteter und kläglich verſchwendeter Kraftanſtrengung, daß dieſe Spuren die jüngeren Geſchlechter für immer und ewig davon abſchrecken ſollten, der Antike in anderem nachzueifern als im unbefangenen Wagemut und zugleich im ſachlichen Ernſt. Wenn neuerdings wieder die Nationaliſten um Charles Maurras von der Action française den Schlachtruf erheben: Zurück zur Antike! ſo verbirgt ſich dahinter bei den einen das Verlangen nach einer ſtrengen und geſchloſſenen Form, bei den anderen, wie die Beiſpiele zeigen, künſtleriſches Unvermögen. Nein, für uns heute iſt die Querelle des Anciens et des Modernes erledigt und noch viel langweiliger geworden als einſt auf der Schulbank.

Dagegen ein anderes feſſelt unſer Nachdenken, eine Frage, die unter jener Querelle française verborgen liegt und von dem galliſchen Ehrgeiz noch nie, ſoviel ich wüßte, beantwortet, ja kaum geſtellt worden iſt. Allein nur die Tat und die Leiſtung, nicht der Verſuch und der Anſpruch, gilt etwas im Leben der Völker. Kann der franzöſiſche Geiſt ſeine Forderung der althelleniſchen Erbſchaft auf wirkliche Tat und gelungene Leiſtung begründen? Umſpannt er tatſächlich die Höhen und Weiten edelſten griechiſchen Geiſtes? Und wenn ſich das nicht bewahrheiten ſollte: auf welchen Gebieten hat die franzöſiſche Nation fortgeſetzt, was die großen Vorgänger ruhmreich begonnen? Welche Fragen hat er gelöſt, welche Aufgaben vollendet, an denen ſich zuerſt der Forſchergeiſt und die Geſtaltungskraft von Althellas erfolgreich verſuchten? Denn die Sachlage bleibt: ſo viele Geiſter der griechiſchen Welt ſcheinen in dieſem und jenem ſchöpferiſchen Franzoſen leibhaftig wiedererſtanden; ſo ſtark verblüfft uns die innere Verwandtſchaft geiſtiger Bewegungen hier und dort, daß wir ſtaunend den Blick nicht ab-

wenden können von dieſem ſeltſamen Spiel der Natur, dieſer rätſelhaften Wiederkehr und ἀνάμνησις, von dieſer nicht nur ſo benannten, vielmehr wahrhaftigen Wiedergeburt echten helleniſchen Geiſtes.

Aber ſo ſehr die innere Verwandtſchaft ſo vieler franzöſiſcher und griechiſcher Köpfe beim erſten Anblick auch überraſcht, gerade die höchſten Leiſtungen von Althellas haben im franzöſiſchen Weſen, ſo wie es ſich in der Geſchichte herausgebildet hat, wenig oder gar nicht gewirkt, haben wenig oder gar kein Verſtändnis gefunden: wofern wir unter geiſtigem Nachwirken nicht Überſetzungen, philologiſche Ausgaben oder ſchulmäßige Nachbildungen verſtehen, ſondern ein unbefangenes Schaffen, das nur vom eigenen innerſten Antrieb oder dem Streben der Altersgenoſſen ſeine Ziele und Wege empfängt.

Ein Dreifaches iſt dem franzöſiſchen Denken niemals aus eigener Arbeit aufgegangen. Ein Dreifaches iſt dort immer fremd geblieben und höchſtens von einigen wenigen nacherlebt worden. Und bedeutſam genug: gerade wieder im jüngſten Geſchlecht, ſeit 1908, haben die Nationaliſten und Klaſſiziſten von der Action française einen leidenſchaftlichen Kampf der ſchroffſten Ablehnung und Abwehr dagegen eröffnet. Was wir mit jenem Dreifachen meinen, das ſind nichts Anderes als die Entdeckungen eines Sokrates, eines Platon und eines Homer. Dieſe ganz Großen ſind auf franzöſiſchem Boden Fremdlinge geblieben: Metöken, wie Charles Maurras und ſeine Parteigenoſſen alle Einwanderer feindſelig und verächtlich benennen.

Fremd blieb dem Weſen franzöſiſcher Geiſtesart bis heute der Gedanke der ſittlichen Freiheit des einzelnen: die erlöſende Überzeugung, daß ein jeder, wofern er ſeine Triebe beherrſcht, nur ſeinem Gewiſſen Verantwortung ſchuldet, nicht aber der Glaubensgemeinde und ihrem Haupt, noch dem Staatsgeſetz oder dem geltenden Geſellſchaftswillen. Das war, wie die neuere Forſchung feſtgeſtellt hat, der ſchlichte und bei aller ſcheinbaren Selbſtverſtändlichkeit unendlich tiefe und weltbewegende Inhalt der ſokratiſchen Heilslehre; das war die von ihm allein entdeckte, von den Jüngeren oft verdunkelte Eigengeſetzlichkeit und Selbſtgenügſamkeit (αὐτονομία und αὐτάρκεια) des ſittlichen Willens, die nicht Glück bringt, ſondern an ſich das Glück ſchon iſt.

Fremd blieb dem Weſen franzöſiſcher Geiſtesart bis Bergſon die quälende Frage, die das Nachdenken eines Platon und nach ihm eines Kant am ſchärfſten erregte: vermögen wir überhaupt zu erkennen? Wie gelangen wir zu geſicherter Wahrheit? oder, in Platons Sprache ausgedrückt: wie gelangen wir zu Begriffen von Leben und Welt? Der wirklichkeitsfreudige, lebhaft begreifende und zugreifende Franzoſe, gewohnt, im geſelligen Verkehr die anderen und ſich ſelbſt zu genießen, vertraut ſo gläubig ſeinen Sinnen und ſeiner Vernunft, daß eine Kritik des Denkens, eine Selbſtbeſinnung des Erkennens auf ſeine Bedingungen und Möglichkeiten, ihm, dem kritikluſtigen Spötter, überhaupt gar nicht beifällt. Oder aber, wo ihm das Erkenntnisproblem läſtig zu werden droht, lehnt er es lächelnd als eine Querelle allemande mit weltmänniſcher Überlegenheit ab. So haben weder Descartes noch Malebranche, dieſe tiefſten Denker der franzöſiſchen Nation, die Vernunft ſelber auf ihre Zuverläſſigkeit zu prüfen unternommen. Als echte Franzoſen hat der eine der Vernunft, als dem logiſch-mathematiſchen Denken, einen Weg vorgezeichnet, der zu vorausſetzungsloſen und darum geſicherten Ergebniſſen führen ſoll, und hat der andere ihr Arbeitsgebiet abgeſteckt und die vielfachen Hemmungen aufgezeigt, die ihre erfolgreiche Anwendung auf Schritt und Tritt bedrohen.

Fremd blieb dem Weſen franzöſiſcher Geiſtesart auch ein anderes: Die ungebundene Schöpferkraft, die höher iſt denn alle Vernunft und den echten Künſtler und Dichter, den großen Seher und Denker, emporträgt zu nie geſchauten Gedankengebilden. Heiligen Wahnſinn, μανία, hat Platon dieſe Urkraft genannt, weil ſie aus dem Taumel der Begeiſterung ganz unberechenbare und unermeßliche Geſichte zutage fördert. Dieſer heilige Wahnſinn hat Platon ſelber erfüllt, wie Herakleitos den Dunklen, hat machtvoll Homeros beſeelt wie Aiſchylos oder So-

phokles, dieſes Unausſprechliche hat in Sappho und Pindar gewirkt, und nicht zuletzt in Ariſtophanes. Aber dieſen allen und ihren geiſtig Verwandten hat der franzöſiſche Geſchmack niemals ein gerechtes Urteil geſprochen. Man kennt den ſchweren Befreiungskampf, den der franzöſiſche Sturm und Drang, genannt Romantiſche Schule, für die verfemte Einbildungskraft hat führen müſſen. Zwar hat Victor Hugo damals trotz Horaz und Boileau die Vertriebene in ihre alten Ehren wieder eingeſetzt; aber das wäre ihm nie gelungen, hätte er nicht die uralte galliſch-franzöſiſche Rhetorik zu Hilfe gerufen, denen kein franzöſiſcher Hörer auf die Dauer ſich verſchließen kann.

Wir mögen anſetzen, wo wir wollen: die Tatſache bleibt beſtehen, daß der Geiſt von Althellas, ſo wie er ſich in jenen Großtaten geäußert hat, in Gallien-Frankreich nicht weiterlebt. Wohl aber erweiſt ſich die eigentümlich franzöſiſche Geiſtesart, die allein als ſolche gilt und gelten will, als unmittelbare geſchichtliche Fortſetzung, ja als erſtaunliche Wiederkehr und Wiedergeburt des Hellenismus. Unter Hellenismus verſteht man ſeit J. G. Droyſen (1877) die griechiſche Weltkultur, die zugleich mit der griechiſchen Weltſprache, der κοινή, ſeit Alexander dem Großen die Reiche der Diadochen und den ganzen Oſten bis nach Indien ergriffen und deren Geiſtesentwicklung auf Jahrhunderte hinaus beſtimmt hat. Lange galt dieſe Weltkultur den Kennern als bloßer Verfall und Entartung. Denn allerdings iſt hier das geiſtige Erbe Athens und Attikas nach Ort und Zeit vielfach abgewandelt worden und von allerlei fremdartiger, beſonders orientaliſcher Beimiſchung nicht frei geblieben. Erſt die Forſchung der letzten Jahrzehnte, an der deutſche Gelehrte vorzugsweiſe beteiligt waren, hat im Hellenismus die vielen neuen und wertvollen Grundzüge aufgedeckt, die nicht rückwärts, ſondern vorwärts weiſen: Grundrichtungen, die bis in die Gegenwart herein mit ungeminderter Tragweite nachwirken. Im Hellenismus liegen zu einem guten Teil die Wurzeln der geſamten neueren Bildung: denn auch das Chriſtentum, wie wir ſeit Paul Wendland klar überſehen, iſt durch dieſe Schule hindurchgegangen.

Seit dem zweiten Jahrhundert v. Chr. wurde dieſe Weltkultur aus dem Oſten nach der neuen Welthauptſtadt Rom getragen. Rhetoren und Philoſophen, Vortragsmeiſter und Lehrer der Jugend, bald auch Baumeiſter und Bildhauer, Maler und Ärzte ſuchten und fanden Aufträge und Lebensſtellung im Hauſe vornehmer Römer. Zwar beſchränkte der nüchterne Zweckſinn des Römertums die „unendliche Wiſſenſchaft“ der Akademie und der Ariſtoteliker auf Trivium und Quadrivium, und begnügte ſich mit einem nur enzyklopädiſchen, d. h. einführenden und das Nötigſte zuſammenfaſſenden Lehrbetrieb. Aber die kraftvolle Würde und die ſachliche Strenge der römiſchen Art wirkten wenigſtens in der republikaniſchen und frühen Kaiſerzeit oft als fördernder Antrieb. Davon zeugt die knappe und Epoche ſchlagende Sprachform der römiſchen Übertragungen und Bearbeitungen alexandriniſcher Dichter und Denker, davon zeugt auch die gediegene Sachlichkeit und Dauerhaftigkeit ſo vieler Nutzbauten, die echt denkmalsmäßige Wirkung mit voller Zweckmäßigkeit vorbildlich verbinden.

In Gallien fand dieſer römiſche Hellenismus einen durch die Phokäerſtadt Maſſalia und ihre Tochterſtädte längſt bereiteten Boden. Nirgends im weſtlichen Römerreich blühten ſo wie in Gallien die Schulen der Rhetoren, wo das grundlegende Trivium, Grammatik, Rhetorik und Dialektik, vor allem anderen gepflegt und hochgehalten wurde.

Damals, es war um die Zeit von Chriſti Geburt, empfing das Land zwiſchen Alpen und Weltmeer, Pyrenäen und Vogeſen die entſcheidenden Grundzüge ſeiner künftigen Bildung und Geſittung. Und ſeine Bewohner hielten dieſe Grundzüge feſt bis in unſere Tage. Franzoſentum und römiſcher Hellenismus gehören zuſammen durch Geſchichte und innerſte Weſensgemeinſchaft. Und immer wieder ſind in Frankreich die Werke des römiſchen Hellenismus denen des griechiſchen, und die des griechiſchen denen von Althellas vorgezogen worden, nicht nur, weil man das zeitlich Naheſtehende vor dem Entfernteren bevorzugte; es geſchah auch darum, weil es angeborene und anerzogene Geiſtesverwandtſchaft nicht anders verlangte.

Dieſe dauernde Sachlage läßt ſich ſchon äußerlich an der Reihenfolge ermeſſen, in der die Autoren des griechiſch-römiſchen Altertums in Frankreich der allgemeinen Geiſtesbildung zugeführt wurden. Vergil, Ovid und Terenz las man ſchon in den Nonnenklöſtern des Mittelalters. Als dann in der erſten Hälfte des ſechzehnten Jahrhunderts Ausgaben und Überſetzungen in Menge durch den Druck verbreitet wurden, da wirkte kein griechiſcher Dichter ſo tief, wie die meiſt aus Byzanz ſtammende Sammlung anakreontiſcher Lieder; und kein Philoſoph war ſo begehrt, wie Plutarch in Amyots berühmter Bearbeitung. Von Platon erſchien als erſte vollſtändige Übertragung die von Victor Couſin ſeit 1821, von Homer als erſte künſtleriſche Nachbildung die des Dichters Leconte de Liſle, 1866—67. Von Anfang bis heute mußte Theokrit gegen Vergil, den Idyllendichter, zurücktreten, Sophokles gegen Seneka, Pindar gegen Ovid, der Poetiker Ariſtoteles gegen Horaz, Platon gegen Cicero, und der wenig beachtete Ariſtophanes gegen Plautus und Terenz. Als der Rektor der Univerſität Paris, Charles Rollin, den jungen Theologen das Leſen griechiſcher Urtexte anempfahl, nannte er ihnen mit anderen Lukian und Plutarch, Demoſthenes und „einige Geſänge Homers", aber er verſchwieg ihnen die Tragiker und Ariſtophanes, Pindar, Platon und ſogar Ariſtoteles, um deſſen zuverläſſigen Text ſich zwar die Araber, nicht aber ſcholaſtiſche Theologen, noch die Humaniſten gekümmert hatten.

An keiner anderen Stelle kommen wir den Quellen franzöſiſcher Weſensart ſo nahe, wie wenn wir die grundſätzliche Streitfrage aufſuchen, in der ſich der Hellenismus und alles, was von ihm abſtammt, für immer von Althellas geſchieden hat. Es iſt der uralte, nie endende, weil tief im Menſchen begründete Kampf zwiſchen Rhetorik und Philoſophie, zwiſchen zweckvoller Rede und freier Forſchung, die ganz nur der Sache dient und dienen will. Es iſt im Grunde die Frage, an der ſich heute und überall die Geiſter ſcheiden: was ſoll überhaupt die Arbeit des menſchlichen Geiſtes? Soll ſie der Lebenserhaltung dienen als bloße Fertigkeit, als Mittel zum Zweck? Oder trägt ſie Würde und Wert in ſich ſelber, und hat das tätige Leben ſich ihr zu fügen und von ihr erſt Richtung und Weg zu erwarten? Wer ſoll jetzt und künftig Recht behalten, Pythagoras oder Sokrates, Gorgias oder Platon, Iſokrates oder Ariſtoteles, Rhetorik oder Philoſophie, dicere oder sapere?

Mit unermüdlicher Geduld hatte Sokrates von Sophiſten und Rhetoren Sachkunde und Fachkenntniſſe gefordert. Aus der Welt des Geiſtigen hatte Platon eine unendliche Wiſſenſchaft vorahnend ergriffen. Mit dem ſchärfſten Blick für Gleiches und Ungleiches hatte Ariſtoteles den Sachzuſammenhang der Einzelwiſſenſchaften feſtgelegt.

Er wies die Rhetorik aus der Philoſophie hinaus und brachte ſie an ihre richtige Stelle im Lehrplan ſeines Unterrichts. Auch ihre Ergänzung, die Eriſtik oder Dialektik, erhob er zur Wiſſenſchaft, indem er ſie als Logik oder Lehre von den Syllogismen auf ihren Wahrheitsgehalt unterſuchte. Beide Unterrichtsgegenſtände waren ihm aber keine Wiſſenſchaften, ſondern bloße Fertigkeiten, nicht ἐπιστήμαι, ſondern δυνάμεις, da ſie nicht ſachliche, ſondern formale Kenntniſſe, kein Wiſſen, ſondern ein bloßes Meinen vermitteln.

Ariſtoteliſche Sachlichkeit hatte geſiegt. Der Rhetor war geſchlagen. Für etwa hundert Jahre mußte er hinter dem Philoſophen zurückbleiben und ihm die Erziehung der Jügend überlaſſen, bis gegen Ende des dritten Jahrhunderts vor Chriſtus Rhetorik und Eriſtik ſich wieder vordrängten. Erſt als im zweiten Jahrhundert die beiden alten Gegner im Wettbewerb den Beifall und Lohn des weltbeherrſchenden Römers ſuchten, da fiel die Entſcheidung. Und ſie konnte nicht anders fallen, als von dieſem weltklugen Herrenvolk zu erwarten war. Sogar Cicero, der Schüler der atheniſchen Akademie, ordnete die Philoſophie, d. h. die ſachliche Forſchung, ebenſo grundſätzlich der Rhetorik unter, wie einſt der Gründer der Akademie die Rhetorik im Dialog Phaidros zur Helferin der Philoſophie herabgedrückt hatte. Auch hier galt der Satz: Roma locuta est. So geſchah

es, daß in der Kaiſerzeit der rhetoriſch und disputatoriſch Geſchulte den Geſchichtſchreiber und den Rechtsgelehrten, den Dichter und den Staatsmann verdrängte.

In Gallien, dem Heimatland ſo vieler Rhetorenſchulen, vollzog ſich dieſer Wandel durchgreifender und nachhaltiger als irgendwo ſonſt. Noch Hippolyte Taine bezeichnet als vornehmſtes Merkmal franzöſiſcher Geiſtesbildung das εὖ λέγειν, l'art de bien dire oder wie er es zu nennen liebt, la raison oratoire. Die Literatur des ſiebzehnten Jahrhunderts in Frankreich iſt ihm die Entwicklung dieſer Fähigkeit: sa littérature . . . c'est le développement d'une faculté régnante, la raison oratoire, et par conséquent c'est le sommeil des autres. Und Taine war ehrlich und freimütig genug, hinzuzufügen: Pour être orateur, on n'est pas philosophe.

Ihre eigentlichſte Aufgabe fand die Rhetorik in der Rede vor Gericht. So war Cicero Anwalt und Redner im politiſchen Prozeß. So gilt noch heute in Frankreich ein berühmter Anwalt als der große Mann des Tages. Man könnte verſucht ſein, die innere Geſchichte dieſes Landes ſeit 1870 an der Hand der großen politiſchen Prozeſſe zu beſchreiben und verſtändlich zu machen. Und wie im römiſchen Gallien ſteigt der wortgewandte Advokat in die höchſten Stellungen des Staates auf, wird heute ſogar Kriegsminiſter, Leiter des Flugweſens und anderer techniſcher Großbetriebe, wo Fachkenntniſſe uns Deutſchen als erſtes Erfordernis erſcheinen.

Aber auch von der Verskunſt hat damals die Rhetorik in Gallien-Frankreich für immer Beſitz ergriffen. Gelegentliche Ausnahmen wirken als bloßes Zwiſchenſpiel. Zwar nicht die vorgeſchriebenen Kunſtmittel, die Tropen und Figuren, wohl aber eine ſtark rhetoriſche Grundſtimmung erfüllt ſogar das Rolandslied: das gilt vom Erzähler und mehr noch von den handelnden Perſonen. Ein Abälard iſt nach dem Urteil eines Kenners mehr Rhetor als Philoſoph; und gar Corneille und Boſſuet, Victor Hugo und Chateaubriand ſind es in ſolchem Maße, daß dem deutſchen Hörer und Leſer alles andere daneben verkümmert ſcheint.

Da die Überredung ſich erſt mit der Widerlegung des Gegners vollendet, gehörte gleich einem Zwillingsgeſchwiſter zur Rhetorik die Eriſtik oder Dialektik. Sie fand als Terzine und Minnefrage an den Höfen fürſtlicher Frauen ſchon während des zwölften Jahrhunderts Eingang in den Minneſang und Minneroman, wie ſie als gelehrte Disputation den Theologen der Univerſität Paris zum Probeſtück ihrer Gelehrſamkeit wurde. Sie entwuchs im ſiebzehnten Jahrhundert der ſtrengen ſchulmäßigen Form und ließ die Unterhaltung im Salon zum geiſtreichen Turnier ſich erhöhen; ſie adelte die feine Geſelligkeit mit gebildeten Frauen zur einzigartigen, vielbewunderten Großtat franzöſiſchen Geiſtes.

Rhetorik und Dialektik ſind Künſte des Wortes und können ſich frei und machtvoll entfalten nur bei einem Volke, das dem Worte mehr Kraft und Wirkung zuſpricht, als daß es nur ein Gedachtes benennt. Auch hierin, wenn bisherige Beobachtungen zutreffen, ſcheidet ſich franzöſiſche Art von Althellas und ſchließt ſich der helleniſtiſchen an. Wenn auch bei den ſkeptiſchen Franzoſen der religiöſe Glaube an eine geheimnisvolle Zauberkraft der Namen nicht in Betracht kommen kann, das Eine und Weſentliche iſt beiden Kulturen gemeinſam, daß der Wortklang, ſtatt nur eine Bedeutung zu vermitteln, mit ſuggeſtiver Kraft den Hörer und Leſer in die gewollten Gedanken hineinzwingt. So werden die Worte dem Franzoſen zu lebendigen Gewalten, die leibhaftig mitkämpfen im Kampf der Geiſter und der Waffen. Die Reden eines Gambetta und eines Clemenceau gewinnen Wert und Wirkung einer kriegeriſchen Tat und machen die Geſchichte der Nation in einer Zeit der drohendſten Gefahr.

In einem Weiteren treffen Hellenismus und Franzoſentum wieder aufs genaueſte zuſammen, daß beide die Philoſophie vorzugsweiſe oder ausſchließlich als praktiſche Philoſophie, als Anleitung zur richtigen Lebensführung, ſchätzen und pflegen. Hier wie dort erſcheint es auch dem vornehmſten Denker als höchſte Aufgabe, durch eigene Arbeit oder aus dem koſtbaren Erbe großer Vorgänger eine allgemeingültige Methode zu gewinnen, ein ſicheres Verfahren, wie man

denken und leben ſoll, um glückſelig zu werden. Dieſen gemeinſamen Grundzug teilen die franzöſiſchen Denker und Dichter, Descartes und Comte nicht ausgenommen, mit Epikur und den Weiſen der Stoa. Und da in Frankreich das Leben in gebildeter Geſelligkeit als das Leben ſchlechthin gilt, vollzieht ſich die Arbeit an der praktiſchen Philoſophie weniger in den Schulen der ſtrengen Philoſophie, als vielmehr in den höfiſch-weltmänniſchen Kreiſen, deren Aphorismen und Einzelbeobachtungen mit Recht über alles geſchätzt werden. Dieſe morale, wie ſie heißt, und dieſe moralistes: La Rochefocauld, La Bruyère, Vauvergues ſind etwas eigentümlich Franzöſiſches und gehören zu den ſchönſten Leiſtungen der Nation.

Mit dieſem praktiſchen Endzweck aller Philoſophie hängt aber aufs engſte zuſammen ihre ekletiſche Entſtehung. Wie der Stoiker Zenon und Epikuros ihre Phyſik und Metaphyſik, ihre Erkenntnislehre und Ethik den größeren Vorgängern entlehnten und aus Antiſthenes und Herakleitos, Ariſtippos und Demokritos, ein gedankliches Gemenge ineinanderfügten, das, ſcheinbar eine willkürliche Auswahl doch ihren Zielen durchaus angemeſſen war, ſo hat auch Descartes ohne inneren Denkzwang den perſönlichen Chriſtengott an ſeine rationaliſtiſche Naturlehre angehängt. Und gar bei Denkern, die auf Folgerichtigkeit keinen Anſpruch machen, wie Montaigne und Molière, ſpielen ſtoiſche, epikureiſche und ſkeptiſche Gedankenreihen ſo ungezwungen ineinander, daß man eben dadurch den reizvollen Eindruck echt weltmänniſcher Lebensanſchauung genießt.

Vermöge ſeiner weltmänniſchen Schulung und Gedankenrichtung findet der gebildete Franzoſe eben dieſe drei Arten helleniſtiſcher Geiſteshaltung, die ſtoiſche, epikureiſche und ſkeptiſche, ſeiner eigenen Anlage und Neigung angepaßt und genehm. In den Reichen der Diadochen Alexanders ſo wenig wie im römiſchen Weltreich oder unter dem abſoluten franzöſiſchen Königtum war ja der Staatsbürger ein Mitglied der beratenden Volksgemeinde und waffentragender Wehrmann: Beamtenſtand und Berufsheer beſchränkten die Untertanen des Fürſten auf ihr Haus, ihren Freundeskreis und die Berufsgenoſſen. Ungeſtört von äußerem Zwang oder eigenem Vorurteil wollte ſich jeder die Ruhe ſeiner Seele bewahren und dabei die äußeren Glücksgüter maßvoll genießen. Deshalb ſuchte man mit gleicher Feſtigkeit des Willens die ſtumpfe Gläubigkeit des niederen Volks und den Gedankenflug einer allzu kühnen Metaphyſik von ſich fernzuhalten. Und ſo ſehr gleichen ſich Zeitverhältniſſe und Geiſtesrichtung im römiſchen Weltreich und im königlichen Frankreich, daß jene drei Arten helleniſtiſcher Lebensanſchauung hier wie Naturgewächſe immer neue Geſtalt gewinnen, ohne daß die antiken Vorbilder mehr als die Formel beiſteuern, womit der geſchichtlich Geſchulte dieſe Erſcheinungen benennt und einreiht.

Doch es muß etwas Großes und Starkes, etwas Bejahendes und Tröſtliches in dieſen Geiſteshaltungen gelegen haben. Sonſt verſtünden wir nicht, daß ſoviele der Edelſten des ſpäteren Altertums und des neueren Frankreich ſich daran emporgerichtet haben. Sonſt begriffen wir nicht, daß dieſe Richtungen unkirchlicher Lebensanſchauung alle in heftigem Kampf ſich mit der Religion des Erlöſers auseinandergeſetzt haben. Dieſes Gemeinſame, dieſes Lebendige und Lebenſchaffende kann nur ein Glaube ſein: denn mit der Gläubigkeit kann ſich nur Gläubigkeit meſſen. Es iſt der Rationalismus, dieſe eigentliche Religioſität des Hellenismus wie des Franzoſentums: das iſt der unerſchütterliche und darum erlöſende Glaube an die Vernunft, den πόγος. Dazu aber muß geſagt werden, daß unter Vernunft hier das logiſch-mathematiſche Denken verſtanden wird, dasſelbe, was Kant als Verſtand oder diskurſives Denken bezeichnet und dem Intellekt oder dem intuitiven Denken gegenüberſtellt. Dabei macht es nicht allzuviel aus, ob man mit dem metaphyſiſchen Kopf in dieſem Logos die Weltvernunft und das Göttliche ſelber erkennt, oder mit dem Spießbürger die Weltvernunft zum geſunden Menſchenverſtand, sensus communis, erniedrigt. Weſentlich bleibt eine zweifache Wirkung des herrſchenden Rationalismus: da die höchſte Inſtanz des Denkens und Handelns ein Gemeingut der Menſchheit iſt, gelangen

die ſtoiſchen Denker folgerichtig und hochherzig zu dem neuen Gedanken der Humanität als eines Bandes, das alle Völker als Brüder umſchlingen ſoll; wo aber, wie in Frankreich, die Geſellſchaft dem einzelnen ſeine Welt bedeutet, da droht die Gefahr, daß der jeweilige Geſellſchaftswille mit dem Willen der Menſchheit verwechſelt und der einſame Denker und Arbeiter erbarmungslos der Konvention und der Mode geopfert wird.

Und ferner ein anderes. Wie alles Irrationale wird das ganz Unvergleichliche geſchichtlicher Größe, wird alles geſchichtliche Werden und Sollen in ſeinen ſittlichen Antrieben und Kräften, wie in ſeinen ſittlichen Wirkungen verkannt und zur natürlichen Verpflichtung herabgedrückt. Und dieſe beiden Irrtümer ſind für den Hellenismus wie für Frankreich zum Verhängnis geworden. Doch wie dem immer ſei, es war etwas Großes und Befreiendes um den Glauben an die Vernunft. Um ſich davon zu überzeugen, braucht man nur durch eine Sammlung franzöſiſcher Gemälde zu ſchreiten und den Männern und Frauen verſchiedener Jahrhunderte in die Augen zu blicken: man iſt erſtaunt über das ſieghafte und ſcharfſinnige Leuchten der Augen und beginnt zu begreifen, wie es kommt, daß die Franzoſen in unſeren deutſchen Augen oft nichts anderes zu finden wähnen, als den Ausdruck der Schwermut oder des Verzichtens: l'expression de vague mélancolie ou de résignation inerte.

Und es gibt einen letzten Grundzug, der im Hellenismus einſetzt und durch das Franzoſentum hindurchführt; eine Lebensrichtung allerdings, die ſich weniger im Denken als in der Dichtung bemerkbar macht. Das iſt die Entdeckung der Liebe zwiſchen Mann und Weib, als einer wichtigen Angelegenheit des bürgerlichen Daſeins und des geiſtigen Werdens. Es bedurfte beidemal eigentümlicher Zeitverhältniſſe, daß dieſe Lebensbeziehung als weittragend und ſittlich bedeutungsvoll, ja für den Lebensinhalt entſcheidend erkannt und in den Mittelpunkt dichteriſcher Teilnahme geſtellt wurde. Was uns heute ſo gewohnt, ja ſelbſtverſtändlich ſcheint, iſt doch vielen anderen Kulturen, und ſo der altgriechiſchen Zeit eines Sokrates und Platon, fremd und ferne geblieben. Die neuere Komödie eines Menander und der helleniſtiſche Roman ſamt der Novelle, die römiſchen Elegiker nach alexandriniſchem Vorbild erhoben die Neigung zu einer Hetäre, ſeltener zur eigenen Ehefrau, in den Kreis deſſen, was eines Mannes Bruſt am tiefſten bewegt. Und bei den Franzoſen zunächſt Südfrankreichs, an den Höfen feudaler fürſtlicher Frauen, wird im Minneſang und Minneroman eine Liebe der Huldigung und Verehrung ins Geiſtige geläutert und verklärt, bis die Herrin zum Inbegriff des Höchſten und Reinſten, ja zum Sinnbild der Gottheit ſchließlich emporſteigt.

Zu dieſen gemeinſamen Grundzügen der Lebensanſchauung und Weltauffaſſung kommt ergänzend und beſtätigend eine auffallende Übereinſtimmung in den vorherrſchenden Stilarten des künſtleriſchen und literariſchen Schaffens. Bildhauer und Baumeiſter, Maler und Dichter, Schriftſteller und Gelehrte haben ſich jeweils grundſätzlich einer von drei Möglichkeiten angeſchloſſen, die wir in Kürze als die rhetoriſch-pathetiſche, die witzig-ſkeptiſche und die anmutig-gefällige Stilrichtung bezeichnen. Zwar ſcheint die Mannigfaltigkeit und der Reichtum einzelner künſtleriſcher Begabungen auf franzöſiſchem Boden ſolche Gleichförmigkeit auszuſchließen. Und doch bleibt es wahr, daß die überwiegende Mehrzahl der Franzoſen und gerade die führenden Geiſter immer aufs neue eine dieſer drei Stilgattungen ausprägen, die in dem tiefen Grunde dauernder Geſinnuug, eines ἦθος, wurzeln und darum gleich einer Naturkraft mit innerer Notwendigkeit wirken. Bei alledem läßt eine ſolche Grundſtimmung der Neigung und Fähigkeit des einzelnen noch Raum genug und ſchließt allerlei Spielarten und Miſchungen keineswegs aus. Aber darauf kommt es an, daß Hellenismus und Franzoſentum aus jener dreifachen Grundſtimmung der Seele, aus jenem dreifachen Lebens- und Stilgefühl Werke von typiſcher Reinheit hervorgebracht haben, die ſich von der „edlen Einfalt und ſtillen Größe“ des Parthenon und des Zeustempels in Olympia, von der unbewegten Menſchenwürde und andächtigen Gottesfurcht eines Aiſchylos und Sophokles gleich weit entfernen.

Rhetoriſch-pathetiſcher Geiſt, eindringlich, feierlich, machtvoll, rauſcht durch den Kampf der Götter und Giganten am pergameniſchen Altarfries und durch die Triumphbogen der römiſchen Kaiſerzeit, wie durch die Säle, Bildwerke und Wandgemälde des Louvre und des Verſailler Königſchloſſes. Rhetoriſch-pathetiſcher Geiſt, worin nachdenkliche Schwermut und aufſchlagende Leidenſchaft in Fieberhitze ſich kreuzen, brauſt in den überlegten Gebärden und überlegenen Redeflüſſen auf der tragiſchen Bühne des helleniſierten Spaniers Seneka und des romaniſierten Normannen Corneille, in der Pharſalia von Senekas Neffen Lukan und in den Leichenreden eines Boſſuet, wogt mit gezügelter Kraft im Hochgefühl der Feſtrede und der Weihinſchrift, gleichviel, ob ſie Lob des Lebendigen oder Trauer um den Toten verkünden. Ziel und Sinn und bedachter Wille bleibt immer und überall die feſtliche Schauſtellung eindrucksvollen Erlebens.

Hinter dieſem ſelbſtbewußten Gefühl, das ſich leicht überſpannt, deckt der witzig-ſkeptiſche Kopf mit Behagen die enge und dürftige Kehrſeite auf. Der Gryllos, dieſe Karikatur helleniſtiſcher Maler, erreicht faſt ſchon die Wirkung eines Daumier und Gavarni. Satyr und Faun und Silen in des Bacchus Gefolge verraten auf lüſternem Bildwerk den Rückfall ins Tieriſch-Gemeine. Den Mimen des Sophron und den Mimiamben des Herondas ſind die altfranzöſiſchen Fabliels und Farcen durch Geiſt und durch Herkunft verwandt, von denen noch Molière durchſchlagende vis comica lernte. Zeitgenöſſiſcher Spott in den vorbildlichen Diatriben der Kyniker und in den Satiren eines Martial und Régnier, in den Tierfabeln des Phaedrus und des Lafontaine, in den Totengeſprächen des Zeitungsmannes Lukian und des Salonphiloſophen Fontenelle; im Sittenroman eines Petron und im keckſten Wagnis des Rokoko, in Voltaires Pucelle; aber das Größte im kleinſten Raum, das Höchſte in der beſcheidenſten Form, hat doch das Epigramm erreicht und die chanson, das ἀπόφθεγμα und der bonmot: attiſches Salz und galliſcher esprit ſprühen aus Spottvers und Witzwort ihre zündenden Funken durch die Jahrtauſende.

Doch die eigenſte Tat, neu und urſprünglich, ganz aus der neuen Bildung einer höfiſchen Welt geboren, iſt das Dritte, iſt die anmutig-gefällige Kunſt, und dieſe immer geneigt, ins Liebenswürdig-Zierliche hinüberzugleiten. Das beugt ſich und ſchmiegt ſich, das rieſelt und rinnt, entzückt und berückt ſogar in den überragend großen Geſtalten aus ewig jungem Götterhimmel: Aphrodite und Apollon, Nike und Hermes, Ares und Dionyſos, und der junge, faſt knabenhaft geformte Herakles. Das neckt und ſpielt, das ſcherzt und koſt, das ſchmeichelt und tändelt in den kleinen Eroten, die der helleniſtiſche Künſtler ſo zärtlich liebt, in den nieblichen Götterſtatuetten aus Bronze und vielleicht am zarteſten in den beſcheidenen Tonfiguren, die wir nach Tanagra nennen, in dieſen oft nur für Kinder geſchaffenen Bildern böotiſcher Frauen und Mädchen. In alledem glänzt ſchon mit feinem, höfiſch gedämpftem Licht und fern von aufdringlichem Pathos die kluge und abgeſtimmte Heiterkeit des Rokoko, dieſer echteſten Schöpfung franzöſiſchen Geiſtes.

Dem Bilde geſellt ſich das Wort. Gefällige Anmut und ſchalkhaftes Spiel der Gedanken durchwebt mit ſilbernen Fäden die Erzählung von liebenden Paaren in Roman und Novelle und in den Hirtengeſchichten des Longus und Herzogs von Urfé, durchwebt mit zartem Geſpinſt die ὑπομνήματα des Plutarch und die Eſſays des Montaigne, die Briefe und Lebenserinnerungen feingebildeter Männer und Frauen, und die artigen Verſe zu allerlei Gelegenheit ... Gefällige Anmut mildert die Strenge und den Ernſt in der Gedankenarbeit eines Descartes und Malebranche, umſpielt ſchon da und dort die Lieder der Troubadours und die Abenteuer von Ivain und Gauvain, Lancelot und Guenievre, und nimmt ſich den Kranz, indem ſie Menander und Molière als ebenbürtige Meiſter des höheren Luſtſpiels verbindet. Im Stil des Rokoko iſt dieſes Lebensgefühl des Anmutig-Gefälligen ganz herrſchend geworden, nachdem es zuvor nur wie ein Grundton der geiſtigen Haltung hindurchklang. Der Staat des fünfzehnten Ludwig iſt im furchtbaren Umſturz ruhmlos zerſchellt, die höfiſche Formenſprache und die Rang-

ordnung dieſer Formen von den Plebejern Hugo und Balzac für immer zerſchlagen. Aber der Stil Louis quinze hat ſeinen König und das Königtum überlebt. Er iſt der nationale Stil Frankreichs bis zur Stunde geblieben. Und ſo viele zierliche Standbilder der Heldenjungfrau Jeanne d'Arc verraten, wie ſchwer, ja unmöglich es auch dem begabten franzöſiſchen Künſtler noch iſt, eine zur Natur gewordene Auffaſſungsart dort zu vermeiden, wo ihre Stelle nicht ſein kann und darf.

Wir ſehen: mit dem Hellenismus, dem griechiſchen und noch näher dem römiſchen, gehört Frankreich zuſammen in den Grundzügen ſeiner geiſtigen Art, wie ſie in ſeiner Geſchichte bisher zutage kamen, ob es nun Vorzüge ſind oder Schwächen, Eigenſchaften, die Leben wecken oder Leben töten. Wer das feſtſtellt, ſpricht weder Lob aus noch Tadel: er anerkennt nur eine geſchichtlich gewordene Lage.

Wohl aber gibt es ein Land im nördlichen Europa: dort haben Sokrates und Platon, Homer und Pindar, Aiſchylos und Sophokles ihre echten Jünger gefunden. Es iſt das Land der großen Myſtiker Eckart und Böhme, das Vaterland von Luther und Leibniz, Leſſing, Klopſtock und Herder, Goethe und Schiller, Schleiermacher und Hölderlin, die Heimat von Immanuel Kant und dem deutſchen Idealismus. Wilhelm von Humboldt iſt der bewußte Verkündiger dieſes „Neuhumanismus" geworden. An den Menſchheitsfragen, die von dem Geiſte der Hellenen entdeckt worden ſind, haben ſich deutſche Denker und Dichter raſtlos weiter erprobt, unbekümmert darum, ob die Ergebniſſe nutzlos ſein würden, und unbeirrt von dem Zwang, ſchwere Dinge in ſchwerer Sprache vorzutragen.

Es gab auch in Frankreich einmal eine Zeit, wo andere Grundrichtungen dem Denken und Schaffen die Wege wieſen als die des Hellenismus. Das war im Hochmittelalter, im zwölften und dreizehnten Jahrhundert. Damals erſtanden in Nordfrankreich als in dem von Franken, Burgunden und Normannen dicht beſiedelten Gebiet die gotiſchen Abteien und Kathedralen, Burgen und Städte, geſchmückt mit Bildwerken in Stein oder Holz und mit bunten Glasmalereien, indes an der neugegründeten Hochſchule Paris Theologen und Philoſophen ſich um den Ausbau des chriſtlichen Lehrgebäudes bemühten. Und von der Dichtung und Muſik der Minneſinger und höfiſchen Erzähler wurden die Taten chriſtlicher Ritter im Heidenkampf und Frauendienſt verherrlicht und den Hörern als ein Vorbild errichtet. Eine neue Geiſtigkeit ſuchte und fand in dem allem den Ausdruck ihres Sehnens und Könnens. Der gotiſche Menſch — ſo lautet ein neugeſchaffener und ſchon landläufiger Begriff — hatte ſich entdeckt und geoffenbart.

Es war ein ſichtlicher Irrtum des Italieners Vaſari, den Namen Gotik für die mittelalterliche Baukunſt zu prägen, die in Nordfrankreich nach der Mitte des zwölften Jahrhunderts ihren Anfang nahm und in keinem Nachbarlande ſo wie in Deutſchland erfaßt und ſchöpferiſch fortgeſetzt wurde. Soviel wie Barbarenkunſt ſollte der Name bedeuten. Und in der Tat, die gotiſche Kunſt und gotiſche Dichtung, gotiſche Frömmigkeit und Gelehrſamkeit ſind ſo etwas wie Barbarenkunſt. Germaniſche Gemüts- und Geiſtesart zwar nicht der Goten, aber der Franken, Burgunden und Normannen hatte in der eben damals zur Einheit gereiften Nation die Führung übernommen. Und darum verſtehen wir, daß die herkömmliche Geſchichtſchreibung Frankreichs dieſes ganze Zeitalter vom Einbruch der Barbaren bis zur Selbſtdarſtellung des gotiſchen Menſchen als ein bloßes Zwiſchenſpiel anſieht und nach wie vor gleich Boileau die Geſchichte der franzöſiſchen Dichtung mit Malherbe anheben läßt. Noch Ferdinand Brunetière, der ſtarke und unerſchütterliche Vorläufer des heutigen Neuklaſſizismus, verwirft die Heldenlieder von Karl dem Großen und ſeinen Getreuen als barbarie littéraire und will ſie gern den Deutſchen überlaſſen, von denen ſie gekommen ſeien. Denn er vermißt an dieſer gotiſchen Dichtung alle Eigenſchaften des echt franzöſiſchen Geiſtes: les plus rares qualités de l'esprit français: ordre, clarté, logique — loi, règle, mesure — décence, dignité, noblesse — art et goût, précision et proportion. Und den gotiſchen Bauſtil nennt er: ce merveilleux contresens

architectural. Denn das logiſch-mathematiſche Denken fordert vor allem anderen vom Kunſtwerk klare Überſichtlichkeit und ruhiges Ebenmaß der führenden Linien, und verſtattet der Laune und freien Geſtaltung, nur die Flächen mit buntem Beiwerk zu füllen.

Noch einmal, in der großen künſtleriſchen Revolution Frankreichs, genannt Romantiſche Schule, durchbrachen Phantaſie und Gefühl die Schranken des Rationalismus. Gewiß hat dieſe Erneuerung des Schaffens und Forſchens nachgewirkt bis heute. Aber das eigentlich Weſentliche dieſer Bewegung, la liberté de l'Art, hat ſich dem franzöſiſchen Geſamtgeiſt auf die Dauer nicht mitgeteilt. Schon der Parnaß lenkte offenkundig zum Hellenismus zurück. Und neuerdings (1908) hat ein Schüler von Maurras und der Jüngſten einer, Pierre Laſſerre, eine zornige Streitſchrift gegen die Romantik geſchrieben, gegen dieſen Pantheismus aus germaniſchen Landen, gegen die Verdrängung der Alleinherrſcherin Vernunft aus ihrer Allgewalt. Auch die Romantik, ſo wünſcht man in dieſen Kreiſen, ſoll ein bloßes Zwiſchenſpiel bleiben.

Und dabei hat man es in Frankreich lange genug, von Ronſard bis Voltaire, als einen Mangel empfunden, daß die Fähigkeit zur Epopöe, la tête épique, der Nation verſagt bleiben ſolle. Und man kennt die unfreiwillige Lächerlichkeit der Verſuche, die dieſem Mangel abhelfen ſollten, der Pucelle eines Chapelain, den Franciade und Henriade und anderer unglückſeliger Allegorien. Aber nicht jeder erkannte bis jetzt in Frankreich die unfreiwillige Lächerlichkeit, in die ſich die Vernunft freiwillig begibt, wenn ſie ſelber zu ſchaffen bemüht iſt, was ihr ewig verſagt bleibt, und im gleichen Atem die echte und große Eigendichtung der eigenen Vorzeit verwirft.

Eben damals, in den Zeitaltern der Gotik und der Romantik, waren die führenden Geiſter des Landes der Dichtung eines Homer oder Sophokles und der Kunſt eines Phidias nahegekommen. Das iſt geſchehen nicht trotzdem, ſondern weil man unabhängig von der Antike auf eigenen Wegen dem Geiſtigen Sinnbild und Ausdruck ſuchte. Neuere Forſchung hat ein Ergebnis gefunden, das nur den im Klaſſizismus Befangenen überraſchen kann. Es hat ſich gezeigt, daß in der gotiſchen Plaſtik dieſelben rhythmiſchen Beziehungen wirkſam geworden ſind, wie in den Bildwerken der beſten helleniſchen Zeit. Und dieſe gotiſchen Skulpturen haben ſich in die Statik und Dynamik der Dome und Rathäuſer ſo ſicher eingepaßt, wie die Götterbilder des Phidias in den atheniſchen Panthenon und in den Zeustempel von Olympia. So hat die Gotik auf anderen Wegen und in anderer Art dieſelbe Vollendung gewonnen, wie Althellas in perikleiſcher Zeit.

Immer dringender wird unſere Schlußfrage, die wir freilich nur ſtellen, und eine Antwort, die wir freilich nur andeuten können. Was ſind die geſchichtlichen Urſachen dafür, daß gerade in Gallien-Frankreich mehr als irgendwo ſonſt der Hellenismus zum Schickſal des geiſtigen Lebens geworden iſt? Gemeinſchaft des Blutes kann es nicht ſein, trotz Maſſalia-Marſeille, der Handels- und ſpäteren Hochſchulſtadt, und anderer griechiſcher Pflanzſtädte am Mittelmeer und im Rhonethal, und trotz der ſyriſchen, d. h. levantiniſchen Kaufleute, die im mittleren Rhonethal die erſten chriſtlichen Gemeinden gegründet haben. Auch der rhetoriſche Unterricht, ſolange er dauerte und ſo wirkſam er war, erklärt für ſich allein noch nicht dieſe wunderbare Erſcheinung.

Eine eigentümliche und verwandte Neigung und Anlage in dem galliſch-liguriſchen Miſchvolk muß es geweſen ſein, was die Söhne des Adels und der Druidengeſchlechter mit ſo viel Eifer und Erfolg in die Schulen der griechiſch-römiſchen Rhetoren trieb. So dürftige Zeugniſſe uns von den alten Galliern berichten, in einigen Zügen ſcheint eine unleugbare Ähnlichkeit mit dem Griechenvolk vorzuliegen. Daraufhin konnte es noch der jüngſte Geſchichtſchreiber der Gallier, Camille Jullian, in ſeinem großangelegten Buche wagen, das wenige, was wir wiſſen und was zu einem Charaktergemälde kaum ausreicht, nach dem Vorbild der Hellenen zu ergänzen. Freilich, wer bürgt uns dafür, daß die griechiſchen Geographen und Hiſtoriker, auf deren Mitteilungen wir vorzugsweiſe angewieſen

ſind, ihrerſeits nicht ähnlich verfuhren, wie Alfred Fouillée, der die Griechen des Altertums erſichtlich nach dem Muſter der Franzoſen charakteriſiert?

Nur einiges ſei hier erwähnt, was immerhin Beachtung verdient. An einer oft genannten Stelle erzählt Lukian von einem Standbild des Herakles-Ogmios, der dargeſtellt ſei als kahlköpfiger Greis mit wenigen weißen Haaren; und von der Zunge hängen ihm Ketten von Gold und Bernſtein herab, woran die Ohren zahlreicher Menſchen gebunden ſind, die ſich über dieſe Feſſelung freuen. Demnach ſcheinen die Gallier einen Gott der Beredſamkeit verehrt zu haben, den hier ein griechiſcher Bildner mit Herakles in eins ſetzen wollte.

Und ein Zug zur Skepſis, zum witzig-überlegenen Spott über Einrichtungen und Fragen, die den Andern als heilig oder doch verehrungswürdig gelten, ſcheint den alten Galliern ebenfalls im Blute geſteckt zu haben. Wer denkt hier nicht an den esprit gaulois, von dem die Franzoſen ſeit bald einem Jahrhundert reden, ohne mehr davon zu wiſſen, als was Taine darüber am Franzoſen bemerkt hat: Les deux qualités de son esprit, qui sont la sobriété et la finesse, le détournent bien vite de l'exaltation et de la poésie, pour le conduire à la prose, à la raillerie et au récit. ... il prend l'amour comme un passe temps, non comme une ivresse. ... Le besoin de rire est le trait national si particulier que les étrangers n'y entendent mot et s'en scandalisent.

Die Gallier hatten heldenhafte Leiber ähnlich den Germanen und erregten den Schrecken der an Geſtalt kleineren Griechen und Römer. Aber alle Berichte heben hervor, daß ſie bunten Schmuck geliebt und eine gefällige Erſcheinung geſucht haben. Dieſe Barbaren ließen nur den Schnurrbart ſtehen und gingen an Kinn und Wangen glatt raſiert. In keinem Grab eines galliſchen Kriegers fehlt neben dem Schwert von Eiſen das ebenfalls eiſerne Raſiermeſſer. Ob das mit Jullian dahin gedeutet werden kann, daß die Möglichkeit zur feineren Erziehung in dieſem Volk beſonders vorgebildet war?

Doch was immer die Zeugniſſe und Denkmäler von den alten Galliern berichten mögen, ob es ausreichend oder dürftig, zutreffend oder zweifelhaft befunden werden mag, eine innere Verwandtſchaft, eine geiſtige Anlage muß vorgelegen haben, die gerade den Gallier befähigte, die Grundzüge helleniſtiſcher Bildung aufzunehmen, weiterzubilden und dauernd ſich zu bewahren. Und dabei muß als weitere Urſache mitgewirkt haben eine gewiſſe Ähnlichkeit des Staats und der Geſellſchaft. Hier wie dort ein abſolutes Fürſtentum, das ſich göttliche Ehren erweiſen läßt: die Ptolemäer als Rechtsnachfolger der Pharaonen wurden als Götter verehrt, und ſo ließ ſich noch Ludwig der Vierzehnte in Verſailles als Jupiter und Sonnengott darſtellen, oder im Sinnbild von Löwe und Adler verehren. Und die Prunkfeſte der Ptolemäer haben ihre Entſprechung in den Gartenfeſten in Verſailles zu Ehren der Lavallière, damals als Molière dort den Tartuffe aufführen ließ. Denn im Feſtefeiern fand das entrechtete griechiſche Volk ſein Genügen wie der franzöſiſche Hofadel im Schloß ſeines Königs.

Wir ſtehen am Ende. Zu Anfang, als wir unſere Frage ſtellten, konnte es ſcheinen, als ſollte ein Streit um eine Erbſchaft verhandelt werden. Wer ſo dächte, hätte den Verfaſſer ſchwerlich verſtanden. Nicht das war der Sinn unſerer Frage: welches Volk vor einem andern die Hand nach dem geiſtigen Erbe Altgriechenlands ausſtrecken dürfe: ob Frankreich, ob Deutſchland, oder Junghellas, das neuerſtandene, dem durch das Vorrecht der Geburt eine unermeßliche Erbſchaft zuteil wird? Nichts macht weniger froh als ein Erbſtreit. Allen Völkern der Erde, die an das Geiſtige glauben und dem Geiſtigen eine Bahn brechen wollen, iſt der Ring mit dem koſtbaren Stein übergeben. „Es ſtrebe von euch jeder um die Wette, die Kraft des Steins in ſeinem Ring an Tag zu legen.“ Er tue das aus freudig ſchöpferiſcher Kraft und nicht nach fremder Regel und Geſetz!

Demobilisierung der weiblichen industriellen Armee

Von Dr. Agnes Bluhm

abricare necesse est; vivere necesse non est. Fabrizieren ist notwendig; leben ist nicht notwendig. Diese Umwandlung erfuhr das berühmte Wort des Pompeius vor Jahren durch einen Berichterstatter auf dem 14. Kongreß der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in Hagen i. W. Man sollte meinen, daß der Krieg, der mit so mancher irrigen Vorstellung gründlich aufgeräumt hat, uns auch den Weg hätte zurückfinden lassen zu der alten, durch die Geschichte erhärteten Wahrheit, daß Dasein und Macht der Völker nicht in erster Linie von ihren wirtschaftlichen Gütern, sondern von dem organischen Gut abhängig sind, das in den einzelnen Volksgenossen verkörpert ist. Dem ist aber leider nicht so. In dem vom Ausschuß für Kleinkinderfürsorge im Oktober 1917 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Lehrgang warnte ein Diskussionsredner im Interesse der Industrie davor, die vorgeschlagenen Erziehungsbeihilfen für kinderreiche Familien so hoch zu bemessen, daß die Mütter zahlreicher Kinder es nicht nötig hätten auf Arbeit zu gehen. Zwar heißt es in dem soeben erschienenen Bericht: „Der größte Teil der Anwesenden stand aber auf dem Standpunkt, daß die Vertreter der Kinderfürsorge in diesem Punkt den Forderungen der Industrie nicht allzuweit entgegenkommen dürfen". Es ist indessen zu fürchten, daß der betreffende Redner außerhalb der Frankfurter Versammlung viele Gesinnungsgenossen hat, die ihren nicht zu unterschätzenden Einfluß bei der Gestaltung der Frauenarbeit in der Übergangszeit von den Kriegs- zu Friedensverhältnissen in seinem Sinne geltend machen werden.

Den kinderreichen Müttern darf es nicht zu gut gehen; sie müssen auch in Zukunft unter dem Zwange zu außerhäuslichem Verdienst verbleiben! Ein solcher Ausspruch fällt in einer Zeit, in der das Wort „Bevölkerungspolitik" in jedermanns Munde ist. Eng beieinander wohnen die Gedanken; doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Ich kann es getrost dem Leser überlassen, sich ein Bild von der körperlichen, sittlichen und seelischen Not kinderreicher Familien zu machen, in denen die Mutter von früh bis spät außer dem Hause ist und die Kleinen der Pflege meist noch schulpflichtiger älterer Geschwister überlassen muß. Wer Augen zu sehen hat, hat es oft genug mitangesehen. Ich beschränke mich deshalb darauf, vom Standpunkt des Rassenbiologen und Sozialhygienikers Einspruch zu erheben gegen einen derartigen Raubbau am höchsten Gute der Nation.

Man hört des öfteren, daß die Bedeutung der Kriegsverluste für die Zukunft unseres Volkes nicht zu hoch eingeschätzt werden dürfe, da die Erfahrung gezeigt habe, daß die Geburtenziffer nach einem Kriege erheblich zu steigen pflegt; und man beruft sich im besonderen auf den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Man übersieht dabei, daß der damalige Krieg in eine Periode wachsender Geburtenziffern fiel, der heutige in eine solche mit absteigender Tendenz. Zwischen beiden Kriegen liegt die Einbürgerung der willkürlichen Beschränkung der Kinderzahl. Die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege werden diese trotz des neuen Gesetzes zur Bekämpfung des Geburtenrückganges beträchtlich fördern. Auch der Trost, durch weitere Herabminderung der Sterblichkeit einen Bevölkerungszuwachs herbeiführen zu können, ist heute nur noch in sehr geringem Maße am Platze. Gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen. Dem Sinken der Sterblichkeitsziffer ist eine natürliche Grenze gesteckt, der wir uns mit 15,8 vom Tausend der Einwohner im Jahr 1913 schon beträchtlich genähert haben. Setzt doch nach Oldenberg bei einer wachsenden Bevölkerung eine Sterbeziffer von 12 vom Tausend die „phantastische Annahme einer durchschnittlich siebzigjährigen Lebensdauer" voraus. Eine vernünftige Bevölkerungspolitik muß deshalb in erster Linie die Kindererzeugung, wenn auch durchaus nicht wahllos, sondern unter Begünstigung der erblichen

Tüchtigkeit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fördern. Obenan steht der Schutz der Mütter.

Gewiß kommt es zuweilen vor, daß eine stark herabgekommene Mutter zur Überraschung der Umgebung ein wohlgenährtes Kind zur Welt bringt. Das Kind ist eben ein Parasit, der auf Kosten seines Wirtes lebt. Trotzdem darf der Zustand der Mutter nicht als zu vernachlässigende Größe behandelt werden, sondern ist vielmehr von hoher Bedeutung für die Hervorbringung und Aufzucht der Nachkommenschaft. Eine Nation, die ihren Müttern den Schutz versagt, und ihre Güter auf Kosten des weiblichen Geschlechtes erzeugt, lebt vom lebendigen Kapital und verarmt trotz allen aufgestapelten Reichtums. Mutterschaft und Beruf vertragen sich nur in Ausnahmefällen miteinander. Fabrikarbeit und Erfüllung der natürlichen Gattungspflichten stehen in schroffem Gegensatz zueinander.

Wir sind nicht in der Lage, den Endzweck des Naturgeschehens zu erfassen; aber wir vermögen einige wenige Grundsätze zu erkennen, unter denen sich dieses Geschehen vollzieht. So wird die gesamte Lebewelt unseres Planeten beherrscht von dem Prinzip der Erhaltung der Gattung. Der erwähnte Parasitismus der menschlichen Frucht, der unter Umständen bis zur Aufopferung der Mutter geht, ist ein Beispiel dafür. Andererseits hängt es offenbar gleichfalls mit diesem Prinzip zusammen, daß dem weiblichen Geschlecht, welches im Gattungsprozeß eine so viel wichtigere Rolle spielt als das männliche, eine größere Lebenskraft verliehen ist als diesem; es besitzt eine stärkere Widerstandskraft gegen den Tod. Daß im frühen Kindesalter mehr Knaben als Mädchen sterben, ist bekannt; weniger bekannt ist es, daß sich auch unter den vorzeitig absterbenden Früchten weit mehr männliche als weibliche befinden. Fritz Lenz hat es wahrscheinlich gemacht, daß das männliche Geschlecht mit mehr krankhaften Erbanlagen belastet ist als das weibliche. Die Ansprüche, welche der Gattungsprozeß an den weiblichen Körper stellt, setzen nun dessen Widerstandskraft erheblich herab. Kommt dann die industrielle Arbeit hinzu, so verschärft sich diese Verminderung. Den Beweis hierfür habe ich an der Hand der amtlichen Statistik der Leipziger Ortskrankenkasse erbringen können durch Kurven, welche die Sterbe- und Erkrankungshäufigkeit der weiblichen mit derjenigen der männlichen Kassenmitglieder vergleichen*). Besonders lehrreich ist eine Kurve, welche die Sterblichkeit der Leipziger Arbeiterinnen derjenigen der weiblichen Reichsbevölkerung in den verschiedenen Altersklassen gegenüberstellt. Setzen wir letztere = 100, so beträgt die erstere im 5. und 6. Jahrfünft, also in der Hauptfortpflanzungsperiode, 108 bezw. 109 und zwischen 44 und 50 Jahren, also im kritischen Alter der Frau, 105; in den übrigen Altersklassen bleibt sie dagegen weit hinter derjenigen der weiblichen Reichsbevölkerung zurück. Die Arbeiterinnen stellen demnach bezüglich ihrer ererbten Konstitution einen günstigen Ausschnitt aus der letzteren dar. Ihre Übersterblichkeit in den betreffenden Altersklassen kann also nur durch das Zusammentreffen von Industriearbeit und Gattungsleistungen bedingt sein.

Ebenso wie die Gattungstätigkeit die Frau widerstandsloser macht gegenüber den Schäden der gewerblichen Arbeit, ebenso — und das ist im vorliegenden Zusammenhang das wichtigere — schädigt umgekehrt diese Arbeit die Gattungsleistung der Frau. Auch hierfür liefert die erwähnte Statistik das Beweismaterial. Indem sie die versicherungspflichtigen und die nur versicherungsberechtigten Mitglieder getrennt behandelt, ermöglicht sie einen Vergleich zwischen der Fortpflanzungstätigkeit der erwerbstätigen und der nichterwerbstätigen Frauen. Von je 100 Wöchnerinnen der ersteren Rubrik erlitten Schwangerschaftskrankheiten 5,50; Fehlgeburten 15,50, Frühgeburten 1,7, den Tod im Wochenbett 0,32; bei der letzteren lauten die entsprechenden Zahlen 2,10, 2,30, 0,30 und 0,25. Sicherlich ist ein Teil der Fehlgeburten bei den Pflichtmitgliedern auf verbrecherische Handlungen zurückzuführen. Das gilt aber nicht für die Frühgeburten, bei denen sich die Frucht ja bereits in lebensfähigem Alter befindet.

*) Weyls Handbuch der Hygiene, II. Aufl. Lieferung 17. Leipzig, Ambrosius Barth. 1914.

Daß sie bei den Pflichtmitgliedern fünf- bis sechsmal so häufig sind als bei den nicht erwerbstätigen freiwillig Versicherten, weist mit Notwendigkeit auf den ungünstigen Einfluß der Arbeit hin. Die Zahl der Fehlgeburten bei den Industriearbeiterinnen hat nun in der Kriegszeit in geradezu erschreckendem Maße zugenommen, wie der Jahresbericht einer großen Berliner Betriebskrankenkasse zeigt. Dabei spielen verbrecherische Eingriffe sicherlich eine große Rolle, aber nicht nur, wie man meinen sollte, bei den ledigen, sondern in ungeahntem Maße auch bei den verheirateten Arbeiterinnen. So standen bei den verheirateten Mitgliedern im Jahre 1915 100 zu normaler Zeit erfolgenden Geburtsfällen 47,43 Fehlgeburten gegenüber und 1916 sogar 64,29! Bei den Ledigen lauten die entsprechenden Zahlen 73,56 und 57,61. Hier ist also im letzten Berichtsjahr die Zahl der Fehlgeburten sogar geringer gewesen als bei den Ehefrauen. Unter Berücksichtigung des Versicherungsverhältnisses ergibt sich, daß bei den erwerbstätigen Pflichtmitgliedern (ledige und verheiratete zusammengerechnet) das Verhältnis der rechtzeitigen Geburtsfälle zu den Fehlgeburten sich wie 100 : 190 stellt. Diese Arbeiterinnenklasse weist also beinahe doppelt soviel Fehlgeburten wie Geburten auf. Bei den nicht erwerbstätigen freiwillig Versicherten entsprechen dagegen 100 rechtzeitigen nur 4,75 Fehlgeburten, trotzdem in dieser Klasse sich die Zahl der ledigen Mütter zu derjenigen der verheirateten wie 2 : 3 verhält, also auch hier, wie man meinen sollte, der Anreiz zur Beseitigung der Schwangerschaft in ziemlich großem Umfang vorhanden ist. Man könnte geneigt sein, hieraus zu schließen, daß bei den Versicherungspflichtigen in erster Linie nicht der freie Wille, sondern die anstrengende Arbeit zur Fehlgeburt geführt hat. Aber selbst wenn wir das Umgekehrte annehmen wollten, bleibt die entsittlichende Wirkung der Erwerbstätigkeit bestehen. Fügen wir noch hinzu, daß von 103 (natürlichen) Todesfällen weiblicher Kassenmitglieder 15, das sind 14,56 Prozent im Anschluß an eine Fehlgeburt erfolgen, und daß nach ärztlicher Erfahrung viele, Unfruchtbarkeit bedingende Frauenleiden von einer Fehlgeburt ihren Ausgang nehmen, so vervollständigt sich damit das Bild von der verheerenden Einwirkung der industriellen Arbeit auf die Geschlechtstätigkeit der Frau.

Hinzu kommt der ungünstige Einfluß, den diese Arbeit auf die Kinder selbst ausübt. Das Gewicht der Neugeborenen ist erfahrungsgemäß für deren weitere Entwicklung von Bedeutung. Dasselbe hängt in erheblichem Maße ab von der Schonzeit, welche die Mutter vor der Entbindung genießt. Die Fabrikarbeiterin kann aber im Höchstfall nur 14 Tage vor der Geburt auf Grund der Gesetzgebung Arbeitsruhe beanspruchen. Ihre Kinder zeigen dementsprechend ein verhältnismäßig geringes Geburtsgewicht und entbehren damit einen gewissen Schutz namentlich in den stark bedrohten ersten Lebensmonaten. Ihre Gefährdung erhöht sich durch den Mangel an natürlicher Nahrung; denn die tagsüber außer dem Hause tätige Mutter ist in den seltensten Fällen in der Lage, ihrer Stillpflicht im vollen, natürlichen Umfange nachzukommen. So kommt es, daß in dem stark industriellen Königreich Sachsen die Säuglingssterblichkeit viel höher ist, als in Ländern mit geringerer weiblicher Industriearbeit und daß sie, wie Prinzing*) gezeigt hat, in den verschiedenen Amtshauptmannschaften mit der Zahl der arbeitenden Frauen ansteigt. So betrug sie, um nur ein Beispiel herauszugreifen, im Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1895 in der A. H. Kamenz, wo nur 43,6 von tausend Frauen in Fabriken beschäftigt waren, 21,7 Prozent; in der A. H. Zwickau dagegen bei 186,3 vom Tausend Fabrikarbeiterinnen 29,9 Prozent. Aus Plauen wurde seinerzeit berichtet, daß, während die Gesamtsterblichkeit erheblich abnahm, die Säuglingssterblichkeit mit der Zunahme der Fabriken stieg.

Stillhäufigkeit und Stilldauer beeinflussen aber nicht nur die Säuglingssterblichkeit, sondern auch die weitere körperliche Entwicklung der Kinder. Mangel an natürlicher Nahrung im Säuglingsalter begünstigt die Entwicklung der Rachitis (sogenannte englische Krankheit); und diese sich vorwiegend am Knochensystem ab-

*) Medizinische Statistik. Jena 1906.

spielende Krankheit bewirkt häufig Beckenverengerung, die wiederum bei der Geburt Mutter und Kind gefährdet. So wirkt die industrielle Tätigkeit der Frau, indem sie diese an ausgiebigem Stillen hindert, nicht nur dezimierend auf deren unmittelbare Nachkommenschaft, sondern sie kann noch ihren Enkeln zum Verhängnis werden. Darum sollten nach dem Friedensschluß in erster Linie die verheirateten Industriearbeiterinnen in möglichst weitem Umfang demobilisiert werden. Da dies zwangsweise nicht geschehen kann, so müssen im Gegensatz zu dem Diskussionsredner der Frankfurter Tagung für Kleinkinderfürsorge die Mütter so gestellt werden, daß sie es nicht nötig haben, auf Arbeit zu gehen.

Aber auch die unverheiratete Frau, die zukünftige Mutter ist durch den Krieg in Erwerbstätigkeiten hineingezogen worden, denen der weibliche Organismus nicht gewachsen ist. Leider ist es nicht möglich, sich ein klares und vollständiges Bild davon zu machen, wie diese neuen Berufe auf den weiblichen Körper einwirken. Die Krankenkassenstatistik versagt hier fast vollständig. Einmal ist es unmöglich, von einzelnen Kassen überhaupt Material zu bekommen, z. B. von der Berliner Straßenbahngesellschaft, was ganz besonders wichtig wäre; ferner aber wird das Zahlenbild durch Einflüsse wirtschaftlicher Natur vollkommen verzerrt.

Ich habe auf Ansuchen der Zentralstelle zur Förderung der Arbeiterinneninteressen (Leiterin: Margarete Friedenthal) Krankenkassenstatistiken aus einer größeren Anzahl deutscher Städte auf die betreffende Frage hin durchgesehen. Überall begegnen wir der merkwürdigen Erscheinung, daß bereits 1914, vor allem aber 1915 die Kurve der Erkrankungshäufigkeit stark sinkt. Da es vollkommen ausgeschlossen ist, daß das weibliche Geschlecht in der Kriegszeit plötzlich widerstandsfähiger geworden ist, oder daß die neuen Beschäftigungen besonders gesundheitsfördernd wirken, derart, daß die Frauen trotz aller körperlichen Entbehrungen und der langen seelischen Spannung seltener erkranken als früher, so kann es sich nur darum handeln, daß die Arbeiterinnen sich, da die Versicherung ihnen den hohen Lohn ja nur teilweise ersetzt, angesichts der allgemeinen Teuerung seltener krank melden als früher, und daß vielleicht auch die Ärzte in einer Zeit, in der das Vaterland der äußersten Anspannung aller Hilfskräfte bedarf, weniger leicht als früher geneigt sind, die Arbeitsunfähigkeit zu bestätigen. Diese Auffassung wird in höchstem Grade wahrscheinlich gemacht durch die Tatsache, daß 1916 bei allen Kassen die Erkrankungshäufigkeit der Frauen wieder zu steigen beginnt. Das Unterdrücken krankhafter Zustände geht eben nur bis zu einem gewissen Grade. Ist dieser überschritten, so tritt ein Rückschlag ein, und die Widerstandskraft des Organismus versagt in verstärktem Maße. Für 1917 liegt das Material leider noch nicht vor. Wir haben für dieses Jahr ein weiteres Ansteigen der Erkrankungsziffer zu erwarten.

Gibt uns somit die Krankenkassenstatistik keine deutliche Antwort auf die Frage, welche neu hinzugetretenen Beschäftigungen dem weiblichen Organismus besonders unzuträglich sind, so weisen doch einige Zahlen darauf hin, daß innerhalb der Berufsgruppe „Metallverarbeitung" die Frauen heute größeren Schädlichkeiten preisgegeben sind als früher. Und was die einzelnen Krankheiten anbetrifft, so hat sich im Kriege das Verhältnis des männlichen und weiblichen Anteiles an den Krankheiten der Atmungswerkzeuge (ausschließlich Tuberkulose) vollkommen verschoben. Früher erkrankten die Männer häufiger daran, jetzt die Frauen. Es ist dies nur dadurch zu erklären, daß das weibliche Geschlecht wahrscheinlich empfindlicher gegenüber den auf die Atmungsorgane wirkenden Schädlichkeiten ist, aber früher diesen Schädlichkeiten viel weniger ausgesetzt war als die Männer.

Die erwähnte Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen ist, da die Krankenkassenstatistik allein nicht zum Ziele führt, in dankenswerter Weise bemüht, noch auf anderen Wegen zu erforschen, aus welchen industriellen Beschäftigungen die Frauen bereits in der Übergangszeit im Interesse des Volkswohles ausgeschaltet werden müssen. Möge ihr dabei Erfolg beschieden sein!

„Wird in einem Volke die Mutterschaft schwach, so nützt alle übrige Kultur nichts mehr. Das Sinken der Mütter ist der Niedergang an sich, der Sturz ins

Greiſenalter der Völker.“ Dieſes vortreffliche Wort Friedrich Naumanns ſollte denjenigen als Leitſtern dienen, welche nach Friedensſchluß über die Demobiliſierung der weiblichen induſtriellen Armee zu entſcheiden haben. Nicht nur wirtſchaftliche (Freimachen der Arbeitsplätze für den heimkehrenden Mann), ſondern vor allem raſſenhygieniſche Gründe ſind es, welche zu einem umfangreichen Ausſcheiden der Frauen aus der im Kriege in höchſt anerkennenswerter Weiſe übernommenen gewerblichen Arbeit zwingen.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

Als wir noch Kinder waren, ſehr geehrter Herr, und unſere Kenntniſſe nur aus den Märchenbüchern ſchöpften, da war die Sache ganz einfach. Da gab es zwar gute und böſe Könige, aber ob man ſie liebte oder fürchtete, ſie waren unterſchiedslos von der Übermenſchlichkeits-Myſtik des Königtums umwoben. Das kam daher, daß ſie ſtets die Krone auf dem Kopfe trugen, mochte es regnen oder die Sonne ſcheinen, und daß es in den Märchen keine Parlamente und keine Zeitungen gab und die Zwiſchenſtufen fehlten, die heute vom Staatsbürger zum König überleiten, alſo daß die ungeheure, Ehrfurcht einflößende Kluft nicht mehr da iſt. Während wir heranwuchſen und viel lernten, gingen in uns und um uns Dinge vor, die die Sache mit den Königen ſehr komplizierten. Wir lernten die philoſophiſche Lupe handhaben und neben anderen Begriffen auch das Königtum unter die Linſe legen, wir guckten mit dem Operngucker der Preſſe in die Königspaläſte und ſahen, daß die Monarchen die Krone auch hie und da ablegten und ſich in den Hemdsärmeln menſchlicher Schwächen zeigten. Man ſtellte uns auf dem politiſchen Spielplatz einen Mann hin, der Miniſter genannt wurde und nach dem wir je nach der Witterung mit Schneebällen oder Steinen werfen durften, wenn unſere unzufriedenen Gemüter wünſchten, daß der König etwas tue oder unterlaſſe. So wurden wir groß und ganz geſcheit und ſehr reſpektlos und glaubten nicht mehr an den Märchenkönig, der in ſeiner Güte oder Bosheit ſo unerreichbar über allen Menſchen ſtand. Und dann kam der Krieg und ein paar Könige nahmen betrübt ihre Krone vom Kopf, zogen ihren Purpurmantel aus und wurden ganz gewöhnliche Menſchen, und darunter war der einzige noch exiſtierende, der mit wirklich märchenhafter Macht ſeine Untertanen in den finſtern Kerker zu werfen pflegte und allem Menſchlichen entrückt ſo recht das Daſein des böſen Königs im Märchen führte. Die royaliſtiſche Myſtik verlor ihr größtes Revier. Nun wackelt wieder eine Krone bedenklich, obwohl hilfsbereite Hände den Träger bei dem Verſuch, ſie feſtzuhalten, unterſtützt haben. Ferdinand, der Weinerliche, iſt der Träger, ein König, von dem man ſagen kann, daß ſein Charakterbild in der Geſchichte viel weniger ſchwankt, als er ſelbſt, wenn er ein bißchen was getrunken hat. Die Behauptung, daß er die berühmte Definition erfunden habe, „ein Mann iſt betrunken, wenn er nicht mehr auf dem Boden liegen kann, ohne ſich feſtzuhalten“, iſt vielleicht apokryph, aber daß er auf die Wein- und Likörpreiſe Rumäniens ſtark zu wirken pflegt, ſteht feſt. Dem Mittelſtand unter den Königen gereicht er nicht zur Zierde und man kann es denjenigen ſeiner Untertanen, die den Segen ſeines erleuchteten Waltens genoſſen haben und nicht durch engliſches oder

französisches Geld gerade für diesen Herrscher begeistert wurden, nachfühlen, wenn sie einem Personenwechsel geneigt sind und sich nicht vor Schmerz zerreißen werden, wenn Ferdinand dem Verein ehemaliger Könige als aktives Mitglied beitritt.

Aber so nüchtern vernünftig der Monarchismus in der ganzen Welt geworden ist, seitdem man die Könige ganz aus der Nähe betrachten kann, auch der Beitritt dieses Mitgliedes zur Gesellschaft gewesener Könige wird an der inneren Stellung aller Menschen, die aus dem Kriege etwas gelernt haben, zur Monarchie nichts ändern. Unbarmherzig haben sich im Sturme der Zeit die Schwächen einiger Monarchien, die in der Schwäche und Einsichtslosigkeit ihrer Monarchen wurzeln, enthüllt. Ebenso scharf hat sich aber auch der Wert anderer Monarchien und die Bedeutung ihrer tüchtigen und einsichtigen Monarchen ins Licht gestellt. Und gerade deshalb stehen diese heute innerlich fester da, als jemals, weil die Bewährung im Sturm der Zeit ihren vollen Wert erwiesen hat. Außerdem haben Republiken und ihre Präsidenten gezeigt, daß man in der „Musterdemokratie" mit aller Seelenvergiftung, Wahrheitsvergewaltigung und Freiheitsunterdrückung der schlimmsten Absolutien arbeiten kann, ohne daß man dabei durch die Demokratie irgendwie gestört wird. So gleicht sich die Sache aus und es bleibt ein Saldo zugunsten der Könige, die zugleich tüchtige, einsichtige und pflichttreue Männer sind, in einer Monarchie, die freiheitlich alle guten Kräfte entbindet. Dabei wird es bleiben, auch wenn sich Ferdinand, dem Tränenreichen, noch ein gewogener und zu leicht befundener Kollege gesellen sollte. Höchstens, daß die Kindermärchen der Zukunft eine kleine Änderung erfahren. Etwa so:

Es war einmal vor langen Jahren ein König. Der fragte eines Tages, als er sich morgens auf den Thron setzte und sich sein Szepter reichen ließ, um ein bißchen zu regieren, seinen obersten Ratgeber: „Mein lieber Großwesier, ich habe da beim Frühstück in der Zeitung allerlei aus den Nachbarreichen gelesen, das mir gar nicht gefällt. Stürmische Volksversammlungen, in denen wilde Reden geführt werden. Man spricht von Revolution, in der Hauptstadt von Asturia sollen heute Nacht Barrikaden gebaut worden sein und dergleichen unliebsame Vorkommnisse mehr. Da ist es Zeit, daß wir etwas tun, um die Stellung unseres Thrones zu festigen. Was können wir tun?" „Majestät," antwortete der Großwesier, „Sie können zweierlei tun. Sie können die verfassungsmäßigen Garantien aufheben, die Zeitungen unterdrücken, alle Versammlungen verbieten und jede etwa aufkeimende freiheitliche Bewegung mit rücksichtsloser Gewalt niederwerfen. Oder" — hier zögerte der greise Ratgeber, indem er den König aufmerksam ansah, „Sie können das Gegenteil tun — aber dazu gehört mutiges Vertrauen — und jeden Unterschied in der Bemessung politischer Rechte beseitigen, indem Sie jedem Mann den Zutritt zur großen Ratsversammlung des Landes gleichmäßig gewähren, was immer diejenigen Gruppen sagen mögen, die bisher auf den numerierten Vorzugsplätzen doppelt und dreifach soviel Platz beanspruchen durften, als die anderen." Der König richtete sich hoch auf und rief: „Glaubt Ihr, es sei allein den Professoren vorbehalten, aus der Geschichte zu lernen und den Zeitungsschreibern, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten? Hier!" Und er zog eine Pergamentrolle aus der Tasche seines Purpurmantels und reichte sie dem Wesier. „Das habe ich niedergeschrieben, als mir so recht klar wurde, daß kein Volk es sich redlicher verdient hat als das unsere, daß alle ihm Angehörigen ohne Unterschied der Geburt an allen Rechten beteiligt und nur nach dem Unterschied der Begabung zur Vollführung aller Pflichten zugelassen werden." Der Wesier las und lächelte zufrieden. „Majestät", sagte er, „verzeihen Sie einem alten Manne, der es nicht lassen konnte, Sie, wenn auch nur einen Augenblick auf die Probe zu stellen. Ich wußte, daß Sie über meinen ersten Vorschlag nicht einmal nachdenken würden." „Und ich wußte," sagte der König, königlich lächelnd, „als ich Sie um Rat fragte, genau, was ich wollte und was Sie ernstlich raten würden. So haben wir einander nichts vorzuwerfen." Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben und regieren sie heute noch.

So etwa wird's in den Märchenbüchern einmal zu lesen sein und die realistischen Kinder der Zukunft werden vor dem klugen König denselben Respekt haben, den wir als Kinder vor den unnahbaren Königen unserer Märchen gehabt haben. Und wenn ein boshafter Spaßvogel von Märchendichter einen König schildert, der ein Schwächling und Schädling ist, so werden die Schullehrer der Zukunft solch ein respektloses Märchen ruhig sogar in der Schule vorlesen, denn sie wissen, daß es nichts verderben kann. Auch wenn ein Grimm oder Bechstein der Zukunft einmal ein Märchen dichtet, betitelt „Der böse König und der gute Präsident", so wird das auch nichts schaden. Dafür haben Poincaré und Wilson gesorgt.

Ihr

Nemo

Neue Bücher

Friedrich Meinecke, „Weltbürgertum und Nationalstaat". Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. 4. durchgesehene Aufl. 1917. 534 S. München und Berlin, R. Oldenbourg. Brosch. 13 M.

—, „Preußen und Deutschland im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert." Historische und politische Aufsätze. 1918. 552 S. Ebenda. Brosch. 14 M.

Daß ein Buch wie Meineckes „Weltbürgertum und Nationalstaat" im Kriege zwei Neuauflagen erleben kann (die 3. Aufl. erschien 1915), möchte man als ein glückliches Anzeichen dafür nehmen, wie ernst das Deutschland von heute auch mit seinen inneren nationalen Problemen ringt. Hat es doch den Anschein, als ob dem durch sein „Zeitalter der deutschen Erhebung" weitbekannten Berliner Historiker auch auf dem steilen und mühsamen Pfade einer ideengeschichtlichen Untersuchung breitere Kreise Gefolgschaft leisten. Manch überraschender und wertvoller Blick in verborgene Tiefen und weite Fernen unserer nationalstaatlichen Zusammenhänge wird sie für die aufgewandte Mühe reichlich entschädigen. Meinecke hat gegenüber einem seiner Kritiker betont, daß es sich für ihn keineswegs darum gehandelt habe, „nur den Wechsel gedanklicher Gebilde und die Auswirkung intellektueller Kräfte" darzustellen. Indem er den „ganzen Befreiungs- und Reinigungsprozeß der nationalen Ideen" aus ihren kosmopolitisch-universalistischen Verbrämungen und Verpuppungen heraus zu zeigen sucht, legt er auf das Willens- und Gefühlsmäßige neben dem Intellekt entscheidenden Wert, denn beide Momente sind ihm in der historischen „Idee" enthalten, die eben nicht allein von des „Gedankens" Blässe angekränkelt ist. Allerdings werden diese Ideen gleichsam in ihrer Sublimierung, „auf dem schmalen Gratwege nämlich, den die Tendenzen der großen politischen Denker Deutschlands darstellen", verfolgt. Das hängt damit zusammen, daß Meinecke entschieden den Standpunkt individualistischer Geschichtsschreibung vertritt. Mit dem „von starken Individuen getragenen Wachstume geistigen Lebens — so rechtfertigt er gelegentlich seine Auffassung — beginnen, wie die historische Erfahrung lehrt, alle großen geistigen Massenbewegungen; von den Wenigen sickert es zu den Vielen hinunter." Trotzdem verfällt Meinecke nicht in den Fehler, das kollektivistische Entwicklungsmoment zu vernachlässigen. „Ich habe die erschütternden und aufrüttelnden Wirkungen der politischen Ereignisse zwischen 1801 und 1815 bei der Behandlung der einzelnen nationalen Denker immer wieder betont". Doch darf man eben diese äußere Einwirkung auch wieder nicht übertreiben. Wir heben das hier heraus, weil erst jüngst wieder von einem übrigens sehr feinen und gedankentiefen Autor behauptet wird: „Deutschland ist zum Nationalstaat allmählich zusammengedrückt worden, es hat sich nicht zu ihm ‚entwickelt'" (Scheler, Ursachen des Deutschenhasses, 1917). Eine solche innere Entwicklung ist zweifellos

vorhanden und, wer mit Meinecke als Führer ihren Linien folgt, die aus der kosmopolitischen Welt des achzehnten in die nationalstaatliche des neunzehnten Jahrhunderts — oftmals kraus und verworren genug — hinüberlaufen, wird auch bei der geistigen Geburt unserer neudeutschen Nation jenes alten Spruches gedenken: Tantae molis erat . . . ! — Die „Durchsicht" der vierten Auflage berührte vor allem die allgemeinen Ausführungen: „Nation, Nationalstaat und Weltbürgertum." Hier ist für die Wissenschaft besonders vulkanischer Boden, gelang bisher doch noch nicht eine allgemeine Verständigung beispielsweise über die Begriffe Nation und Volk, wie eine soeben erscheinende Studie des Grazer Geographen Robert Sieger (in der „Geographischen Zeitschrift") beweist. Ferner hat das Kapitel: „Fichte und die Idee des deutschen Nationalstaates in den Jahren 1806 bis 1813" Änderungen erfahren. Der Autor der Reden an die deutsche Nation ist ein besonders markantes Beispiel für die „schroff und unvermittelt" auftretenden gegensätzlichen Strömungen des Universalen und Nationalen. Im zweiten Teile, wo die Alternative die Form: Deutschland und Preußen annimmt, ist der Nachlaß Ludolf Kamphausens verwertet. Stärker denn je erklingt heute das Schlagwort von dem Aufgehen Preußens in Deutschland, auf dessen Werden und Schicksal ja durch die Meineckesche Untersuchung neues, besonders klares Licht gefallen ist. Wir möchten darum an seine Schlußworte erinnern. „Die Geschichte des von uns untersuchten Gedankens lehrt, daß das innere Verhältnis Preußens zu Deutschland keine radikalen und extremen Methoden verträgt, aber auch nicht dem reinen Spiel der Kräfte überlassen werden darf. Wieder harrt es heute, wie zur Zeit der oktroyierten Verfassung und der Bismarckschen Reichsgründung, der großen staatsmännischen Regulierung durch eine besonnene, aber ganz feste Hand."

Die „Historischen und politischen Aufsätze" bringen eine Blütenlese Meineckescher Geistesgaben, die bisher, in Zeitschriften verstreut, schwer zugänglich waren. In den drei ersten Gruppen, welche die Gesamtgeschichte Preußens und Deutschlands im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, die Zeit der Erhebung und Restauration, sowie diejenige Friedrich Wilhelms des Vierten und des jungen Bismarck betreffen, finden wir die Themen seiner großen Arbeiten „präludiert oder zusammengefaßt" (wie es im Vorwort heißt). So z. B. gleich in dem einleitenden Vortrag „Preußen und Deutschland im neunzehnten Jahrhundert", der die wichtigsten Resultate von „Weltbürgertum und Nationalstaat" (besonders den Plan einer Zerschlagung Preußens durch die Erbkaiserlichen und den Gegenschlag der oktroyierten Verfassung!) vorwegnahm. Daneben begrüßen wir mit besonderer Freude die Studie: „Germanischer und romanischer Geist im Wandel der deutschen Geschichtsauffassung," jenen zuerst in der „Historischen Zeitschrift" gedruckten Festvortrag aus der Akademie der Wissenschaften, der im Rankeschen Sinne an einer Einheit im Zwiespalt der „fruchtbarsten aller Kulturgemeinschaften" festhält. „Sophrosyne" und „mâze", die griechische Tugend der Besonnenheit und die Ritterpflicht germanischen Mittelalters vereinigt hier der deutsche Gelehrte in wohltuendem Gegensatze zu dem Verhalten jener Pariser „Unsterblichen", die fast ausnahmslos heute begeifern, was sie noch gestern rühmend anerkannten. Endlich sei hier noch die Quellenuntersuchung: „Friedrich Wilhelm der Vierte und Deutschland" herausgehoben, mit der Meinecke seinerzeit in den Streit der Meinungen über die Haltung des Monarchen während der Märzrevolution eingriff. — Die vierte Gruppe ist der deutschen Geschichtschreibung und -Forschung gewidmet und zeigt Meinecke als Biographen. Die hier Männern wie Ranke, Alfred Dove, Max Lehmann u. a. gewidmeten Aufsätze bezeichnet er als „Vorstufe zu geplanten historiographischen Studien, zu denen erst der erkämpfte Friede innere Ruhe und Muße geben kann." Hoffentlich ist es Meinecke vergönnt, seine Absicht in nicht zu ferner Zeit auszuführen; findet sich doch unter diesen Prolegomena auch eine, übrigens bisher noch nicht gedruckte, Würdigung Heinrich von Treitschkes, deren breitere Ausführung man neben von Petersdorffs und Schiemanns Lebensskizzen lebhaft erwartet. — Den Schluß bilden Veröffentlichungen aus der Zeit des Weltkrieges, soweit sie nicht schon von dem früher hier (1917, Nr. 50) angezeigten

Bändchen vorweg genommen wurden. Zunächst Meineckes fesselnder Beitrag aus dem Teubnerschen Sammelwerke „Deutschland und der Weltkrieg": „Kultur, Machtpolitik und Militarismus", ferner „Bismarck und das neue Deutschland" (aus dem „Bismarckjahr" von Lenz und Marcks) und endlich der glänzende Vortrag über „Die deutsche Freiheit", den der Gelehrte vor Jahresfrist im Abgeordnetenhause gehalten hat. So klingt auch dieser Sammelband, wie „Weltbürgertum und Nationalstaat", aus in die drängenden Probleme unserer politischen Gegenwart, deren Lösung hoffentlich vom Geiste dieses maßvoll-entschiedenen Historikers getragen ist. Dr. H. O. Meisner

Wilhelm Stapel, „Volksbürgerliche Erziehung". Verlag von Eugen Diederichs, Jena 1917. Preis 2 M., geb. 2,80 M.

Mit festen Griffen setzt der Verfasser Staat und Volk einander gegenüber: der Staat ist nichts anderes als die durch den Verstand erfaßte Verpflichtung zur Einheit, Mittel zum Zweck, Arbeitsgemeinschaft, nicht Lebensgemeinschaft; Volk ist eine sich in der Zeit entfaltende Einheit, die von körperlichen Zusammenhängen, der Blutsverwandtschaft getragen ist und deren seelische Eigenart sich in ihren Kulturgütern und Idealen kundtut. Sofern wir leben wollen in der Fülle unserer Kraft, muß dem schaffenden Prinzip, dem Volk, unsere Liebe gehören. Diese Lebensgemeinschaft als die höchste Einheit gilt es festzuhalten und zu pflegen, ihr ist in der Erziehung in erster Reihe Rechnung zu tragen. Ein Volk erziehen, heißt Glieder eines Gesamtphänomens erziehen, also Überwindung des Atomismus, des Individualismus durch Hinabsteigen in letzte metaphysische Zusammenhänge, denn das Leben in der Kette der Geschlechter weist über sich selbst hinaus in die Ewigkeit. Ein Volk wird zum Volk durch Bildung seiner Gesinnung. Die Bildung der deutschen Gesinnung umfaßt nun die Ausbildung der allgemeinen sinnlichen Fähigkeiten zum bewußten geistigen Leben, vor allem der deutschen Sprache; die Entwicklung der Phantasie durch unsere Volksmärchen, Volkslieder, Volkssagen und andere Werke der Dichtkunst, der Musik und bildenden Kunst; die Hinlenkung auf die Fragen der Weltanschauung, so daß die Gedanken unserer größten Denker uns zu lebendigen Führern werden in der Welt, in die wir hineingeboren sind, und schließlich geschichtlichen Unterricht im Sinne deutscher Volksgeschichte, nicht reichsdeutscher Staatsgeschichte, unter Benutzung von Urkunden, wie denn überall Echtheit und Ursprünglichkeit zu fordern ist. So steht gegen und neben dem Ideal des Staatsbürgers das des Volksbürgers.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Ideal nicht etwa in Volkshochschulen verwirklicht wird, die nicht in die Tiefe gehen, oder durch die buntschillernde Vortragskultur unserer Tage, die statt zu sammeln der Zersplitterung dient. Unsere Volkserziehungsarbeit ist im besten Fall Teilarbeit, deshalb im Grunde unschöpferisch und für alle Beteiligten unbefriedigend. Das Problem der Volkserziehung ist eben nicht genügend grundsätzlich durchdacht und es besteht keine Klarheit über das Grundphänomen „Volk". Was Stapel in seiner kleinen Schrift bietet, ist im Grunde ein Aufruf zur Selbstbesinnung, denn in dem Einzelleben blüht und reift das Volk. Aus einer großen Sehnsucht geboren, bringt sie tief innerlich Erlebtes, eine Zukunftshoffnung, die den erkältenden Hauch praktischer Verwertung noch scheut. Der Verfasser weiß, daß seine Zeit kommen wird, vorläufig aber, so sagt er, ist die äußere Welt zu stark, als daß die innere Welt hervorbrechen könnte. Wer aus der Verneinung des Bestehenden zur Klarheit einer Neugestaltung des Volkslebens dringen will, nehme Stapels gedankenvolles Büchlein zur Hand. Es wird manchem den Weg erhellen, der in den Fesseln des Intellektualismus und Individualismus schmachtet. Nicht nur den Volkserziehern, sondern jedem, dem sich der Blick über den Alltag weitet, sei es warm empfohlen. Mögen sich die Geister im Sinne Fichtes sammeln! M. K.

Wer jetzt über **flämische Literatur** spricht, beginnt füglich mit dem Besten, dem kürzlich erschienenen „Pallieter" von Felix Timmermans (Van Kampen & Zoon, Amsterdam). Künstlerisch ist es ein etwas problematisches Buch, es hat Haltung, aber keine, wenigstens keine traditionelle Form, es hat bei aller Naturnähe keine

rechte Realität, es ist voller Bewegung aber ohne Geschehen. Es reiht wie die meisten belgischen Bücher Szenen aneinander, malt Bildchen, verweilt beim Einzelnen, aber vermag nicht zusammenzufassen. Pallieter hat an der Nethe, einem Nebenfluß der Schelde, einen Bauernhof. Er reitet im Land herum, badet, läßt sich naßregnen, zecht mit den Schnittern auf dem Felde, geht im Mondschein spazieren, hört Musik an, klettert auf Bäume, sich die Welt aus der Höhe zu besehen, verlobt sich, verheiratet sich, schneeballt sich; aus all dem wird je ein Kapitel gemacht, aber wie und wovon Pallieter lebt, wie er arbeitet, das weiß der liebe Himmel. Nun aber, wie diese Kapitel gemacht sind, in einem bald inbrünstig jubelnden, bald zart nachkostenden Stil, wie eine leuchtende Perlenkette von Genüssen, und wie mitten im Kriege diese Äußerung schier unbändiger Lust am Leben, Lust am Kleinsten, Lust am Neuen, Lust am Gröbsten, Lust an der Natur und all ihren Gaben entstehen konnte, das gehört zu den denkwürdigsten Ereignissen dieses Krieges, es wird manchen geben, der dies Buch urgesundester Lebensfreude mit einem kleinen Seufzer vielleicht, aber doch mit einem heiterinnigen Sonnenstrahl in der Seele aus der Hand legen wird, und es steht dringend zu wünschen, daß es durch eine gute Übersetzung recht bald allgemein zugänglich werde; mich dünkt, wir werden für die nächste Zeit Bücher, die die Augen für soviel auf der Straße liegende und über so mancherlei verdrießlichem Kram ungenutzt daliegende Schönheit und Freude, brauchen können. Wer es irgend vermag, lese es im Original, es ist nicht so schwer, wie Streuvels, aber leicht ist es immerhin nicht. Wirkliche Einbürgerung flämischer Bücher, eine engere geistige Verbindung mit den Flamen wird in breiteren Schichten Deutschlands kaum anders als durch gute Übersetzungen zu erreichen sein. So rasch der Gebildete dahin kommt, eine niederländische Zeitung zu verstehen, so viele Schwierigkeiten macht, soweit es dem Deutschen wirklich bedeutende Werte zu bieten hat, das moderne Literaturflämisch. Das gleiche gilt auch für die in französischer Sprache geschriebenen flämischen Bücher. Camille Lemonnier sowohl wie G. Eekhoud, wie endlich Verhaeren sind wegen ihrer eigenartigen, starke und maleriſche, dabei ungewöhnliche und noch frische Worte benutzenden Ausdrucksweise mit gewöhnlichen französischen Kenntnissen nicht oder doch nur sehr unvollkommen zu bewältigen, gerade auch weil ihre Stärke nicht im Erzählen und Geschehen, das immer mehr oder weniger leicht erraten werden kann, als im Schildern und Ausmalen liegt. Auch hier sind wir also im wesentlichen auf Übersetzungen angewiesen. Und wenn sie alle so gut ausfallen wie die, die Paul Zech von Verhaeren unter dem Titel „Die wogende Saat" (Insel-Verlag) herausgegeben hat, so dürfte damit mehr genützt sein als mit lückenhaftem Verständnis des Originals. Zechs Nachdichtungen sind — wenn man von vereinzelten und sehr entschuldbaren Steifungen absieht — Originalschöpfungen aus fremdem Rohstoff, es könnten durchaus deutsche Kunstwerke sein, und doch ist alle Eigenart des belgischen Rhapsoden, sein Bilderreichtum, sein Pathos und die Intensität seiner Schreibart, die ihn so hoch über die vielfach epigonisch-schwatzenden, im leer Rhetorischen steckenbleibenden Lyriker flämischer Zunge erhebt, voll zur Geltung gekommen. Sehr verdienstvoll ist auch die Auswahl flämischer Sagen, die der Verlag von Eugen Diederichs als ersten Band eines deutschen Sagenschatzes herausgebracht hat, namentlich in der Schule könnten diese im Ganzen recht gut erzählenden, zum Teil sehr wertvollen Stücke fruchtbar gemacht werden, während die im Insel-Verlag erschienene Auswahl der Liebesbriefe de Costers an Elise wohl nur bei biographisch interessierten Lesern Teilnahme finden werden.

Dr. R. Schacht

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6513.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Die Polenfrage vor der Entscheidung

Ein Vortrag
gehalten im Unabhängigen Ausschuß für einen Deutschen Frieden am 2. Mai 1918

Von Georg Cleinow

Dynastische Interessen haben in Deutschland insoweit Berechtigung, als sie sich dem allgemeinen nationalen Reichsinteresse anpassen. Bismarck.

Nach fast vierjährigem Ringen haben unsere glorreichen Armeen den Wall der Feinde zurückgedrängt und so unterwühlt, daß er im Osten in sich zusammensank. Schritt um Schritt nähern wir uns dem heißersehnten Zeitpunkt, wo wir das Wort Frieden mit gutem Gewissen wieder aussprechen und daran unsere Wünsche für die Zukunft der Nation knüpfen können. Aber wir haben uns auch dem Zeitpunkt genähert, in dem die Führung des Verkehrs mit unseren Feinden aus den bewährten Händen der großen Armeeführer Hindenburg und Ludendorff hinübergleitet in die Tastorgane der Diplomatie: wir gleiten allmählich in den Zustand, wo die fest umrissenen, klaren militärischen Gesichtspunkte abgelöst werden durch die zahlreichen unkontrollierbaren, durcheinanderstrebenden wirren und verwirrenden der Politik. An unserer Ostfront hat dieser Übergangsprozeß schon eingesetzt lange bevor eine entsprechende militärische Entscheidung vorlag. In Polen hielt die Politik sogar bereits ihren Einzug, noch ehe die Armeen recht eigentlich festen Fuß in Feindesland gefaßt hatten. Schon im Herbst 1914, während die Armee Dankl nach der furchtbaren Niederlage von Krasnik nur durch das Eingreifen und den Opfermut unserer wundervollen schlesischen Landwehr, sowie durch die Preisgabe Ostpreußens völliger Zerschmetterung entging, zog die österreichisch-polnische Diplomatie in Russisch-Polen ein, die deutsche Reichsleitung zu Maßnahmen drängend, die in direktem Widerspruch zu dem Geist stehen, aus dem die Taten der Schlesier erwachsen sind. Schon im Winter 1914/1915 kam jener Vertrag zu Kattowitz zustande, der eine Eisenbahnlinie, also ein künstlich geschaffenes Mittel des Verkehrs, auf weite Strecken zur politischen und wirtschaftlichen Grenze machen konnte und es ermöglichte, daß hinter einer deutschen Armeegruppe fremde Verwaltung und das Etappengebiet polnischer Legionäre eingerichtet werden konnten! Solange die mili-

tärische Musterverwaltung von Ober-Ost in Polen herrschte, gelang es zwar militärischen Gesichtspunkten in der Behandlung polnischer Dinge den Vorrang zu erhalten; nach der plötzlichen und überraschenden Ausschaltung der Hindenburg und Ludendorff aus dem von ihnen eroberten Gebiet zurzeit der Ära Falkenhayn und Schaffung des Generalgouvernements Warschau errang sich die Politik den entscheidenden Einfluß, und jetzt sind wir scheinbar so weit, daß die Armeeleitung kämpfen muß, um den militärischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung der Polenfrage überhaupt nur Berücksichtigung zu verschaffen.

Wenn es dazu gekommen ist, so ist das in erster Linie zurückzuführen auf die Kompliziertheit des mit dem polnischen Problem verbundenen Fragenkomplexes, wenn auch durchaus nicht nur sachliche Notwendigkeiten oder Abhängigkeiten mitgewirkt haben.

* * *

Die Polenfrage ist, ich habe darauf schon wiederholt in den „Grenzboten" hingewiesen, das Zentralproblem aller der Fragen, die durch den Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft brennend geworden sind. In der Polenfrage treffen sich die verschiedensten Interessen. Sie greift tief ein in die innere und auswärtige Politik Preußen-Deutschlands, in soziale Arbeiterfragen ebenso, wie in nationale Kulturfragen des Deutschen Reiches, in die Verfassungsfragen Preußens und selbstverständlich auch in unsere Beziehungen zu den Staaten, die auf ehemals russischem Boden zu entstehen beginnen, in die Verhältnisse besonders der Randstaaten, die wir als einen neuen Schutzwall an unserer Ostgrenze zu errichten gedenken und nicht zuletzt in unser Bundesverhältnis mit Österreich-Ungarn. Und durch ihre Vielgestaltigkeit ist der Begriff polnische Gefahr wirklich kein leerer Wahn!

Die Bedeutung der Polenfrage und die Größe der mit ihr zusammenhängenden Gefahr liegt nun, um es gleich vorweg zu nehmen, nicht in dem Umstande, daß die Polen uns hassen. Aus gewissen Äußerungen der deutschen Publizistik könnte solches gefolgert werden. Der Haß im Völkerleben ist selbst da, wo er den halb tierischen Instinkten des Wilden entspringt, immer eine sekundäre Erscheinung, die ihre Lebenskraft aus den Reibungen schöpft, die wirtschaftliche Kämpfe und politische Interessengegensätze täglich neu erzeugen. Die Bedeutung und der Kern der Polenfrage liegt in der Tatsache, daß die Polen sich stark genug fühlen, gegen unser Interesse und im Bewußtsein dieses Interessengegensatzes einen eigenen Staat, für den sie deutsch gewordenes Territorium in Anspruch nehmen, wieder aufzurichten, nachdem die Geschichte vor hundertfünfzig Jahren das Verdikt über den alten Polenstaat gesprochen hatte. Erst in dem Kampf um dieses Ziel hat sich jene Stimmung im polnischen Volk herausgebildet, die uns als Haß allerorten entgegentritt, als ein von weitblickenden Patrioten künstlich weiter entwickelter Haß, der im geeigneten Moment als heilige Flamme alles versengen soll, was dem polnischen Wollen sich entgegenstellt. Nehmen wir diese Tatsachen nüchternen, unbeirrten Sinnes hin, so werden wir auch die Linien der polnischen Politik klar erkennen und einen Begriff davon bekommen, was von unserer Seite mit eiserner Ruhe und Folgerichtigkeit geleistet werden muß, um die polnischen Interessen mit den unsrigen in Einklang zu bringen.

Es ist bei einer solchen Zielsetzung auf polnischer Seite selbstverständlich, daß an einen deutsch-polnischen Ausgleich, an eine Verständigung zwischen Polen und Deutschen nicht gedacht werden kann, solange das Deutsche Reich fortfährt, seine Grenzen von 1871 zu verteidigen und solange Preußen ein einheitlicher Nationalstaat bleiben will. Der Gegensatz würde selbst dann bestehen bleiben, wenn die deutsche Regierung den Weg zu einem internationalen Staatenbunde betreten wollte und zu diesem Zweck die Monarchie der Demokratie opferte. Der Kampf der Polen gegen die Deutschen ginge weiter, nur mit dem Unterschiede, daß dann die Stellung der Polen der unserigen weit überlegen und der Ausgang des Kampfes für das Deutschtum hoffnungslos gemacht worden wäre. Die Polen werden nicht aufhören, nach einer Selbständigkeit zu streben, die nur auf Kosten der Errungenschaften des Deutschtums in der preußischen Ostmark denkbar ist. Ein polnischer Staat, ob völlig selbständig oder als Glied einer europäischen Staatengemeinschaft, ist nur lebensfähig, wenn er sich auf den Kulturgütern aufbauen kann, die die Deutschen den Polen gegeben haben. Das lehrt die Polen ebenso die Einwirkung der Reformation auf ihre Entwicklung, wie die moderne Befruchtung ihrer Kultur durch unsere Kolonisten und Industrieunternehmer im Weichselgebiet. Die Pflanzstätte des polnischen Bürgertums, wie des Bürgertums überhaupt, ist noch immer die Stadt, für die Polen insbesondere die judenfreie Stadt. In der preußischen Ostmark ist nach Abwanderung der Juden aus den Städten ein stärkerer polnischer Mittelstand geworden, als er vor Ausbruch des Krieges in Russisch-Polen vorhanden gewesen. Der polnische Mittelstand Rußlands befindet sich in Litauen, in der industriellen Ukraina und in den Großstädten Moskowiens. Im Weichselgebiet ist der Boden für Mittelstandsbildung durch den Krieg und den Friedensvertrag mit Rußland erheblich verschlechtert worden. Die Lodzer Industrie, deren sich das Polentum in immer stärkerem Maße bemächtigte, ist tot und dürfte nur unter künstlich zu schaffenden Voraussetzungen neu entstehen. So ist die Vereinigung der preußischen Provinzen Westpreußen, Posen, Schlesien mit Russisch-Polen nicht nur das Ziel der Romantiker und Träger der großstaatlichen Piasten-Idee, sondern eine nüchterne Forderung aller der modernen Polen, die auf dem Boden des Programms vom inneren Wiederaufbau der Nation stehen.

* * *

Der moderne Inhalt des Begriffs Polenfrage ist somit: **Kampf um den künftigen Besitz der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien.** — Noch haben wir das von den Vätern Ererbte in täglich neuem Kampfe zu erwerben, um es zu besitzen!

Die Polen sind sich dessen bewußt, daß ihr Ziel nur auf Umwegen zu erreichen ist, da nur ein völlig zu Boden geschmettertes Deutschland sich bereit finden könnte, Landesteile, wie die vier genannten Provinzen, national preiszugeben. Die Polen waren sich auch immer bewußt, daß sie für die Vereinigung würden Gegenleistungen aufbringen müssen. Aber sie waren sich lange Zeit hindurch nicht einig darüber, in welcher Richtung sie würden Entgegenkommen zeigen müssen. Erst die internationale Politik Eduards des Siebenten zeigte ihnen den Weg: Einkreisung Deutschlands! Dazu: Anschluß an die Ententemächte, — Zermürbung des Dreibundes, — slawischer Bund unter russischer Führung, — Verständigung mit Rußland. — In dem sicheren Glauben,

daß Deutschland dem Druck einer solchen Vereinigung von Kräften nicht werde widerstehen können, in der Hoffnung auch auf die geringe Widerstandskraft Österreich-Ungarns, sind die Polen das Bündnis mit Rußland eingegangen und waren nach langen diplomatischen Kämpfen im Jahre 1912 bereit, dafür folgendes zu zahlen:

1. die Preisgabe ihrer Ansprüche auf Litauen und Weißrußland, wo sie zwar kulturellen Einfluß hatten, aber politisch längst ausgeschaltet waren,
2. die Preisgabe des Gouvernements Suwalki und des Cholmer Landes, endlich
3. die Preisgabe aller Ansprüche auf das erst zu erobernde Ostgalizien.

Rußland bot den Polen dafür zunächst die Verwaltungsautonomie im Weichselgebiet und, seit es zum Kriege gegen Deutschland entschlossen war, die Angliederung Westpreußens, Posens und Schlesiens bis zur Oder, nebst Oberschlesien.

Kaum war dieser Plan durch das Vordringen der deutschen 9. Armee in Frage gestellt, so wurde die austro-polnische Lösung der Polenfrage, die selbstverständlich auch schon im Frieden unter den klerikalgerichteten Kreisen und einigen Außenseitern Anhänger hatte, in den Vordergrund geschoben. Die Polen, die nach der Einnahme von Lodz Wortführer der Politik wurden, begnügten sich zunächst mit einer Verbindung Galiziens mit dem Weichselgebiet. Aber ein offiziöser Artikel des Obersten polnischen Nationalkomitees im „Kurier Wiedenski" führte offenherzig aus, daß damit die Polenfrage nicht etwa begraben werde, daß vielmehr lediglich eine Stufe erklommen werden solle, von der aus zu geeigneter Zeit die Vereinigung mit allen übrigen ehemals polnischen Landesteilen betrieben werden würde. Mit dem Zusammenbruch Rußlands nahmen die Polen selbstverständlich ihre Ansprüche auf Litauen und Weißrußland gleich wieder auf.

Das neue Programm mußte von unserer Seite, ganz abgesehen von allen historischen Erinnerungen, die damit lebendig wurden, mit um so größerem Mißtrauen aufgenommen werden, als die Polen nun nicht einmal auf ihre Verbindungen mit der Entente verzichteten, sondern bis auf den heutigen Tag die Ententemächte als Schutzpatrone gegen Deutschland und zur Sicherung ihrer Ansprüche, die sie auf der Weltfriedenskonferenz vorzubringen denken, betrachten. In aller Erinnerung ist noch der dreiste Versuch des Warschauer Regentschaftsrates, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen, und jedem Deutschen müßten die Worte des Abgeordneten von Trampczynski in den Ohren klingen, der es im preußischen Abgeordnetenhause wagte, **für die staatsrechtliche Stellung der preußischen Polen internationale Garantien zu fordern!** Der Krieg traf die Polen aller Anteile in ihren anerkannten Führern geeint in dem Glauben an die Niederlage der Mittemächte, in dem Glauben an den Sieg der Entente und in der Hoffnung auf die Revolution in Rußland.

Wir wissen alle, daß die Rechnung der Polen nicht stimmt. Durch den Frieden von Brest-Litowsk ist fast alles Gebiet, das einmal zum alten Polenstaate gehörte, von Rußland in der einen oder anderen Form abgesprengt. Das alte Rußland liegt zertrümmert am Boden, und die Revolution ist weiter gegangen, als es die Polen, die sich gern mit einem bürgerlichen Revolutiönchen begnügt hätten, das lediglich den deutschen Einfluß in Rußland beseitigte,

wünschen konnten. Nicht die Entente hat über uns gesiegt! Wir haben sie zwar im Augenblick noch nicht völlig zu Boden geworfen, — im Osten aber sind wir Sieger! — militärische Sieger! Die Frage ist, ob wir auch die politischen Sieger sein sollen.

* * *

Allen Lehren, die der Krieg ihnen gebracht haben sollte, zum Trotz, leben die Polen auch heute noch in der Meinung, die militärische Karte, wie sie der Friede von Litauisch-Brest gezeichnet hat, werde keinen Bestand haben, vielmehr durch den allgemeinen Friedensschluß erheblich zu ihren Gunsten verändert werden. Allein durch diese Stellungnahme bezeugen sie, daß sie nicht unsere Freunde ohne Vorbehalt sein wollen, oder politischer ausgedrückt, daß sie ihre Interessen nicht mit den unseren verbinden wollen, sondern sie im bewußten Gegensatz zu uns durchsetzen. Daher ist ihre Politik darauf gerichtet, soviel Atouts in die Hand zu bekommen, wie nur möglich, um sie gegen denjenigen auszuspielen, der ihren Zielen am meisten im Wege steht, und das sind die Deutschen!

Wenn man nicht zufällig Deutscher wäre, so würde einem die aufmerksame Beobachtung des polnischen Spieles, ihre große Einmütigkeit trotz scheinbarer innerer Zerrissenheit, die Art der Rollenverteilung und die rücksichtslos mutige Art ihres Zugreifens im richtigen Augenblick, einen gewissen Genuß bereiten. Was die Polen in den letzten vier Jahren diplomatisch geleistet haben, ist bewunderungswert. Dank der Zerfahrenheit bei uns gab es Stunden, in denen sie hoffen konnten, den Lorbeer des Sieges um die Stirnen ihrer Führer winden zu dürfen. Dabei war ihre Politik als Ganzes betrachtet nicht etwa hinterhältig, — natürlich nur für den nicht, der sie in allen ihren Teilen zu überwachen vermochte. Im Gegenteil, sie war offen, selbstsicher, in ihrem Freimut uns gegenüber fast beleidigend! Sie traten auf wie Menschen, die sich als Herren der Lage fühlen und bereits die letzten Konsequenzen im voraus gezogen haben. Mit einem Wort: Die Polen fühlen sich uns politisch überlegen! Das ist das Geheimnis ihrer Politik und ihrer Erfolge!

Und es gibt genug Gründe, die ihnen ein Recht zu ihrem Glauben zu geben scheinen. Ihre Kenntnis ist in unserer Lage sehr nützlich!

Zunächst die inneren Gründe. Die Grundlage des polnischen Selbstbewußtseins liegt in der Tatsache, daß die Teilungen nicht nur nicht vermocht haben, das polnische Volk im germanischen und ostslawischen Meer aufgehen zu lassen, daß die Polen sich vielmehr überhaupt erst unter dem Druck der Teilungsstaaten zu einer Nation im wahren Sinne des Wortes entwickelt haben. Vor hundertfünfzig Jahren war es die dünne Adelsschicht, die die polnische Nation repräsentierte; heute wird sie gebildet aus einer breiten, kinderreichen Bauernschicht und einem verhältnismäßig wohlhabenden Bürgertum als Träger des wirtschaftlichen Fortschrittes, und aus einer glühend patriotischen Intelligenz, sowie einem durch den Sozialismus als treibende Hefe gemischten Proletariat, das vor keiner Gewalttat und keiner Form von Auflehnung gegen tatsächliche und eingebildete Bedrücker zurückschreckt. Es ist bekannt, daß die polnische Sozialdemokratie ebenso wie die Nationaldemokratie im Gegensatz zu den demokratischen Parteien anderer Länder durchaus auf dem nationalen Boden steht. Daher hat der polnische Sozialismus trotz seiner Klassenkampfideale nicht die zersetzende Kraft des inter-

nationalen Sozialismus, wie ihn die Juden in Polen vertreten. Er ist vielmehr eines der Elemente, die sich den Polen zur Verfügung gestellt haben, um die nationale Glut zu schüren. Der Grund für diese Erscheinung liegt in der Tatsache, daß die polnischen Sozialisten sich bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen nicht der eigenen Rasse, sondern vorwiegend Fremden, den Deutschen und Juden, als Unternehmer gegenübergestellt sahen. Der wirtschaftliche Haß des Sozialismus wurde national eingeengt und in dieser Gebundenheit verstärkt zu einer scharfen national-kulturellen Waffe; der durch den polnischen Sozialismus angestrebte soziale Aufstieg kam sichtbar der polnischen Nationalität zugute. Ein wesentlicher Grund für seinen überragenden Einfluß auf die polnische Nationaldemokratie und auch der Hauptgrund für die Haltbarkeit der Ehe zwischen der Pilsudski-Partei und dem niederen Klerus!

Ein weiterer Hauptgrund für das polnische Selbstbewußtsein ist die Beobachtung, daß die Teilungen nicht vermocht haben, die Polen so tiefgehend zu spalten, daß sie in den drei Teilungsgebieten das völkische Zusammengehörigkeitsgefühl verloren. Es sind immer nur Splitter, die, sei es Russen, sei es Preußen geworden sind, überdies meist Angehörige solcher Adelsfamilien, über die die nationale Demokratie ohnehin mit ihren Wirtschaftsplänen hinwegzuschreiten gedachte. Die Sprache hat zwar im Weichselgebiet Russizismen, in Preußen Germanismen angenommen, aber in so geringfügiger Menge, daß die Literatur kaum davon berührt weroen konnte.

Der dritte Grund ist die Tatsache des Aufbaues der polnischen Wirtschaft, besonders in Rußland und Preußen, und damit im engen Zusammenhange die Feststellung, mit welcher Leichtigkeit die Polen sich das deutsche Element, mit Einschluß evangelischer Pastoren, im Weichselgebiet zu assimilieren vermochten, während es dem preußischen Staat trotz seiner großen Hilfsmittel ebensowenig wie dem russischen gelungen war, nationale Erfolge für das Deutschtum und das Russentum auf Kosten der Polen zu erzielen. Daneben machten die Polen die Entdeckung, wie leicht es ihnen fiel, den deutschen Einfluß in Rußland auf allen Gebieten der Politik, des Handels, der Industrie dank dem Interessenzusammenklang mit den russischen bürgerlichen Demokraten zu beseitigen.

Für den politischen Effekt ist es belanglos, wenn die Entwicklung der Polen nicht ganz ausschließlich auf sie selbst zurückzuführen ist, wenn vielmehr eine Reihe günstiger, von ihnen durchaus unabhängiger Umstände zusammenwirken mußten, um ihnen überhaupt nur die Möglichkeit zu eröffnen, das zu werden, was sie geworden sind. Wesentlich ist dagegen die Tatsache, daß die Polen die moralische Kraft aufgebracht haben, diese günstigen Verhältnisse auch wirklich für sich auszunutzen und daß ihre Führer in der Publizistik sich in den entscheidenden letzten fünfzig Jahren bewußt geblieben sind, wo die Schwächen ihrer Position liegen, — vor allem in dem Mangel einer polnischen Industrie und eines polnischen Bürgertums, sowie, daß sie auch die richtigen Mittel anwenden, diese Schwächen zu beseitigen.

Es war keine weltbeglückende Nächstenliebe, aus der diese Mittel herauswuchsen: Vernichtung des deutschen Einflusses, nicht Ausgleich mit den Deutschen war die Parole!

Während die preußische und russische Regierung die Radikalen durch Strenge vor den praktischen Folgen ihrer revolutionären Phantastereien bewahrte, erzogen die Publizisten und Philanthropen das Volk zum nationalen Egoismus und züchteten, anknüpfend an die sozialen aber auch historischen Eindrücke, einen fanatischen Haß gegen Deutsche und Juden, der uns allerorten so unerwartet schroff entgegentritt, ohne daß viele von uns seine Quellen zu erkennen vermögen. Von dem flammenden Epos des Dichterkönigs Mickiewicz „Conrad Wallenrod" bis zu den schmierigen Pamphleten, mit dem der „Przeglad Tygodniowy" die polnischen Handwerker um 1870 herum gegen die tüchtigeren Deutschen aufreizte, bis zu dem scheußlichen Witzblatt, das die letzten zehn Jahre unter den Augen der russischen Zensoren alles, was deutsch war, brandmarkte und herabsetzte, bis auch zu den gemeinen Denunziationen des Herrn Wladyslaw Grabski, der kürzlich wieder in Warschau eingezogen ist und dort als Verständigungspolitiker sein Wesen treibt, tönt durch die polnische Literatur aller Sorten ein heißer Haßgesang gegen das Deutschtum. Mit diesem Haß müssen wir rechnen!

Ich will mit Zitaten nicht aufhalten. Um ein erschöpfendes Bild von der Tiefe und Vielseitigkeit des Hasses geben zu können, den die Literatur im polnischen Volk systematisch verbreitet hat, müßte ich viele Bogen füllen Nur eine wichtige Stimme sei zu Gehör gebracht, weil sie aus allem, was in Polen gedacht und geschrieben worden ist, die pädagogisch-politische Nutzanwendung zieht und von einer Seite herrührt, die vielleicht den tiefsten Einfluß auf die Gedankenwelt der Polen hat.

Der Begründer des modernen polnischen Schulwesens im Weichselgebiet, dessen Organisationen im General-Gouvernement Warschau seit etwa zwei Jahren zugelassen sind, schreibt u. a., um die russische Regierung und die Russen von ihren Sympathien für das Deutschtum abzubringen:

„Die Auffassungen des polnischen Volkes über die polnisch-deutschen Beziehungen sind durchaus einheitlich. Dagegen gehen sie in den breiteren russischen Kreisen sehr auseinander. . . . . .

Das raubsüchtige und wortbrüchige Preußen, das sich vor dem Stärkeren duckt und den Schwächeren mit Füßen tritt, das sein Entstehen offenem Raube verdankt, sowie Deutschland, der würdige Erbe der Kreuzritter, das jetzt unter Preußens Hegemonie vereinigt oder richtiger gesagt verpreußt ist, — waren und sind die größte Gefahr für Rußland und für das ganze Slawentum... Rußland öffnet Tür und Tor gastfreundlich den Preußen und den Deutschen, wirkt mit bei der Schaffung von gewaltigen deutschen Handels- und Industriezentren in Warschau, Lodz, Zgierz, Ozorkow, Pabianice, Sosnowice usw. Es unterstützt diese Zentren und die in ihnen organisierten Hakatisten-Vereine. Es erleichtert den Deutschen die Handelsbeziehungen, es verlangt keine Bezahlung von Gildengeldern von den preußisch-deutschen Handelsagenten, welche das Königreich und das Kaiserreich mit deutschen Produkten buchstäblich überfluten, während eine solche Abgabe jeder einheimische Agent, der russischer Untertan ist, mag er Russe oder Pole sein, bezahlen muß. Eine solche Ungleichmäßigkeit in der Behandlung, eine solche Privilegierung des deutschen Handels und Gewerbes führt für das Reich unermeßliche ökonomische Schäden herbei. Ist denn eine solche antipolnische und antislawische Politik nicht Russen und Polen gleich schädlich, ist sie nicht eine Arbeit pour le roi de Prusse? . . . . .

Mit dem Augenblick, wo unter der Hegemonie Preußens ein großes Deutsches Reich entstanden ist, wurden die Deutschen, deren Expansions- und Raubpolitik neue Kraft erhielt, die größten Feinde Rußlands, und zwar heimtückische Feinde, welche sich der Wege und der

Ziele gut bewußt sind und den geeigneten Augenblick abwarten können. Vorläufig und bis zu einer gewissen Zeit dachte man nicht direkt an einen Krieg. Man war sich eben dessen sehr wohl bewußt, daß andere durch das Anwachsen der deutschen Macht bedrohte Staaten weitere Annexionen nicht zulassen würden, und daß Rußland auch ein noch zu kräftiger Gegner war. Jetzt, wo infolge des Krieges — gegen Japan 1905 — Rußland geschwächt worden ist, liegt es im Interesse Deutschlands, daß es nicht wieder zu Kräften gelange. Die Deutschen sind bereit, ihm ihre Freundschaft und ihre Unterstützung bis zu einer gewissen Zeit angedeihen zu lassen, jedoch unter der notwendigen und leicht zu durchschauenden Bedingung, daß es auch fernerhin schwach, also von dem guten oder bösen Willen seines kräftigen Nachbarn abhängig bleibt. Ein mächtiges Deutschland kann nicht Freund sein eines mächtigen Rußland."*)

Nun ist es nicht bei Worten geblieben. Längst sind die Polen zu Taten übergegangen. Ich erinnere nur an ihre Boykottbewegung gegen den deutschen Handel in Galizien und Russisch-Polen und an die Organisation der Absonderung der Polen von den Deutschen in der Ostmark. Während der Besetzung ist die Haltung der Polen durchaus feindlich gegen unsere Truppen gewesen und bis auf den heutigen Tag allen Wohltaten, die Exellenz von Beseler ihnen erwirkte, zum Trotz feindselig geblieben. Die Offiziere der Legion, die für die Eidesleistung im Sinne der Mittemächte eintraten, wurden von ihren eigenen Soldaten gemißhandelt. In Posen und Westpreußen halten sich die Polen trotz des ihnen seitens der preußischen Regierung bewiesenen Entgegenkommens feindselig zurück: statt Reichsanleihen zu zeichnen, wird in den polnischen Sparkassen und Volksbanken ein Milliardenvermögen angehäuft mit dem ausgesprochenen Zweck, damit den Ankauf deutschen Bodens zu bewirken. Schon jetzt gehen Anzeigen durch die Blätter, durch die das Geld für diesen nationalpolnischen Zweck zur Verfügung gestellt wird**).

* * *

Die polnischen Positionen sind besetzt durch ein Volk von etwa 20 Millionen. Etwa die Hälfte davon sitzt in kompakter Masse um die Weichsel herum als ein an sich friedliches, aber von einem unruhigen und ehrgeizigen Bürgertum geleitetes Landvolk fest auf eigner Scholle. Im Norden stehen die polnischen Vorposten auf preußischem Boden bis hart an die Masurischen Seen heran, Vortruppen längs des Weichsellaufs bis Danzig, im Westen stehen sie in Posen und an der Oder, — im Südwesten bildet das habsburgische Teschen eine vorgeschobene Stellung und Schlesien die Brücke nach Böhmen hinein. Im Süden ist der Karpathenkamm

*) Die ganze Schrift ist wiedergegeben in Heft 40 der „Grenzboten" vom 3. Oktober 1917.

**) In diesem Zusammenhange werfen die Worte des preußischen Ministers des Innern, Herrn Dr. Drews, ein interessantes Streiflicht. Der Herr Minister führte am 4. d. M. im preußischen Abgeordnetenhause aus: „Ich habe im Herrenhause gesagt, man müsse Realpolitik treiben, und ich habe den Plan angedeutet, wie sich die Regierung in Zukunft die Ostmarkenpolitik denkt. Wir rechneten dabei mit der Voraussetzung, daß von seiten auch der Polen ein größeres Verständnis für den preußischen Staat gezeigt würde. Ich muß konstatieren, daß seitens der Vertreter der polnischen Fraktionen bisher diese Voraussetzung nicht erfüllt worden ist, wir haben infolgedessen keinerlei Anlaß, das, was wir als Programm hingestellt haben, gegenwärtig in die Tat zu übersetzen."

die Grenze des polnischen Einflusses, und die Ungarn sind ihnen wohlgesinnte Nachbarn. Nach Südosten, Osten und Nordosten hat das Polentum durch Großgrundbesitz — gegenwärtig in der Ukraina schwer bedroht —, durch mittelständische Existenzen, als da sind Kaufleute, Beamte, Angestellte, und durch die katholische Kirche — dies besonders in Litauen — feste Verbindungen geschaffen. In Litauen ist die kulturelle Stellung der Polen bereits fest verankert und somit auch die Vorbedingung für stärkere politische Einflußnahmen gegeben. Wie wir wissen, hat sich das Polentum dem Westen, also dem Deutschtum gegenüber in den letzten Jahrzehnten überlegen erwiesen; seine Führer haben daraus die Konsequenz gezogen, indem sie sich dem Slawentum verbanden und ihre Stellung im Osten besonders zu festigen suchten. Im zarischen und kadettischen Rußland fingen die Polen gerade an, den in den letzten dreißig Jahren eroberten Einfluß politisch auszuwerten. Sie waren nicht nur ernste Konkurrenten der deutschen Kaufleute und Ingenieure in Moskau, Charkow, Kijew, Jekaterinoslaw, — sie begannen auch in die wichtigen Stellen der Behörden, besonders aber in die oberste Gerichtsbarkeit einzudringen, während ihre Vertreter in der Duma und im Reichsrat anfingen, in Petersburg eine Stellung einzunehmen, wie es die der konservativen Polen in Wien geworden war.*) Die vorhin mitgeteilten Äußerungen Ossuchowskis zeugen am besten davon, in welchem Sinne sie uns gegenüber wirkten; in ihrem Vertrage mit der russischen Regierung kommt zum Ausdruck, wie ernst unsere Lage war.

Durch die russische Revolution, den Sieg der Maximalisten und den Frieden von Brest-Litowsk ist die Stellung der Polen in Rußland nur scheinbar erschüttert, auch wenn sie dadurch in zwei Lager gespalten werden. Die großen Grundbesitzer, ebenso wie die Kapitalisten aus Industrie und Handel, sehen sich der Gefahr der Enteignung gegenüber und suchen zu retten, was zu retten ist. Daher ihr gegenwärtig bescheidenes Auftreten in Warschau! Im übrigen rechnen sie mit einer siegreichen Gegenrevolution oder wenigstens mit einem Umschwung in Rußland, der ihren früheren Einfluß daselbst mindestens wieder herstellt. Die Masse der Intelligenz mit Einschluß der Geistlichkeit vertritt zusammen mit dem Proletariat ein so weitgehendes Agrarprogramm, daß gerade bei ihr eine gewisse Sympathie für den russischen Umsturz vorhanden ist. Der Haß der Massen, die im übrigen durchaus maximalistisch gesonnen sind, aber ist nach wie vor auf die Deutschen und die wenigen Großgrundbesitzer, die mit der deutschen Besatzung zusammen gearbeitet haben, konzentriert geblieben; ihre Sehnsucht führt sie nach Rußland. — Die besitzenden Kreise, die unsern Schutz gegen den Radikalismus als etwas Selbstverständliches in Anspruch nehmen, sind mit ihren Sympathien keineswegs bei Deutschland, sondern mit verschwindend kleinen Ausnahmen bei Oesterreich-Ungarn, und hierin wieder treffen sie sich mit ernsten Wortführern der Intelligenz und des Proletariats.

Nur ein ganz enger Kreis vertritt den Standpunkt der Notwendigkeit, für die Polen einen Ausgleich mit dem Deutschen Reich herbeizuführen und dafür auch vorläufig gewisse Opfer zu bringen. Sein geistig hervorragendster Führer ist

*) Das Material hierüber habe ich in Heft 46 der „Grenzboten" von 1916 zusammengestellt.

Michael Lempicki, ein ehemaliger russischer Beamter. Seine Anschauung ist getragen von der Zuversicht und dem Vertrauen an die Widerstandskraft der Polen jedem Germanisierungsversuch gegenüber. Lempicki ist auch überzeugt, daß, wenn es im Augenblick zu einer Verständigung käme, die preußische Regierung den Polen soviel Entgegenkommen zeigen müßte, daß die Polen wegen ihrer Zukunft in der deutschen Ostmark nicht mehr beunruhigt zu sein brauchten. Lempicki kommt es darauf an, den Polen Zeit zu gewinnen, einen Waffenstillstand mit den Deutschen möglichst auf einer Grundlage zu schließen, die den Polen ebenso ungestörte Pflege ihrer nationalen Kultur, wie eine friedliche Eroberung des Grund und Bodens ermöglichte. Die Beendigung des Waffenstillstandes würde abhängen von der Entwicklung in Ost-Europa und Österreich-Ungarn, sowie von der Mächtekonstellation, wie sie sich nach dem Kriege herausbildet. Auch Lempicki rechnet daneben auf den allgemeinen Friedensschluß und die Bundesgenossenschaft unserer Feinde! Gegen die von Herrn Lempicki, den ich als einen der klügsten und besonnensten Männer Polens kennzeichnen darf, vorgetragenen Ausgleichideen ließe sich kaum etwas einwenden, wenn er und sein Kreis ausdrücklich auf die preußischen Provinzen verzichten wollte, wie vor dem Kriege Roman Dmowski, Grabski, Piltz und andere Rußland gegenüber auf Litauen und das Cholmer Land verzichtet hatten, und, wenn er den Nachweis erbringen könnte, daß hinter seinem Verzicht auch der ehrliche Wille der polnischen Nation steht. Aber ängstlich ist er allem ausgewichen, was ihm und seinem Kreise hätte als Verzicht ausgelegt werden können: im Hintergrunde seiner Politik steht ebenso das Ideal der Vereinigung aller ehemals polnischer Landesteile unter dem weißen Adler, wie bei allen anderen polnischen Führern. Das Ziel ist das gleiche, — die Wege sind verschieden!

Ich rechne auf Ihre Zustimmung, wenn ich den heutigen Stand der Polenfrage in Parallele stelle mit dem aus der Zeit Friedrichs des Großen und wenn ich glaube aussprechen zu sollen, daß die Aufgaben unserer heutigen Staatsmänner sich nicht wesentlich von denen unterscheiden, die der große König zu lösen hatte. Die Polenfrage bedeutet damals und heute den Kampf zwischen Polen und Deutschen um den Besitz der deutschen Ostmark, die der große Friedrich erobern mußte, weil Polen selbst zu schwach war Rußland zu hindern, den Moskowiterstaat bis vor die Tore Berlins vorzuschieben. Tatsächlich hat sich im Gesamtbilde nur etwas geändert: an die Stelle der Kabinette von Petersburg und Wien sind die Völker selbst handelnd getreten; während vor hundertfünfzig Jahren über die Zukunft Polens von einigen wenigen Persönlichkeiten entschieden werden konnte, nehmen heute Hunderttausende durch die Organe der Ämter, der Presse und der Parteien auf die Entscheidung nachhaltigen Einfluß. Aus einer Frage der Kabinette ist die Polenfrage zu einer solchen der Nationen geworden und — ebenso wie die innere Kraft der Polen seit den Teilungen gewachsen ist, ist ihre außenpolitische Position verstärkt durch die Bundesgenossenschaft, die in der deutschfeindlichen Entwicklung des Slawentums in Rußland und Österreich liegt.

Die Entscheidung, die für lange Zeit unsere Beziehungen zu den Polen regeln soll und die geradezu grundlegend ist für unsere künftigen Beziehungen zum europäischen Osten, wird vielleicht schon in wenigen Wochen fallen. Die Zu-

sammenfassung aller Ostfragen unter ein besonderes Staatssekretariat deutet wenigstens darauf hin. Ob wir, das deutsche Volk, sie noch beeinflussen können, steht dahin. Nach den bisherigen Gepflogenheiten wird uns wohl die Regierung, wie in so vielen anderen Dingen, vor die vollendete Tatsache stellen, mit der wir uns werden einfach abfinden müssen. Nichtsdestoweniger liegt es in unserer aller und des Vaterlandes Interesse, wenn uns die Entscheidung nicht unvorbereitet trifft. Weiß das deutsche Volk, was die Polenfrage recht eigentlich für uns bedeutet, so bin ich sicher, daß es auch die Mittel finden wird, um die Lasten auszugleichen, die ihm auferlegt werden könnten, — und ohne Lasten wird es wohl auch bei diesem Teil des Ostfriedens nicht abgehen.

* * * *

Trotz unserer allgemeinen Siege sind wir gerade an der polnischen Stelle in die Defensive gedrängt, indem wir den alten Besitz neu zu erkämpfen haben, und wir müssen den alten Besitz sicherstellen, wenn uns die slawische Woge nicht völlig unterspülen und uns den neuen Besitz im Baltikum entreißen soll. Der Unterlauf der Weichsel ist der schwächste Punkt in der Gesamtstellung der Deutschen gegen Osten. Ihn gilt es zu verteidigen und für die Zukunft zu sichern.

Die deutsche Regierung könnte sich vielleicht mit dem Kreise um Lempicki verständigen, wenn sie sich entschließen wollte, aus dem preußischen und russischen Anteil Polens einen polnischen Staat zusammenzufügen, oder wenn sie zu dem Ergebnis käme, daß Deutschland einer solchen Staatenbildung doch nicht entgehen kann. Mit anderen Worten: Das Deutschtum müßte seine polnischen Positionen in der Ostmark räumen, um die vage Aussicht zu erhalten, die Polen zu Bundesgenossen Deutschlands gegen die übrige slawische Welt machen zu können.

Es gibt in Deutschland genug Personen, die bereit sind, auf den Handel einzugehen, solche, die bewußt auf die Umbildung des deutschen Nationalstaats in einen **Nationalitätenstaat** lossteuern, solche, die dadurch dem ewigen Frieden glauben dienen zu können, solche, die damit der römisch-katholischen Kirche zum Siege über den Protestantismus verhelfen wollen, aber, und das sind jene, die wir am ernstesten zu nehmen haben, es gibt auch solche, die ein ungehemmtes Wirtschaftsleben über alle anderen Ideale setzen. Sie haben in allen unseren Reichsämtern und in den meisten politischen Parteien Einfluß, weil sie nur die engen, kurz befristeten Einzelinteressen der betroffenen Kreise wahrzunehmen brauchen! In ihrer Rechnung ist ein Loch: denn herrschen heißt in unserer Zeit in erster Linie wirtschaftlich herrschen und um den wirtschaftlichen Kampf mit den Polen kämen sie unter keiner Bedingung herum, solange sie sich nicht restlos in den Dienst der polnischen Sache stellen. Ich glaube an die Aussöhnung nicht, nicht nur nicht weil der Haß gegen die Deutschen schon zu tief in den Polen steckt, sondern auch aus anderen Erwägungen, die mit der allgemeinen Demokratisierung des Slawentums zusammenhängen.

Nach dem Zusammenbruch des bürgerlichen Rußland ist dem radikalen Allpolentum ein neuer Bundesgenosse erstanden, die von Rußland ausgehende Revolution. Die Art und Weise, wie von seiten unserer Diplomatie die Friedensverhandlungen mit den Maximalisten geführt worden sind, hat das Ansehen

der Revolution ungemein gesteigert. Die Vorgänge in Kijew und die Tatsache, daß die Maximalisten das rote Revolutionsbanner Unter den Linden hissen dürfen, sind die sichtbaren Folgen jener Verhandlungsmethoden! Gegen den polnischen Radikalismus haben wir keine Bundesgenossen unter den Polen, auf die wir uns verlassen dürften. Auf den polnischen Adel ist kein Verlaß. Jeder Pole, der sich uns zur praktischen Hilfeleistung zur Verfügung gestellt hat, ist im Lande diskreditiert und gleicht einem General ohne Soldaten; er hat weder Anhang noch Achtung. Wenn es hart auf hart geht, ziehen sich die Edelleute entweder zurück oder sie machen eine tiefe Verbeugung vor dem Demos, von dem sie sich tragen lassen. Einige wenige Ausnahmen bestätigen die Regel.

Der Kampf zwischen Deutschen und Polen muß ausgefochten werden! So oder so! Es hilft uns kein Gott darum herum! Er ist durch den Brester Frieden in eine neue Phase getreten! nichts weiter! Unsere Sache ist es, uns für die folgenden Kampfzeiten solche Positionen zu sichern, die den Sieg nicht von vornherein ausschließen.

Zu dem gleichen Ergebnis komme ich, wenn ich den Boden des einfachen Nationalitätenkampfes verlasse und die Polenfrage in den großen Rahmen der wirtschaftlichen, der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge setze. Hinter der Polenfrage steht der tausendjährige slawisch-germanische Gegensatz, der in seiner modernen Abwandlung während der letzten Jahrzehnte bestimmt war durch die zwischen der deutschen und der russischen Weltwirtschaft entstandene Rivalität. Halten wir die wirtschaftlichen und die nationalen Momente der Frage abwägend gegeneinander, so tritt klar hervor auch die Gegnerschaft zwischen dem Imperialismus der Weltreiche, also der historisch gewordenen Weltwirtschaftsgebiete, und dem durch unsere Diplomatie von den russischen Weltverbesserern übernommenen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten. Die neuen, im Osten des Deutschen Reiches entstehenden Randstaaten geraten zwischen die Reibflächen der beiden Bewegungen, sofern sie sich nicht klipp und klar für das eine oder andere Wirtschaftsgebiet entscheiden können oder — entscheiden dürfen. Beim polnischen Problem tritt uns dieser Widerstreit der Interessen in der geschlossensten Form entgegen. Das polnische Gebiet war vor dem Ausbruch des Krieges bereits ein so wichtiger Bestandteil des allrussischen Wirtschaftsemporiums geworden, daß die Vorteile dieser Zusammengehörigkeit, wie gezeigt wurde, auch wirksam auf die nationalpolitische Gesinnung der Polen werden konnte, was wir von unseren Polen nicht behaupten können; bei uns gibt es noch eine starke russophile Partei unter den Polen! Nachdem es uns gelungen ist, das russische Weltreich zu zerschlagen und, trotz seiner wirtschaftlichen Anziehungskraft auf die von ihm zusammengefügten Völker, in einen Brei von Nationalstaaten zu verwandeln, haben sich die Polen wieder mehr auf das nationale Moment besonnen und erschweren sich dadurch den Übergang und Anschluß an das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet. Ihre Haltung drängt uns förmlich, uns die Frage vorzulegen, ob das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten uns im Interesse der Weltwirtschaft zum Übergang aus dem Nationalstaat zum Nationalitätenstaat führen soll.

Und wenn ich mir alle Geschehnisse um uns herum kühl betrachte, so kann ich mich von der Sorge nicht freimachen, daß wir dem Nationalitätenstaate näher

sind, als wir glauben möchten. Die bevorstehende Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen, ohne genügende Sicherheiten für das Deutschtum der Ostmark, ist ein gewaltiger Schritt in dieser Richtung. Ebenso drängen uns alle jene Bestrebungen unbewußt oder bewußt dahin, die auf die Schaffung eines Groß-Litauen ausgehen, — um so mehr, wenn dies Litauen in Personalunion mit einem deutschen Bundesstaate vereinigt werden sollte; möge dieser Bundesstaat im übrigen Preußen oder Sachsen heißen. Die Freunde der allmählichen Umwandlung Preußens oder Deutschlands in einen Nationalitätenstaat aus weltwirtschaftlichen oder anderen Gesichtspunkten, die den Polen soweit entgegenzukommen wünschen, daß sie um des Wirtschaftsfriedens willen alle alten polnischen Gebiete unter irgendeiner Firma zusammenfügen wollen, übersehen ganz, daß sie damit dem deutschen Volke eine Reihe von Rückzugskämpfen auferlegen müßten, damit die Position der Deutschen nicht auch gerade wirtschaftlich überrannt wird. Wir würden, wenn die Polen in eine günstigere Position uns gegenüber gelangten, gerade deshalb die furchtbarsten Kämpfe führen müssen, Kämpfe, wie sie bisher in unserer Ostmark noch nicht bekannt sind. Die Polen, die durch den wirtschaftlichen Kampf ganz vornehmlich glauben, zum internationalen Siege gelangen zu können, müssen wirtschaftlich so mit Mitteleuropa verbunden werden, daß sie keine Neigung mehr bekommen, als Großpolen gegen das Deutschtum aufzubegehren. Die großpolnische Idee muß fallen, die Polen dürfen eine machtvolle Selbständigkeit nicht ausüben, — mögen sie im übrigen wirtschaftlich den höchsten Grad des Wohlstandes erreichen, — ich wäre der letzte, der ihnen dies mißgönnen wollte! Dann könnten wir auch auf wirtschaftsfriedliche Verhältnisse in der Ostmark rechnen.

* * *

Das wirksamste Mittel, einen Gegner in Schach zu halten, ist zu allen Zeiten die Bindung seiner Kräfte in Aufgaben gewesen, die ihn verhindern, da vorzubrechen, wo er uns gefährlich werden kann. Die Voraussetzung für eine allmähliche Lösung der Polenfrage ist somit, daß das Deutsche Reich unbeschränkten und mit niemand anderem geteilten Einfluß auf die polnischen Dinge erhält, und daß es diese Macht ausnutzt, um den Polen den russisch-demokratischen Wind aus den Segeln zu nehmen.

Dies ist möglich, indem das friedliche Landvolk der Bauern in eine wirtschaftliche Lage versetzt wird, die ihm Wohlstand und ruhigen Gewinn sichert.

Gelingt uns dies, so werden sich auch die Aussichten heben, daß die gegen uns vorhandene Feindschaft bei den Polen abflaut. Stellen wir nur die Polen vor die Unabänderlichkeit unseres Willens, unseren militärischen Sieg voll ausnützen und selbst die Führung der Polen fest in die Hand nehmen zu wollen! In einem halben Jahrhundert könnte es dann auf neuen Grundlagen zu einem Frieden zwischen Polen und uns kommen, — wie die Polen noch in den letzten Jahren bereit waren, ihren Frieden mit dem Moskowiter zu schließen, der wahrhaftig kein milder Herr war; dem Polen imponiert nur die überlegene Kraft, kein schlaues Lavieren! Dies hat er genügend bei den Juden mißachten gelernt!!

* * *

Die Maßnahmen, die von unserer Seite in Kürze zu treffen sind, um die Polenfrage im Zusammenhang mit den verwandten Ostfragen dem deutschen Interesse entsprechend lösen zu können, umfassen drei Arbeitsgebiete: das diplomatische, das die Polenfrage herausschälen soll aus ihren internationalen Zusammenhängen, das militärische, das diejenige Grenzlinie finden läßt, die uns jedem Angriff von Osten mit größerer Ruhe entgegensehen läßt, wie vor 1914 und das wirtschaftlich-kolonisatorische, das die deutsche Ostmark für alle Zeiten sicherstellt vor polnischen Ansprüchen.

Die beiden zuletzt genannten Arbeitsgebiete hängen eng miteinander zusammen, sie seien daher auch zusammen behandelt.

Die Quellen des polnischen Hasses gegen uns liegen heute nicht so sehr in der Erinnerung an die Teilungen, wenn diese auch in der Literatur eine gewisse Rolle spielt, sondern in dem wirtschaftlichen Streben der Polen, bei dem sie, abgesehen von den Juden, vor allen Dingen auf den für den Wirtschaftskampf besser vorbereiteten Deutschen stoßen. (Im alten Rußland überall in Handel und Gewerbe, sowie in den Regierungsstellen, in Russisch-Polen im Unternehmertum — bei welcher Gelegenheit auf den sozial-ethisch höchst interessanten Roman Lodz von Reymont hingewiesen sei — und in der Ostmark, nach Abwanderung der Juden aus den Städten das Deutschtum überhaupt.) Dabei ist die Feindschaft in dem Maße gewachsen, wie deutsches Kapital in Russisch-Polen eine Exportindustrie ins Leben gerufen hat. Somit ist zu erwarten, daß die Stimmung friedlicher wird, wenn wir uns beim Wiederaufbau der Industrie in Polen möglichst zurückhalten und den Polen Gelegenheit geben, sich auf dem Gebiet auszuleben, wo sie nicht nur unsere Konkurrenz zu fürchten haben, wo wir ihnen sogar im eigensten Interesse behilflich sein können, voranzukommen: in der Landwirtschaft, mit besonderer Beschränkung auf die bäuerliche.

Ich denke mir, daß das neue Polen als reines Agrarland auf bäuerlicher Grundlage dank seiner Fruchtbarkeit eine Zukunft ungeheuren Wohlstandes vor sich hätte. Ich könnte mir am Mittellauf der Weichsel ein polnisches Flandern denken mit guten Straßen, freundlichen Landstädten und einer lediglich aus dem Bedürfnis des Landes selbst hervorgegangenen Industrie. — Darauf eine kinderreiche, gesunde Bevölkerung, religiös und ein starkes Bollwerk der katholischen Kirche.

Das neue Polen soll bezüglich seiner inneren Angelegenheit absolut frei sein und sich in kultureller Beziehung völlig selbständig entwickeln können. Staatsrechtlich dagegen ein Schutzstaat des Deutschen Reiches, mit diesem verbunden durch ein Staatssekretariat in Berlin, als einziges Organ der auswärtigen Politik. Die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland hätte nach dem Gesichtspunkt zu erfolgen, daß Polen interessiert bleibt, seine Landwirtschaft aufs höchste zu entwickeln und nur eine aus der Landwirtschaft natürlich herauswachsende Industrie ins Leben zu rufen. Auf eine besondere Militarisierung der Polen lege ich keinen Wert, bis sie selbst auf den Gedanken kommen, sich zu ihrem eigenen Schutz auch militärisch mit uns zu verbinden. Denn sie werden sich bis auf weiteres immer der Gefahr bewußt bleiben müssen, daß die Weichselebene bei einem neuerlichen Zusammenstoß zwischen Deutschland und den Ostslawen wieder Tummelplatz der ersten und härtesten Kämpfe sein wird, sofern sie sich nicht von vornherein in den Dienst der Mittemächte stellen.

Gerade dazu aber hat die neue Grenzführung zwischen Deutschland und Polen zu dienen.

Zwischen den preußischen Provinzen mit ihren viereinhalb Millionen Polen und Russisch-Polen ist ein Gebiet einzuschieben, das staatsrechtlich den Einfluß jeder nicht deutschen Macht entzogen bleibt. Im Süden beginnend, hätte das Gebiet zu umfassen

a) den Industriebezirk von Dombrowa;
b) das Land zwischen Warte und schlesische Grenze;
c) das Land nordwestlich der Linie Warteknie bei Kolo, Weichsel westlich Wloclawek;
d) das Land nördlich der Weichsel und des Bug ohne Plock und Nowo Georgiewsk (Modlin) bis Bjelsk und Pruschany an der ukrainischen Grenze, unter Einbeziehung von Bjalystok und Grodno, mit dem Gouvernement Suwalki.

Im ganzen handelt es sich um etwa eineinhalb Millionen Polen, 150000 Juden, 120000 Deutsche. Das Gebiet ist bis auf das Industriegebiet dünn bevölkert.

Die dadurch entstehenden neuen Ostgrenzen des Reiches sind diejenigen, die von militärischer Seite als eine genügende Sicherheit gegen feindlichen Angriff angesprochen werden dürften, unter der Voraussetzung, daß das Gelände dadurch mit einer sicheren Bevölkerung besetzt bleibt.

Da aber die dort vorhandene polnische Bevölkerung in ihrem überwiegenden Teil durchaus unzuverlässig ist und deutschfeindlicher Propaganda zugänglich, muß für das Gebiet die Möglichkeit der Ansiedlung eines sicheren deutschen Elements offen gehalten werden. Ansiedler würden sich finden schon dicht vor den Grenzen in der Gegend von Lodz, aber auch unter den Rückwanderern aus Rußland. Nach meinen Beobachtungen an Ort und Stelle, Beobachtungen aus Friedens- und Kriegszeit, stehen uns gegenwärtig mindestens eine Viertelmillion Seelen aus Polen und Rußland zur Besiedlung der fraglichen Gebiete zur Verfügung, zu denen sich bei entsprechender Arbeit ebensoviele im Deutschen Reich finden dürften. Nach anderen Angaben soll mehr als die doppelte Zahl zur Verfügung stehen. Etwa 120000 Deutsche sind schon gegenwärtig in dem Gebiet vorhanden.

Die Verwaltung des Gebietes sei deutsch, mit möglichst weit ausgestalteter Selbstverwaltung von Provinzen, Kreisen und Städten. Die deutschen Bodenbesitzverhältnisse in Stadt und Land seien sichergestellt durch das Erbrecht des preußischen Staates am Grund und Boden, Vorkaufsrecht bei allem Besitzwechsel sowie Enteignungsrecht an allem Grundbesitz über 250 Hektar Größe.

Vor Ablauf von 45 Jahren darf verfassungsmäßig das Gebiet weder im Reichstag, noch im preußischen Landtage vertreten sein, es sei denn durch von der Regierung ernannte Abgeordnete und auch dann erst, wenn die alten Provinzen der Ostmark für das Deutschtum sichergestellt sind und von der großpolnischen Idee keine Gefahr mehr droht.

Ähnlich sind die litauischen Gebiete zu behandeln, wobei Wilna und die südöstliche und östlich daran liegenden Gebiete gelegentlich Rußland zurückzugeben wären. Die Schaffung eines Großlitauen wäre ein großer Fehler, da damit nur den Polen gedient wäre, die schon heute einen überragenden kulturellen Einfluß auf die Litauer ausüben. Bei der Regelung der litauischen Frage müssen

neben den preußischen Interessen auch die der Kurländer ernst in Betracht gezogen werden.

Die Sicherung im Osten gegen den polnischen Ausdehnungsdrang wäre nicht vollständig, wenn nicht zwischen das neue Polen und Litauen ein trennender Keil nichtslawischer Bevölkerung geschoben würde. Mir scheint da die Möglichkeit gegeben, die Frage der Ostjuden auf den Weg der Lösung zu führen durch Schaffung eines Siedlungsgebietes für die litauischen Juden im Gebiet Bjalystok des Gouvernements Grodno. Ein entsprechendes Element ist unter den litauischen Juden vorhanden.

Die Stadt Bjalystok aber baue man mit seiner auf deutschen Schultern aufgewachsenen Industrie als ein Umschlagplatz des deutsch-russischen Handels und Verkehrs durch Anlage west-östlicher Eisenbahnen und Anschluß an die Wasserwege Ostpreußens und der Ukraina aus. Dies Gebiet werde im übrigen ebenso behandelt, wie das abgetrennte polnische.

Dies scheint mir ein praktisch durchführbares Programm zu sein, um die Zukunft der deutschen Ostmark und den ungestörten Zusammenhang des Baltikums mit den deutschen Stammlanden auch dem schwersten Anprall der slawischen Woge gegenüber sicherzustellen. Darauf kommt es an, nicht auf den Erwerb polnischen Bodens. Der ist Mittel zum Zweck und wird höchst ungern erworben. Je genügsamer wir im Landerwerb im Osten sein können, um so eher werden wir auch zum Ziele kommen. Freilich, ohne Landzuwachs geht es nicht. Darin liegen eben die Schwierigkeiten! Ich sehe keinen anderen Weg, der Aussicht hätte, wirksam zu sein, als die Sprengung des Zusammenhanges zwischen preußischen und russischen Polen und Polen und Litauen. Im übrigen wird die sicherste Gewähr für eine Deckung, die wir im Osten in der polnischen Ecke gewinnen können, immer das Vertrauen auf die eigene Kraft bleiben.

Voraussetzung für eine aussichtsvolle Wendung in der Polenfrage bleibt aber Österreichs Stellungnahme zu den polnischen Dingen. Österreich sollte zu seinem und unserem Besten von der Teilnahme an der Polenpolitik außerhalb Galiziens zurücktreten. Es gab bereits einen Augenblick im Weltkriege, wo Habsburg zu einem solchen Schritt entschlossen war. Ich verkenne dennoch nicht die Schwierigkeiten innerpolitischer Art bei Habsburg, die sich einer solchen Forderung entgegenstellen. Manches Imponderabile ist zu überwinden. Andererseits aber harren noch so ernste und große Aufgaben der Lösung durch Habsburg vor der Polenfrage, daß es einer zielbewußten und geschickten deutschen Diplomatie nicht unmöglich sein sollte, der Wiener Regierung Vorteile zu verschaffen, die die Preisgabe ihrer polnischen Interessen mehr als ausgleichen. An der Adria, in der südslawischen Frage und bei den mitteleuropäischen Dingen sind genug Punkte vorhanden, wo Deutschland sich dem Bundesgenossen erkenntlich für geleistete Dienste in Polen erweisen kann.

Daß sich im übrigen der Verwirklichung des vorgetragenen Programms Hindernisse in den Weg stellen, die manchen vielleicht unüberwindlich erscheinen werden, ist selbstverständlich.

Nach den Leistungen des deutschen Volkes und seiner Führer in diesem gewaltigsten aller Kriege, gibt es für mich nichts mehr, was wir auf dem Kontinente und angelehnt an unsere Heimaterde nicht vollbringen könnten.

Gewiß hat die Politik der letzten Jahre in Warschau manche Zukunftsmöglichkeit in Frage gestellt, gewiß geschehen auch gegenwärtig in Berlin und Warschau Dinge, die unsere spätere Stellung nur erschweren können. Welche Rolle der polnische Staatsrat spielen wird, zu dem sich in großer Zahl Männer der sogenannten russischen Orientierung gedrängt haben, ist noch gar nicht zu übersehen.

Aber an den Grundlagen ist noch nichts so verdorben, daß es nicht korrigiert werden könnte. Daß unsre auf Kompromiß und Verzicht gedrillten Diplomaten von sich aus eine tatkräftige Politik des völkisch gefaßten deutschen Interesses einleiten würden, das darf man selbstverständlich nicht erwarten. Darum bleibt auch nichts anderes übrig, als immer wieder auf die gewaltigen militärischen Interessen, die auf dem Spiele stehen, hinzuweisen und in die Nation, die so Unerhörtes leistete, das Selbstvertrauen hineinzuhämmern, daß sie auch in der Polenfrage alles vollbringen kann, was ihrem Nutzen dienlich ist. Hat die Armee das gewaltige Rußland in Stücke zerlegt, so kann es keine Unmöglichkeit für das deutsche Volk sein, der polnischen Festung die nationale Angriffskraft zu entwinden! Eine unglückliche Lösung der Polenfrage bedeutet nicht nur ein Nachgeben gegen die Polen, sondern, trotz aller herrlicher Siege, eine Niederlage des Deutschtums durch die Slawen. Wohl nirgends mehr wie hier im Angesicht des Ostmarkenproblems gilt für uns Deutsche, für die Urenkel Friedrichs des Großen und die Söhne der Reichsgründer das Dichterwort:

Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen!

Tropenwirtschaft

Von Professor Dr. Karl Sapper

In jetziger Zeit, wo so viel von der künftigen Ausgestaltung unseres Kolonialbesitzes die Rede ist, mag es von Interesse sein, sich ein wenig mit den geographischen Grundlagen und gewissen Besonderheiten tropischer Wirtschaftsverhältnisse zu befassen, da die Kenntnis derselben zu einem klaren Urteil über die Zukunftsmöglichkeiten tropischer Landgebiete notwendig ist. So möge mir denn als ehemaligem Pflanzer eine knappe Einführung in diese Probleme gestattet sein.

In erster Linie wird der besonderen Wärmegliederung der Tropen zu gedenken sein.

Soweit die Tropenländer bedeutende Gebirgserhebungen besitzen, zeigen sie eine viel größere Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Ausgestaltung, als Länder der gemäßigten Zone von ähnlichem Erhebungsspielraum. Während hier unterhalb der an sich unproduktiven Fels- und Schneeregion ein alpiner Höhengürtel sich ausdehnt, der Ackerbau ausschließt, aber Viehzucht und zum Teil Waldwirtschaft zuläßt, ist die ganze abwärts folgende Region bis zum Meeresspiegel hinab für den Anbau unserer Getreide-, Obst- und Gemüsearten geeignet. Diesen zwei produktiven Regionen der gemäßigten Zonen stehen aber vier tropische gegenüber:

unterhalb der anbaulosen, alpinen Region (die in Südamerika als Páramo oder Puna bezeichnet wird) breitet sich die kühle Tropenregion aus („Tierra fria" der Spanisch-Amerikaner), in der schon regelmäßig Frost auftritt und die gleichen Kulturgewächse wie bei uns angebaut werden können (diese Region liegt zwischen 3500 bis 3200 Meter einerseits und 2000 bis 1800 Meter andererseits); danach folgt das mäßig-warme Tropenland (Tierra templada, etwa zwischen 2000 bis 1800 Meter und 800 bis 600 Meter), eine Region, in der Frost schon fehlt, aber die Temperaturen noch nicht sehr hoch sind, so daß gewisse Tropengewächse das Optimum ihres Gedeihens finden, die zwar den Frost scheuen müssen, aber auch langdauernder Hitze abhold sind, wie Kaffee-, Tee-, Chininbäume und -sträucher. Unterhalb 800 bis 600 Meter folgen dann die heißen Tropen (Tierra caliente) mit Nutzgewächsen, die ständig hohe Wärme verlangen, wie Kakao, Kokos- und Ölpalmen, die meisten Kautschukpflanzen u. a. Einzelne Kulturpflanzen reichen über zwei oder selbst drei Anbauregionen hinaus (z. B. Mais, Bohnen), unsere Haustiere aber sind in allen vier Höhenregionen zu finden. Nicht wenige der eurythermen Nutzpflanzen finden aber doch in einer bestimmten Region besonders günstige Lebensbedingungen, so daß selbst von ihrem Standpunkte aus die Wichtigkeit von Höhenschichtenkarten tropischer Gebiete für den praktischen Landwirt zur Beurteilung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten in die Augen springt.

Für die bergbauliche Tätigkeit ist die Wärmegliederung höchstens insofern von einiger Bedeutung, als mit wachsender Erhebung (wegen der dann niedrigeren Temperatur an der Schachtmündung) die Lager bis in größere Tiefe hinab abgebaut werden können. Für jede wirtschaftliche Tätigkeit (also auch Industrie) ist es aber von Bedeutung, sich zu vergegenwärtigen, daß die Arbeitsfähigkeit des Menschen in niedrigen Höhenlagen wegen der Hitze, in sehr hohen aber wegen des niedrigen Luftdruckes herabgesetzt ist.

Da die eingeborene Bevölkerung der Tropen die Arbeiter für die wirtschaftlichen Unternehmungen liefern muß, so muß auch sie in den Bereich der Betrachtung gezogen werden. Sie ist vielfach recht stenotherm: d. h. sie fühlt sich außerhalb der von Jugend auf gewohnten Wärmeverhältnisse nicht recht wohl und leidet bei Verpflanzung in gegensätzliche Regionen gesundheitlich oft sehr stark, z. B. Hochlandbewohner im Tiefland (Malaria u. ä.), Tieflandbewohner im Hochland (Erkältungskrankheiten), während das mäßig warme Land beiden noch zusagt. Europäer sind im allgemeinen im heißen Tiefland nicht generationenweise ansiedelbar, sondern müssen von Zeit zu Zeit Erholung in kühleren Ländern suchen; im mäßig warmen Tropenland leidet ihre körperliche und geistige Spannkraft weniger, so daß man schon eine bedingte Eignung für dauernden Aufenthalt zugeben darf, wenngleich körperliche Arbeit im Freien nur in besonders günstigen Fällen auf die Dauer möglich ist*); in den kühlen Hochländern aber kann sich selbst der Nordeuropäer wohl fühlen, nötigenfalls auch persönlich Landarbeit verrichten, bis mit wachsender Höhe in Folge zunehmender Unwirtlichkeit der Umgebung die Bewohnbarkeit für Menschen überhaupt aufhört.

Neben den Wärmeverhältnissen sind auch die Feuchtigkeitsunterschiede von einschneidender Bedeutung. In allen Höhenstufen heben sich hauptsächlich drei Typen heraus: ständig feuchte, periodisch befeuchtete und sehr selten befeuchtete Gebiete, pflanzengeographisch als regenfeuchte Waldgebiete, als offene Landschaften (Trockenwälder, Savannen, Gras- und Strauchsteppen) und als Wüsten in den unteren drei Regionen gekennzeichnet. So entsteht eine weitere Gliederung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten bestimmter Landstriche, und da Völker, Tier- und Pflanzenarten häufig wieder recht verschiedene Feuchtigkeitsbedürfnisse haben, so ist bei vielen eine Verpflanzung in einen anderen Feuchtigkeitstypus schwierig, bei manchen selbst unmöglich. Manche Nutzpflanzen und -tiere zeigen freilich wieder

*) Vergleiche die sehr lehrreiche Schrift von E. Wagemann „Die deutschen Kolonisten im brasilianischen Staate Espirito Santo" (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 147. Bd., 5. Teil, München u. Leipzig 1915).

einen ansehnlichen Spielraum, wie z. B. das Zuckerrohr und die meisten tropischen Gespinstpflanzen sowohl in trockeneren wie in feuchten Gegenden angebaut werden können; im allgemeinen aber erreichen dieselben doch, besonders unter künstlicher Bewässerung, in trockeneren Gegenden bessere Ergebnisse. Für den Bergbau ist in den meisten Fällen die Feuchtigkeitsgliederung (abgesehen von gewissen Besonderheiten der Gewinnungsmethoden) ziemlich belanglos, wenn man diejenigen bergbaulich gewonnenen Stoffe ausnimmt, deren Bildung oder Erhaltung an bestimmte Feuchtigkeitsbedingungen gebunden sind, wie Caliche (das Ausgangsmaterial für Chilesalpeter), Guano u. a. Für den Europäer sind die trockenen Tropen im allgemeinen leichter zu ertragen, als die feuchten.

Wichtig für die wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten der einzelnen Gebiete ist natürlich auch die Beschaffenheit der Bodenarten, der Neigungsverhältnisse der Oberfläche, des Untergrundes mit seinen Mineralschätzen, ferner dauernde oder periodische Wasserüberfüllung, gelegentlicher Eintritt von Naturkatastrophen, wie Vulkanausbrüche, Erdbeben, Dürrperioden. Nicht minder wichtig sind aber auch die sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Zustände der politischen Einheiten, die geographischen Lagebeziehungen der einzelnen Gebiete eines Landes zueinander und zum Ausland, und der Stand des Verkehrswesens. In vielen Fällen ist ja die natürliche Produktionsmöglichkeit belanglos, weil allzuhohe Transportkosten den Absatz unmöglich machen würden. Auf alle diese Dinge näher einzugehen, würde zu weit führen.

Es sei an dieser Stelle aber noch mit einigen Worten auf die wirtschaftliche Bedeutung der Zahl und der körperlichen wie geistigen Leistungsfähigkeit der einheimischen Bewohnerschaft hingewiesen. Im allgemeinen steigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Gebietes mit der Zahl seiner Bewohner, wenn auch nicht gerade proportional, da zu viele Nebenumstände mitsprechen, welche die wirtschaftliche Leistung entweder herabsetzen oder heben; und vor allem spricht sich die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes nicht immer in der Höhe der Ausfuhr aus, da im Gegenteil besonders günstig veranlagte Länder ihre Hauptleistung in möglichst vollständiger Selbstversorgung suchen und dann, auf den Kopf der Bevölkerung oder die Flächeneinheit berechnet, nur niedrige Ausfuhrzahlen aufweisen; in anderen Fällen, wie im Innern dünnbevölkerter Tropengebiete, wird eine unverhältnismäßig große Summe von Menschenkraft auf Transportleistungen verwendet (Afrika!), so daß nur wenig wirtschaftliche Werte verschickt werden können. Dazu kommt, daß gerade bei sehr geringer Volksdichte die Gütererzeugung besonders erschwert zu sein pflegt und darum im allgemeinen unverhältnismäßig wenig Überschüsse über den Eigenverbrauch hinaus erzielt werden. Länder mit sehr geringer Volksdichte können aber doch unter günstigen Umständen bedeutende Ausfuhrwerte liefern in Fällen, wo die Natur wertvolle Schätze unmittelbar dem Menschen darbietet oder auf dem Gebiete des Ackerbaues und der Viehzucht besonders günstige Vorbedingungen bestehen. Es geht zwar nicht an, angesichts der außerordentlich wechselnden Produktionsbedingungen eine allgemein gültige Stufenleiter der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, etwa auf den Kopf der arbeitenden Bevölkerung berechnet, aufzustellen; aber man kann wenigstens Vergleiche darüber anstellen, welche wirtschaftlichen Beschäftigungszweige unter sehr günstigen Umständen schon mit wenigen Arbeitskräften bedeutendere Gütererzeugungs- und Ausfuhrleistungen ermöglichen lassen, oder welche unter allen Umständen größere Arbeitermengen benötigen. Am ehesten ist es noch bei Bergbau auf hochwertige, ohne große technische Anlagen gewinnbare Stoffe möglich, mit geringer Arbeiterzahl sehr hohe Ausfuhrwerte zu erzielen (Diamanten, Waschgold, Guano, Phosphate, Zinnseifen u. a.). Nächstdem ist es aber auch möglich, mit noch recht spärlichen Arbeitermengen große Werte durch Sammeln von Waldprodukten (wie Kautschuk, Chikle, Guttapercha, Yerba Maté usw.) oder durch Schlagen wertvoller Hölzer (wie Blau- und andere Farbhölzer, Mahagoni-, Zedern-, Teakholz u. a.) zu gewinnen, wobei zudem häufig nicht einmal große Anlagekapitalien erforderlich sind, und bei vorsichtiger Wirtschaft sogar mit regelmäßigem Nachwachsen und

Neuernten der Produkte ohne stärkere Mitarbeit des Menschen gerechnet werden kann. In vereinzelten Fällen erlauben auch Fischfang (so auf Wale) oder Jagd (z. B. auf Elephanten, vielfach zugleich in Verbindung mit Sammeln des Elfenbeins früher verendeter Tiere) Erzielung hoher Werte unter Aufwendung geringer Menschenkräfte. Weit weniger leicht kann man aber bei landwirtschaftlicher Betätigung größere Überschüsse über den Eigenbedarf hinaus bekommen, wenn die Volkszahl des betreffenden Gebietes gering ist. Am ehesten ist es noch in der Viehzucht möglich, soweit natürliche Weideflächen vorhanden sind; da können in der Tat mit wenigen Arbeitskräften große Viehherden gehalten werden, und die Tatsache, daß das Vieh aus eigener Kraft selbst auf sehr schlechten Wegen riesige Entfernungen zurücklegen kann, die Transportkosten also verhältnismäßig sehr niedrig sind, bewirkt, daß Viehzüchtereien oft zeitlich und räumlich in geeigneten Tropengegenden die ersten und äußersten Vorposten europäischer Wirtschaft darstellen. Hinsichtlich des Pflanzenbaues sind die Verhältnisse weit verwickelter. Schon die vorbereitenden Arbeiten, die Rodung, erfordern ein recht verschiedenes Maß von Arbeitskräften, je nach der Art des Pflanzenbaues: für die niedrigen Stufen desselben (Pflanzstockbau, Grabstockbau und Hackbau im engeren Sinne) erfordern sie weit weniger Arbeitskräfte, als für die höheren (trockene und nasse Pflugkultur), weil nur im letzteren Fall ein Herausnehmen der Wurzelstöcke notwendig ist; da man aber bei ersteren meist keine Düngung anwendet, also bald die gerodeten Flächen wieder brach liegen lassen muß, um an neuen Stellen Neuanlagen zu machen, so wird schließlich bei ihnen im Laufe der Jahre doch mehr Arbeit aufgewendet als beim Pflugbau, bei dem das einmal gerodete Feld für lange Zeit oder dauernd in Benutzung bleiben kann. Die Bodenbearbeitung und Aussaat an sich erfordern nur beim Pflanzstockbau wenig Arbeitskräfte, bei den anderen aber bereits erhebliche, so daß im allgemeinen alle Kulturen, die alljährlich oder, wie Zuckerrohr oder Baumwolle, innerhalb weniger Jahre neugepflanzt werden müssen, mehr Arbeiter beanspruchen, als ausdauernde Strauch- und Baumkulturen, die zwar bei der Anlage viele Arbeit erfordern, aber später im Kampf gegen das in den Tropen besonders üppig aufschießende Unkraut leichter zu verteidigen sind als einjährige krautige Kulturen; hochragende Bäume, wie etwa Kokospalmen, brauchen schließlich sehr wenig Beihilfe, während niedrigere, wie Kaffeebäume oder vollends Teesträucher, häufiger gründlicher Reinigungen unbedingt bedürfen. Auch die Ernte- und Aufbereitungsarbeiten erfordern bei den verschiedenen Kulturen sehr verschiedene Arbeitermengen: zur Teernte, um bei den gleichen Beispielen zu bleiben, müssen sehr viele Arbeitskräfte angesetzt werden, auch die Kaffeernte erfordert noch bedeutenden Arbeiteraufwand, während die Kokosnußernte mit vergleichsweise wenigen Arbeitern bewältigt werden kann. Maschinen werden bei der Aufbereitung zur Ersparung menschlicher Arbeitskräfte schon vielfach benützt, aber bei den Kultur- und Erntearbeiten hat man sie erst in bescheidenem Maße anwenden gelernt.

Ohne auf diese Dinge näher einzugehen, sei noch darauf hingewiesen, daß bei sehr vielen Kulturen zu bestimmten Zeiten, besonders bei der Vorbereitung zur Saat oder Auspflanzung oder bei der Ernte, eine außergewöhnlich hohe Zahl von Arbeitern benötigt wird; von der Zahl der in solchen Zeiten verfügbaren Arbeitskräfte hängt also die Ausdehnungsmöglichkeit der Kulturen in dem betreffenden Gebiet ab, und der koloniale Wirtschaftspolitiker muß sich immer vor Augen halten, daß in dünnbevölkerten Ländern die Anlage von Kulturen, die sehr viel Arbeitskräfte erfordern (wie z. B. Teebau), eine Verschwendung wäre; solche müssen dichter bevölkerten Gebieten vorbehalten bleiben, während man in dünnbevölkerten auf wirtschaftliche Tätigkeiten sich beschränken sollte, die verhältnismäßig weniger Arbeiter erfordern, soweit man nicht (wie auf der Halbinsel Yucatan mit ihrer intensiven Henequenkultur) dazu übergeht, die vorhandene Bevölkerung vorzugsweise zur Hervorbringung von Ausfuhrgütern zu verwenden und ihr dafür Lebensmittel einzuführen. Zu den Kulturen, die viele Arbeit erfordern, gehören leider auch die nassen Reiskulturen, so daß die großen Über-

flutungsflächen in Afrika und Südamerika in absehbarer Zeit nicht in größerem Maßstabe zum Reisanbau Verwendung finden werden, sofern es nicht den Maßnahmen einer zielbewußten, vorausschauenden Bevölkerungspolitik gelingt, die Volkszahl der in Betracht kommenden Gebiete und ihrer Nachbarschaft rasch und entscheidend zu heben. Davon ist aber bisher noch nichts zu sehen, vielmehr hat die kurzsichtige Erwerbsgier mancher Gesellschaften unter Duldung der Regierungen neben eingeschleppten Krankheiten u. a. Ursachen vielfach geradezu noch eine Verminderung der Bevölkerung bewirkt (Kongo- oder Amazonasgebiet z. B.), wie denn überhaupt die wirtschaftliche Bedeutung der Volkszahl an sich und der Volksdichte in den Tropenländern vielfach noch nicht hinreichend berücksichtigt zu werden pflegt.

Wie aber die Rücksicht auf die Volkszahl bei wirtschaftspolitischen Überlegungen eine wichtige Rolle spielen muß, so auch die Rücksicht auf die Eignung der einheimischen oder eingewanderten Bevölkerung für die in Aussicht zu nehmenden Arbeiten. Nun sind die Unterschiede der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, wie des Arbeitswillens zwischen den einzelnen Völkern und Individuen so außerordentlich verschieden, daß in jedem einzelnen Lande nur ein gründlicher Kenner ein sicheres Urteil haben kann. Immerhin treten aber gewisse allgemeine Tatsachen deutlich hervor. So kann z. B. kein Zweifel darüber sein, daß keine Rasse den Negern an Eignung für heißes Tropenklima und an körperlicher Leistungsfähigkeit gleichkommt, indes die Indianer, aber auch viele malayische Stämme, dagegen sehr stark nachstehen. Man darf sogar wohl sagen, daß Plantagen- und Waldwirtschaft, sowie der Bau von Kanälen und Eisenbahnen in manchen amerikanischen Tropengebieten nicht in der stattgehabten Weise hätten durchgeführt werden können, wenn nicht ehedem Negersklaven nach diesem Kontinent gebracht worden wären. Auch von Chinesen eignet sich doch nur ein Teil für harte Arbeit im heißen Tropenland, indes die dunkelhäutigen südindischen Völker meist in jedem tropischen Klima sich gut bewähren.

Was die Intelligenz betrifft, so sind manche Völker vielleicht ungenügend ausgestattet, um für schwierigere Arbeiten der Industrie oder für besondere landwirtschaftliche Aufgaben (z. B. Beschneiden der Baumkulturen) durchweg Verwendung finden zu können; aber meistens trifft man unter den farbigen Bewohnern der Tropen intelligente Arbeiter in ausreichender Zahl, und ich habe z. B. manchen indianischen Maschinisten gekannt, der durch große Gewissenhaftigkeit nach einmal erworbener Routine doch seinen Posten zufriedenstellend ausfüllen konnte, obgleich er in Hinsicht der Intelligenz weit unter seinem europäischen Kollegen stand. Wenn mancher Unternehmer in den Tropen ein gar so abfälliges Urteil über die Leistungen der farbigen Arbeiter fällt, so liegt das häufig daran, daß er sich nicht die Mühe genommen hat, oder auch die Fähigkeit nicht besitzt, die Psyche des betreffenden Volkes zu verstehen und deren Eigenschaften für seine Zwecke nutzbar zu machen: d. h. die Leute richtig zu behandeln.

Von außerordentlicher Bedeutung ist auch der Kulturzustand der einheimischen Tropenbevölkerung: je niedriger er ist, desto geringer sind auch im allgemeinen die Kaufkraft und die wirtschaftliche Produktionskraft.

Das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung ist die Befriedigung der bestehenden Bedürfnisse. Diese sind bei primitiven Völkern sehr gering, so daß dieselben meist dem Idealzustand der Autarkie in ihrem Wohngebiet nahekommen. Aber mit wachsender Kultur und zunehmender Berührung mit anderen Völkern mehren sich auch die Bedürfnisse; um so geringer wird danach im Laufe der Zeit die Möglichkeit wirtschaftlicher Eigenversorgung auf dem heimatlichen Boden; der Güteraustausch mit dem Ausland steigt. Da die eingeführten Güter mit Landeserzeugnissen bezahlt werden müssen, das Ausland aber meist nur für bestimmte Arten derselben Bedarf hat, so rücken in den meisten Ländern bestimmte Landschaften und Höhenregionen als Haupterzeuger der Ausfuhrgüter in den Vordergrund. Sie bedeuten dann für unseren Standpunkt als Verbraucher dieser Güter, wie auch meistens für den Standpunkt der Finanzwirtschaft des betreffenden Staates,

dessen wirtschaftliches Schwergewicht. Wenn nun solche Gebiete gleichzeitig die bevölkertsten des Landes sind und die Volksdichte daselbst beträchtlich ist, so können die natürlichen Vorzüge dieser Landschaften in weitgehendem Maße ausgenutzt werden, ohne daß die Arbeiterbeschaffung besondere Schwierigkeiten machte. Wenn aber diese wirtschaftlich wichtigsten Gebiete ursprünglich sehr dünn oder gar nicht bevölkert waren, so pflegt die Heranziehung einer genügenden Unternehmer- und Arbeiterschaft mit Schwierigkeiten verknüpft zu sein, und zwar um so mehr, je weiter entfernt die reicheren Menschenreservoire liegen, je schlechter und seltener die Verbindungsmöglichkeiten sind und je mehr Klima und sonstige Lebensbedingungen abweichen. Im Fall großer geographischer Entfernung oder seltener Verbindungsmöglichkeiten werden dann oft jahrelange Arbeitskontrakte abgeschlossen und damit das Familienleben der Arbeiter schwer geschädigt, die Volksvermehrung wesentlich eingeschränkt, unter Umständen, wenn das Menschenreservoir verhältnismäßig klein ist (Südsee-Inseln!) eine Volksabnahme bewirkt und damit die Möglichkeit künftigen Arbeiterersatzes immer mehr geschmälert. Wo das Wohn- und das Arbeitsgebiet der Arbeiterschaft geringe klimatische Unterschiede aufweisen, da pflegen bei kurzer Arbeitsdauer nennenswerte Schäden nicht zu entstehen, wie z. B. die Hochlandsindianer von Guatemala oder Chiapas ihre mehrwöchentlichen bis mehrmonatlichen Arbeitskontrakte im mäßigwarmen Gebiet der Kaffeezonen meist ohne jede Schädigung aushalten, während oft schon ein kurzer Aufenthalt im tropischen Tiefland für Hochlandsbewohner sehr bedenklich ist und den Tod eines großen Bruchteiles der Arbeiter bedeutet, gleichviel, ob es sich um Indianer Amerikas, um Neger Afrikas oder Malayen Australasiens handelt, und die Folgen werden um so schlimmer, wenn zugleich noch die gesellschaftlichen Zustände in dem Arbeitsgebiet ungünstig sind.*) Dann geht man der Gefahr entgegen, allmählich das Reservoir ganz auszuschöpfen und schließlich die Betriebe selbst aus Arbeitermangel doch noch hinsiechen zu sehen, wenn es nicht glückt, klimagewohnte Arbeiter aus anderen Gegenden zu gewinnen. In unentwickelten Gebieten empfiehlt es sich daher dringend, vor Ausgestaltung des Wirtschaftsplanes vor allem die Arbeiterfrage in Betracht zu ziehen und möglichst wirtschaftliche Betätigungen ins Leben zu rufen, die keine Gefahren für die Eingeborenenbevölkerung in sich bergen; selbst dann, wenn sie zunächst minder einträglich sind, sollte man sie bevorzugen, denn — wir sehen hier von humanitären Gründen ganz ab! — das wertvollste Gut aller Tropenländer ist die einheimische Bevölkerung, besonders in den wärmeren Landesteilen, wo sie von Europäern nicht ersetzt werden kann.

Die Bewohner der Tropenländer, die bedeutende Erhebungen haben, pflegen den Besitz der vier produktiven Höhenregionen innerhalb der Grenzen ihrer Heimat als besonders wertvolles Aktivum anzuführen. Sie haben damit von ihrem Standpunkt aus zweifellos recht, denn dadurch sind sie der Möglichkeit der Selbstversorgung wenigstens hinsichtlich pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse nahegerückt: es kann dann die Landwirtschaft aller Zonen in ihrem Lande betrieben werden, selbst wenn dessen Fläche nur klein ist. Ein solches Land ist z. B. Guatemala, wo etwa ein Zehntel der Fläche europäische Landwirtschaft zuläßt. Wenn aber trotzdem noch große Mengen von Mehl**) und anderen Erzeugnissen der gemäßigten Zone eingeführt werden müssen, so kommt das teils davon her, daß sich die Landwirtschaft des Hochlandes nicht genügend auf das Ziel der Landesversorgung eingestellt hat, teils erklärt es sich aber auch aus der in jenen Gegenden herrschenden hohen Volksdichte und vor allem aus dem Mangel an guten Verbindungen von den Altos nach den übrigen Landesteilen: es ist vielfach einfacher und billiger, diese Produkte aus dem Auslande zu beziehen.

---

*) Vergleiche z. B. die erschütternden Schilderungen des Missionars van der Burgt über die Wanyamwesi in der „Kolonialen Rundschau" 1918 S. 705—728 und 1914 S. 24—27.

**) 1912 wurden in Guatemala 74000 Quintales Mehl vom Lande, aber 157000 vom Ausland verbraucht.

Aber auf alle Fälle sind solche Länder vor hochlandslosen Tropenländern bevorzugt, denn sie bedürfen bei europäischer Kultur gar mancher Einfuhrartikel nicht, die jene notwendig haben.

Für uns jedoch sind diese Länder mit anderen Augen anzusehen: für uns sind es Länder, die auf einem Teil ihres Gebiets (trotz aller mit der Breitenlage verbundenen Verschiedenheit des Klimas und der Beleuchtung) eine gleichartige Produktion haben wie unsere Heimat; sie treten also wenigstens teilweise mit uns in Wettbewerb und verkürzen unsere Ausfuhrmöglichkeiten, während sie von diesen Gebieten her — etwa mit Ausnahme von Mineralien oder Viehzuchtprodukten — auch unserer Einfuhr meist nichts Nennenswertes bieten können. Diese Inseln einer in der gemäßigten Zone heimischen Landwirtschaft wären also nicht nur mit ihrer Eigenfläche — in ähnlicher Weise wie die wirtschaftslosen Regionen der Hochgebirge — von der Fläche tropischer Wirtschaft abzuziehen, sondern es müßte zu dem noch ein mehr oder weniger breites Randgebiet, das sie mit ihren Erzeugnissen versorgen weggerechnet werden.

Anders steht es mit den mäßigwarmen und den heißen Tropengebieten: sie bieten uns land- und forstwirtschaftliche, ja sogar manche bergbauliche Erzeugnisse, die wir in der gemäßigten Zone nicht unmittelbar in der Natur gewinnen können; sie sind also für unsere Wirtschaft von besonderem Wert. Strecken dieser zwei unteren Regionen bringen die Hauptmasse der Ausfuhrgüter jener Länder hervor und spielen also als deren Hauptausfuhrflächen eine besondere Rolle im Staatshaushalt.

Soweit sie noch in der mäßigwarmen Region liegen, wie bei Kaffee-*), Tee-, Cinchonakultur, fällt es dem Europäer noch leicht, jahrelang an Ort und Stelle die Betriebe zu leiten, ohne seine Spannkraft zu verlieren; auch können Arbeiter vom Hochland ohne Gesundheitsschädigung herangeholt werden. Wo aber die sehr stark für Ausfuhr arbeitende Wirtschaftsfläche dem Tiefland angehört, da können Hochlandsarbeiter nicht mehr ohne wesentliche Schädigungen für sie Verwendung finden, und der Europäer braucht häufigen Erholungsurlaub, und zwar um so mehr, je feuchter das Klima ist, während er in trockenen und windigen Gebieten das Klima weit eher erträgt.

Für unseren Standpunkt als Verbraucher tropischer Erzeugnisse haben also die tatsächlichen oder zukunftsmöglichen Ausfuhrflächen des heißen oder mäßigwarmen Tropenlandes in erster Linie ein unmittelbares, wirtschaftliches Interesse, und da in diesen Gebieten nur klimagewohnte farbige Arbeiter möglich sind, so muß sich unsere Fürsorge auch in lebhaftester Weise diesen zuwenden, damit ihre Zahl und Leistungsfähigkeit mehr und mehr zunehme. Die tropischen Hochländer dagegen können uns zwar als europäische Siedelungsgebiete, auch als Viehzucht- oder Bergbaugebiete äußerst wertvoll werden; als Ackerbauflächen werden sie uns aber nur wenig für unsere Einfuhr bieten können, so wichtig sie auch im Haushalt der betreffenden Tropenländer selbst sein mögen.

*) Wo Kaffee im Tiefland gebaut wird, ist er minder wertvoll, sei es, daß Coffea arabica, wie in Ecuador und anderwärts, oder Coffea Liberica, wie in Liberia oder Holländisch-Indien, z. T. gebaut wird.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

en feindlichen Mächten hat ſich gerade zu Maianfang auch der Frühling geſellt, der hoffentlich bald wieder neutral wird, und in Berlin iſt es kalt wie in der Seele eines modernen Operetten-Librettiſten. Der einzige Ort mit erhöhter Temperatur iſt in dieſen Tagen der Plenarſaal des Abgeordnetenhauſes, in dem langſam und zögernd der Vorhang über dem alten Preußen fällt. Seit dem 1. Mai kann man in Wirklichkeit erblicken, was beſorgte Patrioten jetzt nächtlich in ihren Träumen ſchauen: die rote Fahne über Berlin wehend. Sie flattert blutrot vom Dach der ruſſiſchen Botſchaft Unter den Linden, in der Herr Joffe ſich jetzt an Milieu und Geſtus des Botſchafters eines großen Reiches zu gewöhnen ſucht. Ein ſonderbarer Anblick, das Revolutionsbanner auf dieſem Hauſe, in dieſer Straße, in dieſer Stadt, zu dieſer Zeit. Die längſten Leitartikel des „Acht-Uhr-Abendblattes", die in Fortſetzungen zu erſcheinen pflegen, wie ein Roman, wirken nicht ſo anregend auf den Denkapparat, wie dieſer Farbenfleck in dieſer von feierlichen Traditionen durchwehten Luft, die über den Palais' der Linden weht. Vor der Seele des nachdenklichen Beſchauers rollt ſich wie ein Film eine Reihe von Erinnerungen ab. Man denkt an die heilige Allianz, an die Sorgen des alten Kaiſers um die ruſſiſche Freundſchaft, an den Rückverſicherungsvertrag und Hammanns Enthüllungen darüber, an die noch nicht lange verfloſſenen Tage, da zwiſchen zwei hocharistokratiſchen Feſtlichkeiten im nunmehrigen Amtsſitz des Herrn Joffe der plötzlich abgeſägte ruſſiſche Militärattaché Oberſt Baſaroff ſeine Spionagegeſchäfte betrieb. Die Ideenaſſoziation leitet über zur Zerſtörung der architektoniſchen Schöpfung Peter Behrens' in Petersburg und zu dem, was darauf folgte, und was ſo viel und ſo ungeheuer iſt, daß es von Hirn und Seele nicht mehr als ein Ganzes erfaßt werden kann, und die Erinnerung es nur bruchſtückweiſe zu beleben vermag. Man denkt an die Wandlungen, die den Adler von der Fahnenſtange des Hauſes Unter den Linden entfernt und die rote Fahne haben hinaufſteigen laſſen, und während man einſt und jetzt vergleicht, bricht wie ein Sturzbach das Bewußtſein über einen herein, daß ſeit vier Jahren eine Welt in Trümmer fällt, aufgerichtet aus Gedanken, Überlieferungen, Staatseinrichtungen und politiſcher Arbeit, und aus Städten und Dörfern, Feſtungen und Ländern. Und man verliert den Atem. Ein Glück, daß man an der nächſten Litfaßſäule lieſt, daß die „Familie Hannemann" zum erſten Male und das „Dreimäderlhaus" zum achthundertſten Male aufgeführt wird. Länder werden verwüſtet, Tauſende ſterben täglich den blutigſten Tod, Millionen Menſchenſeelen zerreißt das Leid, aber die „Familie Hannemann" wird zum erſten Male und das „Dreimäderlhaus" zum achthundertſten Male aufgeführt, und ähnliche Erſtaufführungen und Wiederholungen füllen in allen europäiſchen Städten, außer den ganz zuſammengeſchoſſenen, die Theater. Kein Schmerzensſchrei ertönt, den nicht ein quietſchendes Gelächter und das mtata-mtata-Gedudel eines Orcheſters begleitet. Blut fließt in Strömen und Theater-Lachtränen in Bächen. In Wien ſtehlen begeiſterte Verehrerinnen Herrn Moiſſi einen Hut nach dem anderen, und wenn ein Tenor oder Bariton in der Philharmonie ſingt, ſuchen die entzückten Mänaden von Berlin W., dieſen Orpheus zu zerreißen. Theaterdirektoren und Kinobeſitzer können ihre Geldſchränke nicht ſchnell genug vergrößern, und die Reihe der Wartenden vor den Billetſchaltern der Theater ſind länger, als die vor den Schokoladenläden. So bleiben die Menſchen dieſelben, während die Welt ſich wandelt, kein Umſturz ſtürzt das Beharrlichſte um, den Hedonismus, der nun doch einmal in 99⁸/₉ Prozent der Menſchen ſteckt. Man ſoll nach dem Wort des Philoſophen die Welt nicht belachen und nicht beweinen, ſondern begreifen, und man muß begreifen, daß alles immer nebeneinander hergeht. Zum Beiſpiel: Herr Meyer, der ein energiſcher Schieber iſt, macht, ſolange

er noch den Rock des Bürgers trägt, Geschäfte mit dem Gewinn, der seiner Gerissenheit entspricht und infolgedessen empörend hoch ist. Dieser Herr Meyer wird zu seiner Überraschung, denn er hatte auf weitere Reklamation gerechnet, eingezogen. Ist es ausgeschlossen, daß er ein tüchtiger Soldat wird und sich das Eiserne Kreuz ehrlich verdient? Kommt es nicht vor, daß ein tüchtiger Soldat etwa in Rußland die Gelegenheit beim Schopfe faßt, unversehens vom Helden zum Händler wird und während er bisher fleißig Granaten zum Feind hinübersandte, mit dem, der nicht mehr Feind ist, ein Bombengeschäft macht? Kann nicht ein Mann den Tag über musterhaft und ohne Murren, ja als leuchtendes Vorbild, arbeiten und durchhalten und alle schweren Pflichten der Zeit hingebend erfüllen und abends im Weinrestaurant „hintenrum" alle zehn Gebote der Kriegsernährung und der Mäßigkeit übertreten? Geht nicht alles in uns nebeneinander her, Held und Händler, tapferer Patriot und in einer üblen Laune gefährlicher Miesmacher, gemeinschädlicher Übertreter der das Durchhalten ermöglichenden Verordnungen und politischer oder parlamentarischer, amtlicher oder schriftstellerischer Mitschöpfer neuen gesetzgeberischen Kriegszwanges? Es geht alles nebeneinander her. Darum sind die auf dem Holzwege, die nur der Gedanke aufrecht hält, daß dieser Krieg der letzte sein müsse und werde und daß danach der Modus gefunden werde, der künftigen Appell an die grauenhafte Technik der Zerstörung unnötig und unmöglich mache. Und ebenso gehen die irre, die kein Heil mehr kennen, außer der Gewalt, die sich einen Zustand friedlichen Austausches zwischen den jetzt kämpfenden Staaten nicht vorstellen können und denen das Europa der Zukunft nur noch als ein waffenstarrendes Kriegslager erscheint. Weder die nackte Gewalt, noch die Verbrüderung, die noch niemals auf Erden war, werden diesem Kriege folgen, sondern ein Mittelding und Mittelmaß, hinausprojiziert ins Politische aus dem Wesen der Menschen und der Völker — denn die Völker bestehen bekanntlich aus Menschen — in dem nebeneinander hergeht, was uns in bewegten Zeiten so unvereinbar scheint. Der Mensch war, ist und wird weder Engel noch Bestie. Immer behalten die Mittelparteien auf die Dauer recht, immer kehrt die Entwicklung zu der mittleren Linie zurück und unter „Entwicklung" dürfen wir nichts verstehen, das aufwärts und nichts, das abwärts führt. Immer werden, während Helden schweigend dulden, siegen und sterben, den Moissis die Hüte gestohlen und Gesetze übertreten, nie ertönt ein Schmerzensschrei, den nicht aus einem anderen Winkel das Quietschen der gedankenlosen Heiterkeit begleitet, immer gibt's Leute, die zu sterben wissen, immer Leute, die um jeden Preis leben wollen, immer gibt's genug Helden, daß die großen geschichtlichen Wendungen herbeigeführt werden, immer soviel Selbstsüchtlinge, daß der Pessimismus nicht auszusterben braucht. Immer kann das Wort auf die Erscheinungen des Lebens angewandt werden, das der Soldat sprach, dem jemand ein Glas Bier oder ein Glas Wein anbot, „Das eine schließt das andere keineswegs aus". Wir werden das gleiche Wahlrecht in Preußen bekommen und Preußen wird der starke Staat bleiben. Wir werden vom geheimrätlichen Staatssozialismus eine tüchtige Portion bekommen und den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird die freie Arbeit deutscher Erfindungskraft und Anpassungsfähigkeit leisten. Die gigantische Übergaunerei, die von der Gunst der Zeit ermöglicht wurde, wird sich von selbst auf das im Frieden gewohnte nützliche und anregende Maß von gaunerischem Einschlag in einem Leben und Treiben reduzieren, das die Wertschätzung des Strafgesetzbuches im allgemeinen ehrlich und anständig erhält. Wir werden die Welt nicht beherrschen, aber vor künftigen Versuchen, uns zusammenzudrücken, wird das Gespenst eines sehr großen und sehr schmerzlichen Risikos auftauchen. Die demokratische Entwicklung ist da und wird weitergehen, aber nie wird, wenn er unter uns bleibt, Theodor Wolff in sein politisches Paradies eintreten. Und — die Reformen, die jetzt in allen Schreibstuben ausgebrütet und in tausend Zeitungsartikeln angekündigt werden, werden unser Leben viel weniger umgestalten, als die Reformer annehmen. Eine der interessantesten geistigen Kriegserscheinungen ist die allgemeine Überzeugung, daß alles „anders" werden müsse. Wir leben in der Zeit einer geistigen Völker-

wanderung. Haben Sie schon bemerkt, wieviel Leute heute ihren Posten wechseln? Der tritt in ein Amt ein und wird, was er nie geahnt hätte, Geheimrat, jener zieht eine Offiziersuniform aus und wird Direktor eines Unternehmens. Hier wird ein vortragender Rat Leiter einer Aktiengesellschaft, dort ein Mann aus dem Wirtschaftsleben Regierungsbeamter. Eine fieberhafte Unruhe ist über alle Berufstätigen gekommen, wer im Frieden ruhig auf seinem Platz geblieben wäre, den lockt jetzt jede Möglichkeit einer Veränderung. Jede Stunde gebiert einen umwälzenden Reformvorschlag. Jeder bessergekleidete Herr sinnt nach über die Neugestaltung irgendeines Zweiges unseres öffentlichen Lebens. Wer von uns hat nicht seinen Aufsatz über die Neugestaltung unseres diplomatischen Dienstes geschrieben? Wer, und sei er Gymnasialoberlehrer in einem Städtchen des Erzgebirges, hat nicht seine Arbeit geliefert über die Verbesserung des Auslandsdienstes der deutschen Presse? Dem großen Rathenau, der als geistreichster Staats- und Gesellschaftsarchitekt seinen Neubau des künftigen Deutschlands schon bis zum Dachstock fertig hat, gesellen sich unzählige kleine Rathenaus, die wenigstens ein Zimmer im Neubau frisch und natürlich viel schöner und besser als bisher ausgestattet haben. Man sieht ihn schon vor sich, den Diplomaten der Zukunft: eine wohlgelungene Mischung von Talleyrand, Krupp, Ballin, Sherlock Holmes, Oskar Tietz und Georg Bernhard, hervorgegangen aus dem unverbrauchten Volke, ausgerüstet mit der Eleganz eines Filmschauspielers, den Manieren eines Großherzogs und kenntnisreich wie ein Konversationslexikon. Man sieht im Geiste schon unsere zukünftige wirtschaftliche Tätigkeit, geleistet von Arbeitern mit Hochschulbildung, ausgewählt nach den bewährtesten Grundsätzen der Experimentalpsychologie, in einem Arbeitstag an den Wundermaschinen der Zukunft pro Mann mehr Erzeugnisse herstellen, als früher eine Fabrik in einer Woche. Man durchwandert im Geist die Straßen, in denen die unökonomischen kleinen Läden der Friedenszeit staatlich beaufsichtigten Verteilungszentralen Platz gemacht haben, in denen unter Leitung staatlich geprüfter Geschmacksspezialisten das Publikum diejenigen Waren kauft, deren Erwerbung ihm als zweckmäßig und unser Wirtschaftsleben fördernd vorgeschrieben ist. Auf je zehn Gemeindeschulen kommt eine Genieschule — aber es wird nicht so kommen, sondern mit den andern Aufregungen der Zeit wird sich auch die aufgeregte Reformsucht dämpfen, und wir werden Gott sei Dank auch künftig Fehler und Dummheiten machen können und unvollkommene Menschen mit unvollkommenen Einrichtungen bleiben. Unvollkommene Diplomaten werden von unvollkommenen Zeitungsschreibern weiterhin belehrt werden, wie sie es machen müssen, und ein immer noch nicht vollkommener Reichstag wird zu allem seinen Senf geben. Und immer wird das Wertvolle von Persönlichkeiten gemacht werden, die selten bleiben, und so wird der Menschheitskarren niemals ohne Stoßen über den nie zu glättenden Boden weiter rumpeln. Und immer werden schlechte Operetten Musik dazu machen.

Ihr

Nemo

Das Wahlrechtsproblem nach der zweiten Lesung

Vor vierzehn Tagen wurde an dieser Stelle auf die Möglichkeit eines Ausgleichs in der Wahlrechtsfrage hingewiesen. Die Dinge haben auch durch die zweite Lesung kein anderes Gesicht gewonnen, obwohl die Geister hart aufeinander platzten und scheinbar die für deutsche Parteien herkömmlichen „Weltanschauungs"-Unterschiede klafften. Im Gegenteil: die Mehrheit, die sich für das konservative Pluralrecht und gegen das gleiche entschied, ist so bedeutend und hat aus den Reihen der Nationalliberalen und namentlich auch des Zentrums solch unerwarteten Zuzug

erhalten, daß die Regierung diesem Umstande Rechnung tragen muß und bei aller Loyalität gegenüber ihrem Programm doch auf einen Kompromiß in Ehren bedacht sein kann. Sie wird sich hoffentlich dabei durch das Geschrei der „Reform"-Presse über Umfall und Inkonsequenz nicht irre machen lassen, als wenn in dem Begriffe Kompromiß schon etwas Anrüchiges oder „Unwürdiges"*) läge. Auch der berühmte „Mittelweg", den man doch den „goldenen" zu nennen pflegt, beruht auf einem Kompromiß. „Anrüchig" sind vielmehr zurzeit gerade die einseitigen Lösungen rechts und links von diesem Mittelwege, indem sich die Wahlrechtsfreunde an dem „plutokratischen", ihre Gegner an dem „gleichen" Rechte stoßen. Es gilt diese gewissermaßen elektrisch geladenen Kampfbegriffe zu eliminieren, um dadurch die Spannung zu beseitigen.

Dabei liegt das Entwicklungsmoment zunächst in dem Ausbau der „Sicherungen", was das Zentrum von vornherein als wesentlichen Bestandteil seines Programms vertreten hat. Es scheint einzutreffen, was die „Kölnische Volkszeitung" (wir machten auf ihren Artikel besonders aufmerksam) seinerzeit voraussagte.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums behielt die endgültige Stellungnahme der Regierung bis zur dritten Lesung vor, denn es könne zwischen der zweiten und dritten Lesung doch wohl eine Verständigung möglich sein. Und der Ministerpräsident erklärte, die Regierung müsse zwar „grundsätzlich" am gleichen Wahlrecht festhalten, wohl aber sei es möglich, „gewisse Sicherungen vorzunehmen, um die befürchteten, allzu weit gehenden radikalen Folgen, die aus dem gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu beseitigen".

Die „in Vorbereitung befindlichen" Anträge dieses Inhalts, auf die Graf Hertling hinwies, sind inzwischen von seiner Partei im Plenum des Abgeordnetenhauses eingebracht worden. Es handelt sich dabei um folgende sechs Kautelen: 1. Die Abgrenzung der Wahlbezirke oder die Verteilung der Abgeordneten auf sie kann nur durch Gesetz geändert werden, wobei eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln in jeder Kammer erforderlich ist. 2. Die der evangelischen und römisch-katholischen Kirche zustehenden Befugnisse und Einkünfte werden dauernd aufrechterhalten. 3. Beide Kirchen bleiben im Besitz ihrer Anstalten, Stiftungen, Fonds und staatlichen Zuschüsse.**) 4. Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule wird gewährleistet. 5. Gemeinsame Abstimmung beider Kammern in vereinigter Sitzung bei strittiger Meinung über einen Posten des Staatshaushalts. 6. Abänderung der Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung, jedoch nur durch Zweidrittelmehrheit, sofern es sich um Titel II „Von den Rechten der Preußen" handelt. Der letzte (ebenso wie der erste) Punkt ist notwendig, weil, wie die „Germania" erläuternd hervorhebt, die bei Verfassungsänderungen vorgeschriebene, gewöhnliche, absolute Mehrheit nicht genügt, „um in politisch bewegten Zeiten die Stetigkeit der Verfassungsgrundlagen sicherzustellen".

Beiläufig: man gedenkt des Wortes „Rußland und die Kirche können warten" angesichts der glänzend operierenden Taktik des Zentrums. Zunächst hielt es sich vorsichtig zurück, obwohl, was gewöhnlich vergessen wird, schon bei der ersten Lesung die Ellbogenfreiheit seiner Mitglieder sichergestellt wurde.***) In der Kommission ließ man die Nationalliberalen bei der Abstimmung über den konservativen Pluralwahlrechtsantrag „verbluten" und konnte sich auch in zweiter Lesung den Luxus populärer Abstimmung leisten (vgl. Heft 16, S. 78). Jetzt ist für die Partei allmählich ihre Zeit gekommen, die Trümpfe auszuspielen, und das „Berliner Tageblatt" hat mit seiner Bemerkung ganz recht, daß nunmehr das „in den Sattel gehobene" Zentrum versuchen könne, die Sicherungen mit der Rechten und den halben Nationalliberalen, das Wahlrecht mit der Linken und der anderen Hälfte der Nationalliberalen in das Gesetz hereinzubringen. Es ist zum Zünglein an der Wage geworden.

*) „Vorwärts" Nr. 125.

**) Noch nicht endgültige Fassung!

***) Daran erinnerte der Abgeordnete Porsch in der zweiten Lesung.

Zu obigen Sicherungen fügten die Freikonservativen noch die Bedingung einer Zweidrittelmehrheit bei Änderungen des Gemeindewahlrechtes und die Nationalliberalen die inzwischen abgelehnte Forderung der Verhältniswahl für Berlin, den westlichen Industriebezirk und die gemischtsprachigen Kreise des Ostens.

Daß die Linke über diese Zumutungen Ach und Weh schreien würde, war vorauszusehen. Das „Berliner Tageblatt" sieht in dem vom Ministerpräsidenten angedeuteten Kompromiß letzten Endes die Entwertung des gleichen Wahlrechtes zu einem „parlamentarischen Dekorationsstück"; die bisherigen Einschränkungen, als da sind: berufsständische Zusammensetzung des Herrenhauses, Erweiterung seines Etatsrechtes, sowie die erschwerenden Vorbedingungen für die Ausübung der Wahl zum Abgeordnetenhause habe man allenfalls noch hinnehmen können, um des großen Zieles willen; kämen aber nun „noch weitere Sicherungen etwa im Sinne des Zentrums", dann „könne die Linke nicht mehr mit", dann müßte sie einen solchen Tauschhandel entschieden abweisen. „Ohnmacht des Parlaments", „Scheindasein" usw. . . . Diesen Ton kennen wir. Man erinnert sich verständnisvoll der Szene in „Soll und Haben" zwischen Fink und dem Händler Tinkeles. Auch die Politik ist ein Geschäft!

Ernstere Folgerungen sind aus der Stellungnahme des „Vorwärts" zu ziehen, der unter der Spitzmarke vom „Unfug der Sicherungen" nicht etwa eine Schwächung der parlamentarischen Macht beklagt, sondern im Gegenteil die schärfste Radikalisierung des öffentlichen Lebens voraussagt, wenn jener „Unfug" gesetzlich geschützt würde. „Das System der Sicherungen zwingt das Abgeordnetenhaus zum sofortigen Kampf um das parlamentarische System"; je fester der Mehrheit der Zugriff zur Gesetzgebung gesperrt sei, desto sicherer würde sie den Kampf um die Verwaltung aufnehmen. Und weiter: die zweite mit Bestimmtheit vorauszusehende Folge sei eine Stärkung der Reichsgesetzgebung, denn es läge in der Natur der Sache, daß sich die Landtagsmehrheit, wo sie durch „Sicherungen" gehemmt wird, an ihren großen Bruder, die Reichstagsmehrheit wenden werde. Drohend angekündigtes Exempel: ein Reichsschulgesetz. Es ist der Appell an die Reichsgewalt, den die unitarisch gerichtete „Demokratie" von jeher als ungesetzliches Rechtsmittel bei der Hand hat.

Daraufhin kann man zunächst mit der „Kreuzzeitung" fragen: wozu der Lärm, wenn auf diese Weise die schönsten Früchte der demokratischen Träume reifen? Dann aber liegt der Gedanke nahe: nun gut, wenn die „Sicherungen" so wenig ihren Zweck erfüllen, müssen eben noch stärkere Geister beschworen werden, die womöglich jene Landtagsmehrheit ausschließen, wenigstens in einer die Ziele des „Vorwärts" verfolgenden Zusammensetzung.

Zu gleichem Ergebnis führt aber auch die, an den Anfang gestellte Überlegung, daß alle Zeiger einer gedeihlichen Entwicklung unseres Problems auf die Politik des „juste milieu" weisen. Gleiches Wahlrecht und plutokratisches Wahlrecht scheinen zunächst unversöhnliche Gegensätze im Sinne des Entweder—Oder. Aber vielleicht gibt es doch eine Versöhnung des Sowohl—Alsauch!

Graf Hertling betonte, das plutokratische Wahlrecht sei entweder unwirksam, oder, weil zu große Beschränkungen einführend, unanwendbar. Wie gesagt, man müßte das ominöse Wort ganz aus dem Spiel lassen.

Der jetzt zurückgetretene Abgeordnete Frhr. von Zedlitz, der wirklich oft ein parlamentarischer „Führer" war, hat schon in der ersten Plenarlesung einen unseres Erachtens sehr bemerkenswerten Vorschlag gemacht. Er sprach damals von einer „auf breiter Grundlage aufgebauten, volkstümlichen, aber neben dem gleichen Wahlrecht durch sachgemäße Mehrstimmen ergänzenden Wahlordnung*), also von einer Art Kombination von gleichem und Pluralwahlrecht. Er hat jüngst seinen Standpunkt noch deutlicher und zugleich den Wahlrechtsfreunden entgegenkommender präzisiert in einem, „Verständigung" überschriebenen, Artikel des Roten „Tag", wo es heißt: „Es müßte also ein Weg gefunden werden

*) „Sitzungsberichte" Sp. 6703.

zu einem Wahlrecht, das ohne die Form des gleichen Wahlrechtes dessen wesentliche Merkmale aufwiese".

Der Spielraum, innerhalb dessen die neue Form zu suchen ist, wird nachgerade durch die bisherigen offiziellen Erklärungen von Regierung und Parlament genau umschrieben. Sie muß liegen jenseits des letzten „Zweistimmen"-Antrages des Abgeordneten Dr. Lohmann, den ja der Ministerpräsident wegen seines mehr oder weniger verschleiert „plutokratischen" Charakters als unannehmbar abgelehnt hat. Dagegen wiederum diesseits der Mindestforderung der Wahlrechtsgegner, die ein unverschleiert gleiches Wahlrecht ebensowenig diskutierbar finden.

Frhr. von Zedlitz findet nun das entscheidende, für beide Teile mögliche Merkmal der neuen Form in der Seßhaftigkeit, bei der weder von plutokratischen Rücksichten noch von einer Abhängigkeit des Wählers von einem dritten (wie vielleicht beim Antrage Lohmann) die Rede sein könne. „Für die Erlangung der zweiten Stimme bestände völlige Gleichheit des Rechtes für alle Wähler."*) Bei einer zweiten Stimme bei zehnjähriger Seßhaftigkeit z. B. würde, abgesehen von dem sachlichen Wert der Seßhaftigkeitsstimme, auf der Seite der Mehrheit voraussichtlich vielfach der Bann gebrochen und der vernünftigen politischen Erwägung wieder Eingang geschafft sein. Aber auch die Anhänger des gleichen Wahlrechtes könnten sich damit abfinden; in der Hauptsache bliebe das Wahlrecht doch gleich, wie ja auch in England eine zweite Stimme solcher Art mit dem Grundsatz des gleichen Wahlrechtes für wohl vereinbar erachtet wird.

Von der Regierung meint Frhr. von Zedlitz, daß sie es schließlich doch schwer verantworten könne, der Krone lediglich um dieses einen Punktes willen die Ablehnung eines im übrigen für sie durchaus annehmbaren Kompromisses, durch das schwere Erschütterungen zu vermeiden wären, zu empfehlen. Das gleiche möchten wir von der Linken erwarten, wenn anders sie nicht die von ihr den Konservativen zum Vorwurf gemachte Starrköpfigkeit und Prinzipienreiterei selber in höchstem Maße zur Schau tragen will.**) Sie sollte nicht vergessen, daß auch so der Schritt des Entgegenkommens von seiten der Wahlrechtsgegner ein weit größerer ist als der, den sie selbst mit ihrer Konzession zurückzulegen hat, wenn man die Vergangenheit mit der Zukunft vergleicht.

Ob diese Zukunft sich unter den vorstehend skizzierten Bedingungen so gestalten wird, wie wir es unserem Vaterlande wünschen, bleibt eine offene Frage. Schweren Herzens bekennen sich die „Grenzboten" zu der neuen Wendung der Dinge, insbesondere, wenn sie an unsere Ostmarken denken, denen auch der leichtere Schutz durch ein Proportionalwahlrecht (zunächst!) genommen worden ist, obwohl selbst der optimistische Reformminister Drews dafür eine Lanze brach und andererseits bezeugte, daß die preußischen Polen die Voraussetzung seiner polenfreundlichen Politik, ein größeres Verständnis für den preußischen Staat, nicht erfüllt hätten! Viel zu sehr wird bei uns zu Lande die polnische Frage als bloßes Grenzproblem angesehen, als eine oberflächliche Faszienerkrankung unseres Staatskörpers, die edle, innere Teile nicht berührt. Ein verhängnisvoller Irrtum! Man sollte bei uns die polnische Frage auch an der Hand der ausländischen, beispielsweise französischen Presse, die sich sehr eifrig mit den Pilsudski und Genossen, den amerikanischen Polen usw. beschäftigt, studieren, um einen Maßstab zu erhalten für die Wünsche und Ziele jener Bewegung!

*) Ähnlich schreibt anscheinend Friedberg in der „Nationalliberalen Korrespondenz": „Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, in den Rahmen der Regierungsvorlage auch ein oder zwei Mehrstimmen einzufügen, die nicht an Besitz- oder Einkommensunterschiede gebunden sind, sondern unterschiedslos jedem Wähler unter den gleichen Bedingungen zugute kommen." Man könnte dabei an Altersstimmen und solche für die gesamte Beamtenschaft denken, was für den erstrebten Zweck wohl zu Buch schlagen würde.

**) Theodor Wolff spielt allerdings schon kaltblütig mit dem Gedanken, das Reformministerium zu stürzen, wenn es ein Wahlrecht „mit doppeltem Boden" bescheren sollte! Desgleichen der „Vorwärts" (Nr. 125), indem er die „Schuld" natürlich den Konservativen in die Schuhe schiebt.

Trotzdem glauben wir in Übereinstimmung zu früher Gesagtem das gleiche Wahlrecht in seinen Grundzügen als eine politische Notwendigkeit anerkennen zu müssen. Zu sehr drückt die Not der Stunde, und der organische Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik läßt sich ohne schwere Störungen des staatlichen Organismus nicht unterbinden. Ja noch in einem weiteren Kreise pulsiert ein einheitliches Leben, von dessen Gesetzen und Strömungen sich der einzelne Staat auf die Dauer nicht ausschließen kann. Die europäische Staatenfamilie, obwohl im furchtbarsten Bruderkampfe begriffen, wird sich doch einst wieder ihrer Gemeinsamkeit erinnern und die Tafeln ihrer Hausordnung aufs neue errichten. Und da frommt keinem ihrer Glieder die allzu schroffe Isolierung. Wir wollen den Schmähern im In- und Auslande nicht das Wasser auf ihre Mühlen leiten, Preußen als Hort der Reaktion, als fossiles Verfassungswesen zu bezeichnen, nachdem nun auch England seine Wahlreform durchgeführt hat und das Ungarn Tiszas auf dem besten Wege ist, ihm zu folgen! Von Dänemark, Norwegen und Holland zu schweigen.

Gleich weit entfernt bleiben wir allerdings auch jener Stimmung, die aus Massenhypnose geboren, ohne Bedingungen kapituliert. Über diese psychologische Erscheinung unserer Zeit hat der bekannte Arzt Dr. Moll kürzlich interessante Mitteilungen gemacht. Seine Beispiele wählte er vornehmlich aus dem Gebiete der äußeren Politik. (Englands Kampf für die kleineren Völker, Schmähungen französischer Intelligenz gegen Deutschland, ethnisches Selbstbestimmungsrecht usw.) Er wies aber auch auf die suggestive Wirkung innerpolitischer Schlagworte, wie Demokratie, Freiheit und Gleichheit, hin.

Unter den Rednern der zweiten Lesung treten zwei Individualitäten hervor: der Nationalliberale Dr. Lohmann und der Freikonservative von Kardorff. Beide von ihren Parteien mehr oder weniger im Stich gelassen, der eine, weil er gegen, der andere, weil er für das gleiche Wahlrecht ist. Auch von Kardorff ein „unbedingter grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechtes“ und schließlich den Lohmannschen Zweistimmenantrag unterstützend. Im Prinzipiellen und in der formalen Abstimmung also beide in Übereinstimmung und doch, welch Unterschied der politischen Haltung. Den einen erdrückt die Last der Verantwortung; unter der Massenhypnose des gleichen Wahlrechtes bangt er für die Zukunft der konservativen Parteien, sieht er das Ende des monarchischen Preußens heraufdämmern, wenn das Juliversprechen nicht eingelöst wird. Der andere, obwohl man auch bei ihm die innere Erregung durchklingen hört, trotz aller Anfechtung und Mißdeutung, trotz ernster politischer Verwicklungen sogar, mit denen er rechnen muß, doch mit dem Bekenntnis auf der Stirn: Hier stehe ich; ich kann nicht anders. Und wenn wir werten und wählen sollen zwischen den beiden Männern, so gebührt ihm der Preis. Wir schätzen Lohmanns Standpunkt, wie er ihn in der „Täglichen Rundschau“ noch einmal vor Beginn der Debatten eindringlich zusammenfaßte, hoch ein, auch wenn wir selbst vielleicht einen Schritt hinter ihm zurückbleiben, weil wir die Elastizitätsgrenze bei dem Problem nicht ganz so weit vorrücken möchten.

Jedenfalls und noch einmal: nur tendenziöse Parteitaktik und unersättlich gewordene Demagogie kann in dem Willen zum Kompromiß, an dem zurzeit ernste, verantwortungsbewußte Kreise arbeiten, ein Arg finden!

Ein Drama des Weltkrieges

Von Professor Dr. Walther Janell

Während wir Deutschen den gewaltigsten Kampf der Weltgeschichte tragieren und alle Kräfte angespannt sind, ihn zu gewinnen, finden wir noch die Zeit, die gewaltige Tragödie dieses Krieges zu schreiben. Hatte bisher die Kriegsdichtung in Lyrik und Epos ihren stärksten Ausdruck gefunden, so tritt den besten Leistungen auf diesen Gebieten nun ebenbürtig zur Seite das Kriegsdrama, das ist „Die Flotte“ von Hermann Reich (München 1918, Beck). Und doch ist die Flotte nicht eigentlich ein Kriegsdrama: konzipiert, wie ich weiß, längst vorher, hat sie nur bei ihrem allmählichen Entstehen sich erfüllen müssen mit dem Geiste, der diese Zeit durchweht; nicht in aufdringlicher Absicht, fast unbewußt, läßt Reich das gewaltige Geschehen unserer Zeit durch seine Szenen schreiten.

Der Stoff der Tragödie ist dem griechischen Altertum entnommen, das sich so von neuem als lebendig erweist, ihr Held ist Themistokles, der Schöpfer der attischen Flotte; doch zugleich meint Reich die deutsche Flotte und ihre Schöpfer. In das schicksalsschwere Jahr 480 vor Christi Geburt werden wir geführt, zunächst nach Athen, dessen Bevölkerung angstvoll auf Kunde von den Kämpfen an der Landesgrenze im Norden lauscht. Die Thermopylenschlacht wird gemeldet, das Zurückgehen auch der Flotte vor „ungeheurer Übermacht“, und Verzagtheit schleicht ins Herz der Bürger. Doch als starker Helfer erscheint Themistokles, der Admiral; mit neuem Mut erfüllt sein hohes Wort das Volk: „Die Not ist groß, der Feind ist übermütig, weil er die ganze Welt hat aufgeboten gegen euch und alle Macht und alles Gold der Erde. Daß ihr so viele Feinde habt, sei eure Ehr und höchste Zuversicht. Ihr Prahlen ist umsonst. Nicht fürchtet sie und ihre toten Götzen ... Gewaltiger als die Millionen Sklaven, die er aus aller Welt heranschleppt gegen euch, ist unseres Vaterlandes Geist und Seele.“ Zwar muß Athen aufgegeben werden, aber Salamis bringt die Rettung, die Schlacht, zu der Xerxes durch Themistokles listig getrieben wird — damit schließt der zweite Akt. Schon aber schürzt sich der tragische Knoten: von kurzsichtigen Parteipolitikern und Demagogen des Verrates bezichtigt, muß Themistokles, selbst an dem Segen seiner Tat zweifelnd, aus Athen weichen; das Volk weiß nicht, daß dieser Mann sein wertvollstes nationales Haben ist, um dessen Führerschaft gegen zähes Widerstreben die Besten Jahr und Tag gerungen. Er geht zu Xerxes. Dieser glaubt ihm und überantwortet ihm die athenischen Gesandten Äschines und Krokodeilos, welche die Auslieferung des Themistokles verlangen, als seine Sklaven — das ist der dritte Akt.

Themistokles aber wird von dem Gedanken an sein Werk, das er hat unvollendet lassen müssen, gequält: „Ich hätte neue Himmel, neue Erden schaffen können, mir glüht das Herz von Träumen, Plänen, Möglichkeiten — umsonst. Wo ist mein Werk? Wo meine Flotte?“ Wirken muß er und kann doch das riesengroße Werk, das Xerxes ihm überträgt, die Bezwingung Griechenlands, nicht tun, er kann als Grieche nicht gegen Griechen ziehen und muß sich selbst zerstören, um das Vaterland zu retten. Das wird ihm klar und steht ihm fest in den Gesprächen mit seiner Gattin Milto und dem blindgewordenen Äschines, den er heimsendet: „Bring als mein Bote meine letzten Grüße nach Athen und mahne mein Volk. Es soll bedenken, daß in dieser harten Welt nur harter Wille sich behauptet, das Schwert des Geistes und der Macht. Sie sollen meiner Flotte nicht vergessen und die heilige Akropolis erbauen, so hoch sie ragen mag. Ich schaff euch Raum, noch habt ihr Zeit für ewige Werke, die leuchten sollen durch der Zeiten Dunkel mit des Himmels Glanz. Und wenn dann Hellas doch dereinst vergeht an seinem Neid und seiner zügellosen Freiheit, kommt nach Jahrtausenden ein Brudervolk herauf und findet noch die letzten Säulen der heiligen Akropolis, Wegweiser auf dem Pfad zur Höhe, und nach dem Gipfel weitersteigend begegnet ihm der neue Mensch,

der Herr der Erde." In dieser Gewißheit verläßt er das Leben, und hin sinkt Xerxes großer Plan: „Ich füge mich der überirdischen Willen! — König von Tyrus, rüste die Flotte ab, sie mag im Hafen faulen, ihr großer Admiral ist tot; Chiliarch, entlaß das Heer, ich gebe Frieden." —

Drei Szenen von besonderer Bedeutung und Wirkung will ich noch hervorheben: Themistokles und Xerxes vor Salamis, wo Themistokles um des Königs Seele ringt und sie gewinnt für immer: „Mein Freund, mein Freund, du einziger, vor dem sich meine Seele neigte, um Liebe warb", ruft Xerxes an der Bahre. — Themistokles mit Aschines in Babylon, mit dem er ringt um seines Volkes Seele: „Ich Narr, ich böser Narr! Ich war bestimmt, dir Freund zu sein und Bruder. Ich hätt' dir folgen müssen als dem König meiner Seele zu Gipfeln, deren Höh' ich schwindelnd ahne ... Ich will bekennen meine Schuld vor allem Volke ... Sie sollen mich strafen, mich zerreißen, und weinen wird das Volk vor Reu und Leid."

Endlich Themistokles und Xerxes vor dem Ende, wie Themistokles ringt um die eigene Seele: „Der Herr befiehlt, dann muß der Knecht gehorchen. Wohl, ich gedenke meines Schwurs, treu bis zum Tode. Ich zieh' hinunter in das Land, in das dein Wille mich entsendet, hinab nach Sonnenuntergang." — Wundervoll wie die Charakteristik vor allem dieser drei Männer ist auch die Sprache: ein kraftvoller Rhythmus schwingt durch das ganze Werk; wir haben hier eine Prosa, die bester Poesie sich gleichstellt. Erstaunlich, wie diese Höhe der Sprache, das edle Pathos durchgehalten werden kann und wie die Sprache so ganz entspricht der gewaltigen prophetischen Kraft, die das Drama durchdringt: Aschyleische Tiefe und Shakespearische Buntheit — denn auch realistisch-humoristische Szenen fehlen nicht — erheben die „Flotte" zum Range des besten idealistischen Dramas seit Goethe und Schiller.

Und der Dichter? Der Berliner Professor Hermann Reich hat längst den „Mimus" geschrieben, die erste wirkliche Entwicklungsgeschichte der dramatischen Weltliteratur auf der Grundlage des von ihm neuentdeckten mimischen Volksdramas der Antike, hat jüngst das herrliche Winterfeld-Buch herausgegeben und das prophetische Buch Michael uns geschenkt — und jetzt ein Drama? Nun, vom dramatisch-technischen Forschen stieg Reich durch eigenes tragisch menschliches Erleben zu prophetisch-dichterischem Schaffen empor: der Meister des „Mimus", eines Werkes, das Gerhart Hauptmann beeinflußte und Otto Erich Hartleben zu einem großen dramatischen Plane begeisterte, schritt selbst zur dramatischen Tat, die einen erhabenen Stoff der Antike nicht nur neu gestaltet, sondern auch mit starkem Gegenwartswert erfüllt. Was Reich bereits im Buch „Michael" von der germanischen Seele Weltenschicksal gesprochen, das hallt in der „Flotte" gewaltig nach und tönt nun fort in deutschen Herzen.

Möchte die „Flotte" trotz der hohen szenischen und dramaturgischen Anforderungen und Aufgaben, die sie stellt und die vielleicht ängstliche Theaterdirektoren erschrecken werden, im Siegeszug über die deutschen Bühnen fahren und überall erhebende Botschaft bringen von deutschem Geist, der auch in dieser Zeit des Hohen und Herrlichen nicht vergißt und gewaltig schafft an der Akropolis der deutschen Seele und des neuen größeren Reiches. Dieses Drama läutet feierlich wie mit Kirchenglocken eine hohe Zukunft ein, und kein deutscher Mensch sollte seiner vergessen und des neuen großen Tragöden der Nation, der das Werk Schillers und Goethes herrlich hinausführt.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6514.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Das werdende Rußland

Hetman Pawlo Skoropadski

Von Georg Cleinow

Am 29. April d. J. hat ein mutiger Mann in Kijew unter Umständen, über die wir gegenwärtig noch kein zusammenhängendes sicheres Bild haben, die sozialistische Regierung davongejagt und sich selbst zum Staatsoberhaupt gemacht. Kraft seiner besseren Einsicht hat er dem Lande ein Grundgesetz gegeben, das über alle sozialistischen Theorien hinweg an die Persönlichkeit anknüpft, die persönliche Tüchtigkeit über alle anderen Werte stellt und das persönliche Eigentum als den Träger aller Kulturerfolge würdigt.

Die offiziös bediente Presse hat das nationalistisch-ukrainische Moment bei dem Staatsstreich zu unterstreichen versucht durch den Hinweis auf eine angebliche Familientradition des neuen Hetman. Es wird sogar die Behauptung aufgestellt, daß einer seiner Vorfahren „der letzte Hetman der freien Republik Ukraina“ gewesen sei. Die damit angeregten Gedankengänge sind von größter aktueller Bedeutung. Sie gipfeln in der Frage, ob die Ukraina überhaupt losgelöst vom übrigen Rußland bleiben kann. Von der Beantwortung dieser Frage durch das Leben hängt die künftige Gestaltung Osteuropas und unserer Beziehungen zu den Russen ab. Darum sei es versucht, sie hier theoretisch zu beantworten, unter Benutzung der feststehenden Daten, die uns die Geschichtsforschung über den alten Hetman übermittelt. In manchen Analogien erkennen wir die Linien der künftigen Entwicklung und in manchen Abweichungen und Gegensätzen offenbart sich das, was lebensfähig oder unabänderlich ist.

Führende Persönlichkeiten können bei der Masse den Eindruck Führer zu sein überhaupt nur deshalb erwecken, weil sie sich mutig einer unsichtbaren, ihnen selbst meist nur gefühlsmäßig bewußten Strömung überlassen. Die Kämpfe, die sie zu führen haben und die oft den Eindruck erwecken, als würden sie gegen die herrschende Strömung geführt, sind in den meisten Fällen doch nur ein Ringen, um sich auf der Oberfläche des Stromes zu erhalten. Persönlichkeiten, die die Gesamtströmung, oder wie die Wissenschaftler sagen, die Tendenz der Entwicklung nicht in ihren Fingerspitzen fühlen, werden niemals als Führer sich durchsetzen können, sondern im Wirbel, von dem keine Strömung frei ist, rettungslos versinken.

Pawlo Skoropadski, der neue Hetman der Ukraina, scheint einer von denen zu sein, die die Hand am Pulse ihres Volkes halten und den Geist der Zeit begreifen. In seinem Manifest vom 29. April bezeichnet er durch den Hinweis auf die Bedeutung der Mittemächte als Retter der Ukraina vor der Anarchie das Bett, in dem der Strom, der ihn tragen soll, zunächst fließt, um dann fortzufahren:

„Die frühere ukrainische Regierung hat sich als vollständig unfähig erwiesen. Anarchie und Unruhen haben nicht aufgehört, der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Arbeitslosigkeit nehmen jeden Tag zu und der ehemals so reichen Ukraine droht das Gespenst eines furchtbaren Hungers.

Bei diesen Zuständen, die die Ukraina mit einer neuen Katastrophe bedrohen, erfaßte alle arbeitenden Schichten der Bevölkerung eine große Unruhe, und sie traten mit der kategorischen Forderung auf, unverzüglich eine solche Regierungsmacht zu bilden, die imstande wäre, der Bevölkerung Ruhe und Gesetzlichkeit und die Möglichkeit der praktischen Arbeit zu sichern.

Als treuer Sohn der Ukraina habe ich beschlossen, diesem Rufe Folge zu leisten und vorübergehend den vollen Umfang der Macht in meine Hand zu nehmen.

Durch den gegenwärtigen Akt erkläre ich mich zum Hetman der Ukraina.

Die Leitung des Landes wird vermittelst des von mir ernannten Ministerkabinetts und auf Grund der hierbei angeführten Gesetze über die vorläufige Staatsform der Ukraina ausgeführt werden.

Die Zentralrada und die kleine Rada, sowie sämtliche Agrarausschüsse werden hiermit aufgelöst. Die Minister und ihre Gehilfen werden entlassen. Die volle Freiheit bei Abmachungen über Ankauf von Grund und Boden wird wieder gewährt. Zu gleicher Zeit werden Maßnahmen getroffen werden zum Zwecke der Erstehung von Grund und Boden von den Großgrundbesitzern zu normalen Preisen, die in der Folge unter den Kleingrundbesitzern verteilt werden.

Ebenso werden die Rechte der Arbeiterklasse gesichert werden. Auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete wird volle Handelsfreiheit wieder eingesetzt und der privaten Unternehmungsluft und Initiative wird weiter Spielraum eröffnet werden.

Mir liegen irgendwelche persönliche Beweggründe fern, und als einziges Ziel setze ich den Nutzen und das Wohl der Bevölkerung und des Vaterlandes. Eingedenk dessen, rufe ich alle Bürger der Ukraina, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens auf, mir und meinen Mitarbeitern bei unseren komplizierten und verantwortungsvollen Arbeiten beizustehen."

In dem ganzen Dokument ist nicht eine Wendung, die anders, als durch die augenblicklichen Verhältnisse bedingt, erklärt werden könnte. Es gipfelt in dem Satze „als einziges Ziel setze ich den Nutzen und das Wohl der Bevölkerung und des Vaterlandes". Er ruft „alle Bürger der Ukraina, ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens" auf, ihm beizustehen. Hier klingt nichts von romantischem Nationalismus durch, sondern nur nüchternste Wertung der Verhältnisse: von der ukrainischen Nation ist keine Rede! Wird nun dennoch auf den Zusammenhang mit jenem Iwan Iljitsch Skoropadski hingewiesen, der von 1708 bis 1722 das Amt eines Hetman bekleidete, so sollte darin doch etwas anderes liegen als eine national-ukrainische Demonstration. Iwan Iljitsch war zweifellos eine der bemerkenswertesten Erscheinungen unter den historischen Persönlichkeiten der Ukraina, seine Amtszeit aber die zusammengedrängte Verbildlichung aller der innern Ursachen und Notwendigkeiten, die die völlige Auflösung des ukrainischen Staates in dem der Moskowiter bedingten. Doch lassen wir seine Geschichte selbst sprechen.

Die Familie war zur Zeit Bogdan Chelmitzkis zusammen mit den Kotschubei und Lukomskis aus Polen in die Ukraina eingewandert, abenteuerlustig und landhungrig. In den Kämpfen gegen die eingebrochenen Türken um Uman, wo sie sich angesiedelt hatte, verlor Iwan Iljitsch so ziemlich alles. Als er, achtundzwanzigjährig, 1674 in Tschernigow anspruchslos freite, konnte er seiner Braut als Angebinde nur einen alten Wagen und vier Klepper mitbringen. Er übernahm einen sehr bescheidenen Schreiberposten, den er länger als ein Jahrzehnt festhielt, bis ihn der 1687 zum Hetman gewählte Mazeppa entdeckte und förderte. 1700, als er zum zweitenmal heiratete, gehörte er, 54 Jahre alt, zu den nächsten Vertrauten des Hetman. Als dieser aber 1708 von Rußland abfiel und ins Lager Karls des Zwölften überging, versagte ihm Skoropadski die Gefolgschaft, obwohl Mazeppa ihm in einem Schreiben vom 30. Oktober 1708 darlegte, daß Rußland seit vielen Jahren darauf ausgehe, „die letzten Rechte und Freiheiten der Kosaken zu beseitigen". Iwan Iljitsch ging so zwar mit dem Strom der Zeit, aber ein Führer seines Volkes oder Vorkämpfer für seine Nationalität wurde er nicht.

Schon wenige Tage nach dem Eintreffen des Briefes, am 6. November 1708, war Iwan Iljitsch durch den Willen Peters des Ersten selbst Hetman. Sehr gegen den Willen seiner Frau, die überzeugt war, daß Mazeppa wiederkehren und zu neuer Macht gelangen würde. In seinem ersten Universal ruft Iwan Iljitsch die Ukraina auf, Moskau treu ergeben zu sein und sich nicht der Freundschaft mit den Schweden zu schmeicheln. Dank hat er dafür nicht geerntet. Nach der Schlacht bei Poltawa (17. Juli 1708) glaubte er dem Zaren bereits seine Rechnung für die geleisteten Dienste vorlegen zu sollen. Er forderte die erneute Bestätigung des zwischen Bogdan Chelmitzki und den Moskowitern vereinbarten Statuts, sowie der alten Kosakengerechtsame, Beseitigung der russischen Beamten, die sich rechtswidrig in die inneren Verhältnisse der Ukraina mischten und die Zurückziehung der russischen Garnisonen aus der Ukraina; ferner bat er, seine eigene Stellung als Hetman so auszugestalten, daß er ausschließlich vom Zaren, nicht aber von dessen Beamten Befehle zu empfangen habe. Erst anderthalb Jahre später erhielt er eine Antwort, freilich eine andere, als wie er sie erwartet hatte.

Peter ging auf die Wünsche seines Hetman nicht nur nicht ein, sondern setzte ihm in Kijew in der Person des Fürsten D. M. Golitzyn einen Generalgouverneur zur Seite, der der eigentliche Regent der Ukraina wurde. Außerdem stellte er neben den in Gluchow residierenden Hetman einen „kaiserlichen Minister", der für alles, was in der Ukraina geschah, dem Zaren gegenüber die Verantwortung trug. Dieser kaiserliche Minister — A. P. Ismailow — war zugleich Oberbefehlshaber über die in der Ukraina befindlichen großrussischen Truppen! Schon 1710 benutzte der Zar einen geringfügigen Anlaß, um Ismailow abzurufen und an seine Stelle zwei großrussische Beamte zu setzen.

Waren die Maßnahmen des Zaren auch nicht geeignet, die Autorität der Stellung des Hetman zu befestigen, so bedeuteten sie doch wenig gegenüber dem Schaden, den die Günstlinge des Petersburger Hofes in dieser Beziehung anrichteten. Die Ukraina wurde von den zarischen Beamten wie eine Kolonie mit Beschlag belegt, in der jeder, der die Macht dazu hatte, sich auf Kosten der Bevölkerung bereichern und breit machen konnte. In dem Maße, wie der Zar den politischen Einfluß der historischen Kosakentradition auszurotten strebte, in

demselben Maße konnten seine Günstlinge über die Rechte der Kosaken selbst hinwegschreiten, die ihren Privatinteressen im Wege standen. Um sich in seiner Stellung zu erhalten, hat der Hetman alles vermieden, was ihn mit den Mächtigen aus Petersburg entzweien konnte, und hat sich schließlich nicht gescheut, das höchste Gut der Kosaken, ihre Freiheit, feige preiszugeben. Menschikow hatte mehrere Dörfer mit einigen tausend Seelen Bauern zum Geschenk erhalten. Zwischen diesen Dörfern lagen die Siedlungen eingestreut, auf denen die Kosaken als Angehörige der Kriegerkaste frei wirtschafteten. Menschikow wünschte auch die Kosaken in Hörigkeit zu nehmen und stellte ein entsprechendes Ansinnen an den Hetman, der es ihm zunächst abschlug. Doch hatte er davon so viel Unannehmlichkeiten, daß er beschloß, einen Weg ausfindig zu machen, um die Ansprüche Menschikows zu befriedigen. Er schrieb an die zuständige Behörde der Kosaken: „Nachdem Menschikow in Eurem Bezirk Bauernseelen zugewiesen erhalten hat, wird sich Eure Lage recht unbequem gestalten, sofern Ihr als Kosaken im Staatsdienst verbleibt. Um Eure Lage zu erleichtern, seid Ihr hiermit aus dem Heeresdienst entlassen und in die ‚Hörigkeit und den Besitz' des Fürsten Menschikow überführt!" Zehn Jahre mußten die Kosaken kämpfen und Klage um Klage nach Moskau schicken, ehe sie wieder frei wurden.

Auf solchen Wegen entstand eine auf den großrussischen Staatsgedanken eingeschworene Oberschicht in der Ukraina, die sie materiell und politisch nach Kräften ausgeplündert hat.

Der berüchtigte Graf Golowkin, Fürst Dolgorukow, Schafirow, sind ihre bekanntesten Vertreter aus der Zeit Skoropadskis. Zu ihnen gesellten sich dann noch Flüchtlinge oder Einwanderer aus der Moldau und aus Polen, die auf Befehl des Zaren reich mit Land ausgestattet werden mußten. Die Kantakuzeno, Miloradowitsch, Sawin und andere sind auf diese Weise nach Rußland gekommen und Träger der großrussischen Staatsidee geworden.

Der Hauptfeind des Hetmans war der Kijewer General-Gouverneur Fürst Golizin. Seine demoralisierende Politik motivierte er dem Staatskanzler Golowkin gegenüber mit dem Satz: „wenn das Volk erst erkennt, daß der Hetman keine solche Macht besitzt, wie Mazeppa sich hatte, wird es mit Denunziationen kommen". Und er behielt recht. Die Klagen mehrten sich, aus Verdächtigungen wurden Verleumdungen. Aber alles wurde in Moskau unterschiedslos gern gehört, während der Staatskanzler beruhigend an den Hetman schrieb, daß der Zar von seiner Treue und Ergebenheit überzeugt sei. Als aber 1715 Klagen über angebliche Eigenmächtigkeiten der Kosakenobersten sich mehrten, befahl der Zar kurzer Hand deren Befugnisse zu beschneiden, und ihnen das Recht, sich die Unterorgane selbst wählen zu dürfen, zu nehmen. Der kaiserliche Ukas hatte die von Golitzyn vorausgesehenen Folgen: die Obersten empörten sich gegen ihren Hetman, wählten unter sich einen anderen und verbreiteten einen Aufruf, indem es u. a. hieß: „Der gegenwärtige Hetman ist ein friedliebender Mensch; für die Ukraina einzustehen, vermag er nicht; wer es auch sei, alle rauben. ... Nicht Mazeppa — der verfluchte Judas, sondern der gegenwärtige verfluchte Hetman ist es, der nicht für die Ukraina einsteht, während die Moskals sie ausrauben". Gleichzeitig beschwerte sich das Volk über die Übergriffe der Obersten und machte den Hetman dafür verantwortlich, daß er ihnen in seiner Schwäche nicht zu wehren vermöge. In der

Tat verlor Skoropadski bei seinen Obersten jede Autorität, die schließlich seinen Weisungen überhaupt nicht mehr folgten. Die zarischen Günstlinge erschwerten ihm sein Amt durch Übergriffe, und als er sich z. B. über Menschikow beschwerte, weil er sich widerrechtlich Land in der Ukraina aneignete, bekam er kaum eine ausweichende Antwort.

In seiner großen Not fand seine Gemahlin Anastasia, nach den Worten Ssolowjows die erste Kleinrussin, der es vergönnt war, in ihrem Hause die Würdenträger und alle einflußreichen Kreise aus ganz Rußland bewirten zu dürfen, einen Weg, der geeignet erschien, die Stellung des Hetmans wenigstens äußerlich wieder aufzurichten. Sie verheiratete ihre Tochter mit dem Sohn des im Petersburg mächtigen kaiserlichen Beamten P. A. Tolstoj. Die Rechnung erwies sich als falsch. Denn bei allen den Schwierigkeiten, die ihm bereitet wurden, ging es gar nicht um die Person Skoropadski, sondern um die Einrichtung der Hetmanwürde als solcher. Jener Trebinski, der gelegentlich in der Weinlaune ausrief: „Denke daran, mein Lieber, daß Eure Kosakenherrlichkeit bald vorüber ist, vom Hetman bis zum Sotnik! Als Vorgesetzten werden Euch ausschließlich Fremdstämmige bestellt werden"! erkannte die tatsächliche Lage entschieden klarer. Die Hetmanwürde sollte ebenso wie andere Sonderheiten der Kosaken beseitigt werden, und dazu war Iwan Iljitsch gerade die Persönlichkeit nach dem Herzen des zielbewußten Selbstherrschers aller Reußen. Als Skoropadski 1722 nach Moskau kam, um den Zaren zum Frieden von Nystadt zu beglückwünschen und ihn dabei trotz allem wieder an die Statuten für die Ukraina erinnerte, erhielt er den Ukas von der Einrichtung des „Kleinrussischen Kollegiums", eines moskowitischen Verwaltungsapparates, unter Leitung des Kommandeurs und von sechs Stabsoffizieren der russischen Besatzung in der Ukraina. Am 3. Juli 1722 starb „der letzte Hetman der freien Republik Ukraina" zu Gluchow, und es endete damit nach den Worten eines russischen Chronisten das traurigste Jahrzehnt eines Jahrhunderts ukrainischer Geschichte.

Lassen wir die zweihundert Jahre zurückliegenden Geschehnisse beim aufmerksamen Studium der ersten Regierungsakte des neuen Hetman wieder aus der Vergessenheit emporsteigen, und stellen wir fest, daß diese Akte durchaus im Stil und in dem kühlen Geiste der Reformgesetze der Zeit von 1904 bis 1907, der Zeit von Bulygin, Durnowo, Stolypin gehalten sind, drängt sich uns förmlich die Erkenntnis auf, daß hier nicht ein ukrainischer Nationalist zu seinem Volke spricht, sondern der Abgesandte des zertrümmerten Moskowiter Staates zu Angehörigen Rußlands. Die Schnelligkeit, mit der das Staatsgrundgesetz veröffentlicht werden konnte, deutet darauf hin, daß es von langer Hand vorbereitet, bereits vorlag, als Skoropadski nach Kijew kam. Skoropadski ist kein Usurpator aus eigner Macht. Er sagt selbst, daß er „vorübergehend" die Macht in die Hand zu nehmen beabsichtige. Man vergegenwärtige sich neben dieser Feststellung die Herkunft und den Lebenslauf des Hetman. Von dem künstlichen Glanze und dem Reichtum, den Iwan Iljitsch und spätere vorteilhafte Verbindungen der Familie Skoropadski hinterlassen haben, ist im Laufe der zwei Jahrhunderte, die seit Mazeppas Sturz vorübergerauscht sind, nur wenig übriggeblieben. Sie versanken im Alltag des russischen Gutsbesitzer- und Beamtenlebens. In den großen historischen Augenblicken des russischen Volkes begegnen wir dem Namen Skoropadski nicht. Weder im Heere noch in der Verwaltung, noch in den Reformkreisen der

Sjemstwo wird der Name genannt. Bei der großen Umfrage des Grafen Witte über eine Agrarreform, die den gesamten Adel zur Arbeit rief, begegnen wir einem G. W. Skoropadski in der politisch untergeordneten Stellung eines Gehilfen des Steuerinspektors im Kreise Nowosybkow des Gouvernements Tschernigow.

Der heutige Hetman ist dem Schoße der in dem letzten Jahrzehnte so hervorragend entwickelten russischen Armee entsprossen. Im übrigen gehört er zu jenen breiten Kreisen des russischen dienenden Adels, die sich längst von jeder selbständigen politischen Betätigung fernhalten und widerspruchslos der zarischen Regierung dienten. Skoropadski tauchte aus der Masse als ein glänzender Gardeoffizier empor und von ihm konnte nicht behauptet werden, was Graf Ramjantzew über einen Vorfahren gelegentlich an die Kaiserin Katharina II. schrieb: „Trotz aller Bildung ist er Kosak geblieben", und ebenso wenig führte er sich in der Hauptstadt „wie ein Wolf auf und wollte mit keinem von den Großrussen bekannt sein." ... Er ist ein Schwiegersohn, nicht des Ministers, sondern eines Generals Durnowo, der mit einer Kotschubei verheiratet war.

Auf welche Kräfte wird sich der neue Hetman stützen? Es leuchtet ein, daß die deutschen Truppen, die ihm und seinen Parteigängern gegenwärtig höchst willkommene Bundesgenossen im Kampf gegen die Anarchie sind, mit fortschreitender Beruhigung des Landes den Wert einer Stütze allmählich verlieren müssen. Die Kreise im Lande der Ukraina, die allen Vorteil von dem deutschen Eingreifen haben, sind, abgesehen von der Minderheit der Bauern, „Großrussen kleinrussischer Herkunft" und dadurch allein schon keine Parteigänger einer „freien" Ukraina. Ist auch im Augenblick das Band zum Rußland der Maximalisten zerrissen, so bedeutet die vorläufige Abkehr noch nicht die Preisgabe Rußlands. Alle die Würdenträger, die in der Ukraina angesessen oder wenigstens wirtschaftlich interessiert, Großrußland regierten und großrussische Politik trieben, werden sich solange nur vom Norden fernhalten, wie er in den Händen der Maximalisten bleibt. Tritt von Nordrußland auch nur die geringste Wendung in Richtung auf den bürgerlichen Staat ein, so werden diese Kreise von der Ukraina aus Einfluß auf die Politik im Norden zu gewinnen suchen, wenn sie nicht schon jetzt begonnen haben sollten, den Sturz der Maximalisten vorzubereiten. In derselben Richtung wirken die Interessen der Montan- und Zuckerindustriellen, der Getreideproduzenten und Importeure. Sie alle brauchen Nordrußland und Sibirien und Zentralasien. Ihnen kann weder die Ukraina noch Mitteleuropa als Abnehmer genügen. Darum führt auch der Strom, der die Regierung Skoropadskis tragen soll, nicht in einen ukrainischen Binnensee, sondern in das weite allrussische Meer mit seinen nach der Revolution erst recht unbegrenzten Möglichkeiten.

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich schon aus dem vorliegenden Material die Folgerung ziehe, daß wir es in Skoropadski mit einem Abgesandten der alten monarchisch gesinnten Kreise des Petersburger Hofes zu tun haben, die hoffen, mit Hilfe der Deutschen und der Reichtümer der Ukraina einen russischen Staat wieder aufrichten zu können. Seine Hintermänner dürften bald erkennbar werden. Sie dürften zu der Kategorie der Golowkin, Golyzin, Kotschubei gehören, die seinem Vorfahren die Wege der Politik bestimmten. Darin liegt die Stärke und Schwäche seiner Stellung. Die Annahme des Hetmanstitels ist eine aus den Umständen sich ergebende „vorläufige" Notwendigkeit, die weder seine Loyalität

gegen den legitimen Träger des Titels, den Großfürsten-Thronfolger, noch seine Stellung zum Großrussentum berührt.

Wir Deutsche könnten mit dieser sich anbahnenden Entwicklung einverstanden sein, unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt, einen erheblichen Einfluß auf ihren Fortgang zu gewinnen. Täusche ich mich nicht, so ist die Möglichkeit gegeben, das Schwergewicht Rußlands vom Norden nach dem Süden zu verlegen und das neue Rußland aus einem Ostseestaat zu einem Levantestaat zu machen. Aber über alle diese Fragen wird man erst urteilen können, wenn die Einzelheiten bekannt sind, die zum Sturze der Rada durch Skoropadski geführt haben und wenn sich die oben ausgesprochenen Ansichten als zutreffend erweisen. Überschätzen wir die Tatsache nicht, daß die führenden Kreise Rußlands gegenwärtig eine Stütze an uns und Schutz bei uns suchen, weil sie in ihrer Existenz durch die Maximalisten bedroht sind. Es ist sehr ernst zu überlegen, ob wir uns dazu verstehen dürfen durch die Übernahme ihres Schutzes, uns in die sozialen Auseinandersetzungen des russischen Volkes einzumischen. Die Dinge liegen hier anders wie in den baltischen Provinzen, wo wir eine hohe deutsche Kultur zu retten hatten. Jede Intervention zugunsten der hier in Frage kommenden Kreise würde von uns in erster Linie Opfer fordern, ohne Aussicht zunächst auf eine entsprechende Gegenleistung. Können dagegen Garantien für einen Ausgleich der Lasten gegeben werden, so mögen unsere Diplomaten des Wortes eingedenk sein, daß man dem geschlagenen Gegner goldene Brücken bauen soll. Rußland und Deutschland hatten vor dem Kriege keinen ernsthaften Grund zur Feindschaft, aber ungeheuer weitgehende gemeinsame Interessen. Die positiven Grundlagen der Interssengemeinschaft sind auch durch den Krieg nicht vernichtet.

Das preußische Zollgesetz vom 26. Mai 1818, seine Bedeutung für Preußen und den Deutschen Zollverein

Eine Erinnerung zum 26. Mai 1918

Von Dr. W. Menn

Niemals vermögen internationale Konferenzen den Notwendigkeiten nationalen Lebens gerecht zu werden. Uns Deutschen sollte der traurige Abschluß der Napoleonischen Kriege im Wiener Kongreß allzeit ein warnendes Beispiel sein. Das klägliche Machwerk des Bundestages und der Bundesakte, die wohlweislich nicht auf Macht und Bedeutung der Staaten, sondern lediglich auf sogenanntem Recht aufgebaut waren, brachte dem deutschen Volke keine Förderung. Nicht einmal Preußen, der Einzelstaat, der mit Fug größere Ansprüche erheben konnte, hatte Ursache, mit den Ergebnissen des Kongresses zufrieden zu sein. Welch ein Gebilde war aus ihm geworden! Im Osten schnitt fremdes Gebiet unnatürlich tief in seine Grenzen ein, im Süden war der neue Regierungsbezirk Erfurt ein

Musterstück diplomatischer Flickkunst. Am merkwürdigsten aber mutete doch im Westen die Lage Rheinlands und Westfalens an, die von dem Hauptgebiet völlig losgelöst waren.

Der politischen Zerrissenheit Deutschlands entsprach die wirtschaftliche. Außer einigen zu langem Streit Anlaß bietenden Artikeln über die Flußschiffahrt enthielt die Bundesakte nur den berüchtigten Artikel 19: „Die Bundesglieder behalten sich vor, bei der ersten Zusammenkunft der Bundesversammlung in Frankfurt wegen des Handels und Verkehrs zwischen den verschiedenen Bundesstaaten sowie wegen der Schiffahrt nach Anleitung der auf dem Kongresse zu Wien angenommenen Grundsätze in Beratung zu treten." Was sollten diese papierenen Bestimmungen, hinter denen keine starke Macht stand! Die Bundesversammlung kam recht oft in Frankfurt zusammen, ohne daß sie über Handel und Verkehr beraten hätte. Und als schließlich die Hungersnot 1816/17 die württembergische Regierung veranlaßte, wenigstens freien Verkehr mit den notwendigen Lebensmitteln zu beantragen, da zögerte man die Beschlußfassung dank eines bayerischen Antrages auf Einbeziehung ganz „Mitteleuropas" und vornehmlich dank des schlechten Willens des guten Kaisers Franz solange hinaus, bis eine reiche Ernte sie überflüssig werden ließ.

Unter diesen Umständen durfte kein deutscher Staat, der eine ernsthafte Wirtschaftspolitik treiben wollte, auf Handlungen des Bundestages warten. Nun hatte ja Österreich schon längst seine Produktion durch eine recht hohe Zollgrenze geschützt. Auch die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg und Baden, waren unter dem Einflusse französischen Vorbildes in der Zeit Napoleons zu Grenzzollsystemen übergegangen. In Preußen dagegen herrschte ein durch die Neuerwerbungen sehr vermehrtes Durcheinander. Da bestanden in den alten Landen für die meisten fremden Waren völlige Einfuhrverbote, außerdem Provinzialzölle, Stadtakzisen und Privatzölle, in den westlichen Provinzen aber war mit dem Zusammenbruch der französischen Herrschaft meist auch das Zollwesen gefallen. Der König hatte schon vor 1806 eine Änderung angestrebt, der Kriegswirrwarr aber ein Beschreiten des grundsätzlich anerkannten Weges nicht gestattet. Nur war durch die verfügte Gewerbefreiheit das städtische Akziswesen noch unhaltbarer geworden. Eine endgültige Regelung erfolgte erst durch das Zollgesetz*), das nach langen Auseinandersetzungen im Staatsrat am 26. Mai 1818 die Unterschrift Friedrich Wilhelms des Dritten erhielt. Preußen tat an sich damit nichts anderes, als was die süddeutschen Staaten schon längst getan hatten, und dennoch kam dem Gesetze eine ganz besondere Bedeutung zu.

Diese Bedeutung bestand für das Wirtschaftsleben Preußens vornehmlich in drei Punkten. Das Zollgesetz bildete einen Teil der Steuergesetze, die in den nächsten Jahren erlassen wurden. Vorzüglich nach finanziellen Gesichtspunkten war der Tarif ausgearbeitet. Es war eine Hauptsorge Maaßens, des „Vaters" des Gesetzes, daß die Zollsätze weder zu gering und damit ertraglos, noch zu hoch waren und so zum Schmuggel reizten. Dadurch und weil jetzt zum ersten Male die Zolleinnahmen restlos dem Staate zugeführt wurden, trug das Gesetz ganz wesentlich zu der für die preußischen Staatsmänner wohl selbst überraschend schnellen Gesundung der Finanzen bei.

Betrachtete man aber den Zoll hauptsächlich als Finanzzoll, so brach man grundsätzlich mit den alten merkantilistischen Anschauungen. Die volkswirtschaftlichen Lehren des Schotten Adam Smith hielten in Preußen ihren Einzug. Gerade das „reaktionäre" Preußen war die erste Großmacht, die freiere Bahnen einschlug, während England, Frankreich, Holland, Rußland und Österreich noch lange an ihren Ein- und Ausfuhrverboten festhielten. Rein äußerlich zeigte sich der

*) Aus der bei Dahlmann-Waitz verzeichneten Literatur verweise ich besonders auf Treitschkes Deutsche Geschichte, auf G. Schmollers Universitätsrede in den Beilagen zur „Allgemeinen Zeitung" 1898, Nr. 175—177, Herm. Freymarks Reform der preußischen Handels- und Zollpolitik in „Conrads Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen", Bd. 17 (1898), außerdem auf meine Arbeit über Nassaus Handelspolitik in den Jahren 1815 bis 1827, von der ein Teil als Dissertation, Marburg 1917, erschienen ist.

Übergang schon darin, daß der Zoll nicht mehr als Wert-, sondern als Gewichtszoll erhoben wurde. Freilich verzichtete man nunmehr im Grundsatz auch auf den Schutz der einheimischen Produktion. Das Konsumenteninteresse wurde ausschlaggebend. Der Staatsrat rechnete geradezu damit, daß infolge des Überganges vom Verbots- zum Freihandelssystem manche Arbeiter ihr Brot verlieren würden. Indessen waren tatsächlich die Preußen niemals so radikal, wie etwa die Nassauer, die im Jahre 1815 sämtliche Zölle aufhoben und alle Klagen der Gewerbetreibenden mit dem Satze abwiesen: „Jeder Gewerbszweig, der sich nur durch Prämien oder durch prohibitive Maßregeln, welche die Konkurrenz vermindern, erhalten kann, ist eine Schmarotzerpflanze, die man auf Kosten nützlicher Gewächse nährt." *) Um die Stimmung der Erzeuger zu schonen, behielt man sogar einen Ausfuhrzoll bei und erhob beim Eingang neben dem Zoll von durchschnittlich einem halben Taler auf den Zentner von Fabrikaten noch eine Verbrauchssteuer, die in ungefähr 10 Prozent des Wertes angesetzt war. 1821 vereinigte man Zoll und Verbrauchssteuer. So fand Preußen in der Tat einen vorzüglichen Mittelweg. Während einerseits die Zulassung des Wettbewerbes, die Befreiung der Gewerbe und des Handels von den Fesseln des Merkantilismus, aus der Vormundschaft des ewig gängelnden Staates ein Fortschritt war, den gerade wir heute vornehmlich zu schätzen wissen, genügte auf der anderen Seite der Tarif, um die sich emporringende Industrie Preußens vor der weiter entwickelten des Auslandes einigermaßen sicherzustellen. Es ist bezeichnend für den Tarif, daß er bei den Zolldebatten von 1879 sowohl für den Schutzzoll als für den Freihandel in Anspruch genommen werden konnte.

Wenn sich das Wirtschaftsleben in Preußen langsam aufrichtete, so lag das allerdings zum besten Teil an der Beseitigung der Zollschranken im Innern des Staates. Darin bestand eben nicht zuletzt die Bedeutung des neuen Gesetzes, daß es wagte, geographisch getrenntes Land zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenzufassen. Anfangs stellte man zwar für den östlichen und westlichen Teil verschiedene Tarife auf, weil man glaubte, auf die bisherige Grenzzollfreiheit der Westprovinzen Rücksicht nehmen zu müssen. Seit 1821 aber fand eine Vereinheitlichung und ein Ausgleich auf mittlerer Linie statt. Dadurch suchte man der rheinisch-westfälischen Industrie in dem landwirtschaftlichen Osten guten Ersatz für den verlorenen Markt im nichtdeutschen Ausland zu bieten. Freilich zeigte sich hier deutlich die Unzulänglichkeit der geographischen Gestaltung Preußens. Es konnte zwar den Waren des einen Landesteiles freie Ein- und Ausfuhr in den anderen gewähren, vor den Durchgangszöllen der außerpreußischen Staaten, vornehmlich Hannovers und Kurhessens, vermochte es sie nicht zu bewahren. So mußte eine tätige preußische Politik darauf ausgehen, eine Brücke zu schaffen. Waren die Mittel- und Kleinstaaten von dem Vorgehen Preußens abhängig, so konnte auch Preußen deren Handelspolitik nicht ruhig zusehen. Es brauchte den Zollverein wenigstens mit einem der zwischen seinem Gebiet liegenden Staaten notwendig als Ergänzung seines Zollgesetzes.

Freilich würden wir fehlgehen, wenn wir annähmen, daß bei den Urhebern des Zollgesetzes diese klare Einsicht in die neue Aufgabe bestanden hätte. Zwar stellte der § 5 Handelsverträge auf gleicher Grundlage in Aussicht, aber in Wirklichkeit ließ sich Preußen auf keinen Abschluß mit den Nachbarstaaten ein. Maaßen trat in den wirtschaftspolitischen Fragen zunächst ganz zurück, während Klewitz, der neue Finanzminister, allzu ängstlich den kleinlichsten Vorteil und Nachteil abwog. Im Ministerium des Auswärtigen hätte man zwar, namentlich von dem eifrigen Gesandten in Darmstadt, von Otterstedt, beeinflußt, gern jede Gelegenheit benutzt, um durch Entgegenkommen die Verstimmung der deutschen Bundesstaaten zu beseitigen, es fehlte aber bei Bernstorff außer der erforderlichen Tatenlust auch jede Einsicht in das Wesen und die Bedingungen eines Zollvereins. Deshalb kam Preußen zunächst über die Einbeziehung der Enklaven in seine Zollinie nicht

*) „Rheinische Blätter", Wiesbaden 1816, Nr. 46 ff.

hinaus. Die Berliner Politik änderte sich erst, als mit Motz ein Mann das Finanzministerium übernahm, der allerdings vom Erlaß des Zollgesetzes an jene Aufgabe erkannt hatte,*) und der die nötige Kenntnis und Tatkraft besaß, die Lösung der Aufgabe in Angriff zu nehmen. Wir erleben das in der Geschichte unerhörte Beispiel, daß ein Finanzminister, dessen Tätigkeit meist darin besteht, den Hemmschuh zu bilden, eine ganze Regierung zu einer weitausschauenden, kühnen Politik mit sich fortreißt, auch wenn diese Politik finanzielle Opfer fordert. Motz blieb keineswegs bei der eigentlichen Ergänzung des Zollgesetzes durch einen Zollverein mit einem Zwischenstaate stehen, er richtete sein Augenmerk alsbald auf eine Vereinigung von ganz Deutschland.

Daß Preußen, d. h. vor allem Motz, das Verdienst hat, den deutschen Zollverein tatsächlich ins Leben gerufen zu haben, davon beißt gewiß, um mit Treitschke zu reden, keine Maus einen Faden ab. Wesentlich waren zur Erreichung des Zieles zwei Punkte, an denen Preußen unverrückt festgehalten hat, die Verhandlungsweise von Einzelstaat zu Einzelstaat und der Zolltarif. Wie wenig von einer Vielheit der Verhandelnden zu erwarten war, das hatte die Geschichte des Frankfurter Bundestages und anderer Konferenzen zur Genüge dargetan. Es war ein wesentlicher Grund für das Mißlingen aller anderen Zollvereinspläne, daß immer mehrere Staaten zugleich verhandelten. Mit dem Festhalten an seinem Tarif aber schaltete Preußen von vornherein all den Zank aus, der die Verhandlungen der süddeutschen Staaten in Darmstadt und Stuttgart so unfruchtbar gemacht hatte. Dieser Anteil, den das Zollgesetz vom 26. Mai an dem guten Gelingen der Motzschen Pläne hatte, wurde noch erheblich dadurch verstärkt, daß ohne seine finanzielle Ergiebigkeit Preußen wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen wäre, eine Politik durchzuführen, die fast bei jedem neuen Zollabschluß um der großen Sache willen von Preußen neue finanzielle Opfer verlangte.

So war also die Begründung des deutschen Zollvereins in mehr als einer Hinsicht dem preußischen Zollgesetz zu verdanken. Es hatte die Aufgabe gestellt und vorzüglich die Mittel zu deren Durchführung gegeben. Aber damit ist seine Bedeutung für den Verein noch nicht erschöpft.

Wenn wir Preußen das Verdienst um die tatsächliche Zollvereinsgründung zuschreiben, so müssen wir auf der anderen Seite betonen, daß es sich in das Verdienst um die gedankliche Vorarbeit, d. h. vornehmlich um die Ausbildung der Zollvereinsverfassung mit anderen zu teilen hat.

Denn der Gedanke einer Zollvereinigung war lange, ehe er im preußischen Ministerium zum Siege geführt wurde, anderswo ausgesprochen und verarbeitet worden. An Friedrich Lists Pläne brauchen wir nur kurz zu erinnern. Weit nüchterner faßte den Gedanken in seiner bekannten Denkschrift der Badenser Friedrich Nebenius an. Von ihm beeinflußt, versuchte dann der badische Minister von Berstett auf den Wiener Konferenzen 1819/20, wenigstens einen Teil der deutschen Staaten wirtschaftlich zu einen. Die Ablehnung mancher wunderlicher Vorschläge der radikalen Freihändler Marschall aus Nassau und du Thil aus Darmstadt war neben Bayern gerade Nebenius zu verdanken. Eine Reihe deutscher Staaten einigten sich dahin, in Darmstadt über einen Zollverein zu verhandeln. Treitschke hat vollkommen recht, wenn er der eigentlichen Denkschrift des Nebenius jede Bedeutung für den künftigen Zollverein abspricht. Die Denkschrift versank ungelesen in den Archiven. Aber Nebenius tat doch viel mehr als Denkschriften schreiben. Er war nicht nur Gelehrter, sondern auch Staatsmann. Auf den Darmstädter Konferenzen hat er sich für seine Pläne mit bewundernswertem Eifer eingesetzt. Und wenn die Beratungen auch zu keinem Ziele führten, so blieben doch die Vorschläge des Badeners die Grundlage jeder weiteren Verhandlung.

Eine der wichtigsten Bestimmungen des deutschen Zollvereins war die von der getrennten Verwaltung der Zölle durch die Einzelstaaten. Sie war übernommen

*) Vergleiche H. von Petersdorff, Friedrich von Motz I, S. 172 f.

aus dem zwischen Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau 1824 aufgestellten Heidelberger Protokoll. Während Treitschke die Urheberschaft dieses Gedankens etwas allgemein den südwestdeutschen Höfen zuweist, ist einer seiner heftigsten Gegner, Arthur Böhtlingk,*) geneigt, auch dieses Verdienst für Nebenius in Anspruch zu nehmen. In Wirklichkeit wurde, soweit wir sehen können, der Gedanke einer getrennten Zollverwaltung zum ersten Male in Sonderverhandlungen zwischen den beiden Hessen und Nassau 1822 von dem nassauischen Regierungspräsidenten von Mülmann ausgesprochen, dann auch in dem totgeborenen Arnstädter Verein der Thüringer Staaten von 1823 Bestimmung. Offenbar hatte Mülmann die Regelung der Rheinoktroierhebung, bei der seit 1817 tatsächlich getrennte Verwaltung bestand, auf die Zollerhebung übertragen. Aber der Nassauer war sich der Bedeutung seines Vorschlages noch nicht bewußt. Erst der Hesse Hofmann griff den Gedanken in voller Erkenntnis seiner Tragweite wieder auf, um ihn in Heidelberg zum Siege zu führen. Zwar gibt es auch einen Aufsatz von Nebenius über die getrennte Zollverwaltung, er fußt aber ganz auf Hofmann und kommt über ihn nirgends hinaus. Wir dürfen in Hofmann den eigentlichen Urheber des bedeutungsvollen Vorschlages sehen, und es ist gewiß ein beachtenswertes Zusammentreffen, daß gerade er über den ersten Zollverein mit Preußen verhandelt hat.

Wir müssen also daran festhalten, daß die Grundzüge der Zollvereinsverfassung in den süddeutschen Verhandlungen ausgebaut worden sind, und daß der Hesse Hofmann und der Badener Nebenius sich um diesen Ausbau hervorragend verdient gemacht haben. Preußen wußte dann, von seinem Gesandten Otterstedt aufs trefflichste über die Beratungen in Darmstadt, Heidelberg und Stuttgart unterrichtet, aus ihnen zu lernen, so daß Motz den Hessen Hofmann wider Erwarten mit dessen eigenen Ideen überraschen konnte.

Die eigentliche Veranlassung aber zu den süddeutschen Verhandlungen war nichts anderes als das preußische Zollgesetz von 1818 gewesen. Wie ängstlich hatten sich die Regierungen vorher gehütet, handelspolitische Fragen im Bunde zu erörtern! Und auch die Versuche der Gewerbetreibenden, sich gegen die englische und andere Industrien zu wehren, waren über kümmerliche Anfänge nicht hinausgekommen. Das wurde mit einem Schlage anders mit der Vollziehung des preußischen Gesetzes. Am Bundestag, in der Rheinschiffahrtszentralkommission in Mainz, bei den Zusammenkünften in Karlsbad und Wien nahmen die Zolldebatten kein Ende. Die Kaufleute und Fabrikanten regten sich, List begann seine Tätigkeit für den Handelsverein, Nebenius schrieb seine Denkschrift über den Bundeszollverein. Die kleinen Staaten wandten sich an die größeren wegen gemeinsamen Vorgehens gegen Preußen, der Vereinsgedanke schwirrte in der Luft. Die Ursachen für diese Wirkungen des Maigesetzes sind so oft auseinandergesetzt worden, daß hier eine kurze Andeutung genügt. Da waren zunächst solche wirtschaftlicher Natur. Von altersher im engen Verkehr stehende Gebiete wurden durch die neue Zollinie getrennt, Landwirtschaft und Industrie der kleinen Staaten vom preußischen Markt verdrängt und den Binnenländern die Verbindung mit der See erschwert. Fand die englische Massenflut an den preußischen Grenzen ein leichtes Halt, so stürzte sie sich um so wilder in den unglücklichen Rest von Deutschland. Dazu kamen politische Gründe. Die Bevölkerung im Westen hatte in der Franzosenzeit einen wahren Haß gegen alles „undeutsche" Douanenwesen eingesogen. Die Regierungen aber sahen in der wirtschaftlichen Not ihrer Länder den Hauptquell einer sie beunruhigenden Revolution. Und wie Metternich und seine Trabanten die Einführung von Reichsständen in Preußen, also die politische Einheitsbewegung innerhalb des Staates bekämpften, so erschien ihnen auch die wirtschaftliche Einheit als gefährlich. Alle diese Gründe trafen zusammen, um den Wunsch nach Beseitigung des Zollgesetzes hervorzurufen. Als sich dieser Wunsch als unerfüllbar erwies, suchten die betroffenen deutschen Staaten durch eine

*) In seiner Schrift: Carl Friedrich Nebenius. Der deutsche Zollverein, das Karlsruher Polytechnikum und die erste Staatsbahn in Deutschland. Karlsruhe 1899. S. 62.

Handelsvereinigung sich selbst zu helfen. Die Verhandlungen darüber führten dann zur Ausbildung der formalen Seite des späteren Zollvereinsvertrags.

So hat auch hierzu das preußische Zollgesetz den Anstoß gegeben. Wir dürfen deshalb ruhig sagen, daß ohne das Gesetz vom 26. Mai 1818 ein deutscher Zollverein recht lange hätte auf sich warten lassen, wenn er überhaupt zustande gekommen wäre. Berücksichtigen wir die Bedeutung, welche die wirtschaftliche Einheit zur Vorbereitung der politischen gehabt hat, so sehen wir Auswirkungen des Gesetzes, die sein Begründer, Maaßen, kaum geahnt, die aber sein Vollender, Motz, mit politischem Scharfblick erschaut und erhofft hat. Wir aber würden undankbar sein, wenn wir den 100. Jahrestag des Erlasses des preußischen Zollgesetzes vorübergehen ließen, ohne seiner und der Staatsmänner zu gedenken, die in restloser Hingabe an ihr Preußen das Gesetz geschaffen und vollendet haben.

Dichtung und Quelle

Von Dr. Karl Bittmann

Aus Kaukasien erzählt Prinz Saba Sultan Orbeliani die Geschichte eines schönen und tugendsamen Jünglings, dem die üppige Gattin seines Herrn ohne Erfolg nachstellt. Ergrimmt bezichtigt sie beim Herzog den Schuldlosen, er habe sie berühren wollen. Der Herzog gebietet dem Henker, dem ersten Boten, der frühmorgens mit einer Frage zu ihm komme, den Kopf abzuschlagen, den er dann dem zweiten Boten mitgeben solle. Der zweite Bote, ein Gefährte des Jünglings und Mitschuldiger der ehebrecherischen Frau, kommt zuerst beim Henker an und wird enthauptet. Seinen Kopf überbringt der Jüngling dem Herzog, der ihn überrascht befragt. Einem feierlichen Gebote seines Vaters zufolge hat der Jüngling, unterwegs Glockenläuten hörend, den Tempel betreten und ist bis zum Schlusse des Gottesdienstes geblieben. Von der Unschuld des Jünglings überzeugt, befiehlt der Herzog, ihn wie seinesgleichen zu ehren.

„Der Gang nach dem Eisenhammer" in Kaukasien! Ist es nötig, die Ähnlichkeit aus alten Volkszusammenhängen zu erklären? Viel näher liegt die Erklärung, daß dem Dichter der alte Stoff in der vorliegenden Fassung bekannt war, und daß er ihn zu seiner Ballade benützt hat. Das Gedicht ist in dem Schiller-Goetheschen Balladenjahr 1797 entstanden. Im Wettstreit der Geister und in regem Gedankenaustausch schufen die beiden Dichter unsterbliche Werke. Der von Schiller herausgegebene Musen-Almanach für das Jahr 1798 bringt von Goethe u. a. „Der Zauberlehrling", „Der Schatzgräber", „Die Braut von Korinth", „Der Gott und die Bajadere", von Schiller „Der Ring des Polykrates", „Der Handschuh", „Der Taucher", „Die Kraniche des Ibikus" und als letzte in der Reihe die Ballade „Der Gang nach dem Eisenhammer".

Aus dem Briefwechsel der Dioskuren ergibt sich, wie beide um den Stoff rangen, wobei ihnen nicht allein die geistige und poetische Ausgestaltung, sondern auch die vielfach gemeinsam betriebene Aufsuchung und Sichtung des Rohmaterials am Herzen lag. „Der Gott und die Bajadere" ist einer indischen Legende entnommen. Zum „Handschuh", dem kleinen „Nachstück zum Taucher", wurde Schiller durch eine Anekdote in S. Foix' „Essay sur Paris" angeregt. Goethe schreibt am 21. Juni 1791 an den Freund: „Wir wollen ja dergleichen Gegenstände, die uns

auffallen, künftig gleich benutzen." „Der Taucher" allerdings ist eine eigene Erfindung Schillers. Der Dichter muß aber mit einigem Mißbehagen von Schlegel hören, daß er eine von Nicolaus Pesce erzählte oder besungene Geschichte „veredelnd umgearbeitet" habe. „Kennen Sie etwa den Nicolaus Pesce, mit dem ich da so unvermutet in Konkurrenz gesetzt werde?", so fragt Schiller bei Goethe an.

Dem „Ibikus" hinwiederum liegt eine Geschichte zugrunde. Schlegel, der sich an dem dichterischen Wettbewerb beteiligen wollte, steuerte den „Arion" bei nach einer alten Sage und wollte sogar die „Sakuntala" des Kalidasa als Ballade bearbeiten; „ein sonderbares Unternehmen für ihn", so schrieb Schiller, „wovor ihn sein guter Engel bewahren wolle."

Rohstoffe zu gewinnen war das Trachten der Dichter. Für sie mußte ein besonders hoher und feiner Reiz darin liegen, Gegebenes nach ihrem eigenen Geiste zu modeln und umzuschmieden. Trotzdem verlor sich Schiller nicht in den Wolken. Beobachtung ergänzte seine Phantasie; so entstanden im einzelnen wundervolle Wirklichkeitsbilder. Für die anschauliche Schilderung des Phänomens des Wasserstrudels im „Taucher" mußte er sich mit der Betrachtung eines Mühlbaches begnügen und mit dem Studium von Homers Beschreibung der Charybdis. Goethe schrieb ihm von der Reise, daß der Vers „Es wallet, es siedet und brauset und zischt usw." sich bei dem Rheinfall zu Schaffhausen „trefflich legitimiert" habe, er begreife die Hauptmomente der ungeheueren Erscheinung in sich. Schiller ist hierüber nicht wenig erfreut und fragt, ob Goethe nicht vielleicht auch an einem Eisenhammer vorbeikomme und ihm dann sagen könne, ob er dieses kleinere Phänomen richtig dargestellt habe.

Diese Wendung führt uns zum kaukasischen Fridolin zurück. Es hat einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich, daß dem Dichter der georgische Text in irgendeiner Übersetzung bekannt wurde, und daß er ihn in seiner Weise umgearbeitet hat. Manches an diesem Text entsprach nicht den objektiven Forderungen der Kunstform und den subjektiven Ansprüchen des Dichters. Schiller wollte sich mit einem trivialen und häßlichen Ehebruch nicht befassen. Was er in seine Hand bekam, hob er in höhere Sphären. Man erinnere sich, was er aus dem Morgenlied des Pförtners in „Macbeth" gemacht hat. So wurde hier aus der schwülen Geschichte zweier Schuldigen die einer edlen Frau und eines niedrigen Verleumders; die Gestalt des unschuldigen Jünglings wandelt durch die Urfabel wie durch die Ballade. Dadurch gewann das Gedicht Licht und Wärme und Einfachheit. Der georgische Text verschweigt, was mit der schuldigen Frau geschah. In der Ballade hätte dies gesagt werden müssen, eine Aufgabe für Bürger, nicht für Schiller. Wer die freundschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Schiller und Goethe über „Die Kraniche des Ibikus" kennt, der wird es verstehen, daß der Dichter durch nichts zu ihm unbehaglichen Zugeständnissen zu bewegen gewesen wäre.

Ein Moment scheint untrüglich darauf hinzuweisen, daß Schiller die georgische Erzählung gekannt und benutzt hat. Der Vater hat den Sohn gelehrt, bei Glockengeläute trotz dringendster Angelegenheiten in die Kirche zu eilen und bis zum Schlusse des Gottesdienstes zu verweilen. Das Gebot des Verweilens ist ungewöhnlich und auffällig. Es übermotiviert allzu absichtlich das Zuspäterscheinen des Jünglings beim Henker und somit den Vollzug der Strafe am Verleumder. Die Teilnahme am Gottesdienst hätte allein schon genügt für den glücklichen Ausgang. Schiller muß diesen Zug gekannt haben. Bei ihm ist es nicht des Vaters Gebot, sondern die Frömmigkeit, die den Jüngling beim Glockenläuten in die Kirche führt und ihn auch nach Beendigung des Gottesdienstes noch dienend dort längere Zeit zurückhält. Wir haben hier ein schönes Zeugnis dafür, wie unbefangen und ungesucht ein Dichter auch in der Ballade zu motivieren weiß, weil er zugleich Dramatiker ist und die strengen Forderungen kennt, ohne deren Erfüllung ein Restbruch bleibt. Jedenfalls ist es wahrscheinlicher, daß Schiller irgendwo und irgendwie in seinem Quellenmaterial auf die Erzählung gestoßen ist, als daß er zur Mehrung der Sicherheit für den Ausgang der Ge-

schichte selbständig auf dasselbe Mittel verfiel wie der trocken moralisierende Erzähler. Die poetische Umgestaltung des überkommenen Motivs ist hier höher zu bewerten, als die eigene Erfindung; denn in ihr liegt mehr Intuition und schöpferische Arbeit.

Eine ähnliche Kontroverse entspann sich vor langen Jahren um ein Gedicht von Heinrich Heine. Seinem an Karl von Uechtritz gerichteten, im Jahre 1822 zum ersten Male gedruckten Vierzeiler:

Anfangs wollt' ich fast verzagen,
Und ich glaubt', ich trüg' es nie,
Und ich hab' es doch getragen, —
Aber fragt mich nur nicht wie?

stellte sich ein Volkslied aus Kärnthen gegenüber, das folgenden Wortlaut hatte:

I hab' alleweil g'mant,
I dertraget's gar nia,
Hiaz hab' i's ertrag'n,
Ab'r fragt's mi nit wia!

Die Sammlung, die das Lied bekannt gab, wurde zu Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von Pogatschnigg und Herrmann herausgegeben.

Nach meiner Auffassung hatte Heine das Lied irgendwo gehört und dann in sein geliebtes Deutsch übertragen. Daß er dies mit Volksliedern aus der Bretagne und der Normandie tat, ohne von Übersetzungen oder Bearbeitungen zu sprechen, ist längst erwiesen. Meine Ansicht, daß es sich auch im vorliegenden Falle so verhalte, ließ Karl Emil Franzos in der „Gegenwart" nicht gelten; er beschuldigte mich der Achtungslosigkeit wider den Dichter. Rudolf Kulemann dagegen warf in der von Rudolf Gottschall herausgegebenen Zeitschrift „Blätter für literarische Unterhaltung" die Frage auf: „entlehnte Heine oder umgekehrt?" und beantwortete sie: „wahrscheinlich doch Heine".

Überall da, wo sich nicht die Wege verfolgen lassen, auf denen die Erzählung, der Spruch oder das Lied eines Dichters Verbreitung findet, Volksgut wird und eine von Zeit, Ort und Person losgelöste Bedeutung gewinnt, überall da wird man im Zweifelsfalle den Ursprung im Volke suchen müssen. So ist es mit der georgischen Sage, die Schiller erhöht und poetisch verklärt hat; so ist es mit dem Kärnthnerischen Volkslied, das Heine einer Annexion für wert hielt, ohne mehr aus ihm zu machen als darin lag.

Estnische Sagen

Von Maria Schade

Wie der Embach entstand

Nachdruck verboten.

Altvater hatte die Erde erschaffen und den Himmel. An den Himmel setzte er die goldene Sonne und viel tausend silberne Sterne. Auf der Erde grünten die Bäume und wuchsen die Pflanzen. Überall war Leben, Freude. Die Tiere sprangen glücklich, sorglos umher, denn Altvater hatte ihnen alles beschert, was sie brauchten.

Doch nicht lange währte der Friede. Bald fingen die Tiere an, sich mit feindlichen Blicken zu betrachten. Die Liebe, die ihnen Altvater zum Gebote gemacht hatte, war vergessen. Sie verfolgten sich. Angstschreie stiegen zum blauen Himmel, Wehklagen tönten über die bunte Erde.

Das hörte Altvater. Er rief die Tiere herbei. Und als sich alle um ihn versammelt hatten, sprach er also:

„Ich habe euch geschaffen, damit jegliches sich seines Lebens freue. Alles, was zum Glücke gehört, gab ich euch. Doch ich sehe, daß ihr meine Gaben nicht achtet, mich nicht versteht. Ihr könnt euch nicht beherrschen, nicht Ordnung unter euch halten, also muß ich jemanden über euch setzen, der euch regiert: ich muß euch einen König geben. Doch ein König will auch königlich empfangen sein. Wohlan, grabet ihm einen Bach, damit er sich an seinen Ufern ergehen kann! Tief und breit soll er sein. Mutterbach will ich ihn heißen. Die Erde werft nicht nachlässig beiseite, sondern häuft sie sorgsam zu einem Berge auf. Da will ich einen Wald wachsen lassen, in dem euer König wohnt. Zwischen Berg und Bach lasset Schluchten und Täler, denn es muß Schutz sein gegen Sturm und Sonnenbrand. Nun gehet an die Arbeit! Jeglicher schaffe nach den Kräften, die ich ihm gegeben habe!"

Und alles ging an die Arbeit. Rasch sprang der Hase den Fluß entlang, um die Richtung abzumessen. Der Fuchs folgte ihm; sein langer, schleppender Schweif zeigte, wo der neue Bach laufen sollte. Nun grub der Maulwurf Furche nach Furche. In der Tiefe arbeitete der Dachs. Der Wolf scharrte die Erde auseinander. Fleißig trug der Bär die aufgescharrte fort. Alles arbeitete, jeder half an dem Werk. Selbst die Vögel flogen geschäftig hin und her.

So war bald das Flußbett fertig. Altvater kam, um zu sehen, wie weit die Arbeit gediehen. Zufrieden nickte er mit dem Kopfe und lobte jeden. Alle betrachtete er, am längsten aber weilte sein Blick auf dem Maulwurf und auf dem Bären.

„Ihr scheint am fleißigsten gearbeitet zu haben," sagte er. „Seid ihr doch ganz voll Schmutz. Dieser Schmutz ehrt euch. Das schwarze Kleid, das ihr euch erarbeitet habt, soll euch weiter bleiben. Und du, Wolf, hast auch gut geholfen, ich sehe es an deiner Schnauze, deinen Füßen. So sollst du denn zum Andenken an deine Tüchtigkeit die schwarze Schnauze und die schwarzen Füße behalten. Aber ich vermisse den Krebs. Wo ist er? Gab ich ihm doch viele Hände. Hat er mit den Händen nichts getan?"

Langsam kroch der Krebs aus dem Schlamme. Die Worte des Altvaters ärgerten ihn. Und in seinem Ärger rief er laut:

„Ich bin auch bei der Arbeit, Alter. Wo sind deine Augen, daß du mich nicht siehst? Du hast sie wohl hinten!"

„Fürwitziger! Zur Strafe sollst du fortan deine Augen hinten haben."

Voller Scham verbarg sich der Krebs in dem Schlamm, und Altvater hob den Blick von der Erde. Da sah er auf der Eiche einen Vogel in gar buntem, schönem Kleide. Spielend hüpfte dieser Vogel von Ast zu Ast und ließ in der Sonne sein fleckenloses Gefieder erglänzen. Dazu sang er ein müßiges Lied.

„Stutzer!" rief ihm Altvater zu. „Hast du denn nichts weiter zu tun, als dich zu zieren? Sieh, wie die anderen arbeiten!"

„Die Arbeit ist schmutzig," trällerte der Vogel, „sie würde meinen goldenen Rock verderben, und meine silberfarbenen Hosen schwarz machen. Nein, ich kann nicht arbeiten, Altvater, das erlauben nicht meine schönen Kleider."

„Du Kleidernarr! Von nun an sollst du schwarze Hosen tragen und zur Strafe für deinen Übermut nie deinen Durst aus dem Bache löschen, an dem du nicht gearbeitet hast. Mühsam sollst du die Tröpfchen von den Blättern trinken. Und dein Lied, das du jetzt so müßig singst, sollst du fortan nur noch pfeifen, wenn jedes andere meiner Geschöpfe sich vor dem herannahenden Unwetter verbirgt."

Tief duckte sich der Pfingstvogel in das Grün, und die Sonne verließ sein buntes Kleid.

Altvater aber wandte den Blick wieder zu den Arbeitenden. Aus seiner goldenen Schale goß er Wasser in das fertige Flußbett, und ein Hauch seines göttlichen Mundes belebte die Flut.

So entstand der Embach.

Die Festsprache

Auf der Erde, die Altvater erschaffen hatte, wandelten Menschen und Tiere. Beide hatten ihre Sprache. Aber diese Sprache war nur für den Alltag bestimmt, um sich in den Bedürfnissen des gewöhnlichen Lebens zu verständigen. Doch nun sollten die Geschöpfe eine Festsprache erlernen, damit sie sich nach Mühe und Arbeit erfreuen konnten und die Götter preisen.

So wurde denn alles, was Leben und Odem hatte, aufgefordert, nach dem Domberg bei Dorpat zu kommen, auf dem ein heiliger Hain stand. Und alles kam. Andächtig, erwartungsvoll stand die Menge.

Da brauste es gar wunderbar in den Lüften. Bei diesem Brausen erzitterten die Herzen und die Seelen wurden weit. Und siehe, aus der Höhe ließ sich Wannemune, der Gott des Gesanges, zur Erde nieder. Er glättete sein lockiges Haar, auf dem die Sonne lag, schüttelte seine Gewänder, strich mit der Hand über den welligen Bart, räusperte seine Stimme, und prüfend fuhr seine Hand über die goldene Zither.

Das Vorspiel erklang, — dann der Hymnus. Alles lauschte, jeder war ergriffen. Tiefe Stille, ringsum kein Laut. Der Embach hemmte seinen Lauf, der Wind vergaß seinen Haß. Der Wald bewegte sich nicht mehr; regungslos saßen die Vögel auf den Zweigen. Voller Staunen blickte das neckende Echo durch die stumm gewordenen Bäume.

So war jeder versunken in Aufmerksamkeit. Aber nicht jeder begriff das, was er hörte. Wohl hatten sich die Bäume des Haines das Brausen gemerkt, das so wunderbar die Lüfte erfüllte, als Wannemune vom Himmel niederstieg. Sie ahmten es nach, und ihr feierliches Säuseln erinnert noch heute an die Nähe der Gottheit. Der Embach vergaß nicht das Rauschen von Wannemunens Gewande: wenn er im Frühling sich seiner neuen Jugend freut, so rauscht er, wie er es in jener großen Stunde im heiligen Haine gehört hat. Dem Winde gefielen die grellsten Töne im Saitenspiele des Gottes: er bemüht sich, sie wiederzugeben, wenn er durch das Land fährt und die weiße Straße zum Tanze zwingt. Die Tiere behielten das, was den größten Eindruck auf sie gemacht hatte. So kam es, daß einige ihrer Stimme einen knarrenden Ton gaben, denn sie wollten gehört haben, daß es in Wannemunens Zither so klang. Andere wieder zwangen ihre Stimme zu ganz hellen Lauten: sie meinten, die Saiten hätten so getönt. Die Singvögel waren besonders eifrig im Hören: gleich versuchte die Nachtigall, die Lerche das Vorspiel. Auch die Fische wollten von dem Gotte lernen, doch es erging ihnen schlimm. Denn da sie wohl die Augen aus dem Wasser gehoben hatten, aber nicht die Ohren, so erblickten sie die Bewegung des Mundes von Wannemune, hörten aber nicht seinen Sang, sein Spiel. Voller Eifer ahmten sie nur das nach, was sie sahen: blieben also stumm.

Schweigend stand der Mensch da. Er hörte nicht nur die Töne, sondern fühlte auch die Harmonie, die die Töne miteinander verband. Wunderbar klang in ihm das Lied des Gottes wieder, er machte es sich ganz zu eigen. Und in dem sich mit Verstand Angeeigneten schuf er weiter. So verschmolz er Altes und Neues, legte seine Seele in den Sang. Was nun von seinen Lippen tönte, das war die Festsprache, mit der die Gottheit ihr Geschöpf beglücken wollte. Und der Mensch war beglückt in dieser heiligen Gabe. Dankbar stieg sein Lied empor zu dem, der es ihn gelehrt hatte, der ihn fähig gemacht, es zu begreifen.

Wannemune sang und sang. Er sang von der Größe des Himmels, von der Pracht der Erde, vom Glück und Unglück des Menschengeschlechts. Und er weinte. So heiß weinte er, daß die Tränen durch seine sechs Röcke drangen und durch seine sieben Hemden.

Nun hatte er geendet. In wunderbarem Brausen flog er wieder hinauf, um Altvater zu singen, zu danken, daß er den Menschen geschaffen hatte nach seinem Bilde und ihm die Seele gegeben, die das Große versteht, das Göttliche. Und Altvater neigte das Haupt; gnädig lauschte er dem Gesange, der gleich einem Opfer zu ihm emporstieg.

Von Zeit zu Zeit sendet Wannemune einen Boten zur Erde, einen gottbegnadeten Sänger, damit der Mensch die Festsprache nicht vergißt und immer mehr lernt, sich erhaben in ihr auszudrücken. Er selbst wird auch einmal wieder herniedersteigen, wenn der große Tag des Glückes kommt, auf den die Geschöpfe warten.

Politik und Armee.

Auf die „Nationalisierung" des deutschen Volkes — ferro ignique ganz so wie früher bei den anderen — folgt die Forderung seiner „Politisierung." Hier hat der Neuling in der europäischen Staatenfamilie besonders viel nachzuholen, und an Gelegenheit, sich die erforderliche „Bildung" zu verschaffen, mangelt es ihm daheim nicht. Die Frage ist nur, wie lange der Lehrgang dauern wird — die Zeit drängt den Schüler ins Leben — und ob der Unterricht immer in angemessener Weise erfolgt. Daß der Lehrer ein nach Auswahl und Darstellung persönlich gefärbtes Bild seines „Faches" vermittelt, in diesem Falle also die Ansichten einer bestimmten politischen Partei über den Gegenstand wiedergibt, bringt solange keine Gefahr, als daneben die Möglichkeit einer selbständigen Ergänzung und Abrundung des Stoffes dem Schüler gelassen wird. Die Subjektivität des Lehrers darf aber nicht den Dingen Gewalt antun, indem er den gegnerischen Standpunkt mit Keulen totschlägt und durch falsche Verallgemeinerungen objektiv unwahr wird. Das bewirkt nicht nur eine bedauerliche Irreführung des Lernenden, für die dieser sich später rächt, sondern auch gereizte Abwehr in der Oeffentlichkeit, sobald derartige pädagogische Methoden bekannt werden.

Neben der privaten Aufklärung durch Wort und Schrift — neuestens ist man ja hier zur Gründung besonderer Staatsbürgerschulen fortgeschritten, — bleibt es natürlich auch unseren behördlichen Instanzen unbenommen, der öffentlichen Meinung politische Anschauung zu vermitteln. Nur, daß bei ihnen noch größere Vorsicht am Platze ist, wenn die Regierung ihren alten Vorzug, „über den Parteien" zu stehen, bewahren will. Dient nun gar der „Unterricht" bestimmten politischen, an sich wohlberechtigten Zwecken, so sind die besten Köpfe gerade gut genug, das zarte Gewebe beginnender Erkenntnisprozesse herzustellen, das sich in der Folge durch selbständige Geistesarbeit der also „Belehrten" verdichten und verstärken soll. „Propaganda" ist stets ein zweischneidiges Schwert, mag man die Waffe nun daheim oder im neutralen oder feindlichen Auslande schwingen.

Vorstehende Erwägungen veranlaßt jene 1917 erschienene, „Weltdemokratie" benannte Broschüre, die das Oberkommando der Heeresgruppe Eichhorn seinen Offizieren „zum Dienstgebrauch" in die Hand gibt, als ein Hilfsmittel für den bekannten „vaterländischen Unterricht".*) Man mag über Wert und Unwert dieses vaterländischen Unterrichts denken, wie man will, insonderheit die bei ihm benutzten „Lehrbücher" nicht am Maßstabe der Wissenschaft messen, ein gewisses Minimum sachlicher Korrektheit muß auch von letzteren gefordert werden. Die Schwierigkeit politischer Gegenwartsprobleme verträgt sich nun schlecht mit der sonst so bewährten militärischen Kürze und Schneidigkeit. Die Form des Katechismus, die der ano-

*) Der sozialdemokratische Abgeordnete Noske hat von ihr zuerst am 25. April im Hauptausschusse des Reichstages nähere Mitteilungen gemacht.

nyme Verfasser wählte, mag bei Instruktionen über das Gewehr und seine Teile oder über die militärischen Rang- und Titelverhältnisse gute Dienste leisten, die in stetem Flusse befindlichen Grundgedanken über die Regierungsformen der Völker lassen sich kaum in die starren Schablonen eines Frage- und Antwortspiels pressen. So klafft hier von vornherein der Widerspruch zwischen der durch den Zweck gebotenen Form und dem Inhalt, wofür der Verfasser allerdings nicht verantwortlich ist.

Was man ihm aber als höchst persönliches Verschulden vorwerfen muß, ist die völlige Außerachtlassung jener Fundamentalregel, daß auch die Politik keine absoluten Wahrheiten kennt; daß es also keine absolut beste, aber ebensowenig eine absolut schlechte Verfassungsform gibt. Nach einem hübschen Worte ist das Wetter niemals so miserabel, wie es vom heimischen Fenster den Anschein hat. Der Satz gilt auch vom Urteil über ausländische Regierungsmethoden. Unser Anonymus aber glaubt politische Wertungen auf die, Widerspruch nicht duldende, Befehlsformel bringen zu können, und vergißt — vielleicht im Banne der Umwelt, für die sein Heft bestimmt ist — daß in der Politik die Menschen keine Uniform tragen und selbst Luthers starke Katechismensprache bei Andersgläubigen Anstoß erregen muß. Nicht nur im Inneren des Einzelstaates, sondern auch im Kreise der Staaten wird sich der politische Genius in verschiedenen Formen offenbaren und neben dem konservativen der vorwärtsdrängende Flügel zu finden sein, denn auch in der Politik begünstigt die „schiefe" Schlachtordnung den Sieg der Entwicklung.

Wie wir selber zum Problem der „Demokratie" stehen — um den stets ergänzungsbedürftigen Begriff zu gebrauchen —, dürfte dem Leser in der Folge dieser Artikel bereits deutlich geworden sein. Wir haben keinerlei Neigung, im allgemeinen für die von der Linken mehr oder weniger scharf erstrebten Umwandlungen unseres Verfassungsrechts eine Lanze zu brechen, aber die Gerechtigkeit gebietet, gerade vom Standpunkte eines gesunden Konservativismus aus, abzurücken von nichtssagenden Verallgemeinerungen und Superlativen des Broschürenschreibers wie etwa: „Es gibt nichts Unduldsameres als die Demokratie" oder die Übersetzung der Formel: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit „Ungehorsam, Unehrerbietigkeit, Haß". Das ist ein Rückfall in die fanatischen Verirrungen politischer Glaubensinquisition! Haben wir es denn wirklich nötig, so möchte man den Verfasser fragen, mit solch vergifteten Waffen zu kämpfen? Ist es so schlecht um unsere Sache bestellt, daß wir den Gegner beschimpfen müssen, anstatt ihn mit Gründen zu widerlegen? Gerade bei den „Ideen von 1789" war es doch nicht so schwer, sich das nötige Rüstzeug zu verschaffen. Hat der geistige „Mentor" der Heeresgruppe Eichhorn nie etwas von Rudolf Kjelléns oder Johannes Plenges Äußerungen zur Sache gehört, die er hier im besten Sinne hätte „popularisieren" können?!

Die Behauptung, daß „die demokratischen Parteien des Deutschen Reichstags durch Streikbewegung und Straßendemonstrationen einen Verzicht-Frieden erzwingen" wollten, enthält eine tatsächliche Unwahrheit, und die Verdeutschung des Wortes Parlament mit „Schwatzbude" ist nicht nur eine deplazierte Entgleisung auf das Gebiet der Soldatensprache, sondern wirkt auch — im Zeitalter des Konstitutionalismus — höchst sonderbar. In dieser „Schwatzbude" sitzen doch ebenfalls konservative Abgeordnete? Herr von Heydebrand, der ja sonst aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen pflegt, äußerte sich in dieser Hinsicht wohlweislich zurückhaltender.

An einer Stelle heißt es: „Wer heute die demokratisch-internationalen Bestrebungen nicht an der Quelle zurückweist, der arbeitet für den Feind; der arbeitet nicht für wahre Freiheit und Gleichheit, sondern für die Interessen einer internationalen Gaunergesellschaft". Dieser Satz ist besonders lehrreich, indem er zeigt, wie durch das unbesorgte Zusammenstellen richtiger Grundgedanken und völlig wertloser, weil plattester Phrasen erstere gleichfalls entwertet sind. Warum konnte denn hier nicht (wie schon oben) der Versuch gemacht werden, den gedank-

lichen Inhalt des deutschen Freiheits- und Gleichheitsbegriffs herauszuheben, wozu wahrlich nicht „alldeutsche" Systeme benutzt werden brauchten, anstatt sich mit dem audacter calumniare auf die Gegenseite zu begnügen?

Eine weitere unglückliche Gabe des Verfassers ist es, durch Einkleidung von halben oder Dreiviertelwahrheiten in das Gewand unfehlbarer Orakelsprüche jenen ihre Wirkung ganz zu rauben. Denn sofort und nicht ohne Grund wird von anders orientierter Seite auf das verhüllte Gebrechen aufmerksam gemacht. So fragt einmal der Katechismus: „Ist es wahr, daß eine kleine Zahl von internationalen Geldleuten und ihren Advokaten die Weltdemokratie als Maske für ihre Raubtierpolitik benutzt?" Worauf geantwortet wird: „Ja — mit dem Gelde werden die Wahlen zur Volksvertretung gemacht, auch die Präsidentenwahlen in Frankreich und U. S. Amerika. Das Geld beherrscht die Zeitungen." Kein Zweifel, daß in diesen Sätzen eine gute Portion Wahrheit steckt, aber sie wird eben so wenig geschmackvoll serviert, daß der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Ludwig Haas im „Berliner Tageblatt" die Nase rümpfen kann.

Wenn von dieser Seite allerdings die höhnische Bemerkung fällt: der Verfasser habe alle Qualitäten, um sich von der Schwerindustrie für eine ihrer Zeitungen anstellen zu lassen, er könne sich dort mit einem Artikel über Raubtierpolitik einführen, so verdient doch auch dieses Verfahren, ad majorem gloriam des Auslandes lieber das eigene Nest zu beschmutzen, Beachtung. Vielleicht liest Herr Haas, dem die Sache so ungeheuerlich vorkommt, einmal nach, was Hermann Fernau über den Einfluß des Finanzkapitals in der französischen Demokratie geschrieben hat und, was sein Kollege Quessel von der Sozialdemokratie dazu sagt. Auch der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten hatte, als er noch theoretische Politik trieb, einiges zur Sache zu berichten.

Andere Äußerungen der Broschüre, wie: falsch sei eine mechanische Gleichheit der politischen Rechte, ohne Rücksicht auf Bildung und Besitz, auf Pflichten und Leistungen, auf Volkstum und Rasse; der Krieg sei als ein Befreier und Erretter gekommen, oder die über Friedensresolution, U-Bootkrieg und Kriegsziele vertretenen Ansichten möchten wir passieren lassen, auch wenn sie eine bestimmte Parteifärbung tragen. „Zur Erheiterung des Lesers", wie der genannte Herr Haas meint, können sie jedenfalls nur dann dienen, wenn dieser Leser zur Gemeinde des „Berliner Tageblattes" gehört.

Diese Einschränkung ändert jedoch nichts an unserem allgemeinen Urteil, daß wir in dem Instruktionsbuch der Heeresgruppe Eichhorn einen ungeeigneten Führer bei unserem vaterländischen Frontunterricht sehen. In ihm weht der Geist jener politischen Intoleranz, wie er bei uns zulande seit den Augusttagen 1914 leider wieder das Haupt erhoben hat. Mit der Unduldsamkeit geht auch hier die Beschränktheit Hand in Hand. Auch sie offenbart das Hinterwäldlertum von vorgestern, mit dem man noch heutzutage „die" Sozialdemokratie oder noch schöner „die" Demokratie überhaupt vom Standpunkte der „Staatserhaltenden" bekämpft, ohne eine Ahnung zu haben oder haben zu wollen von den tiefen Gegensätzen, die das zur rechten Zeit sich einstellende bequeme Sammelwort verbirgt. Dieser strafbaren politischen Indolenz bleibt es ewig unbekannt, wieviel lebensvolle Keime sie durch ihre platten Verallgemeinerungen mit dem Unkraut zugleich zertritt oder wenigstens verletzt. Indem sie kritiklos die Bestrebungen des Manchester-Parlamentarismus der kapitalistischen Bourgeoisie mit den staatssozialistischen Zielen der Arbeiterpartei zusammenwirft, und hier wieder zwischen Männern wie Heilmann, Stampfer und Ledebour keinen Unterschied macht, erkennt sie nicht die feinen Linien politischer Zukunft, in der sich vielleicht noch einmal das Bündnis von „royauté" und „tiers état" wider die wahren Gegner des ersteren (wenn auch in anderen Formen natürlich) erneuern mag. Zum Schluß müssen wir die Frage des Abgeordneten Haas wiederholen: „Schadet ein einziger Mißgriff bei dieser Aufklärungsarbeit, wie wir ihn hier erlebt haben, nicht vielleicht mehr, als der ganze Aufklärungsunterricht nützt, selbst wenn er an vielen Stellen in ruhiger, verständiger und nützlicher Weise erteilt wird?"

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Zu den bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfen. Die Bevölkerung Deutschlands, zur Zeit der Reichsgründung etwa 41 Millionen betragend, hatte sich bis 1914 auf 68 Millionen vermehrt. Die gewaltige Entwicklung der deutschen Industrie bot dieser Menschenmasse voll genügende Existenzbedingungen; die einst erhebliche Abwanderung war nur noch geringfügig, nach 1900 zeigte sich vorübergehend sogar ein Wanderungsgewinn. Eine allmähliche Verlangsamung des Wachstums hätte, solange nicht neue Gebiete gewonnen wurden, um einen Überschuß der Bevölkerung abzuleiten, an sich nichts Auffallendes gehabt. Die Prüfung der Bevölkerungsbewegung ergibt aber, daß die Geburtenziffer von 1876 bis 1880 an stark abgenommen hat; freilich verblieb es infolge noch stärkeren Sinkens der Sterbeziffer bei andauernder Bevölkerungszunahme, doch ging der Geburtenüberschuß schließlich nicht unerheblich zurück. Auch kann nur eine sehr oberflächliche Betrachtung sich mit einem so vermittelten Mehr begnügen. Die Verhältnisse müssen unter den Gesichtspunkten der Volksgesundheit und Volksmoral, den Faktoren der Volkskraft, nicht lediglich populationistisch gewürdigt werden. Die Abnahme der Geburten führt ganz zweifellos auf den Hang zum Wohlleben und eine Abschwächung der ethischen Bestimmungsgründe und des sozialen Verantwortlichkeitsgefühls in breiten Schichten der Bevölkerung zurück. Nicht wirtschaftliche Rücksichten, mögen sie auch in manchen Kreisen — bei knappem Einkommen und starker Belastung durch Abgaben und durch Aufwendungen unter dem Zwang gesellschaftlicher Sitten — mit in Betracht kommen, sind das maßgebende Moment. Wie erklärte sich sonst die hohe Ziffer der Geburten in den Zeiten, wo unser Volksvermögen noch bescheiden, unsere wirtschaftliche Entwicklung noch in den Anfängen war, und die stetige Abnahme bei steigendem Wohlstand? Über erschreckendes Anwachsen der Abtreibungen und Empfängnisverhütungen sind die Sachkenner einig. Die Statistik, so wenig sie auf diesem Gebiete zu leisten vermag, ergibt immerhin, daß die Verurteilungen wegen Abtreibung — und nur ein kleiner Teil der Fälle gelangt zu amtlicher Kenntnis — gewaltig gestiegen sind. Erfahrene Gynäkologen nehmen an, daß an 80 Prozent der Fehlgeburten auf kriminelle Eingriffe zurückzuführen sind, und die Überschwemmung von Stadt und Land mit Anpreisungen „hygienischer Bedarfsartikel", d. h. von Mitteln zur Empfängnisverhütung und zur Abtreibung, redet ihre deutliche Sprache. Sogar eine förmliche Propaganda zur Freigabe der Abtreibung ist uns nicht erspart geblieben.

Schon vor dem Kriege sind Bestrebungen zur Besserung dieser Zustände vielfach hervorgetreten. Aber gar manchen hat erst der gewaltige Menschenverlust, den uns das lange schwere Ringen auferlegt, der traurige Ausfall von Hunderttausenden blühender Jünglinge, kräftigster Männer, die Augen geöffnet. Was würde aus unserem Volke werden trotz aller seiner glänzenden Siege, wenn neben der tiefschmerzlichen Verminderung der heiratsfähigen, zeugungskräftigen Männer, dem starken Überschuß von Mädchen, die zur Eheschließung nicht gelangen können, der großen Zahl jüngerer Witwen usw. die alten Übel weiter wirken würden? So ist's denn nur zu erklärlich, daß immer lauter der Ruf nach Reform erschallt.

Von vornherein ist vor einer Überschätzung der Leistungsfähigkeit des Gesetzgebers zu warnen. Der Sittenverfall zur Zeit der sinkenden römischen Republik ist durch die Bemühungen der Gesetzgebung nicht aufgehalten worden. Das Beste muß und wird von innen heraus, durch ein Selbstbesinnen unseres Volkes, die Rückkehr zu größerer Sittenstrenge, die Kräftigung des sozialen Bewußtseins, kommen. Die einfachere Lebenshaltung, zu der die schwere Belastung unserer Finanzen durch den Krieg gebieterisch nötigt, wird für viele ein Segen sein; die große Lehre dieser Zeit, daß jeder einzelne in die Wohlfahrt des Ganzen verflochten, zur opferwilligen Hingabe an die Gemeinschaft berufen ist, muß sich auf allen Gebieten des Lebens zu fruchtbringender Wirkung durchsetzen.

Nicht dürfen in einseitiger und übertriebener Betonung des Interesses an reichlichem, gesunden Nachwuchse Forderungen an die Gesetzgebung, die Verwaltung gestellt werden, die unter Beiseitelassen idealer Lebensziele und unter Auferlegen unerträglicher Beschränkungen Liebe und Ehe unter rein populationistischem Gesichtspunkte reglementiert sehen möchten, wie wenn der Staat eine Tierzucht-Anstalt wäre.

Mit dem Geburtenrückgang steht, ohne darin ihre Bedeutung zu erschöpfen, die weite Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Zusammenhang. Da eine Anzeigepflicht für diese Erkrankungen nicht eingeführt ist, so gewährt die Statistik nur unvollständigen Aufschluß. Immerhin fehlt es nicht an wichtigen Anhaltspunkten: Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern wegen solcher Leiden Behandelten, Ergebnisse bei der Rekrutenuntersuchung usw. Sehr erfreuliche Erfolge in der Bekämpfung des Übels hat die Heeresverwaltung erzielt: die Zahl der Erkrankungsfälle verglichen mit der Kopfstärke des Heeres ist seit 1881/82 auf die Hälfte bis ein Drittel zurückgegangen. Wenn auch der Zivilbevölkerung gegenüber gleich durchgreifende Maßnahmen unmöglich sind, so kann doch nach diesen Ergebnissen nicht bezweifelt werden, daß die Gesundheitspolizei im Besitze der nötigen Vollmachten Ersprießliches leisten könnte.

Der Wirksamkeit des Strafrechtes sind weit engere Grenzen gesetzt. Die Wurzeln des Übels lassen sich nicht durch Strafdrohungen beseitigen. Aber die ethischen Werturteile müssen in den Gesetzen ihren Ausdruck und ihre Bekräftigung finden und durch scharfes Einschreiten können gar manche schädliche Einflüsse vom Volkskörper ferngehalten werden. Gegen die gewissenlose Übertragung von Geschlechtskrankheiten, gegen das Unwesen der gewerbsmäßigen Abtreiber, die Seuche der Kurpfuscher, die nur zu oft den Leidenden statt der Heilung dauernde, nicht mehr zu beseitigende Schädigung bringen, den schwunghaften Handel mit Abtreibungsmitteln und Gegenständen zur Empfängnis-Verhütung, ihre ungescheute öffentliche Anpreisung usw., für die Sicherstellung ausreichender ärztlicher Beobachtung weiblicher Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben, hat die Gesetzgebung bisher nicht das ihrige getan. Auch in diesen Beziehungen ist jetzt, während des Krieges, unsere umsichtige Heeresverwaltung mit gutem Beispiele vorangegangen.

In Vereinen und Versammlungen, in Broschüren, fachmännischen Zeitschriften und der Tagespresse bildet die Bekämpfung des Geburtenrückganges und der Ausbreitung geschlechtlicher Erkrankungen den Gegenstand lebhaftester Erörterung. Den Reichstag haben bereits in der 12. und 13. Legislatur-Periode Gesetzentwürfe zur Beseitigung der Gefahren, die der ungeregelte Verkehr mit Mitteln zur Verhütung der Empfängnis und zur Beseitigung der Schwangerschaft mit sich bringt, beschäftigt. Neuerdings hat er eine besondere Kommission, 16. Kommission für Bevölkerungspolitik, eingesetzt, in der die Ursachen des Geburtenrückgangs und die Mittel, ihm zu steuern, eingehend beraten werden.

Die Reichsverwaltung war seit längerer Zeit bemüht, diese Fragen zu klären, legislative Reformen vorzubereiten. In voller Erkenntnis der bedingten Leistungsfähigkeit des Strafrechtes hat sie in diesem Frühjahre dem Reichstag zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die eine Reihe von Strafbestimmungen bringen „zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ und „gegen die Verhinderung von Geburten“. Die Begründung betont, daß mit diesen strafrechtlichen und polizeigesetzlichen Maßnahmen nur ein erster Schritt getan sei, das Meiste und Beste zur Beseitigung der Übel auf anderen Wegen erzielt werden müsse.

Die Richtungen, in denen eine Ergänzung unseres Strafrechtes anzustreben ist, sind in den Entwürfen zutreffend bestimmt. In technischer Beziehung aber erheben sich gegen die vorgeschlagenen Strafvorschriften zum Teil erhebliche Bedenken. So ist namentlich die zu weite und zu unbestimmte Fassung der Verbote des „öffentlichen Ankündigens, Anpreisens“ von Mitteln, Gegenständen, Verfahren zur Heilung von Geschlechtskrankheiten, zur Verhütung der Empfängnis, zur Beseitigung der Schwangerschaft geeignet, der Tagespresse nicht beabsichtigte und nicht begründete Beschränkungen aufzuerlegen. Bei

der Bedeutung des sexuellen Problems im öffentlichen Leben der Gegenwart kann keine seiner Seiten einer ernsten, taktvollen Besprechung in den Zeitungen entzogen sein. Die wörtliche Auslegung der Entwürfe würde unter anderem dahin führen, daß bestimmte Heilverfahren, z. B. die Salvarsan-Behandlung, in den Zeitungen zwar angegriffen werden dürften, ihre Verteidigung aber mit Strafgefahr verbunden wäre, weil darin ein „Anpreisen" gefunden werden könnte. Die fachmännische Kritik muß bemüht sein, diese und andere Mängel der Entwürfe zu verbessern.

Es war unvermeidlich, daß das Neue den bestehenden Einrichtungen, dem zum Teil veralteten System des Strafgesetzbuches angepaßt wurde; die Vorwegnahme allgemein anzustrebender Reformen auf den Gebieten der Strafen und sichernden Maßnahmen in Einzelbestimmungen müßte unser Recht mit Widerspruch belasten. Aber die Entwürfe zeigen doch allzugroße Zurückhaltung den geltenden Strafgesetzen gegenüber. So ist die Verbringung Prostituierter ins Arbeitshaus — wegen Übertretung der Kontrollvorschriften — beibehalten worden, obwohl Besserung durch diese Behandlung sicher nicht erzielt wird, auch harte Arbeit von diesen meist körperlich gebrochenen Existenzen nicht geleistet werden kann. Sehr auffällig ist ferner, daß bei der unumgänglichen Ergänzung der Vorschriften gegen die Abtreibung nicht die Gelegenheit benutzt wurde, anerkannte Gebrechen des bestehenden Rechtes in dieser Hinsicht abzustellen. Die Abtreibungstatbestände des Strafgesetzbuches sind sehr schlecht gefaßt. Während die gewinnsüchtige und die Abtreibung ohne den Willen der Schwangeren der gebührenden scharfen Strafe unterworfen werden muß, zeigen in anderer Beziehung die Strafsätze übertriebene Härte. An der Zulässigkeit der Fruchttötung durch den approbierten Arzt aus medizinischen Gründen — um die Gefahr des Todes oder eines erheblichen Gesundheitsschadens von der Schwangeren abzuwenden, besteht an sich kein Zweifel. Aber das Gesetz schweigt darüber und es wäre aller Anlaß gegeben, durch klare gesetzliche Bestimmung der Voraussetzungen dieses Eingriffes zugleich eine Kautel zu schaffen gegen mißbräuchliche Fruchttötung — einzelne unlautere Elemente gibt es ja in jedem Berufe, und gerade sie werden für solche Zwecke gesucht sein — und den Arzt, der aus triftigem Grunde dazu geschritten ist, gegen ungerechtfertigte Strafverfolgung zu sichern.

Sehr wertvoll sind die in der Begründung der Entwürfe beigebrachten statistischen Materialien und die fachmännischen Erörterungen über die einschlägigen Krankheiten, über Mittel zur Empfängnisverhütung, zum Abbruche der Schwangerschaft und deren verbreiteten Mißbrauch.

Die Vorkämpfer für „Eugenik" werden von den Entwürfen weit mehr erwartet haben. Aber indem die Entwürfe den Beitrag des Strafrechtes an der Bewältigung dieser sozialen Aufgaben zu geben bemüht sind, streben sie ein in sich geschlossenes Ganzes an und werden nach Hinzunahme der angedeuteten Ergänzungen ein solches in der Tat enthalten. Was vom Staate — auf den Gebieten der sozialen Gesetzgebung, der Verwaltung — verständigerweise noch weiter verlangt werden kann, bleibe weiterer Erwägung vorbehalten. Den alsbald erreichbaren Strafrechtsschutz zurückzustellen bis zur Spruchreife auch der sonstigen Fragen, wäre nicht verständig. So ist zu hoffen, daß die vorgeschlagenen Strafbestimmungen mit den gebotenen Berichtigungen und den wünschenswerten Ergänzungen Aufnahme in unsere Gesetzgebung finden. Geh. Hofrat Prof. Dr. Oetker

Zur Wahlrechtsreform in Preußen. Ein uns zugehendes Flugblatt macht in letzter Stunde auf den Vermittlungsvorschlag eines kontingentierten gleichen Verhältniswahlrechtes aufmerksam, den Postrat Otto Meyer in seiner Schrift „Das preußische Wahlrechtsproblem" (Verlag Viktor von Zabern, Mainz) ausgearbeitet und begründet hat. Der Grundgedanke des Vorschlages ist der, daß gewählt sein soll, wer in mehreren, höchstens sechs Wahlkreisen zusammen eine gewisse Stimmenzahl (ein Fünfhundertstel der Gesamtstimmenzahl des Landes) auf sich vereinigt, mit der Bedingung jedoch, daß die Stimmen allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig entnommen sein müssen. Um dies zu kontrol-

lieren, wird die Wählerschaft unbeschadet ihrer vollkommenen Wahlrechtsgleichheit in drei Bildungsklassen eingeteilt, und es wird verlangt, daß die zum Wahlerfolge nötigen Stimmen sich auf alle Klassen proportional der Wählerzahl verteilen. Überschüssige Stimmen der Gewählten, ebenso alle Stimmen Nichtgewählter können nach besonderen Vorschriften innerhalb der Klassen auf Parteifreunde übertragen werden, die ihrer bedürfen.

Der Vorschlag sucht den Gleichheitsgrundsatz in der denkbar vollkommensten Weise zu verwirklichen, wie sich darin zeigt, daß die durch die Gewählten vertretenen Wählergruppen nicht nur zahlenmäßig gleich stark, sondern auch aus Angehörigen der verschiedenen Bildungsstufen gleichartig zusammengesetzt sind. Die Klasseneinteilung hat hier nur den Zweck, die sozialen Schichten zu sondern, um sie um so gleichmäßiger miteinander vermischen zu können. Trotz dieser sorgfältig durchgeführten Gleichheit, oder vielmehr gerade deshalb ist das kontingentierte Wahlrecht frei von jeder demokratisierenden Wirkung. Dies erklärt sich daraus, daß der Gleichheitsgrundsatz hier nur auf tatsächlich gleiche Einheiten, nämlich auf die gleichartig gemischten Wählergruppen angewandt erscheint, womit ihm seine demokratische Bedeutung genommen wird; ferner daraus, daß von dem demokratischen Mehrheitsprinzip überhaupt keine Anwendung gemacht wird, weder im Verhältnis zwischen den Parteien noch innerhalb dieser im Verhältnis der Klassen zueinander. Den Vorteil davon hat hauptsächlich das überall in der Minderheit befindliche gebildete Bürgertum, dem mit der Kontingentierung ein selbständiger Einfluß bei allen Wahlen gesichert wird. Der Allgemeinheit bietet der Vorschlag alle Vorteile des Verhältniswahlrechts, ohne doch mit den Mängeln der bekannten Listenwahlsysteme behaftet zu sein. Mit der Beseitigung des Mehrheitsprinzips und mit der Kontingentierung wird nicht nur den Parteikämpfen ihre Schärfe genommen, sondern auch allem Klassenkampf ein Ende gemacht, da ja bei dem vorgeschlagenen Wahlverfahren die Bewerber genötigt sind, sich um die Gunst aller Wählerklassen gleichmäßig zu bemühen.

Gerhard Hauptmann, „Der Ketzer von Soana". S. Fischer, Verlag, Berlin 1918. Geh. 4 M., geb. 6 M.

Ein Gedicht von dionysischer Schönheit hat uns Hauptmann in seinem Ketzer von Soana beschert. Der Vorwurf dieses Werks ist nichts als die Zeichnung des mit wachsendem Staunen erfaßten Einsseins von Natur und Seele, nichts als die dichterische Verklärung alter metaphysischer Lehren, ein brausender Lobgesang auf das Thema: „Es werde"! Es handelt sich um das Erwachen eines jungen Priesters inmitten der lenzfrohen Natur an den südlichen Hängen der Alpen zum Leben in der Natur und zur Liebe: drängender Lebenswille überall, in ihm und um ihn. Hauptmann liegt nicht viel an dem Gerüst der Dichtung, er rührte an das Mysterium des Lebens, wo es sich am deutlichsten von den Satzungen der Menschen abhebt. Mit einem Schrei des Glücks reißt der Faden der Erzählung, die die Geschichte einer Bekehrung ist: „die zeugende Macht ist die höchste Macht, die zeugende Macht ist die schaffende Macht, Zeugen und Schaffen ist das gleiche". Dies Bekenntnis erscheint uns in der Reinheit künstlerischen Schauens und es ist getragen von dem ganzen Zauber Hauptmannscher Sprachkunst. Wer mag da lehrhaft den Finger heben und zu dem Rausch naivster Lebensbejahung den Kopf schütteln? Freilich, Zeugen und Schaffen weisen über sich selbst hinaus und das Gewordene wirkt schließlich als das ewig Seiende, als die Idee. Aber hier handelt es sich nicht darum, eine philosophische Lehrmeinung zu begründen. Wer die meisterhafte Erzählung liest, schwelge mit dem Dichter in des Lebens schaffender Fülle. Mehr denn je ist unsere Seele aufgetan für die Offenbarung des Willens zum Leben und zur Macht. Deshalb grüßen wir den Ketzer von Soana als seinen Priester. Hauptmann aber ist uns durch ihn aufs neue wert geworden. M. K.

Reformation und Literatur. Das literarische Leben Deutschlands hat durch die Reformation, die so vielen Zweigen der deutschen Kultur eine neue Blüte gebracht hat, keinen Aufschwung genommen. Unser Volk ist in das Zeitalter der Reformation eingetreten mit einer nüchternen literarischen Alltagskunst ohne höhere Ziele, mit Meistergesang, Fastnachtspiel und bürgerlichem Schauspiel, mit Satirik, Sittengedicht und gereimter Zeitung. Einzig die Gattung des Volkslieds stand in unbestritten hoher Blüte. Nach den Jahrzehnten der Reformation finden wir diese Blüte verwelkt, den Tiefstand der übrigen Gattungen aber unverändert: derber Inhalt bei roher Form, unter zahllosen Reimereien kaum ein bleibendes Kunstwerk, nüchterne Alltagsliteratur bei der Masse des Volks und darüber

eine dünne Decke lateinischer Gelehrtenpoesie ohne Leben aus der Tiefe.

Sonst haben Zeiten religiöser Vertiefung fast regelmäßig auch eine Blüte der Kunst und Literatur heraufgeführt. Auf die klunia-censische Klosterreform ist mit den Kreuzzügen die Blütezeit unserer mittelalterlichen Dichtung gefolgt, auf Mystik und Franz von Assisi die Renaissance, auf den Pietismus des achtzehnten Jahrhunderts die Blüte unseres klassischen Zeitalters. Aber die Reformation ist für die weiten Kreise des deutschen Bürgertums kein religiöses Erlebnis gewesen. Die Glaubenskämpfe haben wenige Führer in ihrem Gewissen ausgefochten — die Masse war wesentlich verstandesmäßig erregt im Kampf um kirchliche, politische und soziale Machtfragen, ihr Anteil erschöpft sich im Ansturm auf äußerliche Einrichtungen und Mißbräuche. So konnte die Reformation für kirchliche und gesellige Kultur, für Haus und Schule, Staat und Lebensführung von grundlegender Bedeutung werden, eine neue Weltbetrachtung konnte sie dem Gemüt und der Phantasie der Vielen nicht bringen, und darum versagte sie als Grundlage und Ausgangspunkt einer neuen Kunst und Literatur.

Dagegen hat die Reformation die Talente stofflich in ihre Bahnen gedrängt. Die Lyrik wird zum Kirchenlied, es regt sich eine Gelegenheitsdichtung, die Luthers Werk feiert oder schmäht, seine Gegner bekämpft oder unterstützt. Im deutschen und lateinischen Prosagespräch richtet die Satire den Lichtkegel ihres Witzes auf bestimmte Zeitereignisse und Persönlichkeiten, das Schauspiel wird zum protestantischen Tendenzdrama oder rückt in Schulaufführungen biblische Stoffe dem Verständnis der Laien eindringlich nahe. Auf allen diesen Gebieten leihen die kirchlichen und religiösen Gedanken auch dem literarischen Leben Stoff und Charakter, ohne es doch innerlich umbilden und seinen mittelalterlichen Geist im Tiefsten überwinden zu können.

Die bedeutsamen Anstöße, die das geistige Leben Deutschlands von reformatorischer Seite erhält, dankt es nicht so sehr dem geschichtlichen Ereignis der Reformation, als der Genialität des Reformators. Luther hat als Mann der Tat für Literatur als solche nicht sonderlich viel übrig gehabt. Im Schauspiel sieht er das Mittel zum Zweck, das Lied ist ihm vor allem Bestandteil des Gottesdienstes. Die Verfasser der Dunkelmännerbriefe nennt er Komödianten, die Dichtungen der Alten wertet er nach ihrem erziehlichen Inhalt und von allen Künsten liegt ihm nur die Musik unmittelbar am Herzen. Aber wo er im Rahmen seiner eigentlichen Zwecke der Dichtung bedarf, da meistert er sie mit einem in seiner phantasiearmen Zeit erstaunlichen Reichtum an Phantasie. In seinem Kirchenlied ersteht den gottbegeisterten Sängern des Alten Testaments ein Jünger, der in freier Kraft den Psalmisten fast überfliegt. Seine Bibelübersetzung erfaßt Geist und Sinn der alten Texte mit einer Kraft innerlichster Einfühlung und prägt sie aus mit einer Sprachgewalt, daß allein schon der Gewinn, den die nationale Prosa durch das einzigartige Werk erfuhr, sie zur literarischen Großtat stempelt. Der Stilist Luther führt hier die reine Linie fort, die von den südwestdeutschen Mystikern des vierzehnten Jahrhunderts angehoben war. Seinerseits bestimmt er stilistisches Empfinden und Können der Mitwelt wie der Folgezeit so nachdrücklich, wie kein Deutscher vor oder nach ihm. Als Vorbild und gelesenster Schriftsteller hilft er am gewaltigsten Stoff der neuhochdeutschen Schriftsprache den entscheidenden Schritt zur Einheit und Festigung tun und bestimmt auf weit hinaus den protestantischen Charakter der neueren deutschen Literatur, in der sein Geist triebkräftig fortlebt, wie er die deutsche Bildung innerlichst durchdrungen hat.

Der Vortrag, mit dem Paul Merker die 400. Wiederkehr des Reformationstags in Leipzig gefeiert hat*), führt diese Gedanken schlicht und ansprechend aus, zugleich mit der geschlossenen Kraft, deren eine Vorstellungsreihe bedarf, die der hergebrachten Meinung in wesentlichen Punkten widersprechen muß. Alfred Götze

*) „Reformation und Literatur". Ein Vortrag von Paul Merker. Weimar, Hermann Böhlaus Nachfolger, 1918. 46 S. 8°. M. 2.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.

Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Waffenbund Mitteleuropa

Von Georg Cleinow

„Le Journal des Débats“ vom 8. Mai: „Die Mächte der Entente müssen unter sich einen dauernden Bund schließen, auf fester Grundlage und gesichert durch Machtmittel, die automatisch in Tätigkeit treten, wenn gewisse im Vertrag vorgesehene Ereignisse eintreten. Es wäre dies ein Bund für den Frieden, aber bewaffnet und aktionsbereit. Am Quai d'Orsay ist eine Kommission mit der Bildung dieses Völkerbundes beschäftigt“.

Es ist die nicht zu umgehende Folge der diplomatischen Geheimarbeit, daß die politischen Staatsverträge nur solange einen diplomatischen Kampfwert haben, wie sie ihrem Inhalte nach nicht authentisch bekanntgegeben sind. Solange Freund und Feind ebenso wie mehr oder minder geistreiche Politiker und Publizisten das verschleierte Bild mit ihrer Phantasie ausmalen, vergrößern und verkleinern können, solange haben derlei Verträge auch eine suggestive Macht, wirken parteibildend, wirken beruhigend, aber auch aufreizend und verhetzend. Legenden spinnen sich, die Wünsche von Parteien und Gruppen werden in den leichten Gedankenbau leicht hineingefügt, und es dauert gar nicht lange, so ist aus einem sehr nüchternen Dokument von drei Artikeln oder gar nur einem, der sich auf eine bestimmte Lage bezieht, ein Monstrum geworden, das nach der Auffassung der Öffentlichkeit alle, aber auch restlos alle Nöte der Völker zu lösen berufen ist. Man erinnere sich des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages! Ein solches Monstrum scheint für das Publikum auch jener Vertrag werden zu sollen, den die beiden Staatsoberhäupter Deutschlands und Österreich-Ungarns am 12. Mai im Standort des großen Hauptquartiers unterschrieben haben.

Las man die Wiener Meldungen vom 13. Mai, so konnte auch den geistigen Schwerstarbeiter ein ehrfurchtsvolles Gruseln packen ob der Arbeit, die in kaum vierundzwanzig Stunden von unseren allerhöchsten Herrschaften geleistet worden war. Danach mußte der Vertrag schon die Lösung aller bestehenden und noch auftauchenden Schwierigkeiten zwischen den beiden großen mitteleuropäischen Verbündeten nicht nur eingeleitet, sondern beinahe herbeigeführt haben. Die „B. Z. am Mittag“ gibt alles, was in Wien gefabelt worden ist, zusammenhängend

wieder. Danach soll der bisherige Dreibundvertrag, der bekanntlich gegen Ende dieses Jahres abläuft und nur drei Artikel enthielt, in denen sich die Vertragsparteien im Kriegsfalle wohlwollende Neutralität, im Falle eines unprovozierten Angriffes gegenseitige Hilfe mit der ganzen Waffenmacht zusicherten, pragmatisiert werden. War es bisher nur ein diplomatischer Vertrag, dessen politischer Sinn gegenseitiger Schutz gegen die russische Expansion war, so soll das neue Bündnis darüber formell und inhaltlich weit hinausgehen. Es soll die ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reiche durch Geschäftsverträge festlegen.

„Außenpolitisch soll das Bündnis seinen rein defensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen Richtungen ausgestaltet werden. Die austro-polnische Frage soll bei dieser außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen. Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen so verdichtet und vereinheitlicht werden, daß von einer Art Militärkonvention gesprochen werden kann. Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit angestrebt, die namentlich für die Übergangswirtschaft unerläßlich ist. Wenn dabei auch alles vermieden werden soll, was eine wirtschaftskriegerische Spitze gegen die übrigen Handelsstaaten zu haben scheinen könnte, so liegt doch die vielerörterte Zollunion im Bereich der bereits skizzierten Pläne. Ein grundlegender Unterschied wird nach bestimmten Versicherungen hier in der Form des neuen Bündnisses gegenüber dem alten zu verzeichnen sein. Es wird nicht bloß einen diplomatischen Geheimvertrag darstellen, sondern soll artikelmäßig in den Staatsgesetzen beider Reiche verankert werden. Es wird daher alle zuständigen Volksvertretungen in Deutschland und Österreich-Ungarn beschäftigen und ihrer Zustimmung bedürfen."

Die Wiener Meldung und nicht die Berliner amtliche Veröffentlichung wird hier in den Vordergrund geschoben und zum Ausgangspunkt der Besprechung gemacht, weil sie, ohne aus dem Rahmen des Möglichen herauszufallen, das Kampffeld ziemlich richtig absteckt, auf dem sich die weiteren Erörterungen über den Bündnisvertrag bewegen werden, und weil an ihnen die unausbleiblichen erläuternden Erklärungen der deutschen Regierung erst durchsichtig werden. Eine solcher Erklärungen liegt bereits vor. Die „Kölnische Zeitung" (Nr. 446) läßt sich aus Berlin melden: „Die Behauptung, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß das neue Bündnis in die Verfassungen der verbündeten Reiche aufgenommen werde, ist unzutreffend. Davon ist nicht die Rede gewesen. Es besteht vielmehr die Absicht, Verträge politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur zu schließen. Diese Verträge sollen ein zusammengehöriges und zusammenhängendes Ganzes bilden und nach Möglichkeit zusammen unterzeichnet werden. Es wird also nicht etwa eine Militärkonvention oder ein Wirtschaftsbündnis gesondert abgeschlossen, sondern ein Vertrag, der einen militärischen, einen politischen, einen wirtschaftlichen Teil hat und, wie gesagt, ein Ganzes bildet. Unzutreffend ist auch die Nachricht, daß man sich bei der Besprechung im Großen Hauptquartier auf die sogenannte österreichisch-polnische Lösung geeinigt habe, oder daß die Vereinbarungen diese Lösung zur Folge haben würden". Nach dieser Richtigstellung, deren ersten Teil wir kritiklos hinnehmen dürfen, da die Frage der Verankerung des vertieften Bündnisses in den Verfassungen der beteiligten Länder kaum schon akut sein dürfte, enthält die Meldung aber auch einen positiven Teil von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

„Was die wirtschaftlichen Verhandlungen betrifft", heißt es beruhigend für die Handelswelt und die Sozialdemokraten, „so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskriegerische Tendenz enthält, sondern die wirtschaftliche Verständigung mit unsern Gegnern ermöglichen kann. Während, wie bereits dargelegt, die wirtschaftlichen Verhandlungen sich über den Sommer hinziehen werden, sind die militärischen und politischen Richtlinien für die künftige Gestaltung des Bündnisses bereits eingehender herausgearbeitet. Dies liegt in der Natur der praktischen Erfahrungen des Krieges, die ja für die künftige zweckmäßige militärische Zusammenarbeit reiches Material geliefert haben, und in der Natur der gemachten politischen Erfahrungen. Es sei hinzugefügt, daß man für die bevorstehende militärische Vereinbarung den Namen ‚Waffenbund' gewählt hat".

Diese Ausführungen bestätigen, was jeder aufmerksame Leser des Berichtes über die Monarchen-Zusammenkunft im Großen Hauptquartier sich selber sagen muß, daß es sich lediglich um die Festlegung von allgemeinen Richtlinien für einen Vertrag handeln konnte, der noch auszuarbeiten ist, eines Vertrages, der freilich aufgebaut werden soll auf den militärischen Erfahrungen, die das bisherige Bundesverhältnis in so überraschend großartiger Weise zutage gefördert hat. Der Name „Waffenbund" mag ja gewissen Kreisen nicht lieblich in den Ohren klingen, aber was wäre Angesichts der sinnlosen Zerstörungswut unserer Feinde aus allen den Friedfertigen geworden, wenn sie der Waffenbund nicht vor dem Einbruch der Feinde bewahrt hätte?!

Der wirkliche Inhalt des Vertrages vom 12. Mai wird uns klar aus den Ausführungen, die der Ministerpräsident Dr. Wekerle am 15. Mai im ungarischen Abgeordnetenhause gemacht hat.

„Ich kann den Interpellanten kurz auf die amtliche Meldung verweisen, welche nach der Zusammenkunft vom 12. Mai im deutschen Großen Hauptquartier zur Informierung der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wurde. (Abgeordneter Lovaszy [Karolyipartei]: Darin ist nichts enthalten.) Ministerpräsident Dr. Wekerle: Es kann auch nicht mehr darin enthalten sein als war. (Lebhafte Heiterkeit.) Tatsache ist, daß anläßlich des Besuches Seiner Majestät Besprechungen über Deutschland, Oesterreich und Ungarn gemeinsam interessierende Fragen stattfanden. Diese Besprechungen führten zu dem Entschluß, daß das zwischen uns bestehende Bundesverhältnis verlängert werde (Beifall rechts und im Zentrum), und zwar auf längere Zeit (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum) und vertieft werde. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm und Bewegung auf der äußersten Linken.) Die Herrscher gelangten zu dem Entschluß und einigten sich darüber, ihre Regierungen anzuweisen, daß sie in dieser Beziehung die Verhandlungen aufnehmen und in konkreter Form Vereinbarungen treffen. (Lebhafter Beifall rechts.) Keinerlei Vertrag über diese Vereinbarungen hinaus ist bisher zustande gekommen. Die Verhandlungen aber werden demnächst eingeleitet werden. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Und ich glaube, daß es nur der allgemeinen Zustimmung der großen öffentlichen Meinung Ungarns entgegenkommen wird (Lebhafte Zustimmung rechts, Lärm auf der äußersten Linken), daß das unseren Interessen so sehr entsprechende und in der letzten Zeit im Interesse Ungarns so sehr bewährte Bundesverhältnis verlängert und vertieft wird. (Lebhafter Beifall rechts, Zwischen-

rufe auf der äußersten Linken und Rufe: Was ist das: Vertiefung?) Ministerpräsident Dr. Wekerle: Ich werde sofort darauf zu sprechen kommen. (Hört, hört!)

Es wird also zunächst das Bundesverhältnis erneuert. Es ist sehr natürlich, daß sich dies auch auf solche Einzelheiten erstrecken wird, welche mit dem Bundesverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Es wurde auch die militärische Frage erwähnt. Wir können das doch nicht eine Militärkonvention nennen. Aber es ist sehr natürlich, daß auch gewisse militärische Vereinbarungen zustande kommen werden. (Lärm auf der äußersten Linken. Abgeordneter Graf Michael Karolyi ruft: Während des Krieges?) Ministerpräsident Dr. Wekerle: Auch im Kriege kann es Vereinbarungen geben, welche sich auf das gleiche Vorgehen und die Rüstungen beziehen, die aber in keinerlei Zusammenhang mit der Organisation des Heeres oder mit irgendetwas derartigem stehen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Herr Abgeordnete möge überzeugt sein, daß wir unser selbständiges Verfügungsrecht aufrechterhalten werden. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Lärm links.) Was die wirtschaftliche Annäherung betrifft, so kann sich der Herr Abgeordnete diese nur so vorstellen, daß er immer von Mitteleuropa spricht. Nun denn: Mitteleuropa ist ein sehr weiter Begriff. Daß eine wirtschaftliche Annäherung oder die engere Knüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen wünschenswert und auch möglich ist, das leugnet wohl niemand, aber ich wiederhole: ohne daß unser selbständiges Entschließungsrecht in irgendwelcher Beziehung berührt wird. (Zustimmung rechts. Lärm und Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Zuruf: Das ist so unmöglich!) Im übrigen möge der Herr Abgeordnete überzeugt sein, daß wir in bezug auf diese wirtschaftlichen Fragen das Haus nicht vor ein fait accompli stellen werden, sondern daß die Gültigkeit der Vereinbarung von der Entschließung des Hauses abhängen wird. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)"

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 246 kleidet schließlich das Programm vom 12. Mai in eine Polemik gegen die von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptungen. Natürlich sei an allem etwas Richtiges; „denn wie sollte eine noch festere Bindung der beiden Monarchien aneinander erfolgen als in einer völligen militärischen und wirtschaftlichen Interessenverknüpfung und in der Beseitigung aller Verschiedenheiten, die bisher noch in der militärischen und wirtschaftlichen Organisation bestanden? Ob eine Verankerung des Vertrages in der Verfassung erfolgen kann, steht natürlich noch nicht fest. Wie erinnerlich, hat schon Bismarck diesen Plan ursprünglich verfolgt, ihn aber später wieder fallen lassen und das Bündnis hat doch die schwersten Proben bestanden."

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Verabredungen vom 12. Mai zunächst den Zweck haben, unsere militärische Widerstandskraft gegenüber der Entente, die sich anschickt, den Krieg ad callendas graecas zu verlängern und nach Abschluß des blutigen Ringens durch einen Wirtschaftskrieg zu ersetzen, soweit irgend angängig zu steigern. Dazu gehört neben der Vereinheitlichung des Oberbefehls der Armeen auch eine einheitliche Verwaltung der Verkehrsmittel und Kriegsvorräte, wie uns der Krieg lehrte, alles drei Begriffe von außerordentlicher Weite und Dehnungsmöglichkeit. Die Vereinheitlichung der Armeeführung dürfte in Zukunft ihren Ausdruck darin finden, daß die Truppen

der Bundesgenossen noch mehr gemeinsam und durcheinander an allen Fronten verwandt werden, wie bisher. Größere Änderungen dürften dagegen eine einheitliche Verwaltung der Vorräte nach sich ziehen. Es handelt sich dabei nicht allein um die Vorräte an Munition, Ausrüstungsgegenständen und Lebensmittel der Armeen, sondern um die gesamte Ernährung der beiderseitigen Völker. Jedenfalls bedingt die Zusammenfassung Deutschlands, Österreichs und Ungarns als ein Aufbringungsgebiet für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie der Ministerpräsident Dr. Seidler ausführte, auch die Anwendung eines einheitlichen Systems.

Anscheinend sollen die reichen Erfahrungen, die Deutschland mit seinem straffen Ansammlungs- und Verteilungssystem gemacht hat, auch Österreich-Ungarn zugute kommen. Wie in Deutschland soll auch in Österreich-Ungarn eine größere Einheitlichkeit durchgesetzt werden. Sie ist dort schon deshalb schwerer zu erzielen, weil der Kampf der Nationalitäten, z. B. in Böhmen, bei der Behandlung des vorwiegend von Deutschen bewohnten Industriebezirks überall Hindernisse hervorruft. Da Deutschland bisher wiederholt von seinen eigenen Vorräten und mühsam erzielten Ersparnissen abgegeben hat, liegt es auf der Hand, daß es als tüchtiger Wirt auch ein gewisses Übergewicht bei der Neuordnung der Dinge erhält.

In der Frage der einheitlichen Verwaltung der Verkehrsmittel ist durch die Entwicklung des Krieges schon längst praktisch vorgearbeitet worden. Die Eisenbahnen werden schon seit langem von der Zentrale im Großen Hauptquartier aus genutzt. Nach dem Abschluß des Friedens von Bukarest tritt auch der Donaustrom in seiner ganzen Länge und mit seinem Kanalsystem unter gemeinsame Bewirtschaftung. Die neue Donaukommission sieht bereits ein einheitliches Zusammenarbeiten auf diesem Teilgebiet der Wirtschaft vor. Es gilt also nicht, etwas grundsätzlich Neues einzuführen, sondern etwas Vorhandenes und Bewährtes seinen natürlichen Zwecken entsprechend auszubauen.

* * *

Solche objektive und nüchterne Betrachtung des Angestrebten will natürlich das Vorhandensein bestimmter politischer Erwägungen, die in der gleichen Richtung wirken, nicht bestreiten. Österreich und Ungarn wären durch einen Sieg der Entente insbesondere durch Italien und neue russisch-rumänische und russisch-balkanische Verbindungen politisch mindestens ebenso bedroht, wie es unsere Industrie durch den angekündigten Wirtschaftskrieg ist. Aber im Augenblick stehen politische Probleme nach Lage der Dinge doch durchaus in zweiter Linie. Darum braucht auch nicht daran gezweifelt zu werden, daß die polnische Frage zunächst nur eine untergeordnete Rolle bei den Verhandlungen gespielt hat, daß infolgedessen auch weder die austro-polnische Lösung noch irgendeine andere Form der Lösung beschlossen zu sein braucht. Die militärwirtschaftlichen Aufgaben des deutsch-österreichisch-ungarischen Waffenbundes können in Polen auch dann gelöst werden, wenn Polen im gegenwärtigen politischen Zustande verbleibt oder ganz aus der mitteleuropäischen Kombination ausscheidet. Daß aber die austro-polnische Lösung endgültig abgetan sein soll, das sei gestattet zu bezweifeln. Es zu glauben, hieße die Zähigkeit der Polen bei der Verfolgung politischer Ziele unterschätzen. Wohl aber glaube ich, daß die Freunde der austro-polnischen Lösung angesichts der damit verbundenen neuen Teilung und der in Deutschland, infolge der Stellungnahme ihrer Vertreter im preußischen Abgeordneten-

hause und Deutschen Reichstage herrschenden gereizten Stimmung gegen die Polen, die Frage im Augenblick zurückstellen, um sie in einem geeigneteren Zeitpunkte um so energischer hervorholen zu können. Vorläufig kommt es den Polen darauf an, die von unsrer Seite auf ihre Kosten in Aussicht genommenen Grenzsicherungen zu hintertreiben. Es hat auch den Anschein, als beabsichtige die Reichsleitung, diesem Streben in weitestem Maße entgegenzukommen, um die Interessen der Polen um so fester mit denen des Deutschen Reiches zu verknüpfen. Die „Kölnische Zeitung" läßt sich am 16. Mai von ihrem gut unterrichteten Vertreter aus Berlin melden: „Augenblicklich läßt sich die herrschende Richtung in der polnischen Frage so kennzeichnen, daß man eine enge Anlehnung Polens zunächst wirtschaftlicher Natur an Deutschland und Österreich-Ungarn in die Wege zu leiten wünscht." Danach scheint man mit dem Gedanken zu spielen, einen selbständigen Staat Polen sich entwickeln zu lassen, um ihn unter ähnlichen Voraussetzungen wie Österreich und Ungarn in den Waffenbund einbeziehen zu können. Ist, so höre ich argumentieren, ein sonst selbständiges Polen Mitglied des Waffenbundes, so wird die militärische Forderung der Sicherstellung einer bestimmten strategischen Linie ohne weiteres erreicht, und es kann doch auf den Erwerb von polnischem Gebiet verzichtet werden, — Ludendorff könne dann seine Schützengräben von den Karpathen bis zur Ostsee beliebig durch polnisches Gebiet ziehen ohne doch Polen politisch zu teilen. Ohne Frage enthält der Gedanke für alle die viel Bestechendes, die an einen Ausgleich der deutsch-polnischen Interessen ohne große Opfer von deutscher Seite glauben. Zweifellos würde er auch eine Lösung der Polenfrage anbahnen, ohne Mitteleuropa in seinen gegenwärtigen begrenzten wirtschaftlichen Aufgaben zu behindern, — vorläufig wenigstens! Doch diese Lösung würde zugleich eine ganz ungemeine Belastung des Deutschtums bedeuten, des Deutschtums in der preußischen Ostmark! Ich komme damit zu der allgemeinen Gefahr, die uns von der geplanten Verengerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn überhaupt droht: sie bringt uns, ob wir wollen oder nicht, via Polenfrage auf den Weg zum Nationalitätenstaat. Wie übrigens auch die Errichtung eines litauischen Staates unter der Krone des sächsischen Königshauses in derselben Richtung wirken würde. Sind unsere Regierenden sich darüber klar, daß dieser Weg im Interesse unserer wirtschaftlichen und späteren weltpolitischen Entwicklung betreten werden muß, dann sollen sie den Weg sehenden Auges schreiten und nicht blind tastend. Mit einer Versöhnung der Polen durch Verzicht auf Grenzberichtigungen im völkischen Interesse rechnen zu wollen, ist eine Utopie.

* * *

Mag nunmehr die Diplomatie versuchen, die Einzelheiten der Beschlüsse vom 12. Mai noch so sehr zu verschleiern, die Tatsache ihres Zustandekommens ist so groß, daß sie als ganzes nicht mehr zu verhüllen sind. Die Bedeutung des Vertrages liegt vor allem darin, daß er nicht das künstliche Ergebnis einer ad hoc bewirkten Agitation oder der Laune zweier Fürsten ist, sondern die natürliche Frucht einer elementaren Entwicklung, die weitschauende Staatsmänner richtig erkannt und im psychologisch richtigen Augenblick dem Bündnis darbringen. In der Vorgeschichte des Vertrages liegt die große Gewähr seiner inneren Festigkeit. Die nächsten praktischen Ergebnisse

wollen wir darum auch nicht in den Amtsstuben der wirtschaftlichen Unterhändler, über einen Zollverband, sondern auf den Fronten draußen und drinnen suchen. Bewährt sich der Vertrag in seinen militärischen Teilen durch Niederwerfung der Gegner auf dem Kontinente und in seinem wirtschaftlichen durch Verbesserung der Ernährungsverhältnisse besonders in Österreich, dann brauchen wir uns auch nicht zu sorgen, was später daraus wird. Er wächst sich schon selbst zu einer politischen Grundlage für die Gestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse aus. Die gemeinsame Kriegführung hat gemeinsame Kriegswirtschaft notwendig gemacht, und alle beteiligten Faktoren, die Regierungen sowohl wie die wirtschaftlichen Unternehmer, haben sich in den vier Kriegsjahren immer besser darein gefunden. Aus gemeinsamer Kriegswirtschaft ist aber bei wirtschaftlich so verschieden ausgerüsteten Ländern, wie den drei in Frage kommenden, ein Herauskommen durch getrennte Übergangswirtschaften so gut wie ausgeschlossen. Auch dieser Erkenntnis verschließt sich heute in Mitteleuropa kein Einsichtiger! Die Übergangswirtschaft, die in Deutschland schon vorsichtig eingeleitet wird, muß von den Bundesgenossen gemeinsam durchschritten werden, wenn jeder von ihnen den angedrohten Wirtschaftskrieg der Entente siegreich überwinden will. Und ebenso, wie die gemeinsame Kriegführung über alle örtlichen Reibungen hinweg zum engeren Zusammenschluß und nicht zur Trennung geführt hat, weil die Gemeinsamkeit der Interessen mit jedem Tage wuchs, so wird auch die Kampagne der Übergangswirtschaft eine solche Fülle des Gemeinsamen aufdecken, es wird sich den drei beteiligten Industrien und Gewerben eine solche Fülle neuer Betätigungsmöglichkeiten auftun, daß das gemeinsame Wirtschaftsgebiet Mitteleuropa mit und ohne Polen naturnotwendig aus dem Waffenbunde herauswachsen muß, so daß den gesetzgebenden Faktoren später einmal nichts anderes übrig bleibt, als die Entwicklung durch Gesetze zu sanktionieren.

Es fehlt naturgemäß auch nicht an energischen Gegnern des Waffenbundes in Mitteleuropa. Die Gegnerschaft hat je nach Parteizugehörigkeit des einzelnen auch verschiedene Gründe. Fürchten die einen durch den Bund eine selbständige Entwicklung der Einzelreiche in Frage zu stellen, — das ist besonders ein ungarisches Argument — so geht den Antipoden die Bindung noch nicht weit genug. Suchen jene Sicherungen partikularer Art, so wünschen diese die Möglichkeit offen zu halten, daß der Bund sich zu einem allgemeinen Völkerbunde auswachse. Programm der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten! Zwischen den beiden Extremen liegen dann die Bedenken der einzelnen Wirtschaftsgruppen, der Industrie und der Landwirtschaft, oder der Widerstand einiger Mächtigen in ihnen, die sich stark genug fühlen, den Kampf gegen die Welt allein aufzunehmen, ferner die Abneigung der Tschechen und Südslawen über einen solchen Bund zu verhandeln, ehe sie nicht zu politischer Selbständigkeit gekommen; auch die polnische Partei der Passivisten gehört zu den Widerstrebenden.

Für uns ist ein engerer Zusammenschluß Deutschlands, Österreichs und Ungarns eine wirtschaftsgeographische und politische Notwendigkeit, ein Schritt voran auf dem Wege zu weltpolitischer Ebenbürtigkeit mit den Angelsachsen und zur unbestrittenen Herrschaft Österreichs und Ungarns in der Levante. Österreich-Ungarn kann sein Ziel nicht ohne unsere Hilfe, wir können das unsere nicht ohne Österreich-Ungarns Hilfe erreichen.

Von demokratischer und slawischer Seite ist seit jeher als ein wichtiger Grund gegen die Vertiefung des Bündnisses der Mittemächte die Verschiedenheit der Verfassungen angeführt und insbesondere auf das preußische Wahlrecht als Stein des Anstoßes hingewiesen worden. Und nun der König von Preußen die Beseitigung des Hindernisses in die Wege geleitet hat, erweist es sich, daß nicht eigentlich das Wahlrecht Bedenken einflößt, sondern vielmehr die Tatsache des Festhaltens am Nationalstaat durch Preußen. Mit einem Wort: die Slawen würden sich schließlich mit der Vertiefung des Bündnisses zu einem Bunde aussöhnen, sofern ihnen darin größere Bewegungsfreiheit in ihrem Kampfe gegen das deutsche Element eingeräumt würde. Das ist des Pudels Kern!

Nun scheint es, als wüchse der Gedanke des militärisch gestützten wirtschaftenden Oberstaates mächtig über die Nationalstaaten hinaus. Tatsächlich überwuchert er sie nur, ohne die national-kulturellen Probleme zu lösen oder aus der Welt zu schaffen, mit solchen der Weltwirtschaft, und gibt ihnen Zeit, sich in neuer Kampffront gegeneinander zu ordnen. Die nationalen Kulturkämpfe bleiben! Ihre internationale Bedeutung tritt nur vorübergehend zurück, um später um so wuchtiger auf den Problemen der großen Politik zu lasten. Auch unsere Staatsmänner scheinen sich dem Wahne hinzugeben, als könnten sie die nationalen Kulturkämpfe aus der großen Politik verschwinden zu machen. Sie können tatsächlich nur vorübergehend zurücktreten. Sie sind aber sofort wieder da, wenn eine größere Nation ihr Banner wehen läßt und als solche zum Kampf gegen den nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gebundenen Staatenkomplex aufruft. Dieser Alternative entginge die mitteleuropäische Menschheit auch dann nicht, wenn sie sich zu einem allgemeinen Staatenbunde auf breitester demokratischer Grundlage, wie ihn die Sozialisten anstreben, zusammenschlösse. Der Nationalitätenkampf bliebe. Nur würden die Deutschen durch die Macht der Zahl derart zurückgedrängt sein, daß ihre kulturelle Überlegenheit nicht mehr zur Geltung käme. Bei einer solchen Vielgestaltung junger, aufstrebender Völker, wie sie Mittel- und Osteuropa beherbergt, wird noch lange Zeit hindurch wirtschaftlicher und nationaler Kampf sich ablösen und ergänzen, und die Völker mit niederer sozialer Entwicklungsstufe und mit stärkerer Vermehrung werden gegen die Völker weiterer sozialer Entwicklung und geringerer Vermehrung aufbegehren und Bündnisse gegen sie schließen. Für diese Kämpfe, wo das Deutschtum allein gegen alle slawischen Völker zu stehen haben wird, — Kämpfe, die schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges begonnen hatten und die dem russischen Imperialismus einen starken Nährgehalt lieferten, — müssen die Positionen der Deutschen schon heute sorgfältig gesichert werden.

Unter der Voraussetzung gut gelungener nationaler Sicherungen im Reich sowohl wie in Österreich und Ungarn werden auch wir den wirtschaftenden Oberstaat, dessen Umrisse durch die Monarchenbesprechung vom 12. Mai wahrnehmbar geworden sind, mit Freuden begrüßen und an seinem Ausbau kräftig mitwirken.

Pariſer Welt und Halbwelt zur Zeit der Direktorialregierung

Von Studienrat Dr. Willi Müller

Der wirre Traum von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, den die Franzoſen in jenen Tagen träumten, da bunt durcheinander die Köpfe des Königs und der Königin, der Girondiſten wie der Montagnards, Dantons und anderer Schreckensmänner in die Ewigkeit rollten, ging zu Ende, als an dem denkwürdigen 9. Thermidor des zweiten Jahres der Republik Robespierre geſtürzt wurde und vierundzwanzig Stunden ſpäter das geſchäftige Fallbeil, dem er Hunderte überliefert hatte, endlich auch das Haupt dieſes blutdürſtigſten aller Tyrannen vom Rumpfe trennte. Der erſte Akt des großen, die Welt völlig umgeſtaltenden Dramas war damit ausgeſpielt, und allmählich ſtellte ſich unter dem Direktorium nach der Zeit der Unruhe ein Gefühl der Sicherheit ein, das es geſtattete, aus der politiſchen Revolution eine geſellſchaftliche zu machen und Frankreich der Luſt am Daſein, die es ſo lange entbehrt hatte, zurückzugeben. Zumal die Frauen waren es, die mit der gefälligeren Lebensauffaſſung Athens das Sparta der Sansculotten zu erfüllen wünſchten, und ebenſowenig wie jene zeigte ſich die Jugend geneigt, dauernd das Joch einer alle Freudigkeit ertötenden Barbarei zu tragen; ſie ſchmachtete förmlich nach Genuß und freier Bewegung und wollte die Vergangenheit heraufbeſchwören, die ihre Kindheit verſchönt hatte. Dem Sehnen der im Lenze ihres Lebens ſtehenden Mädchen konnte das Bewußtſein demokratiſcher Tugend allein auf die Dauer denn doch nicht genügen, und natürliche Verbündete fanden ſie an den gleichalterigen Jünglingen. Man wollte die Schrecken der Revolution aus der Erinnerung völlig verbannen, und ſo ſtürzte ſich zumal Paris kopfüber in einen wahren Taumel des Vergnügens; konnte man im Zweifel ſein, ob die Franzoſen zur Zeit der Terreur mehr Helden oder Narren geweſen waren — jetzt wurden ſie ein Volk von Genießern. Allerdings erſcheinen uns die Jahre des Direktoriums als eine Zeit, in der die Grenze, die Welt und Halbwelt trennt, oft nicht ganz deutlich zu erkennen war; gebildete Frauen nahmen keinen Anſtoß an dem ſittenloſen Treiben vieler ihrer Geſchlechtsgenoſſinnen; anrüchige Damen verkehrten unangefochten in guten Kreiſen, und im Punkte der Moral herrſchte eine ſo ausgeſprochene Nonchalance wie kaum zur Zeit des ancien régime, unter dem einſt Ludwig der Sechzehnte als Dauphin ſeine junge Gemahlin ganz ungeniert bei der Dubarry, der Maitreſſe ſeines Großvaters, eingeführt hatte.

Als ein Weſen, das auf jener Grenzlinie zwiſchen Welt und Halbwelt amphibiotiſch balanciert, erſcheint vor allem Frau Tereſia Tallien, „Notre Dame du Thermidor“, wie die Pariſer ſie nannten, weil nicht ohne ihren Einfluß Robespierres Kataſtrophe herbeigeführt worden war. Sie öffnete nach der Schreckenszeit zuerſt die Pforten ihrer Villa, der am Cours de la Reine gelegenen „Chaumière“, wieder der Gaſtlichkeit und verſtand es, die Räume dieſes reizenden Heimes bald zu einem Sammelpunkt der guten Geſellſchaft zu machen. Hier ſaßen der ausgeſprochene Revolutionär, der blaublütige Ariſtokrat und der reich gewordene Spekulant an demſelben Tiſche; Barras, der glänzendſte der fünf Direktoren, ging ein und aus und ſpielte halbwegs den Hausherrn, und in den ſo bunt gemiſchten Kreis kehrte unter dem verſöhnenden Einfluſſe der ſchönen Frau allmählich die der Zeit des Jakobinertums völlig fremde feine Sitte früherer Tage zurück. Auch ein kleiner, in einer ſtark abgetragenen Uniform ſteckender Offizier, mager, mit ſtruppigem Haar und gelber Haut, die an den Knochen zu kleben ſchien, beſuchte dieſen Zirkel; man konnte meinen, er käme direkt vom Schlachtfelde und röche noch nach Pulver, und wenn er über die Straße ging, hörte man wohl die Leute ſagen: „Ah! comme il est laid ce petit crapaud!“ Das war der damals inaktive Brigadegeneral der Artillerie Napoleon Bonaparte, der in kurzem

die Lorbeerhaine Italiens entblättern und nach zehn Jahren die Krone Frankreichs tragen sollte. An Damen traf man bei Madame Tallien — die Bezeichnung „Citoyenne" war schon nicht mehr allgemein gebräuchlich — die pikante Frau Hainguerlot, die interessante Josephine von Beauharnais, die Bürgerin Hamelin, als Erfinderin der transparenten Gewänder, der nudités gazées, bekannt, Frau von Krüdener, damals noch eine Priesterin der Liebe und nicht der Mystik, und manche andere vielgenannte Frau. Alle aber überstrahlte die liebenswerte Wirtin; in ihr erschien nach den vielen Lykurgen der Konventszeit eine Sirene, die mit ihrer Silberstimme das Lachen und die Freude aus der Verbannung zurückrief. Und die so lange Exilierten folgten der Lockung gern, denn die sie erklingen ließ, war schön Teresia, eine Tochter des Bankiers Grafen Cabarrus, stand, 1773 geboren, zur Zeit des Direktoriums auf der Höhe ihres Lebens. Über den großen, sammetweich blickenden Augen, die die Männerwelt hypnotisierten, wölbten sich herrlich geschwungene Brauen, während um den kleinen, mit blendend weißen Zähnen geschmückten Mund ein halb mokantes, halb verführerisches Lächeln spielte; dazu war sie hübsch gewachsen und von geschmeidigem, harmonischem Körperbau, der Grazie mit Majestät vereinte; kurz: ein seltener, berauschender Zauber ging von ihr aus und schlug alle in Fesseln, die mit ihr in Berührung kamen. Wenn sie die „Chaumière" verließ, liefen die jungen Leute zu Hauf, Männer im Greisenhaar schlossen sich ihnen an, und die Menge blieb stehen, ihr eine stumme Huldigung darzubringen. Und keck und siegestrunken durchwandelte sie die Hecken der Neugierigen; das lag in ihrer Art — vielleicht das Erbteil eines Ahnherrn, der zu den Konquistadoren gezählt hatte Begreiflicherweise sehnte sich dieses von der Natur so bevorzugte Wesen vor allem nach freier Betätigung auf demjenigen Gebiete, wo die Frau so gern ihrer Individualität und ihrem persönlichen Geschmacke die Zügel schießen läßt: auf dem der Mode; und hier wurde sie bald tonangebende Herrscherin. An der Spitze der „Hemdlosen" marschierend — ihr und ihrem Kreise galt der „lächerliche Sack" als das Leichentuch der Schönheit — bevorzugte sie kostbare griechische Toiletten, die ihre klassischen Formen erst in das rechte Licht rückten. Als „Déshabillé" bezeichnete man die halbwegs paradiesische Nacktheit, die sie zur Schau trug, um die Männer in dem Urteil über ihre Reize ja nicht schwankend zu machen; denn sie huldigte der Ansicht: wenn eine Frau angekleidet ist, kommt es für sie nicht darauf an, schön zu sein. Nur Schmuck verwendete sie reichlich. Eine Diamantkette, die auf dem vollen Busen in wogender Bewegung sich hob und senkte, sprühte tausendfache Funken; goldene, mit Edelsteinen besetze Reifen umspannten ihre Arme und Fesseln, und selbst an den Zehen glitzerten Ringe. Wenn sie aber dem Publikum ausnahmsweise mal nicht griechisch kam, pflegte sie einen Jupon von schwarzer Gaze zu tragen, den man allerdings kaum einen Unterrock nennen konnte, weil sie es verschmähte, einen anderen darüber zu ziehen. Er war nicht allzu lang und an den Seiten des bequemen Schreitens wegen bis zu den Hüften aufgeschlitzt, so daß die fleischfarbenen seidenen Trikots, die die herrlichen Glieder eng umspannten, dem entzückten Auge sichtbar wurden. Den sarkastischen Talleyrand stachelte diese Kostümierung zu dem Ausrufe: „Man kann sich unmöglich in einer noch pompöseren Weise entkleiden!" Teresias herausfordernde Toiletten und nicht minder die kostbare, ochsenblutfarbene Equipage, in der sie die Straßen der Hauptstadt durcheilte, setzten bald die Zungen von tout Paris in Bewegung. Ihr Geist entsprach vielleicht nicht ganz diesem glänzenden Exterieur; immerhin huldigte sie, wie ein Blick in ihr Boudoir beweist, von dem uns der Marquis v. Paroy, ein Freund Talliens, ein Bild entwirft, gern und in vielseitiger Weise der Kunst und der Wissenschaft. Der Verdacht drängt sich allerdings auf, daß sie auf diesem Gebiete ein wenig posierte.

Den Lebenswandel der schönen Frau brauchte man freilich nicht gerade mit der Lupe zu prüfen, um zu erkennen, wes Geistes Kind sie war. Das heiße, durch die Sonne des Südens — sie war Spanierin von Geburt — gekochte Blut der in allen koketten Verführungskünsten Geschulten machte lebhaft sein Recht

geltend, und das um so mehr, als die Herzen der Männer ihr zuflogen wie die Motten dem Lichte. Zunächst wurde sie die Geliebte des Direktorialmitgliedes Barras, eine Art Fee des Luxembourg, in dem die Regierungsbehörde ihren Sitz hatte; huldvoll aber, wie solche Wesen zu sein pflegen, schenkte sie ihre Gunst, geblendet von dem Glanze des Goldes, der faszinierend auf sie wirkte, auch wohl anderen; nichts lag ihr ferner als Exklusivität auf dem Gebiete der Liebe. Aus Barras' Armen wanderte sie in diejenigen des reichen Bankiers Ouvrard, auf dessen Landgute Raincy sie nun die Honneurs mit der gleichen Gewandtheit machte wie früher im Luxembourg; und da bekannt war, daß die vielseitige Dame auch ihrem ersten Gatten, dem Marquis v. Fontenay, keineswegs unverbrüchliche Treue gehalten hatte, kann man verstehen, daß ihr, die allgemein als Kurtisane galt, einst auf der Promenade von ruchloser Hand ein Zettelchen angesteckt wurde, auf dem geschrieben stand: „Achtung! Nationaleigentum!" Sie selbst wie die wechselnden Geheimnisse ihres Schlafgemaches waren bald in aller Munde, und wenn sie dank ihrer Reize auch herrschte, umgaben doch Eifersucht, Klatsch und Schmähungen ihren Thron; über die göttliche Teresia mokierten sich die anderen Frauen in ergiebigster Weise: die jungen aus Eifersucht und die alten, weil sie sich so erhaben vorkamen, wenn sie das Piedestal der Sittsamkeit bestiegen, das vielen von ihnen bis dahin freilich eine terra incognita gewesen sein mochte.

Eine ähnliche Berühmtheit wie Frau Tallien war die drei Jahre jüngere, auf St. Domingo geborene Frau Fortunée Hamelin, die Gattin eines Armeelieferanten. Sie hatte — ihr von dem italienischen Meister Appiani gemaltes Bild belehrt uns darüber — einen ausgesprochen kreolischen Typus mit brünettem Teint, brennende „Tropenaugen", rote, sinnliche Lippen und prächtiges schwarzes Haar, dazu die Taille einer Nymphe und den Fuß eines Kindes. Man nannte sie sehr bezeichnend „la jolie laide", aber sie konkurrierte nicht ohne Erfolg mit den schönsten Frauen ihrer Zeit; dazu war sie hochintelligent und glänzte manchmal, wie ihre Briefe beweisen, geradezu durch Geist. Von einem Engel, wie Therese Tallien ihn bisweilen markierte, hatte sie zwar nichts, eher etwas von einem „Straßenjungen im Unterrock", wenn sie ein solches Kleidungsstück überhaupt getragen hätte, und weil sie satirisch zu sein wußte und liebte, hatte sie wenig Freundinnen, dafür aber um so mehr Freunde, denn eine gewisse Frechheit, mit der die temperamentvolle Dame den Männern entgegentrat, gefiel diesen sehr gut, weil sie zu ihrem ganzen Wesen paßte. Es zeigte sich hier mal wieder, daß manche Circe gerade durch ihre Fehler am meisten zu bezaubern weiß. Und eine Circe war Frau Hamelin. Zumal beim Tanze zog sie alle Blicke auf sich durch unerreichte Grazie, bezaubernde Haltung und herausforderndes Minenspiel. Natürlich hatte diese Terpsichore der Pariser Bälle auch ihre Liaisons; zumal Graf Montrond, schön wie ein Adonis und führender Elegant auf allen Gebieten der Mode, war ihr erklärter Liebhaber.

Wollen wir aus der bunten Welt des Direktoriums noch eine dritte charakteristische Erscheinung hervorheben, so dürfen wir an der liebreizenden Frau Récamier nicht vorübergehen, der Gattin eines Vertreters der Pariser Haute Finance. Die Stellung der französischen Bankiers hatte sich gehoben, seit — welch wunderbare Anschauung! — Ludwig der Fünfzehnte ihren Kreisen eine seiner Maitressen, die hübsche Jeanne Antoinette Poisson, entnommen hatte. So machte denn Frau Juliette Récamier ein großes Haus und war, was viel Aufsehen erregte, die erste, die in Gesellschaft nicht mehr geschminkt und gepudert erschien; freilich konnte sie es sich gestatten, auf solche Hilfsmittel zu verzichten. Sie muß von wahrhaft bezauberndem Liebreiz gewesen sein; als sie einst auf vieles Bitten an einem Sonntage in der Kirche St. Roch die Kollekte übernahm, konnte das Gotteshaus kaum die Menge der Menschen fassen, die den Anblick genießen wollten, die Holde mit dem Klingebeutel durch die Reihen der Gläubigen schreiten zu sehen, und das Resultat der Sammlung betrug 20 000 Franken. Das Bild der schönen Frau machte förmlich die Reise um die Welt; der weit umhergekommene Chamisso behauptet, ein Konterfei von ihr in China gesehen zu haben. Viel bewundert,

wie ihr Äußeres, wurde anfangs auch die Tugend Juliettes, doch auch über diese soll der unwiderstehliche Montrond später einen Sieg erfochten haben.

Ein auf den Zynismus des Jakobinertums folgender Luxus, wie er im Hause Récamier getrieben wurde, durchdrang bald aber alle Stände und zeigte sich naturgemäß auch in dem leitenden Kreise der Direktoren. Zur Konventszeit war das Luxembourg das Gefängnis für die vornehmsten Verdächtigen gewesen — man hatte damals mehr Bedarf an Kerkern als an Palästen —, nun wurde es seiner eigentlichen Bestimmung zurückgegeben, und seine Prunksäle öffneten sich zumal für die Feste, die Barras gab, der Mann der Repräsentation unter dem direktorialen Pentarchat. Nicht alle seine Kollegen schienen für derartige Vertretung nach außen hin in gleicher Weise geeignet, denn ihre Gattinnen waren keineswegs sämtlich seine Damen; der Präsident Gohier beispielsweise hatte seine Köchin geheiratet. Bei Barras' Gastmählern sah man allerdings eine buntgemischte Gesellschaft; neben vereinzelten Anhängern des ancien régime erschienen hier vor allem bekehrte Jakobiner, die, der Atmosphäre der guten Gesellschaft ungewohnt, um so komischer wirkten, als sie die Allüren der ci-devants wenig erfolgreich zu kopieren und ihre schlechte Erziehung hinter der linkischen Nachahmung feudalen Auftretens zu verstecken suchten. Und wie im Luxembourg nahm in den Salons mancher anderen Kreise die große politische Umwälzung etwas von einem sozialen Karneval an; zu Geld gelangte Wucherer und ihnen ähnliche Elemente drängten sich herbei; an die Stelle der Altadligen traten die nouveaux riches, von jenen als nouvelle canaille angesehen; Finanzbarone und Finanzprinzessinnen tauchten überraschend auf, ohne daß man mußte, woher sie kamen: alles in allem genommen, eine vergoldete Plebs, absolut unfähig, sich ihres frisch erworbenen Mammons mit Anstand zu bedienen. „Damen der Halle" fanden sich plötzlich auf dem Parkett der Salons wieder, und Frauen einer Bourgeoisie von gestern suchten heute schon emsig Verkehr in den Kreisen des alten Adels, um morgen mit den neuen Bekanntschaften renommieren zu können. Und die frisch gekrönten Könige des Mammons gaben selbst Feste, die bis in den dämmernden Morgen hinein dauerten; sie konnten die Geladenen ja mit den seltensten Speisen und den gewähltesten Getränken bewirten; wie man sie mit Anstand zu sich nahm, das freilich blieb ihnen ein Rätsel, an dessen Lösung mancher sich vergebens versuchte. Die über Nacht reich gewordenen Parvenus waren überhaupt gern bereit, alle möglichen Opfer zu bringen, um sich ihre Stellung zu sichern, und da sie gehört hatten, daß ein großer Teil der guten Gesellschaft für Musik Interesse habe, besuchten auch sie Konzerte, freilich nur, um sich dort mit Heroismus zu langweilen; die Frauen nahmen, sogar noch in vorgerückteren Jahren, Klavierstunden und machten keine Badereise, ohne ein Fortepiano mitzuführen. Auch sah man in den Zimmern dieser Damen das Modeinstrument der Zeit, eine der kostbaren, von Erard gebauten Harfen, wenn auch nur als Dekorationsstück, und Garat, der stimmbegabte Liebling des Pariser Publikums, sang hier wohl, von Méhul oder Cherubini begleitet, seine süßlichen Romanzen. Man versteht, daß Madame Angot, ein Fischweib, in unzähligen Bühnenstücken durch alle Situationen geführt wurde, in denen reich gewordenes Plebejertum, in indische Stoffe und brabanter Spitzen gehüllt, sich weidlich lächerlich machen kann. Bessere Gesellschaft fand man im allgemeinen auf der „Klein-Koblenz" genannten, viel besuchten Promenade, wo unter den alten Bäumen schöne Frauen lustwandelten, vielleicht die noch schönere Tallien beklatschten und im Vorübergehen ihren Courmachern zulächelten. Freilich verkehrten auch hier neben den Damen der feinen Welt die Kreise der Halbwelt; die aufgeklärte Zeit schlug eben eine Brücke zwischen früher scharf getrennten Ständen, und der Ton, selbst der gebildeten Frauen, war unter dem Direktorium sehr frei. Einen ganz besonderen Charakter trug aber der Garten von „Petit-Coblence" insofern, als er das Hauptquartier der Unzufriedenen war; eine ganze Vendée fand sich hier zusammen, und die Fächer, die die königstreue Damenwelt handhabte, verstanden geschickt zu manifestieren; in bestimmte Falten gelegt, zeigten sie, wie uns die Gebrüder Goncourt belehren,

denen wir so manche interessante Notiz über die Direktorialzeit verdanken, auf schwarzem Grunde die verpönte weiße Lilie der Bourbonen, und wenn man sie gegen die Sonne hielt, erschienen die Bilder Ludwigs des Sechzehnten, der Königin und des Dauphins. Nahmen aber die promenierenden, in die Trauertoilette der Royalistinnen gekleideten jungen Frauen auf den Bänken des Gartens Platz und ließen ihre Füße mit herausfordernder Grazie unter dem Saume der Kleider hervorlugen, begegnete das durch den lieblichen Anblick gefesselte Auge auch hier dem mit Silberfäden in die Strümpfe eingestickten Lilienmuster.

Vor allem aber wurde unter Führung der Frau Tallien und ihrer Freundinnen die Mode beherrscht durch eine Art Antihomanie. Der ganze Olymp lebte wieder auf mit aller seiner klassischen Nacktheit, die Arme entäußerten sich der Kleidung mehr und mehr, und die unteren Extremitäten folgten ihrem Beispiel, höchstens daß Sandalen tragende, mit Gemmen geschmückte Riemen sich um die Knöchel schlangen. Das Griechentum mit seinem Kultus der schönen Form, wie sie am vollendetsten sich in den Linien des menschlichen Körpers zu erkennen gibt, hatte es diesen Republikanerinnen des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts angetan, und die Toiletten, die Begehrenswertes scharf markierten, übertrafen an herausfordernder Kühnheit bald alles, was die Monarchie sich je geleistet hatte. Viele Frauen machten den Eindruck, als seien sie eben der Badewanne entstiegen; ja man kann sagen, manche war kaum mit etwas anderem bekleidet als mit ihrer Schamhaftigkeit, und diese war oft fadenscheinig genug. Und wenn eine der „Merveilleusen" — so lautete die Bezeichnung für diese Modenärrinnen — wirklich noch einen Kleiderrock trug, war er so kurz, daß sie, einem Anbeter ein Stelldichein bewilligend, zu seiner Information wohl hinzufügen konnte: „Sie können mich leicht an meinen grünen Strumpfbändern erkennen". Kein Wunder, daß ganze Scharen junger Mädchen und Frauen einer Kostümierung zum Opfer fielen, die dem Klima der Gallia braccata so wenig entsprach. Die Modetorheiten der Frauenwelt wurden aber — so fabelhaft es klingt — fast noch übertroffen durch diejenigen der jungen Männer; den „Merveilleusen" stehen die „Incroyables" zur Seite oder, wie sie selbst sich nannten, „Incoyables" — denn es galt für vornehm, den Buchstaben „r" nicht zu sprechen — „unglaublich" moderne Leute, die „Gigerl der Revolution". Der „Incroyable" trug eine sein Gesicht fast zur Hälfte bedeckende, unter Verwendung von vier Ellen Musselin gefertigte Kravatte, möglichst von grüner Farbe. Die Jakobiner perhorreszierten das Grün, weil Charlotte Corday bei der Ermordung Marats einen Hut dieser Farbe getragen hatte; so wurde es naturgemäß von allen bevorzugt, denen das Ereignis des 9 Thermidor als eine Rettung des Staates aus großer Gefahr erschien. Ein derber Knotenstock und eine plumpe Lorgnette mit großen Gläsern vervollständigten die Toilette der Incroyables, die bald auch wieder den Mut fanden, weiße Wäsche zu tragen, was zur Konventszeit als unerhörter Luxus gegolten hatte.

Die so wunderlich vermummte Jugend beiderlei Geschlechts fand sich aber doch zurück zu den natürlichen Freuden ihrer Jahre; vor allem trat sie in eine voll ausgenutzte Ära des Tanzes ein. In früheren Palästen und einstigen Klöstern, die zu Ballsälen hergerichtet wurden, vermählte der Rhythmus die Paare; Brust an Brust gedrückt, daß der Atem sich mischte, wirbelten sie dahin, fest ineinander geschlungen, Kreiseln gleich, die sich drehen, gewiegt vom Takte eines deutschen Walzers, der eben seinen Siegeszug über den Rhein begonnen hatte. Und neben dem Tanze liebten die Sechzehn- und Zwanzigjährigen vielleicht noch mehr die Tänzer oder die Tänzerinnen. Daneben aber betrieben die jungen Herren den Sport der Körperkultur; mancher Don Juan war im Nebenamte ein Herkules. Diese Athleten bedurften jedoch zur Aufrechterhaltung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit entsprechender Mengen von Speise und Trank; Schlemmereien waren daher an der Tagesordnung, und es gab Leute, die, wie der spätere General Junot es liebte, ihren Magen für die Aufnahme der Hauptmahlzeit durch den Genuß von ein paar hundert Austern vorbereiteten. Und die Frau wetteiferte mit den Männern um die Palme der Muskelpflege; der Schauplatz, auf dem sie

in Tätigkeit trat, war bald nicht mehr ihr Heim, sondern die Arena, und in automedontischen Regungen erstickte jedes hausmütterliche Gefühl. Ja auch in der massenhaften Nahrungsaufnahme suchte sie es den männlichen Vorbildern gleichzutun, und so verlor manche Rose ihren Duft. Ältere Damen aber widmeten sich mit Vorliebe dem Spiel, das seine Anziehungskraft auch jetzt wieder bewährte; doch verwendeten sie selbstverständlich republikanische Karten, auf denen die Könige Hüte und die Königinnen rote Freiheitsmützen trugen.

Weit eifriger noch als dem Tanze, dem Sport, den Tafelgenüssen und dem Spiel huldigte man aber den Freuden der Liebe. Das achtzehnte Jahrhundert ist ja ausgesprochenermaßen dasjenige des Weibes und trägt, wenigstens soweit Frankreich in Betracht kommt, ganz entschieden das Parfum der Frau; daher spielte man auch in den direktorialen Tagen mit der Liebe kein Verstecken, und die damals so tolerante Moral gab allem, was weiblich war, eine Art Recht auf Abwege. Besonders waren — was ja freilich auch zu anderen Zeiten gewesen ist und sein wird — die Heldinnen der Bühne so gefällig wie begehrt; Mademoiselle Contat, in den Kreisen der Halbwelt und nicht minder in der Welt der Kulissen ein helleuchtender Stern, dazu vom Nimbus der großen Dame umstrahlt, liefert den Beweis: politisch neutral, erhörte sie, die einst dem Grafen Artois, dem Bruder Ludwigs des Sechzehnten, nahe gestanden hatte, später den Fleischer Legendre, den vielgenannten Konventsmann. Manche dieser Theaterdamen vertauschte aber gern die Bühne mit einem behaglichen Familienheim, so die schöne Mademoiselle Lange, die ihren früheren Geliebten, den wohlsituierten Wagenbauer Simon, heiratete und ihn, in der ars amandi vielseitig geschult, sehr glücklich machte; und als bald darauf Simons verwitweter Vater ebenfalls eine liebreizende Schauspielerin, Mademoiselle Candrille, ehelichte, kursierte das Witzwort: que j'amais plus belle-mère n'avait eu plus belle-fille. Allen nach Hymens Fesseln sich Sehnenden kam aber der Citoyen Liardot entgegen, dem es vorbehalten blieb, das erste Heiratsbureau in Paris zu eröffnen. Der geniale Manager wollte den Bürgerinnen — Jungfrauen oder Witwen —, die einen Gatten suchten, aber fürchteten, durch dahin zielende Offerten die Sittsamkeit, „das Erbteil ihres Geschlechts", wie er sich höflich genug ausdrückte, zu verletzen, Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Wünsche geben. Diskretion natürlich Ehrensache. Und das Geschäft entsprach zu genau dem Bedürfnis, als daß es nicht hätte gehen sollen; nur stellte sich, wie immer in solchen Fällen, bald die leidige Konkurrenz ein. Freilich bemühte man den Standesbeamten oft ziemlich zwecklos; unzählige Male wurde das Band, das er geknüpft hatte, schon nach kurzer Zeit mutwillig wieder zerrissen. Die eheliche Gemeinschaft der Direktorialzeit war oft nur temporär; man engagierte sich, als handle es sich um einen Kontertanz, und löste den Bund, wie man etwa von einem kurzbefristeten Mietskontrakte zurücktritt. Mancher Frau brach freilich fast das Herz, wenn sie die Scheidungsurkunde unterzeichnen sollte, wie Julie Carreau, der Gattin des Schauspielers Talma; aber auf eine, die die Trennung beklagte, kamen hundert Freiheitslüsterne. Denn seit Helena den Menelaos verließ, hat es zu allen Zeiten Frauen gegeben, die die Ehe als lästige Fessel empfanden. Derartig lockere Anschauungen erzeugten natürlich oft die wunderbarsten Konstellationen; so heirateten manchmal Frauen im Herbste Soldaten, wenn diese in die Winterquartiere einrückten, obgleich die unbeständigen Söhne des Mars von vornherein erklärten, sie würden sich zur Frühlingszeit, sobald es wieder ins Feld gehe, unter allen Umständen scheiden lassen, und ganz deutlich spiegelt sich der frivole Geist der Zeit in folgender Erzählung wieder: Als Therese Cabarrus mit Herrn v. Fontenay in Scheidung lag, bat sie ihn zum Abschiede um einen Schmuck, der ihr besonders gefiel; er aber antwortete: „Ich werde ihn aufheben und dir schenken, wenn du erst meine Geliebte sein wirst". Bei solchen Ansichten über das Verhältnis zwischen Mann und Weib war der aus Italien importierte „cavaliere servente", ein Ersatz des Gatten auf vielen, manchmal vielleicht auf allen Gebieten, gewissermaßen eine Bürgschaft häuslichen

Friedens; der Frau wurde die Ehe nicht langweilig, und dem Herrn Gemahl schmeichelte es, daß seine Auserwählte einen Bewunderer fand.

In erster Linie waren aber wie zur Jakobinerzeit, so auch unter dem Direktorium die geräumigen Baulichkeiten und Gärten des Palais Royal das Paradies aller Verliebten. Erotische Beziehungen wurden hier schon bei lichtem Tage angesponnen, denn unter den Galerien, die zum „Theater der Republik" führten, hielten entgegenkommende Mädchen kaltes Frühstück feil; andere verbargen ihr wahres Gewerbe hinter dem Verkauf von Modewaren, Quasten, Lavendelwasser, Kettchen, Siegellack und ähnlichen Dingen, und wieder andere, offenherziger als jene, befestigten an ihrer Tür irgendein obszönes Bild als Symbol ihrer Reize und ihres Metiers. Besonders in den vornehmen Hotels und Restaurants, wo einstige Köche von Herzögen und Erzbischöfen jetzt ihre Kunst in den Dienst des großen Publikums stellten und Angehörige derjenigen Kreise verkehrten, die sich Trüffeln in Champagner kochen ließen und jährlich dreihundertfünfundsechzigmal Erdbeeren aßen, gab es „freundliche Bedienung"; daneben aber war noch etwa jedes zehnte Haus ein Asyl galanter Weiblichkeit. Im Palais Royal fand man so ziemlich alles, was Paris an feineren Kurtisanen aufzuweisen hatte: große und kleine, robuste und solche, die zierlich waren wie Puppen, Marien, Annen und Mariannen — kurz jedem Geschmacke war Rechnung getragen. In einem Keller dinierte man sogar beim Klange der Hörner einer Damenkapelle, deren Mitglieder als Nymphen gekleidet waren. Und im Garten schlenderten, zum Opferdienst bereit, die Priesterinnen der Liebe einher; meist ganz in Weiß — die Farbe der Unschuld! — gehüllt, nur die Füße mit mattrosafarbenen Schuhen bekleidet, erschienen sie wie Töchter der Luft, auf blassen, rot gesäumten Wolken einherschwebend. Und durch ihre Reihen drängt sich — Augenweide anderer, lieblicherer Art — ein junges Blumenmädchen, die kleine Marie, die, einst im Dienste der Herzogin von Orleans stehend, nun der im Palais Royal wohnenden, von ihrer Höhe gestürzten gütigen Gebieterin tagtäglich einen blühenden Strauß überbringt. Wob aber sinkende Dämmerung um die prächtigen Alleen diskrete Schleier, so vervielfältigten sich die Scharen schöner Frauen, die die promenierenden Lebemänner ansprachen und sie baten, mit ihnen glücklich zu sein und das Leben zu genießen. Das waren nicht die dürftigen Mädchen, die man auf den Straßen und Plätzen der Stadt traf, geeignet, zur Enthaltsamkeit zu erziehen, nein, moderne Aphroditen mit üppigem Busen und nackten Schultern — Meisterwerke einer von Triebkraft überschäumenden Schöpfung und Vollblutdemimondänen, deren Lebenssymphonie, begreiflicherweise nichts weniger als eine Pastorale, sich vielmehr aufbaute auf dem oft variierten Thema: „Freude, schöner Götterfunken"; völlig moralinfreie Wesen, die, über engherzige Skrupel erhaben, lebten, um zu lieben, und liebten, um zu leben. Und hier und da glückte es vielleicht auch einer Häßlichen und Alten, wenn das schwache Zwielicht lauer Sommerabende ihr günstig war, einem liebeshungrigen Nachtwandler das dichte Boskett entlegener Winkel zum Venustempel zu gestalten.

Zwei Mächte waren es hauptsächlich, die nach der Hölle der Terreur den Parisern das Eden der Direktorialzeit schenkten: die Jugend und die Liebe. Was würde Robespierre gesagt haben, wenn er diesen Wandel hätte schauen können, er, der Todfeind jeder Lebensfreude, dem selbst das Lächeln zur Grimasse ward, und dessen Züge, nach Mirabeaus Ausspruch, etwas von denjenigen einer Essig saufenden Katze hatten? Tempora mutantur.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

ſt Ihnen der Unterſchied zwiſchen der erſten Kriegszeit und der Gegenwart ganz klar? In der erſten Zeit haben wir uns immer abends mit dem Gedanken zu Bett gelegt: morgen iſt vielleicht der Krieg zu Ende. Damals haben uns die großen Ereigniſſe erregt und wir haben darüber alle kleinen Unbequemlichkeiten vergeſſen. Heute wiſſen wir, wenn wir ſchlafen gehen, genau, daß morgen der Krieg noch nicht zu Ende iſt, auch nicht übermorgen. Wir nehmen die größten Geſchehniſſe ruhig hin — hören Sie einmal hin, wovon die Leute am meiſten ſprechen. Ich ſage es nicht, ſonſt finden Sie wieder, ich ſpräche zuviel vom Eſſen. Jedenfalls hat uns die Entwicklung zum Warten erzogen, gegen gewaltige Geſchehniſſe abgeſtumpft und es dahin gebracht, daß wir nur noch vom —, ich will es nicht erwähnen, wovon wir nur noch reden. Wir ſind kleiner geworden, aber ruhiger, weniger leicht begeiſtert, aber kaltblütiger, ausdauernder, auch wenn nicht jeder Heeresbericht einen großen Sieg bringt, und ſo geduldig, daß wir ſtillhalten würden, auch wenn uns die Reichsbank das Gold aus den Zähnen bohren laſſen würde. Es gab eine Zeit, da uns jemand, der in die Sommerfriſche gehen wollte, verächtlich erſchien. Heute ſind die Adreſſen von Hotels und Penſionen, wo man noch „alles" bekommt, ein Austauſchartikel, der von Hand zu Hand geht. Iſt es ein Herunterſinken von einer Höhe, iſt es eine eherne pſycho-phyſiologiſche Notwendigkeit, iſt es Materialismus oder geſunde Zeitphiloſophie nach dem Grundſatz, daß, wer irgend kann, vom Standpunkt aller oder wenigſtens ſeiner Umgebung, vernünftig handelt, wenn er friſche Kräfte ſammelt und die Schlaraffenprovinzen durch ſeine eſſende Anweſenheit ſchädigt? Jedenfalls iſt es das Zeitproblem des Großſtädters: Wie bekomme ich wo was zu eſſen, ohne auf dem Wege dahin für den Fahrpreis zu opfern, was mir der Kriegswucher daheim gerade noch übrig gelaſſen hat? Verſchärft wird das Problem noch dadurch, daß die Dinge heute ſo liegen, daß uns auf dem Wege zum Bahnhof und während des Wartens auf das Billet die allgemeine Preisſteigerung oder die raſche Einführung einer neuen Steuer den Betrag wegzunehmen droht, der uns für einige langerwartete Wochen die eßbaren Lebensannehmlichkeiten des Landbewohners verſchaffen ſollte. Schon hängt uns auch der geiſtige Brotkorb höher und wenn wir auf des Dichters verſchlungenen Pfaden verfolgen wollen, wie Ludwig ſeine Minna kriegt, ſo erhebt der Verleger auf den Mitgenuß von Ludwigs Sehnſucht und Minnas Schmerzen höhere Gebühr. Die Kriegsgewinnler werden bald ihre Reichtümer in Konverſationslexiken, Reiſebeſchreibungen, Wörterbüchern, Kriminalromanen und lyriſchen Gedichtsſammlungen verſtecken können, im Volk der Dichter und Denker werden die Dichter ihre Verſe durch das Medium des beſchriebenen Papierkragens verewigen und die Denker ihre Gedanken für ſich behalten müſſen. Das Eſſen und Trinken nimmt ſchon ſehr wenig Zeit in Anſpruch, die meiſten Reiſeluſtigen müſſen ſich mit einem Gang nach dem Bahnhof und einem Blick auf die Landkarte begnügen, die Lektüre wird ein Vergnügen der reichen Leute, der Beſuch eines Reſtaurants iſt heute ſchon gleichbedeutend mit einer Finanzkataſtrophe, bald wird für die freie Zeit nichts übrig bleiben, als das Spazierengehen. Die Steuerbehörde braucht dann nur jedem von Staats wegen ein Pedometer umzuhängen und eine Kilometergebühr zu erheben, um eine allerliebſte neue Abgabe zu erzielen, über die ſich wirklich keine wirtſchaftliche Intereſſengruppe beklagen kann, was für eine Steuer alles möglich iſt. So bleibt niemand und nichts von der ſpezifiſchen Wirkung der Zeit verſchont, und daß wir an einer Zeitenwende ſtehen, zeigt ſich nirgends deutlicher, als in den Schneiderateliers, in denen alles, was eine Nadel führen und eine Schere ſchwingen kann, von morgens bis abends damit beſchäftigt iſt, der männlichen Kundſchaft das Innere nach außen zu kehren. Ein gewendeter Gent iſt auch ein Gent, wir leben in einer demokratiſchen Zeit und wer geſtern noch rechts ſtimmte, präſentiert

sich heute wenigstens äußerlich links. Äußerste Ausnützung der wirtschaftlichen Güter ist das Motto der Zeit. Die menschliche Arbeitsmaschine wird mit einem Bruchteil der früher verwendeten Stoffe in Betrieb gehalten, ein Meter Tuch deckt heute die menschlichen Mängel noch einmal solange und ein Angler fängt heutzutage eher ein Krokodil, als einen alten Stiefel. Es wird nichts mehr weggeworfen, außer dem Geld, das die Kriegsgewinnler hinauswerfen; was früher in die Wurst hineingearbeitet wurde, war nicht immer erkennbar, heute ist es gewiß, daß auch der Strick dabei ist, an dem das Schwein geführt wurde, und wenn man das Quicken in Büchsen einmachen könnte, würde die Z. E. G. dafür sorgen, daß wir selbst das aus Neutralien zu genießen bekämen. Der berühmte Mann, der so sparsam war, daß er eine Warze im Genick als Kragenknopf benützte, wird bald Nachfolger haben. Wirtschaft, Horatio! Dieser Ruf ertönt in allen Sprachen Europas. Die Internationale der Arbeit starb an der ersten Kriegserklärung, die Internationale der Verbrauchssparsamkeit entstand und gedieh durch den Krieg. Man sieht: in einem müssen die Völker einig sein, ob sie wollen oder nicht. Ihre heiligsten Güter wollten sie nicht gemeinsam wahren, ihre täglichen Güter müssen sie gemeinsam sparen. Mit dem kleinen, aber angenehmen Unterschied, daß unsere Sparsamkeit produktiv ist, und infolgedessen mit jedem Eisenbahnzug, der aus den neubefreundeten Gebieten eintrifft, unsere Güterdecke wieder länger wird, von den erfolgreichen Anreizen der Entbehrungszeit für unsere technischen und chemischen Erfinder nicht zu reden, während die Sparsamkeit der anderen nicht nur unangenehm, sondern auch zwecklos ist. Wir haben einen greif- und errechenbaren Vorteil davon, wenn wir alte Hosen tragen, unsere Feinde nur den Nachteil der Uneleganz. So ist ein Unterschied zwischen der Ökonomie des erfolglosen und derjenigen des erfolgreichen Krieges. In dieser Periode hoffnungsfreudigen Verzichtes auf alle möglichen Dinge, ohne die wir früher nicht leben konnten, ziehen die Gewaltigen des Reichswirtschaftsamtes die Grenzlinien zwischen Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft, und diese Grenzfestsetzung vollzieht sich so wenig schmerzlos, wie die zwischen Rumänien und Ungarn, uns und Polen. Die große Firma des deutschen Wirtschaftslebens steht in Unterhandlungen über den Eintritt eines Partners, dem allerlei unangenehme Eigenschaften nachgesagt werden, dem Vater Staat. Die deutsche Einfuhrwirtschaft soll die unangenehme Gewohnheit der Eltern annehmen, die den Kindern statt dessen, was auf dem Wunschzettel steht, die praktischen Sachen schenken, mit denen man nicht spielen kann. Vom Nutzen soll die Welt unserer Zukunft regiert werden, und das Angenehme soll spärliche Zugabe sein. Wenn wir uns wieder an schönen, fremden Dingen erfreuen wollen, droht die Hexe Valuta mit der Rute und die böse Tante Ökonomie protestiert zeternd, daß die Schiffe draußen mit lockendem Tand beladen werden. Die Besitzer der großen Firma sträuben sich noch, aber sie werden den unangenehmen Partner aufnehmen müssen. Vor die Tugend haben die Götter den Schweiß gesetzt, vor die künftige Gütererzeugung und Einfuhr setzen sie den Geheimrat. Übergangswirtschaft, Horatio! Diejenigen, die jahrelang Orgien des Verdienens feiern durften, wird es hart ankommen, wenn sie sich auf einmal zugleich dem Druck der verschärften staatlichen Wirtschaftskontrolle, dem neuen Wettbewerb des Friedens und dessen veränderter Konjunktur und dem mikroskopisch scharfen Blick der Steuerbehörde ausgesetzt sehen. Von Götterdämmerungsgefühlen müssen die großen Verdiener sich jetzt schon ergriffen fühlen. Aber ist auch das Privateigentum nie schärfer angefaßt worden, so ist es auch nie sicherer gewesen als heute, seitdem der erste gigantische Versuch, es zu beseitigen, in Rußland mit einem gigantischen Fehlschlag zu enden beginnt. Einer neuen Kategorie des Eigentumsbegriffes zeigt sich die Menschheit selbst dort abgeneigt, wo ihr dessen Segnungen mit der Befreiung vom Zarismus zusammen beschert wurden. Aus der Weltumwälzung bleibt überall ein Stück Staatssozialismus zurück, auch im Lande Cobdens und Bastiats, aber vor dem Bolschewiki-Evangelium ist nach den Erfahrungen des vierten Kriegsjahres Europa sicher. Zukunftswirtschaft, Horatio!

Ihr Nemo

Nach der dritten Lesung

Am 14. Mai wurde die Wahlrechtsvorlage in dritter Lesung mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt (zweite Lesung 235 : 183). Aber auch die Kommissionsfassung des § 3 (Pluralwahlrecht mit 5 Zusatzstimmen) fand diesmal keine Mehrheit, während sie in zweiter Lesung noch mit 232 : 183 Stimmen durchgegangen war. Dies infolge des Abschwenkens der Rechtsnationalliberalen, die für einen besonderen Antrag aus ihrer Mitte stimmten. Da nun aber auch eben dieser sogenannte veränderte Antrag Lohmann, der zwei Zusatzstimmen vorsieht, völlig in der Minderheit blieb, so ist die tatsächliche Lage nach der dritten Lesung die, daß im Kernpunkte der Regierungsvorlage eine Lücke oder ein Vakuum entstanden ist.

Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, muß (Art 107 der Verf.) nach mindestens 21 Tagen eine zweite Abstimmung erfolgen. In der Tat ist eine solche bereits auf den 4. Juni festgesetzt. Zeitigt sie ein anderes Resultat, etwa durch Annahme eines irgendwie gestalteten Kompromisses — neue Anträge können nämlich bei ihr gestellt werden*) —, so wäre die sogenannte „fünfte Lesung", d. h. abermalige Entscheidung nach mindestens drei Wochen, erforderlich. Denn offenbar bezweckte der Gesetzgeber bei Art. 107, jede materielle Abänderung der Verfassung einer wiederholten Prüfung zu unterwerfen, um Zufallsbeschlüsse und Übereilungen zu verhindern**).

Bleibt es dagegen im Juni bei dem Ausgang vom 14. Mai, womit gerechnet werden muß, so geht, wie schon jetzt feststeht, die Vorlage mit der Lücke ans Herrenhaus. Gewisse Geschäftsordnungskommentare des Abgeordnetenhauses erklären zwar die weitere Behandlung solcher „Torso"-Entwürfe durch den anderen parlamentarischen Faktor der Gesetzgebung für unzulässig. Die Regierung hat jedoch durch den Mund des Ministerpräsidenten erklärt, daß auch das Herrenhaus noch „mit der Vorlage befaßt werden" solle. „Sollte dieses dem geordneten Gange der Gesetzgebung entsprechende Verfahren, entgegen der Erwartung der Staatsregierung, innerhalb gemessener Frist nicht zur Annahme des gleichen Wahlrechtes führen, so wird die Auflösung des Hauses für den ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist." Dazu bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Wenn in der Erklärung der Regierung von der Kriegslage die Rede ist, so ist damit lediglich der prägnanteste Ausdruck gewählt worden, wie dies in einer programmatischen Erklärung notwendig ist. Selbstverständlich sollen damit alle während des Krieges sich geltend machenden Momente gemeint sein, militärische wie politische und wirtschaftliche, die für die Entschließung der Staatsregierung maßgebend sein können. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die Wahl des Zeitpunktes für eine eventuelle Auflösung ausschließlich von der königlichen Staatsregierung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse getroffen werden kann. Wenn die Regierung den von ihr gewählten Weg geht, so geschieht das mit dem vollen Bewußtsein, daß sie damit am besten dem Wohle des Landes und des Volkes dient. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, liegt heute noch im Dunkeln. Jedenfalls braucht auf die Hoffnung nicht verzichtet zu werden, daß aus dem Fortgang der Verhandlungen sich ein günstiges Resultat ergeben wird.

Aus diesen Äußerungen geht unzweideutig hervor, daß die Regierung sich von niemandem drängen lassen will, weder von extremen Forderungen der Rechten auf eine wirkliche Verfälschung des gleichen Wahlrechtes, noch von dem Ansinnen des „Berliner Tageblattes". und „Vorwärts", sofort aufzulösen, weil die Dinge sich nicht übers Knie brechen ließen. Mögen die Wahlrechtsverhandlungen unserer

*) Vgl. Conrad Bornhak in der „Norddeutschen Allgem. Zeitung".

**) Nach dieser „ratio legis" könnte bei immer erneuten Abänderungen das Spiel der wiederholten Abstimmung in infinitum weitergehen. Als „Grenze" gilt aber die „fünfte Lesung".

besonders nervösen und ungeduldigen Zeit noch so gedehnt und endlos vorkommen, in Lebensfragen des Staates muß eben einfach Zeit und Selbstbeherrschung da sein, bis alle, aber auch alle Möglichkeiten der Lösung erschöpft sind. Soll man wirklich auf eine Versöhnung der Gegensätze oder wenigstens einen gerechten Ausgleich der Forderungen verzichten, weil die Erkenntnis — und zwar auf allen Seiten — erst allmählich reifen kann?

Wir haben keinen Anlaß, die Möglichkeit eines solchen Ausgleiches zu verneinen, betrachten das Problem vielmehr noch so, wie vor vierzehn Tagen an dieser Stelle ausgeführt wurde. Wann allerdings die Verständigung eintreten mag, ob schon in den kommenden Wochen oder erst nach dem Eingreifen des Herrenhauses, läßt sich natürlich nicht sagen.

Die Ansichten und Absichten der Parteien sind zur Zeit in Kürze folgende:

Auf der Rechten hat der Ausgang der zweiten und dritten Lesung begreiflicherweise eine zuversichtliche Stimmung gezeitigt. Wir meinen damit allerdings nicht das unverantwortliche Gebahren in der „Deutschen Zeitung", wo die Frage aufgeworfen wird, warum man nicht den status quo ante wiederherstellen sollte und das Juliversprechen anders behandelt werden müsse als jenes von 1908 unter Bülow. Aber z. B. die „Kreuzzeitung", obwohl sie etwas ärgerlich der Lohmanngruppe die Schuld für Entstehung des „Vakuums" zuschiebt, glaubt doch immerhin an seine Ausfüllung, wenn auch zunächst nur vom Entgegenkommen der Wahlrechtsfreunde gesprochen wird. In einer Zuschrift der „Deutschen Tageszeitung" werden aber schon Rechte und Mittelparteien in einem Atem genannt, wo von „Bereitwilligkeit zur Verständigung" die Rede ist. Und die Freikonservativen haben durch ihren neuen Führer, Justizrat Lüdicke, in dritter Lesung bereits die „Brücke der Verständigung" näher bezeichnet; es ist der Antrag Lohmann, bei welchem — wie wir hinzufügen können — insbesondere auf Punkt 4 (Selbständigkeitsmerkmal der zweiten Zusatzstimme) Wert gelegt wird. Die von der „Berliner Börsenzeitung" aufgebrachte Nachricht, daß man in diesen Kreisen eine sogenannte „Haushaltsstimme" (also in der Hauptsache ein Mehrstimmenrecht der Verheirateten) neben der auch vom Vizepräsidenten Dr. Friedberg gebilligten Altersstimme beantragen wolle, entbehrt, wie wir bestimmt wissen, jeglicher Unterlage; ein solcher Antrag würde ja auch, wie das genannte Blatt selber zugeben muß, nur eine „Scheinsicherung" darstellen.

Im Gegensatz dazu zeigt sich auf der Linken eine gewisse Resignation, mit der die Möglichkeit einer „Verständigung" erörtert wird. Die Reformregierung muß sich von dieser Seite bittere Vorwürfe über Schwäche und Versagen machen lassen. Der „Vorwärts" versteigt sich ihr gegenüber sogar bereits zu dem indirekten Vorwurfe der „unehrlichen Politik" (16. Mai). Irgendwelche Konzessionen werden weit abgewiesen. Der Großberliner Parteitag der Fortschrittler betont das „unverrückbare Festhalten" an der Forderung des gleichen Wahlrechtes, und das Organ der Berliner Sozialdemokratie ist schon über den Gedanken einer Altersstimme empört. „Was kann da alles noch kommen." Verständnisvoll arbeitet man Hand in Hand. Der verantwortungsbewußte Führer des schwäbischen Freisinns, Konrad Haußmann, prägt im Parlamente seines Heimatstaates die Sentenz: „Am Tage der Herabsetzung der Brotrationen lehnt der befangene Dreiklassenlandtag in Preußen das gleiche Wahlrecht ab," und wirft mit herzlich bedauernder Miene den Giftbrocken unter das Volk. Prompt findet sich tags darauf die Äußerung an der Spitze des „Vorwärts", der froh ist, für diesmal der Mühe des Stichwortsuchens überhoben zu sein.

Gegenüber dieser Prinzipienstarre (fiat iustitia, „wie wir sie auffassen", pereat Borussia), die auf der Linken noch stärker vorhanden zu sein scheint als bei den konservativen Ultras, gewinnen die Mittelparteien an Bedeutung.

„Eine Verständigung zwischen Nationalliberalen, Freikonservativen und Zentrum ist in den letzten Tagen zweifellos angebahnt worden", heißt es im „Berliner Tageblatt". Dementsprechend finden wir in „Nationalliberaler Korrespondenz" und „Germania" eine optimistische Auffassung der Lage. Diese äußert

ihr „volles Verständnis für die Entschlüsse, die das Ministerium für den Augenblick gefaßt hat" und sieht, wenn die „ultima ratio" der Auflösung möglichst hinausgeschoben wird, keine Verschleppung, sondern nur die „Möglichkeit, dabei zu gewinnen, nämlich schließlich doch noch zu einem Ausgleich zu gelangen." (Nr. 223.) Vor der Hand scheint allerdings das Entgegenkommen der anderen als Voraussetzung dieser Verständigung zu gelten. Immerhin, es könnte wohl geschehen, daß die oft bedauerten „Mittelparteien", insbesondere die Nationalliberalen, statt zwischen den „ausgesprochenen" Programmen von rechts und links zerrieben zu werden, diesmal den Kristallisationskern bilden, zu dem hin schließlich auch die glatten Ja- und Neinsager sich bequemen müssen. Das verlangt natürlich ein weitläufiges Kompromiß. Aber liegt darin etwas Unehrenhaftes oder Menschenunmögliches? Wir bestreiten das — wie schon nach der zweiten Lesung — ganz entschieden. Auch die in gewissen Kreisen so beliebte parlamentarische Regierungsweise verläßt zu Zeiten den Boden des alleinseligmachenden Programms der einen Regierungspartei und bildet — wenn es sich um großes handelt, z. B. im Kriege — ein sogen. Koalitionskabinett. Warum sollte nicht auch die entscheidende Frage des preußischen Verfassungsrechts durch eine Koalition der Parteiansichten gelöst werden?

Der Weg ist in der Presse hier und da unseres Erachtens schon richtig beschrieben worden, obgleich natürlich die praktische Beschreitung immer noch andere Gesichtspunkte zutage fördern kann. So etwa schon vor Wochen im „Lokalanzeiger": „Zum Kompromiß wäre nötig, daß das Zentrum seine kulturellen, Freikonservative und nationalliberale Wahlrechtsgegner gemischte etatsrechtliche und sonstige Sicherungen erhalten, und daß das gleiche Wahlrecht nicht in absolutem Sinne ausgelegt wird". Oder neuerdings in der freikonservativen „Post": „Verständigung scheint immerhin nicht aussichtslos, aber nur, wenn nun auch Regierung und Wahlrechtsfreunde positiv entgegenkommen, auf den Boden eines Wahlrechts, das auf der Grundlage grundsätzlich anerkannter Wahlrechtsgleichheit Differenzierung vornimmt." Darin liegt kein Widerspruch, sonst müßte man die allgemein geübte Rechtsgewohnheit der Gesetzesklausel für hinfällig erklären.

Nun haben ja die Wahlrechtsgegner bereits Vorteile zu buchen.

Zunächst die von der Regierung halb und halb bewilligte Altersstimme. Wenn man sich auf den absoluten Standpunkt des gleichen Wahlrechts stellt, ist auch sie schon unannehmbar, denn „jede Mehrstimme, mag sie vielen oder wenigen zugute kommen, ist eine Durchbrechung des gleichen Wahlrechts" („Frankfurter Zeitung" vom 14. Mai, 2. Morgenblatt). Außerdem mag auf die Benachteiligung gewisser hygienisch schlechter gestellter Arbeiterkreise und vor allem der in ihrer Gesundheit geschädigten Kriegsteilnehmer hingewiesen werden. Aber wir können ja diese absolute Betrachtung gar nicht durchführen, sonst müßte man auch den unter 25 Jahre alten Preußen und den Frauen das Wahlrecht geben. Gewisse „Abstufungen" sind also bereits anerkannt.

Ferner sind die Zentrumsanträge auf Festlegung der Wahlkreiseinteilung und auf eine sogenannte „qualifizierte" Mehrheit bei Verfassungsänderungen (an Stelle der bisher gültigen absoluten Mehrheit) angenommen.

Wichtiger, als für gewöhnlich gedacht wird, kann die in zweiter Lesung beschlossene „Wahlpflicht" sein. Mit Recht begrüßt R. Nordhausen im „Roten Tag" die Maßregel als „die beste und würdigste aller überhaupt noch möglichen Sicherungen". Denn „wie die Dinge liegen, muß gerade das ruhige, zufriedene und deswegen zur Bequemlichkeit neigende Volkselement mit allen Mitteln gezwungen werden, auch seine Meinung und seine Stimme in die Wagschale zu werfen". Nunmehr, wo wir unsere politische Indifferenz nicht mit den barocken Verwirrungen des Dreiklassenrechts entschuldigen können, muß es heißen: alle Mann an Bord des neugetakelten Parlamentsschiffs. Der einzelne darf sich heute nicht mehr einer staatlichen Funktion entziehen, wenn er sich auch noch so erhaben dünkt über den staubigen Kampf der politischen Arena und sich bewußt den Namen eines „Parteilosen" beilegt. Das möge sich auch der auf seinem

Gebiete so tüchtige Karl Scheffler gesagt sein lassen, der kürzlich in der „Vossischen Zeitung" einen von Seltsamkeiten und Irrtümern*) erfüllten Protestartikel über „Wahlpflicht" schrieb. Solange Herr Scheffler nicht auf einer Insel lebt, sondern vielmehr die sonstigen staatlichen Einrichtungen wie wir alle in Anspruch nimmt, kann er sich nicht von der Pflicht entbinden, seine Stimme, die zur richtigen Ausbalanzierung des Ganzen wie die jedes anderen Bürgers notwendig ist, zur Verfügung zu stellen. Er muß mit den Wölfen heulen, was ihn an einer eigenen Tonart ja nicht verhindert. Scheffler sucht die „Ursachen der geringen Wahlbeteiligung in der Art des politischen Lebens und Treibens der Parteien, ihren schlechten Gewohnheiten". Aber abgesehen davon, daß dies nicht der Grund, sondern höchstens einer neben wichtigeren anderen ist, liegt hier ein Irrkreis vor. Denn gerade das apolitische Beiseitestehen der Scheffler und Genossen läßt jenen „schlechten Gewohnheiten" nur immer weiteren Spielraum**).

Andere sogenannte „Sicherungen" sind noch in der Schwebe. Dazu gehören die oft erwähnten Kulturforderungen des Zentrums, deren Verankerung in der Verfassung von dieser Seite gewünscht wird. Während die Nationalliberalen diesmal „fast geschlossen" („Germania" Nr. 228) dafür gestimmt haben, verhalten sich die Konservativen trotz unleugbarer geistiger Verwandtschaft vor der Hand immer noch ablehnend. Abgesehen davon, daß man hier von dergleichen sekundären Maßregeln sich nicht viel verspricht***), wenn das Übel in seiner Wurzel nicht gebessert wird, bestehen auch sachliche Differenzen über Ausmaß und Art der „staatskirchenrechtlichen Verfassungssicherungen" im evangelischen und katholischen Lager.†) Es entbehrt außerdem nicht des pikanten Beigeschmackes, daß die „Germania" neuerdings (Nr. 225) die Notwendigkeit der Zentrumsanträge nicht nur mit der Abwehr nach links, sondern auch — nach rechts begründet, indem sie sich dabei auf eine Schrift des Lizentiaten Aner beruft, die das Christentum gegen den germanischen Götzenkultus „alldeutscher Demagogen" verteidigt. Aner gehört zu der Antivaterlandspartei und den Alldeutschenfressern um Delbrück, Baumgarten, Hobohm usw. Daß sich die Erzbergersche „Germania" zu diesen Kreisen hingezogen fühlt, ist ja weiter nicht verwunderlich, ihre doppelte Front bringt aber jene geistigen Beziehungen zwischen dem konservativen und katholischen Kulturprogramm einigermaßen in Verwirrung.

Die andere, trotz vieler Bemühungen noch nicht verwirklichte Schutzmaßregel liegt in dem Gedanken des Proportionalwahlrechtes. Es ist die Lieblingsforderung der Nationalliberalen, wohl gemerkt nur in der Form des Teilproporzes; denn von der reinen Landeswahl befürchtet man in diesen Kreisen eine Stärkung der Sozialdemokratie und ein Aufwuchern aller möglichen Sonderbündeleien. Diese Gefahr droht in der Ostmark, wo die Verhältniswahl in erster Linie eingeführt werden soll, nicht, da hier das gemeinsame nationale Interesse die Deutschen zusammenhalten wird. Man hat nun wohl gemeint, was nützt den Ostmarken das besondere Wahlverfahren, wenn die allgemeinen Wahlen in Preußen eine laue Mehrheit für die Polenpolitik zeitigen? Das ist ungefähr auch der freikonservative Standpunkt. Immerhin rechnet doch ein ehemaliger Angehöriger dieser Fraktion, der Abgeordnete v. Kardorff, auf einen Gewinn von fünfzehn Mandaten für die drei alten Kartellparteien, wenn der Proporz für die Ostmarken, Oberschlesien und Berlin Wirklichkeit wird. Die Konservativen, die auch in dieser Frage (noch mehr als bei den Zentrumssicherungen) parteipolitisch engagiert sind, lehnen wohl nur aus taktischen Gründen ab, um halben Freunden des gleichen Wahlrechtes unter

*) Für ihn ist z. B. das gleiche Wahlrecht „ein ziemlich wesenloses Symbol, das am inneren Bestand des Staates kaum etwas ändern wird, wenn es die Fassade auch ein wenig umgestaltet".

**) Das betont auch der sonst höchst parteiisch gehaltene „Offene Brief" des Abgeordneten Oscar Meyer an Scheffler in Nr. 247 der „Vossischen Zeitung".

***) In der Tat hat man von links vielsagend auf die Möglichkeit eines Durchbrennens der Sicherungen hingewiesen.

†) Vergl. „Kreuzzeitung" Nr. 143, „Germania" Nr. 141, „Roten Tag" Nr. 100 u. 111.

den Nationalliberalen durch Beseitigung ihres besonderen Bedenkens nicht die Wege zu ebnen. In England ist soeben die teilweise Einführung der Verhältniswahl*) vom Unterhause in der Schlußabstimmung abgelehnt worden. Hier liegen die Dinge aber nationalpolitisch anders als bei uns, das beweist auch die Bemerkung des „Vorwärts", die Gegner des demokratischen Wahlrechtes drüben hüteten sich, den kleinen Finger zu reichen, sie stemmten sich gegen, solange sie noch können. (Ein unfreiwilliger Beitrag übrigens zur Wertung der englischen Muster-Wahlreform.)

Im Mittelpunkt des Interesses stehen die an der Zitadelle des gleichen Wahlrechts selbst vorzunehmenden Veränderungen, vor allem natürlich, wie angedeutet, für die konservativen Parteien. Es ist zugleich die Antwort auf die Frage, wie das jetzt gähnende Loch in der Vorlage ausgefüllt werden soll. Kann der schon erwähnte Antrag Lohmann, gegebenenfalls in nochmaliger Abänderung, die „Brücke zur Verständigung" werden? Wir möchten diese Möglichkeit bejahen und alle Beteiligten eindringlich darauf hinweisen. In seiner jetzigen Gestalt sieht er bekanntlich neben der jedem Wähler zustehenden Grundstimme noch zwei Zusatzstimmen vor, nämlich 1. für die Fünfzigjährigen und 2. entweder für mehr als zehnjährigen Wohnsitz in der Gemeinde, oder mehr als zehnjährige Tätigkeit als Beamter sowohl im Staats- und Kommunaldienst wie bei einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechts (Dieser dritte Punkt findet in Zentrumskreisen Anklang, während für die anderen vor der Hand (?) kein Verständnis besteht) oder endlich für berufliche Selbständigkeit. (Dies der springende Punkt für die Freikonservativen. Vgl. o.)

Die Regierung hat sich nur auf die Altersstimme eingelassen, allem anderen ein schroffes „Unannehmbar" entgegengestellt. Insbesondere trägt nach ihrer Auffassung die Selbständigkeitsstimme plutokratischen Charakter. Prof. Krückmann weist aber mit Recht im „Roten Tag" (15. Mai) auf den seltsamen Sprachgebrauch des Ministerpräsidenten hin, der wirtschaftliche Selbständigkeit mit Plutokratie gleichsetzt.

Die in derselben Rede erwähnten Gewissensopfer werden also lediglich von den Wahlrechtsgegnern verlangt. Aber wenn der Wille zum Kompromiß überhaupt feststeht, — auch der so viel Parallelen bietende ungarische Wahlrechtskampf nimmt scheinbar diesen Verlauf — dann kann doch kein Zweifel darüber herrschen, daß der Weg von allen Teilnehmern gleichmäßig beschritten wird, und daß man nicht mit verschränkten Armen wartet, bis der Gegner die ganze Strecke allein durchmessen hat. Wenn, unseres Erachtens mit vollem Recht, ausgesprochen wurde, daß die Linke nicht bloß der nehmende, sondern auch der gebende Teil sein müsse, findet das „Berliner Tageblatt" darin einen bösen Scherz. Wir können wiederum in diesem starren Shylockgebahren der aufs Königswort pochenden Linken nur einen bösen Scherz erblicken.

Wie steht es denn überhaupt mit dem Königswort bei modernen Verfassungsfragen? Der König von Preußen ist unseres Wissens nicht absoluter Selbstherrscher, sondern nur einer von den drei Faktoren der gesetzgebenden Gewalt. So betrachtet ist er gar nicht in der Lage gegen den Willen der Mehrheit der beiden Häuser des Landtages eine Änderung der Verfassung zu erzwingen. Das wissen die Liberalen ebensogut wie der Konservative Friedrich Thimme, wie auch Herr von Kardorff. Aus Gründen der Objektivität und zur Rechtfertigung der Wahlrechtsgegner muß immer wieder betont werden, daß sich im Frühsommer 1917 die überwältigende Mehrheit der preußischen Abgeordneten auf ein Kompromiß in der Wahlrechtsfrage geeinigt hatte, welches, ganz im Sinne der Osterbotschaft gehalten, für damals recht bedeutende Zugeständnisse machte. Wir wiesen schon am 1. März darauf hin. Wie der stellvertretende Ministerpräsident in der zweiten Lesung auf Befragen erklärt hat, war dieser Beschluß auch dem Monarchen mitgeteilt worden. Trotzdem kam es, allen Beteiligten völlig überraschend und zunächst unverständlich,

*) Vergl. Heft 7, S. 201.

zu dem Erlaß vom 11. Juli. Die Motive der Krone — oder waren es solche des bereits im Abschiednehmen begriffenen Herrn von Bethmann Hollweg? — werden wohl für absehbare Zeit noch Anlaß zu verschiedensten Deutungen geben. Schon beginnt sich der Literaturberg darüber zu wölben. Jedenfalls ist es keine Verzerrung der Tatsachen, wenn man das Bismarcksche Wort von der „Konzession des Monarchen an seinen Minister" wieder aufleben läßt, vorausgesetzt außerdem, daß der Monarch auch rechtzeitig und allseitig über den Stand der Dinge unterrichtet worden war. Juristisch ändern die hier angedeuteten Vorgänge, in deren Mittelpunkt die fünfstündige Sitzung des Kronrats vom 9. Juli v. J. steht, an der Bindung des heutigen Kabinetts ja nichts, aber moralisch-ethisch können sie nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Der Kompromißgedanke ist natürlich nur ein Weg der Lösung. Kann das Ministerium aus Gewissenszwang ihn nicht zu fruchtbarem Ende beschreiten, so bleibt stets die rein machtpolitische Auseinandersetzung, sei es nun, daß die Regierung dem parlamentarischen Widerstande weicht oder mit der Auflösung auftrumpft. Die Gewissensfrage ist nur, ob es sich nicht verlohnt, einen modus vivendi zu suchen und den innerpolitischen Verständigungsfrieden — in gerechter Behandlung des Gegners, so wie die Linke es nach außen verficht — abzuschließen. Auch die Gegner des gleichen Wahlrechts sollen doch in dem umgebauten Hause der Verfassung wohnen bleiben, ohne ins Souterrain gesperrt zu werden! Sie haben nicht die Absicht, mit einer Revolution von oben zu drohen, aber selbst der auf alle Fälle siegesbewußte und kampfbereite „Vorwärts" würde doch anscheinend das Güteverfahren dem Prozeß vorziehen. Im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung haben auch wir diese Lösung noch einmal unterstrichen. Sie wird erschwert, wenn man, wie das vor allem Friedrich Thimme tut*), „das Wort des Königs" in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt und als entscheidend in die Wagschale wirft. Die Minister mögen sich durch dieses Wort gebunden fühlen. Sie haben als Beamte zu gehorchen. Das Parlament als selbständiger Faktor der Gesetzgebung ist nicht gebunden, und wenn eine Einigung in seinem Schoße zustande kommen kann, so ist dieses Ergebnis höher zu werten als ein starres Sichfestklammern an verbriefte Rechtstitel. Das Versprechen vom 9. Juli sollte weder ein Freibrief sein für eine radikale Umwälzung unserer Verfassung noch ein Geßlerhut, dem sich die Wahlrechtsgegner unter allen Umständen beugen müssen. Hardenberg war es, der eine Denkschrift über das „monarchische Prinzip" mit den Worten beschloß: „Salus publica suprema lex esto"!

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Pawel Petrowitsch Skoropadski. Wir sind heute in der Lage, einige wichtige Daten aus dem Leben des Hetmans Pawlo Skoropadski, die zur Beurteilung seiner politischen Entwicklungsmöglichkeiten notwendig sind, zusammenzustellen. Pawel Petrowitsch, als Ukrainer Pawlo genannt, wurde 1876 — nach anderer Mitteilung 1873 — zu Wiesbaden geboren, wo seine Eltern, der im Gouvernement Poltawa und Tschernigow angesessene Gutsbesitzer Peter Skoropadski und dessen Gemahlin, geb. Migraschewskaja, zum Kuraufenthalt eingetroffen waren. Ein älterer Bruder und eine jüngere Schwester starben frühzeitig, ebenso wie die Eltern. Im Elternhause wurde vornehmlich englisch und fran-

*) Vgl. neuestens „Deutsche Politik", Heft 19.

zösisch gesprochen, was nicht hinderte, daß die Familie sehr häufig nach Deutschland reiste und in Wiesbaden verweilte. — Der jetzige Hetman ist im Petersburger Pagenkorps erzogen und trat dann in das vornehmste Regiment der russischen Armee, in das Leib-Garde-Kavallerie-Regiment ein. Während des russisch-japanischen Krieges wurde er in das von dem in der Petersburger Hofgesellschaft sehr beliebten Grafen Keller geführte transbaikalische Kosakenregiment versetzt und nach Kellers Tode dessen Nachfolger. Im Frieden ist er zeitweilig Kommandeur des 20. Finnländischen Dragoner-Regiments gewesen, später Flügeladjutant und besonderer Liebling des Zaren Nikolaus II. Der Ausbruch des Weltkrieges führt ihn als Generalmajor an die Spitze der ersten Gardebrigade; zum Generalleutnant befördert, erhält er die Führung der 1. Gardedivision, später die 5. Kavalleriedivision und zuletzt das 34. Armeekorps, an dessen Ukrainisierung er nach den Worten der „Kijewskaja Mysl" vom 3. Mai 1918 mitarbeitete. Am 19. Oktober 1917 wurde er von den aus der Ukraina kommenden Kosaken zum Ataman des ukrainischen Kosakenheeres gewählt.

Pawel Petrowitsch heiratete die Tochter eines Generals z. D. Durnowo, der Besitzungen im Gouvernement Poltawa hatte. Dessen Gattin war eine geborene Fürstin Kotschubei. Im Hause Durnowo trat Skoropadski wohl in nähere Beziehungen zur deutschen Kultur, da seine Frau vollständig deutsch erzogen war. Er selbst hat die Deutschen als Soldaten, besonders wegen ihrer Leistungen 1870/71, bewundert.

Eine bemerkenswerte Beziehung soll noch notiert werden: eine Schwester der Mutter des Hetmans ist an einen Grafen Olssuwjew verheiratet und war Staatsdame der Großfürstin Elisabeth, Gemahlin des 1906 ermordeten Großfürsten Sergej, und Schwester der zuletzt regierenden Zarin. (Vgl. hierzu den Leitartikel aus Heft 20 der „Grenzboten".)

G. Cl.

* * *

Aus Großrußland treffen folgende Pressestimmen über den Hetman ein:

„Nowy Wetscherny Tschas" vom 8. Mai: Schwerlich wird der frühere Gardekavalleriegeneral Anhänger jener „Selbstbestimmung der Nationalitäten" sein, durch die die Fiktion der selbständigen Ukraine allein zu verwirklichen ist.

„Nowy Djen" vom 8. Mai: Skoropadski praklamiert zwar jetzt eine unabhängige Ukraine. Aber er ist noch weniger unabhängig als sein Ahnherr, mit dessen Namen die Beseitigung der ukrainischen Autonomie verbunden ist. Die sozialen und politischen Kreise, die mit Skoropadski gehen, haben bisher noch keine besondere Neigung zum Ukrainertum ausgesprochen.

„Petrogradski Golos" vom 8. Mai: Skoropadski ist ein verständiger Mann, der überall aufrichtige Sympathie erweckt. Nach seinen politischen Ansichten ist er keinesfalls ein überzeugter Separatist und beherrscht kaum die ukrainische Sprache. Die Verbindungen, die er in Großrußland und in der russischen Armee während seines Lebens erworben hat, sind ein Unterpfand dafür, daß der neue ukrainische Hetman schwerlich eine uns feindliche Politik treiben wird. Wahrscheinlich wird er den Weg der Versöhnung und Verständigung mit dem übrigen Rußland betreten.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Bülow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Das Haus an der Grenze

Von Dr. Friedrich Freund

Es ist eine bekannte Tatsache, daß gewisse Führer unserer Politik im Quadrate der Entfernung vom Schützengraben größer werden, bis sie sich unter dem schützenden Himmel der Reichshauptstadt zur Auffälligkeit auswachsen. Geht man den Weg zurück, nachdem man sich durch den politischen Straßenstaub Schildas hindurchgeschlagen hat, so fühlt man, je mehr man sich der Grenze und der Front nähert, daß Sachlichkeit, Erkenntnis des Notwendigen, Entschlossenheit zur Erfüllung der Tagesforderung wachsen bis zum Opfer des eigenen Blutes. Diesem Spannungsunterschied zwischen Wort und Tat entsprechen die Ereignisse. Politische Verwirrung und lärmendes Getümmel im Innern, aber eiserne Ruhe und kraftvolle Leistung an den Grenzen. Es ist begreiflich, daß da ein gegenseitiges Verstehen schwer ist. Die Tat unserer Verteidiger verflüchtigt sich im Innern zur politischen Doktrin. In höchster Not hilft nicht die Doktrin, sondern die befreiende Tat. „Ich habe nie nach Grundsätzen gehandelt", sagte Bismarck von seiner Politik. Wieviel weniger hat er Doktrinen geschätzt. In Schilda aber sucht man nach der besten Theorie, nach der man den Weltenbrand löschen könnte. In den Hirngespinsten seiner aufgestörten Politikaster ist auch nicht ein Feind hängen geblieben. Kein Wunder, daß das Volk an der Grenze sich dahinter nicht sicher fühlt. Hier braucht man Männer, hier verlangt man sichtbaren, handgreiflichen Schutz vor dem Feind, den jetzt Mut und Blut unserer Besten vom deutschen Land fernhält. Ob uns die Klugheit der Abderiten vor ihm bewahren könnte?

Man hat den Frieden im Osten einen Großagrarierfrieden genannt und von „schwerindustriellen" Kriegszielen im Westen gesprochen. Streichen wir das „groß" und „schwer", so entnehmen wir dem Schlagwort einen zwar nicht beabsichtigten, doch wertvollen Sinn. Dann lautet der Satz: „Schutz für unsere Ernährung im Osten, Sicherung unserer gewerblichen Arbeit im Westen." Der Friedensschluß im Osten bedeutet tatsächlich eine Ausbreitung unserer Landwirtschaft, eine Fürsorge für die Ernährung unseres Volkes. Der Friede im Osten ist ein Brotfrieden. Wenn er auch auf dem Programm der sogenannten „Großagrier gestanden hat, so werden seine Folgen für unsere Volkswirtschaft nicht weniger günstig sein. Sollten die „schwerindustriellen" Kriegsziele im Westen ebenso vorteilhaft für unser durch unerhörte Kriegsopfer geschwächtes Volk sein, dann werden wir dem Schlagwörtler der Hetzpresse für seine Bemühungen dankbar sein müssen.

Es hat einen tieferen Sinn, die Kriegsziele im Osten agrarische, die im Westen industrielle zu nennen. Es prägt sich in dieser Fassung die ökonomische Stellung Deutschlands zu Europa und zum Weltmarkt aus. Wir liegen in der Mitte des überwiegend industriellen Westens und des agrarischen Osten Europas,

dem müssen die Folgen einer größeren Machtstellung Deutschlands entsprechen. Es sind die ganz natürlichen Folgen eines günstigen Friedens mit unserem Nachbarn, daß wir im Osten eine Erweiterung unserer Landwirtschaft, im Westen eine Förderung unserer Industriewirtschaft erwarten dürfen. Aber auch der Frieden mit der weiteren Nachbarschaft jenseits des Kanals kann natürlicherweise besonders günstige Folgen für unsere Industrie haben, denn er betrifft den Weltmarkt, an dem wir wegen der Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln einerseits und wegen des Absatzes unserer industriellen Erzeugnisse andererseits den größten Anteil nehmen. Man kann demgemäß die Kriegsziele im Westen zweifellos industrielle Kriegsziele nennen, ohne sie damit in den Verruf der Interessenpolitik zu bringen.

Unsere Industrie, insbesondere die Eisen-, Kohlen- und Kali-Industrie, widmet aber der Regelung der Grenzstreitigkeiten mit dem westlichen Nachbarn ganz besondere Aufmerksamkeit. Die Kämpfer von Verdun, die in monatelangen, immer wiederholten Anstürmen die weithin herrschende Feste berannten, wußten, um was es sich handelte. Wenn wir hinter uns sahen, dann blickten wir in das deutsche Vaterland hinein, das sich zu unseren Füßen weithin mit Dörfern und Städten ausbreitete. Aus hunderten von Schloten, Essen und Ofen quoll der Rauch des Schmiedefeuers empor, an dem die Lothringer Industrie für unsere eiserne Rüstung tätig war. So nahe waren Front und Heimat einander! Wie mag der Franzose dieses weite und doch so nahe Land betrachtet haben? Vier Jahrzehnte lang hat er danach gefiebert, bis er im letzten Wahn danach gegriffen hat. Er hat die Hand blutig zurückgezogen. — Es ist in der Tagespresse vielfach übersehen worden, daß die Eisenindustrie, deren größtes Erzrevier unmittelbar an der Grenze liegt, daß die Kali-Industrie, deren Monopol durch den Verlust der oberelsässischen Lager durchbrochen würde, daß die Kohlen-Industrie, die das Saarbecken als Gefahrzone betrachten muß, an der Festsetzung der Westgrenze unmittelbar beteiligt sind. Leider liegen die Hochöfen der Hetzpresse so fern vom Schuß, sonst würde sich vielleicht bei den Inhabern mehr Verständnis für die Hochöfen der Eisenindustrie finden, die unter den Mündungen der Kanonen von Verdun liegen. Es ist selbstverständlich, daß der Grenzbewohner mehr danach fragt, was an seinem Zaun vor sich geht, als der ferne Reichshauptstädter, der vielleicht kaum eine rechte Vorstellung von dem Grenzgebiet hat.

Dieselben Lebensnotwendigkeiten werden berührt, wenn die belgische Frage erörtert wird. Die niederrheinischen und westfälischen Hütten und Zechen und tausende von verarbeitenden Betrieben, die in der Gefahrzone des belgisch-englischen Hinterhaltes liegen, könnten es nicht gleichgültig mit ansehen, wenn in der Reichshauptstadt über ihr Schicksal, ohne sie zu hören, beschlossen werden würde. Nehmen wir schließlich unser drittes großes Eisen- und Kohlen-Revier, das oberschlesische, so braucht man sich auch hier nur seine Lage vor Augen zu führen um einzusehen, daß die Eisen- und Kohlen-Industrie dieses Bezirkes den größten Anteil an der Regelung der polnischen Frage nehmen muß.

Wer die Tage von Lüttich in der Gegend von Aachen bis Duisburg, wer die Tage der Lothringer Schlacht in Diedenhofen und Saarbrücken, wer den Ausbruch des Krieges und den Rückzug Hindenburgs 1915 in Kattowitz, Beuthen, der Königshütte miterlebt hat, der weiß, daß hier die aus der unmittelbaren Gefahrzone erwachsende Erregung zu Hause war. Es heißt also, gefährdete Kreise unseres Volkes bloßstellen und preisgeben, wenn wir ihre berechtigten Wünsche nach Grenzsicherung der billigen Verhetzung überlassen.

Wie wenig sich so mancher Führer dieser Verantwortung bewußt ist, mag das folgende Beispiel lehren. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hue schreibt angesichts der Erfindung der 120 Kilometer weit reichenden Langkanonen in der Essener Arbeiter-Zeitung vom 4. April: „Dieses neue Geschütz lehrt uns sehr eindringlich, daß die Völker die Schlagtotpolitik nun überwinden, ihr Verhältnis zueinander nicht mehr von dem Schwert bestimmen lassen." Man stelle sich vor, daß diese Weisheit unserem Generalstab zur Beurteilung vorgelegt würde, und

man hätte die lächerlichste Situation vor Augen, wenn es sich nicht um eine bitterernste Entscheidung handelte. „Es ist ein Geschütz erfunden worden, dessen Reichweite 120 Kilometer beträgt, also dürfen wir nicht mehr an Grenzsicherung denken." So kann nur derjenige folgern, der außerhalb der Reichweite dieser Kanonen sitzt.

Wie unmittelbar die Eisenindustrie von dem Friedensschluß an der Westgrenze betroffen wird und gefährdet werden kann, zeigt der Friedensschluß 1871*). Der damalige Entwurf des Generalstabes für die neue Grenzführung hatte sich einfach an die Grenze des Bezirks Diedenhofen gehalten, ohne sich darum zu kümmern, daß auf diese Weise das lothringische Erzgebiet durchschnitten und der größere wertvollere Teil bei Frankreich belassen wurde. Die deutsche Eisenindustrie an der Saar, die ihre Rohstoffe von dort her bezog, wurde dadurch schwer bedroht. Heute wissen wir, daß es nicht nur die Eisenindustrie an der Saar war, sondern die ganze rheinisch-westfälische Eisenindustrie, deren Entwicklung damals auf dem Spiel stand: denn heute holen wir aus Lothringen 80 Prozent unserer deutschen Förderung an Eisenerzen heraus. Die betroffenen meldeten sich mit dringenden Vorstellungen bei Bismarck, damit das gesamte Erzbecken für Deutschland erworben werde. Erst durch diese Beschwerden der interessierten Fabrikanten scheint Bismarck von dieser Lebensfrage in Kenntnis gesetzt zu sein. Eine Denkschrift, die der Leiter der preußischen Bergakademie und später der Geologischen Landesanstalt, der Bergrat Wilhelm Hauchecorne, betreffs „der Einverleibung der Erzlagerstätten" an die Reichsleitung gerichtet hatte, war auf dem Dienstwege stecken und ohne jede Wirkung geblieben. Die „Interessenpolitik" der deutschen Eisenhüttenleute hat, wie ersichtlich, dem deutschen Volke unerschöpfliche Vorteile gebracht, denn ohne Eisen wäre der industrielle Aufschwung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten nicht möglich gewesen. Schon damals war es gefährlich, alles Heil von der diplomatischen Bureaukratie zu erwarten. Hier hat der Grenzbewohner das erste Recht, mitzusprechen. Es ist bezeichnend, daß das Gutachten Hauchecornes nur in der französischen Literatur bekannt ist, da es mit anderen Akten der Manteuffelschen Verwaltung in Nancy liegen geblieben und dem dortigen Archiv einverleibt worden ist.

Nachdem Bismarck erkannt hatte, was auf dem Spiele stand, beschloß er, sofort das Versäumte nachzuholen. Zu diesem Zweck entsandte er Hauchecorne als Bevollmächtigten für die Grenzregulierung nach Brüssel, wo der energische Mann die deutschen Interessen entschieden vertrat. Doch mußte Bismarck noch einmal eingreifen, da die Franzosen sich bei der Abtretung der Erzfelder hartnäckig widersetzten. Abgesehen von Villerupt und Thiel, an denen der damalige französische Unterhändler Hauptteilhaber war, gelang es, das gesamte wertvolle Erzgebiet von Relingen bis Moyoeuvre gegen den Grenzstreifen bei Belfort einzutauschen.

Einen ärgerlichen Zufall muß man es nennen, daß damals die Lage und Ausdehnung des Erzbeckens noch nicht genügend geklärt war, so daß der größere Teil des Beckens, die Erzlager von Briey, Longwy, Crusnes und Nancy bei Frankreich blieben. Erst in den neunziger Jahren sind sie entdeckt und seit dieser Zeit in größerem Umfange ausgebeutet worden. Wir hätten heute den Streik nicht, denn Bismarck hätte, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte, die Entscheidung sicher übernommen. Wiederum ist es der Leiter der Preußischen Geologischen Landesanstalt, heute der Geheime Oberbergrat Beyschlag, der zusammen mit seinem Abteilungsdirigenten, Geheimen Bergrat Krusch, in einem ausführlichen Gutachten**) über die deutsche Eisenerzversorgung der Regierung die Fürsorge für unsere größte Industrie dringend nahelegt. Wiederum sind es die Interessenten der deutschen

*) J. Haller „Bismarcks Friedensschluß". München 1917.

**) „Deutschlands künftige Versorgung mit Eisen- und Manganerzen." Als Handschrift gedruckt. Berlin 1917.

Eisenindustrie, die in einer Denkschrift*) die Wiedereinverleibung des gesamten lothringischen Erzgebietes fordern. Der Unterschied gegenüber der Lage von 1871 besteht nur darin, daß der Entwurf des Generalstabes betreffs der Grenzregulierung noch nicht vorliegt. Wieder drängen wirtschaftliche Notwendigkeiten nach einer tatkräftigen Lösung. Seitdem es der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein gekommen ist, daß es sich hier um die Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft handelt, mehren sich die Stimmen, die unsere Vertreter bei Friedensschluß auf diese wichtige Aufgabe hinweisen. So fordert der Christliche Metallarbeiterverband die Abtretung des Erzbeckens von Briey und Longwy mit den Worten: „Ein Glück ist es, daß wir in Briey und Longwy ein Gebiet besetzt haben, in dem wir wenigstens hinsichtlich der Erzversorgung unbesorgt sein können. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und des Blühens der deutschen Industrie ist es notwendig, daß dieses Gebiet bei Deutschland bleibt, um auch die Pläne unserer Gegner wenigstens zum Teil zunichte zu machen.**)

Eine vertragliche Sicherung unserer Erzversorgung mit Frankreich zu erreichen, hält Professor Gothein, dem die Akten der französischen Verwaltungsschikanen vorliegen, für aussichtslos und erhebt in der „Vossischen Zeitung" vom 5. bis 7. Februar ebenfalls die Forderung nach der Abtretung des französischen Teiles des Lothringer Eisenerzbeckens.

Unsere Unterhändler werden also diesmal bei weitem besser unterrichtet zu den Friedensverhandlungen mit Frankreich gehen. Daß unser Generalstab, der die Tage von Verdun noch nicht vergessen hat, die strategische Sicherung nicht vernachlässigen wird, steht außer Zweifel. Die „offenen Flanken" sollen unsere Nachbarn nicht wieder verlocken. Wir wollen Frankreich nicht mehr durch den aufreizenden Anblick unserer blühenden Industriebezirke an der Grenze stören.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland und ihre Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriege

Von Professor Dr. H. Großmann

Das Königreich Spanien gehört bekanntlich zu den wenigen Ländern, die durch den Weltkrieg in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, wenn man von einzelnen Gewerben absieht, die, wie in anderen Ländern, unter Rohstoffmangel zu leiden hatten, nicht nur nicht geschädigt, sondern sogar recht erheblich gefördert worden sind. Ja, man darf sogar mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß das spanische Wirtschaftsleben als Ganzes betrachtet, nach fast vier Kriegsjahren eine für die Zeit nach dem Kriege ganz besonders ins Gewicht fallende innere Stärkung erfahren hat. Dazu hat nicht zum wenigsten die kluge Neutralitätspolitik der spanischen Regierung beigetragen, die selbst ungeachtet weitverbreiteter kultureller Sympathien, die besonders in einzelnen führenden Kreisen der spanischen Intelligenz und der Industrie von jeher für die Ententeländer und besonders für Frankreich

*) „Zur Wiedereinverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet", Denkschrift der Reichs- und Heeresleitung überreicht vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Verein deutscher Eisenhüttenleute.

**) „Der Metallarbeiter" vom 2. März 1918.

bestanden haben, und die durch eine mit allen Mitteln arbeitende Propagandatätigkeit noch weiter zu fördern versucht worden ist, es doch verstanden hat, den wahren Interessen Spaniens gerecht zu werden und sich besonders auch für die Zeit nach dem Kriege die freie Hand vorzubehalten. Erfreulicherweise hat es aber auch nicht an zahlreichen Sympathiekundgebungen hervorragender Politiker und Gelehrter für die Sache der Zentralmächte gefehlt, was bei den Schwierigkeiten, die zurzeit dem Verkehr zwischen den Mittemächten und Spanien entgegenstehen, ganz besondere Anerkennung verdient. Hier gilt es aber nun auch nach dem Kriege unter keinen Umständen in Deutschland in den Bemühungen, die Seele des spanischen Volkes zu gewinnen, nachzulassen und die von jeher vorhandenen, wenn auch sicherlich noch in der Zukunft stark entwicklungsfähigen geistigen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland fester zu knüpfen. Auf kulturellem Gebiet wird die neu begründete Deutsch-spanische Gesellschaft im Frieden sicherlich eine höchst wertvolle Arbeit leisten können, um das Interesse weiterer Kreise in Deutschland für das Vaterland von Cervantes, Calderon, Velasquez, Murillo zu gewinnen, wobei das Studium der spanischen Sprache, die ja eine der am meisten verbreiteten Weltsprachen ist, in erster Linie beachtet werden muß. Auch hier braucht man ja erfreulicherweise in Deutschland nur Vorhandenes weiter ausbauen und das eifrige Studium des Spanischen, das man besonders in deutschen Handelsstädten stets im Hinblick auf die engen wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit Spanien und Südamerika mit großem Eifer betrieben hat, in Zukunft noch weiter zu fördern.

Spanien wird nach dem Kriege an Deutschland eine ganze Reihe seiner Landesprodukte mit Gewinn absetzen können, und es wird sogar leicht in der Lage sein, seinen Absatz auf dem deutschen Markt gegenüber der Zeit vor dem Kriege ganz erheblich zu vergrößern. Die Entwicklung der deutsch-spanischen Handelsbeziehungen ist, ohne auf ausführlichere statistische Angaben, die ja heute nur noch historisches Interesse bieten, näher einzugehen, in der letzten Zeit recht beachtenswert gewesen. Vergleicht man die Ein- und Ausfuhrwerte im deutsch-spanischen Handelsverkehr mit den Zahlen des Jahres 1907 und setzt diese gleich hundert, so ergibt sich, daß die Ausfuhr von Spanien nach Deutschland bis zum Kriege sich um fast die Hälfte des Wertes (142) gehoben hat, während die Ausfuhr Deutschlands nach Spanien besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege noch schneller gestiegen ist. Gegenüber dem Jahre 1907 hat im Jahre 1913 jedenfalls dem Werte nach mehr als Verdopplung (218) stattgefunden. Daraus geht nun schon ohne weiteres hervor, wie steigerungsfähig die deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen an sich sein müssen, wie aufnahmefähig das spanische Wirtschaftsleben für deutsche Waren und besonders für Industrieprodukte erscheint, und wie auch auf der anderen Seite die Ausfuhr Spaniens nach Deutschland einer erheblichen Steigerung fähig ist. Das wird besonders in den Wertzahlen nach dem Weltkriege bei der Steigerung der Rohstoffpreise aller Art zutage treten. Dem absoluten Werte nach stand die Ausfuhr Spaniens nach Deutschland übrigens, trotz der relativ weit stärkeren Steigerung der Ausfuhr Deutschlands nach Spanien, weit voran, so daß Spanien in der glücklichen Lage gewesen ist, gegenüber Deutschland seit Jahren eine ausgesprochen aktive Handelsbilanz aufzuweisen. 1913 entfielen jedenfalls von dem gesamten deutsch-spanischen Außenhandel im Werte von 341,7 Millionen Mark 198,7 Millionen Mark auf die Ausfuhr Spaniens nach Deutschland, während auf die deutsche Ausfuhr nach Spanien 143 Millionen Mark kamen.

Betrachtet man nun zuerst die spanische Ausfuhrtätigkeit, soweit Deutschland als Einfuhrland in Betracht kommt, so ergibt sich ein ausgesprochenes Übergewicht in der Ausfuhr von Rohstoffen des Bergbaues, der Landwirtschaft und gewisser Halbfabrikate, an denen die deutsche Volkswirtschaft auch nach dem Kriege zweifellos einen starken Bedarf aufweisen wird, und die man auch sicherlich weit lieber aus dem neutralen Spanien, als aus den Ländern der Entente wird beziehen wollen. Das gilt besonders von den spanischen Erzen (Eisenerze, kupferhaltige Schwefel-

kiese, Blei und Zinkerze usw., Rohkupfer, Rohblei) und andere Hüttenerzeugnisse. Auf die Produkte des Bergbaues und des Hüttenwesens entfielen jedenfalls im Jahre 1913 mehr als 50 Prozent des Gesamtwertes der spanischen Ausfuhr. Während diese Bergbauprodukte nach dem Kriege wegen der Begründung einer eigenen spanischen Verhüttungsindustrie zwar der Menge nach eine Herabminderung, aber dem Werte nach eine Steigerung erfahren werden, dürfte sich die preissteigernde Wirkung des Krieges auf die Dauer auf dem Gebiete der Südfrüchte und des Weines nach Eintritt ruhigerer Verhältnisse weniger stark bemerkbar machen. Aber auch hier kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Bezug von spanischen Apfelsinen und Mandarinen, Zitronen, Bananen, frischen Gemüsen, Weintrauben und Wein noch erheblich zunehmen könnte. Auch spanisches Korkholz wird nach dem Kriege, wie in früheren Zeiten in Deutschland ein sehr begehrenswerter Artikel bleiben, und ebenso wird auch die deutsche chemische Industrie größere Mengen von spanischem Weinstein, verschiedene ätherische Öle und Drogen verlangen, die sie vor dem Kriege aus Spanien zu beziehen gewohnt war. Auch erscheint es keineswegs ausgeschlossen, daß Spanien, das ja auf dem Gebiete des chemischen Unterrichtswesens seit längerer Zeit große Anstrengungen gemacht hat, die Versäumnisse früherer Zeiten mit Eifer nachzuholen, in absehbarer Zeit in der Lage sein dürfte, ähnlich wie in Süditalien, eine Industrie der Essenzen und ätherischen Öle zur Entwicklung zu bringen, da die Wachstumsbedingungen in Südspanien ja doch überaus stark den Verhältnissen in Sizilien gleichen, und die Möglichkeit, eine Konkurrenzindustrie der Calabreser und Messinäser Essenzindustrie in Spanien mit Erfolg zu begründen, durchaus besteht.

Was kann diesen natürlichen Landesprodukten Spaniens gegenüber nun Deutschland an Ausfuhrwaren unmittelbar oder kurze Zeit nach Beendigung des Krieges liefern? Selbstverständlich geben hierüber die Zahlen des Jahres 1913 keine einwandfreie Auskunft. Betrachtet man aber doch, mangels anderer Anhaltspunkte, die deutsche Ausfuhr nach Spanien in der letzten Zeit vor dem Kriege, so ergibt sich unmittelbar, daß diese Ausfuhr überwiegend aus hochwertigen Industrieprodukten bestanden hat, die man allerdings nur zum Teil wird sofort nach Friedensschluß an das Ausland liefern können. Das gilt besonders von verschiedenen Maschinen und Lokomotiven. Hier hatte von 1910 bis 1913 allein die deutsche Ausfuhr an Lokomotiven von 1,8 Millionen Mark auf 10,2 Millionen Mark zugenommen, wodurch diese Position zum wichtigsten Posten in der deutschen Ausfuhrbilanz aufgerückt war. An zweiter Stelle folgten dann Dynamomaschinen, elektrische Vorrichtungen für Beleuchtung und Kraftübertragung, Kupferdraht, elektrische Lampen usw. Rechnet man den Gesamtwert der elektrotechnischen Fabrikate aller Art, einschließlich Zählern, Registriereinrichtungen, Elektroden usw. zusammen, so ergibt sich, daß auf diese Gruppe allein 16,4 Millionen Mark, d. h. 11,5 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr im Jahre 1913 entfallen sind. Man erkennt aus diesen Zahlen die große Bedeutung der deutschen Elektrotechnik für das spanische Wirtschaftsleben, gegen die man schon lange Zeit vor dem Kriege, besonders in Frankreich, wiederholt Stimmung zu machen versucht hat. Allerdings hat ein objektiver Beurteiler, wie der Techniker Victor Cambon, in seinen Schriften anerkennen müssen, daß die Stellung der deutschen elektrotechnischen Industrie auf dem spanischen Markte in erster Linie auf der Vorzüglichkeit der Leistungen beruhe.

An dritter Stelle folgen in der deutschen Ausfuhr die Steinkohlen, deren Ausfuhrwert seit dem Jahre 1910 bis zum Jahre 1913 sich versechsfacht hat. Chlorkalium, schwefelsaures Kali und Teerfarbstoffe bilden dann weitere wichtige Produkte der deutschen Ausfuhr nach Spanien, und man darf hier wohl, ohne besonders großen Optimismus zu verraten, darauf hinweisen, daß gerade auf diesem Gebiet unmittelbar nach Beendigung des Krieges eine starke Ausfuhrtätigkeit, die in Spanien allseitig mit großer Freude aufgenommen werden dürfte, einsetzen wird. Insbesondere sind sich ja auch die führenden Kreise der spanischen Landwirtschaft über die Wege und Ziele ganz klar, die eine Hebung der Ernteerträge allein herbeiführen können. Das hat sich auch mit aller Deutlichkeit auf

dem letzten internationalen Landwirtschaftskongreß vor dem Kriege in Gent im Jahre 1913 ergeben, wo gerade von spanischer Seite eine Reihe von vorzüglichen Berichten über die geeigneten Mittel zur Hebung der Landwirtschaft erstattet worden sind. (Vergleiche besonders die Verhandlungen der Sektion 2 Sciences agronomiques und Enseignement agricole). Zurzeit steht Spanien in bezug auf den Verbrauch von künstlichen Düngemitteln noch immer nicht unerheblich hinter anderen Ländern Europas nach, aber man darf bei der Energie und dem Zielbewußtsein der spanischen Regierung und der berufenen Vertreter der Landwirtschaft selbst wohl mit Sicherheit darauf rechnen, daß der Verbrauch an Kali, Superphosphat und an Stickstoffdüngemitteln in der nächsten Zeit erheblich zunehmen wird. Für die Entwicklung einer leistungsfähigen Superphosphatindustrie in großem Umfange in Spanien selbst liegen übrigens die Verhältnisse recht günstig, da der Bezug der notwendigen Rohstoffe (Mineralphosphate aus Tunis und Algier und Pyrite, die im Lande selbst gewonnen werden, Rio Tintokiese) auf dem Seewege nach Beendigung des Krieges außerordentlich günstige Arbeitsbedingungen ermöglicht. Bezüglich der hochprozentigen Kalisalze, welche in der Landwirtschaft benötigt werden, wird Deutschland wohl noch für längere Zeit als Hauptlieferant in Betracht kommen, selbst wenn es gelingen sollte, die spanischen Kalilager in absehbarer Zeit allmählich förderfähig zu gestalten. Ebenso dürfte auch die Versorgung mit deutschem Ammoniumsulfat in Zukunft stark zunehmen, was für die spanischen Verbraucher insofern besonders wertvoll erscheint, als sie durch die Konkurrenz, die das deutsche Ammoniumsulfat dem englischen Produkt in Zukunft machen wird, vor besonders hohen Preisforderungen Englands geschützt erscheinen.

Über die Mengen und Werte im künftigen deutsch-spanische Handelsverkehr nach Wiederherstellung der Schiffahrtsbeziehungen, die man zweifellos von deutscher Seite aus stärker als vor dem Kriege ausbauen wird, läßt sich zurzeit naturgemäß noch nichts Bestimmtes aussagen. Hier gilt, wie auf anderen Gebieten, daß der Weltkrieg eine wahre Preisrevolution und zum Teil eine vollkommene Umwälzung der Technik und der Produktivkräfte herbeigeführt hat, die jeden früheren Maßstab als veraltet erscheinen läßt! Unverändert aber werden natürlich die praktischen Mittel bleiben müssen, durch die es zurzeit gelungen ist, die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands und Spaniens so fest zu knüpfen, daß auch die systematischen Anstrengungen unserer zahlreichen Gegner, die den Spaniern doch auch so manche wirtschaftliche Vorteile in den letzten Jahren gewähren konnten, es nicht vermocht haben, die spanische Neutralität zu erschüttern. Bleibt diese Neutralität, wie man im Interesse beider Länder nur dringend wünschen kann, auch weiterhin erhalten, so darf man jedenfalls bei einer verständnisvollen Pflege der deutsch-spanischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit Sicherheit darauf rechnen, daß nach dem Kriege noch eine weitere Festigung dieser Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten wird, die den beiderseitigen Wünschen und Interessen entsprechen dürfte.

Zur Vertiefung des Bündnisses

Von Dr. Hermann Ullmann

Die Zusammenkunft der beiden Kaiser und Generalstabchefs tut nicht nur eine gewaltige außenpolitische Wirkung, man erhofft von ihr ohne Zweifel auch auf österreichischer Seite einen gewissen Einfluß auf die innere Politik. Zunächst ganz allgemein: während des Krieges hat es sich immer wieder gezeigt, daß jede Lockerung der Beziehungen zum Deutschen Reich eine Stärkung der zentrifugalen Kräfte in Österreich zur Folge hat. Sofort werden nicht nur die Slawen, die in

Übereinstimmung mit dem Vielverband und der österreichischen Sozialdemokratie die Verwandlung des Einheitsstaates mindestens in einen „Bundesstaat" verlangen, aufs gefährlichste ermutigt, es zeigt sich dann auch sogleich, daß der gesunde Sinn der deutschen Bevölkerung, allen deutsch sprechenden Nurösterreichern oder anderen Strebend-Bemühten zum Trotz, jede Entfernung von Deutschland mit einer für die lavierenden Regierungen unbequemen Stärkung des Nationalgefühles erwidert. Merkwürdigerweise rufen die deutschen Kundgebungen, sofern sie nur genügend kräftig den Willen zum Volkszusammenhang betonen, jedesmal gewisse offizielle Kreise schneller auf den Plan als jahrelange vielverbandsfreundliche, offen hochverräterische Wühlereien der Slawen es vermochten. Dabei ist es doch schon durch die Lage der Deutsch-Österreicher gegeben, daß von einer eigentlichen Irredenta bei ihnen nicht die Rede sein kann, sofern sie nicht tatsächlich zur Verzweiflung getrieben werden. Sie werden immer, solange dieser Weg ihnen die Möglichkeit zur Erhaltung ihres völkischen Daseins gewährt, nur ein starkes, mit Deutschland verbündetes Österreich anstreben, während alle slawischen Pläne, wie sie seit der Amnestie offen verkündet, seit Beginn des Krieges heimlich gepflegt wurden, notwendigerweise die Zerreißung der Monarchie zur Folge haben müßten, wenn sie durchdrängen.

Da nun die Deutsch-Österreicher immer wieder betonen, daß sie als die Grundlage eines starken Österreichs das Bündnis mit Deutschland ansehen, hat sich allmählich bei den österreichischen Regierungen die Anschauung festgesetzt, daß sowohl die Stärkung des Staatszusammenhanges als auch die Vertiefung des Bündnisses ein Zugeständnis an die Deutsch-Österreicher bedeute, für das sie in verschiedenen Münzsorten politisch und wirtschaftlich ihrerseits zahlen müßten. Insofern, als die Österreicher über das ganze Reich verstreut wohnen und nicht als Böhmen, Mährer, Steirer usw., sondern nur als Deutsch-Österreicher und als Angehörige des Gesamtdeutschtums etwas bedeuten können, kommt ihnen freilich ein einheitlicheres Österreich und das Bündnis mit Deutschland zustatten. Aber es liegt doch auf der Hand, daß sie dafür auf eine Möglichkeit verzichten müssen, welche die kleinen Völker ununterbrochen als ihr „Selbstbestimmungsrecht" verkünden: auf die Möglichkeit zum staatlichen Zusammenschluß aller Volksangehörigen. Dieser Verzicht kann ihnen zwar auch nicht als Verdienst angerechnet werden, er ist aber doch unzweifelhaft kennzeichnend für die Grenzen dessen, was man vom Deutschtum an völkischer Selbstaufopferung fordern kann. Das Bündnis und eine gewisse Einheit Österreichs bedeuten gewissermaßen das Mindestmaß an Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes in Österreich, das nicht vermindert werden könnte, ohne daß nicht nur Teile, sondern das Ganze der deutschen Volkheit sich lebensgefährlich bedroht fühlen und zur Wehr setzen müßte.

Wenn deshalb etwa die Beratungen über das Bündnis nebenbei demselben Zwecke dienen sollten wie die Kreishauptmannschaften in Böhmen: der Beruhigung der deutschen Bevölkerung — so darf man weder in Deutschland noch in Österreich darüber im unklaren sein, daß das Deutschtum in Österreich noch ganz anderer Befestigungen und Sicherungen bedarf, um seiner Aufgabe als Träger des Bündnisses nachkommen zu können. Das Wichtigste, von dem, was nottut, muß es freilich selbst leisten. Die Erstarkung der deutschen Volksräte und die Bemühungen, sie zusammenzuschließen, weisen den richtigen Weg (sieh die Aufsätze „Sammlung", „Zur Bündnisfrage" und „Vertrauen zu Volksgenossen!" in Heft 1, 8 und 9 der „Deutschen Arbeit"). Die Volksräte stellen Zeugnisse deutscher Selbstverwaltung dar, die schon rein theoretisch die Beachtung der deutschen Öffentlichkeit verdienten. Sie vereinigen Vertreter der Parteien mit denen der völkischen Vereine und der in Österreich bekanntlich außerordentlich ausgebauten Selbstverwaltung in Bezirk und Gemeinde. Diese Volksräte bilden eine gerade in Österreich sehr notwendige Ergänzung der deutschen parlamentarischen Vertretung. Bei dem unendlich verwickelten Zusammenwirken wirtschaftlicher, allgemeinpolitischer und nationalpolitischer Kräfte im österreichischen Reichsrat geraten die deutschen Parteien immer wieder in Konflikte zwischen

allgemeinpolitischen Aufgaben, die den Gesamtstaat betreffen, und nationalpolitischen, die nur das eigene Volk angehen. Um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu wählen: bei den Abstimmungen über den Staatshaushalt hätten die deutschen Parteien in dem Verhalten der Regierung, das sich seit der Begnadigung der slawischen Hochverräter immer deutlicher deutschfeindlich gestaltete, das die deutschen Notstandsgebiete der tschechischen Aushungerungspolitik preisgab und dem südslawischen „Imperialismus" Vorschub leistete, vielfachen Grund zum Widerstand gefunden. Aber es war für sie unmöglich, dem Staate, der an der Seite Deutschlands seinen Lebenskampf auskämpft, die notwendigsten Bedürfnisse zu verkürzen — selbst wenn sie dadurch eine dem Deutschtum durch ihre Schwäche außerordentlich schädliche Regierung stützten. Die Maschine des Parlamentarismus hat ihre besonderen Gesetze, denen auch die deutschen Abgeordneten gehorchen müssen, wenn sie nicht die Verantwortung für die Zerstörung dieser Maschine auf sich nehmen wollen. Diese Bindung der deutschen Abgeordneten ist für die deutsche Nationalpolitik um so gefährlicher, als ihr die Slawen nicht unterliegen. Ihrer Opposition sind keine Grenzen gesetzt, als Feinde des Bündnisses mit Deutschland und als mehr oder minder bewußte Anhänger des Vielverbandes brauchen sie die Verantwortung, die ihnen aus Schädigungen des Bündnisses und des Staates erwachsen, nicht zu scheuen, da ihnen ja keine Autorität aufgezwungen wird, die über der ihrer Wähler stünde und sie im Namen des Staates zur Rechenschaft ziehen könnte. Der Volkswille wird also bei den Deutschen gewissermaßen durch den parlamentarischen Mechanismus verzerrt zum Ausdruck gebracht. Seine Ausprägung findet er in den Volksräten, die zwar keine gesetzgeberische Gewalt haben, sondern nur mittelbar einen Druck auf den Reichsrat ausüben können, dafür aber von den Abhängigkeiten, die dieser auferlegt, frei sind. So erfüllen die Volksräte eine durch die eigenartige Lage der deutschen parlamentarischen Vertretung gestellte Aufgabe. Dazu kommt noch eine Nebenaufgabe: die Volksräte ersetzen bis zu einem gewissen Grade, indem sie eine völkische öffentliche Meinung bilden helfen, freilich unvollkommen, die fehlende völkische Presse. Bekanntlich hat ja das bundestreue und den Staat in seinen wesentlichen Leistungen stützende deutsche Bürgertum bis jetzt keine großen Zeitungen in Österreich, sondern nur eine verhältnißmäßig reiche Provinzpresse. Die Volksräte geben nun in schwierigen Lagen sehr oft die Richtlinien für das nationalpolitische Verhalten, die von den Abgeordneten besser in den Volksräten als im Parlament und von der „großen" Geschäftspresse gar nicht gegeben werden können. Daneben leisten die Volksräte sehr viel fruchtbare Arbeit auf rein organisatorischem, wirtschaftlichem Gebiete und durch unmittelbare praktische Arbeit. Es bedeutet nach alledem ein Zeichen für das Erstarken der politischen Kräfte in Deutsch-Österreich, daß die deutschen Volksräte den Zusammenschluß und die Gründung einer gemeinsamen Arbeitsstelle beschlossen haben. Ferner sind neue Volksräte in Tirol und Mittelsteiermark gegründet worden, und die schon bestehenden in Böhmen, Mähren, Wien und Niederösterreich, Untersteiermark, Kärnten, Triest haben überall durch sehr wirkungsvolle Volkstage dem Volksempfinden so kräftigen Ausdruck gegeben, daß auf die Abgeordneten und durch diese auf die Regierung ein sehr nützlicher Druck ausgeübt wurde, der neuerdings eben in jenen Versuchen der Regierung zu einer energischeren Staatsführung zum Ausdruck kommt.

Durch eine größere Vereinheitlichung der deutsch-österreichischen Politik wird auch eine bessere Grundlage zu ihrem Verständnis im Reiche geschaffen werden und damit zur Verwirklichung der zweiten Forderung, die für die Stärkung des Bündnisses gestellt werden muß. Bekanntlich bemüht sich der Vielverband nach Kräften, die mancherlei Abneigungen gegen das Deutschtum, die in Österreich bestehen, zu stärken. Auch unter der deutsch sprechenden Bevölkerung, mag in ihr auch das gesunde Gesamtvolksgefühl unbedingt herrschen, gibt es doch allerlei „demokratische", hochfeudale, „pazifistische", „alt-" und „neuösterreichische", literarische und bolschewikische Elemente, die von der Abneigung gegen daß „Preußentum" oder das „Junkertum" oder (das im Beruf des Prügelknaben mehr und

mehr aufgehende) „Alldeutschtum“ bis zur offenen Feindschaft gegen alles Deutsche schillern. Aber man muß auch offen sagen: allen diesen lauten und heimlichen Gegnern wurde es leicht gemacht, gegen das Deutschtum des Reiches zu wühlen. Allein die ungeheuerlich geringe Kenntnis von dem Deutschtum „draußen“ kann gelegentlich genügen, um einem als Volksdeutschen die Röte der Scham und des Zornes ins Gesicht zu treiben. Wie verletzend wirken die Pauschalurteile über „die Österreicher“. Sind dann wenigstens die Kenntnisse über das „Sechzigmillionenvolk“ hinausgedrungen, dann bleiben die Wertungen noch völlig schief. Allzuoft fragt man ganz naiv, nicht: was bedeutest du für das Gesamtdeutschtum, sondern: was bedeutest du fürs Reich? Gerade Kreise, die sich völkisch nennen, auch manche „alldeutsche“ sind nicht frei von dieser naiv egoistischen Begriffsverwirrung. Ganz zu schweigen von gewissen in der ganzen Welt verhaßten „berlinischen“ Eigenschaften, für die man so wenig Berlin verantwortlich machen kann, wie das wirkliche Wien für jene „Verwienerung“, welche Entfremdung von der deutschen mitteleuropäischen Kultur, Verschlampung und Veröstlichung bedeutet. Dieses „Deutschland“, das wir nicht meinen, wenn wir von deutschem Wesen sprechen, hätte von jenem „Österreichertum“, das es verletzenderweise in einen Topf wirft mit slawischen Exaltados und Überläufern, sehr viel zu lernen. Nicht etwa nur mehr (Naumannsche) „Melodie“, sondern sogar eine gewisse Besinnung auf ältere deutsche Werte, die in dem zentralisierenden, vom Großbetrieb beherrschten, stärker kapitalistischen Deutschland gefährdet sind. Immer wieder müssen wir darauf verweisen, daß der durchschnittliche Deutsche dieses gute deutsche Österreich, die sozial, kulturell und wirtschaftlich wichtigsten mittleren Schichten, die Stützen des Bündnisses viel zu wenig kennt. Das offizielle Deutschland und der Großteil der reichsdeutschen Bevölkerung hat die Deutschen Österreichs in mancher Richtung enttäuscht: in dem Mangel einer zielbewußten und fruchtbaren Bündnispolitik wie großer politischer Ziele überhaupt, durch Versäumnisse, die gerade der schwärmerisch Vertrauende schwer verzeiht und die nicht hätten begangen werden können, wenn man nicht so gänzlich ohne Kenntnis nächster Gefahren gewesen wäre.

Die offiziellen Abmachungen werden ausgezeichnet nach außen und innen wirken. Aber sie reichen nicht aus. Heute tragen die Völker und nicht allein die Regierungen die Bündnisse. Wird nicht dem Raubbau an deutscher Volkskraft, für den die Aushungerung der Deutschen in den Sudetenländern und in Tirol ein erschütterndes Beispiel gibt, ein Ende gemacht, jenem unglückseligen System, das die Deutsch-Österreicher immer wieder für das Bündnis zahlen läßt, sie zu seinen Märtyrern macht, dann wird dieses wohl über den Krieg hinaus dauern und seine Schuldigkeit dank der deutschen Volkskräfte in Österreich tun, aber jenseits des Krieges eine hohle Form ohne Inhalt bedeuten.

Reform des Wahlverfahrens

Aufstellung der Kandidatenlisten durch die Kandidaten selbst statt durch die Parteien

Von H. von Recklinghausen

Zweierlei ist bei der Reform des **Wahlrechtes**, die uns jetzt alle beschäftigt, scharf zu trennen: die **Frage der Wahlberechtigung** — allgemeines oder beschränktes Wahlrecht, gleiches oder abgestuftes Wahlrecht, Abstufung durch Zusatzstimmen (Pluralwahlrecht) oder durch Klasseneinteilung der Wähler. Und zweitens die Frage des Wahlverfahrens: einfaches Mehrheitswahlverfahren, so wie bisher üblich oder Verhältniswahlverfahren (Proporz) oder — noch ein drittes. Die

Frage der Wahlberechtigung ist eine rein politische; sie soll uns hier nicht beschäftigen. Die Frage des Wahlverfahrens ist zunächst eine technische, ihre bessere oder schlechtere Lösung aber von größter politischer Tragweite.

Welches ist das Problem, das hier vorliegt? Offenbar dieses, jedem Wähler oder genauer jeder Wahlstimme im Parlament die ihr zukommende Vertretung zu verschaffen. Dazu ist zweierlei nötig: erstens, daß jeder Wähler den Mann seines Vertrauens zum Abgeordneten wählen kann und durch ihn im Parlament vertreten wird; zweitens, daß das Gewicht, mit dem er dort vertreten wird, für jeden Wähler dasselbe sei. Würden nämlich ein von vielen Wählern entsendeter Abgeordneter und einer, den nur wenige erkoren haben, im Parlament gleichberechtigt nebeneinander sitzen, so wären offenbar die wenigen Wähler verhältnismäßig wirksamer vertreten als die vielen.

Man hat zur Beseitigung dieser Ungleichheit vorgeschlagen, daß bei der Abstimmung im Parlament das Gewicht, das der einzelne Vertreter in die Wagschale zu werfen hat, nach der Zahl der Wähler, die ihn erkoren haben, abgestuft werde, man hat sogar die Konstruktion von Abstimmungsmaschinen, welche solche Abstufung mechanisch bewirken, geplant. Aber eine parlamentarische Körperschaft, in welcher Stimmenkrösusse und Stimmenbettler nebeneinander sitzen, ist ein psychologisches Unding und, wie die Menschen nun einmal sind, ist ein erfreuliches Zusammenarbeiten in ein und demselben Kollegium nur unter gleichberechtigten Vertretern möglich.

Wir müssen also an ein anderes Auskunftsmittel denken, um jedem Wähler den ihm zukommenden Einfluß im Parlament zu verschaffen. Dies Mittel besteht darin, daß diejenigen Kandidaten, welche viele Stimmen bekommen haben, an jene, welche weniger erhielten, Stimmen abtreten, natürlich nicht nach eigener Willkür, sondern gemäß einer vorher vom Wähler gebilligten Liste. Zu diesem Zweck bezeichnet der Wähler auf seinem Stimmzettel nicht nur seinen eigentlichen Kandidaten, sondern gleichzeitig mehrere Ersatzkandidaten. Er gibt durch eine solche Liste von Erkorenen seinem Anderenfallswillen Ausdruck: falls der mir in erster Linie genehme Kandidat A meine Stimme nicht brauchen kann, weil er bereits ohnehin Stimmen genug hat oder weil er zu wenig hat, um überhaupt in Frage zu kommen, soll meine Stimme auf den Kandidaten B, und gegebenenfalls von diesem weiter auf den C und so fort übertragen werden.

Das gewöhnliche Mehrheitswahlverfahren weiß nichts von solcher Anderenfallsstimmgebung. Die Folge ist, daß meine Stimme, wenn der Kandidat, dem ich sie gegeben habe, unterliegt, völlig verloren ist, daß ich meines Rechtes auf Vertretung im Parlament beraubt werde. Andererseits bin ich zum mindesten nur ungenügend und mit zu geringem Gewicht vertreten, wenn mein Kandidat erheblich mehr Stimmen erhalten hat, als im Durchschnitt zum Erwähltwerden erforderlich ist oder umgekehrt mit zu großem Gewicht, wenn er mit schwacher Stimmenmehrheit durchdringt. Solche Ungerechtigkeit ist nun nicht etwa eine Ausnahme, welche bloß vereinzelte Wähler trifft, sondern geradezu die Regel und Norm. Bei den bisherigen Reichstagswahlen z. B. pflegt die Hälfte der Wähler und oft mehr als die Hälfte ganz unvertreten zu bleiben. Denn wenn drei annähernd gleich starke Parteien im Wahlkreis um den einen Sitz kämpfen, so kann nur ein Drittel der Wähler zu seinem Recht gelangen. Dieser schwere Übelstand und all seine unerfreulichen Folgen: Stichwahlen und Stichwahlunmoral, Kompromißkandidaturen, Wahlenthaltung und Verbitterung der um ihr Recht Betrogenen u. s. f. sind in letzter Zeit soviel besprochen worden, daß wir nicht weiter dabei zu verweilen brauchen.

Ein zweiter Übelstand aber wird bei diesen Erörterungen meist ganz vergessen. Angenommen, meine Partei siegt, bin ich dann wirklich so wie ich sollte im Parlament vertreten, d. h. durch den Mann meines höchsten Vertrauens oder, wenn dies nicht angeht, dann wenigstens durch den, der mir in zweiter oder dritter Linie als dieses Postens würdig erscheint? Weit entfernt: ich habe ja gar nicht die Möglichkeit, unter den verschiedenen meiner Partei zugehörigen parlaments-

fähigen Männern eine Auswahl zu treffen, sondern muß für den einen, den die Parteileitung gerade in meinem Wahlkreis aufzustellen beliebt hat, stimmen; wenn ich einen anderen Namen auf meinen Stimmzettel schreibe, so ist das wirkungslos und kommt praktisch einem Verzicht auf mein Wahlrecht gleich. Vielleicht stellt die Parteileitung den Mann meines Vertrauens in einem anderen Wahlkreis auf, vielleicht auch nicht, und in letzterem Fall wird ihm der Zugang zum Parlament verschlossen, wiewohl vielleicht tausende von Wählern gerade so wie ich in ihm den würdigsten Vertreter sehen; tausende von Wählern, die aber, weil über das ganze Land verstreut, in keinem einzelnen Wahlkreis die lokale Majorität besitzen und daher nirgends mit Erfolg ihren Kandidaten aufstellen können. Und selbst wenn sie dieselbe besäßen, wäre es zweifelhaft, ob es einer improvisierten Vereinigung von Wählern gelingen würde, der altorganisierten Macht der Partei und ihrem eingespielten Wahlwerbeapparat gegenüber durchzudringen. Denn Tatsache ist, daß die großen Parteileitungen fast überall das Monopol der Kandidatenaufstellung besitzen, daß sie in weitgehendstem Maße vermöge der in ihrer Hand vereinigten Agitationsmittel die Wähler beherrschen und kommandieren und denjenigen Politikern, die ihnen nicht passen, die Pforten der Volksvertretung verschließen. Ich brauche bloß die Namen des Freisinnigen Naumann, des Konservativen Grafen Posadowsky, des Sozialdemokraten Bernstein zu nennen und an die Hemmnisse zu erinnern, welche diese Männer, obgleich bereits anerkannte politische Führer, auf dem Weg ins Parlament fanden, weil sie sich nicht bedingungslos in ein Parteischema fügen wollten. Ein über oder zwischen den Parteien stehender politischer Kopf, wenn er nicht etwa zugleich eine lokale Größe ist, hat keine Aussicht gewählt zu werden.

Es ist also eine doppelte Ungerechtigkeit, an welcher das gewöhnliche Mehrheitswahlverfahren krankt: erstens eine solche gegenüber den Parteien, da von den mehreren, die sich im Wahlkreis gegenüberstehen und Kandidaten aufstellen, nur eine den Sieg davonträgt und den Abgeordnetensitz erhält, und zweitens gegenüber den Wählern und Kandidaten innerhalb der Partei, welche dem Belieben der Parteileitung ausgeliefert werden, die, vermöge ihres Monopoles der Kandidatenbenennung, Wählern und zu Wählenden ihren Willen vorschreibt. Die erstere Ungerechtigkeit wird durch die Verhältniswahl wirksam bekämpft. Sie läßt eine größere Anzahl von Sitzen in einem einzigen großen Wahlkreis vergeben und verteilt diese auf die einzelnen Parteien derart, daß sie von jeder Parteiliste der Reihe nach so viele Bewerber zu Abgeordneten beruft, als der Gesamtzahl der auf die Parteiliste entfallenden Stimmen entspricht. So verhilft sie wenigstens jeder größeren Partei zu einer angemessenen Vertretung.

Die zweite Ungerechtigkeit aber wird durch die Verhältniswahl keineswegs beseitigt, im Gegenteil vielleicht eher verschlimmert. Denn je größer der Wahlkreis ist, um so größer und komplizierter ist der Apparat, dessen es bedarf, um ihn mit Erfolg zu bearbeiten, um so weniger Aussicht hat eine sich neu bildende, unabhängige Wählergruppe, neben den großen, altbefestigten Parteien sich durchzusetzen. Diese Bevormundung der Wähler und Kandidaten durch die Parteileitung ist von den Anhängern der Verhältniswahl selber als die große Schattenseite ihres Systems empfunden worden, und sie haben seit lange auf Mittel gesonnen, um den einzelnen Wähler von der Bindung an die Parteiliste frei zu machen. Ein solches Mittel besteht zum Beispiel darin, daß man den Wähler erstens für eine Parteiliste und zweitens für einen bestimmten Namen innerhalb dieser Liste sich erklären läßt, und dann die Reihenfolge, nach der die Parteikandidaten zu Abgeordneten berufen werden, nach der Zahl der den einzelnen Parteikandidaten zugefallenen persönlichen Stimmen feststellt ohne Rücksicht auf die von der Parteileitung festgesetzte Rangordnung. Oder man gestattet dem Wähler, auf der Parteiliste Änderungen vorzunehmen, einzelne Kandidaten zu streichen, hinzuzufügen, zu bevorzugen. Endlich gestattet man kleinen Parteien, sich mit anderen derart zu verbinden, daß ihre Stimmen, falls sie zur Erlangung eines eigenen Vertreters nicht ausreichen, wenigstens einer nahestehenden Partei zugute kommen.

Die Vielheit der vorgeschlagenen Abhilfsmittel läßt schon vermuten, daß keines wirklich gründlich hilft. In der Tat ist das Herumbessern des einzelnen Wählers an der von der Parteileitung ausgegebenen Liste im allgemeinen wirkungslos; denn nur wenn viele nach gemeinsamer Verabredung dieselben Änderungen vornehmen, kann ein Einfluß auf das Wahlergebnis erzielt werden. Diese Organisation aber ist es ja eben, welche die einzelnen Wähler nicht so zu leisten vermögen, daß sie der offiziellen Parteiorganisation die Spitze bieten können. Andererseits öffnet die Möglichkeit der Listenänderung allerhand unsauberen Machenschaften Tür und Tor und gibt unter Umständen wenigen Parteiwählern oder gar Angehörigen der Gegenpartei die Möglichkeit, die Führer der Partei zu Fall zu bringen, die Liste zu „köpfen". Auch bleibt bei allen Verbesserungen der große Übelstand bestehen, daß die Nennung desselben Kandidaten auf verschiedenen Parteilisten verboten und dadurch jeder zwischen und über den Parteien stehende Kandidat ausgeschlossen wird.

Man hat nun die Lösung des Problems auf ganz anderem Wege versucht. Dieser ist sogar der ältere und ursprünglichere, denn das erste hierhergehörige Wahlsystem, das bereits im Jahre 1859 in England vorgeschlagen wurde, kennt keine offiziellen Parteilisten, sondern überläßt es jedem einzelnen Wähler, seine Liste sich selber zusammenzustellen. Das aber führt, wie leicht begreiflich, zu solch unendlicher Zersplitterung der Meinungen, daß schon das Geschäft der Stimmzählung und der Ermittelung des Wahlergebnisses auf technische Schwierigkeiten stößt, die die Durchführung bei einer zahlreichen Wählerschaft unmöglich machen.

Also Organisation der Wählerschaft durch anerkannte Kandidatenlisten ist notwendig. Aber wem ist ihre Aufstellung zu übertragen, wenn die Parteileitung sie nicht aufstellen soll, der einzelne Wähler es nicht kann? Antwort: der Kandidat selber soll die Liste machen, soll die „Nachmänner" bezeichnen, auf welche die ihm zufallenden Stimmen übergehen, falls sie für ihn selber nicht verwendbar sind, sei es, weil er schon eine genügende Anzahl besitzt, um gewählt zu sein, sei es, weil er zu wenig hat, um selber für einen Sitz in Frage zu kommen. Die Kandidaten selber, die ja, wenn zu Abgeordneten erwählt, die Führer ihres Volkes sein sollen, sind auch die gegebenen Organisatoren der Wählerschaft. Diese aus unserer Überlegung mit logischer Notwendigkeit hervorgehende, zuerst von Zeiler 1913 („Hirths Annalen des Deutschen Reiches", Seite 53 und 585) öffentlich ausgesprochene Lösung scheint mir alle Übelstände zu beseitigen oder doch auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Ohne im übrigen die Betätigung der Parteien bei den Wahlen, die ja durchaus erwünscht und unentbehrlich ist, zu beschränken oder die Aufstellung von Parteilisten zu hindern, nimmt diese Regelung doch der Parteiliste den offiziellen Charakter und damit den Zwang, den sie auf Wähler und Kandidaten ausübt. Offiziell existieren nur noch die von den einzelnen Kandidaten aufgestellten Nachmännerlisten. Jeder Kandidat ist in der Bezeichnung seiner Nachmänner ganz frei und zugleich ganz verantwortlich. Dadurch, daß er dem Wähler gegenüber moralisch für die Nachmänner haftet, die er empfiehlt, erhält dieser eine weit bessere Bürgschaft für deren Gesinnung, als durch die Beschlüsse einer anonymen Parteikomiteemajorität, für die niemand die volle Verantwortlichkeit übernimmt, und bei denen oft alle möglichen unsachlichen Momente den Ausschlag geben. Dadurch, daß er ganz frei ist in der Auswahl seiner Nachmänner, kann er die von der Partei empfohlene Liste seiner persönlichen Überzeugung gemäß modeln; es kommen auf den Listen Zusammenstellungen von Namen zustande, die sonst unmöglich gewesen wären, Bewerber, welche zwischen und über den Parteien stehen, erhalten günstige Aussichten, jeder bedeutende Staatsmann, jeder Politiker, der einen Namen hat, darf auf einen Sitz im Parlament rechnen, auch wenn er sich auf kein anerkanntes Parteiprogramm festlegt. Die Parteien selber werden vor Abwegen behütet und durch einen wohltätigen Zwang bei ihrer hohen Aufgabe, Helfer und Diener der politischen Gesamtheit zu sein, festgehalten und sich selbst zum Heil genötigt, von überall her die Tüchtigsten zu Wahlkandidaten und Partei-

führern heranzuziehen. Der Wähler endlich kann dem Manne seines höchsten Vertrauens seine Stimme geben und seinen wahren politischen Willen wirksam zum Ausdruck bringen. Dadurch wächst bei ihm die Anteilnahme am politischen Leben und zugleich das Verantwortungsgefühl und das Verständnis für staatsbürgerliche Aufgaben, dessen Darniederliegen gerade auch bei den Bessergestellten in unserem Volke die letzte Ursache aller unserer unerfreulichen politischen Zustände ist.

Um diese Wirkungen des neuen Verfahrens im einzelnen, soweit das möglich ist, vorauszusehen und klarzulegen, bedarf es eingehender Überlegungen und Erörterungen, für welche hier der Raum fehlt. Ich muß den Leser, der Genaueres zu wissen wünscht, deshalb auf die ausführliche Darstellung verweisen, welche ich in meinem Aufsatz: Alte und neue Wahlverfahren, Kritik und Reformvorschläge („Zeitschrift für Politik", Band 11, Heft 1/2, 1918) gegeben habe. Dort habe ich auch die Technik des neuen Verfahrens, die besonders bei Feststellung des Wahlergebnisses von dem bisher üblichen abweicht, genauer erörtert. Dort ist auch noch ein zweites Verfahren angegeben, welches dem gleichen Endzwecke in freilich weniger vollkommener Weise dient, dafür aber technisch dem Hergebrachten näher steht und weniger Umdenken erfordert.

Hier sei nur noch ein besonders wichtiger Punkt besprochen. Es gibt Politiker, welche das unserer ganzen Überlegung zugrunde liegende Prinzip, daß nämlich bei einem guten Wahlverfahren das Wahlergebnis ein möglichst getreues Spiegelbild des politischen Willens der Wählerschaft sein soll, leugnen und vielmehr behaupten, es sei besser, wenn nur die großen Parteien ihre Vertreter in das Parlament entsenden. Andernfalls sei Parteizersplitterung und damit Schwächung der Macht des Parlamentes zu befürchten. Dabei wird dann auf das englische Zweiparteiensystem als das auch für uns erstrebenswerte Ideal hingewiesen. Übersehen aber wird dabei die völlige Verschiedenheit der deutschen und der englischen politischen Verhältnisse. Wir haben nun einmal nicht zwei, sondern mindestens ein halbes Dutzend große politische Parteien, und sie werden, weil auf tiefgreifende Unterschiede des politischen Denkens im deutschen Volke sich gründend, in absehbarer Zeit sich nicht zu zweien zusammenschweißen lassen. Diese Verschiedenheit hängt damit zusammen, daß das englische Volk eine jahrhundertealte politische Schulung besitzt, die uns abgeht. Ferner vertrat das englische Parlament in den Zeiten seiner Blüte infolge der eigentümlichen, sehr beschränkten Wahlberechtigung überhaupt nur einen kleinen Teil des Volkes; England war in Wirklichkeit damals keine Demokratie, sondern eine Aristokratie mit hoher, altüberkommener politischer Bildung. Die englischen politischen Verhältnisse sind gegenwärtig in einer tiefgreifenden Umwandlung begriffen, deren Ende noch nicht abzusehen ist; nur soviel scheint deutlich, daß das alte Zweiparteiensystem im Verschwinden begriffen oder schon verschwunden ist.

Dagegen sehen wir in Nordamerika ein Zweiparteiensystem in voller Kraft. Aber auf dieses hinzuweisen hüten sich unsere deutschen Befürworter dieses Systems wohl, obgleich dieses amerikanische Vorbild viel eher für die deutsche Zukunft maßgebend sein könnte und sein würde. Gerade dieses Beispiel veranschaulicht nämlich aufs klarste die ungeheuren Gefahren, welche Volk und Staat laufen, wenn die Parteien die Wähler und die Kandidaten und damit indirekt das Parlament und den Staat beherrschen, Gefahren, welche uns in Deutschland wesentlich deshalb noch nicht zum Bewußtsein gekommen sind, weil das Parlament bei uns bisher nur eine verhältnismäßig bescheidene Rolle als politischer Machtfaktor gespielt hat. Sie werden in dem Maße bedenklicher werden, in welchem der Einfluß der Volksvertretungen zunimmt, und auf solche Zunahme drängt ja unsere gegenwärtige innerpolitische Entwicklung unverkennbar und unaufhaltbar hin.

Machen wir uns diese Gefahren und ihre Ursachen klar! Jede Partei ist ein Organismus, der zunächst einmal sich selbst im Kampf ums Dasein zu behaupten strebt. Mögen die Gründer einer Partei auch noch so ideale Menschen sein und ausschließlich das Wohl des großen Ganzen im Auge haben, mit der

Zeit schiebt sich das Interesse der Partei dem Interesse des Vaterlandes unter, die Macht und das Gedeihen der Partei wird erstes Ziel, hinter dem die Bedürfnisse der Wähler und das Wohl des Staates zurücktreten. Bei der Aufstellung der Kandidaten fürs Parlament wird der zuverlässige Parteigänger auf den Schild erhoben und nicht der warmherzige Vaterlandsfreund oder der geniale politische Denker. Im Gegenteil, jeder Neuerer, der das altanerkannte Parteiprogramm in Frage stellt, die Kreise der bisherigen Parteiherrscher stört, der Parteiorthodoxie und Bureaukratie gegenüber seine eigene Meinung behauptet, ist unwillkommen und wird tunlichst unterdrückt. Unter der Flagge: Treue der Partei und dem Parteiprogramm beherrscht ein Konservatismus übler Art heute vielfach unsere politischen Parteien sowohl auf der Rechten wie auf der Linken, läßt neue Ideen erst herein, wenn sie alt und banal geworden sind und hält gerade die Besten, die Männer eigener Kraft und Prägung, der politischen Laufbahn fern. Oder wer wollte behaupten, daß in unserem Reichstage die 397 fähigsten Köpfe des deutschen Volkes versammelt seien, wie das doch eigentlich der Fall sein sollte und müßte? Wenn an der Klage, daß die Demokratie die Herrschaft der Mittelmäßigkeit bedeute, etwas Wahres ist, so trägt die Schuld daran vielleicht weniger die immer behauptete Unfähigkeit der Massen, das Hervorragende zu erkennen, als vielmehr die Unzulänglichkeit unserer politischen Einrichtungen und insbesondere unserer Wahlverfahren, die ihm den Zugang zu dem Platz, der ihm gebührt, verwehren.

Aber die Entwicklung des Parteiwesens kann noch weiter führen. Je vollkommener die Parteiorganisation ausgebaut wird, je mehr sie Einfluß auf das gesamte Denken des Volkes gewinnt, Zeitungen und Zeitschriften sich dienstbar macht, je größer und straffer gegliedert das Heer von Parteibeamten, Wahlrednern und Wahlwerbern wird, um so mehr spielen die Parteifinanzen, welche diesen ganzen Apparat unterhalten und lebensfähig machen müssen, eine ausschlaggebende Rolle, um so mehr wird die ganze Organisation zu einem kaufmännischen Betrieb, um so mehr wächst der Einfluß derjenigen, die die Hand auf der Parteikasse haben und von denen es abhängt, ob dieser Kasse der alles belebende goldene Strom zufließt oder nicht. Die Partei wird ein Geschäftsunternehmen und wird das Eigentum des reichen Mannes, der sie bezahlt. Und indem dieser als kluger Kaufmann auch gleich die Gegenpartei in seinen Dienst nimmt, gewinnt er die Herrschaft über den Staat überhaupt. Die Demokratie ist zur Plutokratie entartet und zwar zur heimlichen Plutokratie im Gegensatz zu jener viel harmloseren offenkundigen, welche etwa mittels eines hohen Zensus oder eines Klassenwahlverfahrens das Recht auf Vertretung im Parlament den Begüterten vorbehält. Gerade weil die das öffentliche Wesen beherrschenden Drahtzieher als solche gar nicht hervortreten, sondern nur ihren Geschäftsführer, den „Boß" der Partei, vor der Öffentlichkeit agieren lassen, ist jeder Widerstand gegen diese Macht so aussichtslos. Sie herrscht anonym und darum unfaßbar, unverantwortlich, unbeschränkt und rücksichtslos.

Wir sehen dieses Endstadium der parlamentarischen Entwicklung in Nordamerika in weitem Maße bereits eingetreten. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Milliardäre von Wallstreet die Vereinigten Staaten fast unumschränkt beherrschen und daß alle Kämpfe des amerikanischen Volkes gegen die Macht der Trusts bisher vergeblich gewesen sind. In Frankreich liegen die Dinge nicht wesentlich anders. Auch bei uns sind die ersten Anfänge dieser Entwicklung deutlich genug zu erkennen, und gerade in den letzten Monaten konnte man wieder einmal ein wenig hinter den Schleier blicken und ahnend erkennen, wie auch bei uns der Großkapitalismus auf die Parteien und die politische Presse seine schwere Hand zu legen versucht.

Es gibt, so weit ich sehe, nur einen Weg, um der furchtbaren Gefahr der Amerikanisierung unseres öffentlichen Wesens, die uns jetzt bedroht, wirksam zu begegnen, das ist, daß wir unabhängig denkenden Männern den Zugang zur Volksvertretung offen halten und die parlamentarische Rednerbühne als Zufluchts-

stätte für ein weithin hörbares freies Wort uns bewahren, wenn die Presse ihrer großen Aufgabe als Hort der unabhängigen Kritik entzogen werden sollte, wie das beispielsweise in Frankreich bereits seit langem weitgehend der Fall ist. Dazu aber ist nötig, daß den politischen Parteien, welche heute die Zugänge zum Parlament beherrschen, diese Alleinherrschaft genommen wird. Und zwar, ehe es so weit kommt wie in Frankreich und Nordamerika, daß die besten Volkselemente sich vielfach ganz von der Politik zurückziehen, weil sie von Ekel über den alles beherrschenden Mammonismus erfüllt sind und hoffnungslos am Erfolg aller Gegenbemühungen verzweifeln.

Wir wollen die Sachlage noch etwas tiefer und grundsätzlicher erfassen, wobei uns gleichzeitig der Unterschied zwischen den alten englischen und den modernen Verhältnissen nochmals zum Bewußtsein kommen wird. Die moderne Kulturentwicklung hat die unaufhaltsame Tendenz zur Großorganisation. Die Riesentrusts des privaten Kapitalismus wie die Staatsbetriebe des Sozialismus, zu denen auch die uns heute so wohlbekannte Kriegswirtschaft gehört, haben das Gemeinsame, daß sie dem einzelnen die wirtschaftliche Freiheit rauben, ihn zu einem willenlosen Rädchen in einer ungeheuren Maschine machen, das so wie es der Mechanismus vorschreibt, mitlaufen muß oder zerdrückt wird. Als Gegengewicht gegen diese Freiheitsberaubung und als Rettungsmittel gegenüber dieser Entpersönlichung der menschlichen Arbeit sehen wir die Tendenz zur Demokratisierung und Parlamentarisierung. Sie gibt dem einzelnen Anteil an der Staatslenkung und damit ein Stück Macht über eben diese Organisationen, von denen er sonst selbst beherrscht wird. Er bleibt ein einzelner, der in einer ungeheuren Kolonne mitmarschieren muß; aber er darf mit über die Richtung bestimmen, in der der Zug sich bewegt und über die Anführer, die den Weg weisen, und diese Anführer werden dadurch gezwungen, den Weg so zu wählen, wie es den Interessen des Ganzen und jedes einzelnen entspricht. Aber dieses Mitbestimmungsrecht des einzelnen über die Geschicke des Staatsganzen wird illusorisch gemacht, seine politische Freiheit wird dadurch zur Scheinfreiheit herabgedrückt, daß die das wirtschaftliche Leben beherrschenden Machthaber auch die politischen Parteien und die politische Presse sich dienstbar machen, daß sie, um es kaufmännisch auszudrücken, die gesamte politische Maschinerie eines Landes als eine Spezialabteilung dem übrigen von ihnen kontrollierten Interessenkonzern eingliedern. Damit ist das Aufkommen einer ihnen unbequemen politischen Meinung und eines unabhängigen politischen Willens unmöglich gemacht, Demokratie und Parlamentarismus sind ihres wahren Inhaltes entleert und zu Attrappen geworden, mit denen politisch Urteilslose getäuscht werden.

Dieser wahre Inhalt aber, machen wir uns das zum Schluß nochmals klar, ist der große und wundervolle Gedanke, daß jeder Volksgenosse an der Leitung des Staates in gleicher Weise teilnimmt und daß einem jeden dadurch der Staat zu seinem Staat wird und zugleich zu seinem kostbarsten Gut, dessen Wohl und Wehe er als sein eigenstes Glück und Unglück empfindet. Was dieser große Gedanke, wenn er in einem Volke lebendige Kraft gewinnt, zu bedeuten hat, wie er die Liebe zum Vaterland und die Opferfreudigkeit des einzelnen für das Ganze ins Unbegrenzte zu steigern und das gesamte Volk zu einem Ganzen höherer Ordnung zu verfestigen vermag, das haben wir alle in diesen schweren Tagen und Jahren erlebt. Wir haben auch erkannt, daß Deutschlands Heil und Zukunft nur auf dem Wege fortschreitender Demokratisierung liegt, und haben auf diesem Wege bereits die ersten entscheidenden Schritte getan, so daß wir, selbst wenn wir wollten, nicht mehr zurück können. So gilt es jetzt, entschlossen weiter zu schreiten, aber gleichzeitig die großen Gefahren, welche der Weg birgt, scharf ins Auge zu fassen. Diese Gefahren, so erkennen wir, haften nicht sowohl dem Wesen der Demokratie, als vielmehr der unvollkommenen Technik an, mit welcher sie ins Werk gesetzt wird, und sie lassen sich wirksam vermeiden, wenn man dieser Seite des Problems die nötige Aufmerksamkeit schenkt, welche ihr bisher im allgemeinen noch nicht zuteil wurde. Ein technisch einwandfreies Wahlverfahren bietet die

besten „Sicherungen“, soweit als solche wirklich nötig und erwünscht sind. Und diese Sicherungen haben gegenüber den anderweitig vorgeschlagenen den Vorzug, daß sie dem Prinzip des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes keinen Abbruch tun, im Gegenteil, ihm erst zu voller und erfreulicher Wirksamkeit verhelfen. Auf diese Sicherungen könnten sich daher alle vereinigen, denen es um eine glückliche und gerechte Lösung unserer Wahlrechtsschwierigkeiten zu tun ist.

Pink-Pank

Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigger

In einer „entzweienen“ Dachrinne verläßt das Regenwasser die ihm von den Naturgesetzen und dem Klempner gewiesene ordnungsgemäße Laufbahn. Es rieselt an der Hauswand herab oder blaggert dem Herrn Bürgermeister oder Pfarrer auf den Hut. Ein solcher mit der Bereitung von volks- und privatwirtschaftlichem Schaden verbundener Unfug kann und darf nicht geduldet werden. In einem geordneten Staatswesen **nicht**.

Nach mehr als fünfjährigen Erhebungen und Erwägungen stellten die Minister des Innern, der Landwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten gemeinsam den Text einer Polizeiverordnung fest, die folgenden Inhalt hatte:

„Bis zum (Termin vorbehalten) sind die Dachrinnen auszubessern. Zuwiderhandlungen werden gemäß (Gesetzesstelle vorbehalten) mit (Strafhöhe vorbehalten) bestraft.“

Dieser Text gelangte mit einem der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessenen Rundschreiben der verbündeten Minister an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister von Gemeinden unter achttausend Seelen mit der Anheimgabe, der Bitte, dem Ersuchen, dem Auftrag, eine Provinzial-, Bezirks-, Kreis-, Ortspolizeiverordnung erwägen, in die Wege leiten zu wollen, zu veranlassen, herbeizuführen, mit dem für Durchlaucht, Exzellenz, Hochgeboren, Hochwohlgeboren, Wohlgeboren sinnvoll abgestuften Hinzufügen, daß einem Bericht über das Veranlaßte und den Erfolg zu gegebener Zeit entgegensehen werde.

Nicht überall schwamm der Text bis in die feinsten Kanäle hinab. Hatten die Minister Selbstentäußerung genug besessen, um auf das im Erlaß einer Verordnung für die ganze Monarchie liegende Glücksgefühl zu verzichten, damit berechtigte, örtliche Interessen nicht von vornherein zu Schaden kämen, so brachten auch die Oberpräsidenten vorbildliche Staatsweisheit zur Geltung: keiner erließ eine Provinzialverordnung. Auch unter den Regierungspräsidenten befand sich keiner, bei dem der Entwurf hängen blieb. Alles ging weiter an die wahren Stützen des Staates, der inneren Verwaltung und der Selbstverwaltung, die Landräte. Hier fielen die Entscheidungen, ob Kreis- oder Ortspolizeiverordnung. Erstere wurden mehr im Osten beliebt, letztere mehr im Westen.

Nach kaum anderthalb Jahren stellte die Kanzlei des Landwirtschaftsministers, bei dem alle Fäden zusammenliefen, den Erlaß von 171 Kreispolizeiverordnungen und 4047 Ortpolizeiverordnungen fest, alle desselben Inhaltes, doch nicht desselben Wortlautes. Die Abweichungen entsprachen den von den Ministern feinfühlig vorausgeahnten örtlichen Bedürfnissen. Neben Dachrinnen, die da traufen, erschienen Dachtraufen, die da rinnen, auch Regenrinnen und Dachkandel. Die Strafandrohungen, billig beginnend mit 2 Mark Geldbuße (oder einem Tag Haft),

steigerten sich auf unendliche Summen und lebenslängliches Zuchthaus, sofern nicht, wie einige Gesetzgeber vorsichtig einschalteten, p. p. eine härtere Strafe verwirkt wird.

So war denn die ganze Monarchie mit beglückenden Verordnungen dicht überzogen. Nur im Kreise Bornhövel hatte das Netz ein Loch. Der Landrat, Rittergutsbesitzer und Abgeordnete Herr von und zu Bornhövel, berichtete trotz aller Anmahnungen des Regierungspräsidenten über die „vorwürfige" Frage nicht und gab auch auf die stärkste Beschwörung, das Ersuchen um Angabe von Hinderungsgründen, keine Antwort. Aus einem Privatbrief des dem Landrat als Hilfsarbeiter beigegebenen Regierungsassessors sickerte durch, daß Bornhövel eine Rinnenverordnung nicht erlassen habe, aus unerforschten Gründen eine solche in absehbarer Zeit nicht zu erlassen gedenke und daher alle „diesbezüglichen" Eingänge mit dem bei ihm besonders beliebten Vermerk „Z. d. A." auf das gründlichste erledige.

Knapp vor Ablauf der auf das letzte fruchtlose Exzitatorium folgenden sechsmonatigen Frist, die dem Regierungspräsidenten die Möglichkeit gegeben hätte, ein weiteres Jahr zu warten, oder sich zur Erwägung einer, in den Annalen der preußischen Verwaltung allerdings kaum dagewesenen scharfen Maßregel, nämlich einer erneuten Mahnung, zu entschließen, bewahrte das Eintreten eines neuen Ereignisses den Staat vor einer in ihren Folgen vielleicht unabsehbaren Erschütterung.

Die verbündeten drei Minister wollten sich von den Wirkungen der Polizeiverordnungen durch eigene Anschauung Kenntnis verschaffen und entsandten je einen in Ortsbereisung erfahreren Vortragenden Rat nebst je einem in Klempnerarbeiten sachverständigen höheren Beamten (Wirklichen Geheimen Oberbaurat bis hinauf zum Regierungsbaumeister). Der Reiseplan wies auf eine durch ihre naturreinen und dennoch trinkbaren Moselweine berühmte, aus Diskretion hier nicht näher bezeichnete Provinz. In vierzehntägiger ununterbrochener Wagenfahrt konnte man, so war die Absicht, im Bereich von drei Regierungsbezirken und vierzehn Kreisen genau hundert Ortschaften besuchen.

Die Einzelheiten wurden sorgfältig festgestellt. Der Oberpräsident meldete sich mit seinen Referenten für die ganze Umfahrt an; die Regierungspräsidenten wollten mit Begleitung an den „einschlägigen" Teilstrecken mitwirken; die Landräte im eigenen Kreis, vielleicht anschließend beim Herrn Nachbar. Das für volles Gelingen unbedingt notwendige gute Wetter wurde durch Vermittlung des Ministers für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten bei der bewährten Göttinger Sternwarte angefordert. Diese verhängte ein barometrisches Maximum über die Provinz. Zur Lösung der Wagen-, Magen- und Schragen-Frage taten sich die kreiseingesessenen Gutsbesitzer zusammen. Daß an Pferden, Kreszenzen, Küchenprimeurs und Betten einer den anderen übertreffen werde, das war Ehrensache.

Sechs schmucke Viersitzer hielten in des Herrgotts strahlender Frühe vor dem Oberpräsidium. Die Herren, die sich da zusammenfanden und verstaut wurden, waren nicht ganz frisch. Ausgeprägtes Pflichtgefühl hatte sie bis drei Uhr morgens vorbesprechenderweise zusammengehalten im Bürgerkasino bei besten Berg- und Jahresläuften. Daher verliefen die zwei ersten Stunden der Fahrt in Drusseln, Schlafen oder — bei den höchsten Chargen, die stets wachen — in tiefem Nachdenken.

Doch vor dem Eingang des großen Dorfes Schmettingen harrten im Feiertagshabit Bürgermeister, Gemeindevorstand, Nachtwächter und alles, was sich zur Notabilität des Ortes rechnete. Denn überall war der hohe Besuch angekündigt worden, wenn auch unter wohlweislicher Verschweigung des Zweckes. Mit einem letzten Aufschnarcher wurde der Oberpräsident munter, stieg vom Pfühl herab und begrüßte die ländlichen Würdenträger. Die anderen Herren folgten seinem Beispiel, und man bewegte sich zu Fuß in Gruppen dem Marktplatz zu. Die Sachverständigen sonderten sich ab, damit den Verwaltungsjuristen nicht allzutiefer Einblick in die Gründlichkeit der Technik vergönnt werde.

Nicht wenig wunderten sich die Eingeborenen, daß die Blicke der Gäste rechts und links gleich Katzen über die Dächer wandelten. Des Oberpräsidenten Exzellenz klopften ambulando spielerisch an einige Häuser und trafen schließlich, es war erreicht, mit dem Spazierstock die Dachrinne eines einstöckigen Hauses. Es klang wie Holz auf Blech. Exzellenz nickten zufriedengestellt und blickten den Bürgermeister wohlwollend an. Mit der angenehmen Empfindung, die der Ausübung staatsförderlicher Tätigkeit entspringt, betrommelte jetzt auch das Gefolge die erreichbaren Dachrinnen. Nachdem sie sich vom ersten Erstaunen erholt hatten, folgten die Eingeborenen dem Beispiele, indem sie die vermeinte Ovation, eine Art von Festgeläute, aus allen Kräften erwiderten. In den Nebengassen verfielen die Sachverständigen ebenfalls auf Auskultation und Perkussion der Dachrinnen, mit demselben völkischen Erfolg. Der Oberbaurat Schubert, um seines Namens willen mit beängstigendem Musikverständnis begabt, rief plötzlich: „Die kleine Quinte", und jetzt begann ein verstärktes Geklapper in eifrigem Suchen nach Intervallen.

Die allgemeine Festlichkeit wurde durch den mit zwei feurigen Juckern ansprengenden Herrn von Adelungen unterbrochen, der dem Oberpräsidenten die willkommene Nachricht brachte, daß es höchste Zeit zum Frühstück sei, der Rebhühner Brüstchen brieten am Rost schon braun und bekrustet.

Eiliger Abbruch der Übung. Zum Leidwesen der zur Beteiligung innig bereiten herbeieilenden Schuljugend. Abschied von den Eingeborenen. Dank für loyale Haltung. Abfahrt im höchsten Tempo. Der Oberpräsidialreferent hieroglyphierte in sein Tagebuch: „Schmettingen. Verfassung der Dachrinnen durchweg ausgezeichnet". Einen gleichlautenden Vermerk trug der Oberbaurat Schubert ein. Wo es sich um Großes handelt, reichen sich Verwaltung und Technik stiefbrüderlich die Hand. Etwas zweifelhaft aber waren die im Unterstübel des „Ochsen" zu einem Frühschoppen versammelten Schmettinger Honoratioren über die Verfassung des Oberstübels der ragenden Stadtherren.

Das Frühstück und die anschließende wohlverdiente Siesta im Gutspark nahmen zwar einen erheblichen Teil des Nachmittags in Anspruch, immerhin aber blieb Zeit genug, um bei sinkender Sonne in Wallendingen und Gilsrode ausgewählte Dachrinnen der Bastonnade zu unterwerfen, ehe man auf der Königlichen Domäne Raida bei erlesenen Gaben der Küche und des Kellers den ersten Tag beschloß und den zweiten einweihte.

So vergingen in anstrengender, aufopferungsvoller Arbeit neun Tage, alle — selbst der Sonntag — mit demselben Programm, alle mit denselben hervorragenden dienstlichen und außerdienstlichen, geistigen und leiblichen Erträgen und Erlebnissen. Überall erhielten die Dachrinnen uneingeschränkt gute Zensuren. Exzellenz spendeten den beteiligten Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeistern hohes Lob, und auch die Ministerialherren kargten mit Beifall nicht. Ein junger Assessor, dem die „Schose" langweilig zu werden schien, erlaubte sich, dem Oberpräsidenten anzudeuten, man könne bei dieser Gelegenheit vielleicht da und dort Maul- und Klauenseuche, Rotlauf und andere Annehmlichkeiten anschneiden. Doch Exzellenz wiesen diese unüberlegte Äußerung zuchtlosen Mangels an Konzentrationsfähigkeit mit aller Entschiedenheit zurück.

Am Morgen des zehnten Tages erreichte man Riehagen, einen sehr freundlichen und gut gepflegten Ort. Eben holten Exzellenz zur Prüfung einer ihm sympathisch erscheinenden Rinne aus, als der Regierungspräsident ihm zuraunte: „Wir befinden uns im Kreis Bornhövel. Hier bestehen keine diesbezüglichen Verordnungen". „Det weeß ick alleene"! sagten Exzellenz unwirsch und hieben die Rinne so wuchtig über die Schnauze, daß der durch Verwendung als Prüfungsinstrument schon sehr schepperig gewordene Stock abbrach und sein freigewordenes Endstück mit Schleuderkraft an den rötlich strahlenden Gipfel des Regierungsrats von Groenendaal entsandte.

Jetzt hörte die Gemütlichkeit auf. Die Ministerialherren und die technischen Sachverständigen wurden herbeigebeten. Nach einer Reihe von sorgfältigen Stich-

beziehungsweise Klopfproben das Verdikt: die Dachrinnen Riehagens befinden sich in einem miserablen, die Ordnung und Sicherheit des Staates mit den schwersten Gefahren bedrohenden Zustand, dem durch sofortiges Einschreiten ein Ende gemacht werden muß.

Tiefzerknirscht ließ der Landrat von Bornhövel die dienstliche Rüge auf sein schuldiges Haupt herabsausen. Er bat nur um die Erlaubnis, Exzellenz beweisen zu dürfen, daß die bemängelten Dachrinnen tadellos fungierten. Und wirklich! Wasserfluten, die durch eine Handfeuerspritze auf die Dächer geleitet wurden, liefen durch Rinnen und Röhren einwandfrei ab, ohne daß auch nur ein einziger Tropfen staatsfeindliche Nebenwege einzuschlagen sich vermaß. An allen Dächern dasselbe Ergebnis. Daran war nicht zu rütteln. Der Oberpräsident war einfach starr. Die Klopfprobe hatte hier versagt. Überhaupt Klopfprobe! Wer hat mit diesem Unsinn angefangen? Flugs zum Rathaus, um in einer Sitzung das Problem zu erörtern! Doch dazu kam es nicht. Ein elementares Ereignis trat ein, das den Dingen eine neue Wendung gab.

Sei es, daß die Göttinger Sternwarte dem barometrischen Maximum nicht die nötige Standfestigkeit verliehen hatte; sei es, daß beim Wettermacher eine höher bezahlte Gegenorder eingelaufen war; sei es, daß die nassen Dächer eine Art Suggestion auf das Firmament ausübten — kurz, der Himmel überzog sich plötzlich mit dichtem Grau und begann Bindfaden zu regnen mit jener sanftstürmischen Nachdrücklichkeit, die auf einen Dauerzustand schließen ließ. Und dabei lauter offene Wagen! Schleunige Umkehr war nötig durch die Dörfer und Städtchen, die man in den beiden letzten Tagen durchfahren — oder — pinkpank — durchwandert hatte.

Der Landrat von Bornhövel lenkte den ersten, seinen eigenen Wagen, den anderen weit voraus. Drinnen saßen der Herr Oberpräsident, der Herr Regierungspräsident, der Herr Geheime Oberregierungsrat Dr. Mitterwurzer vom Ministerium des Innern und der Baurat Schubert vom Landwirtschaftsministerium.

In Schmargenbach, dessen Dachrinnen gestern als besonders staatserhaltend gerühmt worden waren, machte der Landrat auf eine Häuserreihe aufmerksam, von deren Firsten Wasserschwälle auf die Straße herniederschossen. Exzellenz knurrten verbissen: „Ick seh nischt!“ und schauten nach der anderen Seite. Da fuhr der Landrat auf die schlimmste Stelle zu und hielt die Pferde an. Ein Gießbach ging zwischen den hellgrauen Sommerhosen des Oberpräsidenten nieder, und ein Sturzstrudel suchte den Trichter seines zu den Ohren aufgeschlagenen Überziehers. Freundlich wandte Bornhövel sich zurück mit der gehorsamsten Frage: „Vielleicht haben Exzellenz hier eine bessere Übersicht?“

Jetzt wurde der Oberpräsident zärtlich: „Na, Teufelskerlchen, Bornhövelchen, mein allerliebstes! Ihr habt ja recht wie immer. Senkrecht, wagrecht und überzwerch! Aber nu laß mich raus aus der verfl . . . . . Sauce.“ Ehe jedoch Bornhövel die verwickelten Zügel in Ordnung gebracht hatte, gab ein Wagenruck auch den drei minderen Mandarinen ihren Anteil an der Wasserversorgung, zu Exzellenzens lebhafter Freude.

Bei steifen Grögern harrte man auf der Station des Zuges. Drei Flaschen Dreigesternten zauberte Bornhövel herbei als standesgemäße Grundlage. Durch den Landregen erhielt seine Mühle Oberwasser.

Schon als Junge, so erzählte er, sei es ihm ein beruhigendes Gefühl gewesen, wenn auf langer Bahnfahrt beim Halten auf nächtlichen Stationen der sich nähernde und entfernende Hammerschlag des Wärters die Wagenachsen zu einem hellen Präsenzschrei zwang, der zugleich über ihren Gesundheitszustand untrüglich Auskunft gab. Nun und nimmer sei er aber auf den Gedanken gekommen, man könne wie den verborgenen Schaden der Achse, so auch Löcher in einer Dachrinne akustisch feststellen. Auf der höchst instruktiven Ortsbereisung, an der teilzunehmen er die Ehre habe, beziehungsweise — leider — gehabt habe, sei ihm zwar nun ein neues Licht aufgegangen. Aber seine technischen Kenntnisse

seien so rettungslos gering, daß er für seine Person und seinen Kreis auch künftighin bei der bisherigen Empirik verbleiben müsse, Löcher nicht mit den Ohren, sondern mit den Augen zu sehen.

Ende gut, alles gut: Der Aufwand von 3512 Kilometer Eisenbahnfahrt, 2690 Kilometer Landweg und 276 Tagegeldern stand in keinem Verhältnis zu dem Dienstgewinn, den die Ortsbereisung in so reichem und bleibendem Maße zeitigte — so lautete der Schluß des vom Regierungsassessor Guggengeigger erstatteten Generalberichtes —, daß der gehorsamste Vorschlag gemacht werden darf, in Ansehung des obenbezeichneten Erfolges von weiteren diesbezüglichen Augenscheinseinnahmen abzusehen.

Und so geschah es.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Brotration. Mit Wirkung vom 16. Juni wird die tägliche Mehlmenge für Versorgungsberechtigte von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt. Die Wiederherstellung der alten Ration soll erfolgen, sobald genügende Zufuhren aus der Ukraine in den Händen der Reichsgetreidestelle sind, spätestens nach Auffüllung der Bestände durch den Frühdrusch aus der heimischen Ernte 1918.

Schön und gut! Wir werden weiter durchhalten. Edelster Wallungen der Enthaltsamkeit und der Selbstentäußerung werden wie bisher vor allem diejenigen unter uns fähig sein, die von der Einschränkung nicht berührt werden, sei es, daß sie, als Selbstversorger, besonders glückliche Landstriche bewohnen, sei es, daß sie, als Versorgungsberechtigte, aus solchen Landstrichen die dort überschüssigen Anweisungen auf Brot in Form von Reisebrotmarken oder rauhes Kriegsbrot, auch Weißbrot, Topfkuchen und ähnliche „Ersatzmittel" in natura zur Verstärkung der ihnen zugemessenen Ration erhalten. Für diese Bevorzugten insbesondere gilt der Satz: „Die Frage unserer Getreidebewirtschaftung und Brotversorgung ist so gut geregelt, daß die Zufriedenheit ziemlich allgemein ist." Wie schön lohnt sich hier die Entsagung.

Es mangelt nicht an Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Regelungen, Grundsätzen. Viel Papier ist und wird bedruckt, ist und wird beschrieben. Eine wohl aufzuwerfende Frage aber mag sein, ob der Erfolg dem Aufwand entspricht, und ob nicht die Möglichkeit gegeben ist, statt die Zufuhr aus der Ukraine und die neue eigene Ernte 1918 als Rosenwölkchen an den Zukunftshimmel zu malen, lieber auf der Erde zu bleiben und den Rest der 1917er Ernte für den allgemeinen Verbrauch besser auszunützen, d. h. die noch verborgen gehaltenen Vorräte zu beschlagnahmen und zu enteignen. Es ist zwar schon reichlich spät. Aber etwas ließe sich doch noch erreichen, namentlich als Vorspiel für die Behandlung der 1918er Ernte.

Die politische Presse meldete Mitte Mai eine „nette Geschichte" von erfolgreicher bundesstaatlicher Hilfe Preußens aus einem oberbayerischen Amtsbezirk. Dort fanden die örtlichen Kontrolleure die von den Behörden und Sachverständigen als verheimlicht vermuteten großen Vorräte an Mehl und Mehlgetreide nicht. Man ließ Kontrolleure aus Preußen kommen, und diese konnten in vier Mühlen fünfhundert Zentner Getreide beschlagnahmen.

Ob die Nachricht zutreffend ist, steht dahin. Jedenfalls handelt es sich nicht um preußische, sondern um Reichsorgane. Der Vorgang kann abgestritten oder als eine Ausnahme hingestellt werden, die die Regel bestätigt. Heute ist auf dem Gebiete des Abstreitens alles möglich. Der Vorfall ist weniger verwunderlich als der Umstand, daß man etwas

Alltägliches, das selbstverständlich geworden ist, als Merkwürdigkeit aufzeigt. Von all den Vorschriften, die die volle Ausnützung unserer Getreideernte für die Volksgemeinschaft sichern sollen, versagen gerade die wichtigsten. Die Kontrolle der örtlichen Organe wird aus Gründen, die in der menschlichen Natur liegen, vielfach nur sacht und rücksichtsvoll ausgeübt. In dem patriarchalischen Bestreben, den Gemeinde- und Kreiseingesessenen die erzeugte Körnerfrucht möglichst zu erhalten, wirkt alles zusammen, damit die Selbstversorger nicht zu kurz kommen. Die Kontrolleure aus der Ferne, die ihre Tätigkeit nicht auf Kirchturmspolitik einstellen, können nur Stichproben nehmen. Ihre Wirksamkeit verpufft in Aufdeckung von Verfehlungen, deren Ahndung für die Getreidewirtschaft ohne praktische Bedeutung ist. Herannahen oder Anwesenheit des Kontrolleurs wird ringsum bekannt. Die Müller richten sich, soweit sie es können oder für nötig halten, auf den zu erwartenden Besuch ein. In den meisten Fällen ist eine einzelne Person zur Ausübung einer wirksamen Kontrolle überhaupt nicht imstande. Dazu gehören immer drei, mindestens aber zwei Hand in Hand arbeitende Personen, die je nach den einzelnen Verhältnissen mit verteilten Rollen sachgemäß vorzugehen verstehen. Besser keine Kontrolle als eine unvollständige und schwächliche. Sobald der Kontrolleur die Mühle verlassen hat, weiß der ins Fäustchen lachende Müller sich auf lange Zeit hinaus wieder gesichert, und er hat bei dem Besuche manches hinzugelernt, was ihm nützlich ist.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle schreibt für Roggen und Weizen einen Ausmahlungssatz „mindestens bis 94 Prozent" vor. Dies Gebot findet bei der von den Selbstversorgern eingebrachten Frucht wenig Beachtung. Auf Wunsch der Kunden, die eine geringere Menge besseren Mehles und zur Viehverfütterung eine größere Menge Kleie zur Verfügung haben wollen, findet häufig eine zu geringe Ausmahlung statt, die bis zu 70 Prozent und weiter herabgeht. Grieß und sogenannte Auszugsmehle werden hergestellt. Um die zu geringe Ausmahlung zu verdecken, wird das Mehl möglichst rasch — in der Nacht oder am frühen Morgen — aus der Mühle geschafft, so daß die Kontrolleure nur selten Partien vorfinden, die zur Abgabe fertiggerichtet sind. Häufig lagert Mehl und feine Kleie getrennt in Trögen und Säcken; mit der Behauptung, beides solle noch vor Abgabe gemischt werden, suchen die Müller sich auszureden. „Auszug", gewöhnlich dem ersten oder zweiten Zug entnommen, wird unter irgendeinem beschönigenden Phantasienamen getrennt abgegeben. Der in manchen Verkaufsläden üblich gewordene Vermerk „Auslandsware" hat in den Mühlen Schule gemacht. Der Ausdruck „Kochmehl" oder „Suppenmehl" soll das Gewissen salvieren und vom guten Glauben überzeugen.

Das Gebot, daß Frucht nicht ohne Mahlschein angenommen werden darf, wird häufig übertreten. Zur Verschleierung wird ohne Mahlschein angelieferte Frucht in benachbarten nicht zur Mühle gehörigen Räumen gelagert oder es wird ein fremder Mahlschein mit passenden Gewichtsmengen untergeschoben. Von Frucht, die der Kontrolleur ohne Mahlschein vorfindet, behauptet der Müller, sie sei in seiner Abwesenheit in die Mühle gebracht worden oder sie sei sein Eigentum. Daß auf einen und denselben Mahlschein immer wieder neue Posten Frucht ausgemahlen werden, wird glaubhaft versichert. Nachgewiesen werden kann ein solches Vergehen wohl kaum; begünstigt wird es durch Unterlassung der Unterschrift des Abholers im Mahlbuch, sowie durch Nichtabgabe oder nicht rechtzeitige Abgabe der Mahlkartenabschnitte an Kommunalverband und Kunden. Häufig nehmen die Müller Fruchtmengen entgegen, die größer sind als die auf den Mahlkarten angegebenen; das bei der Kontrolle sich zeigende Übergewicht an Frucht oder an Mehl und Kleie wird damit entschuldigt, daß die Zeit zur Feststellung des Fruchtgewichtes bei Einlieferung oft fehle. Auch nimmt der Müller andere als die auf den Mahlscheinen verzeichneten Fruchtsorten an.

Nach den ergangenen Bestimmungen sind die Säcke mit Getreide und mit Mahlgut mit Anhängezetteln zu versehen, die den Inhalt der Säcke nach Fruchtart und Gewicht sowie Namen und Wohnort des Selbstversorgers

angeben. Dem entgegen werden die Anhängezettel den Müllern häufig gesondert ausgeliefert, häufig fehlen sie ganz. Angeheftete Zettel reißen beim Hantieren der Säcke beinahe stets ab und gehen verloren. Jedenfalls werden sie nicht mehr befestigt und sind für die Kontrolle ganz und gar wertlos.

Die Führung der vorgeschriebenen Mahlbücher ist häufig unvollständig, Gewichtsangaben und Ausmahlverhältnisse stimmen nicht überein. Durch unrichtige Einträge werden Vergehungen verdeckt. Eine Kontrolle der Mahlbücher hat unter solchen Umständen nur geringen Wert. Nicht selten führen die Müller neben dem offiziellen Mahlbuch mit unrichtigen Einträgen ein Geheimbuch mit richtigen Zahlen.

Es sei genug an dieser Blütenlese! Abhilfe? Zunächst einige Vorschläge.

Das Getreide wird vor der Ablieferung in der Mühle im Rathaus auf die Richtigkeit der Angaben (Gewicht und Fruchtsorten) geprüft, die Säcke werden plombiert und unter Aufsicht nach der Mühle gebracht. Abgabe oder Annahme von Teilmengen einer Partie ist verboten. Verboten ist die Lagerung eigener Frucht des Müllers in der Mühle. Die Mehlabgabe in den Mühlen wird auf bestimmte Tage und Tageszeiten beschränkt; sie findet unter polizeilicher Aufsicht statt. Die Anwesenheit von Kunden in der Mühle während des Mahlprozesses ist verboten. An Stelle der Anhängezettel, deren Unzuverlässigkeit die Unterschiebung fremder Mahlscheine möglich macht, tritt die Zeichnung der Säcke.

Noch gründlicher würde eine Besserung der Zustände erreicht, wenn man dem Selbstversorger die über seinen Verbrauchsanteil überschießende Fruchtmenge schon an der Dreschmaschine abnimmt und sie von dort unverzüglich auf das Lager des Kommunalverbandes bringt.

Die Strafbestimmungen sind aufs strengste zu handhaben. Alle örtlichen Organe sind auf gewissenhafte und rücksichtslose Ausübung ihrer Pflichten zu vereidigen. Jeder nicht legitimierte Posten von Frucht, Mehl, Kleie usw. verfällt ohne weiteres der Beschlagnahme und Enteignung. Sobald die zweite Beschlagnahme und Bestrafung stattgefunden hat, wird die Mühle geschlossen.

Nachdem der Wille zum Beschreiben und Bedrucken von Papier sich in so reichem Maße hat ausleben können, bedarf es jetzt des Willens zur Tat. Die Erfolge werden staunenswert sein. Eines darf nicht vergessen werden: Je höher die Brotration gehalten wird, desto tiefer senken sich die Preise der nicht rationierten Nahrungsmittel und desto mehr wird das Begehren der Bevölkerung nachlassen, rationierte Nahrungsmittel für teures Geld auf illegitimem Wege zu erstehen. Die Brotration ist ein bedeutungsvoller Wert- und Gradmesser für die Volkswirtschaft im Kriege. Deshalb sollte kein Mittel unversucht bleiben, das eine baldige und dauernde Wiedererhöhung der Mehlmenge von 160 auf 200 Gramm und mehr herbeizuführen geeignet ist.

Junius

Neue Bücher

Rosalie Braun-Artaria: Von berühmten Zeitgenossen. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München. 1917. Preis geb. 5,50 M.

Eine seltene Erinnerungskraft macht diese Aufzeichnungen „einer Siebzigerin" lebendig, als wären es Schilderungen aus der Gegenwart. So sehen wir längst Entschwundene wieder vor uns, meist nur in an sich unwesentlichen Episoden, die man aber nicht kannte und gern kennen lernt. Und wir stimmen der Verfasserin dankbar zu, wenn sie der Welt bewahren wollte, was mit ihrem Leben verlöschen

würde. Als besonders farbenfrisch möchte ich den Abschnitt über Schwind herausheben, und viel Ergreifendes weiß Rosalie Braun von Feuerbachs verehrungswürdiger Mutter zu erzählen. Mit diesem Künstler selbst geht sie ein wenig zu streng moralisierend ins Gericht, er hatte gewiß Ursache zu jener Unzufriedenheit, die ihm das Leben vergällte. Fröhliche Anekdoten von Scheffel und anderen „berühmten Zeitgenossen" bieten dem Leser angenehme Unterhaltung, und der gerade Sinn der Verfasserin, der Wert und Schein zu wägen weiß, gibt uns ein treues Bild von Einfachheit, Behagen und Gemütlichkeit im jüngeren Altmünchen. Wo das Autobiographische vorherrscht, hören wir sie nicht minder gern berichten. Die Schilderung des „Freundschaftsfestes" im Hause Hornstein, ein Maskenball, bei dem Heyse, Lenbach, Wilbrandt, Hornstein, Wilhelm Hertz, Melchior Meyer und der Gatte der Verfasserin, der früh verstorbene Ägyptologe Braun, die Hauptrollen mit poetischen Interpretationen ihrer Maske spielten, wirft noch einmal frohen Schein, nur für jene Leser mit Wehmut gemischt, welche die damals in so vollem Leben Stehenden noch kannten.

Piloty, Moritz Wagner, Ratzel, Zittel sehen wir in freundlichem Gesellschaftsverkehr und werden an ihr Wirken in Kunst und Wissenschaft erinnert. Auch in Döllingers Studierzimmer treten wir ein und nehmen von seiner Persönlichkeit neue Eindrücke mit hinweg. Der Letzte und Jüngste, dessen Entwicklung Rosalie Braun mit erlebte, und den wir auch schon zu den Toten zählen müssen, ist Otto Greiner.

Wer unterhielte sich nicht gern mit einer klugen Frau, die ein so reiches Leben hinter sich hat! Frieda Port

Duitsch Woordenboek door I. van Gelderen, leeraar aan de hoogere burgerschool met driejarigen cursus te Utrecht. Eerste deel. — Duitsch-Nederlandsch. VI u. 945 Seiten. Tweede deel. — Nederlandsch-Duitsch. VI u. 933 Seiten. Vierde veel verbeterde en vermeerderde uitgave. Bij J. B. Wolters' U. M.-Groningen. 1917. (2 dln. in linnen f. 5,80)

Der Weltkrieg hat uns in eine engere Verbindung mit Holland gebracht, und mancher denkt wohl jetzt daran, die Sprache des Landes zu erlernen. Das ist nach meinem Dafürhalten deshalb besonders zu empfehlen, weil es sich um eine deutsche Sprache handelt, das Niederdeutsch, das eine einheitliche Volks- und Schriftsprache geschaffen hat, während sich das in Deutschland gesprochene Plattdeutsch in eine ganze Anzahl von Mundarten spaltet und fast in jedem Dorfe verschieden ist. Das Vlämische (vlaamsch) ist dagegen nur ein anderer Name für die nederduitsche (nederlandsche) taal (Sprache), der von den belgischen Niederländern, den Vlämen, herrührt. Die holländische Literatur hat, wie bekannt, anerkennenswerte Leistungen aufzuweisen, die es sich verlohnt, nicht bloß in Übersetzungen kennen zu lernen. Bei der Erlernung der Sprache ist natürlich ein Wörterbuch unentbehrlich, und es kommt darauf an, ein solches ausfindig zu machen, das geeignet ist, den Absichten, die man dabei verfolgt, zu entsprechen. Das Wörterbuch darf nicht zu umfangreich sein, damit es sich im Gebrauch als handlich erweist. Andererseits muß es möglichst vollständig sein, damit es einen beim Aufsuchen der Wörter nicht im Stich läßt. Es versteht sich von selbst, daß es zuverlässig sein muß, damit man durch seine Angaben nicht irregeleitet wird und ihm als einem sicheren Führer folgen kann. Auf der Suche nach einem solchen Wörterbuch habe ich das obenstehende Werk gefunden und auf die genannten Eigenschaften geprüft. Beim Gebrauch hat es die Prüfung bestanden, es hat in keinem Falle versagt. Professor Dr. C. Th. Lion

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Clemow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Deutschösterreich und die südslawische Frage

Von Professor Dr. Robert Sieger

In den „Grenzboten“ 1918 Nr. 16 habe ich die südslawische Frage und die Richtungen besprochen, die unter den Südslawen miteinander ringen. Kaleidoskopisch wechselt das Bild. Weil der Erzbischof von Sarajewo und mit ihm die Jesuiten sich gegen die Maideklarationen ausgesprochen haben, treten die in Bosnien wegen ihrer kulturellen und nationalen Leistungen hochangesehenen, auf ihre Macht eifersüchtigen Franziskaner für sie ein und auch die Bauernpartei in Kroatien hat sich nun zweifellos für sie erklärt. Unter den Slowenen haben sich auch die Sozialdemokraten ihr angeschlossen. Dagegen schwenkt der Krainer Landeshauptmann Schusterschitz mit den Seinen wieder ab und versucht seinen Patriotismus in helles Licht zu stellen. Das hat einen doppelten Zweck: einmal sollen die erregten, zu ungewöhnlicher Schärfe der Rede erbitterten südösterreichischen Deutschen als Feinde von Staat und Krone dargestellt werden, andererseits aber die slowenischen Gegner des aalglatten Politikers, die weniger aus politischen Gründen, als wegen seiner Partei- und Cliquenherrschaft gegen ihn Front gemacht haben. Er kann sich auf ältere „loyale“ Kundgebungen berufen und sich als bewährte Stütze von Thron und Altar darstellen. Wieviel bei alledem Taktik, wieviel wirklicher Gesinnungswandel ist, sei dahingestellt. Jedenfalls haben weite kroatische Kreise das mißtrauische Gefühl, daß die Serben die jugoslawische Idee nur mißbrauchen wollen, um die Herrschaft über die Kroaten zu gewinnen, und werden dadurch gemäßigten Anschauungen zugänglich. Auf der anderen Seite aber stehen realpolitische Erwägungen: man verleugnet die letzten Ziele, um die Vorstufen sicherer zu erreichen. Ist erst einmal das südösterreichische Deutschtum ans Messer geliefert, dann mag man in den „autonomen“ slowenischen und kroatischen Gebieten in aller Ruhe den Südslawenstaat vorbereiten, den von Entente und Friedenskongreß zu erhoffen doch recht unsicher ist — um so unsicherer, je mehr die mitteleuropäischen Mächte zu der Einsicht gezwungen werden, daß nur Sonderfrieden und nicht eine internationale Diplomatenberatung ihnen Lebensraum und Zukunft sichern können. Ihre Staatsmänner lernen ja in dieser Hinsicht allmählich um.

Für die Deutschösterreicher sind diese inneren Schwankungen der südslawischen Politik wichtig und beachtenswert. Aber richtunggebend können für sie nur weitergreifende allgemeine Erwägungen sein. Sie haben eine solche Lösung des Problems zu suchen, die ihrer eigenen nationalen Erhaltung, den Lebensbedingungen Österreichs und der Weltstellung des Gesamtdeutschtums gerecht wird. Eine solche aber muß in Einklang stehen mit den naturgegebenen geographischen Verhältnissen, die mehr Gewicht haben, als die augenblickliche Verteilung der Völker. Auch die

Gegner, die sich seit Jahren angelegentlich um die südslawische Frage kümmern, vor allem die Engländer mit ihrem Weltblick, gehen ja von den geographischen Bedingungen aus. Sehr zutreffend hat dies kürzlich Paul Samassa in einem von der Prager Zensur übel zugerichteten Aufsatz der „Deutschen Arbeit" (April 1918) hervorgehoben. Wie ein tschechoslowakisches Reich eine Flankenstellung gegen Deutschland und das Deutschtum, so bietet ihnen ein südslawischer Staat „einen Brückenkopf und gleichzeitig ein Aufmarschgebiet gegen die Linie Berlin—Bagdad". Verkünden die „Jugoslawen", daß sie das Deutschtum, Österreich und das Deutsche Reich in Verkehr, Wirtschaft und Politik von Südosteuropa „abriegeln" wollen, so hätte ein politisches Gebilde, wie sie es erstreben, für England den Vorteil der Schwäche und daher Lenksamkeit. Italien beiderseits der Adria könnte diese zwar abriegeln, aber selbst zu mächtig werden; ein schwaches Italien auf ihrer einen, ein schwacher Slawenstaat auf der anderen Seite, beide anlehnungsbedürftig, müßten unter allen Umständen Werkzeuge der Entente bleiben. Das spricht, nebenbei bemerkt, nicht gegen die Zulassung Serbiens an die Adriaküste, wohl aber unbedingt für die Erwerbung und Festhaltung Valonas und der übrigen Schlüsselpunkte des Binnenmeers durch Österreich-Ungarn. Und es spricht ebenso zwingend dafür, daß der gemeinsame Seehafen Österreichs, Triest — ebenso das ungarische Fiume — nicht in die Hand eines ganz oder halb selbständigen, von Sonderinteressen beherrschten slawischen politischen Gebildes gegeben werden dürfen. Das Hinterland Fiumes ist rein kroatisch, kann für Ungarn also nur durch ein befriedigtes, mit Ungarn eng verbundenes und am besten ihm staatlich wie bisher eingegliedertes Kroatentum gesichert werden. Befriedigt können die Kroaten aber nur durch die Aufhebung der Grenzen werden, welche Kroatien von dem gemeinsamen Verwaltungsgebiet und von Dalmatien trennen.

Verwickelter liegen die nationalen Verhältnisse an Österreichs Weg zur Adria. Slovenen von Untersteier bis Nordistrien und in die Umgebung („Territorium") von Triest, durchsetzt mit zahlreichen gedeihenden deutschen Sprachinseln, Kroaten in Südistrien, Italiener in Triest und anderen Küstenstrichen und Städten, daneben alte bedrohte und neue anwachsende deutsche Minderheiten im „Küstenland"; Furlaner und Slowenen neben Italienern im Görzischen und auch in Friaul. Träger des Staatsgedankens sind hier die Deutschen; soll Triest wirklich ein Reichshafen werden, so muß in dieser Stadt, aber auch auf dem Wege zu ihr das Deutschtum gefördert werden. Weniger durch Kolonisation, die nur im kleinen erfolgen kann, als durch Förderung industrieller und kommerzieller Unternehmungen, wobei man auf reichsdeutsche Unternehmer und Kapitalien hofft. Die Triester Reichsdeutschen, deren gesellschaftliche Stellung ihnen Einfluß gibt, waren bisher freilich nichts weniger als national; vielleicht lehrte der Krieg sie umlernen. Die Regierung hatte die Gelegenheit, in Triest Wandel zu schaffen. Aber sie wurde nicht benützt. Schlimmer als die unangebrachte Milde gegen die ziemlich verschüchterten Irredentisten erscheint den dortigen Deutschen die unverkennbare Slowenisierungstendenz. Triest darf nach ihrer wohlerwogenen Ansicht ebensowenig ein südslawischer als ein italienischer Hafen werden*). Deshalb fordert man vielfach die Reichsunmittelbarkeit der Stadt und eine wirklich österreichische Verwaltung. Auch gemäßigte Jugoslawen, welche die Unentbehrlichkeit des Hafens für das Hinterland einsehen, stimmen dieser zu und wollen einen „Korridor" für Österreich durch den Südslawenstaat zugestehen. Gegen sie hat sich aber sogar Herr von Seidler ausgesprochen, der am 3. Mai erklärte, in ein südslawisches Staatsgebilde, wenn ein solches im Rahmen der Monarchie zustandekomme, dürften vor allem nicht jene Teile des österreichischen Staatsgebiets einbezogen werden, die auf dem Wege zur Adria liegen und die in inniger Verbindung mit dem

*) Mit Recht betont die Entschließung des Leobener Volkstags vom 9. Mai, daß die Hafenstadt nicht „zum Mittelpunkt einer den deutschen Handel lähmenden slawischen Handelspolitik werden" darf. Auch der Nichtdeutsche Mitocchi (Deckname für Tomicich), Triest, der Irredentismus und die Zukunft Triests, Graz 1917, spricht sich in einem lesenswerten Buch gegen die Slawisierung Triests und für die Kräftigung seines Deutschtums aus.

deutschen Sprachgebiet stehen. Als ein geeignetes Mittel zur engeren Verbindung des Hinterlandes mit den maritimen Interessen und zur Ergänzung der vielfach von Ausländern durchsetzten Handelsmarine aus dem Hinterland empfiehlt man die Errichtung einer deutschen Schiffahrtsschule (bisher bestehen nur italienische und slawische!), welche allen Völkern des Hinterlandes zugute käme, aber den notwendigen deutschen Einfluß in Triest und im Seewesen erheblich verstärken müßte. Es ist ja bezeichnend, daß man seinerzeit in Britisch-Ostafrika die eine Zeitlang bestandene Linie des österreichischen Lloyd „The Italian" nannte und daß die deutsche Kommandosprache der Kriegsmarine auf Schwierigkeiten bei der wesentlich südslawischen, durch die Handelsmarine italianisierten Mannschaft stieß! Das begründet die Forderung nach der Schule wohl ausreichend. Der verdiente Vorkämpfer um den Weg zur Adria, Abgeordneter Dobernig, hat nach einer Mitteilung des Abgeordneten Kraft im Sommer 1917 die Zustimmung des Kaisers für die deutsche Schiffahrtsschule in Triest erhalten.

Um die Gefahren zu vermeiden, welche ein südslawischer Riegel für Österreich, seine Seegeltung, seinen Weg in die Südosthalbinsel und sein Deutschtum bringen müßte, und doch der politischen Zerreißung des geographisch geschlossenen kroatischen Volkes abzuhelfen, ist vorgeschlagen worden (noch neuestens von L. von Südland in seinem Buche „Die Südslawenfrage und der Weltkrieg", Wien 1918), Kroatien-Slawonien, das gemeinsame Verwaltungsgebiet und Dalmatien zu einem Reichslande zu vereinigen, das bei der weitestgehenden Selbstverwaltung und parlamentarischen Selbstregierung doch in allen der Gesamtmonarchie wichtigen Fragen an deren Zustimmung gebunden sein, also einem Kondominium Österreichs und Ungarns unterstehen soll. So wertvoll zweifellos ein solcher gemeinsamer Besitz gerade als Band der von Ungarn und auch von wachsenden österreichischen Gruppen bedrohten Gemeinsamkeit, als Schutzmittel gegen die drohende Lockerung des Zusammenhalts zur bloßen „Personalunion" wäre, so ist doch bei dem heutigen Machtgefühl und der faktischen, während des Krieges rücksichtslos gesteigerten Machtstellung Ungarns keine Aussicht vorhanden, dessen Zustimmung zu einer solchen Vergrößerung des gemeinsamen Gebiets zu erhalten. Vielmehr werden die ungarischen Wünsche nach einer, durch zweifelhafte, aber energisch vertretene historische Ansprüche begründeten Angliederung des heutigen gemeinsamen Verwaltungsgebiets, wie auch Dalmatiens an das dem ungarischen Staat subordinierte Kroatien immer lauter; insbesondere hat der Ministerpräsident Wekerle sich für die Angliederung Dalmatiens an Kroatien offen ausgesprochen, und die Verwahrung Dr. von Seidlers dagegen entbehrt des Rückhalts an starken politischen Kräften. Auch muß man sich fragen, ob das innerlich gespaltene Österreich bei einem Kondominium mehr als formelle Rechte gegenüber dem starken Ungarn erreichen könnte, das auch bisher schon die bosnische Verkehrspolitik durchaus in ungarischem Sinne zu gestalten und die Ausführung vertragsmäßig übernommener Bahnbauten zur besseren Verbindung mit Österreich immer wieder hinauszuziehen wußte. So mußte man sich schweren Herzens mit dem Gedanken vertraut machen, die ungarische Oberherrschaft über die serbokroatischen Gebiete der Monarchie (mit Ausschluß Istriens) zuzugestehen, wenn Österreich dafür entsprechende Sicherungen erhalten und diese durch Aufnahme in die „mitteleuropäischen" Vereinbarungen wirklich verbürgt und durchgeführt werden könnten. Denn der freie Durchgang nach dem Südosten wie durch Ungarn selbst, so durch das diesem anzugliedernde Südslawengebiet, ist eine wirtschaftliche und politische Lebensbedingung wie für Österreich, so auch für das Deutsche Reich.

Die deutschen Volksräte Österreichs, deren Willen sich die Abgeordneten nicht dauernd werden widersetzen können, stellen daher neben das unbedingte Festhalten des Weges nach Triest und Pola die Bereitwilligkeit, über eine Ausdehnung des kroatischen „Subdualismus" auf Bosnien, die Herzegowina und Dalmatien zu verhandeln. Österreich müßte dafür natürlich die volle Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen in diesen Ländern, Verbesserung seiner Zugangswege zu ihnen, Schutz gegen Tarif- und Steuervorkehrungen, die es benachteiligen könnten, „offene

Tür" und volle Gleichberechtigung verlangen — wie dies wohl auch Deutschland durch die „mitteleuropäische" wirtschaftliche Annäherung erstrebt — aber darüber hinaus gegen innere Verwaltungsmaßregeln, die nicht gegen dieses, wohl aber gegen Österreich getroffen werden können, durch größere Gemeinschaft und Gleichheit der Steuern und überhaupt der wirtschaftlichen Gesetzgebung, wirksamen Rechtsschutz usw. Die Deutschen müssen, ehe sie als Volk zustimmen können, eine nationale Sicherung ihrer Kolonien und Sprachinseln — auch in Kroatien, wo sie das neue Wahlgesetz an die Wand drücken soll —, Förderung ihres Schulwesens, Freiheit für weitere Einwanderung und Ansiedlung und was diese Kulturpioniere sonst als Lebensbedingung fordern müssen, verwirklicht sehen. Aber auch das ist kein voller Ersatz für die ungeheure Machtverschiebung zugunsten Ungarns gegenüber Österreich, zugunsten der Magyaren gegenüber den Deutschen, die eine Erweiterung des „Subdualismus" brächte. Selbstverständlich müßte aus ihr eine Veränderung der „Quote", des Beitrags zu den gemeinsamen Auslagen, gefolgert werden, die Österreich ohnehin zu schwer belastet; auch eine wirksame Regelung der gegenseitigen Aushilfe im Kriegsfalle, eine Befestigung der ungleichen Ernährungs- und Rohstofffürsorge, die heute so verstimmend wirkt, müßte festgelegt werden. Man hat auch von Gebietsabtretungen gesprochen. Erhält Ungarn die dalmatinischen Häfen, so wäre Fiume, dessen Zugehörigkeit ebenso Gegenstand eines Rechtsstreits ist, wie jene Dalmatiens, das aber von Österreich bequemere Zugänge hat als von Ungarn, kaum ein zu großer Ersatz. Aber sehen wir davon ab, da es der vom zentralen Ungarn raschest erreichbare und also wertvollste Hafen ist! Besonders hat man auch in der Presse von jenen westungarischen deutschbesiedelten Komitaten gesprochen, die deutscher Reichsboden und Teile Niederösterreichs und der Steiermark waren, zeitweise im Grenzkrieg von Ungarn besetzt, aber erst bei einer Wahlkapitulation des 17. Jahrhunderts von der Dynastie kurzerhand zu Ungarn geschlagen wurden. Die österreichischen Länder haben ihre Ansprüche auf sie wiederholt erneuert und nie förmlich aufgegeben. Führt uns hier das österreichische Interesse und die Rücksicht auf die einheitliche geographische Beschaffenheit dieses Hügellandes denselben Weg wie das nationale Empfinden, so scheint diesem ein anderes beinahe wichtiger. Das vertrauensvolle Zusammenwirken der österreichischen Deutschen und der Magyaren ist bisher immer wieder durch die Politik gestört worden, die diese gegen die ungarischen Deutschen festhielten — eine kurzsichtige Politik, welche diese ungarländisch-patriotische Bevölkerung schließlich zum Bündnis mit den anderen „Nationalitäten" des Stefansreiches führen müßte. Die Forderung, daß die Magyaren ihren natürlichen Bundesgenossen nicht nur wie allen anderen Völkern die gesetzlichen, aber nicht verwirklichten Rechte, sondern auch den ihrer Bedeutung entsprechenden Anteil an der politischen Führerstellung endlich gewähren, müßte mit allem Nachdruck in dem Augenblick erhoben werden, in dem Deutschösterreich den magyarischen Wünschen im Süden zustimmen soll. Man sieht, daß es keinen Anlaß hat, dies vorschnell zu tun, daß es aber ohne Bedenken dazu bereit sein kann, wenn entsprechende Bedingungen erfüllt werden. Es wäre ebenso verfehlt, die ungarischen Wünsche, wie bis vor kurzem üblich, grundsätzlich zu verwerfen, wie es verfehlt wäre, bei der Verhandlung auf notwendige und erreichbare Gegenleistungen zu verzichten. In Ungarn schätzt man den moralischen Wert der Unterstützung durch die österreichischen Deutschen zumeist nicht hoch ein; die Stimmung, welche in Österreich vor dem Kriege bestand und durch die Kriegserfahrungen nur gesteigert wurde, sollte aber die Magyaren darüber belehren, daß politische Bundesgenossen auf der andern Seite der Leitha für sie ebenso notwendig als kostbar sind — um so mehr, je stärker die slawischen Bewegungen aus Österreich nach Ungarn hinüberspielen. Die südslawische Frage ist vorwiegend eine ungarische, die tschechische vorwiegend eine österreichische. Um so leichter ist eine gegenseitige Verständigung mit gegenseitigen Zugeständnissen. Soll sie von Wert sein, so muß sie aber dauerhaft festgelegt und gesichert werden.

Die österreichische Regierung hat zu der kroatischen Frage nicht Stellung genommen und kann dies auch nicht. Dagegen hat die deutsche Bewegung sie dazu

veranlaßt, eine strengere Haltung gegenüber der jugoslawischen Wühlarbeit (unter der altösterreichischem Schema entsprechenden, aber sehr unangebrachten Erklärung, daß „gleiche Agitationen von deutscher Seite auch nicht geduldet werden können") einzunehmen und die deutsche Schiffahrtschule in Triest zuzusagen; der slowenische Minister Zolger ist aus dem Amte geschieden. Die Slawen sind dadurch und durch den Plan der Kreisteilung in Böhmen — mit Ausnahme der klug berechnenden und verhandelnden Polen — in eine wilde Erregung versetzt worden, die den Zusammentritt des Reichsrates unmöglich macht. Die deutschen Abgeordneten nähern sich der Regierung und bemühen sich mit ihr, eine Arbeitsmehrheit zu schaffen. Die alpenländische Bevölkerung ist aber durch Versprechungen nicht zu beruhigen, und der Vorschlag gewisser Abgeordneter, den Ministerpräsidenten durch Zustimmungserklärungen und Ehrenbürgerschaften zu unterstützen, hat die Erregung nur gesteigert. Die Volkstage in Steiermark und Tirol im Mai haben ihr abermals lauten Ausdruck gegeben. Sie wäre nur zu dämpfen, wenn sich die Regierung von den Slowenen und von ihrem eigenen Plan einer nationalen Kreisteilung in Südösterreich entschieden lossagt. Das von den Slawen verbreitete Gerücht, Deutschland wünsche eine baldige Regelung der Südslawenfrage, ist von der „Norddeutschen Allgemeinen" am 19. März abgewiesen worden; der Verdacht, daß es von Regierungs- oder Hofkreisen verbreitet werde, verstärkt das Mißtrauen der alpendeutschen Bevölkerung. Die Regierung muß also hier wie in Böhmen zu einer entschiedenen Tat übergehen, wenn sie die Unterstützung des deutschen Volkes gewinnen will.

Das Altern der Völker und Kulturen

Von Dr. Richard Müller-Freienfels

Es ist eine im Leben wie in den historischen Wissenschaften sehr verbreitete Gepflogenheit, vom „Altern" von Nationen und Kulturen zu sprechen. Man nennt das homerische Zeitalter die Jugend, die hellenistische Zeit das Alter des Griechentums. Man sagt, die Spanier und auch die Franzosen der Gegenwart hätten ihre besten Jahre hinter sich und siechten an Altersschwäche dahin, während man den slawischen Völkern große Jugendlichkeit zuzusprechen geneigt ist. Man nimmt also an, daß das Leben der Völker eine ähnliche Periodizität durchlaufe, wie man sie im Leben des Einzelmenschen beobachtet. Ja, man glaubt sogar innerhalb des Lebens derselben Rasse, in den einzelnen Abschnitten der Kulturentwicklung, Jugend- und Altersepochen unterscheiden zu können; so spricht die Kunstwissenschaft von Frühgotik, Hochgotik und Spätgotik, ähnlich auch von Früh-, Hoch- und Spätrenaissance, wie von Jugend-, Mannes- und Greisenalter und glaubt die Kennzeichen der Lebensalter in jenen Kulturstufen wiederzuerkennen.

Auch die Gegenwart des deutschen Volkes mißt man oft mit solchen Maßen und es hat — besonders vor dem Kriege — nicht an Schwarzsehern gefehlt, die auch in unserer Entwicklung unfehlbar die Kennzeichen des Greisenalters zu erblicken glaubten. Angesichts all dieser Tatsachen dürfte sich eine eingehendere Untersuchung darüber lohnen, ob jener beliebten Analogie eine tiefere Bedeutung zukommt, ob es nur eine Analogie oder ein wirklicher Parallelismus ist, der damit festgestellt wird.

* * *

Natürlich ist nur das „organische" Altern gemeint bei solchen Betrachtungen, das heißt der biologische Wandlungsprozeß, der sich an allen Lebewesen beobachten

läßt und der bei bewußten Wesen auch noch eine psychologische Seite hat. Gewiß, wird auch ein Haus oder ein Werkzeug „alt". So meint es jedoch jene Analogie nicht. Sie hat vor allem das Altern tierischer Körper im Auge. Sie will die biologischen Altersstufen des animalischen Organismus an den Völkern, genauer gesagt: den Rassen, d. h. den biologischen Trägern des Volkstums, wahrnehmen. Überträgt man den Begriff des Alterns auf die Kultur, ohne die sie tragende Rasse zu beachten, so hat man allein die psychologischen Ähnlichkeiten im Sinn. Wir müssen jedenfalls für unsere Untersuchung die biologisch-physiologischen und die psychologischen Altersmerkmale scharf auseinanderhalten.

Die Sache kompliziert sich noch dadurch, daß dem zunächst rein eine Änderung konstatierenden Sachurteil über das Altwerden sich ein Werturteil beigesellt. Altwerden bedeutet in sehr vielen Fällen zugleich einen „Niedergang", ein Erlöschen der Kraft, und so schließt die Feststellung des Altwerdens oft einen Tadel ein. In der Tat meint man es in der Regel nicht gerade als Lobpreisung, wenn man vom Altwerden eines Volkes oder einer Kultur spricht. — Vor allem im Hinblick auf das biologische Altern ist dieser tadelnde Sinn der Aussage über das Altwerden beigesellt. In psychologischer Hinsicht kann sogar dies Urteil auch ein Lob enthalten, eine Anerkennung. Wie man das Alter bei manchen Gegenständen (bei Weinen, Geigen usw.) als Lob hervorhebt, wie das Alter beim Einzelmenschen besondere Verehrung genießt, so kann auch bei Völkern und Kulturen das Alter einen gewissen Respekt bedingen.

* * *

Halten wir uns zunächst an die biologische Analogie. Was sind die wesentlichen Kennzeichen des biologischen Alterns? Bei Hervorhebung nur der auffallendsten Erscheinungen können wir sagen: das Wachstum ist völlig ins Stocken geraten, der Stoffwechsel dient nur noch der Erhaltung, nicht der Entfaltung der Organe; die Zeugungsfähigkeit erlischt; die Widerstandsfähigkeit gegen störende Einflüsse läßt nach.

Prüfen wir nun nach, ob wir diese Erscheinungen des individuellen Lebens bei ganzen Rassen wiederfinden, so wird man sicher ohne weiteres eine ganze Reihe von Rassen nennen können, bei denen sich derartige Phänomene eingestellt haben. Man wird etwa auf die griechische Rasse verweisen, deren ursprüngliche gewaltige Expansionskraft in der Zeit des achäischen Bundes fast völlig erlosch, ja die dem Aussterben nahe war, als die Römer sie unterwarfen. Man wird auch auf die Franzosen verweisen, deren geringe Zeugungsfähigkeit und mangelnde Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten bei ihnen selber als ernstes Problem empfunden werden und nach dem Kriege zu einer offenen Krise des ganzen Volkstums führen müssen.

Andererseits wird man jedoch diesen Beispielen sehr leicht solche Völker gegenüberstellen können, bei denen trotz hohen Alters ein biologischer Niedergang nicht nachzuweisen ist. Bei den Juden, die fast als einzige Rasse ihr Volkstum aus der Katastrophe der antiken Welt in die Gegenwart hinübergeführt haben, besteht bis auf den heutigen Tag eher eine größere als eine geringere Zähigkeit der biologischen Konstitution, und ihre Zeugungsfähigkeit ist keineswegs erloschen. Ähnlich ist's bei den Chinesen, deren Kultur von uns Europäern mit Vorliebe Greisenhaftigkeit nachgesagt wird, deren Physis jedoch sich seit Jahrtausenden ungeschwächt bewahrt hat und sich vermutlich in Zukunft auch weiter zäh erweisen wird, so daß schon heute weitblickende Politiker die gelbe Gefahr sehr ernsthaft auch als biologische Überlegenheit der Rasse in Betracht ziehen.

In Anbetracht dieser Tatsachen werden wir zu dem Schlusse genötigt, daß von einem mit Notwendigkeit eintretenden biologischen Niedergang der Rasse als Alterserscheinung nicht die Rede sein darf, zumal sich jene Beispiele, die als scheinbare Beweise dafür anzuführen wären, sehr leicht anders erklären lassen. Bei Griechen wie Franzosen war es vor allem die weitverbreitete Abirrung von normalen Sitten, die die geringe Geburtenzahl verschuldete. Dieses Abweichen

von der geschlechtlichen Norm ebenso wie die künstliche Beschränkung der Kinderzahl bei den Franzosen sind nicht sowohl Folgen des Alters als vielmehr gerade die Ursachen des scheinbaren Alterns, die selber wieder anderswoher stammen. Man nimmt eine zufällige Analogie auf einem Gebiete für den Beweis einer gar nicht vorhandenen Gesamterscheinung, eben des Alterns. Die immerhin anerkennenswerte Tüchtigkeit der Franzosen in diesem Kriege dürfte das beweisen. Wir können daher feststellen daß nichts uns zwingt anzunehmen, die Rasse altere mit Notwendigkeit von innen heraus.

Nicht einmal die Zufuhr neuen Blutes, die manche Theoretiker für notwendig ansehen zur Verjüngung der Rasse, ist unerläßlich. Auch dafür geben Juden wie Chinesen die besten Belege. Gerade das Beispiel der Juden könnte im Gegenteil eine Inzucht der Rasse als vorteilhaft erscheinen lassen, obwohl alle derartigen Schlüsse nur mit Vorsicht zu handhaben sind. Daß z. B. eine „Verjüngung" Italiens in der Renaissancezeit die Folge des Zuschusses germanischen Blutes gewesen sei, braucht man selbst dann nicht anzunehmen, wenn man das germanische Element in jener Zeit als sehr bedeutsam ansieht. Denn sowohl in Italien wie in Frankreich bringen die letzten Jahrhunderte eher ein Zurückdrängen des blonden Typus durch den schwarzen Mittelmeertypus, was also eher auf ein Erstarken der alten Rasse von innen heraus schließen läßt. Jedenfalls scheint es uns, daß alle Tatsachen, die für ein Altern der Rasse als physiologische Erscheinung zu sprechen scheinen, auch anders zu deuten sind. Feststellen läßt sich dagegen, daß — wenigstens für die Zeiträume, mit denen unsere sogenannte Weltgeschichte rechnet — ein Altern der Völker als Gesamtheit nicht zu beweisen ist.

* * *

Ein ganz anderes Problem wird jedoch durch die Frage aufgerollt, ob es nicht im Leben der Völker Erscheinungen gibt, die auffallende Analogien zu den psychologischen Symptomen des Alterns, die wir bei Einzelmenschen finden, abgeben können. Neben den aufgeführten physiologischen Alterserscheinungen gibt es nämlich im individuellen Leben seelische Tatsachen, die, zum Teil wenigstens, unabhängig von jenen im fortschreitenden Alter aufzutreten pflegen.

Zählen wir diese psychologischen Merkmale der Altersperiode im Menschenleben auf, so ergibt sich vor allem ein Zurücktreten des Gefühls- und Affektlebens ebenso wie des Sinnenlebens zugunsten abstrakter Fähigkeiten, vor allem des Denkens. Alle besonderen Kennzeichen lassen sich unter diese fundamentale Verschiebung unterordnen. Die Ruhe und Gelassenheit des Alters ist nur eine Begleiterscheinung des erblassenden Gefühlslebens, und auch die geringere Lebhaftigkeit der Phantasie hat hier ihre Wurzel. Das Zurücktreten des Sinneslebens beruht zum Teil auf einer Abstumpfung der Organe, zum Teil auch auf einem Überwuchern der aufgespeicherten Erfahrungen, die den Eindrücken den Reiz der Neuheit nehmen und es gestatten, jedes neue Erlebnis zu klassifizieren und unter Begriffe zu bringen.

Alle diese Merkmale sind zwar verknüpft mit einer gewissen Rückbildung der physiologischen Organe, sind jedoch darum rein psychologisch keineswegs ohne weiteres als Niedergangserscheinungen anzusehen. Mag physiologisch das Greisenalter dem Jünglings- und Mannesalter nachstehen, psychologisch bewahrt es fast immer die Oberhand. Die Leitung der Weltgeschicke ruht in der Regel in den Händen alter Männer. Die neuesten politischen wie kriegerischen Ereignisse werden auf beiden Seiten in der Hauptsache von Männern gelenkt, die die Siebzig hinter sich haben. Auch in Philosophie und Wissenschaft sind die hervorragendsten Leistungen keineswegs ausschließlich von jungen Leuten erbracht worden. Und selbst die Kunst, die doch zugestandenerweise hauptsächlich aus dem Gefühls- und Empfindungsleben quillt, braucht im Alter nicht zu versagen. Die Namen auf allen Kunstgebieten sind zahlreich, bei denen die Höchstleistungen gerade mit hohen Lebensjahren verknüpft sind. Die Alterskunst Goethes, Beethovens, Ibsens, Tizians,

Rembrandts steht den Werken der Jugend dieser Männer gewiß an Frische und überquellender Sinnesfreudigkeit nach, weist den Spätwerken jedoch auf Grund anderer Eigenschaften in der Geschichte der Künste einen Rang an, der eher höher als geringer ist im Vergleich zu dem ihrer Frühwerke.

Wenn man also im Hinblick auf die seelischen Fähigkeiten des Menschen von Alterserscheinungen spricht, so hat das keineswegs einen allgemeinen Niedergang zu bedeuten, nur eine Verschiebung, ein Hervortreten einiger, vor allem abstrakt-intellektueller Funktion auf Kosten anderer, vor allem der emotionalen und sinnlichen.

* * *

Wenn also die Behauptung des Altwerdens ganzer Völker und ihrer Kulturen einen Sinn haben soll, so kann sie nur meinen, daß sich im Leben der Völker Verschiebungen zeigen, die den im Leben des Einzelmenschen aufgezeigten Altersverschiebungen parallel gehen. Es ist eine grobe Oberflächlichkeit, wenn man in jedem Nachlassen geistiger Fähigkeiten im Leben eines Volkes gleich eine Alterserscheinung erblicken will. Ein solcher Niedergang kann die verschiedensten Gründe haben, die gar nichts mit Alter oder Jugend zu tun haben, kann durch äußere Verhältnisse, wirtschaftliche Nöte, Rassekreuzung veranlaßt sein und kommt bei „jungen" wie bei „alten" Völkern vor.

Überhaupt, was heißt „alt" und „jung" bei Völkern? Ein paar Tatsachen mögen noch erhärten, welche Irrtümer selbst bei denjenigen Völkern mit unterlaufen, die man am besten zu kennen glaubt. Man nimmt in der Regel das griechische Volk als eine Einheit, spricht, als wären die Griechen Homers die Vorfahren der Griechen der Perserkriege und diese wieder die Ahnen der hellenistischen Griechen. Nichts falscher als das! Die „Achäer" Homers waren ein völlig anderer Stamm, als die jonischen Attiker der perikleischen Zeit oder die Dorischen Spartaner der gleichen Epoche. Und gar die hellenistischen Völker sind Volksmischungen von so bunter Stammtafel, wie sie die Weltgeschichte nicht allzu oft aufzuweisen hat.

Neuere Forschungen haben uns ja überhaupt umlernen lassen in vielen diesbezüglichen Fragen. Das homerische Zeitalter, das unseren Vätern und Großvätern als die Jugendzeit des Griechentums, ja der ganzen Menschheit erschien, ist dadurch, daß aus den Inschriften und Denkmälern verschütteter Städte noch ein paar Jahrtausende älterer Geschichte uns wieder lebendig geworden sind, in eine ganz andere historische Stellung gekommen. Die Achäer, die gegen Troas zogen, sind uns nicht mehr in erster Linie die Eröffner der hellenischen Kultur, sie sind mindestens ebensosehr Erben und Träger der uralten orientalisch-mittelmeerländischen Kultur. Und was wir aus Homer an politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kennen, erscheint uns Heutigen, die wir wahrhaft primitive Völker kennen, keineswegs mehr als eine sehr ursprüngliche Kulturstufe, im Gegenteil, als eine sehr reife und hohe Kultur. Daß die in den homerischen Gesängen auftretende Menschheit daneben zahlreiche unzweifelhaft „jugendliche" Züge aufweist, besteht trotzdem daneben zu Recht.

Für derartige Züge kommt neben dem problematischen „Alter" der Völker auch der Rassecharakter in Frage, der an sich mehr einen jugendlichen oder gereifteren Typus haben kann. Im allgemeinen nämlich haben noch bis auf unsere Tage die südlichen Mittelmeervölker etwas Jugendliches, fast Kindliches im Vergleich zu nordischen Menschen. Süditalien z. B. ist uralter Kulturboden, die Rasse ist trotz fremder Einströmungen wohl nicht so sehr verändert, daß man von einer wirklichen „Verjüngung" reden könnte; denn noch heute begegnet man ja auf den Straßen Campaniens demselben Typus, der uns von pompejanischen Wandgemälden anschaut. Trotz ihrer alten Geschichte aber zeigen diese Menschen eine naive Sinnlichkeit, ein unbeherrschtes Gefühlsleben und rasches Temperament, Züge also, die ihnen ein ausgesprochen jugendliches Gepräge geben im Vergleich besonders mit den germanischen Nordländern, die seit ihrer Frühzeit bereits eine

unsinnliche, zu abstraktem Grübeln geneigte, langsamere Eigenart aufweisen, also Züge, die unkindlich sind und eher als Alterscharakteristika gelten können.

Derartige Rassekreuzungen müssen sehr stark in Betracht gezogen werden für Fragen wie die hier erörterten. Man kann z. B. sehr ernsthaft die Frage aufwerfen, ob der greisenhafte Charakter der hellenistischen Periode nicht so sehr eine Alterserscheinung ist als vielmehr ein Produkt der Rassemischung. In der Spätzeit der Antike nämlich mischen sich ja mit den gräco-italischen Rassen immer stärker orientalische, vor allem semitische Völker, die bis auf den heutigen Tag etwas ausgesprochen Unjugendliches in ihrem ganzen Charakter haben. Man nehme z. B. das Judentum: seit den biblischen Zeiten bis auf unsere Tage ist der jüdische Volkscharakter gekennzeichnet durch einen Hang zum Grübeln und rationalistischen Spintisieren neben unphantastischer Zielstrebigkeit im Willensleben, Züge also, die kaum als jugendlich angesprochen werden können. Juden aber und die ihnen nahe verwandten Syrer und andere Vorderasiaten haben bekanntlich in der Spätantike eine sehr große Rolle gespielt, und man wird nicht fehlgehen, wenn man auf ihren Rasseeinfluß den veränderten Charakter der Spätantike, auch des Frühchristentums, zurückführt.

Denn auch die Frühzeit des Christentums ebenso wie das Mittelalter der nordischen Völker haben keineswegs, wie man fälschlich oft annimmt, einen sehr jugendlichen Charakter. Im Gegenteil, vieles, was für diese Zeiten charakteristisch ist, muß eher als greisenhaft angesprochen werden. Das Geistesleben des Mittelalters ist ganz merkwürdig abstrakt. Man bedenke, wie sich die Philosophie in den weltfernsten, durch Wahrnehmungskontrolle kaum beirrten Abstraktionen bewegte, man bedenke vor allem die Vorliebe für jede Art Allegorie in Dichtung wie in bildender Kunst, die bei Individuen sich gerade im höchsten Alter findet (man denke an Goethe, Ibsen, Strindberg). Dasjenige Werk, was in vielem als letzter und zusammenfassendster Ausdruck mittelalterlichen Geistes gelten kann, „Dantes göttliche Komödie", ist weit entfernt davon, jugendlichen Charakter zu zeigen; im Gegenteil, es ist ganz unnaiv, bei allen dichterischen Vorzügen merkwürdig abstrakt.

Wenn man schon in der Geschichte der neueren Völker eine Epoche aufzeigen wollte, die in ihrer psychischen Haltung viel Jugendliches hat, so müßte man die Rokokozeit nennen. Hier haben wir das sanguinische Temperament, die Freude an hellen, heiteren Farben, die Zurückdrängung abstrakter Grübelei. Wie jugendlich wirken auf uns die Melodie Haydns und Mozarts im Vergleich mit der männlich ernsten, ja oft nicht im tadelnden Sinn greisenhaft abstrakten Musik Bachs! Natürlich wird diese Ähnlichkeit auch von uns nur als Analogie gefaßt, nicht als eine tatsächliche Verjüngung der Rasse in jener Zeit.

Alle diese Tatsachen führen uns zu dem gleichen Ergebnis, daß die Psychologie historischer Perioden uns keineswegs eine Parallele bietet mit dem Altern des Individuums. Im Gegenteil, wir sehen, daß sich bei den Völkern wohl große Schwankungen der geistigen Haltung aufweisen lassen, daß jedoch oft Spätzeiten eine größere Analogie mit der jugendlichen Geistesverfassung zeigen als frühere Zeiten. Und wir sahen auch, daß die Rassecharaktere bedeutend entscheidender ins Gewicht fallen für das psychologische Gepräge einer Zeit als das angebliche Altern der Kultur.

* * *

Wenn wir bestreiten, daß sich das Leben jedes Volkes in Kindheit, Mannesalter und Greisenzeit einteilen läßt, so geben wir doch zu, daß für einzelne Epochen im Völkerleben sich Erscheinungen nachweisen lassen, die in der Tat psychologische Verschiebungen aufweisen, die die Parallele mit den Altersverschiebungen des Individuallebens nahelegen.

Es läßt sich in der Geschichte eine Periodizität nachweisen, die, wenn auch nie das ganze Leben eines Volkes umfassend, sondern nur Teilepochen, dennoch innerhalb dieser eine allmähliche Verschiebung von naiver Gefühlswärme und

Sinnesfreudigkeit zu immer reflektierterer Abstraktion erkennen läßt. Man nehme zum Beispiel die künstlerischen Stile. Sie treten in die Welt als ganz untheoretische Weisen des Erlebens, vor allem des Fühlens und der sinnlichen Wahrnehmung. Dasjenige, was die Renaissance von der Gotik scheidet, ist zunächst ein ganz anderes Lebensgefühl. An Stelle der Vorliebe für die Bewegung tritt die für Ruhe, statt der gewollten rauschartigen Unklarheit und Verwirrung sucht man die Klarheit, statt nach Vielheit strebt man nach Einheit und was derartiger Wandlungen des Fühlens mehr sind. Mit dem Fortschreiten der Entwicklung wird jedoch dieses Lebensgefühl immer bewußter und reflektierter; dasjenige, was sich zunächst naiv ergab, wird theoretisch zu fassen gesucht und mit bewußtem Fleiß angestrebt. Das instinktiv Ertastete wird begrifflich festgelegt und in Regeln und Gesetzen formuliert. Da dieser Übergang vom naiven Lebensgefühl zur abstrakten Reflexion zugleich vielfach ein Erstarren des früheren Gefühlslebens mit sich bringt, so liegt die Analogie mit den im Individualleben zu beobachtenden Altersverschiebung der seelischen Funktion nahe. Fast in jeder Stilepoche können wir diese Periodik feststellen. Bei den Epigonen erlischt in der Regel der lebendige Instinkt vollkommen und die Schaffenskraft wird ersetzt durch die Krücken der Abstraktion.

In der Religionsgeschichte haben wir sehr ähnliche Wandlungen. Jede neue Religion tritt zunächst als etwas gefühlsmäßig Erschautes in die Welt, wandelt sich dann jedoch immer mehr zur Reflexion und Abstraktion hin, bis diese oft völlig die Oberherrschaft gewinnen. Auch hier wieder liegt die Analogie mit dem Altern des Einzelmenschen nahe.

Ähnliches läßt sich für fast alle anderen geistigen Bewegungen, auch die sozialen, ja die wirtschaftlichen, nachweisen. Es handelt sich jedoch nur um eine Analogie, nicht etwa, daß man ein wirkliches organisches Altern des betreffenden Menschheitsausschnittes annehmen dürfte. Der Übergang vom Instinkt zur abstrakten Theorie unterliegt vielmehr durchaus einer eigenen, immanenten Gesetzlichkeit. Es ist keineswegs richtig, nur in der Frühzeit, wo der reflektierende Verstand noch wenig eingreift, die echte Höhe zu erblicken. Auch in den späteren Stilzeiten treten schöpferische Geister von höchster Leistungskraft auf, die nur neben dem schöpferischen Instinkt auch noch das volle Rüstzeug abstrakter Erkenntnis besitzen und zu ihrem Verständnis voraussetzen. Es ist eine falsche und sentimentale Bewertung, die nur die traumwandelnde Maienzeit jeder Stilperiode anerkennen will. Oft steckt hinter abstrakter Beherrschung der Technik eine gewaltige Schöpferkraft. Ein Jahrhundert lang hat man in Joh. S. Bach z. B., der am Endpunkt der kontrapunktischen Musik steht, zu Unrecht nur einen abstrakten Formkünstler gesehen. Ebenso großes Unrecht läßt man bis auf unsere Tage noch der Spätgotik widerfahren, in der man nur abstrakten Formalismus sieht und nicht hinter der technischen Formsicherheit das Quellen starken Schöpferwillens. Jeder Stil schreitet vom Einfachen zum Komplizierten fort, und die Kompliziertheit ist nicht mehr bloß instinktmäßig zu meistern, sondern erfordert Verstand und Reflexion, auch für den Genießenden. Es ist aber falsch, den Kunstwert nur in der Wirkung aufs Gefühl zu suchen.

Es darf für die Bewertung aller Entwicklungsgänge nicht die Voraussetzung gelten, daß die Jugend der Höhepunkt sei, nach der es nur Niedergang gäbe, nein, man muß lernen, jedem Alter, auch dem Greisenalter, seine Werte zuzubilligen.

Wenden wir zum Schluß die bisher gefundenen Ergebnisse auf die Probleme unserer Zeit und unseres Volkstumes an! Gewiß ist richtig, daß wir in Ansehung unserer zweitausendjährigen Geschichte in einer Spätzeit leben. Und in der Tat hat es nicht an Leuten gefehlt, die die biologischen und psychologischen Merkmale des Greisenalters an unserem Volkstum haben entdecken wollen. Daß wir biologisch ein niedergehendes Volk seien, dürfte besser als durch jede Theorie durch die Leistungen des ganzen Volkes in diesem Kriege widerlegt sein, die es an Energieaufwand wohl mit jeder, aber auch jeder Leistung irgendeines Volkes in

einer ſogenannten Jugendblüte aufnimmt. Das am meiſten genannte angebliche Niedergangsſymptom, der Geburtenrückgang, hat keine biologiſchen Gründe, liegt nicht an verſagender Zeugungskraft der Raſſe und gibt daher — bei aller Bedenklichkeit — in dieſer Hinſicht keinen Anlaß zu Schwarzſeherei. In biologiſcher Beziehung darf alſo von einem „Altern“ des deutſchen Volkes nicht die Rede ſein.

Eher kann man vielleicht gewiſſe pſychologiſche Kennzeichen finden, die Alterscharakter haben. Das ſtarke Hervortreten der Reflexion, die Freude an hiſtoriſcher und pſychologiſcher Abſtraktion und damit zuſammenhängend ein Zurücktreten des Phantaſielebens ſcheinen das nahezulegen. Man hat ſogar im Impreſſionismus, der eine Zeitlang auf allen Kulturgebieten herrſchte, eine ſpezifiſche Alterserſcheinung erblicken wollen. Indeſſen gründet ſich auch dieſe Behauptung auf ſehr oberflächliche Analogien. Aber ſelbſt wenn ſie recht hätte, wer beweiſt denn, daß nicht eine neue Richtung kommt, die wieder von vorn anfängt, wie wir das oft genug erlebt haben. Tritt nicht ſogar eben im ſogenannten Expreſſionismus eine Richtung ins Leben, die alle Kennzeichen der Jugendlichkeit und zum Teil einen recht ungebärdigen hat? Betont ſie nicht das Recht des ſubjektivſten Gefühls, lehrt ſie nicht Verachtung alles Relativismus, Pſychologismus und was ſonſt als Alterserſcheinung an der geiſtigen Kultur gelten konnte? Wir können es abwarten, ob aus dieſem brauſenden Moſt ein echter Wein wird; ſicher iſt jedenfalls, daß auch durch die ſtark hervortretenden Züge der jüngſten Vergangenheit, die einige Analogien zum Greiſenalter böten, keinerlei Peſſimismus berechtigt iſt. Unſere Kultur iſt ſchon öfter alt geworden und hat ſich wieder verjüngt. Auch im Pſychologiſchen bleiben „Jugend“ und „Alter“ Analogien. Und gerade im Wechſel der Perioden beruht ja die Lebendigkeit der Kultur.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

Iſt es eine richtige „tote Saiſon“, dieſe Ruhe der letzten Wochen? Wäre nicht die unvermeidliche allwöchentliche Auseinanderſetzung mit und über Herrn Erzberger, dem von der Konkurrenz eine freiwillige Reklame gemacht wird, um die ihn jeder Warenhausbeſitzer oder Theaterdirektor beneiden wird, es fehlten in dieſem Mai alle erregten Ober- und Untertöne in der politiſchen Unterhaltung. Es iſt zu ſchön und zu vernünftig, um lange zu dauern. Daß ganz wie im Frieden um dieſe Jahreszeit — eigentlich ſogar ein wenig früh, ſelbſt für Friedensverhältniſſe — in den „weiteſten Kreiſen“ der weſentliche Gegenſtand der Aufregung das Problem iſt, ob der Portier das Gepäck rechtzeitig an den richtigen Bahnhof ſchaffen wird, ruft faſt das längſt vergeſſene Wort „ſaure Gurkenzeit“ ins Gedächtnis, zumal auch die Zeitungen die üblichen neckiſchen Plaudereien in der Blaublümleinweis friedlichſter Sommerzeit darbieten. Nur hie und da grollt's einmal kurz aus der alldeutſchen Ecke oder dem ſozialdemokratiſchen Winkel. Tränen trieb mir's in die Augen, als ich dieſer Tage einen meterlangen richtigen Sommerleitartikel über die Frage der Abſchaffung des Goldes als Währungsgrundlage las. Ach Gott, Währungsartikel in der Preſſe waren von jeher das ſichere Zeichen, daß nichts los war. Man denkt gerührt an die Zeiten, da es noch Papier und Geduld und Leſer gab für den Bimetalliſtenſtreit. Es wird glaubwürdig verſichert, daß an der Front, in der unmittelbaren Nähe feuernder Batterien, Rotkehlchen oder Schwarzamſeln ruhig in ihrem Neſte ſitzen bleiben. Es iſt dieſelbe Anpaſſung, wie ſie ſich bei den Menſchen im vierten Kriegsſommer

zeigt. Wandelt man abends an den Lauben, den einfachen oder den sozial höher stehenden, an der Stadtperipherie vorüber und sieht, wie emsig und behaglich sich die Leute den Randländerfreuden der Weltstadt widmen, sieht man auf den Balkonen im traulichen Licht der Lampe die Familien vereint, hört man aus den Hintergründen der weitoffenen Zimmer einen Schmalztenor sich von der Grammophonplatte loslösen, während links und rechts, oben und unten gleichzeitig fünf Klaviere sich an die Öffentlichkeit flüchten, so wird man an die Rotkehlchen und Schwarzamseln erinnert und sieht auch hier, daß das kleine Leben sich durch die großen Ereignisse nicht stören läßt. Ob Pferderennen oder Theaterpremieren, ob Sommerabend-Familienleben oder Freibad Wannsee, was auch eine Form des Familienlebens ist, wenn auch nicht die schönste; wie aufgestautes und wieder freigegebenes Wasser läuft das Leben des Alltags nach dem Orkan, der es durchpeitscht hat, in die gewohnten Rinnsale zurück und füllt die alten Pfützen. Sind die Menschen so stark oder so schwach, so klug oder so töricht, so ruhig oder so stumpf, so leichtsinnig oder so unerschütterlich? Immer wieder stellt sich die Frage. Nehmen wir an — vielleicht ist das richtig —, es sei der Stil des fünften Kriegsjahres, der sich logisch und psychologisch entwickelt hat. Wer vom Regen in einer Unterkunftshütte überrascht wird, wartet die erste halbe Stunde ungeduldig an der Tür stehend und alle fünf Minuten hinausspähend. Dann legt er den Mantel ab, zieht ein Buch hervor, setzt sich nieder und liest und schaut nicht mehr auf. So hält er den längsten Regen aus, ohne nervös zu werden, während das Warten an der Tür die Nerven unruhig macht. Vielleicht haben wir den Stil gefunden, den wir nunmehr beibehalten werden, bis nach dem aberwitzigen Willen der Entente ihr soviel Fehlschläge zuteil geworden sind, daß die Autoritäten Lloyd Georges, Wilsons und Clemenceaus daran zerbrechen.

Es war in den ersten Kriegstagen, als noch die erste Aufregung herrschte und mancher harmlose Zeitgenosse, der durch einen schwarzen Vollbart oder sonderbare Kleidung auffiel, unter erheblichem Geschrei von der Menge als Spion festgenommen wurde. Da eilte in der Tauentzien-Straße ein alter Herr mit wildem Blick hin und her, und wo er ein junges Mädchen sah, das den damals modernen Schlitzrock trug, sprang er hinzu und suchte mit bereitgehaltenen Stecknadeln empört der Erschreckten den Rockschlitz, der einen Blick auf das mehr oder weniger hübsche Bein gestattete, zuzustecken. Dieser erregte Greis war der Typus des außer Rand und Band geratenen Philisters. Dessen politischer Typus waren die Sänger der Haßgesänge, ihr philologischer die Fremdwortzerstörer, die das unschuldig-gewohnheitsmäßigste „Adiöh" mit rauher Mahnung in die Kehle des Sprechenden zurückscheuchten und verlangten, daß man „auf Wiedersehen" sage, auch wenn es dem Gerichtsvollzieher galt. Im Geschäftsleben wütete der kaufmännische Vertreter dieser Gattung, der mittels eines den Geschäftsbriefen aufgedruckten Gummistempels den lieben Gott aufforderte, England zu strafen. Man kann dieses wildgewordene Philistertum als so gut wie verschwunden bezeichnen. Der Soldat hat auch hier als Erzieher gewirkt, indem er sich an diesen Torheiten nicht beteiligte, sondern mit sachlicher Ruhe und Gründlichkeit dem Feinde die nötigen Niederlagen beibrachte, ritterlich seine Tapferkeit anerkennend, gutmütig lieber an irregeleitete, als bewußt böswillige Völker glaubend. Wenn die Feinde zu Propagandazwecken die Mode der Haßdichtungen beibehalten und die Amerikaner sie zu neuer Blüte gebracht haben, so erblickt der Soldat und der vom Philistertum geheilte Bürger darin nur das Zeichen, daß sie solche Mittel nötig haben, wo alle anderen versagen, und zucken die Achseln.

Item, ein im Vergleich zu der ersten Kriegszeit neuer Lebensstil hat sich in Anpassung an die lange Kriegsdauer entwickelt und den ersten schönen Wochen des vierten Kriegssommers Ähnlichkeiten mit vergangenen Sommern gegeben, die den Beobachter überraschen. Aber der neue Stil ist kein neuer Stil, sondern die stillschweigende möglichste Wiedereinführung des vorkriegerischen Lebensstiles, soweit es die Verhältnisse gestatten, der Frieden im Krieg, soweit es möglich ist. Im Gegensatz zu dieser im Interesse des Durchhaltens erfreulichen Wiederkehr hat der

lange Krieg Züge in unser Leben gebracht, die ebensoviele Zukunftsrätsel darstellen. Vor allem der neue Jugendstil. Draußen wie drinnen ist er gleich merkwürdig, draußen erfreulich, daheim das Gegenteil. Ruhm und Ehren, wie sie in früheren Zeiten ergrauten Schlachtenhelden zuteil wurden, sind heute eine fast schon alltäglich gewordene Kriegserrungenschaft von Jünglingen. Mit Begeisterung und Bewunderung blickt ein Volk vom Kaiser bis zum Mann in der Straße auf Helden, die im Frieden als unbekannte junge Männer höchstens als Tennis- oder Tanzpartner hätten Ruhm ernten können. Das an individueller Preisgabe und Kühnheit weithin Sichtbarste leisten unter Millionen Männern heute im Verhältnis die Jüngsten und ihre Namen gehen von Mund zu Mund, ihre Bilder von Hand zu Hand. Diese Tatsache gibt der Jugend eine Stellung, wie sie sie noch niemals innegehabt hat. Die Älteren können nichts tun, als die altüberkommene Pose der lächelnden Überlegenheit aufgeben — diejenigen, die nicht halb so alt sind, halten den Rekord der kühnen Taten und der weithin wirkenden Erfolge. Der Unterschied der Jahre ist von jungen Armen beiseite geschoben, neben dem berühmten weißhaarigen General steht ein ebenso berühmter junger Mensch, der sein Enkel sein könnte. Diese Eroberung des höchsten Ruhmes durch die Jüngsten ist eine Erscheinung, von der starke Wirkungen ausgehen werden. Der junge Mann wird auf allen Lebensgebieten eine andere Position haben und mitreden, wo er früher im Hintergrund zu bleiben hatte. Ein Strom von Jugend wird ins öffentliche Leben fließen. Daheim hat der Krieg eine andere Art Jugendstil entwickelt. Höchst unerfreulich, aber auch mit Wirkungen, die zum Nachdenken anregen. Ungezählte Knaben haben heute ein Einkommen, von dem ihre Väter vor fünf Jahren vielleicht für sich als von einem unerreichbaren Ziel geträumt haben. Ungezählte Knaben sind in der Lage (und machen davon Gebrauch) auf ihren Herrn Papa mitleidig herabzusehen, der keine Ahnung hat, wie man eine Flasche Sekt öffnet und im Verkehr mit Oberkellnern besserer Restaurants eine klägliche Schüchternheit an den Tag legt, vom Umgang mit der leichteren Damenwelt ganz zu schweigen. Der Hundertmarkschein in der Knabenhand ist das Symbol dieses Jugendstils. Der Knabe, der diesen Hundertmarkschein als Schlüssel zum Giftschrank der Genüsse benützt, ist eine Zeitfigur, die seit Jahr und Tag gründlich in unserem Leben hat Wurzel fassen können. Eltern, die auskgelacht werden, wenn sie dem unmündigen Hochverdiener befehlen wollen, die gelernt haben, die Überlegenheit dieser Jugend hinzunehmen, die sich Lohn und Genuß nach unreifem Gutdünken selbst zu bestimmen pflegt, sind eine Erscheinung dieses neuen Stils geworden, der Zeit gehabt habt, hübsch tief Wurzel zu schlagen. Draußen die Jugend, die im Alter des Werdens, der sorglosen Lebensfreude, mit beispielloser Hingabe Pflichten einer übermenschlichen Selbstdisziplin erfüllt — daheim die Jugend, die von keiner Autoritätsfessel mehr gehalten wird und materielle Güter ungehindert in einem Maße in Genüsse ummünzen kann, wie das sonst nur verhältnismäßig wenigen Exemplaren der mehr oder weniger vergoldeten Jugend möglich war. Es wird einst die Aufgabe der einen sein, an der Beseitigung der Schäden mitzuwirken, die die vorläufig nicht zu ändernde Entwicklung durch die anderen anrichten läßt und an den anderen anrichtet. Dazwischen steht, soweit sie nicht mit im Felde ist, und dort die Pflichten der ungezählten treuen Namenlosen erfüllt, die den alten und den jungen Soldaten eng zusammenschließen und — auch eine eigenartige Entwicklung einer umwälzenden Zeit — jeden Unterschied verwischen, eine lernende Jugend, mit einem Fuß schon im Heer und eine vorzeitig in die bürgerliche Arbeit Erwachsener hereingezogene, die vorzeitig ernst und verantwortungsbewußt geworden ist. Eine immer größer werdende Gruppe, die den ernstesten, schwersten Stil der Zeit verkörpert, sind die unzähligen Mädchen und Frauen, die harte Männerarbeit verrichten und unter der Last männlicher Pflichten vermännlicht werden. Ein neuer Typus, den die Zeit vor dem Kriege nicht gekannt hat. Im belgischen Kohlenrevier gabs ihn als Ausnahme und in der krassesten Gestalt: die schwerarbeitende Frau in Männerkleidung. Wir werden die körperlichen, seelischen, sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen der Entstehung

dieſes neuen Frauentyps zu verarbeiten haben. Verſchärft wird dieſe Frauenfrage durch die trübe gewordenen Heiratsausſichten unzähliger Mädchen aller Schichten. Der Krieg hat grauſam die Männerauswahl in den Heiratsjahrgängen verkleinert. Die ſchweren kommenden Jahre werden die Eheſcheu der Männer unendlich verſchärfen. Kein Geſetz, keine Steuerentlaſtung wird dagegen helfen, daß viele, viele Mädchen ſich auf ein eheloſes Leben einrichten müſſen. Das Große, das auf einmal, mit einem gewaltigen Entſchluß geleiſtet werden muß, wird von den Männern verlangt, das Schwere, das lange, öde Jahre hindurch getragen werden muß, das Leben ohne anderen Inhalt, als Entſagung, von den Frauen, von ihnen, wie immer, doch das Schwerſte. Ihr

Nemo

Parlament und Regierung im neugeordneten Deutſchland

Unter dieſem Titel hat der Heidelberger Nationalökonom und Politiker Max Weber ſoeben eine Schrift erſcheinen laſſen*), die zu dem Sachkundigſten und Wertvollſten gehört, was über den Gegenſtand bisher geſagt worden iſt. Auch wo man den Schlüſſen und Folgerungen, die der Verfaſſer zieht, nicht zuſtimmen kann, bleibt die intenſive Beſchäftigung und Auseinanderſetzung mit ſeinen Gedanken hoher Gewinn, eine wahre Pflanzſchule politiſcher Bildung. Auch für den „ſtaatsrechtlichen Fachmann", obwohl Weber beſcheiden ihm nichts „Neues" zu ſagen glaubt.

In Anbetracht der Wichtigkeit des Themas und ſeiner Behandlung durch Weber ſei zunächſt eine Analyſe der Schrift vorausgeſchickt, mit der wir gleich Einzelkritik verbinden.

Die „Vorbemerkung" begründet die Stellungnahme des Autors zum Problem mit ſeiner Beobachtung, „daß die bisherige Art der ſtaatlichen Willensbildung und des politiſchen Betriebes bei uns jede deutſche Politik, gleichviel welches ihre Ziele ſeien, zum Scheitern verurteilen müſſe, daß dies bei gleichbleibenden Verhältniſſen künftig immer wieder genau ſo ſein werde", ohne die Garantie, ſtets durch das Schwert wieder gut machen zu können, was die diplomatiſch-politiſche Feder verdirbt. Man muß alſo jene Verhältniſſe ändern. Und das ſoll und kann nach Weber, um es gleich zu ſagen, nur durch Einführung der parlamentariſchen Regierungsform geſchehen.

Das Bedenken, eine Kritik an unſerer Staatsform „liefere den Feinden Waffen", wird abgelehnt. Damit habe man uns zwanzig Jahre den Mund verbunden, bis es zu ſpät war. „Was haben wir jetzt noch durch ſolche Kritik im Auslande zu verlieren? Die Feinde könnten ſich beglückwünſchen, wenn die alten, ſchweren Schäden auch weiter beſtehen bleiben." Sogleich ein kennzeichnendes Beiſpiel für die höchſt ſubjektive und zuſpitzende, gelegentlich auch wohl überſpitze, Art Webers, die Dinge zu ſchauen.

„Jetzt" haben wir vielleicht nichts mehr zu verlieren, aber damit iſt doch der Einwand nicht erledigt, daß die früher von gewiſſer Seite nicht abbrechende Klage über deutſche Verfaſſungsunfreiheit dem Auslande die Waffen geliefert hat,

*) In der von Sigmund Hellmann herausgegebenen Sammlung „Die innere Politik", Duncker u. Humblot, München und Leipzig 1918. 182 S. Geh. 4 Mark.

die nun im Kriege gegen uns gerichtet werden. Der Mund ist zum mindesten nicht dicht verbunden gewesen!

Den in jenem „zu spät" liegenden Vorwurf, daß zwischen den „schweren Schäden" unserer Staatsform und dem Ausbruch des Weltkrieges ein mehr oder weniger intensiver Kausalzusammenhang bestanden haben muß, lassen wir dahingestellt sein. Er berührt die noch nicht abgeschlossene „Schuldfrage" des Weltkrieges.

Drittens wäre nach Weber das Fortbestehen des bisherigen Zustandes ein Glück für unsere Feinde; andere (meist konservative) Politiker glauben gerade umgekehrt, daß jene es auf eine Änderung unserer Verfassung abgesehen haben, um deren militärisch-politische Kraft zu untergraben. Beides dürfte richtig sein, es gilt eben auch hier die Regel, das eine zu tun und das andere nicht zu unterlassen, also unsere Schwächen zu korrigieren, ohne unsere Stärke aufzugeben. Heutzutage, wo wir in den bislang so scharf geschiedenen Verfassungstypen Europas Annäherungen über Annäherungen erleben, wo auch die innerstaatlichen Parteien die starren Schablonen ihrer Programme zerbrechen, Konservative wie Herr von Oldenburg für „die Freiheit des Individuums", Linkspolitiker, selbst solche manchesterlicher Vergangenheit, für den verstaatlichenden Protektionismus schwärmen, ist absolut falsch nur eines: die Einseitigkeit.

Wenn aber viertens dem verständlichen und oft zu hörenden Hinweis auf unsere tatsächlichen Erfolge trotz dieses ganz verderbten Systems mit dem Donnerworte begegnet wird: für diesmal sei das militärische Experiment infolge des Vorhandenseins großer Führer gerade noch geglückt, in Zukunft bestände dafür aber keinerlei Sicherheit, so bleibt erst recht die Frage: wo gedenkt das „neue" System, das sich nicht einmal solcher Erfolge und Bewährungen rühmen kann, die sehnlichst erstrebten Garantien herzunehmen?

So wären wir mitten in prinzipiellen Auseinandersetzungen, noch vor der eigentlichen Diskussion. Sie eröffnet Weber mit einem historischen Rückblick auf die Wurzel des gegenwärtigen Übels, nach seiner Meinung die „Erbschaft Bismarcks". In kaltem Lichte zeigt er — ähnlich wie Max Lehmann das „alte Preußen" Friedrichs des Großen — die Gestalt unseres größten Staatsmannes, dessen Zeit nun auch schon zum „ancien régime" geworden ist. Er hinterließ eine Nation „ohne alle und jede politische Erziehung, ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde". Er brachte des weiteren durch „mißbräuchliche Benutzung des monarchischen Gefühls als Deckschild eigener Machtinteressen" diese Nation dahin, an das Regiment einer falschen Firma, genannt „monarchische Regierung", fatalistisch zu glauben, ohne die „politische Qualifikation" der späteren Staatsleiter näher zu prüfen. Er hat das Parlament zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, aber bei seiner einsamen staatsmännischen Größe keine Tradition und Schule hinterlassen.

Wohl erbte jemand seine Macht — die Bureaukratie, aber nicht mit dem Geist, sie wahrhaft staatsmännisch zu üben. So erklärt sich der scheinbare Widerspruch, daß Weber (S. 13) behaupten kann, im modernen Staate liege die wirkliche Herrschaft notwendig und unvermeidlich in den Händen des Beamtentums, und später (S. 49) ein Mann von starken Machtinstinkten, wobei auf Hugenberg angespielt wird, müßte „ein Narr" sein, wenn er sich in das „jämmerliche Getriebe kollegialen Ressentiments und auf das Glatteis höfischer Intrigen" begeben wollte, die mit einer Ministerstellung gegenwärtig verbunden wären. Denn es ist natürlich eine irrige Ansicht, der man gelegentlich begegnet: als habe heutzutage „Macht" etwa „nur" der Industriegewaltige und der große Handelsherr *) Auch der hohe Staatsbeamte besitzt sie, nur daß er sie bei uns eben als Staatsbeamter, nicht als Staatsmann und Politiker, ausübt oder ausüben muß.

Der Unterschied zwischen beiden liegt — nach Weber — in der Art der Verantwortung. „Ein Beamter, der einen nach seiner Ansicht verkehrten Befehl

*) So z. B. Bernhard, Deutscher Parlamentarismus, „Vossische Zeitung" vom 9. September 1917.

erhält, kann Vorstellungen erheben. Beharrt die vorgesetzte Stelle bei ihrer Anweisung, so ist es nicht nur seine Pflicht, sondern seine Ehre, sie so auszuführen, als ob sie seiner innersten Überzeugung entspräche ... So will es der Geist des Amtes. Ein politischer Leiter (industrieller Unternehmer), der so handeln würde, verdiente Verachtung. Er wird oft genötigt sein, Kompromisse zu schließen ... Bringt er es aber nicht fertig, seinem Herrn zu sagen: entweder ich erhalte jetzt diese Instruktion oder ich gehe, so ist er ein elender Kleber und kein Führer. Über den Parteien, das heißt aber in Wahrheit: außerhalb des Kampfes um eigene Macht, soll der Beamte stehen. Kampf um eigene Macht und die aus dieser Macht folgende Eigenverantwortung für seine Sache ist das Lebenselement des Politikers wie des Unternehmers."

Auf die Tatsache, daß wir von „Beamten" — im geistigen Sinne — regiert wurden, anstatt von „Politikern", glaubt Weber nun das ganze Fiasko der deutschen Politik zurückführen zu sollen. Zu Unrecht mache man im Auslande die deutsche „Autokratie" verantwortlich; die bereits erwähnte Methode Bismarcks, sein cäsaristisches Regime mit der Legitimität des Monarchen zu decken", hätten die Nachfolger, „ihrerseits keine Cäsaren, sondern schlichte Beamte", nachgeahmt, und so wäre auf das Konto „monarchischer Regierung" gekommen, was „in Wahrheit nur die Unkontrolliertheit einer reinen Beamtenherrschaft" bedeutete. Wie Treitschke im Jahre 1871, so zollt Weber im Weltkriege der „Integrität, Bildung, Gewissenhaftigkeit und Intelligenz" dieser Beamten uneingeschränktes Lob; er begründet damit sogar unsere Überlegenheit über die anderen, die bei Kriegsausbruch in der Bureaukratisierung noch nicht so weit fortgeschritten waren. Trotzdem wiegen für ihn die Schäden des Systems schwerer als die Vorzüge, und er sucht nach einem Gegenmittel, das er eben in dem parlamentarischen System findet.

Schon hier soll gesagt sein, daß Weber in dem Bestreben, den vermeintlichen Krebsschaden der Bureaukratie zu bessern, die Krankheit doch gefährlicher macht als sie ist. Geradezu elegische Töne schlägt er an, wenn er fragt, wie es denn angesichts der allmächtigen, „ihren Siegeszug über die ganze Welt" antretenden Tendenz zur Bureaukratisierung überhaupt noch möglich sei, „irgendwelche Reste einer in irgendeinem Sinne „individualistischen" Bewegungsfreiheit zu retten und „Demokratie in beschränktem Sinne überhaupt" möglich zu machen (31 f.). Nun soll jener „Siegeszug" der bureaukratischen Lebensform nicht bestritten werden. Wir sehen seine Spuren gerade auch außerhalb der staatlich-obrigkeitlichen Einflußzone, bei den Parteien, vor allem der sozialistischen Massenpartei und in privaten Betrieben. Erst jüngst wies die „Frankfurter Zeitung"*) auf bureaukratisierende und zentralisierende Riesenunternehmungen bei den Banken hin, wo in der Provinz an die Stelle heimischer Bankiers oder selbständiger Direktoren abhängige Beamte von den Berliner Zentralen getreten sind. Immerhin darf man daran erinnern, daß sogar Scheidemann in Stockholm davor gewarnt hat, die „Ohnmacht" der deutschen Demokratie gegenüber einem allmächtigen Obrigkeitsstaat zu übertreiben, wie das Weber geflissentlich tut, indem er den bureaukratisierten Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts die öde Hörigkeit eines altägyptischen Fellachendaseins voraussagt, wenn sie nicht energische Abwehrmaßregeln ergreifen.

Auch mit den Motiven jener Männer „von starken Machtinstinkten" ist es so eine Sache. Mag sein, daß die Aussichtslosigkeit, im Staate eine wahrhaft politische Führerstellung erringen zu können, sie von der bureaukratischen Karriere abbringt, neben diesem immerhin doch „ideellen" Motiv spielt aber zweifellos jene „Hypertrophie des Erwerbssinnes" hinein, die z. B. auch auf kommunalem Gebiete eine sichtliche Unlust und Interesselosigkeit führender wirtschaftlicher Kreise an den öffentlichen Angelegenheiten als innerste Ursache bedingt.

Der springende Punkt ist also für Weber die Beseitigung der unkontrollierten und verantwortungslosen Beamtenherrschaft. Da das Gegengewicht bei der Krone

*) Nr. 143, 1. Morgenblatt vom 25. Mai 1918.

nicht gefunden werden kann — ihr mangelt heutzutage die nötige Fachkenntnis und (in der Regel) politische Qualität —, so kommt alles darauf an, das Parlament aus seiner Ohnmacht und der dadurch bedingten negativen „Interessen- und Trinkgelderpolitik" herauszuheben und es entsprechend der obigen Krankheitsdiagnose erstens zu einer wirklichen Kontrollinstanz der Verwaltung und zweitens zu einer Pflanzschule politischer Begabungen, denen „neben der Macht auch die Verantwortung im Staate winkt", zu machen.

Das Endziel ist dabei die Züchtung des wahren „Politikers". Jener Anreiz der winkenden Macht und Verantwortung ebenso wie die Möglichkeit positiver Mitarbeit und dadurch bewirkter Kontrollfähigkeit des Parlamentes sind nur die, allerdings auch wichtigen, Voraussetzungen dieser elementaren Hauptforderung. Die erste Voraussetzung verlangt ihrerseits wiederum den Fortfall des Art. 9 R. V. als einer mechanischen Hemmung*) für den Aufstieg des wirklichen Politikers zu den Spitzen der Macht, die zweite verlangt zu ihrer wirksamen Durchführung ein ausgedehntes Enqueterecht des Parlamentes. Dieses muß Einblick erhalten sowohl in das (technische) „Fachwissen" des Beamten, wie in sein bisher mit dem Schleier des Geheimnisses umgebenes „Dienstwissen", worunter die „Kenntnis der für sein Verhalten maßgebenden konkreten Tatsachen" verstanden wird. Zu diesem Zwecke müsse man auf dem Wege weiterschreiten, der mit Bildung des „Hauptausschusses des Reichstags" eingeschlagen wurde. Immer innigere Fühlungnahme zwischen Fachbeamtentum und Berufspolitikern in den Kommissionen eines wirklichen „Arbeitsparlamentes", ist die Forderung der Zukunft.

Der „Berufspolitiker", von dem Weber hier redet, ist, streng genommen, mindestens in seinem Elitetypus als politischer „Führer", auf den es allein ankommt, noch gar nicht da. Man bereitet ihm ja vorerst nur den Weg, schafft die Gelegenheit der „Auslesestätte" und setzt nun als sicher an, daß sich unter solchen Bedingungen aus nach angelsächsischem Rezept gemischten Elementen der ersehnte Wundermensch schon bilden werde. Freilich, auch Weber wird uns nicht garantieren können, ob das Experiment glückt oder der Erfolg schließlich doch nur ein — Homunculus ist. Auch der durchschnittliche „Berufspolitiker" müßte erst noch, wenn nicht geschaffen, so doch „entwickelt" werden. Treitschke**) sah in ihm „das gemeinschädlichste Element in unseren Volksvertretungen (mit wenigen rühmlichen Ausnahmen)", für Weber ist er „rein technisch unentbehrlich", um geschulte Kräfte für den Kampf, in dem das Wesen der Politik begründet liegt, zur Verfügung zu haben. Ferner wäre für die große Wandlung, deren Ziel die Politisierung unseres Regierungssystems, deren Mittel nach Ansicht des Verfassers seine Parlamentarisierung ist, erforderlich: die innere Bereitschaft der Parteien, das Erbe der Verantwortung anzutreten. Von den hier vorliegenden Hemmungen soll später noch die Rede sein. Und: last not least „der Druck absolut zwingender politischer Umstände", durch den in das feste Bollwerk der zäh um ihre „Pfründnerinteressen" kämpfenden, vom Großkapital unterstützten Bureaukratie Bresche gelegt werden müßte. Denn — „von selbst kommt die Parlamentarisierung gewiß nicht".

Ein besonderes Kapitel — das ihm persönlich am wichtigsten erscheint — widmet Weber der „Beamtenherrschaft in der auswärtigen Politik". Hier haben wir für die Schäden des Systems den „furchtbarsten Preis zahlen" müssen. Der letzte Grund aller Mißerfolge liegt nicht in einem Versagen unserer Diplomatie, die „im Durchschnitt wahrscheinlich genau so gut" wie in anderen Ländern ist, auch nicht in den Fehlern und Entgleisungen des autokratischen Regierungssystems, sondern in der unverzeihlichen Unterlassungssünde der „politischen Leiter", die durch eigene oder fremde Initiative ins grelle Licht der Öffentlichkeit gezogenen Kaiserworte nicht sofort mit ihrem Abschiedsgesuch beantwortet zu haben, wenn sie der eigenen politischen Überzeugung widersprachen. Weber bezeichnet es als notorisch, daß „fast alle" maßgebenden Instanzen bei uns, in dem verhängnis-

*) Er verbietet bekanntlich die Personalunion zwischen Bundesrat und Reichstag.
**) Hist. und Pol. Aufs. 8. S. 685.

vollen Jahrzehnt nach dem Krügertelegramm, privatim wiederholt „die materielle Verantwortung für die entscheidende Veröffentlichung, die sie formell deckten, abgelehnt haben". (!) Sie trösteten sich mit der „gloria obsequii" und blieben auf ihrem Platze, weil sich sonst „ja doch ein anderer bereit" gefunden hätte, den Gewissenskonflikt auf sich zu nehmen.

Diesem in der Tat höchst bedenklichen Zustande muß allerdings ein Ende gemacht werden. Für den Verfasser gibt es aber dafür zurzeit „keinerlei anderes technisches Mittel" als die Parlamentarisierung, die dadurch „unvermeidlich" wird. Denn die von ihr erhofften Führer mit politischem „Charakter" — der mit Privatmoral nichts zu tun hat — würden ihr eigenes Wesen verleugnen, wenn sie die Geste des treuen Herrendieners nachahmen wollten.

Bis hierher ist die Webersche Schrift aggressiv, sie hat gleichsam mit fliegenden Fahnen die feindliche Stellung genommen, deren Schäden offen zutage lagen. Nun gilt es zu behaupten, was sie an ihrer Stelle aufgebaut hat, denn der Gegner bekämpft ihre Position seinerseits mit gewichtigen Argumenten.

Der „Gegner" ist nun zunächst nicht der bureaukratische Obrigkeitsstaat, wie man vermuten muß, sondern dieser hat einen Bundesgenossen, der mit oder ohne Bekenntnis der Zusammengehörigkeit auf derselben Frontlinie ficht. Es ist, was immer noch mit der Sensation einer gelungenen Überraschung wirkt und den Schlagwortkämpen ihre Waffen in Unordnung bringt — die „Demokratie", im Sinne einer Anti-Parlamentokratie, wie wir es nennen möchten.

„Parlamentarisierung und Demokratisierung stehen durchaus nicht notwendig in Wechselbeziehung, sondern oft im Gegensatz zueinander". Demokratisierung in Form eines gleichen Wahlrechtes — und allein davon will Weber reden — führt unvermeidlich den Demagogen zu Macht und Einfluß. Dieser ist genötigt, das „Vertrauen und den Glauben der Massen an sich und also seine Macht mit massendemagogischen Mitteln" zu gewinnen. (Plebiszit u. ä.) Das aber bedeutet eine Art der Führerauslese, die „mit dem parlamentarischen Prinzip in Spannung lebt", denn hier wird ja der politische Leiter, das was er ist, sehr im Gegensatze zu obigem Verfahren, „auf Grund der Anerkennung seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht" und sodann „kraft seines Hervortretens im Parlament".

Der innerliche Gegensatz dieser Regierungsformen ist auf beiden Seiten in Erscheinung getreten. Die parlamentarische Demokratie sucht „die der Parlamentsmacht gefährliche plebiszitäre Methode der Führerwahl" geflissentlich auszuschalten (siehe die Verfassungsgesetze der jetzigen französischen Republik) und „gefühlsehrliche Sozialisten" und „Demokraten", wenn sie nicht radikal das Parlament abschaffen wollen, möchten doch zum mindesten an die Stelle seiner Beschlüsse das Referendum (Volksabstimmung) setzen und verwerfen das parlamentarische System im technischen Sinne.

Weber sucht nun aber an Hand der englischen und amerikanischen Zustände zu beweisen: nicht nur, daß die „Existenz" von Parlamenten auch bei plebiszitär-cäsaristischer Führerauslese (wie sie de facto heute auch in England besteht! Lloyd George!) notwendig ist, sondern daß ebenso das parlamentarische Regierungssystem, gerade auch in Massendemokratien, nicht entbehrt werden kann.

Seine Beweisgründe stützen sich auf die zutage liegenden Mängel einer „reinen" Demokratie: 1. Das Fehlen einer Garantie für sachliche und unbestechliche Verwaltung, weil die „Auslese der Amtskandidaten im Gegensatz zum parlamentarischen System*) in die Hände unsichtbarer, unverantwortlicher Cliquen" gelegt wird. (Siehe Amerika). 2. Die Unmöglichkeit eines Kompromisses beim Referendum, da nur mit „ja" oder „nein" abgestimmt werden kann. Und damit, da die meisten Gesetze auf Kompromissen beruhen, eine unglückliche Starrheit und Unfähigkeit des legislativen Apparats. 3. Der Mangel eines selbständigen Kontrollorgans gegenüber der allmächtigen Bureaukratie, einschließlich des diktatorisch

*) Und natürlich auch zum monarchisch-bureaukratischen! Aber dies wird von W. ja aus den bekannten Gründen abgelehnt.

schaltenden Staatsleiters. 4. Die ins „Kolossale" gesteigerte Bedeutung des Kapitals bei ausschließlicher Herrschaft von Volkswahlen und -abstimmungen. Andere Argumente liegen umgekehrt in parlamentarischen Vorzügen: so namentlich der Umstand, daß dem „um das Vertrauen der Massen werbenden Politiker eine geordnete Form der politischen Bewährung innerhalb der Parlamentsarbeit" geboten wird. So kommt Weber zu dem Ergebnis, daß „gerade unter den heutigen Bedingungen der Führerauslese ein starkes Parlament, verantwortliche Parlamentsparteien und das heißt: deren Funktion als Stätte der Auslese und Bewährung der Massenführer als Staatsleiter, Grundbedingungen stetiger Politik" bilden.

So wäre denn die „Spannung" zwischen „Demokratie" und Parlamentarismus für Weber glücklich beseitigt, und der Verfasser in der Lage, die neu gewonnene Harmonie durch positive Erklärungen zu bekräftigen. Es folgt daher — ziemlich unvermittelt und dürftig*) — das Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht als „politisch unaufschiebbarem Gebot der Stunde".

Nunmehr kommt Weber zur Auseinandersetzung mit den nach seiner Darstellung eigentlichen Gegnern des Parlamentarismus. Das diesbezügliche Schlußkapitel: „Parlamentarisierung und Föderalismus" läßt die straffe Linienführung manchmal vermissen, wobei allerdings wohl auch die Fülle der Gesichtspunkte eine Rolle spielt, unter denen die Materie dem Verfasser erscheint. Ein grober Zeichner hat es leicht, markante Striche zu machen.

Bekanntlich wird gegenüber einer Parlamentarisierung im Reich vor allem der Einwand geltend gemacht, daß sie unitarisch-zentralistische Wirkungen haben werde, also an die verfassungsrechtliche Struktur des Gesamtstaates rühre, wie sie vom genialen Erbauer in eigenartigem Stile gefunden wurde. Das ist nun die zweite sensationelle Behauptung Webers, daß er diesen Zusammenhang bestreitet, ja geradezu das Gegenteil, also eine Stärkung des Foderalismus, zu beweisen sucht!

Er geht von der für ihn feststehenden Tatsache aus, daß ein wirklicher Föderalismus im Reiche gar nicht besteht, sondern vielmehr ein gewaltiges Übergewicht Preußens, angesichts dessen die von diesem Staate gemachten Zugeständnisse nicht zu Buch schlagen. Also die nicht unbekannte „südliche" Anschauung, die gelegentlich geradezu vom „Helotendasein" der übrigen „unter Preußens Führung" redet. Weber will nun keineswegs die preußische Hegemoniestellung im Reich „antasten", nur soll diese Macht nicht in den Händen privilegierter Klassen liegen. Bliebe dieser Zustand erhalten, so hätte „unfehlbar die Krone die Kosten zu tragen". (Beiläufig jene Methode, mit einer Hohenzollerndämmerung zu argumentieren, die man — mit Recht — in Weber nahestehenden Kreisen den Konservativen zum Vorwurf macht!)

Was steckt also hinter der Geste vom „Schutz des Föderalismus", wenn man der Katze die Schelle umhängt? Nichts anderes als „dynastisch-bureaukratische Pfründenversicherung, praktisch sich äußernd in einer Garantie weitgehender Kontrollfreiheit der Bureaukratie", ein „stillschweigendes Kompromiß der preußischen parteikonservativen Bureaukratie" und der dortigen „Wahlprivilegsinteressenten" mit den einzelstaatlichen Bureaukratien. Diese dürften „getrost etwas Demokratie spielen", wofern sie sich verpflichteten, die „unglaubliche innerpolitische Struktur Preußens" und eine „im wesentlichen großpreußische" Regierungsmethode im Reich bestehen zu lassen. Also dieselben Mächte, die in Preußen hinter der „pfeudomonarchischen Legende", einem fingierten autokratischen Einzelregiment ihre Sonderinteressen versteckten, betätigen hier unter der falschen Firma einer monarchischen Vielheit (Schutz der „föderalistischen" Grundlagen des Reichs) eine ähnliche egoistische „Kleber"-Gesinnung.

*) Allerdings hat sich Verfasser zum Thema bei anderer Gelegenheit ausführlich geäußert, nämlich in der 1917 erschienenen Broschüre: „Wahlrecht und Demokratie" (Schriften zur inneren Politik, herausgegeben von Heile und Schotte. Heft 2).

Vor dem Kriege hat ein französischer Schriftsteller den „preußischen Egoismus, contre lequel les autres Etats ne cessent de protester, als Garantie ihrer Unabhängigkeit" bezeichnet. Weber würde vermutlich diesen Satz unterschreiben, als Träger der Unabhängigkeit hier, des Egoismus dort aber lediglich die „Bureaukratie" einsetzen.

In Zukunft „geht dieses Stilleben zu Ende". An die Stelle des Pseudo-Föderalismus wird angesichts der bevorstehenden finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen der Friedenszeit eine energische Willensbetätigung der Einzelstaaten im Bundesrat treten, ebenso wie das unkontrollierte Beamtenregiment von der parlamentarischen Regierungsweise abgelöst oder durch sie ergänzt werden soll. Das Problem besteht also darin, wie sich die Erben der Macht: „gesunder (echter, aktiver) Föderalismus" und das Regime der „Politiker" miteinander vertragen können.

Beiden muß dabei ihr Recht werden. Also ist auf der einen Seite die Parlamentarisierung im Reich durchzuführen. In gediegener Form läßt sich das nur durch die schon erwähnte Aufhebung des Art. 9 R. V. erreichen. Aber wird dadurch nicht der andere Teil geschädigt? Nicht der „Bestand des Reiches" (als „Bundes"-staat nämlich) gefährdet, wie die „Bayerische Staatszeitung" sich im Vorjahre äußert? Im Gegenteil, meint Weber: Wenn durch Aufhebung der Bestimmung z. B. Bayern in die Lage käme, „einflußreiche Abgeordnete zu Bundesratsbevollmächtigten zu ernennen", sei das doch alles andere als eine Stärkung des „Zentralismus".

Vielmehr droht gerade bei Aufrechterhaltung des Art. 9 diese Gefahr, nur in viel „bedenklicherer" Form. Eine Parlamentarisierung des Bundesrates ist nämlich durch das geltende Recht garnicht verhindert, vorausgesetzt, daß in den Einzelstaaten das neue System durchgedrungen wäre! Denn in diesem Falle könnten Reichskanzler und etwa im Bundesrat sitzende Staatssekretäre*) als preußische Parteipolitiker, die Vertreter der anderen Bundesstaaten in entsprechender Eigenschaft dorthin delegiert sein. Wir bekämen eine deutlich „partikularistische" Färbung dieser Behörde, die aber keineswegs „eine Stärkung des positiven Einflusses der Einzelstaaten im Bundesrat oder ihre Sicherung gegen Majorisierung bedeuten" würde.

Denn zunächst bliebe der überragende Einfluß Preußens. Nur das Gegengewicht eines mächtigen Reichstags könne die Zwergstaaten vor dem Schicksal des „Stimmviehes" bewahren. Außerdem aber würden die dem Reichstage angehörenden Staatssekretäre, denen also der Eintritt in den Bundesrat verwehrt sein soll, stets den Einfluß jener parlamentarischen Körperschaft in die Regierungsverhältnisse des Reiches hineintragen, was der Kanzler berücksichtigen müßte. Beim Fehlen eines kollegialen Reichsministeriums wäre aber die weitere Folge vermutlich die Entwicklung eines selbständigen Regierungskollegiums neben dem Bundesrat, — die am natürlichen Abströmen verhinderten politischen Kräfte schaffen sich wo anders eine Wirkungsstätte. Dieser wäre also einerseits durch die preußische Majorität beherrscht, andererseits zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Der föderalistische Einfluß der nichtpreußischen Stellen wäre ausgeschaltet.

Fällt dagegen Art. 9, kommen also Vertreter der Reichstagsparteien in den Bundesrat, so ermöglicht der Zusammenhalt der Parteien über das Reich hin eine „weitgehende Ausgleichung" der regional-partikularistischen Gegensätze und die Gefahr einer „großpreußischen" Entwickelung wäre beschworen.

Diese Weberschen Ausführungen sind das genaue Gegenteil von dem, was man in konservativen preußischen Kreisen, über den berühmten Art. 9 denkt. Der Berliner Staatsrechtslehrer E. Kaufmann, z. B. glaubt bei Beseitigung der „Inkompatibilitätsnorm" für die „Reichsfreudigkeit", ja für die „Existenz" der Einzelstaaten bangen zu müssen, da ja Preußen dann in der Lage sei, die übrigen Mitglieder des Bundes unter „parlamentarischen Hochdruck" zu

*) Diese müssen bekanntlich nicht dem B. R. angehören.

setzen,*) während Weber, wie wir wissen, im Reichstage gerade das einzige Gegengewicht gegen die von Preußen beherrschte „Bundesmajorität" erblickt. Sonderbar ist allerdings (Weber nennt es „lächerlich"), daß Kaufmann**) im selben Atem umgekehrt auch die Möglichkeit einer Vergewaltigung Preußens durch die übrigen von der Aufhebung des Art. 9 befürchtet. Die 1848er Formel vom „Aufgehen Preußens im Reich", die Möglichkeit seiner „Mediatisierung" u. ä. gehörten ja zu den bekanntesten Argumenten gegen eine Parlamentarisierung des Gesamtstaates. Diese Sorge erklärt Weber für gegenstandslos: allerdings ein „Druck" soll auf den größten Staat ausgeübt werden, aber in anderer Richtung als Kaufmann und seine Gesinnungsfreunde glauben. Preußen müsse nötigenfalls von Reichswegen zu einer Veränderung seiner „inneren Basis" gezwungen werden, nicht jedoch weil man dadurch seine Hegemoniestellung antasten will, sondern gerade um diese Führerrolle durch innerliche Anpassung desto sicherer zu garantieren. Soweit diese Bemerkung sich auf die Änderung des Wahlrechts bezieht, kann man sie nur unterschreiben.

Wir nähern uns dem Ende der Analyse. Zweifellos geben Webers Ausführungen reichen Anlaß zum Nachdenken. Wir müssen noch betonen, daß der Autor keineswegs ein fanatischer Anhänger der reinen Lehre vom Parlamentarismus ist. Er erkennt die Vorzüge der Bureaukratie an ihrem Orte voll an; er betont auch für die andersgestaltete Zukunft die Notwendigkeit steten Kompromisses zwischen dem Reiche und Preußen im Sinne einer weisen Gewaltentrennungslehre und hält an den monarchischen Imponderabilien im Einzel- und Gesamtstaat fest, wenn er auch ein „Zurücktreten der rein militärischen Einflüsse in der Politik" als erwünscht bezeichnet. Indem er sich zum „gesunden" Föderalismus bekennt, verteidigt er dessen Interessen, wo es nötig ist, gegen liberale Schlagwortparolen, z. B. die Forderung eines kollegialen Reichsministeriums, da „nicht zu leugnen sei, daß die Entstehung eines abstimmenden Ministerkollegiums außerhalb des Bundesrats diesen zurückzudrängen geeignet wäre." Auch Bismarck hat ja im Jahre 1884 dagegen energisch Verwahrung eingelegt. Dabei ist für seine ablehnende Haltung allerdings auch die Erfahrung der Gegenwart bestimmend, wo „in parlamentarischen Staaten überall die Entwicklung auf eine Steigerung der Stellung des Kabinetschefs hinausläuft." Die Monarchisten versucht er mit der Bemerkung zu trösten, daß auch ein rein parlamentarischer König, eine gewaltige tatsächliche Macht in Händen haben" könne, die zuweilen vielleicht bedeutender sei als in autokratisch regierten Ländern mit ihrer pseudomonarchischen Legende". Wie dem übrigens auch sein mag, er sieht keine andere Wahl, als zu dem „unvermeidlichen" Mittel des Parlamentarismus zu greifen, um die Krankheit der Bureaukratie und der bisherigen Führungsart unserer Politik zu heilen.

Wir möchten den Verfasser für einen klugen politischen Arzt halten, der mit scharfem Auge und Verstande den Sitz des Übels erkennt. Hat er aber immer an die Tragweite und Wirkung seiner Heilmittel gedacht? Sie könnten doch so stark sein, daß sie einem anderen Leiden den Boden bereiten! So bliebe denn die Frage offen, ob nicht eine abgeschwächte Kur schon dieselben Ergebnisse zeitigen könnte wie die von ihm empfohlene radikale, und ob dies nicht dem Allgemeinbefinden des Patienten nützlicher wäre! Denn wie bei der entschieden subjektiven Art Webers nicht anders zu erwarten, malt er die Dinge in schärfsten Licht- und Schattenwirkungen, wodurch eine gewisse Einseitigkeit der Betrachtung unvermeidlich geworden ist.

*) „Bismarcks Erbe in der Reichverfassung" (1917) S. 80. Julius Springer, Berlin.
**) Auf ihn ist die Bemerkung gemünzt, wenn auch W. seine Schrift nicht erwähnt.

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Frankreich, Italien und die Kaiserbegegnung. Es gibt keinen besseren Maßstab für den eigenen Erfolg, als den Ärger unserer Feinde. An den Stimmen der Ententepresse aus den Tagen, nachdem die Erweiterung und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses vollzogen und vor aller Welt bekundet worden war, läßt sich die Probe darauf machen, daß die Begegnung der verbündeten Monarchen von Erfolg und Wirkung gewesen ist. Der Ton in den feindlichen Blättern ist völlig umgeschlagen. Österreich-Ungarn, das sie bisher heimlich anschwärzten, weil sie glaubten, seine Treue könnte wankend werden, wird jetzt heftig gescholten, weil es für diese Treue erneut Zeugnis abgelegt hat. Bei den italienischen Blättern mag eine solche Auffassung nicht weiter auffallend sein, den Italienern geht es wie dem Verbrecher, der sich einen Komplizen sucht, schon um nicht mit seinem schlechten Gewissen allein zu sein. Es ist ihnen wohl das Gespenst des rumänischen Strafgerichtes erschienen, und seit der Kaiserbegegnung wächst zusehends die Angst vor der nächsten Schlacht, die nach den zwölf Isonzoschlachten gerade die dreizehnte ist (und der Italiener ist sehr abergläubisch). — Nachdem die Ententepresse so oft versucht hat, das gegenseitige Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn als gelockert und halb gelöst hinzustellen, und der Regierung in Wien heimliche anti-deutsche Politik anzudichten — wobei der Wunsch der Vater des Gedankens war —, fällt sie jetzt in das andere Extrem; sie findet das Verhältnis bindender und drückender für Österreich, als es sich für einen souveränen Staat gezieme, und behauptet, Österreich dürfe nun offenbar nur noch deutsche Politik machen. Der „Temps" (25. Mai) stellt fest, daß Österreich „immer tiefer in die Abhängigkeit von Deutschland gerät", der „Gaulois" (14. Mai), daß es „die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit geopfert und Deutschland seine militärische und wirtschaftliche Kraft ausgeliefert hat, das „Journal des Débats" (15. Mai) gar, daß dies Bündnis „eine Verdoppelung der Knechtschaft für Österreich" ergeben hat. Ganz ähnlich das Echo aus Italien: der „Corriere della Sera" (17. Mai) spricht von Scheinsouveränitäten, „Italia" (15. Mai) konstatiert, Deutschland gehe darauf aus, Österreich-Ungarn „unter seine Faust" zu bringen. „Popolo d'Italia" (16. Mai) läßt sich von einem „Vasallentum Österreichs" telegraphieren und dies „Vasallentum" kehrt in der ganzen Presse wieder.

„Hast du das von dir abgenommen? Hast du diese stolze Anmerkung über dich selbst gemacht?" könnte man hier die lateinischen Schmähern fragen. Italien, das von England Kohlen bekommt, wenn es Mannschaften liefert, Frankreich, das den Kampfplatz bildet, auf dem England seine Weltherrschaft verficht — und man weiß, „England kämpft bis zum letzten Blutstropfen der Franzosen" —, sie beide müssen wissen, daß man ein Vasallentum „Bündnis" nennen kann; und sie können sich's anscheinend gar nicht anders denken und nennen darum Österreichs Bündnis „Vasallentum". Von besonderem Reiz ist dabei, daß die Ententepresse in ein und demselben Atem mit diesen Schmähungen gegen Österreich-Ungarn „die Befestigung des Blockes der Alliierten" fordert —, das hieße logischerweise „die Verdoppelung ihrer eigenen Knechtschaft".

Glauben unsere Feinde wirklich, mit solchem plumpen Manöver auf unsere Verbündeten Eindruck zu machen? Glauben sie, ein Bündnis, das mit gemeinsam vergossenem Blut gekittet ist, ließe sich durch solche Anwürfe erschüttern? Glauben sie, Österreich würde seinen Feinden mehr als seiner eigenen Einsicht glauben, was seinen berechtigten Interessen dient? Die Ausführungen der Entente gleichen den Gedankengängen des Liebhabers, wenn sich die Langumworbene dem besseren Mann vermählt: „sie hat sich eben weggeworfen. Die Brutalität hat wieder einmal gesiegt". Solche Meditationen des Verschmähten wirken immer etwas lächerlich.

Mit Recht schreibt Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" vom 22. Mai: „Auch der Bund, der jetzt vertieft und ausgebaut werden soll, bleibt der Bund zweier Souveränitäten, wie

ihn Bismarck und Andrássy geschlossen haben. Der „Naumannsche Oberstaat" wird daraus nicht entstehen und daher wird es auch keine absolut einheitliche auswärtige Politik der beiden Staaten geben. Hohenzollern und Habsburg schlossen und schließen den Bund als „zwei gleichberechtigte Monarchien". Es handelt sich bei Abschluß und nach Abschluß des Bündnisses um gleichberechtigte und selbständige Staaten. Wie sinnlos die Unterstellung ist, wir wollten Österreich etwas von seiner staatlichen Selbständigkeit nehmen, beweist die Geschichte. Hat doch Preußen den Krieg 1866 durchgefochten, um sich und Österreich zu selbständigen Staaten zu scheiden, und Deutschland sollte jetzt Verlangen tragen, Österreich und damit den alten Gegensatz wieder in sich aufzunehmen? Wir haben den historischen Beweis dafür, daß die beiden Staaten darauf angewiesen sind, verbündet aber selbständig zu bleiben, zusammenzugehen, aber nicht ineinander aufzugehen.

Von einem Vasallitätsverhältnis in dem von der Entente gemeinten Sinne läßt sich nur reden, wenn ein Staat dem anderen dienstbar wird, wenn das Bündnis eine societas leonina ist, wenn der eine Staat sich für die Pläne des anderen opfern darf und bei dem blutigen „Geschäft" nur am Verlust beteiligt ist. Wir haben dafür die besten Beispiele im Westen und Süden. Für das Verhältnis zwischen uns und unserem Bundesgenossen bedarf es nur der Erinnerung an die deutschen Armeen, die Galizien befreien halfen, die Rumänien zu Boden warfen und die bis tief nach Italien hineingestoßen sind, um deutlich zu machen, wie treulich wir die Lasten des Krieges gemeinsam getragen haben.

Ein Vasallitätsverhältnis, so wie die Ententeblätter meinen, setzt voraus, daß ein Bündnis den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen lediglich des einen Teiles dient. Wie die Interessen der Mittelmächte an dem neuen Bündnis beteiligt sind, das lehrt ein Blick auf die Landkarte: die beiden Nachbarn an der großen Handelsstraße, die zum Orient führt, die beiden Verwandten, die Haus an Haus wohnen, die Waffenbrüder, die ihre zusammenhängenden Grenzen seit vier Jahren gegen die gleichen Feinde verteidigen, sind geradezu aufeinander angewiesen. Der „Libre Parole" fand hier das richtige Wort, das erweiterte und vertiefte Bündnis sei „logisch". Es ist historisch, geographisch und ethnographisch betrachtet einfach eine Selbstverständlichkeit. Es ist wirtschaftlich, politisch und militärisch angesehen eine Notwendigkeit. Das bedarf für den Einsichtigen keiner weiteren Begründung und wird durch die entstellende Kritik der Ententepresse nicht widerlegt, sondern vielmehr bestätigt.

Diese Kritik der durch den Gang der Ereignisse Enttäuschten ist um so mehr verständlich, wenn man den Wert des neuen Zweibundes, der sich zum Vierbund auszuwachsen verspricht, mit dem des Vielverbandes für die Zeit nach dem Kriege vergleicht. Die Entente ist für den Krieg und für kriegerische Ziele — die Revanche Frankreichs, die Raublust Italiens, der britische Handelsneid usw. — geschlossen. Sie wird nach dem Kriege in betrogene, einander verfeindete Staaten zerfallen, von denen jeder den anderen für den gemeinsamen Mißerfolg verantwortlich macht, ein Schauspiel, dessen Beginn wir heute schon beobachten können. Die Entente ist offensiver Natur. Demgegenüber hat schon Bismarck 1879 ein defensives Bündnis geschaffen mit dem ausdrücklichen Zweck, den Frieden zu erhalten. Dieses friedliche Ziel ist jetzt ausgebaut und vertieft worden und wird erst im Frieden seine vollen Früchte tragen. Daß ein solches Bündnis unseren Feinden mißfällt, wen kann es verwundern!

Die bewußte Mißdeutung, die das Ergebnis der Kaiserbegegnung bei unseren Gegnern fand, mußten wir erwarten. Schmerzlich berührt uns die schiefe Auffassung, mit der unlängst ein süddeutsches Blatt an seine Beurteilung ging. Die „Münchener Post" vom 23. Mai führt unter der Überschrift „Deutscher Bund und Mitteleuropa" aus, durch Mitteleuropa werde der Deutsche Bund erneuert, nachdem durch die „Bismarcksche Blut- und Eisenpolitik" 1866 „der letzte verknüpfende Faden zerrissen worden" sei, der Preußen, Österreich und die deutschen Einzelstaaten zu einem deutschen, zu einem mittel-

europäischen Bunde verband. Das ist eine völlige Verkennung sowohl der geschichtlichen Tatsachen wie auch der politischen Absichten bei dem Bündnisabschluß, ganz abgesehen von der Undankbarkeit, mit der hier das Werk der Reichsgründung herabgesetzt wird.

Es ist nicht richtig, daß Bismarck 1866 den letzten Faden zerrissen habe, der damals die jetzt geeinten Staaten zu einem mitteleuropäischen Bund verknüpfte. Vielmehr begann schon in Nikolsburg, wo er seine ganze staatsmännische Autorität dafür einsetzte, das Bestreben Bismarcks, an Stelle der alten Fesseln, durch die Preußen und Österreich derart aneinander gebunden waren, daß sie bei jedem Schritt sich gegenseitig hinderten, neue Fäden weitsichtig anzuknüpfen. 1866 hat nicht nur Preußen, sondern auch Österreich-Ungarn zu einer selbständigen Großmacht erst werden lassen. Sie waren damals beide zu groß geworden, um im gleichen Hause wohnen zu können, ohne einander den Raum streitig zu machen. Nachdem sie ihre Gebiete nachbarlich abgegrenzt hatten, wurden sie aus einem gegenseitigen Druck zu einer gegenseitigen Hilfe. Dem hat Bismarck schon am 11. Januar 1887 im Reichstag Ausdruck gegeben mit den Worten: „Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnis, wie es weder im Deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im Heiligen Römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist, nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben." Unsere Beziehungen, führte er weiter aus, beruhten nicht auf der Grundlage, daß eine von beiden Nationen sich und ihre Macht und Politik vollständig in den Dienst der anderen stellen könne, es gäbe spezifisch österreichische Interessen, für die wir uns nicht einsetzen könnten, und spezifisch deutsche Interessen, für die es Österreich nicht könne. „Österreich hat das Interesse, daß Deutschland als große, volle und starke Macht erhalten bleibe; Deutschland hat dasselbe Interesse in bezug auf Österreich." Der Schluß, zu dem Bismarck damals kam: „soweit es sich um unsere beiderseitige Existenz als volle, freie und mächtige Großstaaten handelt, soweit vertreten wir gegenseitige Interessen", — hat auch heute, und heute erst recht, volle Gültigkeit.

So ist ein Bündnis geschaffen worden, das selbständiger Großstaaten würdig ist. Die überwundenen Fragen, ob Groß- oder Kleindeutschland, soll man seiner gedeihlichen Entwicklung nicht hindernd in den Weg legen. Sie sind tot und abgetan; man soll sie ruhen lassen. F. E.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6519.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Mitteleuropa und die Polen

Von Georg Cleinow

Der Außenminister unseres großen Verbündeten von der Donau, Herr Graf Burian, weilt, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, in den Mauern Berlins, um in Verbindung mit seinem formellen Antrittsbesuch in der Wilhelmstraße Verhandlungen wegen Ausgestaltung des von den beiden Kaisern am 12. Mai geschlossenen Waffenbundes zu pflegen und den großen politischen Rahmen für spätere wirtschaftliche Abmachungen zwischen den zuständigen Ressorts zusammenzufügen. Wir könnten diesen Verhandlungen mit Ruhe entgegensehen, wenn nicht der amtliche Ab- und Verleugnungsapparat der Wilhelmstraße schon seit Wochen bemüht wäre, die Meinung zu schaffen, als könnten im gegenwärtigen Stadium zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche große, das Bündnis vertiefende Verträge abgeschlossen werden, ohne einen bestimmten Stein des Anstoßes beseitigt zu haben. Dieser Stein ist die Polenfrage. Es hieße die Politik des Vogel Strauß treiben, glaubte man ungesehen an ihr vorbeigehen zu können. Ebensowenig beruhigend muß die Auffassung wirken, als sei die sogenannte austro-polnische Lösung der Polenfrage überhaupt endgültig abgetan und erledigt und erst recht, wenn dazu erläuternd bemerkt wird, daß die Bildung eines selbständigen Polens mit einem bestimmten Erzherzog als König geplant sei. Was dann übrigbleibt, wäre allerdings die Hoffnung, von der ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 522) am 7. d. M. zu berichten wußte, daß „die polnische Frage als eine Nebenfrucht der Berliner Verhandlungen von selbst der Lösung entgegenreifen“ werde. Solche Auffassung hätte einige Berechtigung, wenn es feststände, daß sowohl der österreichisch-ungarische, wie der deutsche Minister entschlossen wären, die Polenfrage entsprechend ihrer tatsächlichen Bedeutung als eine Nebenfrage zu behandeln und die Befriedigung der sehr weitgehenden Ansprüche der Polen einer Zeit überlassen wollten, in der die Fundamente des Waffenbundes fest verankert und unverrückbar daliegen würden. Sehen wir zu, was die nun einmal vorhandenen Dinge dazu sagen, die sich im Raume so hart zu stoßen pflegen.

Die Polenfrage ist im Rahmen der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen ein Überbleibsel aus den Kämpfen, die im achtzehnten Jahrhundert

Preußen und Österreich gegeneinander führten. 1764 tauchte sie für die Kaiserin Maria Theresia zu in jener ernsten Gestalt auf, die ihr die Polen auch heute und in Zukunft bewahren möchten: als Zankapfel zwischen Habsburg und Hohenzollern.

Kaunitz nannte die Entscheidung, vor die die österreichische Politik durch das Gerücht vom Einmarsch russischer Truppen in Polen nach der Wahl Poniatowskis zum Könige gestellt war, „eine der häcklichsten politischen Maaßnehmungen, welche jemalen in Kriegs- und Friedenszeiten vorgekommen ware" ... „Es ware auch umso nöthiger, Euer Majestät Aufmerksamkeit auf Pohlen werckthättig an Tag zu legen, da von allen Orten her die glaubhaft geschienene Nachrichten einlieffen, daß Rußland und Preußen sich auf Kosten Pohlens vergrößern wolten und insbesondere das Absehen des letzteren Hofs auf Ermeland, pohlnisch-Preußen und Danzig gerichtet seie*)." Das Interesse Habsburgs gebot es, den polnischen Dingen damals ihren Lauf zu lassen. Die polnischen Senatoren, die Österreichs Hilfe erbaten, erhielten dem Vorschlage Kaunitz' entsprechend keine Antwort „unter dem scheinbaren Vorwand ..., daß nicht der Primas und der ganze Senat, sondern nur einzelne Senatoren das Ansuchungs-Schreiben ... erlassen hätten und diese nicht als die Republique, sondern als Privati zu betrachten seien**)".

Im Verlauf der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts unter dem Eindruck der Nachwehen der großen französischen Revolution hatte die Polenfrage für Habsburg ein anderes Gesicht. Nachdem Österreich selbst Teilungsstaat geworden war und die Weltdemokratie an allen Thronen rüttelte, sah sich der Staatskanzler Fürst Metternich im Jahre 1846 genötigt, in einem „Aufsatz zu amtlichem Gebrauch" auszuführen: „Der Polonismus ist nur eine Formel, ein Wortlaut, hinter dem die Revolution in ihrer krassesten Form steht; er ist die Revolution selbst nicht nur eine Abteilung derselben; dies beweisen die bekannt gewordenen Aussprüche der polnischen Emigration. Der Polonismus erklärt nicht den Krieg den drei Mächten, welche im Besitze des ehemaligen polnischen Grundes und Bodens sind; er erklärt ihn allen bestehenden Institutionen, er predigt den Umsturz der gesamten Grundlagen, auf denen die Gesellschaft beruht; seine Bekämpfung ist sonach nicht die alleinige Sache der drei Mächte, sie ist eine allgemeine Pflicht."***)

Das Erstarken russophiler Tendenzen im polnischen Adel Galiziens, wie es sich nach den Bauernunruhen der 1840er Jahre besonders durch das Auftreten des Marquis Wielopolski äußerte, und die Entscheidung auf dem Schlachtfelde von Königgrätz führten zu einer Sammlung der konservativ-klerikalen Elemente Österreichs mit ausgesprochen frankophiler Tendenz, — für die weitblickendsten unter den Polen der rechte Augenblick, sich in den Dienst der Monarchie zu stellen, um diese nach Kräften gegen die neue Großmacht in Norddeutschland zu

*) Nachzulesen in dem heute besonders interessanten Tagebuch des Fürsten Johann Josef Khevenhüller-Metsch (1742—1776), herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft für neuere Geschichte Österreichs von Rudolf Graf Khevenhüller-Metsch und Dr. Hanns Schlitter. Verlag Adolf Holzhausen, Wien, und Wilhelm Engelmann, Leipzig 1917, S. 289/90.

**) ebenda S. 293.

***) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Verlag Wilhelm Braumüller, Wien 1888. II. Teil. Bd. 5, S. 206.

stärken. Seit die Krakauer Stanczyken im Jahre 1866 ihr berühmtes Schwurwort an Kaiser Franz Joseph gerichtet hatten, wuchs bei Hofe, im Klerus und in den Parlamenten ihr Einfluß so mächtig an, daß sie durch Vermittelung des polnischen Kolo zu Wien eine geradezu maßgebende Stellung in den Fragen der inneren Politik der Donau-Monarchie zu gewinnen vermochten. Dies polnische Kolo ward im Laufe der Jahre mehr und mehr demokratisiert und wurde schließlich vollständig beherrscht von dem polnischen obersten Nationalkomitee, das schon ganz offen keine Habsburgische sondern oft genug im Gegensatz dazu eine ausgesprochen polnische Politik verfolgt. Dies oberste Nationalkomitee ist panslawistisch; die Mehrheit der polnischen Führer stehen den extremsten demokratisch-sozialistischen Tendenzen heute wieder ebenso nahe wie im Jahre 1846. Die Geschichte der polnischen Legionen, die in dem gegenwärtig in Ungarn schwebenden Hochverratsprozeß einen vorläufigen Abschluß findet, liefert ebenso wie die Entwicklung des Passivismus in Warschau beredtes Zeugnis dafür. Nur eine kleine Gruppe von Edelleuten ohne Anhang in den breiten Volksmassen, aber bekämpft von der Gesamtheit der politisch starken Intelligenz, schätzt in der Gegenwart das Ordnungsprinzip so hoch ein, daß sie es vor die weitgehenden Freiheitsforderungen stellt.

Es ist somit ein Trugschluß, zu glauben, daß die Interessen Habsburgs und die der Polen einen längeren Weg zusammengehen könnten. Der moderne Polonismus ist, um Metternichs Worte zu variieren, nur eine Formel, ein Wortlaut, hinter dem die Auflehnung gegen den mitteleuropäischen Bund in ihrer krassesten Form steht. Seine Bekämpfung liegt ebenso im Interesse Österreichs und Ungarns wie in dem des Deutschen Reiches. Der Polonismus geht darauf aus, Ideale zu verwirklichen, wie es die der russischen Maximalisten sind, und arbeitet damit allen Feinden Deutschlands und des Deutschtums, die es auf die Zerstückelung Österreich-Ungarns abgesehen haben, in die Hände.

Damit ist der Wert der sogenannten austro-polnischen Lösung für Österreich-Ungarn gekennzeichnet. Die austro-polnische Lösung sieht in ihrer weitestgehenden Form die Vereinigung des ganzen ungeschmälerten Russisch-Polen mit Galizien vor, als Königreich durch Realunion mit Österreich verbunden. Der Kaiser von Österreich soll zugleich König von Polen sein. Dieses Programm wird in Berlin u. a. auch von dem Zentrumsabgeordneten Freiherrn von Rechenberg, von Friedrich Naumann und anderen in der Zeitschrift „Mitteleuropa" vertreten, unter der Voraussetzung, dadurch Österreich-Ungarn den Schritt zur wirtschaftlichen Einigung Mitteleuropas zu erleichtern. Die natürliche Konsequenz der Verquickung beider Fragen wird übersehen. Sie besteht in der notwendigerweise folgenden Verständigung der demokratischen, antideutschen Polen besonders mit den Südslawen, aber auch mit den Tschechen zum Kampf gegen das Deutschtum, von dem sie im Rahmen Mitteleuropas nur die wirtschaftliche Kräftigung entlehnen wollen, um es national um so sicherer unter zu kriegen. Ein derart slawisiertes Österreich-Ungarn würde sehr bald Verbindung mit der radikalen Demokratie aller Länder gewinnen und der Monarchie einen Platz anweisen, wie ihn der junge Kaiser weder für sich noch seine Nachkommen erträumen dürfte. Ein slawisiertes Österreich-Ungarn wäre für lange Jahre außerstand gesetzt, eine machtvolle auswärtige Politik zu treiben, da es an einer Macht gebräche, den undisziplinierten Volksmassen die staatliche Zielstrebigkeit zu geben. Dazu ist entweder nur ein geschlossener

Nationalstaat oder aber eine Monarchie befähigt. Die Monarchie als solche kann sich in Österreich-Ungarn nur auf die deutsche und die ungarische Nationalität stützen, nicht auf eine Majorität heterogenster slawischer Elemente, die das Deutschtum als ihren Feind betrachtet. Der Zuwachs an Gebiet und Menschen würde also für Habsburg durchaus nicht einen Zuwachs an Macht bedeuten und somit wäre auch ein um diesen Preis zustande gekommenes Mitteleuropa ein durch und durch morsches Gebilde. Wer Mitteleuropa ernsthaft will, kann nicht zugleich die austro-polnische Lösung der Polenfrage wollen.

Nun wird darauf hingewiesen, daß die galizischen Polen im Reichsrate in die Opposition gingen, sofern sie nicht mit Russisch-Polen vereinigt würden, und daß alsdann Österreich zur Agonie verdammt wäre. Gerade diese Drohung, die ja die Polen auch dem Grafen Burian mit auf den Weg gegeben haben, ist es, die uns Reichsdeutschen zur entschiedenen Ablehnung der austro-polnischen Lösung zwingt. Denn wer würde uns dann gegen die Ansprüche der Polen sicherstellen, auch mit Oberschlesien, Posen und Westpreußen vereinigt zu werden. Nur mit um so größerem Nachdruck würden sie ihre parlamentarische Macht in Österreich benutzen, um ihren Willen uns gegenüber durchzusetzen, und während bei dem jetzigen Zustande ihre Opposition nur den österreichischen Staatsbau belastete, würde bei Durchsetzung der austro-polnischen Lösungsform ganz Mitteleuropa unter dem polnischen Druck stehen, und statt eines mächtigen zentralen Gebildes, an das sich auch andere Staaten leicht anschlössen, würde Mitteleuropa eine schwammige, kraftlose Masse sein und steten Anreiz für die Gegner bilden, sich in seine Verhältnisse einzumischen. Ein Mitteleuropa, lediglich als schachernden Oberstaat gedacht, in dem das Deutschtum kultur- und machtpolitisch in eine der Stellung der Slawen unterlegene Position gestellt werden sollte, würde uns nicht reizen, und wir müßten danach trachten, unsere Stellung auf eine andere Weise zu sichern. Was bei der Durchführung des austro-polnischen Programms zu geschehen hätte, habe ich schon früher dargelegt: scharfe Grenzkorrekturen und unbedingte Garantie für die Ausfiedlung der den Polen abgenommenen Gebiete, dazu Besetzung der wichtigsten strategischen Punkte Polens durch deutsche Truppen und deutsches Oberkommando. Andernfalls würden wir die ganze schwere Last des Ausbaues unserer eigenen Grenzen gegen Polen zu tragen haben, wie bisher gegen Rußland.

Bei allen diesen Konsequenzen kann das austro-polnische Programm nicht nur nicht als erstrebenswert bezeichnet, sondern muß geradezu als schädlich abgelehnt merden. Als ein Kompensationsobjekt zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wegen des mitteleuropäischen Ausgleichs kommt es nicht in Frage oder nur dann, wenn einer der verhandelnden Teile beabsichtigte, erneut die Kämpfe um die Hegemonie im Bunde aufleben zu lassen. In diesem Falle wäre es in der Tat unerläßlich für Habsburg, die Lösung polnischer Fragen mit Mitteleuropa zu verquicken, freilich unter Preisgabe der großpolitischen Ziele, die sich einem innerlich festen Mitteleuropa auftun. Wir wollen und brauchen auch nicht Versteck mit einander zu spielen. „Wer in der Politik gerade und aufrichtig zu Werke geht, gewinnt die Redlichen, betrügt die Schurken, welche überall eine der ihrigen ähnliche Falschheit wähnen und handelt mit Kraft, weil er auf sich und seine Selbstzufriedenheit baut.“ Diese Worte des großen Erzherzogs Karl von Öster-

reich wollen wir uns bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis rufen.*) In dem welthistorischen Augenblick, der durch den Besuch des Grafen Burian gekennzeichnet wird, kann nur der größte Freimut und die aufrichtigste Offenheit bei der Behandlung aller Fragen eine glückliche Zukunft der in Frage kommenden Völker anbahnen. Eine nüchterne Bewertung aller historischen, nationalen, sozialen und rein wirtschaftlichen Tatsachen aber sagt uns, daß die Polenfrage in die mitteleuropäischen Verhandlungen nicht hineingehört. Russisch-Polen muß so außer aller Berechnung bleiben, als wenn es heute noch im Besitz Rußlands wäre. Ist erst der mitteleuropäische Waffen- und Wirtschaftsbund unter Dach, dann wird sich auch die für ihn als Ganzes zweckmäßigste Lösung der Polenfrage finden lassen. Der Polonismus muß für Mitteleuropa erst erzogen werden.

Wirtschaftsnachrichtendienst

Von Fritz Röll

Wenn dem deutschen Volk die Fähigkeit, mit großem Geschick wirkungsvolle Organisationen zu gründen als ein besonderer Vorteil nachgerühmt wird, so bleibt es eine kaum zu verstehende Erscheinung, daß vor dem Kriege in der außerordentlich tatkräftigen und erfolgreichen deutschen Wirtschaft ein zweckdienlicher, umfassender Wirtschaftsnachrichtendienst nicht zu organisieren war. Der Hauptgrund, der das Versagen verschiedener auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen zu erklären vermag, wird vor allem in den großen Erfolgen, welche der deutsche Handel und die deutsche Industrie am Weltmarkt durch private, auf sich selbst gestellte Tüchtigkeit und Rührigkeit errungen haben, zu suchen sein. Wie eine Fabrik, nach deren Erzeugnissen große Nachfrage herrscht und die auf lange Zeit hinaus mit Aufträgen überhäuft ist, nicht geneigt sein wird, Zeit und Kosten für ein wirkungsvolles Reklamewesen zu verausgaben, sondern ihre Kräfte vor allem näherliegenden Aufgaben widmet, so wird sich auch einem Lande, dessen Außenhandel sich glückhaft entfaltet und dessen Ausfuhr sich durch gediegene, sehr begehrte Güter auszeichnet, die Notwendigkeit eines umfassenden, schnell und wirkungsvoll arbeitenden Nachrichtendienstes nur erst allmählich und spät aufdrängen: die Güte des Ausfuhrproduktes empfiehlt sich allein. Der Konkurrenzkampf wurde lediglich vom sachlich sich abspielenden Wettbewerb beherrscht und den braucht die deutsche Gütererzeugung nicht zu fürchten. Auf der ganzen Linie war ein dauernder Fortschritt zu verzeichnen und die beteiligten Kreise waren im allgemeinen zufrieden mit dem herrschenden guten Geschäftsgang. So läßt es sich einigermaßen verstehen, daß der wirtschaftliche Nachrichtendienst in Deutschland nicht jene Beachtung fand, denen er sich in anderen Ländern, vor allem in England, schon lange Zeit vor dem Kriege erfreute.

Nach Friedensschluß wird die deutsche Industrie und der deutsche Handel am Weltmarkt eine durchaus zu ihrem Ungunsten veränderte Lage vorfinden.

*) „Ausgewählte Schriften." Verlag Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig 1894. Band 6. Aphorismen. S. 540.

Nicht nur, daß unsere Feinde sich in jenen Gebieten, die bisher durch die deutsche Ausfuhr beherrscht wurden, festgesetzt haben und sich durch eine Erfolg versprechende wirtschaftliche Kriegsrüstung in ihnen zu halten trachten, wird auch der deutsche Außenhandel gegen eine künstlich gezüchtete und mit den verwerflichsten Mitteln angefachte Feindseligkeit einen schweren Kampf zu bestehen haben. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz kündigten den rücksichtslosen Wirtschaftskrieg gegen die Mittemächte an. Der deutsche Warenabsatz soll im Auslande durch Versagen der Meistbegünstigung, durch unüberwindlich hohe Zollschranken, durch Einfuhrverbote und durch Verunglimpfung deutscher Erzeugnisse in der empfindlichsten Weise getroffen, die Rohstoffversorgung des Deutschen Reiches auf alle möglichen Arten unterbunden werden, wie es denn überhaupt das Bestreben unserer Feinde ist, alle irgendwie erreichbaren Rohstoffe unter ihre Kontrolle, d. h. in ihre Gewalt zu bekommen. Mögen nun die in Paris gefaßten Beschlüsse zur Ausführung gelangen oder nicht: auf alle Fälle stellen diese Bestrebungen, die Hand in Hand mit einem wohldurchdachten Nachrichtendienst gehen, eine derart schwere Bedrohung unseres auf die Ausfuhr angewiesenen Wirtschaftslebens dar, daß mit den Vorarbeiten zur Bekämpfung jener Absichten nicht zeitig genug begonnen werden kann. Es zeigt sich vor allem, daß der wirtschaftliche Nachrichtendienst, der früher vielleicht entbehrlich erschien, nunmehr zur zwingenden Notwendigkeit wird.

Was in Deutschland in dieser Hinsicht vor dem Kriege geleistet worden war, litt, da die einheitliche Führung, vor allem aber ein zweckdienliches Zusammenarbeiten zu vermissen waren, an Zersplitterung und unter gewissen sich geltend machenden Bestrebungen, durch die geschaffenen Einrichtungen vornehmlich den Zwecken und Interessen besonderer Fachgruppen und Vereinigungen zu dienen. Dadurch wurde das Zustandekommen eines Nachrichtendienstes, der dem allgemeinen Interesse zu dienen hätte und der unter Vermeidung doppelter, auf denselben Gegenstand gerichteten Arbeit sich auf breiter Grundlage umfassend hätte errichten lassen, erschwert und nahezu unmöglich gemacht. Denn das Ziel eines wirkungsvoll eingerichteten und geleiteten wirtschaftlichen Nachrichtendienstes ist nationaler Art, es ist die Förderung der nationalen Wirtschaft und somit auch der nationalen politischen Machtentfaltung. Ein solcher Dienst muß die eingehenden Nachrichten schnell und zuverlässig verarbeitet allen beteiligten Kreisen zwecks Information und Auswertung zur Verfügung stellen, er muß, gestützt auf die amtlichen Stellen im Auslande, auf die privaten Einrichtungen und auf seine eigenen Vertreter ein möglichst lückenloses, aktuelles Material über die sich im Auslande abspielenden wirtschaftlichen und politischen Vorgänge, über Stimmungen und kulturelle Eigenarten, soweit sie für das inländische Wirtschaftsleben von Belang sind, mit genügender Sachkenntnis allen interessierten Gruppen in leicht zugänglicher Weise geordnet zu beschaffen suchen und darüber hinaus das Ausland mit Nachrichten versorgen, die geeignet erscheinen, der einheimischen Kultur, Denkweise und dem deutschen Wirtschaftsleben Geltung im Auslande zu verschaffen.

Wenn bis zum Ausbruch des Krieges ein den geschilderten Zwecken dienender Nachrichtendienst im deutschen Wirtschaftsleben zu vermissen war, so ist dadurch zur Genüge dargetan, daß bei uns das Interesse für eine zuverlässige, dem Aktuellen dienende Berichterstattung ein sehr geringes war, daß man von dem Werte einer derartigen Einrichtung nicht genügend durchdrungen war und daß nur ein kleiner Teil jener Kreise, denen ein solcher Dienst zum Vorteil gereichen muß, wußte, was in außerdeutschen Ländern in dieser Hinsicht geleistet worden ist und welcher Nutzen durch ihn erzielt werden kann. Vor allem aber ist auffällig die geringe Beachtung, die dieser Angelegenheit von seiten des Staats entgegengebracht wurde. Wohl fehlte es nicht an amtlicher Berichterstattung. Ihr dienten die vom Reichsamt des Innern herausgegebenene „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft", die „Berichte über Handel und Industrie", das „Deutsche Handelsarchiv" und die „Mitteilungen zur Verwertung in deutschen Interessentkreisen". Das Interesse der beteiligten Geschäftswelt für diese Veröffentlichungen ist indessen im allgemeinen ein nur geringes geblieben. Der Grund ist zu suchen in der oft

recht mangelhaften Übersichtlichkeit des Dargebotenen, in dem geringen Eingehen auf die tatsächlichen Interessen jener Kreise, für die diese Veröffentlichungen erscheinen und vor allem in der Säumigkeit der Berichterstattung. Wie wenig es diese Veröffentlichungen verstanden, sich den Bedürfnissen der Industrie und Handelswelt anzupassen geht beispielsweise aus der bitteren Anklage hervor, die im März 1917 die „Neue Hamburger Börsenhalle" führte: „Im letzten Heft der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen ‚Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft' finden sich einige Berichte des Handelssachverständigen beim Kaiserlichen Konsulat von Tientsin über die wirtschaftliche Lage und den Einfuhrhandel seines Bezirkes — im Jahre 1914. Das Reichsamt scheint anzunehmen, daß die Wirtschaftskreise, für die diese ‚Nachrichten' doch bestimmt sind, ein außerordentlich stark entwickeltes Bedürfnis nach historischer Lektüre haben. Es scheint es aber auch nicht für nötig befunden zu haben, sich mit der Bearbeitung des Berichtes ein wenig zu beeilen. Denn der Bericht ist vom 25. Februar 1916 datiert. Daß die Reise von Tientsin nach Berlin auch nur annähernd ein Jahr gedauert habe, ist schwerlich anzunehmen. Über die Langsamkeit und Schwerfälligkeit des amtlichen Nachrichtendienstes ist bereits in Friedenszeiten sehr lebhaft geklagt worden. Die bureaukratischen Hemmungen, die an den gewohnten Verzögerungen schuld sind, scheinen sich während des Krieges noch verstärkt zu haben. Wenn es jetzt dem Reichsamt an kompetenten Bearbeitern fehlen sollte, so sollen die zuständigen Kreise darauf dringen, daß man das Material in Abschrift solchen Stellen aushändigte, die imstande sind, das Wesentliche vom Unwesentlichen und das Aktuelle vom Nichtaktuellen zu unterscheiden und für rasche und sachgemäße Verbreitung zu sorgen."

Bleibt man beim Lesen dieser Auslassung eingedenk, in welch großzügiger und wirkungsvoller Weise die entsprechenden staatlichen Stellen des Auslandes, vor allem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in England und Frankreich die einheimischen Wirtschaftskreise mit wichtigem Material schnell und zuverlässig versehen, so kann nicht dringend genug ein Systemwechsel in der deutschen staatlichen Nachrichtenvermittlung gefordert werden. Gegen Zahlung von 1 Pfund Sterling im Jahre versorgt das englische Departement of Commercial Intelligence des Handelsamtes die interessierte Geschäftswelt mit den neuesten vertraulichen Sonderinformationen und gibt diesen Kreisen überdies ein wöchentlich herausgegebenes Buch, in dem auf etwa siebzig Seiten ein sorgfältig ausgewähltes, wichtiges Nachrichtenmaterial — der auswärtigen Presse und den Konsularberichten entnommen — zusammengetragen ist, in die Hand. In ähnlicher Weise wirkt das französische „Feuille d'information", das in zahllosen Exemplaren öffentlich zum Aushang gelangt, während das amerikanische Handelsamt seine wirtschaftlichen Informationen durch acht große, in den Mittelpunkten der Industriegebiete errichteten Auskunftsstellen in übersichtlicher und für den sofortigen Gebrauch bearbeiteter Form den Wirtschaftskreisen zugängig macht. In der 1914 in New York errichteten Auskunftsstelle wurden im ersten Jahre ihres Bestehens fünfzigtausend Anfragen erledigt, ein Zeichen, daß man dort in anderer Weise als bei uns die Wichtigkeit und den Nutzen eines zuverlässigen Nachrichtendienstes erkannte. Wenn in diesen Staaten unter staatlicher Führung ein für die dortigen Handels- und Industriekreise segensreicher Wirtschaftsnachrichtendienst, oft zunächst unter großen finanziellen Opfern, geschaffen werden konnte, so ist das Bild, das sich noch vor kurzem in Deutschland bot, ein recht betrübliches. Das Fehlen der staatlichen Führung hatte zur Folge, daß die verschiedenen, auf Außenhandel angewiesenen Geschäftskreise aus eigener Kraft und unabhängig voneinander eigene Nachrichtendienste einrichteten. So griff in Deutschland, dessen Außenhandel mehr als der irgendeines anderen Landes gefürchtet ist, eine Zersplitterung der Kräfte, Interessen und Absichten um sich, die eine Zusammenfassung aller in dieser Angelegenheit arbeitenden Stellen nahezu unmöglich erscheinen ließ. Die Folge dieses bedauerlichen Zustandes war, daß der größte Teil brauchbaren Nachrichtenstoffes an Stellen aufgehäuft werden konnte, die nur einem kleinen Teil aller für ihn interessierten Kreise zugängig waren, daß ein und

dieselbe Aufgabe von einer Reihe Unternehmungen zugleich und ohne Kenntnis der Erfolge und Erfahrungen der anderen in Angriff genommen wurde, und daß hierdurch große Arbeitsenergien vergeudet wurden, ohne daß für die Allgemeinheit ein sonderlicher Nutzen abzusehen war. Das schließliche Resultat eines solchen Systems kann nur ein bescheidener Wirkungsgrad der der Nachrichtenvermittlung zugewendeten Gesamtarbeit sein.

Die geschilderten Zustände in seinem in zweiter, erweiterter Auflage erschienenen Buche „Die deutsche Außenhandelsförderung" in dringlicher Sprache beleuchtet zu haben, ist das große Verdienst Dr. Schucharts*). Ständig das im Auslande Geschehene den deutschen Verhältnissen als Spiegel vorhaltend, schildert er vor allem die bisher obwaltende Unzulänglichkeit der durch private Kräfte betriebenen deutschen Nachrichtenvermittlung. Was sich hier zeigt, sind oft gutgemeinte Ansätze, die sich aber schließlich in Partikularismus verstrickten oder sich aus Mangel einer Gesamtorganisation oder obrigkeitlicher Stärkung und Führung nicht zur erhofften Wirkung durchzuringen vermochten. Im allgemeinen dienten und dienen diese Einrichtungen lediglich der geschäftlichen Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse jener Länder, denen sich ihre Aufmerksamkeit zuwandte, während ein tieferes Eingehen auf die Psychologie des Auslandes versäumt wurde. Der wirtschaftliche Erfolg jeder Auslandswerbung erfordert aber als nötigste Grundlage, „daß man dem Auslande zunächst auf eine Weise, die ihm psychologisch zusagt, die eigene Art und die eigene Leistung nahebringen und es zur Anerkennung dieser leiten muß". Ein auf dieser Grundlage aufgebauter Nachrichtendienst wird nicht nur ein zuverlässiges Bild des Auslandes, seiner wirtschaftlichen Grundlagen und Verhältnisse und seiner völkischen Gepflogenheiten erbringen, sondern wird darüber hinaus ein wirksames Rüstzeug zur planmäßigen Beeinflussung der Stimmung im Auslande liefern, das geeignet erscheint, nicht allein günstige wirtschaftliche Beziehungen anzubahnen, sondern auch in politischen Anschauungen und kulturellen Gedankengängen gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Würdigung herbeizuführen. Wohin das Außerachtlassen derart gerichteter Bemühungen führen muß, wurde durch den Ausbruch des Krieges dem deutschen Volke in aller Unerbittlichkeit zum Bewußtsein gebracht. Ein dem Geforderten entsprechendes, tief schärfendes Studium des Auslandes, in Verbindung mit nationaler Werbung, kann indessen nicht allein durch private Initiative und Bemühungen oder einzig und allein durch eine Organisation der interessierten Kreise betrieben werden: es ist nationale Arbeit, die hier zu leisten ist, und aus diesem Grunde kann sie nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn sie in enger Anlehnung an die amtlichen Stellen im Auslande betrieben wird. Der Pionier und Beauftragte der nationalen Wirtschaft muß Hand in Hand mit den über das Ausland verteilten Diplomaten, den Gesandtschaften und Konsulaten seine wichtigen Aufgaben lösen können. Durch die geschickte Verbindung von Diplomatie und wirtschaftlicher Werbung hat England seine Weltmacht gründen können. Durch kluges Eingehen auf die Psychologie des Auslandes und der unterworfenen Völker konnte es geschehen, daß das mit allen Mitteln grausamer Gewalt unterjochte Volk der Buren heute die Greuel des englischen Eroberungskrieges vergessen zu haben scheint und mit Gut und Blut für das Interesse Englands eintritt. Wie liegen im Gegensatz hierzu die Verhältnisse in Deutschland? Dadurch, daß in den achtziger Jahren eine scharfe Trennung zwischen diplomatischem und konsularischem Dienst herbeigeführt wurde und ersterer für eine bevorzugte Schicht reserviert blieb, hat der Konsulardienst entschieden an Anziehungskraft verloren. Diese Trennung macht es nahezu unmöglich, daß Männer herangezogen werden, die, in beiden Arten des auswärtigen Dienstes gleichmäßig ausgebildet und bewandert, als geschickte Diplomaten die deutschen Wirtschaftsinteressen im Auslande vertreten können. Hinzu kommt, daß die ihm zugemessene Arbeit den deutschen Konsul im Auslande

*) Dr. Th. Schuchart, „Die deutsche Außenhandelsförderung", 2. Auflage bei Leonhard Simion Nachf., Berlin.

zumeist zur Amtsperson stempelt, dem die Wirtschaftskreise, aus denen er seine Informationen zu beschaffen hätte, schwer zugängig bleiben. Seine juristische Vorbildung befähigt ihn vor allen Dingen, der heimischen Geschäftswelt durch Auskünfte in Rechtsfragen und deren Abwicklung zu dienen. Zudem ist er überlastet mit verwaltungstechnischen, diplomatischen und politischen Aufgaben. Soll hier Wandel geschaffen werden und soll das deutsche Konsulatswesen zu ersprießlicher Mitarbeit an einem nationalen Wirtschaftsnachrichtendienst herangezogen werden, so wird die Forderung Schucharts zu erfüllen sein: „Wenn auf dem Gebiete des amtlichen Wirtschaftsdienstes etwas Brauchbares geleistet werden soll, sind entweder die Konsuln von anderen Arbeiten zu entlasten, oder aber es sind, da dies selten mit durchgreifender Änderung möglich ist, Organe zu bestellen, die sich, durch eine zweckentsprechende Vorbildung unterstützt ausschließlich und in hinreichender Unabhängigkeit von den Konsuln den Aufgaben des Wirtschaftsdienstes widmen." Die amtliche Berichterstattung wird aber allein ihren Zweck nicht erfüllen können. Ihr zur Seite müßte eine auf breitester Grundlage aufgebaute private Organisation stehen, indem, so schlägt Schuchart vor, die während des Krieges entstandenen Zusammenschlüsse der im Auslande Ansässigen und über die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse oft gut unterrichteten Stammesgenossen weiter auszubauen sind, und ihren Ausschüssen Berichterstattung und Interessenpflege zu übertragen wären. Durch sachgemäße Arbeitsteilung zwischen dem amtlichen wirtschaftlichen Auslandsdienst und der privaten Organisation würden alsdann gegenseitige Entlastung und gegenseitige Ergänzung das Zusammenarbeiten beider Einrichtungen in wirkungsvoller Weise ermöglichen.

Dem amtlichen Nachrichtendienst sind ebenso wie dem einer privaten Organisation Grenzen gezogen. Er würde einen unübersehbaren Umfang annehmen, wollte er sich so spezialisieren, daß jeder Geschäftszweig mit allem erreichbaren Material versehen werden könnte. Es wird daher nach wie vor der privaten Initiative des Geschäftsmannes überlassen bleiben, die für seinen Produktionszweig wichtigen Nachrichten schnell und sicher zu beschaffen. Gefördert würde er in diesem Bemühen durch Zusammenschluß mit Geschäftsleuten und Industriellen, deren Interesse sich in gleicher Richtung bewegt. Auf diese Weise würde Arbeit zu ersparen sein, wie sich auch an den Kosten für die Beibringung des Nachrichtenmaterials, für Telegramme und Kabel Ersparnisse erzielen ließen. Überdies würde jeder der Beteiligten der Sorge enthoben sein, daß sein Konkurrent schneller als er mit aktuellen Nachrichten bedient werden könnte. Soweit spezielle Informationen in Frage kommen, müßte der geschilderte Weg zu beschreiten sein. Indessen ist hiermit dem modernen Geschäftsmann nicht mehr allein Genüge getan. Er muß sich, darüber hinaus, ständig in Kenntnis von Bewegungen allgemeiner Art, wie sie im Auslande vor sich gehen, über Konjunktur, Zollbestimmungen, Transportmöglichkeiten, wirtschaftlichen und politischen Vorgängen halten. Um dieses zu können, wäre ein gründliches Studium der ausländischen Zeitungs- und anderer Literatur nötig. Das ist aber nicht allein zeitraubend, sondern auch unzuverlässig, da es dem einzelnen schwer fallen wird, aus der Menge des Gebotenen das Aktuelle vom Nichtaktuellen zu unterscheiden. Hier hätte der allgemeine Nachrichtendienst einzusetzen, der dem Interessenten das Studium, die Sondierung und Prüfung der diesbezüglichen Weltliteratur abnimmt und ihm auf schnellstem Wege ein aktuelles und zuverlässiges Material zur Verfügung stellt.

In Deutschland sind im Laufe der letzten Jahre eine Menge Unternehmungen hervorgetreten mit dem Bestreben, Nachrichtendienst in beschriebener Weise zu betreiben. Eingehendere Beschreibung, Würdigung ihrer Erfolge und Kritik ihrer Organisationen finden sich in Schucharts Buch zusammenhängend dargestellt. Gerade die Zusammenstellung dieser auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Nachrichtendienst eingestellten Bemühungen rücken die in Deutschland betriebene Kräftezersplitterung in das rechte Licht. Etwa 50 „doppelstaatliche Verbände" in Vereinigungen bemühen sich um die Herstellung von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den von ihnen zur Bearbeitung ausersehenen außerdeutschen Ländern.

Die von ihnen vermittelten Nachrichten sind indessen jeweils nur auf ein bestimmtes geographisches Gebiet eingestellt und können daher als Quellen für allgemeine Informationen nicht in Frage kommen. In einem „Verband deutsch-ausländischer Wirtschaftsvereine" haben sich jene doppelstaatliche Vereinigungen eine Zentralstelle geschaffen. So wertvoll auch die Tätigkeit dieser Stelle und ihrer Verbände für die nationale Wirtschaftsförderung, für Anbahnung günstiger wirtschaftlicher Beziehungen im Auslande und für kulturelle Aufklärung über deutsches Geistesleben ist, so ist doch von ihr die alleinige Beibringung von Wirtschaftsnachrichten, die dem beschriebenen allgemeinen Interesse der Geschäftswelt dienen, nicht zu erwarten. Mit der Sammlung wirtschaftlich wichtigen Materials beschäftigen sich weiterhin außer einer Anzahl „deutsch-ausländischer Gesellschaften", das von Prof. Dr. Harms geschaffene „Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft" in Kiel, das „Kolonialinstitut" in Hamburg und die „Deutsche Vorderasiengesellschaft" in Leipzig. Davon dienen die Wirtschaftsarchive von Kiel und Hamburg neben wirtschaftlicher Erforschung des Auslandes vor allem auf das Ausland gerichteter wissenschaftlicher Arbeit und stehen in enger Verbindung mit Lehrinstituten. Beide Institute geben, um den Erfolg ihrer Sammeltätigkeit der Öffentlichkeit nutzbar zu machen, regelmäßige Veröffentlichungen unter dem Namen „Kriegswirtschaftliche Nachrichten", beziehungsweise „Wirtschaftsdienst" heraus und stellen ihre Auskunftsstellen zu kostenfreier Inanspruchnahme zur Verfügung. Im Vordergrund des Nachrichtendienstes der genannten Institute stehen Abhandlungen und Nachrichten über den Wirtschaftskrieg und über wirtschaftliche Vorgänge im In- und Ausland, welch letztere meist der ausländischen Presse entnommen sind. Weiterhin verdienen hinsichtlich ihrer Bemühungen, das Inland mit Wirtschaftsnachrichten zu versehen, genannt zu werden vor allem das unter amtlicher Förderung wirkende „Amerika-Institut" das, dem preußischen Unterrichtsministerium nahestehende „Deutsch-Südamerikanische Institut", der 1916 gegründete „Hamburgische Ibero-Amerikanische Verein E. V.", dessen Ziel die Pflege wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und den neutralen Ländern auf der Pyrenäen-Halbinsel, in Südamerika und Mittelamerika ist, und der „Handelsvertragsverein". Weltwirtschaftliche Studien betreiben außer den Instituten in Kiel, Hamburg und Leipzig die „Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft", Berlin, die „Studiengesellschaft für Weltpolitik" in München und die „Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland" in Köln.

Bereits diese Zusammenstellung, die selbst unter Hinzurechnung von sechzehn zurzeit bestehenden Balkan-Organisationen, nur einen geringen Teil der bestehenden Unternehmungen erfaßt, läßt die auf dem Gebiete der Förderung des deutschen Außenhandels in einer wirkungsvollen wirtschaftlichen Nachrichtenvermittlung obwaltende Zersplitterung und Vielstrebigkeit erkennen. Wohl deuten Bestrebungen der jüngsten Zeit darauf hin, daß sich durch Zusammenschluß und Verständigung aus diesem Chaos Gruppierungen mit planmäßiger Arbeitsteilung auskristallisieren möchten — erwähnt seien z. B. die Bemühungen des deutschen Handelstag um die Vereinheitlichung deutsch-ausländischer Wirtschaftsverbände — ein großzügiger Nachrichtendienst, wie er in den großen feindlichen Wirtschaftsländern bereits eingerichtet ist, ist auf dieser Grundlage vorerst nicht zu schaffen.

Wäre es nun, um die deutsche Nachrichtenvermittelung einer wirkungsvollen Vereinheitlichung entgegenzuführen, erwünscht, aus privaten Mitteln oder unter Führung des Staates eine neue Stelle zu schaffen, sie mit großen Mitteln auszustatten und von ihr die Erfüllung des Gewünschten zu erwarten? Diese Frage kann mit nein beantwortet werden. Der Anschluß an das Vorhandene, dessen sie zur Mitarbeit bedarf, würde ihr aus mehr als einem Grunde versagt bleiben: Eifersucht, Mißtrauen und Partikularismus würden ihr entgegenstehen, und es wäre schließlich nichts weiter erreicht, als daß zu den vielen bestehenden Organisationen noch eine weitere hinzukommen würde. Der aussichtsreichere Weg ist jener, auf den Schuchart hinweist: „Die reichentwickelte und leistungsfähige Privatinitiative ist zu einer einheitlichen harmonischen Gesamtleistung zusammenzufassen, und der

so geschaffene Apparat ist mit den für die nationale Außenhandelsförderung tätigen Apparaten der Regierung, nachdem ihre Wirkungskreise im Sinne zuverlässiger Gesamtwirkung berichtigt sind, unter Wahrung der Unabhängigkeit beider zur Durchführung des gemeinsamen Programms zusammenzuschalten." Der auf diese Weise zustandegekommene Zusammenschluß der privaten Bestrebungen, auf Grund geschickter Arbeitsteilung mit denentsprechenden staatlichen Stellen zusammenarbeitend, würde eine Grundlage ergeben, auf der sich ein allen gerecht werdender Nachrichtendienst aufbauen ließe.

Um diese harmonische Gesamtleistung der Privatinitiative zu erreichen, müßte, so ist Schucharts Plan, aus den zurzeit bereits bestehenden Organisationen die bestgeeignete aus privaten Mitteln — damit ihr Elastizität, Anpassungsvermögen und Schnelligkeit des Dienstes unter Ausschluß aller bureaukratischen Hemmungen erhalten bleiben — zur Zentralstelle für den Wirtschaftsnachrichtendienst ausgebaut werden und ihren Dienst verrichten in enger Fühlungnahme mit den amtlichen Stellen für Wirtschafts- und Kurspolitik, den angeschlossenen Organisationen und Lehrinstituten und auf Grund von Gegenleistungen mit den außerhalb der Führung dieser Stellen verbleibenden doppelstaatlichen und anderen Verbänden. So ist ein gangbarer Weg gezeigt, der ohne Umsturz, in stetiger Weiterführung bereits tätiger Bemühungen zum Ziel zu gelangen sucht, wie es denn das hervorstechendste Verdienst der Schuchartschen Darlegungen ist, daß sein Verfasser nach gründlichem Durchdenken der gesamten Materie und ihrer nahezu restlosen Klarlegung Vorschläge und Anregungen bringt, die ein um so erheblicheres Maß nicht nur an Beachtung, sondern vor allem der Befolgung verdienen, als sie sich lediglich im Rahmen dessen halten, was durch Weiterentwicklnng, Gesundung und Zusammenfassung des bereits Vorhandenen und Geleisteten auch tatsächlich und verhältnismäßig leicht erreichbar ist.

Die Entwicklung der jüngsten Zeit läßt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß die Forderungen Schucharts ihrer Verwirklichung entgegenreifen. Während das Problem „Nachrichtendienst" nicht nur die beteiligten Kreise, sondern auch eine weitere Öffentlichkeit beschäftigte, hatte sich aus kleinen Anfängen heraus ein Depeschendienst nach dem Auslande entwickelt, der aus mehreren nebeneinander laufenden Diensten ohne einheitliche Organisation bestand. Durch Zusammenfassung dieser Nachrichtenstellen wurde am 1. April 1914 das Syndikat „Deutscher Überseedienst" gegründet. Der Krieg stellte naturgemäß das junge Unternehmen vor große Schwierigkeiten, die indessen, dank des Beitritts maßgebender Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, bedeutender finanzieller Zuwendungen, einer ausgezeichneten, zielsicheren Technik und des Entgegenkommens der Reichsregierung befriedigend gelöst wurden. Zunächst wurde mit Hilfe der vom Kriege unberührt gebliebenen Telegraphenverbindungen ein fester Nachrichtendienst nach Spanien, Bukarest, Sofia und Athen eingerichtet. Hierauf versicherte sich das Syndikat, nachdem England die deutschen Kabel durchschnitten hatte, der Mithilfe der drahtlosen Telegraphie, so daß die Depeschen des Dienstes unmittelbar hinter den amtlichen in die Welt gesandt werden konnten. So wurde es möglich, in Nordamerika eine Organisation zu schaffen, von der aus die Nachrichten in die ganze damals noch neutrale Welt weitergegeben werden konnten. Daß bereits in den ersten neun Monaten nach Zustandekommen des Syndikats für 100 000 Mark Depeschengebühren entrichtet wurden, zeigt, in welch energievoller Weise der Dienst seine Arbeit aufnahm. Dabei blieb das Hauptaugenmerk auf die Weiterleitung wirtschaftlicher Nachrichten gerichtet: Ausweise der Reichsbank, Erfolg der Kriegsanleihen, Richtigstellung falscher Kritiken und unwahrer Berichte sowie wichtige wirtschaftliche Informationen. Parallel hierzu geht der Bilderdienst, der tausende von aktuellen Bildern an jene ausländischen Stellen weitergibt, die, wie illustrierte Zeitschriften, Reisebureaus, Schaufenster und Aushängeplätze für eine wirkungsvolle Aufklärung in Frage kommen. Ergänzt wurde diese Werbung durch den Versand von Lichtbildern und Lichtbilddiapositiven mit Erläuterungen in verschiedenen Sprachen, von denen die Filmpropaganda „Der große Krieg in Lichtbildern" eine Versandziffer von 20 000 Exemplaren erreichte. Um dem

Nachrichtenmonopol von Reuter und Havas entgegenzutreten, schloß sich das Syndikat in der „Transozean G. m. b. H." noch fester zusammen und erlangte neben der eigenen Gründungssumme von 1 Million Mark einen auf zehn Jahre sichergestellten Zuschuß aus staatlichen Mitteln, der in Höhe von 1 Million Mark vor allem für den Depeschendienst zur Verwendung gelangen soll. Handelt es sich hierbei hauptsächlich um einen ausgehenden Dienst, so wurde, um dem ständig steigenden Bedürfnis an Wirtschaftsnachrichten aus dem Auslande mit Erfolg entgegenzukommen, ein ursprünglich von der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung E. V., Frankfurt a. M., gegründeter Dienst zum „Wirtschaftlichen Nachrichtendienst" ausgebildet. Die Entwicklung des „Deutschen Überseedienstes" wird dadurch gekennzeichnet, daß ihm heute über dreihundert angesehene Firmen aus allen Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens angeschlossen sind und daß sein Vermögensbestand auf 5 Millionen Mark angewachsen ist. Der von ihm herausgegebene „Wirtschaftliche Nachrichtendienst" erscheint dreimal wöchentlich zwar in drei Reihen: die Wochenausgabe bringt neben knappen aktuellen Berichten und aus dem außerdeutschen Wirtschaftsleben eingehend und zuverlässig bearbeitete Abhandlungen und Betrachtungen über im Vordergrund des Interesses stehende Wirtschaftsvorgänge, die Länderausgabe faßt anderweitig noch nicht veröffentlichtes Material in einzelnen Nummern nach den verschiedenen Wirtschaftsländern geordnet zusammen, während schließlich die Waren- und Spezialausgabe wertvolles Nachrichtenmaterial über wichtige Warengattungen und weltwirtschaftliche Einzelprobleme zusammenträgt. Alle Berichte zeichnen sich durch Sachlichkeit, Kürze und Schnelligkeit der Berichterstattung und in ihrer Zusammenstellung durch Übersichtlichkeit aus, wodurch es jedem Interessenten erleichtert wird, das für ihn belangvolle Material aufzufinden. In dieser Weise organisiert und unter weit ausschauender Leitung stehend, erscheint dieser Dienst berufen, das Zentralinstitut der deutschen wirtschaftlichen Nachrichtenvermittlung abzugeben und, in die Nähe der amtlichen Stellen gerückt, den im Auslande bestehenden Einrichtungen ebenbürtig zu werden.

Daß inzwischen auch in den Anschauungen der Reichsleitung ein Wandel zugunsten einer Neuorganisation des wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienstes eingetreten ist, geht zur Genüge aus der Antwort hervor, die vom Vertreter des Reichswirtschaftsamtes auf die vom Abgeordneten Keinath an den Reichskanzler gerichtete kleine Anfrage gegeben wurde. In ihr wurde die Erklärung abgegeben, daß die Vorbereitungen zur Vermehrung und systematischen Ausgestaltung soweit gefördert sind, daß die diesbezüglichen Pläne in kurzer Zeit den Vertretern in Handel, Industrie und Landwirtschaft zur Begutachtung vorgelegt werden können. Die in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen lassen denn auch erwarten, daß der Friedensschluß in Deutschland eine Wirtschaftsnachrichtenorganisation vorfinden wird, die berufen ist, zum Segen deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur ihre Wirkung zu entfalten.

Wie Triest an Österreich kam

Von Professor Dr. Robert Nagel

Während der Kreuzzüge hatte sich die Republik von San Marco an Fahrt- und Frachtgeldern maßlos bereichert und sandte nun begehrliche Blicke auf das Ostufer der Adria. Die Machtverhältnisse standen für Venedig nicht ungünstig, denn neben der Republik gab es noch keine einzig wirkliche bedeutende adriatische Macht, die ihr hätte den Vorrang streitig machen können. In Italien selbst hatten allerdings die Carraras in Padua und die veronesischen Scaligeri Macht und

Reichtümer aufgehäuft, waren aber mit inneren Kämpfen vollauf in Anspruch genommen. In Istrien hingegen hatten nur die Grafen von Görz und die Patriarchen von Aquileja einen gewissen Einfluß, ohne der mächtigen Lagunenrepublik den Rang ablaufen zu können.

Die Stadt Triest war es namentlich, die den Venetianern ein Dorn im Auge war, denn sie blühte durch Handel und Verkehr mächtig auf und drohte, mit der Republik in Wettbewerb zu treten. Infolgedessen sicherte sich Venedig innerhalb der Stadt selbst einen gewissen Einfluß, indem es die Einwanderung der Venetianer nach Triest begünstigte und so allmählich aus Triest einen bloßen Vorort Venedigs zu machen suchte. So kam es, daß man in Triest bald Sitten und Gebräuche der Venetianer annahm und sich eine starke Partei bildete, die den völligen Anschluß an die mächtige Republik forderte.

Venedig andererseits wollte nichts anderes, als daß die Adria ein geschlossenes Meer sei, das ausschließlich der Republik botmäßig wäre. Es war ihm nicht um Unterwerfung oder Eroberung der Stadt Triest zu tun, sondern um wirtschaftliche Vernichtung. Diese versuchte es dadurch zu erzwingen, daß es den Handel vom Karst über Capodistria leitete und überdies die neutralen Bewohner Istriens durch Verleumdungen gegen Triest aufhetzte. Auch den gesamten Seehandel riß es an sich, indem es alle fremden Schiffe durch bewaffnete Barken anhalten ließ und namentlich nach Salz durchsuchte. So bildete sich ein für Triest ganz unerträglicher Zustand heraus, der nur das eine Gute hatte, daß die Anhänger Venedigs innerhalb der Stadt stark abnahmen.

Venedig glaubte aber nun zur völligen Vernichtung der verhaßten Konkurrentin schreiten zu können und verlangte am 1. Mai 1368, anläßlich der Wahl des Dogen Andrea Contarini, daß in Triest die venetianische Fahne gehißt werde. Aber das gesamte Volk, schon aufs äußerste gereizt, wies dies zurück. Die Markusrepublik kam gar nicht dazu, diese Beleidigung zu sühnen, denn in unmittelbarer Folge ereignete es sich, daß ein gewisser Panfilo aus Triest in den Gewässern von Duino mit einer Ladung von Korn und Salz angetroffen wurde. Die venetianischen Kaperschiffe verlangten nun von ihm, daß er seine Ladung nach Venedig führe. Aber diesem Panfilo fiel es gar nicht ein, zu gehorchen, er setzte seinen Weg ruhig fort und fand bei seinen Landsleuten Hilfe, die die ihn begleitenden Venetianer erschlugen und die Barke des Panfilo befreiten.

Nun war für Venedig die ersehnte Gelegenheit gekommen, über Triest herzufallen. Den in Triest ansässigen Triestinern wurde verkündet, daß sie interniert und ihre Habseligkeiten beschlagnahmt würden, wenn ihre Vaterstadt nicht binnen vierzehn Tagen volle Sühne gäbe. Die Triestiner sahen nun zunächst selbst ein, daß sie zuweit gegangen waren und schickten Gesandte nach Venedig, um Genugtuung zu geben. Aber die Versöhnung lag ja gar nicht in der Absicht der Republik, es galt für Venedig nicht, mit Triest in Frieden zu leben, sondern es zu vernichten, um die volle Seeherrschaft über die Adria ungefährdet zu besitzen. Infolgedessen stellte der Rat der Markusrepublik Bedingungen, die Triest gar nicht oder nur unter Verzicht auf jede zukünftige Entwicklung annehmen konnte. Abgesehen von der unmittelbaren Genugtuung forderte der Rat, daß die Triestiner an jedem Tage des heiligen Markus (25. April) die Fahne der Republik hissen müßten. Die Gesandten Triests waren über diese Bedingung, die ja eine schmähliche Unterwerfung bedeutete, höchlich bestürzt, verbargen aber, um Zeit zu gewinnen, ihren Unmut. Es gelang ihnen, die Sache bis zum Herbst hinzuziehen, dann nahmen sie zum Schein die Bedingungen an, verlangten aber, daß ein Gesandter Venedigs selbst die Forderung vor dem Senate Triests vertreten müsse. In ihrer blinden Habsucht gingen die Oberhäupter der Lagunenrepublik in die Falle und sandten am 6. September den Lodovico Faletro nach Triest. Nun aber erklärten die Triestiner, die Bedingungen Venedigs nicht eher annehmen zu wollen, als bis ihre beiden Gesandten, Facino di Canciano und Francesco de Bonomo, zurückgekehrt seien. Bis dahin müsse auch Lodovico Faletro in Triest bleiben. Überdies rottete sich das Volk Triests zusammen und nahm heftig gegen Venedig Stellung.

So war der Krieg unvermeidlich geworden. Triest suchte beim Patriarchen von Aquileja und beim Herzog Leopold von Österreich, der seit 1365 die südlichen Habsburgerländer (leopoldinische Linie) beherrschte, Hilfe. Doch der Patriarch wollte es mit dem mächtigen Venedig nicht verderben. Leopold der Dritte aber war ein Jüngling von siebzehn Jahren und erst kurze Zeit an der Regierung. So blieb denn Triest allein; allerdings hatte der Rat, in voller Voraussicht des Krieges, die Zeit nicht ungenützt verstreichen lassen, ein friaulisches Heer angeworben, die Festungswerke verstärkt, den Bestand an Munition und Waffen ergänzt und für Trag- und Reittiere Sorge getragen. Nun wurden die letzten Vorbereitungen getroffen, überdies nach dem Beispiel Venedigs alle in Triest lebenden Feinde interniert.

Venedig rüstete eifrig und schickte schon nach kurzer Zeit gegen die feindliche Stadt vier schwere und acht leichte Schiffe, von Crescio Molin befehligt, der lange Zeit in Triest gelebt hatte; gleichzeitig landete in Capodistria ein Landheer unter Domenico Michiel. Dieser war ein erfahrener Feldherr, der wohl einsah, daß Triest nicht einfach überrannt werden könne, vielmehr der Ansicht war, die Zeit gegen Triest arbeiten zu lassen. Der gierige Rat der Markusrepublik hatte Eile und befahl dem Michiel, zuerst die Straßen rings um Triest zu zerstören und die Triestiner möglichst an Leib und Leben zu schädigen. Triest sollte mit einem Schlage vernichtet werden. Diese am grünen Tisch in Venedig ausgeheckte Parole befolgte aber Michiel nicht, sondern rückte ganz langsam vor und gelangte erst am Christtag in das Gebiet von Triest; dem Dogen, der schon seit zwei Monaten auf den Endsieg wartete, schrieb Michiel am 26. Dezember zur Entschuldigung, das Wetter sei für eine Schlacht zu schlecht gewesen.

Tatsache war ja nun allerdings, daß der Boden rings um Triest durchweicht und grundlos war und daß die Soldaten unter der Angabe, weder Frösche noch Salamander zu sein, massenhaft ausrissen. Michiel ließ nun alle verfügbaren Mannschaften hölzerne Brücken und Übergänge schaffen, aber, als diese Arbeiten fertig waren, mangelte es ihm derart an Menschen und Material, daß er abermals jede Unternehmung aufschieben mußte. Ununterbrochen schrieb er flehentliche Briefe in die Heimat, ohne Erfolg zu haben. Ganz im Gegenteil, die Triestiner verstärkten sich immer mehr, zogen neue Truppen aus Friaul heran, ja sie reizten Michiel durch wiederholte Ausfälle; immer wieder bat Michiel in flehenden Briefen um Nachschub, aber die hochmütigen Venetianer konnten es gar nicht fassen, daß das Städtchen Triest nicht mit einer handvoll Soldaten zu überrennen wäre. Endlich, am 13. Februar — entschloß sich der Kriegsrat der Markusrepublik, zunächst Hilfe zu schicken in Form von — fünf Inspektoren, die drüben nachsehen und dann heimberichten sollten. Dieser Bericht hatte zur Folge, daß Michiel endlich am 24. Februar zum Angriff schreiten konnte. Einen Augenblick zitterten die Triestiner und erwogen ein demütigendes Friedensangebot; dann aber gewann die ruhige Besinnung Oberhand und sie leisteten tapfersten Widerstand. Michiel wagte es nicht, alles auf das Spiel zu setzen, denn es war nicht ausgeschlossen, daß die bisherigen Neutralen, der Patriarch von Aquileja, die Grafen von Görz oder gar der österreichische Herzog, der in Laibach unter Konrad Krainer ein Heer stehen hatte, Triest im letzten Augenblick zu Hilfe kämen.

Am 24. April kamen neuerlich Inspektoren aus Venedig und erkannten, daß man Triest nur mit einem Schlage überrennen könne und daß dazu eine namhafte Truppenzahl nötig sei. Sie kehrten wieder nach Venedig zurück und berichteten ihre Wahrnehmungen. Zur gleichen Zeit kam die Kunde, daß die Gemeinde Triest in Ancona viel Getreide eingekauft habe, das nach Fiume und von da auf dem Landweg nach Triest gebracht werden solle. Nun raffte sich der Rat Venedigs, dem die Sache schon viel zu lange dauerte, auf und erließ zunächst ein Mandat, wonach jedem Menschen, der in der nächsten Zeit dabei ertappt würde, wie er Lebensmittel nach Triest schaffe, wenn es ein Mann sei, die Augen ausgestochen, wenn ein Weib, die Nase weggeschnitten würde. Ob diese Maßregel tatsächlich in Anwendung gebracht wurde, ob ihre Androhung abschreckend wirkte:

in Triest brach bald solche Hungersnot aus, daß die Triestiner zuerst ihre Pferde, dann Ratten verzehren mußten.

In dieser Not boten die Triestiner dem Patriarchen Markwardt von Aquileja an, ihre Stadt seinem friaulischen Besitz anzugliedern und in dauernden Besitz zu nehmen. Dem Patriarchen aber schien dieser Besitz in diesem Augenblick gerade nicht sehr wünschenswert. Auch der König von Ungarn, die Herren von Visconti, die von Carrara: alle lehnten jegliche Hilfe ab und der Luxemburger Karl der Vierte hatte für Triest nur schöne Worte. Endlich, am 31. August, kamen sie zu den Herzogen Albrecht und Leopold von Österreich mit der Bitte, die Stadt zu befreien und zum Dank dafür in Besitz zu nehmen. Obwohl die Macht des damaligen Österreich gerade nicht sonderlich groß war, so wollte Triest doch lieber ihm angehören als den verhaßten Nebenbuhlern jenseits der Adria. Denn das sahen alle Triestiner, daß ihre Stadt unter Venedigs Herrschaft dem Untergang anheimgegeben sei. Niemals konnte es dann für Triest eine Zukunft, ein Aufblühen geben.

Der weitblickende, kluge Leopold sah sofort die Bedeutung dieses Angebotes klar und nahm es furchtlos ohne Zögern an. Triest jubelte und ließ sogleich die herzoglichen Fahnen von den Türmen wehen. Aber Venedig protestierte gegen diesen plötzlichen Szenenwechsel, und auch der Patriarch, der den Mut zur werktätigen Hilfe nicht gefunden hatte, fand nun Worte der Einsprache. Leopold sammelte rasch ein Heer und entsetzte die Stadt; dies erschreckte die Venetianer derart, daß sie den Triestinern die denkbar gnädigsten Friedensbedingungen anboten. Da Herzog Leopold die Zeit noch nicht für gekommen erachtete, und sich noch zu schwach fühlte, Triest dauernd gegen Venedig zu halten, zog er sich zurück. Aber schon die stete Möglichkeit, von Österreich Hilfe zu erhalten, sicherte Triest bedeutend günstigere Lebensverhältnisse. Die Lagunenrepublik setzte ihre Forderung gegenüber der unbesiegt gebliebenen Stadt sehr herab und begnügte sich mit dem Schein der Oberhoheit. Um auch Leopolds Zustimmung zu dieser Regelung der Dinge zu erhalten, bot Venedig ihm einen Frieden an, in dem der österreichische Herzog die formelle Oberhoheit Venedigs über Triest anerkannte, aber gleichzeitig einen für das aufblühende Österreich äußerst günstigen Handelsvertrag mit der Markusrepublik schloß und auch einzelne wichtige Punkte in Istrien erhielt.

Am 30. Oktober 1370 kam dieser Vertrag in Kaisach bei Laibach zustande und wurde vom venetianischen Gesandten Pantaleone Barbo und vom herzoglichen Rat Johann von Tirnau unterfertigt. Zur Besiegelung dieses Abkommens erhielt Leopold überdies 75000 Goldgulden von Venedig, ein Beweis dafür, welchen hohen Wert Venedig dem Besitze Triests beimaß. Diese große Summe, mehr noch der günstige Handelsvertrag, der schon am 23. November allen Markgrafen, Grafen und Baronen des Landes bekanntgegeben wurde, setzten Leopold in den Stand, sein Land, das aus Steiermark, Kärnten und Krain bestand, zu höchster Blüte zu bringen. Denn der freie Handel mit Venedig bot ihm Gelegenheit zur friedlichen Durchdringung von Istrien.

Im Jahre 1372 entspann sich wieder einmal ein Zwist zwischen Venedig und den Carraras in Padua, die mit dem Könige von Ungarn und dem Herzoge von Österreich verbündet waren. Obwohl Triest formell der Markusrepublik angehörte, stand es doch, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl von Venedig gekaufter Parteigänger, im Herzen bei Österreich, denn nur im Anschluß an das Hinterland sahen einsichtige Männer das Heil und die Zukunft der Stadt. Venedig war ja ständig in Fehde mit Padua und auch mit Genua und deshalb immer weniger fähig, den Osten der Adria zu schützen. Leopold hatte sich hingegen durch einen Erbvertrag mit dem Grafen Albrecht dem Vierten von Görz die Anwartschaft auf Istrien, besonders auf das Mitterburger Land, gesichert. Dieser Erbvertrag trat mit dem Tode Albrechts im Jahre 1374 in Kraft. Zudem schloß auch Ludwig von Ungarn, der Dalmatiens wegen mit Venedig in Fehde lag, gegen dieses mit den Carraras, mit Genua und mit Markwardt von Aquileja am 16. Februar 1378 ein Schutz- und Trutzbündnis.

Am 7. Mai des folgenden Jahres wurden die Venetianer vor Pola entſcheidend geſchlagen und 1380 fiel Trieſt in die Hände der Verbündeten; die venetianiſche Beſatzung wurde gefangen genommen und Trieſt unter unausſprechlichem Jubel der glücksberauſchten Bevölkerung am 3. Jänner 1381 für frei erklärt. Im Turiner Frieden wurde es im ſelben Jahre noch dem friauliſchen Reiche des Patriarchen Markwardt angegliedert. Damit aber war Trieſt wenig einverſtanden, denn immer ſtärker ſah es ſein Heil im Anſchluß an das mächtig aufblühende Haus Öſterreich, dem ſeit 1363 auch Tirol und nun ganz Iſtrien zugefallen war.

Als nun durch den Tod des Patriarchen Markwardt von Randeck Aquileja herrenlos und vom Papſte dem Franzoſen Philipp von Alencon verliehen wurde, ſagten ſich die Trieſtiner unter Simon von Bramberg und Nikolaus von Colalto vom Patriarchate los und trugen am 9. Auguſt 1382 dem Herzog Leopold von neuem die volle und unumſchränkte Herrſchaft über Trieſt an, „um unter deſſen Schutz in Hinkunft in Sicherheit leben zu können", da es unvergeſſen geblieben war, wie Leopold dreizehn Jahre früher ſich allein der Not Trieſts erbarmt hatte. Leopold nahm das in voller Freiheit gemachte Anerbieten an, verſprach der Geſandtſchaft freiwillig, alle Rechte und Freiheiten ihrer Landsleute zu ſchonen und getreulich zu achten, und unterſchrieb am 30. September in Graz die Beſitzergreifungsurkunde. Gegen die vollzogene Tatſache erhob weder Venedig noch Aquileja Einſpruch; ſie war der Ausdruck der aufſtrebenden Macht der Habsburger, der niedergehenden der Markusrepublik und des Patriarchates. Ein Symbol war Trieſt damals und ein Symbol iſt es geblieben bis auf den heutigen Tag. Im Bunde mit dem Hinterlande blühte es durch Jahrhunderte und ſoll blühen bis in alle Zukunft.

Zur baltiſchen Literaturgeſchichte

Von Dr. W. Neumann

Die Livland-Eſtland-Ausſtellung, die um die Mitte dieſes Monats in den Räumen der Kgl. Akademie der Künſte am Pariſer Platz in Berlin, unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich von Preußen, eröffnet werden ſoll, wird auch zur baltiſchen Literaturgeſchichte eine Reihe von Darſtellungen in Bild und Schrift bringen, die dazu beitragen ſollen, die Kenntnis auch dieſes Teiles deutſchen Geiſteslebens in den baltiſchen Provinzen zu vertiefen und in weitere Kreiſe zu tragen. Außer in Gelehrtenkreiſen iſt nicht viel davon bekannt, weil es an einer zuſammenfaſſenden Darſtellung bisher immer noch fehlte und das Studium des ſchweren Rüſtzeuges der Quellenwerke, wie des „Goedeke" oder des baltiſchen Schriftſteller- und Gelehrtenlexikons von Recke und Napierſky, iſt nicht jedermanns Sache. Wir geben hier eine gedrängte Überſicht.

Am meiſten bekannt iſt von der baltiſchen Dichtung des Mittelalters die ältere Reimchronik vom Ende des dreizehnten Jahrhunderts und die berühmte Faſtnachtdichtung des Burkard Waldis „Der verlorene Sohn", obgleich auch hier neben der epiſchen Dichtung die geiſtliche und das Sittengedicht ſo gut vertreten war wie das Minnelied, die Spielmannsdichtung und das Volkslied. Die neueren Forſchungen zur baltiſchen Literaturgeſchichte haben erwieſen, wie weite Verbreitung die deutſchen Heldenſagen und Heldenlieder im Lande gefunden hatten. Die Dietrichſage ſehen wir den Dichter der älteren Reimchronik bei ſeinen Leſern als bekannt vorausſetzen. Das häufige Vorkommen des Rolandliedes, des welſchen

Gastes, der Artussage u. a. neben geistlichen Dichtungen auf den Burgen des Deutschen Ordens wird bezeugt. Fragmente von Dichtungen des Epikers Rudolf von Ems, vom jüngeren Titurel, vom alten Passionale, vom Speculum humanae salvationis, um nur diese zu nennen, sind erhalten. Kürzlich veröffentlicht ist das Schachbuch des Dorpater Schulmeisters Stephan, eine mittelniederdeutsche Bearbeitung des Werkes von dem Dominikaner Jacobus de Cessolis.

Unter den baltischen Humanisten ragen Daniel Hermann aus Neidenburg in Ostpreußen und Salomon Frenzel von Friedenthal hervor, der als gekrönter Poet Professor an der Universität in Helmstedt war und dieses Amt mit dem eines Rektors der rigaschen Domschule vertauschte. Auch der rigasche Arzt Basilius Plinius ist zu erwähnen. Hermanns bedeutendste Arbeit ist seine Stephaneïs, ein unvollendetes Ruhmesgedicht auf den König Stephan Batory von Polen, den er auf seinen Feldzügen in Rußland begleitete. Von Frenzel von Friedenthal sind Oden, Epigramme und mehrere religiöse Dichtungen bekannt. Das Hauptwerk des Plinius (recte Plön oder Plehm) ist der Lobgesang auf die Stadt Riga „Encomium inclytae civitatis Rigae, metropolis Livoniae" vom Jahre 1595. Bemerkenswert für die Zustände im Lande nach dem Untergang der Ordensregierung ist das „Christlich Gesprech" von Timan Brakel, einem Gliede der noch heute im Lande blühenden Familie. Zahlreich sind die seit der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts vorkommenden Spottgedichte auf den Orden und den Adel, gegen die schon 1444 der Ordensmeister Vincke von Overberch einschritt, und die Landsknechtlieder.

Nach den langjährigen Kämpfen, die dem Untergang der livländischen Selbständigkeit vorausgingen, brach eine trostlose Öde herein. Zwar wurde sie für wenige Jahrzehnte durch die schwedische Regierung in mancher Hinsicht, namentlich auf dem Gebiete der Kirche und Schule beseitigt, doch war diese Regierung nicht andauernd genug, um überall ein frisches neues Leben erblühen zu lassen. Was errichtet und erreicht war, stürzte der Nordische Krieg wieder in Trümmer und ein halbes Jahrhundert ging dahin, bevor sich das Land aus dem Schutt und der Verwüstung wieder emporringen konnte. Ein neues Aufblühen der Literatur beginnt mit dem Aufenthalte Hamanns und Herders im Lande. Die große deutsche Literaturbewegung flutet, getragen von zuziehenden deutschen Gelehrten, die in der Mehrzahl als „Hofmeister", d. i. als Erzieher, hierher kamen, auch in das baltische Land hinein und teilt sich den hiesigen aufstrebenden Kreisen mit. Herders Aufenthalt in Riga bildet den Ausgangspunkt der neuen baltischen Literatur. Um ihn schart sich die gelehrte Welt der Stadt*). Doch keine Literaturgeschichte nennt die Namen derer, die ebenso ihn beeinflussen, wie er sie mit seinem Geist erfüllt. Allenfalls begegnet man noch dem Namen des rigaschen Ratsherrn Johann Christoph Berens, in dessen gastlichem Hause Herder verkehrte, oder den des Buchhändlers und Verlegers Johann Friedrich Hartknoch, der Herders Studiengenosse von Königsberg her war und in Riga sein und Kants Verleger wurde. Nur der unglückliche Reinhold Michael Lenz ist, weil er den Heroen des Weimarer Musenhofes nahe stand, der einzige, dem eingehendes Interesse, um seines großen Freundes willen, zugewandt ist**). — Maximilian von Klinger, der erste Kurator der Dorpater Universität, hat, verbittert durch die Verhältnisse, in die der Rousseau-Verehrer sich nicht finden konnte, hier sein Leben beschlossen. Seine Dramen hat Hartknoch nochmals in hübscher Ausstattung verlegt. — August von Kotzebue ist in Reval zu dem viel gelobten und viel geschmähten Theaterdichter geworden, als welchen er die deutsche Bühne, trotz Schiller und Goethe, beherrschte; Karl Gotthard Groß, der Freund Schillers, wird allenfalls als solcher noch erwähnt, weil er im Briefwechsel mit Schiller und nach dessen Tode noch längere Zeit mit dessen Gattin stand. Dann aber bricht die Reihe ab, obgleich

*) Vgl. Dr. W. Warstat „Deutsches Leben in Riga zur Zeit Herders". Grenzboten Heft 9, 1917.

**) Vgl. Dr. Karl Freye„ Deutsche Dichter in Rußland". Grenzboten Heft 48, 1914.

noch Namen genannt werden könnten, die manchem aus der romantischen Schule hervorgegangenen Dichter die Wage halten könnten, wie Karl Petersen, Kasimir v. Böhlendorff, Hermann Samson von Himmelstern, Ulrich v. Schlippenbach. Der bedeutendste unter ihnen ist Petersen, der freilich die schönsten Goldkörner seines Geistes freigebig im Freundeskreise verstreute. Nur wenig ist von ihm im Druck erschienen. Böhlendorff, der Freund Herbarts und Hölderlins, dessen Lebensbeschreibung erst kürzlich durch Karl Freye in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, ist wie Lenz und Hölderlin früh vom Tode ereilt worden.*) Viele andere könnten noch genannt werden. — Wie einst in Göttingen die „Hainbündler" vereinigten sich auch an der Dorpater Universität junge Dichter in den „Dorpater Sängerbünden". Almanache und belletristische Journale schossen wie Pilze nach dem Regen hervor. Uhlands Worte „Singe, wem Gesang gegeben", sind hier mehr als ausreichend befolgt worden, so daß Karl Petersen in seiner geistsprühenden Satire „Die Prinzessin mit dem Schweinerüssel (die übrigens mit dem gleichnamigen Druck des Satirikers Johannes Falck nichts weiter als den Titel gemein hat), diese Zustände in bezug auf Riga in den Strophen geißelt:

Wie liebt man nicht in Riga die Dichtkunst!
Zwar nicht als Kunst, doch eben als Nichtkunst,
Ohn' alle Inspiration und Magie
Ganz nüchterne Kasualpoesie
Da schlägt jeder Bäcker und jeder Bader
Sich selber die poetische Ader
Und zwitschert drauf los wie ein Nesselfink.

— — — — — — — — — —

Mit mehr Recht als man die deutschen Dichter nach Goethes Tode als Epigonen bezeichnet hat, dürfte man die baltischen des Zeitraumes bis zur Mitte des Jahrhunderts und auch darüber hinaus als solche bezeichnen. Die Mehrzahl derer, die sich im Baltenlande der Dichtkunst widmeten, hatte in Jena zu den Füßen Schillers gesessen. Das Fühlen und Denken jener Zeit erfüllte auch sie. Was konnte ihnen würdiger erscheinen, als in den Bahnen jenes Großen zu wandeln? Der Despotismus der russischen Regierung schloß jede politische Betätigung aus. Mochte unter Alexander dem Ersten, der in den Grundsätzen Rousseaus erzogen worden war, anfänglich auch eine gewisse Freiheit des Individuums zugestanden sein, weiter als über rein menschliche und geistige Ideale wagte man sich dennoch nicht hinaus. Daher fehlt es auch an selbständigen Schöpfungen, die dem wirklichen Leben entnommen sind. Es ist sehr viel guter Wille vorhanden, viel wahres Empfinden, dem aber vielfach das Können fehlt, das Empfinden lebensvoll zu gestalten. „Die Dichter sind mehr Literaten und Belletristen als Dichter, sagt Viktor Hehn, sie haben literarische Zwecke, ästhetische Ansichten, religiöse, soziale Tendenzen."

Von den nach Goethes Tode erwachenden „jungdeutschen" Bestrebungen wurde das Baltenland nur in sehr geringem Maße berührt. Man sah sogar mitleidig auf die staatliche Zerrissenheit Deutschlands herab und fühlte sich als Teil einer gebietenden Großmacht. Während dort die unerfüllten Hoffnungen auf die Wiedergeburt und Neugestaltung des Deutschen Reiches mit seiner alten Kaiserherrlichkeit die Gemüter erregten und eine Tendenzliteratur zeitigten, die in dem engen Anschluß an die Erscheinungen des öffentlichen Lebens die Hauptaufgabe der Dichtkunst zu erkennen vermeinte, verließ man hier die eingeschlagenen Bahnen nicht. Nur ein größerer Realismus läßt sich erkennen. Die bisher bevorzugte Lyrik tritt allmählich zurück, um der dramatischen Dichtkunst und der Romanliteratur Platz zu machen. Aus der Zahl der baltischen Dichter, die um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ihre Haupttätigkeit entfalten, können Nikolaus Graf Rehbinder als Lyriker und Dramatiker und Alexander von (Ungern)-Sternberg als Romanschriftsteller hervorgehoben werden. Vernachlässigt Graf Rehbinder in seiner Lyrik auch oft die Form, so ist ihm doch ein tiefes Gefühl nicht abzusprechen,

*) Vgl. Dr. Karl Freye, „Deutsche Dichter in Rußland". Grenzboten Heft 43, 1914.

das in seinen letzten Werken gegen Ende seines Lebens oft vulkanisch hervorbricht. Unter seinen Dramen sieht das aus seiner letzten Zeit stammende „Jesus von Nazareth" obenan, wenn es ihm auch so wenig wie anderen, die sich an diesem Thema versucht haben, gelungen ist, allgemein zu befriedigen. Große Verdienste hat er sich um die Popularisierung baltischer Dichterwerke erworben. Manche Züge im Leben dieses Dichters erinnern an die des Grafen August von Platen.

Mit dem Beginn der zweiten Hälfte des Jahrhunderts tritt der bisher von der deutschen auf die baltische Literatur geübte unmittelbare Einfluß langsam zurück. Durch die von den Deutschen völlig verschiedenen politischen Zustände werden hier andere Lebensaufgaben, andere Lebensanschauungen wachgerufen. Politische Kämpfe, wie sie dort am Ausgang der ersten Jahrhunderthälfte stattgefunden hatten, regten hier die Gemüter nicht auf. Hier gab es keinen Verzicht auf erträumte politische Ideale. Soziale und handelspolitische Forderungen standen im Vordergrunde. Die Hebung der Landwirtschaft und vor allem des geistigen Niveaus der Landbevölkerung waren die Angelpunkte, um die das geistige Leben im Lande sich bewegte. Die schöngeistige Literatur trat gegen die politisch-wirtschaftliche und gegen die fachwissenschaftliche erheblich zurück. Das Bedürfnis nach jener deckte der immer mehr sich entwickelnde Buchhandel; für die mittleren Kreise vornehmlich durch die deutschen illustrierten Zeitungen, wie die „Gartenlaube", „Über Land und Meer", „Daheim" u. a. Daneben fanden natürlich die Werke der hervorragenderen deutschen Dichter jener Zeit ihre Verehrer und ihre — Nachahmer. Das Theater, besonders das rigasche, stand in höchster Blüte.

So paradox es klingen mag, je leichter und bequemer die Verbindung zu Lande und zu Wasser zwischen hüben und drüben sich gestaltet, um so mehr erlischt im Westen die Kenntnis vom baltischen Deutschtum und das Verständnis für seine Ideale. Sie bleiben seit dem Erstehen Deutschlands zur Weltmacht nur noch in einzelnen Gelehrten- und in einzelnen politischen Kreisen lebendig. Der frühere geistige Verkehr weicht immer mehr einem rein geschäftlichen, und die russische Regierung sorgte nach Möglichkeit dafür, die Annäherung zu verhindern und zu erschweren.

Während die deutsche Literatur von der Tendenzpoesie der vierziger Jahre in neue Bahnen lenkt, bleibt hier die klassisch-romantische Richtung noch lange in Geltung, weil hier alle jene Voraussetzungen fehlten, die drüben die Wandlungen hervorriefen. Erst im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts werden unter dem Einflusse der modernen Philosophie Strömungen bemerkbar, die eine größere Neigung zum Naturalismus erkennen lassen. Die Lyrik steht natürlich voran. Konnte doch nur in ihr den breitesten Niederschlag finden, was trotz des abweichenden Standpunktes des einzelnen im Leben doch in allen gleiche Begeisterung weckte: die Liebe zur Heimat, ihre anspruchslose Schönheit in Feld und Wald und Meer, ihr Leben, ihr Lieben. Und zum Singen und Sagen war viel guter Wille da, der mit dem Können allerdings nicht immer gleichen Schritt hielt. Das Schlegelsche Stichwort, „daß die Willkür des Dichters kein Gesetz über sich leide", hat hier oft mehr als billig seinen Einfluß geübt. Daher neben manchem Bedeutenden und wahrhaft Schönen auch nicht wenig Unbedeutendes. Einige Namen seien genannt.

Unter den Lyrikern dieses Zeitraumes ist an erster Stelle Karl von Firks zu nennen, dessen Dichtungen erst durch die Veröffentlichung von J. von Grotthus weiteren Kreisen zugänglich geworden sind. Firks ist eine tief und fest im Boden einer reichen und eigenen Gemütswelt wurzelnde Dichtererscheinung, bei der es zweifelhaft scheinen kann, ob mehr die epische als die lyrische Gabe vorwiegt. Sein Epos „Fergus" ist ein wuchtiges Heldengedicht, das sich ebenso durch die Pracht der Schilderung wie durch die Schönheit der Sprache auszeichnet. — Neben ihm sind der Livländer Alex's Adolphi, der sich an Geibel anlehnt, der Revaler Christoph Mickwitz, dessen Dichtungen in der Mehrzahl psychologische, anthologische und andere das Leben bewegende Fragen behandeln, und Maurice von Stern zu nennen, der Sohn des liederbegabten Karl Walter von Stern, der

1871 auszog, „das Glück zu suchen", zurzeit auch in Deutschland einen großen Ruf genießt.

Von baltischen Dichterinnen haben Mia Holm, geborene von Hedenström, und die Kurländerin Helene von Engelhardt, die durch Bodenstädt, Freiligrath und Wolfgang Menzel gefördert wurde, Anerkennenswertes geschaffen. Während jene durch ihre zarten „Mutterlieder" sich Freunde warb, versuchte sich diese zuerst in feurigen Wein- und Liebesliedern. Bedeutender jedoch sind ihre normannischen Balladen und ihr umfangreiches Epos „Gunnar und Heidarendi".

Das humoristische Genre und die Dialektdichtung hat mit vielem Erfolg Rudolf Seuberlich in Riga gepflegt.

Eine eigene Stelle nimmt Leopold von Schröder aus Dorpat ein (seit 1896 Universitätsprofessor für Indiologie in Wien), der indische Lieder mit feinem Verständnis für ihre Eigenart um- und nachgedichtet hat; er hat auch mehrere indische Dichtungen dramatisiert. — Als ein vielversprechendes Talent, das leider früh Schiffbruch litt, tat sich Laura Marholm (Pseudonym für Laura Hannson) hervor. Sie hat mehrere Dramen verfaßt, von denen das Drama „Frau Marianna", worin das tragische Schicksal des schlesischen Dichters Joh. Christ. Günther behandelt ist, zu den besten gehört und mehrere Aufführungen erlebt hat. Ihre späteren, das Seelen- und Geschlechtsleben der Frau zum Gegenstand nehmenden Veröffentlichungen sind wertlos. Mit einigen Dramen aus dem kurländischen Leben ist der Kurländer Karl Stavenhagen hervorgetreten, die ein bedeutendes Talent bekunden.

Die Romanliteratur dieses Zeitraumes hat nur wenig Vertreter von Bedeutung gefunden. Tendenzromane, die auf einen Ausgleich zwischen Deutschen und Letten abzielten, schrieben die Kurländerin Johanna Conradi und der Rigaer Gustav Keuchel, beide ohne Erfolg. — Der bedeutendste bleibt Hermann Pantenius. Ein liebenswürdiger Erzähler war Andreas Badendyck, der mehrere historische Romane aus der baltischen Geschichte und auch einige weniger gute aus dem russischen Leben hinterlassen hat. Neben Pantenius ragt dessen Landsmann, der Kurländer Karl Worms hervor. Der modernen Richtung gehören Eduard Graf Keyserling, Korfiz Holm und Franzis Külpe an, die alle drei in Deutschland ihren Wohnsitz genommen haben. Unter den Lyrikern der jüngsten Zeit ist der jung verstorbene Kurt Bertels zu nennen. Mit seinen reizenden Tiermärchen hat sich Manfred Kyber gut eingeführt.

Für die Verbreitung der Kenntnis der baltischen Literatur ist bis heute wenig geschehen. Graf Nikolaus Rehbinder gab 1853 eine Übersicht über die baltische Belletristik der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts heraus. Ihm folgte 1855 Jegor von Sivers mit seinem etwas unkritisch behandelten Werk „Die baltischen Dichter in Rußland". Eine Anthologie baltischer Dichtkunst, die inzwischen in zweiter Auflage erschienen ist, veröffentlichte mit biographischen Skizzen und einem literarhistorischen Vorwort 1894 J. von Grotthuß, der als Dichter wie als Herausgeber der Zeitschrift „Der Türmer" und des „Türmer-Jahrbuches" in den weitesten deutschen Kreisen bekannt ist. Ein umfassendes Werk über die baltische Literatur steht demnächst zu erwarten.

Fliegerlied

Von Carl Cleinow, gefallen am 2. Juni 1918

1. Flieger fliegen in die Höh,
Höher als der Berge Schnee,
Als der Kölner Dom viel höher
Und zum lieben Gott viel näher!
Aus der Ferne hört man leiſe
Ihres Motors luſtge Weiſe:
Surre, ſurre, ſurr.

2. Sagt der Vater Hindenburg:
„Flieg mir durch die Wolken durch,
Flieg durch Regen, Sturm und Bö!“
Ei, gleich purrt er in die Höh.
Vater Hindenburg hört leiſe
Seines Motors luſtige Weiſe:
Surre, ſurre, ſurr.

3. Wenn Granatenſplitter ſpritzen
Und die Schrapnells um ihn flitzen,
Kugeln um das Ohr ihm pfeifen,
Tut er friſch zur Bombe greifen.
Dazu hört der Ruſſ' dann leiſe
Seines Motors Schelmenweiſe:
Surre, ſurre, ſurr.

4. Flieger haben keine Sorgen,
Lieben's Heute mehr als Morgen!
Heute laßt die Flaſche knallen,
Morgen uns vom Himmel fallen!
Unſer letztes Lied ſingt leiſe
Unſers Motors liebe Weiſe:
Surre, ſurre, ſurr.

5. Kommt mal früher oder ſpäter
Über Himmelsau und Hügel,
Unſer Flieger zu Sankt Peter,
Dann ſchenkt der ihm goldne Flügel,
Und der Englein Chor ſummt leiſe
Eines Motors liebe Weiſe:
Surre, ſurre, ſurr.

Dieſe Verſe entſtanden im Winter 1914/15 im Gefangenenlager zu Niſchni-Udinſk in Sibirien, aus dem der Dichter ſpäter entfloh, um wieder Fliegerdienſte zu nehmen.

Randgloſſen zum Tage

An den Herausgeber

Eine greuelvolle Erſcheinung, ſehr geehrter Herr, harrt unſer, ſobald der leichtere Gang des Wirtſchaftslebens wieder im gewohnten Maße die Umwandlung der Bäume des Waldes und der Lumpen vornehmerer oder geringerer Herkunft in Papier geſtattet: die Wiederausdehnung der zurzeit auf den engſten Raum kondenſierten literariſchen Produktion! Alle Berufsſchreiber, ſoweit ſie nicht über das militäriſche Alter hinaus und ihres Verlegers ſicher oder mit der Herſtellung offizieller Kriegsſchriften beſchäftigt ſind, ſind voll von Literatur, die ſie nicht loswerden können. Sie gleichen Dampfkeſſeln, deren Spannung an den roten Mano-

meterstrich heranreicht. Unter derselben literarischen Dampfspannung stehen die Unzähligen, deren Friedensberuf es ist, die Resultate ihrer tiefgründigen Forschungen über die Ahnenreihe der illegitimen Cousine von Goethes letzter Köchin dem wissensdurstigen Publikum zu übermitteln, oder die wissenschaftliche Welt über die wirtschaftliche Bedeutung des Schmalzler-Schnupfens der bayerischen Holzfäller aufzuklären. Überaus heftigen literarischen Drang leiden aber auch die zurzeit anderweitig beschäftigten Tausende wackerer Männer, die nur das Fallen der Zensur- und Papiermangelschranke abwarten, um uns klar auseinanderzusetzen, wieviel besser alles gegangen wäre, wenn man nach ihren Rezepten verfahren wäre. Die Beschwerde-, Kritik- und rückblickende Reformliteratur wird die größten Bücherschränke füllen. Geschrieben werden müssen auch ganz unbedingt die bisher durch die Ungunst der Verhältnisse leider ungeschrieben gebliebenen Romane, in denen der Zusammenhang des Weltkrieges, auf die Beziehungen Kunigundens zu Eduard ergreifend dargelegt werden. Kurz, es sind gähnende Lücken auszufüllen und sie werden ausgefüllt werden. Ob nach diesem Krieg die Zahl der Geburten so überraschend steigen wird, wie es die Statistiker nach früheren Kriegen festgestellt haben, ist nicht sicher, trotz des kommenden törichten Gesetzes, das mit Paragraphen und Strafbestimmungen nachhelfen will. Gewiß ist aber, daß die Zahl der literarischen Geburten alle Mutmaßungen hinter sich lassen wird, ob die Sprößlinge nun die Rassemerkmale der Kriegsliteratur an sich tragen, oder als die Erstlinge der kommenden Friedensliteratur zu gelten haben werden. Wer sich über diese Aussicht freuen zu müssen meint, mag es tun. Freuen müssen wir uns aber alle, daß die kriegsgeborene Rechtfertigungsliteratur aufhören wird, sobald die beiden Mächtegruppen, wie es einst in § 1 des Friedensvertrages so schön heißen wird, beschließen werden, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Die Rechtfertigungsliteratur entstand dadurch, daß Männer, die zufolge ihrer amtlichen, wissenschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Stellung unbedingten Anspruch darauf hatten, daß sie innerhalb Deutschlands mit Respekt und Glauben an die Wahrhaftigkeit ihrer Aussprüche angehört wurden, diesen Respekt und diesen Glauben plötzlich vom Publikum fremder Länder beanspruchten, das bedauerlicherweise nun einmal nicht zum Glauben an die Aussprüche auch der ernsthaftesten deutschen Professoren erzogen und außerdem durch ein infernalisch geschicktes System jahrelanger psychologisch fein berechneter Beeinflussung zu einer wenig schmeichelhaften Auffassung deutscher Angelegenheiten gebracht worden war. Die Herren professoralen und sonstigen Verfasser deutscher Rechtfertigungsschriften arbeiteten zudem in ihren langstieligen, auf die heimischen Trockenheitsansprüche an gediegene Literatur abgestellten Auseinandersetzungen mit Voraussetzungen, Beweisgründen und Darstellungsweisen, die sich bei deutschen Lesern zu bewähren pflegten, gerade deshalb aber anderen Mentalitäten gegenüber versagen mußten. Dem echt deutschen Mangel an psychologischem Verständnis für andere Völker sollte echt deutsche Gründlichkeit im Aufgebot von Papier und Druckerschwärze abhelfen. Sollte? Ich fürchte, der Strom fließt noch immer, denn vier Jahre genügen nicht, um eine richtige Bureaukratie von der Verfehltheit eines angewandten Mittels zu überzeugen. Wenn in fünfzig Jahren der älteste Mann in — nun, das Land ist ja einerlei — stirbt, wird man in seiner hinteren Rocktasche einen Zwieback finden, eingewickelt in Seite 593 der Flugschrift des Professors Schleimig über die Berechtigung der Deutschen, einen französischen Signalapparat von einem Kirchturm herunterzuschießen, nachgewiesen an einer Übersicht der Kriegsbräuche unter König Cheops bis zum Burenkriege. Und wenn in so und soviel tausend Jahren unser Planet in Stücke geht, wird der zehnte Band des grundlegenden Werkes von Geheimrat Professor Dauerbrenner „Sind wir Deutsche wirklich Barbaren?“ als neueste Sorte Meteorit noch einige Zeit durch den Weltraum sausen, weil auf besondere Anordnung der Regierung dazu besonders widerstandsfähiges Papier und ein extra starker Einband verwendet wurden. Das wird aber dann das Ende eines Versuches mit untauglichen Mitteln sein.

Inzwischen hat außerhalb unserer Bureaukratie die Erkenntnis zu wirken begonnen, daß man im propagandistisch-agitatorischen Wettbewerb der Nationen

auch mit Eisenbahnzügen voll literarischer Heimarbeit nichts erreicht, wenn sie sich als literarische Defensive darstellt und am wenigsten, wenn diese Defensive gründlich, gediegen, trocken, witzlos, kurz deutsch-professoral arbeitet. Erstens, weil der andere nicht gelangweilt sein will; zweitens wegen der Wahrheit des Sprichwortes „Wer sich entschuldigt, klagt sich an"; drittens, weil der Ausländer nun einmal nicht verpflichtet ist, auch dem ernsthaftesten Deutschen zu glauben; viertens, weil Argumente, die Deutsche unbedingt überzeugen, darum noch lange nicht auf Leute aus einer ganz anderen Umwelt wirken; fünftens, weil Auseinandersetzungen über die deutsche Tüchtigkeit Ausländer ärgern und mit Besorgnis erfüllen; siebentens, weil dem Auslande von unseren politischen Gegenspielern seit Jahrzehnten täglich in pikanten Notizen beigebracht worden ist, welch gefährlicher Geselle der Deutsche ist; achtens, weil nicht einmal alle Deutschen lesen und verdauen mögen, was unsere gründlichen Denker schreiben; neuntens und zehntens, weil man die Menschen, zumal die nicht so gründlich wie wir erzogenen, nur überzeugen kann, indem man sie amüsiert und ihren Eigenheiten und Eitelkeiten schmeichelt. Und so weiter.

Item, es ist schön, gut und wertvoll, wenn diese Art Literatur aufhört. Man gebe ihren Kämpen und Auftraggebern die wohlverdienten Orden, unter der Bedingung, daß sie aufhören, Deutschland zu rechtfertigen. Sie mögen sich damit trösten, daß sie eine Literaturgattung geschaffen haben, die andere Völker nicht besitzen. Sodann gehe man zur literarischen Offensive über. Die Muster liefern unter anderem die letzten zehn, fünfzehn Jahrgänge der „Times". Diese Offensive kann nur von Diplomaten mit journalistischem und Journalisten mit diplomatischem Instinkt, von intimer Auslandskenntnis und, bei klarstem nationalen Willen vorzüglichen politischen Manieren gemacht werden. Was wir künftig darin leisten und erreichen, hängt ab von dem, was wir aus dem Kriege gelernt haben, was die Behörden nicht bureaukratisch zur Förderung solcher Arbeit zu tun vermögen, was die Verleger der großen Zeitungen künftig für ihren Auslandsdienst leisten, und vor allen Dingen, was uns aus der Zeit an geeigneten Persönlichkeiten für diese diffizile Arbeit zugewachsen ist. Es ist für unsere Verhältnisse selbstverständlich, daß man jetzt schon die größten Organisations-Rosinen im Kopf hat. Weil im Kriege so vieles nur dank größter Organisation erreicht werden konnte, reicht man im Organisationsrausch nach allen Zielen. Die geschickte, unermüdlich die Schwächen der Gegenspieler, die Anschauungen, Stimmungen und Vorurteile der Völker ausnützende, in tausendfacher, oft nur in einer Zeitungsnotiz von wenigen Zeilen sichtbarer, in der unverdrossenen nicht amtlichen Pflege von Beziehungen sich äußernde literarisch-publizistische Förderung der deutschen Interessen und der internationalen Stellung Deutschlands läßt sich nicht oder nur zum verschwindend geringen Teil „organisieren". Sie wird von einer Anzahl Persönlichkeiten geleistet, die die nötigen Eigenschaften und Erfahrungen besitzen — und denen die Grundlage einer angesehenen Stellung und ungehinderten möglichst erleichterten Arbeitens gegeben sein muß — oder sie wird nicht geleistet. Die Herren Professoren Schleimig und Dauerbrenner können sie jedenfalls nicht leisten.

Ihr

Nemo

Neue Bücher

Th. Litt, „Geschichte und Leben". Von den Bildungsaufgaben des geschichtlichen und sprachlichen Unterrichts. Verlag von Teubner, Leipzig-Berlin 1918. Geb. Mk. 4,20.

Wie das Werk für jeden an dem geschichtlichen Werden der Gegenwart Interessierten von Bedeutung ist, so wendet es sich insbesondere an den werdenden, wie an den auch schon mit reicher Unterrichtserfahrung bereits in beruflicher Tätigkeit wirkenden Geschichtslehrer, um in die schwierigsten Fragen des Geschichtsunterrichts vertiefend einzuführen und in dem Streben anzuregen und zu fördern, dem Lernenden die Grundbegriffe der Geschichte verständlich zu machen. In tiefgründiger philosophischer Erörterung behandelt der Verfasser die Kernfragen des historischen Lebens, das geschichtliche Verstehen, die historischen und pseudohistorischen Begriffe und die Erziehung zum historischen Begreifen und historischer Selbstkritik. Indem er von dem Grundsatz ausgeht, daß nur die Gegenwart mit ihrer persönlichen Erkenntnis des Ineinandergreifens der Beziehungen der Gesellschaft in bestimmten Zweckverbänden wie in den natürlich gewordenen von Familie, Volk und Staat den Lernenden fähig mache, das geschichtlich Gewordene zu erkennen und zu verstehen, kommt er zu einer tiefdurchdachten Klarstellung der geschichtlichen Wertung von Altertum und Gegenwart, historischer Wertbeziehung, der Maßstäbe der Beurteilung und der Normen des Schaffens und der Gegenwart. „Die Formen des Erkennens, die uns zur historischen Erfassung der Gegenwart befähigen, sollten an den Inhalten der Vergangenheit geübt und erprobt werden; die Formen des Lebens, die in der historischen Vergangenheit walteten, sollten in der unmittelbaren Beobachtung der Gegenwart erfaßt werden." Aus den soziologischen und geschichtsphilosophischen Betrachtungen führt die Untersuchung zu Folgerungen, „die weit über das Gebiet rein theoretischer Erwägung hinausweisen: die wahrhaft historische Erkenntnis der Lebenszusammenhänge, aus der die Katastrophe der europäischen Völkergemeinschaft hervorgegangen ist, treibt mit Notwendigkeit aus sich die Forderung hervor, daß der Mensch auf Grund eines neuen Denkens und Fühlens seine Stellung innerhalb der historischen Welt bestimme." Es gibt nur wenige Bücher, die in ähnlich tiefgründiger Weise die Grundfragen der historischen Erkenntnis und ihrer Übermittelung an die heranwachsenden Geschlechter behandeln und, zum Teil von ganz neuen Gesichtspunkten aus, erschöpfend klarlegen. So ist das Werk besonders berufen, dem Lehrer der Geschichte wie dem ernsten Geschichtsfreund ein wichtiger Führer in vielen Fragen des geschichtlichen Denkens und der geschichtlichen Lehrweise zu sein und so letzten Endes zum historischen Verständnis der Gegenwart wesentlich beizutragen.

Dr. Knüfermann

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6519.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 28/37.

Die Machtfrage in Preußen

Von Georg Cleinow

Der Kampf im Hause der preußischen Abgeordneten, dessen Zeugen wir sind, mutet an wie das Ringen an der Westfront zur Zeit des Stellungskrieges. Es ist ein zähes, heißes Ringen! Die Verfassung ebenso wie die Geschäftsordnung geben dafür den weiten Rahmen, das Gelände. Jede Position wird mit allen Kunstgriffen der Parteitechnik angegriffen und verteidigt. In Friedenszeiten würde eine Dauerschlacht im Abgeordnetenhause wie diese von dem Lärm der Presse und der Versammlungen im Lande begleitet sein; zum wenigsten würde die Presse die Intensität des Kampfes vor und hinter den Kulissen widerspiegeln. In unserer Zeit fehlt die Begleitmusik fast vollständig, — nicht etwa, weil die böse Zensur oder der Papiermangel den streitbaren Federn Beschränkungen auferlegten — gewiß, die sind auch vorhanden —, wohl aber in erster Linie deshalb, weil brennendere Fragen, die ernsten Fragen unserer internationalen und staatlichen Zukunft alles Denken und Empfinden der Nation beherrschen. Das ist ein gefährliches Moment für die allgemeine Lage. Auch sehr liberale Kreise wollen in dem Ringen um die Wahlrechtsänderung in Preußen nicht so sehr einen Kampf um Lebensfragen der Nation als um Machtfragen der Parteien erkennen. Selbst ganz nahe der Regierung scheinen solche Auffassungen Boden zu haben. Andernfalls hätte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Donnerstag in ihrer Nummer 297 im Hinblick auf die Stärkung der konservativen Positionen nicht schreiben dürfen, „die Interessen der konservativen Partei sollten durch geschickte Taktik soweit gewahrt werden, wie es vom Standpunkte einer geschlossenen Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht möglich war. Ob auch die vaterländischen Interessen dabei voll zur Geltung kommen können, wird die Zukunft lehren“. Hieraus kann gefolgert werden, daß in Regierungskreisen der tiefere Sinn des Kampfes und die tiefere Bedeutung seines Ausganges für die Zukunft Preußens und des deutschen Volkes nicht begriffen wird. Nein, es handelt sich nicht um parteipolitische Machtfragen! Jene liberalen Männer, die sich gegenwärtig hinter Herrn von Heydebrand gestellt haben, haben es gewiß nicht getan, um die Macht der konservativen Partei zu befestigen. Es handelt sich hier um mehr und um höheres. Nicht nur

äußerlich, auch ihrem inneren Wesen nach sind die innerpolitischen Kämpfe mit jenen blutigen in Frankreich in eine Parallele zu stellen.

Wir können darüber an dieser Stelle um so gelassener sprechen, als die „Grenzboten" lange vor dem Kriege für eine Verbesserung des preußischen Wahlrechtes und für seine Anpassung an die veränderten Verhältnisse im Lande, an die Verschiebung in der Bevölkerung sowie an die fortschreitende allgemeine Bildung eingetreten sind; an der konservativen Parteileitung wurde wegen ihres in dieser Frage durchaus ablehnenden Standpunktes scharfe Kritik zu einer Zeit geübt, als es noch mit Unbequemlichkeiten für uns verbunden war. Ein Wahlrecht kann für uns kein Dogma sein; in dieser Hinsicht sind wir weder Demokraten noch starre Konservative, weder Gegner noch Anhänger des gleichen Wahlrechtes als Prinzip. Wir sind einfach Anhänger des deutschen Fortschrittes, bewußte Förderer weitester deutscher Kraftentfaltung in kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Sinne. Von diesem Standpunkte aus fordern wir vor allen Dingen eine starke, zielstrebige Regierung, und da die beiden Kammern des Landtages verfassungsgemäß schwerwiegende Faktoren der Gesetzgebung in Preußen sind, fordern wir ein Wahlrecht, das eine entsprechende Zusammensetzung der Kammern gewährleistet.

Als der preußische Minister des Innern im Herbst vorigen Jahres die Wahlrechtsvorlage einbrachte, konnten wir die Hoffnung hegen, daß die Staatsregierung bereits einen sorgfältig durchkonstruierten Gesetzentwurf, der den eigenartigen Verhältnissen Preußens gerecht würde, zu ihrer Verfügung habe. Herr Dr. Drews schien uns durch seine Persönlichkeit eine Gewähr dafür zu bieten, daß er solchen Entwurf nach und nach zum Gemeingut aller auf dem nationalen Boden stehenden Parteien machen würde. In dieser Annahme sind weite Kreise getäuscht worden. Die Regierung legte dem Abgeordnetenhause lediglich die Forderung vor, sich für das gleiche Wahlrecht, also für eine Theorie zu erklären, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob diese Theorie auf die Praxis des preußischen Lebens im Rahmen des Reiches und unter den durch den langen Krieg geschaffenen Verhältnissen anwendbar sei oder nicht. In dunklen Wendungen wurde bei der Einbringung der Vorlage von Sicherungen gesprochen, die von der Kammer hinzugefügt werden könnten. Die Regierung verzichtete darauf, die Sicherungen von sich aus einzubauen. Durch ihre Haltung während der verschiedenen Phasen des parlamentarischen Kampfes hat sie offenbart, daß sie selbst keine klare Vorstellung von den notwendigen Sicherungen hatte. Die Folge dieser unzulänglichen Vorbereitung des Gesetzentwurfs war zunächst eine völlige Verwirrung der öffentlichen Meinung und die Belastung des Parlamentes mit einer Arbeit, die weit über den Rahmen seines Aufgabenkreises hinausgeht. Grundlegende Reformen können nicht von Versammlungen geschaffen werden, — das ist die Aufgabe des führenden Staatsmannes. Es erweist sich, daß die sogenannten Sicherungen den Regierungsentwurf überhaupt aufheben, wenn sie wirksam sein sollen und daß sie unwirksam bleiben würden, wenn sie den Grundgedanken des Gesetzes nicht anzutasten vermögen. Die Konsequenz solcher Erkenntnis wäre nun eigentlich, daß die Regierung ihren Entwurf zurückzöge und ihre Geheimräte beauftragte, einen neuen, dem Bedürfnis besser angepaßten auszuarbeiten. Statt dessen sehen wir, daß die Fehlkonstruktion durch sechs Lesungen geschleppt werden soll, und daß noch viele Monate hindurch Kräfte, Zeit und Geld und Stimmung, vor allen Dingen Stimmung vergeudet

werden sollen, um einen in jedem Falle unzureichenden Kompromiß zustande zu bringen.

Die Unzulänglichkeiten des Entwurfes treten um so greller ins Tageslicht, weil hinter ihm nicht die Persönlichkeit des Schöpfers stehen kann. Der Vater der Vorlage, d. h. der geistige, ist nicht mehr im Amt. Herr von Bethmann Hollweg hat, nachdem der Rahmen für eine Reform einige Wochen vorher mit einer stattlichen Mehrheit im Abgeordnetenhause verabredet und die schnelle Verabschiedung des Gesetzentwurfes sicher gestellt war, für diese Mehrheit unerwartet den Kaiserlichen Erlaß herbeigeführt, der das gleiche Wahlrecht als angeblich unantastbare Grundlage in Aussicht nimmt. Er selbst ist aus dem Amt geschieden. Man muß sich den Nervenzustand des damaligen Reichskanzlers im Sommer 1917 vergegenwärtigen, so wird man begreifen — freilich nicht entschuldigen — wie die Königliche Botschaft möglich geworden ist, ohne gleich zu dem kränkenden Schluß zu kommen, daß der Kanzler sich mit dem Manöver selbst im Amt halten wollte. Herr von Bethmann Hollweg stand damals ganz im Schlepptau der Reichstagsmehrheit; eine lange Reihe empfindlicher Schlappen in der auswärtigen Politik des Reiches hatte er hinter sich; alle seine Versuche, zum Frieden zu kommen, waren nach der Kriegserklärung durch die Vereinigten Staaten gescheitert: weder der Papst, noch die rote Internationale erwiesen sich als geeignet, die zerrissenen internationalen Verbindungen wieder neu zu knüpfen; dazu kamen sehr drastische Rückschläge in der Polenpolitik und die sehr unerfreulichen Ernteaussichten; schließlich die für Herrn von Bethmann Hollweg geradezu unerträgliche Aussicht, sich für eine rücksichtslose, auf die Vernichtung des militärischen Gegners abzielende Kriegführung entscheiden zu müssen, wie sie die Heerführer angesichts der Haltung der Feinde forderten. Herr von Bethmann Hollweg, der seine ganze Politik im Sommer 1917 zusammenbrechen sah, glaubte, in völliger Verkennung des deutschen Geistes, die Truppen zu den bevorstehenden Leistungen nur fortreißen zu können, indem er die Nation mit dem gleichen Wahlrecht für Preußen beglückte. Wer zur Zeit der Veröffentlichung der Königlichen Botschaft im Felde stand, weiß, wie wenig das gutgemeinte Dokument verstanden wurde. Kam überhaupt das Gespräch auf die innere Politik, die nicht Wirtschaftspolitik ist, so lautete die Frage: wozu dies jetzt? oder sollte das nicht Zeit bis nach Friedensschluß haben? Die Einbringung der Wahlrechtsvorlage hat dann eher drückend als begeisternd auf die Stimmung gewirkt, weil sie den Treibereien gewisser Kreise in Berlin überhaupt erst Bedeutung in den Augen der Heeresangehörigen verlieh. Die Stimmung in der Armee ist nicht in erster Linie von den politischen Stimmungen in Berlin abhängig, sondern von der Verpflegung im Felde, vom Stande der Operationen, von den Eigenschaften der Unterführer, in zweiter Linie von den Ernährungs- und Erwerbsverhältnissen in der Heimat. Ganz zuletzt und auch nur auf die Etappe und die Lazarette gewinnt auch das Parteigetriebe einigen Einfluß. Verzichte der Diplomatie, gleichgültig, ob sie berechtigt sind oder nicht, drücken die Stimmung, bringt sie dagegen greifbare Werte, so wird die Stimmung gehoben. Der ganze Komplex der Ostfriedensschlüsse hat keine Begeisterung aufkommen lassen, weil sie keine sichtbaren Werte einbringen; sie drücken sogar auf die Stimmung, weil bei ihrem Abschluß Versprechungen gemacht wurden, für die die Grundlagen fehlen. Gehoben bis zur

Begeisterung ist die Stimmung wieder bei den Truppenteilen, die in ihrem stürmischen Drange der Feinde Wall niederwerfen. Die Erhebung der Regierungsvorlage zum Gesetz würde keine Besserung der Stimmung nach sich ziehen, wohl aber eine um so tiefere Verdrossenheit bei allen denen erzeugen, die eine weitere Demokratisierung für die Entwicklung des Vaterlandes für schädlich halten.

Die Gefahr des gleichen Wahlrechtes für Preußen liegt in zwei Tatsachengruppen, deren eine dauernd auf uns lasten wird, deren andere mehr als eine Folgeerscheinung des langen Krieges zu bewerten ist.

Auch in friedlichen Zeiten mit normaler Abwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens heischt die Nationalitätenfrage in Preußen Berücksichtigung, sobald an eine Änderung des Wahlrechtes herangetreten wird. Insbesondere zwänge die Polenfrage, solche Sicherungen an das Gesetz anzubringen, daß sie den Charakter von drückenden Ausnahmegesetzen bekämen, sollte die im Osten seit Friedrich dem Großen geleistete Arbeit für das Deutschtum und seine Machtstellung gegen Osteuropa nicht preisgegeben werden. Ohne solche Ausnahmegesetze würde der Osten in wenigen Jahren polonisiert sein, selbst wenn wir voraussetzen, daß der auf der Grundlage des gleichen Wahlrechtes zusammengetretene Landtag für alle möglichen künstlichen Abwehrmaßnahmen gegen die Polonisierung zu haben wäre. Die alleinige Tatsache, daß Posen, Westpreußen und Oberschlesien vorwiegend polnische Parlamentsvertreter hätten, würde es der deutschen Bevölkerung außerordentlich erschweren, mit ihren Wünschen und Anliegen bis zu den Parlamenten vorzudringen. Die öffentliche Umgangssprache in allen politischen Versammlungen würde die polnische sein; um sich zu behaupten, würden die Deutschen die polnische Sprache, nicht aber die Polen die deutsche lernen müssen. Die an sich schon vorhandene Landflucht würde neue Anregung bekommen. Ein demokratisierter Landtag würde aber auch trachten, mit allen den der Demokratie unbequemen Einrichtungen wie Provinzialverfassung und Städteordnung aufzuräumen, und die Städte der Ostmark, mit ihren stolzen Burgen und Wahrzeichen deutscher Kraft, würden vollständig polnischen Verwaltungen ausgeliefert werden. Von der Bureaukratie alsdann einen wirksamen Schutz des Deutschtums zu erwarten, hieße von den Verwaltungsorganen Unmenschliches verlangen. Wenn schon gegenwärtig Regierungspräsidenten und Landräte wegen ihres stramm deutschen Verhaltens versetzt und pensioniert werden, so muß damit gerechnet werden, daß unter der Herrschaft eines demokratischen Landtages jeder Beamte, der es nicht verstände in seinem Dienstbereich „friedliche" Verhältnisse zu bewahren, d. h. nach der Pfeife der polnischen Abgeordneten zu tanzen, glatt sein Amt verliert. Die Verhältnisse werden noch kritischer durch die wirtschaftliche Angliederung von Russisch-Polen an Mitteleuropa. Die Kaufmannschaft der deutschen Ostmark, der sich ein neues Hinterland auftun soll, wird in diesem Hinterlande nur erfolgreich wirken können, wenn sie sich in der Heimat von jedem nationalen Selbstbehauptungskampfe fernhält. Geht sie aber erst des nachdrücklichen Rückhaltes in Preußen verlustig, dann dauert es auch keine zwei Menschenalter und sie ist polonisiert, wie die deutschen und jüdischen Geschäftsleute in Warschau in der kurzen Zeitspanne von 1875 bis 1895 polonisiert wurden. Es ist nicht meine Absicht, die für das Ostmarkendeutschtum mit der Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes heraufziehenden Gefahren in ihrem vollen Umfange hier darzustellen. Wie ernst die Zukunft be-

urteilt wird, kam in der vertraulichen Aussprache voll zum Ausdruck, die vor einigen Wochen der Hauptvorstand des Ostmarkenvereins gelegentlich des Deutschen Tages zu Bromberg gepflogen hat. Worauf ich hinaus will ist, zu zeigen, daß der angebliche Ausgleich, der durch das gleiche Wahlrecht in preußischen Landen herbeigeführt werden soll, in der Ostmark lediglich die Verhältnisse umkehrte, indem er aus dem herrschenden Deutschtum ein nachgeordnetes machte, und daß er zu einer völligen Sonderstellung der Ostmark führen würde entweder durch die überragende Stellung, die dem Polentum eingeräumt wird oder durch die Ausnahmegesetze, die das Deutschtum schützen müßten.

Es mag vielen, besonders in den westlichen Provinzen Preußens, ein schweres Opfer sein, an den Grundlagen des gegenwärtigen Wahlrechtes festhalten zu sollen. Dies Opfer muß gebracht werden oder Preußen müßte als Vormacht gegen den Osten abdanken. Ehe das Reich nicht entschieden hat, wie die Polenfrage weiter entwickelt werden soll, darf das Fundament des Deutschtums in der Ostmark unmöglich so erschüttert werden, wie es durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen geschehen würde. Ist sich die Regierung bewußt, daß es sich um den Besitz oder Verlust reicher deutscher Provinzen handelt und geht sie gegen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses dennoch auf das gesteckte Ziel los, so mag sie auch wissen, daß sie um die sehr unzuverlässige Gunst von einigen hundert oder selbst tausend Berufspolitikern die Stimmung von Millionen Deutschen vernichtete und sich damit nur neue Faktoren schüfe, die die friedliche und gesunde Entwicklung des Reiches auf das schwerste gefährden.

Damit komme ich zu der anderen Tatsachengruppe, die gegen die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preußen während des Krieges spricht, zu den Folgeerscheinungen des Krieges. Kein nüchterner Beurteiler der Lage im Innern wird es leugnen wollen, daß der jahrelange Zwang, der auf allen Schichten der Bevölkerung lastet, eine tiefe Unzufriedenheit, Nervosität und unbegrenztes Mißtrauen gegen die Zivilgewalten erzeugt hat. Hätte uns ein gnädiges Geschick nicht eine verhältnismäßig große Zahl über den Durchschnitt hervorragender Männer in der Armee beschеert und dazu begnadete Führer und Charaktere, . . . die Wut über all die Sinnlosigkeiten im Leben der Heimat, deren Zeugen wir fast täglich sind, hätte sich Bahn gebrochen. . . . Es werden Zeiten kommen, wo die Heerführer mit ihren wunderbaren Leistungen werden zurücktreten müssen, und die ganze Autorität des Staates wird ausschließlich durch Zivilorgane repräsentiert sein. Mit der Einführung des gleichen Wahlrechtes wird sich die Bureaukratie in Preußen nicht ein Jota Autorität bei den Massen erwerben, eher schon die vorhandene Autorität weiter untergraben helfen. Wird auch der Abbau des Kriegszustandes wegen der Größe der Fronten und besetzten Gebiete nur ganz allmählich erfolgen können, so wird er doch immer noch schneller vor sich gehen, wie der zwangsläufige bureaukratische Apparat es vertragen dürfte. Viele Reibungen werden an allen Orten unvermeidlich sein. Für die Organe der Verwaltung wird der Krieg recht eigentlich erst beginnen, wenn der allgemeine Frieden geschlossen ist. Die Heimgekehrten werden, und mag man ihnen noch so herrliche Begrüßungspforten bauen und noch so schöne Willkommreden halten, enttäuscht sein durch den Zustand, in dem sie ihr Gewerbe, ihre Wirtschaft vorfinden. Die Regierung wird, wenngleich nicht in dem Maße wie die Regierungen der besiegten Länder, mit

einer stark aufgewühlten Stimmung zu rechnen haben, einer Stimmung, die von allen denen nur zu gern genutzt wird, die eigensüchtige Zwecke verfolgen: Einzelpersonen und Parteien! ... ich brauche nicht deutlicher zu werden. Gewisse Präludien hörten wir kürzlich in den Reichstagsreden des Freisinnigen Herrn Haußmann und des Unabhängigen Herrn Cohn. Mit der Befreiung Polens, Litauens, Finnlands, ja selbst der Baltischen Provinzen und dem Petroleumvertrage wird die Regierung zunächst nicht glänzen können, wo die ganze finanzielle Last des Krieges trotzdem den heimgekehrten Siegern aufgebürdet wird und Steuern und Monopole, Verkehrsbeschränkungen und wirtschaftliche Reglementierung jede Lust sich zu betätigen erheblich hemmen werden. Und dazu ein Landtag, in dem schärfer noch wie im Reichstage Polen und Sozialdemokraten das Wort führen und ihre Sonderinteressen unter dem Deckmantel der Nächstenliebe vertreten! Wir bekämen gerade das, was jeder weiterblickende Politiker und Staatsmann verhindern möchte: die Revolution oder eine Militärdiktatur mit allen ihren ernsten Begleiterscheinungen! Herr Korfanty soll sich kürzlich einem ukrainischen Sozialisten gegenüber dahin geäußert haben, vom polnischen Standpunkte aus sei die Lage umso besser, je toller es herginge, d. h. je größer auf der einen Seite der Zwang, auf der andern die Unzufriedenheit sei.

Die Abstimmungen im Abgeordnetenhause haben der Regierung bewiesen, daß die Zahl derer ständig im wachsen begriffen ist, die die hier angedeuteten Gefahren in ihrem vollen Umfange zu begreifen beginnen, welche in der zu dieser Zeit eingebrachten Wahlreform liegen. Die Regierung sollte sich den gesunden, starken Instinkten anvertrauen, die ihr aus der Haltung der bürgerlichen Parteien entgegenströmen, und nicht jenen nervösen Stimmungen aus dem Sommer 1917. Der Arbeiter, der aus Frankreich, Rußland, Syrien und von allen Meeren nach so langer Abwesenheit heimkehrt, will zunächst Arbeitsgelegenheit und Brot haben, nicht aber das Stimmrecht für den Landtag, — das ist eine Forderung der Heimkrieger. Der Bauer, der die Etappengüter in Frankreich, Flandern und Litauen beackert hat, will sein eignes Land wieder nach allen Regeln der Kunst bewirtschaften; auch ihm liegt der Wunsch nach politischen Rechten ferner. Der Kaufmann will aus der Kriegswirtschaft und all dem demoralisierenden Staatssozialismus hinaus, will seine persönliche Tüchtigkeit wieder wirken lassen und sein Gewerbe wieder ehrbar machen. Und wir andern, der gebildete Mittelstand, wir sind durch den Sozialismus schon so ausgeplündert, daß uns garnicht danach gelüstet, weiter einer sozialistischen Regierungskunst mit ihren uferlosen Experimenten ausgeliefert zu werden. Bis auf einige Ehrgeizige, die sich von der Demokratisierung des preußischen Wahlrechtes den Einzug in das Abgeordnetenhaus versprechen, haben auch wir es wirklich nicht eilig mit der Reform. Ordnung wollen wir, Wiederaufbau der Schulen, um unsere arme vernachlässigte Jugend zu tüchtigen moralischen Menschen zu erziehen, nicht Experimente! So steht es am Anfang des einunddreißigsten Regierungsjahres des Königs von Preußen. So sehen die Machtfragen aus, um die im preußischen Abgeordnetenhause gekämpft wird, — nicht sind es Parteifragen, sondern Fragen um die Zukunft von Nation und Staat.

Ideale und Irrtümer der elsaß-lothringischen Frage

Von Dr. Paul Wentzcke

1. Vor hundert Jahren

rei hohe Wegzeichen stehen am steilen Pfade, der zur nationalen, staatlichen Einheit des deutschen Volkes führt: das Zeitalter der deutschen Erhebung, die deutsche Revolution von 1848 und die Reichsgründung Bismarcks. Für die innere Verfassungsentwicklung von Volk und Nation und für das Werden eines politischen Sinnes nimmt der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche mit den ihn umrankenden Bestrebungen den wichtigsten Platz ein. Die großen Probleme, die der Kampf zwischen Reichsgedanken und Territorialstaat im Aufbau der Nation geschaffen hatte, sind damals erst in all ihrer Bedeutung voll erkannt worden. Für die Konsolidierung des Staates dagegen bilden die Jahre von 1807 bis 1815 und wieder die Zeit von 1859 bis 1870 die Grenzpunkte. Als Ergebnis außenpolitischen Druckes entstehen im Kern Mitteleuropas neue Bildungen: einmal der Deutsche Bund, später das Deutsche Reich. Während die Verträge von Paris 1814 und 1815 die Einheitsbewegung, in deren Bann und Wesen wir jetzt noch stehen, einleiten, schließt sie der Frieden von Frankfurt völkerrechtlich ab. Seine wichtigste Bestimmung ist die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen durch Frankreich, das damit zwei Länder freigibt, deren Besitz dem deutschen Volke seit 1813 als Preis und Symbol des neuen nationalen Staates erschienen war.

Wohl galt der Kampf gegen den übermächtigen Korsen, der den Staat Friedrichs des Großen schmählich in Fesseln geschlagen hatte, zunächst nur Preußens Befreiung. Aber aus Süd- und Westdeutschland strömte in das feste Gefüge der jungen brandenburgischen Großmacht eine Fülle neuer Kräfte ein, die die westeuropäischen Gedanken politischer Freiheit bereits in national deutscher Eigenart umzubilden wußten. Der Gedanke an Wiedergewinnung verloren gegangener Volksgenossen aber trat über all der sozialen und wirtschaftlichen Not dieser Jahre noch kaum hervor. Erst in den Tagen schwerster Krisis verbanden sich in den Köpfen tatkräftiger Staatsmänner beide Anschauungen. Als im November 1812 der Reichsfreiherr vom Stein den Plan aufwarf, im Anschluß an die Niederlage Napoleons in Rußland die Franzosen aus Deutschland zu verjagen, verlangte er auch die Gebiete zwischen Rhein, Schelde, Ardennen und Vogesen für die deutsche Nation zurück. Die durch die Fürstenrevolutionen des letzten Jahrzehntes herrenlos gewordenen Länder sollten, so meinte er wohl, als Reichsland unter die unmittelbare Gewalt von Kaiser und Reich zurücktreten. Doch nur kurze Zeit währte dieser Traum. In der Bedrängnis, die die ersten schweren Schlachttage der Befreiungskriege Volk und Fürsten Norddeutschlands brachten, begnügten sich die Kämpfer mit der Aussicht auf die Rheingrenze. Erst das wunderbare Erlebnis der Leipziger Schlacht bildet den Wendepunkt.

Als in den blutigen Oktobertagen des Jahres 1813 der Stern des großen Korsen und mit ihm die Vormachtstellung Frankreichs sank, erhob sich gleichzeitig die deutsche Einheitsbewegung siegreich zu neuer Entwicklung. Die Wiederaufrichtung des alten Reiches in neuer Herrlichkeit und in freier Gemeinschaft wurde ihr erstes, zunächst einziges Ziel. Nur langsam überwand die Bewegung die Straßenhöhe, an der es nur einen Rückblick gab. Fast zaghaft stieg dem staatlosen, unpolitischen Volke und seinen geistigen Führern die Erkenntnis auf, daß nur festbegründete Sicherheit nach außen eine gedeihliche innere Neuordnung verbürge. Und nur im Westen schien damals der Feind zu stehen! Im Westen, der immer noch die wichtigsten und wertvollsten Quellen der deutschen Kultur und der deutschen Wissenschaft barg. Im Westen, wo sich mahnend und warnend der stolze Turm des Straßburger Münsters als Wahrzeichen auch rechtsrheinischen Landes erhob. Bevor noch Heerführer und Volksheer die Befreiung und Wiedergewinnung der alten Reichsgebiete am Mittel- und Niederrhein in den Bereich

ihrer Feldzugspläne hineinziehen konnten, trug lange zurückgedrängte nationale Sehnsucht auf starken Fittigen den Ruf nach Elsaß und Lothringen in die alte Heimat. Wohl war auch jetzt der Widerhall, den er fand, zunächst noch unklar, und allzu oft verlor er sich in ganz allgemeinen Klagen und Wünschen. Aber stärker und stärker zeigte sich bald das Bedürfnis, darüber hinaus auch der staatsrechtlichen Zukunft der zurückzufordernden Gebiete zu gedenken. Die Nation selbst verlangte nach einer kraftvollen Verfassung, für deren Gestaltung die Staatsform Elsaß und Lothringens entscheidend werden sollte und mußte. In lebhafter Erörterung wandelten sich im Kreise der deutschen Publizisten und Staatsmänner in den Jahren 1813 bis 1815 die Gedanken an einen neuen Pufferstaat zur zaghaften Forderung eines Reichslandes als Schutz und Symbol des neuen Deutschen Reiches. Probleme erstanden, die wie die Gedanken an Kaiser und Reich in den großen Kreisen der deutschen Einheitsbewegung immer aufs neue zur Lösung drängten. Im Zusammenfluß innerer und äußerer Politik treffen sich in der elsaß-lothringischen Frage die Forderungen nach Sicherung der westlichen Grenze mit den Wünschen nach Einheit und Freiheit des ganzen Vaterlandes, die die Tage von Belle-Alliance und Paris, die Tage von Wörth und Sedan und endlich die großen Taten unseres Weltkrieges begleiten.

Es ist bezeichnend, daß in den Jahren 1813/14 zur Begründung der auf Elsaß und Lothringen gerichteten Ansprüche die militärische und politische Sicherung Deutschlands vor neuen Angriffen des Erbfeindes zunächst fast an letzter Stelle steht. Die Vorkämpfer der öffentlichen Meinung, die unmittelbar nach der Leipziger Schlacht in Flugschriften, Zeitungen und Gedichten den Streit eröffnen, vertreten noch durchaus die Wünsche der deutschen Kulturnation, deren staatliche Einheit und Macht ein unklarer Traum der Zukunft blieb. Zuerst und am leidenschaftlichsten tritt uns im Herbst 1813 Ernst Moritz Arndt als der begeisterte, opferfreudige Herold des neuen Deutschland entgegen. Ihm, der mit allen Fasern seines Wesens im Zeitalter der Aufklärung und der Frühromantik wurzelt, ist und bleibt „die einzige, gültigste Naturgrenze die Sprache. Am Rhein", meint er, „müssen die mächtigsten deutschen Fürsten gebieten, Österreich und Preußen". Über diese ganz allgemeinen, vereinzelt stehenden Sätze aber kommt Arndt nicht heraus, und auch die mannigfaltigen Stimmen der öffentlichen Meinung, die bis zum Februar 1814 seine Anschauungen wiederholen und auszubilden suchen, wissen über die künftige Verwertung der wiederzuerobernden Landstriche nichts zu sagen. Im großen ganzen empfängt der Gedanke an Elsaß und Lothringen Blut und Leben doch nur von der großen nationalen Begeisterung, die dem romantischen Symbol der alten Kaiserherrlichkeit, dem Rhein mit seinen Bergen und Burgen, mit seinem Rebengold und seinen Domen galt. Vor allem in den Gedichten August Wilhelm Schlegels und des gräflich Stolbergschen Brüderpaares beherrscht diese Verbindung Ton und Inhalt. Und wenn Max von Schenkendorf in seinem Hohen Lied von deutscher Städte Ruhm und Preis auch Riga, Novogrod und Danzig neben Straßburg, die unerlöste Schwester, weiht und seinen Münsterturm der Feuersäule Moses als heimwärts gerichteten Wachtturm vergleicht: zu fester Anschauung über Maß und Ziel der heißersehnten Erwerbung vermag sich keiner der Sänger und Dichter emporzuringen.

Es fehlten im Spätjahre 1813 völlig alle Richtlinien festumrissener politischer Forderungen, ohne die die öffentliche Meinung stets haltlos hin und her schwanken wird. Noch im Dezember dieses ersten Kriegsjahres dachte kaum ein deutscher Staatsmann an Eroberungen jenseits des Rheins. Selbst der Freiherr vom Stein wagte nicht mehr von der Rückgabe des Elsaß zu sprechen, als er seine Pläne von Kaiser und Reich Stück für Stück dahinsinken sah. Erst nachdem die verbündeten Heere den deutschen Strom von Schaffhausen bis hinunter nach Düsseldorf überschritten hatten, wurde die Frage von neuem lebendig. Österreich allerdings verzichtete dabei von vornherein auf alle Ansprüche, die gerade dem alten habsburgischen Kaiserhause aus früherem vorderösterreichischen Besitz am linken Rheinufer zuzufallen schienen. Seit 1809 hatte sich sein politischer Blick endgültig

dem Osten und Süden, Polen, Ungarn und Italien zugewandt. Als Rußland im Anfang des Jahres 1814 gelegentlich einen Austausch Galiziens gegen Elsaß anregte, lehnte es der österreichische Staatskanzler, der allgewaltige Metternich, ab, solche Vorschläge auch nur zu erörtern. Und ebenso legte der leitende preußische Staatsmann, Fürst Hardenberg, nicht den geringsten Wert auf die Wiedergewinnung des Elsaß und Lothringens. Selbst der Besitz der Länder am Niederrhein mit Aachen und Köln war ihm ja anfangs eine arge, unerfreuliche Belastung des altpreußischen Staates. Gar zu gern hätte er dafür ganz Sachsen eingetauscht und der Errichtung eines neuen Pufferstaates zwischen Rhein, Mosel und Maas zugestimmt. Nur einzelne Rheinbundstaaten erhoben bereits seit dem Januar 1814 bestimmte, wohlerwogene Ansprüche. Baden und Württemberg vor allem fühlten sich stets aufs neue von Frankreich unmittelbar bedroht, dessen Kanonen in Hüningen und Neubreisach und ganz besonders von der Straßburger Zitadelle aus drohend die Rheinübergänge sicherten. König Friedrich von Württemberg, der ehrgeizigste und zugleich der franzosenfeindlichste der süddeutschen Fürsten, hoffte zudem, bei einer Angliederung des Elsaß an Deutschland auch den alten Besitz seines Hauses am linken Rheinufer wieder zu erwerben. Die Grafschaft Mömpelgard mit dem fruchtbaren, weingesegneten Vorland von Horburg und Reichenweier war ja erst knapp zwei Jahrzehnte zuvor, 1796, mit Frankreich vereinigt worden. Zur Verbindung mit dem württembergischen Stammland mochte dann das junge, nur lose zusammengefügte Großherzogtum Baden den Breisgau an das neue großschwäbische Königreich abtreten. In Westfalen und im bisherigen Großherzogtum Berg stand noch herrenloses Land genug zur Verfügung, die Zähringer zu entschädigen. In ähnlichen Entwürfen legte Bayern bereits die Hand auf einzelne Teile Württembergs, Badens und Hessen-Darmstadts und bot zum Austausch Eroberungen im Elsaß an, das zwischen Württemberg (Sundgau) und Baden (Unterelsaß) geteilt werden könne.

Diese ersten diplomatischen Verhandlungen über einen neuen Grenzwall am Oberrhein hatte Gneisenau im Auge, als er im Frühjahr 1814 eifrig für die Abtretung von Elsaß und Lothringen eintrat. Weit über alle Interessen von Dynastien, Stämmen und Einzelstaaten aber erhob er, der Feldherr des siegreichen preußischen Heeres, von vornherein die militärischen Notwendigkeiten, die gebieterisch ein Zurückdrängen Frankreichs forderten. Im Mai sprach er davon, Preußens Grenzen bis an die Maas vorzuschieben und dafür andere deutsche Fürsten im Elsaß zu entschädigen. Und im August mahnte er gar, lieber halb Belgien den Franzosen zu überlassen und dafür Elsaß zu nehmen! So hoch schätzte er jetzt den strategischen Wert der Vogesengrenze ein. Die preußischen Staatsmänner aber konnten und durften der Lockung nicht folgen. Die Mißgunst der übrigen Großmächte verurteilte die hochfliegenden und doch so nüchternen Pläne des Feldherrn und des glühenden Vaterlandsfreundes zum Scheitern, als England dem Kontinent das gern nachgesprochene Dogma vorschrieb, daß Belgien und seine Küste nicht in Frankreichs Hand fallen dürfe. Nur zu wahr klang die bittere Klage Gneisenaus über diesen Verzicht: „Ein durch seine Zerrissenheit und Spaltungen ohnedies auf eine schwache Verteidigung beschränktes Reich wie das deutsche, muß seinen Erbfeind im Besitz aller der Mittel lassen, die zu dem Zweck vorbereitet sind, unsere Unterjochung systematisch durchzuführen."

Der erste Pariser Frieden schien endgültig alle Wünsche, die Deutschlands Einheit und Freiheit im Innern und nach außen sichern wollten, zu Grabe zu tragen. Frankreich behielt die Grenzen, die seine Revolutionsheere erstritten hatten. Ja, darüber hinaus noch konnte es sich einzelne Grenzfestungen angliedern, deren Besitz seine klugen und tatkräftigen Staatsmänner als unveräußerliche Werte der französischen Nation erklärten. Im Gewirr der Verhandlungen des Wiener Kongresses, der sich Deutschlands innere und äußere Neuordnung zur Aufgabe setzte, wurde die Rückgabe von Elsaß und Lothringen überhaupt nicht mehr berührt. Erst der Anschluß Frankreichs an seinen entthronten Kaiser und die neue Kriegs-

erklärung der Verbündeten ließen die alten Hoffnungen wieder aufleben. Mit jedem Siege über französische Heere verband das deutsche Volk fortan das Verlangen nach dauernder Sicherung der Westgrenze. Wer diese neuen Zeugnisse der öffentlichen Meinung vergleicht mit den dünn und unrein klingenden Stimmen, die sich im Kriegswinter 1813/14 für eine Grenzberichtigung am Oberrhein erhoben, steht überrascht vor einer inneren Umwandlung und Kräftigung des nationalen Selbstbewußtseins. Wenige Monate nur waren vergangen, aber in ihnen hatte sich die deutsche Romantik, die im Südwesten, im „Reiche", entsprossen war, bereits mit der Kraft Preußens aufs innigste verbunden. Zum ersten Male stellten preußische und deutsche Vaterlandsfreunde damals offen und frei die Forderung der Einheit Deutschlands unter Preußen und der Dynastie Hohenzollern auf. Als König Friedrich Wilhelm der Dritte am 22. Mai 1815 seinem Volke versprach, ihm eine Verfassung und Landesvertretung zu gewähren, warb damit der preußische Staat um die Herzen aller deutschen Stämme. Durch moralische Eroberungen, durch die „Liberalität der Grundsätze", hoffte Gneisenau auch die widerstrebenden Rheinbundstaaten an sein Könighaus zu fesseln. Nicht mit Unrecht sah Metternich damals unter den „preußischen Jakobinern" einen neuen „teutonischen" Geist aufglimmen, dessen Flammen alle Bedenklichkeiten und Halbheiten der alten Kabinettspolitik zu verzehren drohten. Die Dichter der Rheinlieder mit ihrem schwärmerischen Sehnen waren verstummt. Realpolitische Erwägungen im besten Sinne traten in den Vordergrund. Die Forderung einer Einheit von Sprachgebiet und Staat, einer Verschmelzung von Staatsnation und Kulturnation mußte auch jetzt noch zurücktreten, solange Holstein dänisch, die Ostseeprovinzen russisch waren, solange die Könige der Niederlande und von Dänemark sowie vor allem der Kaiser von Österreich, der Herrscher über Millionen slawischer und italienischer Untertanen, Glieder des souveränen deutschen Bundes blieben. Aber es war ein Fortschritt, so gewaltig, wie ihn nur jahrelange Kriegsnot einem Volke einhämmern kann, daß jetzt militärische Notwendigkeiten auch in der Publizistik hervorgehoben wurden.

Elsaß und Lothringen freilich sind hier vielfach zunächst nur als Teilstücke der großen Erwerbungen genannt, die Frankreich als abgerissene Glieder des alten Reiches samt und sonders zurückzugeben habe. Als aber die Ansprüche mäßiger wurden, bildete sich sehr bald gerade damals ein Sprachgebrauch aus, der unter „Elsaß und Deutschlothringen" fast durchweg eben die Gebiete verstand, die heute unter dem Namen des Reichslandes vereinigt sind. Wenn auch die Bestimmung der Sprachgrenze und damit der Grenzscheide nach Westen schwankt: Deutschlothringen bleibt untrennbar für die deutsche Sehnsucht mit dem Elsaß verbunden. Seit im spanischen Erbfolgekriege zum ersten Male gelegentlich die Verschmelzung beider Länder zu einer Militärgrenze gegen Frankreich erwogen wurde, erhob sich eine neue, wenn auch zunächst nur ideale Einheit. Die Führung und Vertretung dieser Verbindung aber übernimmt dem deutschen und dem französischen Volke gegenüber trotz aller inneren Gegensätze das Elsaß, dessen Charakter und Wesen auch für unsere Darstellung die ganze Schärfe und Schwierigkeit des elsaß-lothringischen Problems selbst zur Anschauung bringt. Für die Stimmung in Deutschland in diesen Frühlingstagen aber ist es bezeichnend, daß all den erwähnten Entwürfen fast durchweg jede Angriffsspitze fehlt. Der Gedanke, dem westlichen Nachbar gegenüber zur Verteidigung gezwungen zu sein, ist übermächtig. Die militärische Lehre, die Napoleons Kriege doch eigentlich reichlich genug verbreitet hatten, daß der Angriff die beste Parade ist, war nur wenigen Auserwählten in Fleisch und Blut übergegangen. Nur so ist es verständlich, daß gerade im Übergang von der Publizistik zur Politik von verantwortungsfreien, luftigen Plänen zu vorsichtigen diplomatischen Verhandlungen der Gedanke an die Gründung neuer Pufferstaaten machtvoll an Boden gewann.

Im geschichtlichen Kampf um das europäische Gleichgewicht mochte es in der Tat so manchem Staatsmann der alten Schule scheinen, als klaffe zwischen den „herabgefallenen Blöcken" der mittelalterlichen Kaiserburg, zwischen der Schweiz einerseits, dem neuen Königreich der Niederlande andererseits, noch eine bedenk-

liche Lücke. Elsaß und Lothringen als selbständiger, autonomer Staat konnten sie schließen, und in ununterbrochener Breite dehnte sich das Niemandsland von der Nordsee bis zu den Alpen zwischen den feindlichen Schützengräben, deren Lage und Ausbau in papierenen Verträgen für Zeit und Ewigkeit festgelegt werden konnten! Vor allem einzelne Diplomaten der Verbündeten, die der Abtretung von Elsaß und Lothringen nicht grundsätzlich abgeneigt waren, griffen solche Gedanken auf. Wenn nur irgend ein Staat zweiter Ordnung gegründet werde, der der Schweiz und den Niederlanden die Hand reiche und mit diesen Pufferstaaten zusammen in den neuen deutschen Bund eintrete, so galt ihnen diese Regelung bereits als ein gewaltiger Gewinn für die Sicherheit Deutschlands. Sogar der Gedanke, aus Elsaß und Lothringen einen größeren eidgenössischen Kanton zu bilden, schien der Erwägung wert. Geschichtliche Erinnerungen an alte Beziehungen zwischen dem Sundgau und Basel, zwischen Zürich und Straßburg, sowie an die Niederlage Karls des Kühnen bei Nanzig lebten auf, den verworrenen Streit um Elsaß und Lothringen zu gutem Ende zu führen. Selbst der Freiherr vom Stein, der sich im Juni 1815 eifrig für die Abtretung des Elsaß und seiner Festungen bemühte, begnügte sich damit, das Land „für Deutschland" schlechthin zu fordern. Gelegentlich nur trat er, der alte Schwärmer, für sein früheres habsburgisches Kaiserhaus, für die Errichtung einer elsässischen Sekundogenitur für den Erzherzog Karl, den berühmten Sieger von Aspern, ein, eine Lösung, die der damalige österreichische Generalgouverneur im Elsaß warm befürwortet hatte.

Nur die Staatsmänner und Herrscher der süddeutschen Mittelstaaten waren bereits mit bestimmten militärischen und politischen Zielen in den neuen Kampf gegen Napoleon eingetreten. Und mit Genugtuung durften sie diesmal die Führer der preußischen Vormacht an ihrer Seite sehen. Durch die Erwerbung der Länder zwischen Rhein und Maas, der künftigen Rheinprovinz, war ja auch der Staat Friedrichs des Großen nun endgültig in die Reihe der Rheinuferstaaten eingetreten. Zugleich war für Preußen und für Süddeutschland der Gedanke an einen Pufferstaat am Oberrhein innerlich und äußerlich hinfällig geworden, seit sich der deutsche Bund wie ein Keil zwischen die Niederlande und das obere Moseltal vorgeschoben hatte.

Wieder wie im Jahre zuvor war König Friedrich von Württemberg der eifrigste Vertreter der Gedanken einer Abtretung von Elsaß und Lothringen. Nachdrücklich bekannte er sich jetzt auch amtlich zu der Anschauung, daß die natürlichen Grenzen Frankreichs an keinem Punkt zwischen Alpen und Nordsee deutlicher abgezeichnet seien als in den Vogesen. Der Verlust seiner rein deutschen Provinzen beraube die französische Nation daher keiner Verteidigungsbollwerke, sondern entziehe ihr lediglich die vielfach mißbrauchten Angriffsbastionen. Mit scharfem, geschichtlich geschultem Blick wies eine württembergische Denkschrift besonders die vielfach verbreitete Meinung zurück, man könne und dürfe sich mit der Schleifung der Festungen Hüningen, Schlettstadt, Straßburg und Landau begnügen: „Indem man ein Volk zwingt", so mahnt ernst und würdig der ungenannte Verfasser des Schriftstückes, „seine Festungen zu zerstören, erniedrigt und demütigt man es, ohne es zu schwächen oder sich selbst zu verstärken". Über die Verwertung und Verteilung des wiedergewonnenen Elsaß aber spricht auch er sich nicht aus. König Friedrich selbst hätte wohl am liebsten den Breisgau und den Seekreis von Baden erworben, um damit über Lörrach und Hüningen eine ununterbrochene Verbindung zur alten Grafschaft Mömpelgard zu erhalten, aus der noch im August 1815 eine Eingabe der Bürger die Wiedervereinigung mit dem Württembergischen Stammland verlangte. Noch schärfer als diese Pläne bedrohten die „pfälzischen Träume" des bayerischen Kronprinzen den Besitzstand des jungen Großherzogtums Baden. Allzu schroff fiel ja nach dem Abschluß des Wiener Kongresses ins Auge, daß dem größten süddeutschen Mittelstaat die letzte Rundung fehlte. Die Gewinnung einer Landbrücke zwischen Franken und der linksrheinischen Pfalz sollte daher jahrzehntelang noch den obersten Gesichtspunkt der auswärtigen Politik des Königreichs Bayern bilden. Im September 1815 entwickelte eine bayerische Denkschrift solche

Gedanken in durchaus ernst zu nehmender Sprache: Württemberg solle das Elsaß und die Anwartschaft auf die Erbfolge in Baden erhalten, dafür jedoch das ganze Donaugebiet an Bayern abtreten. Lothringen könne als neues Großherzogtum dem Kronprinzen von Hessen zugewiesen werden, der seine Rechte auf Kassel an Preußen abtrete.

Wenn in diesen Projekten der nächste Nachbar des Elsaß, das Großherzogtum Baden, kaum berücksichtigt wird, so genügt der Hinweis, daß ja nach bayerischer Auffassung dem aussterbenden Hause der Zähringer jede Lebensfähigkeit abgesprochen wurde. Außerdem aber ist doch zu betonen, daß der Großherzog selbst und seine Ratgeber von vornherein auf das Bestimmteste jede Entschädigung auf dem linken Rheinufer ablehnten. Wohl verband der deutsche Strom damals weit stärker noch als heute die Völker; die Menschen aber trennte er und schied in nachbarlichem Gegensatz und Zwist die Elsässer von den rechtsrheinischen Alemannen, die nicht ohne Neid zu den wirtschaftlich weit günstiger gestellten Stammesgenossen hinüberblickten. Vor allem jedoch fühlte sich der badische Staat bei weitem nicht der neuen Aufgabe gewachsen, in den neufranzösischen Departements die militärische Verteidigung des deutschen Bundes einem revanchelüsternen Frankreich gegenüber zu übernehmen. Nur unter dem sicheren Schutz der deutschen Großmächte hätten ja all diese kleinstaatlichen Bestrebungen einer Angliederung Elsaß und Lothringens Erfolg versprochen. Österreich aber, das wußte man bald aus amtlichen und publizistischen Kundgebungen, versagte sich wiederum jeder Neuregelung der Grenzen. Wie 1814 konnte es sich auch jetzt nicht entschließen, seine neugekräftigte Macht, die in Angriff und Verteidigung auf Ungarn und Italien gestellt war, durch Landerwerb im Westen zu schwächen und zu zersplittern. Den bereits erwähnten Gedanken, den Erzherzog Karl mit dem Schutze des Oberrheins zu betrauen, lehnte Metternich von vornherein ab. Allenfalls schien der allmächtige Staatskanzler eine Zeitlang für die Schleifung der elsässischen und lothringischen Festungen eintreten zu wollen. Aber auch diese Erwägung versank sehr bald im Strom der gesamteuropäischen Politik.

Nur Preußen nahm bereits unmittelbar nach dem Siege von Belle-Alliance die Pläne wieder auf, die seine Publizisten und sein großer Feldherr schon nach dem ersten Pariser Frieden so eifrig erwogen hatten. Nachdrücklich mahnte Blücher selbst seinen König, daß dieser Augenblick der einzige und letzte sei, um Deutschland gegen Frankreich zu sichern. Und für Gneisenau war die Abtretung von Elsaß und Lothringen bereits am 22. Juni 1815 ein schlechthin „selbstverständliches" Kriegsziel. Auch Friedrich Wilhelm den Dritten wußte er jetzt für diese Anschauung zu gewinnen. Er wolle, erklärte der König, „mit einer so verdorbenen Nation wie die französische" keinen Frieden ohne bestimmte Faustpfänder schließen. Hardenberg mußte amtlich die Vogesengrenze und die Festungen an Saar, Mosel und Maas verlangen. Während aber Gneisenau die Forderung ganz Lothringens mit Toul und Nanzig für notwendig hielt, wollte der preußische Staatskanzler im Einklang mit Wilhelm von Humboldt den dreifachen Befestigungsgürtel Vaubans nur durch Absplitterung seiner ersten Linie schwächen. Die Abtretung des Elsaß mit Belfort und Mömpelgard, meinte er, sowie eines Teiles von Lothringen mit Saarlouis, Saarbrücken, Metz und Diedenhofen werde genügen. Anschließend sollte dem jungen Königreich der Niederlande die Festungsreihe von Gravelingen und Dünkirchen bis Longwy zufallen. Über die staatsrechtliche Zukunft Elsaß und Lothringens aber wagte Hardenberg keine Vorschläge zu machen. Gneisenau dachte wohl gelegentlich an einen Austausch des Elsaß gegen Ansbach-Bayreuth, dessen Bevölkerung sehnlichst die Wiedervereinigung mit Preußen erhoffte. Doch hielt auch er dies Verlegenheitsprojekt, dessen Ausführung Bayern dauernd mit dem neuen Nachbarn im Westen verfeinden sollte, nicht als bestimmtes Ziel fest. Schon Anfang August lehnte der preußische Feldherr vielmehr verbittert alle weiteren Verhandlungen ab, als er sah, wie die übrigen Großmächte mißgünstig jede Hilfe versagten. Wenig später mußte ebenso Hardenberg alle Forderungen auf größere französische Landabtretungen fallen lassen. Schritt

für Schritt wich er zurück. Auch die Hilfe der zeitgenössischen Publizistik, die sich in diesen Monaten dem Staate Friedrichs des Großen rückhaltlos zur Seite stellte, konnte dem Verhängnis nicht wehren. Aber gerade aus diesem Bündnis, dem ersten, das Preußen und Deutschland in bewußtem Streben nach einem gemeinsamen Ziel schlossen, gingen neue Anregungen hervor, die dauernd die Hoffnung auf Wiedererwerbung von Elsaß und Lothringen mit dem deutschen Einheitsgedanken, mit der Sehnsucht nach Kaiser uud Reich verknüpfen sollten.

Im Chor dieser öffentlichen Meinung, die unmittelbar nach der Rückkehr Napoleons allenthalben wieder aufsproß, erscheint jetzt Josef Görres als Führer und Meister des Wortes. Eifrig nahm im Hochsommer 1815 sein „Rheinischer Merkur", der im zweiten gewaltigen Kampf gegen Napoleon damals zur sechsten europäischen Großmacht wurde, den Gedanken an Elsaß und Lothringen auf. Wohl war Görres schon im Frühjahr 1814 gelegentlich für die Vogesen- und Ardennengrenze eingetreten. Als aber zugleich der Plan auftauchte, das so gewonnene Neuland nach altem Rheinbundbrauch aufzuteilen, Elsaß mit der geschleiften Festung Straßburg an Baden zu geben, Württemberg dafür mit dem Breisgau und dem Seekreis, Bayern mit der badischen Unterpfalz, dem Gebiete um Heidelberg zu entschädigen, hatte sich der Koblenzer Feuerkopf in glutvollen Sätzen dagegen gewandt. „Wieder einen Markt aufschlagen", eiferte der „Rheinische Merkur" im Mai 1814, „wie zur Zeit des Schimpfes und Teutschland, so lebendig jetzt, wie eine Leiche zu zerstücken und auszuhauen, daß blutend und zuckend vor Zorne die Glieder sich zusammenkrempfen; solche Schande, sollte man glauben, könne kein deutsches Herz überdenken". Nur in der Hoffnung, daß die neue Entscheidung vor allem dem zerrissenen Deutschland dauernde Lebensfähigkeit und eine feste Staatsform bringen werde, trat Görres daher für Gebietserwerbungen im Westen ein. In den jubelvollen Wochen vom Tage von Belle-Alliance bis zum zweiten Einzuge in Paris folgten Anregung auf Anregung, die lauter Beifall empfing. Die Lösung der Frage: „Wie ist den Franzosen von Grund aus die Sucht zu vertreiben, ihre unsteten, reiselustigen Barfüße im Rheine zu baden", müsse, so wiederholte der „Rheinische Merkur" immer wieder, ganz Deutschlands Aufmerksamkeit wecken. „Wir kennen," meinte er, „kein anderes Mittel, sie von ihrer chronischen Krankheit zu heilen, als Elsaß, Lothringen, Metz und Lille von einem Staatskörper abzulösen, dem nur allein diese Amputation Sitzfleisch verschaffen kann." Eine nähere territoriale und staatsrechtliche Begrenzung zwar vermied Görres auch jetzt noch. Aber bedeutsam hob er, der von jeher scharf und schneidend gegen die unselige Kleinstaaterei im alten Reiche und gegen den Länderschacher der Diplomaten auf dem Wiener Kongreß gepredigt hatte, jetzt den Gedanken des Reichslandes auf den Schild. „Die leitenden Souveräne", so lautete am 19. Juli sein Vorschlag, „müßten die Erklärung abgeben, daß Elsaß und Lothringen, wiewohl getrennt von Frankreich, beständig ein Ganzes bilden, nie aber in Krähwinkelstaaten aufgelöst werden sollten". Und diese Lösung, die Arndt bereits 1813 gelegentlich andeutete, blieb ihm auch weiterhin die einzig günstige und mögliche, bis sich im Frühherbst 1815 die Hochflut der stolzen Hoffnungen auf Einheit und Freiheit des Reiches verlief. Als Preußens Stern in jugendlicher Klarheit hell neben dem Ruhm und Glanz des alten Kaiserhauses aufglomm, hat Görres von einer Teilung der Herrschaft in Deutschland zwischen Habsburg und Hohenzollern geträumt und gesprochen. Diesen Plänen paßte er jetzt seine Entwürfe über die Zukunft der Länder am linken Ufer des Oberrheins getreulich an. Österreich, so schrieb der „Rheinische Merkur" noch im August 1815, muß den größten Teil der Abtretungen, Preußen den Rest erhalten: „Die Festigkeit und Sicherheit Teutschlands wird sich dadurch vermehren, und die innere Lebenskraft unseres Vaterlandes dadurch einen Zuwachs und einen erhöhten Schwung ihrer Tätigkeit gewinnen". Alle diese Ausführungen, das ist besonders wichtig, fanden lauten Widerhall in Zeitungen und Flugschriften. Weit lauter und mannigfaltiger als ein Jahr zuvor klangen die Stimmen der öffentlichen Meinung zurück. Doch all ihr Hoffen und Sehnen begrub endgültig der

zweite Pariser Frieden. Nur mit Mühe konnten die deutschen Staatsmänner den mißgünstigen Großmächten kleine, geringfügige Grenzberichtigungen abtrotzen: Saarlouis kam an Preußen, Landau an Bayern; die elsässische Grenze wurde von der Queich zur Lauter zurückgeschoben.

Aufs Neue, so durften damals die Vaterlandsfreunde in Deutschland klagen, hatten die Federn der Diplomaten verdorben, was die Schwerter gewonnen. Die zaghaften Versuche württembergischer und preußischer Politiker, Süd- und Westdeutschland durch die Erwerbung eines Glacis dauernd gegen Frankreich zu sichern, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Österreich, das schon 1681 Straßburg aufgegeben hatte, um Wien und Ungarn gegen die Türken zu verteidigen, nahm entschlossen seine alte gegen Osten gerichtete Politik wieder auf. Rußland hielt folgerecht an der Anschauung fest, daß die Verbündeten nur gegen Napoleon gekämpft hätten, daß also die Bourbonen und ihr Volk nicht geschädigt werden dürften. Und England, dessen Torykabinett zeitweise für eine Sicherung Deutschlands im Westen einzutreten schien, gab sehr bald diesem Drängen Rußlands nach. Schon im August 1815 konnte es daher Josef Görres als den größten Gegner Deutschlands bezeichnen. Es sage sich, schrieb er mit sicherem Spott, „Frankreich sei ein moralisch sinkender, Teutschland ein steigender Staat; die Macht des Entkräfteten sei nicht ferner mehr zu fürchten, wohl aber der rasche Mut des jugendlich Wiederbelebten". Mit Recht stellte der mutige Vorkämpfer eines in innerer und äußerer Freiheit und Einheit aufblühenden neuen Deutschen Reiches damit die Mißgunst der europäischen Großmächte in den Vordergrund. Aber in Wahrheit trug doch die größte und schwerste Schuld das deutsche Volk selbst. Das ehrlichste Streben weitsichtiger Staatsmänner mußte unfruchtbar bleiben, solange es kein Deutschland gab, an das die neu zu erwerbenden Landesteile angegliedert werden konnten. Solange kein Deutsches Reich in festen staatsrechtlichen Formen und Grenzen geschaffen wurde, war an moralische, wirtschaftliche und politische Eroberungen zwischen Vogesen, Mosel und Rhein nicht zu denken.

Bis 1789 waren Elsaß und Lothringen dem französischen Reiche nur lose angegliedert. Vor allem im deutschsprachigen Elsaß fehlten alle engeren geistigen und politischen Beziehungen zum Mittelpunkt des nationalen Lebens in Paris. Bis zur großen Revolution blieb das reiche Gebiet jenseits des Vogesenwalles für Frankreich Zollausland. Erst die Dekrete der Nationalversammlung vom August und November 1789 hoben die wirtschaftliche und staatsrechtliche Selbständigkeit auch der im Elsaß gebietenden Stände des Deutschen Reiches mit einem Schlage auf. Ein neues Leben begann, das langsam vornehmlich den geistig regsamen Mittelstand der alten deutschen Provinzen in den Bannkreis der Revolution hineinzog. Die Kriege Napoleons mit ihrem ungeheuren gemeinsamen Erleben und mit ihren unerhörten Erfolgen, an denen gerade elsässische und lothringische Landeskinder rühmlichsten Anteil hatten, vollendeten das Werk. Im Schutze der Kontinentalsperre blühten Industrie und Landwirtschaft manch kleinlicher Bedrückung zum Trotz mächtig auf. Die Erzählungen der Erckmann-Chatrian mit ihrem deutschen Leben und Fühlen und ihrem französischen Patriotismus schildern anschaulich, wie selbst die schwersten Schicksalsschläge die Begeisterung für den großen Kaiser, für sein Heer und für seine Nation nicht ersticken konnten. Auch die Niederlagen von 1812 und 1813 brachten keinen Umschwung. Unmutig und mißtrauisch nur nahm man vor allem im Elsaß die fremden Eindringlinge auf, die im Anfang des Jahres 1814 zum ersten Male das Land durchzogen. Wohl schien die Gleichart der Sprache und das Gleichmaß der Sitte zunächst ein erfreuliches Auskommen mit den deutschen Truppen zu verbürgen, aber sehr bald verscherzten sich besonders die badischen Nachbarn durch ihr zügelloses Auftreten jede Zuneigung. Lieber zehn Kosaken, hieß es in diesen Jahren im Sprichwort, als einen badischen Landwehrmann! Und dieser Haß verdichtete sich, als das Land ein Jahr später eine neue Invasion über sich ergehen lassen mußte. Freudig war die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung dem heimkehrenden Kaiser zugelaufen. Binnen zwei Tagen war das ganze Oberelsaß wieder kaiserlich geworden. Unter

den Leitworten Ehre, Vaterland und Napoleon vereinigten sich auf den Ruf des Straßburger Magistrats in wenigen Wochen weit über viertausend Oberelsässer und Unterelsässer zu gemeinsamem Wirken. Dieser spontanen nationalen Anteilnahme gegenüber konnte unmöglich der Wunsch nach politischem Zusammenschluß mit den rechtsrheinischen Ländern, mit der Pfalz und dem Rheinland, wo überall noch versteckte Sympathien mit der französischen Herrschaft lebendig waren, aufkommen. Das lose Bündel deutscher Großmächte, Mittel- und Kleinstaaten, das eben in Wien als „Deutscher Bund" aus der Taufe gehoben wurde, konnte weder den starrköpfigen Elsässern noch den gefügigeren Lothringern den Segen der Zugehörigkeit zu einer einheitlich gestalteten, politisch und wirtschaftlich mächtigen Nation ersetzen. Preßzwang und Willkürregiment deutscher Kleinfürsten ließen die in der großen französischen Revolution errungenen Freiheiten doppelt wertvoll und begehrenswert erscheinen. Die vielfach in Deutschland genährte Hoffnung, die Elsässer würden freudig die französischen Fesseln abstreifen und sich und ihr Geschick vertrauensvoll in die Hände der rechtsrheinischen Nachbarn legen, erwies sich sehr bald als eitel. Offen und freimütig bekannte sich die ganz überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung von Ober- und Unterelsaß zur deutschen Sprachgemeinschaft. Aber zu neuer, innerer, politischer und wirtschaftlicher Einheit war der Weg noch weit. Schon im Oktober 1813 wies der „Niederrheinische Courier" in Straßburg voll Hohn und Bitterkeit die Zumutung zurück, die Elsässer könnten sich freiwillig dem staatlich zerrissenen Deutschland anschließen, sich zu Fürstenknechten erniedrigen. Und 1815 sagten sich gerade die Herolde der deutschen Sprache und Sitte am Oberrhein am frühesten und leidenschaftlichsten von jeder politischen und staatsrechtlichen Vereinigung mit den deutschen Stammesverwandten los. „Fluch den Ketten, die sie unserer Freiheit schmieden!" ruft G. Stöber in der bilderreichen Sprache der deutschen Aufklärung. „Die Nacht des Vorurteils soll das Licht der Wahrheit nicht mehr verschlingen. Wir wollen als Menschen unsere Würde behaupten. Unsere Selbstexistenz soll nicht in den Staub gedrückt werden. Bei uns adelt nicht die Geburt; das Verdienst allein adelt; ihm allein auch die Krone."

Scharfblickend hatte Jacob Grimm bereits 1814 vorausgesagt: „Die Elsässer sind und gehören uns von Gott- und Rechtswegen, darum sollen wir nicht gegen unser eigen Fleisch und Blut sprechen, sondern warten, bis ein gutes Schicksal uns mit Ehren zu ihnen und sie ohne Sünde zu uns führen". Jetzt, im Juli 1815, hebt auch Görres nachdrücklich die Tiefe der Kluft hervor, die sich zwischen den französischen Provinzen Elsaß und Lothringen und den deutschen Einzelstaaten auftat. „Ist es ein geringer Vorteil," fragt er voll Bitterkeit seine Leser, „einem großen Reiche anzugehören? Was zeigen wir den Elsässern für eine Aussicht? Sie laufen Gefahr, in kleine Landfetzen zerstückelt zu werden und einige Lappen mehr zu dem deutschen Hanswurstituche zu liefern!" Erst mußte das rechtsrheinische Deutschland ein freier, selbständiger Staat werden, dann erst war der Weg bereitet, der von der Kultur- und Sprachgemeinschaft zum nationalen Staate führte. Unauflöslich aber verband sich gerade in diesen Morgenstunden der deutschen Einheitsbewegung, in den Tagen des vergeblichen Hoffens und Harrens, für die öffentliche Meinung der Gedanke an Elsaß und Lothringen als gemeinsamer Besitz aller deutschen Stämme mit der tiefen Sehnsucht nach Kaiser und Reich: Ein sicheres Unterpfand für eine neue, größere nationale Zukunft.

Aus „Frizchens Liederbuch"

Wiedergabe einiger Gedichte von Christian Adolf Overbeck
Mit einem kurzen Lebensabriß des Dichters und Auszügen aus seinen Briefen

Zusammengestellt von Luise Kepich-Overbeck

in altes Büchlein liegt vor mir, mit zerschabtem Einband und vergilbten Blättern. Darauf steht in Handschrift der Titel: Overbeck, „Frizchens Lieder" und die Jahreszahl 1781. Dieses Buch ist von Vater und Urgroßvater her in meinen Besitz gekommen. So ist es ein kostbarer Besitz geworden. Kostbar aber nicht nur durch seine Originalität, sondern vor allem durch seinen Inhalt. Zwar ist dieser so schlicht und so anspruchslos, wie die Aufschrift besagt: es sind Kinderlieder. Ein Erwachsener hat sie gedichtet, aber mit dem Herzen eines Kindes — seines Kindes. Er hat damit nicht belehren wollen, nicht erziehen, hat nichts besser oder schöner machen wollen, was sein Kind tut und läßt, denkt und fühlt. Auch hat er ihm sein Recht an Freud und Leid so ganz in übervollem Maße gelassen, wie es eben das Kinderherz empfindet und wie wir Erwachsene es so oft belächeln. Weil wir vergessen haben, wie Kummer auch ein Kinderherz in seinen Tiefen aufrütteln kann, und wie die Freude über Dinge, die uns nichtig erscheinen, ein so helles Licht verbreiten kann in der Seele eines Kindes.

Der Mann, der die Lieder schrieb, von denen ich berichten will, der hat alles verstanden, was sein Kind durchlebt hat, und hat es niedergeschrieben, als sei es sein eigenes Erleben. Bis zum heutigen Tage haben nur zwei oder drei dieser Lieder den Weg in die Welt gefunden. Besonders eines, das er selbst vertonte, wie viele seiner Gedichte, wird von Alt und Jung als „Volkslied" gesungen. Den Dichter kennt niemand, und niemand hat bis heute nach ihm gefragt. Denn sein Lied ist wirklich Eigentum des Volkes geworden, Eigentum der Kinder, die es singen, als käme es ihnen aus eigenem Herzen.

Dies eine Lied aus „Frizchens Liederbuch", das alle kennen, ist das Lied:

An den May

Komm, lieber May, und mache
Die Bäume wieder grün
Und laß mir an dem Bache
Die kleinen Veilchen blühn!
Wie möcht' ich doch so gerne
Ein Blümchen wiedersehn!
Ach, lieber May, wie gerne
Einmal spazieren gehn!

In unsrer Kinderstube
Wird mir die Zeit so lang;
Bald werd' ich armer Bube
Für Ungeduld noch krank.
Ach, bei den kurzen Tagen
Muß ich mich obendrein
Mit den Vokabeln plagen
Und immer fleißig seyn.

Mein neues Steckenpferdchen
Muß jezt im Winkel stehn,
Denn draußen in dem Gärtchen
Kann man für Schnee nicht gehn.
Im Zimmer ists zu enge
Und stäubt auch gar so viel,
Und die Mama ist strenge
Und schilt aufs Kinderspiel.

Am meisten aber dauret
Mich Lottens Herzeleid;
Das arme Mädchen lauret
Auch auf die Blumenzeit.
Umsonst hohl ich ihr Spielchen
Zum Zeitvertreib heran;
Sie sizt auf ihrem Stühlchen
Und sieht mich kläglich an.

Ach, wenns doch erst gelinder
Und grüner draußen wär'!
Komm, lieber May, wir Kinder
Wir bitten gar zu sehr!
O komm und bring vor allen
Uns viele Rosen mit;
Bring auch viel Nachtigallen
Und schöne Kukuks mit!

Als Frizchens glühender Wunsch nach dem lieben Mai in Erfüllung gegangen ist, da singt er ein jauchzendes Lied der Dankbarkeit:

Als der May da war

Endlich, endlich hab' ich ihn,
Meinen Sommermann.
Nun ist alles schön und grün,
Alles lacht mich an.
Unsre Kirschenbäume blühn
Und der Tulipan,
Und die langen Störche ziehn;
Alles lacht mich an.

Und die liebe Nachtigall
Singt den ganzen Tag,
Und der klare Wasserfall
Läuft dem Geisblatt nach;
Und die Felder leben all',
Und der Taubenschlag
Wimmelt, und im Wiesenthal
Blinkt der helle Bach.

O, du lieber, guter May,
Sey gesegnet mir!
Wenn du kömst, ist alles neu,
Bliebest du doch hier!
Ich bin selber ganz wie neu,
Wie gefall' ich mir!
O, du lieber, guter May,
Bliebest du doch hier!

Nun hinaus, hinaus ins Feld!
Ofen, gute Nacht!
Gott hat seine liebe Welt
Selber warm gemacht!
Lauf, o Sonne, wie ein Held
Angethan mit Pracht!
Gott hat seine liebe Welt
Warm durch dich gemacht.

Brauch' ich Fenster noch und Dach?
O, wozu, wozu?
All der Himmel ist mein Dach,
Und der Baum dazu.
Seht den Vogel, wie gemach
Wiegt er sich in Ruh!
Warum thät' ich's ihm nicht nach?
Vogel, ich und du! —

Heißa juch! wie froh, wie froh
Ist mein ganzer Sinn!
Lebt ich doch, o, lebt ich so
All mein Leben hin!
Mit dem May so froh, so froh,
Mehr nicht, als ich bin:
Lebt ich nur, o, lebt ich so
All mein Leben hin!

Wieviel Freuden der Sommer für Frizchen hat, davon weiß noch manches Gedicht zu sagen. Es scheint, als ob der Knabe sein ganzes Erleben mit der Natur verflicht. Blumen, Bäume, Vögel, Felder, Wiesen und Wälder sind sein Kinderreich. Darin herrscht er mit seiner kleinen Freundin Lotte, die er ganz nach Knabenart schon heimlich als sein Bräutchen auserkoren hat. Davon singt ein Lied, das lange Zeit als Volkslied in aller Munde war, und das heut noch viel gesungen wird. Goethe sagte davon, es sei „zart und zierlich“:

An ein Veilchen

Blühe, liebes Veilchen,
Das ich selbst erzog,
Blühe noch ein Weilchen,
Werde schöner noch!
Weißt du, was ich denke?
Lotten zum Geschenke
Pflück' ich ehstens dich;
Blümchen, freue dich!

Lotte, mußt du wissen,
Ist mein liebes Kind!
Sollt' ich Lotten missen,
Weinet' ich mich blind!
Lotte hat vor allen
Kindern mir gefallen,
Die ich je gesehn,
Das muß ich gestehn!

Solch ein schmuckes Mädchen
Gibt es weiter nicht;
Zwar hat Nachbars Gretchen
Auch ein hübsch Gesicht;
Doch muß ich's nur sagen,
Würde man mich fragen:
Möcht'st du Gretchen freyn?
Sicher sagt ich, nein!

Aber, da die Kleine
Liegt mir in dem Sinn!
Anders nehm' ich keine,
Wenn ich älter bin.
O, die süße Lotte!
Nächst dem lieben Gotte
Hab' ich doch allhie
Nichts so lieb, als sie!

Manche, die mich kennen,
Spotten dann und wann;
Wenn sie Lotte nennen,
Sehen sie mich an.
Thut es nur, ihr Leutchen!
Lotte bleibt mein Bräutchen.
Künftig solt ihr schön
Mit zur Hochzeit gehn.

Aber du, mein Veilchen,
Solst für Lotte seyn,
Blüh' nur noch ein Weilchen
Hier im Sonnenschein.
Bald will ich dich pflücken,
Ihre Brust zu schmücken.
Ach, dann küßt sie dich —
Und vielleicht auch mich!

Ein andermal hat er bitteren Kummer durch seine Freundin zu leiden, was er einem Vergißmeinnichtblümchen anvertraut:

An ein Vergißmeinnichtblümchen

Dich auch so grausam abzubrechen! —
Nicht wahr, mein Blümchen, könntst du sprechen,
Du würdest sagen: tu es nicht! —
Allein vergib mir armen Knaben,
Ich tu es nur um Trost zu haben;
Gewiß! aus Muthwill thu ichs nicht.

Ich hab' ein Mädchen — o wir liebten
Uns so herzlich, wir betrübten
Uns niemals, weder ich noch sie.
Den Tag, als sie mit süßen Blicken
Mir Kirschen bot, vom Ast zu pflücken,
Den schönen Tag vergeß' ich nie!

Daß sie mich einst noch solte kränken,
Wie hätt' ich so was können denken
Von ihr! Und doch hat sie's gethan.
Ach, jedem Steine möcht' ichs klagen —
Ich wolt' ihr neulich etwas sagen;
Sie gieng und sah mich nicht mahl an.

Gott! Kann mich Lottchen so betrüben!
Mein Lottchen kann mich nicht mehr lieben?
Und wüßt' ich wirklich nur warum?
Ich habe schon so viel geweinet,
So viel gefragt; allein, wie's scheinet,
So kümmert sie sich wenig drum.

Komm, komm, ich will dich zu ihr tragen,
Mein Blümchen, und ihr flehend sagen:
Sieh' Lotte, hier! — Vergißmeinnicht! —
Und will sie dich von mir nicht nehmen,
So will ich mich zu Tode grämen.
Gott oben der vergißt mich nicht.

Die Versöhnung läßt denn auch nicht lange auf sich warten, Frizchen hat schnell allen Kummer vergessen, den ihm seine kleine Spröde angetan:

Die Versöhnung

Nun sey auch alles Leid vergessen!
Fort Gram, aus meinem ganzen Sinn!
Ich will nun wieder Aepfel essen,
Und Kräusel treiben, wie vorhin.

Sie hat mir nun die Hand gegeben
Und: Liebes Frizchen! mir gesagt;
Und —, ach in ihrem ganzen Leben
Hat sie noch nie so süß gelacht!

Das war ein Augenblick! Ich dachte,
Der ganze Himmel stieg' herab,
Als ich mich heimlich an sie machte,
Und sie mir da das Händchen gab.

Ich sah sie an mit warmen Blicken;
Da ward ihr helles Auge naß!
O, ich vermag's nicht auszudrücken;
Wie ward mir so! Wie fühlt' ich das!

„Bist du noch meine süße Lotte?" —
„Bist du mein gutes Frizchen noch?" —
Ja, ich betheurt's vor unserm Gotte,
Ich war dein gutes Frizchen noch.

Und du warst meine kleine, süsse,
Unendlich süsse Lotte, du!
Wir gaben uns die ersten Küsse,
Und alle Engel sahen zu.

Großen Schmerz empfindet Frizchen durch die häufige Abwesenheit seiner Eltern, die der gesellschaftlichen Sitte gemäß des Abends öfter bei Freunden und Bekannten schmausen. Man kann ihm seinen Schmerz wohl nachfühlen, wenn er klagt:

Klagen

Geh, geh, du böse Zeit!
Ich bin ja gar zu weit
Zurück von allen Freuden,
Sie meistern all' an mir,
Magd, Kutscher und Barbier;
Und Frizchen muß es leiden.

Heut ist nun wieder Schmaus,
Papa, Mama sind aus,
Und Frizchen ist allein.
Du guter Himmel du!
Wo sind ich heute Ruh?
Kathrin' hat Gicht im Beine.

Dann ist ihr nichts zu Recht,
Sie hadert mit dem Knecht,
Und Frizchen darf nicht mucken.
„Will er wohl ruhig seyn?"
„Will er ins Bett hinein?"
„Ob ihm die Ohren jucken?" —

Kathrin, mein Abendbrot —
„Frißt er sich denn zu Tod?"
„Hat er nicht erst gegessen?" —
„Zu Mittag" — Hin und her!
„Kein Tier frißt so wie er!"
„Er kriegt nichts mehr zu essen!" —

Was gäb' ich doch darum,
Daß in der Stadt herum,
Nicht soviel Schmäuse wären!
Ich armer, armer Knab'!
Ob ich noch Aeltern hab'? —
Den Schmaus in allen Ehren!

Wär' ich nur nicht so klein,
So schlimm solt's mir nicht seyn,
Die Magd nicht zu regieren.
Allein, was fang' ich an?
Ich bin so schwach und kann
Den Willen nicht vollführen.

Klag ich, so ist mein Trost:
Kathrin ist leicht erboost,
„Du weißt's, du mußt dich hüten“.
Kathrin hat Wink davon,
Nun fängt sie, mir zum Lohn,
Erst doppelt an zu wüten.

Ach, um die lange Zeit!
Und um mein Kinderkleid!
Und um die kleinen Händel
Laß mich nur Friz erst seyn!
Bey Gott, ich schlage drein;
So hat das Ding ein Ende. —

* * *

Als er aber einmal mitgenommen wird zu einem solchen Schmaus, ist er noch unwilliger und preist dagegen sein Kinderleben:

Der Schmaus

Ist das die ganze Sache?
So laßt mich nur zu Haus!
Ich weiß nicht, was ich mache,
Mit dieser Art von Schmaus,
Ist's für die Langeweile?
Ist's für den Zeitvertreib?
Ihr zieht mich da am Seile
Und macht mir kranken Leib.

Ich mag's kaum wieder denken,
Wie närrisch ich da stand;
Wie Männerchen auf Schränken,
Gedrechselt und gewandt.
Gepudert und frisiret,
Gesteift in Weiß und Roth,
Mit Kräuselchen gezieret —
Und bange bis zum Tod.

Und nun befragt mich wieder,
Was ich da recht gethan?
Geschlichen auf und nieder
Die lange blanke Bahn!
Gesprochen? nicht ein Wort!
Den Magen fast zu Schanden
Gepreßt in einem fort!

Und überall verlegen,
Bey so viel Puz und Pracht,
Bey Fächern und bey Degen;
Und dann wohl ausgelacht.
Gezupft an allen Ecken,
Zu allem Dienst gebraucht,
Bey Pelz und Ueberröcken:
Daß mir der Kopf geraucht.

Und wie mir das bekommen?
O schlecht, erbärmlich schlecht!
Der Magen ist beklommen,
Der Sinn ist garnicht recht.
Wer kann doch alle Tage
Zu solchen Schmäusen gehn?
Das nenn' ich eine Plage;
Mir ist's nicht auszustehn.

Nein Lotte, wenn wir spielen,
So ist das Herz uns leicht;
Wir sind vergnügt, und fühlen
Nicht, wie die Zeit verstreicht,
Da, auf den großen Schmäusen,
Da gähnet man sich an;
O glücklich ist zu preisen,
Wer davon bleiben kann!

* * *

Verschiedene andere Dinge gibt es noch, von denen Frizchen nicht verstehen kann, wozu sie da sind. Rätselnd steht der kleine Mann vor dem

Kirchthurm

So mächtig hoch den Thurm zu baun,
War wohl gewaltig schwer.
Es läßt sich gut herunterschaun
Auf alles Land umher.
Doch wie? um das Herunterseh'n
Ist wohl das Bauen nicht geschehn.

Um das Hinaufseh'n doch nicht gar? —
Um was denn andres wohl?
Da steht mein Thurm so wunderbar,
Daß — man sich wundern soll.
Ein großer Kegel! so denk' ich,
Und geh vorbey, — und wundre mich.

Und mancher wundert sich nicht mehr;
Das Ding ist ihm schon alt.
Vergessen ist der lange Herr,
Vergessen sehr, sehr bald! —
Man baue doch nur keinen Thurm,
Mit Klocken und mit Zier:
Er steht im Hagel und im Sturm,
Und was hat er dafür?

* * *

Mehr jedoch, als alles äußere Geschehen und Erleben äußert sich das Seelenleben des Knaben. Es treibt ihn, nachzudenken über das unsichtbare Leben, das in uns ist, und von dem er nur die Stimme des Gewissens als etwas deutlich Fühlbares verspürt.

An meine Seele

Wo bist du, daß ich dich erkenne,
Und zu dir sage: du bist Ich!
Du, die ich alle Tage nenne,
Und doch verlegen bin um dich.
Bist du ein Hauch, wie Lüfte wehen?
Bist du ein Schein, wie lichter Stral?
Ich möchte dich doch gerne sehen;
Kannst du's, so zeige dich einmal.

Es ist doch wunderlich, zu wissen,
Daß was Lebendig's in uns ist,
Und doch die Freude nicht genießen,
Es zu erkennen, wie es ist.
Es soll die Kraft von meinem Leben,
Es soll mein Allerbestes seyn;
Und doch muß ich solange leben
Und sehe dieses Ding nicht ein.

Es sind gewiß recht große Sachen,
Das fühl' ich, denk' ich nur daran.
Im tiefsten Schlaf doch noch zu wachen,
Im Tode gar! und himmelan
Hinauf zum lieben Gott zu fliegen,
Und dann zu sagen: ich bin todt,
Und lebe doch! — das kann genügen,
Das stärket, wenn die Grube droht.

Gewiß ist's, wenn ich an dich denke,
So ist mir Gott auch niemals weit;
Ich fürchte, daß ich ihn nicht kränke,
Und schicke mich zur Sittsamkeit.
Darum kann ich dich nicht versäumen,
Darum forsch' ich so gern nach dir.
Doch all mein Forschen bleibt nur Träumen
Und unbegreiflich bleibst du mir.

Jüngst war mein Täubchen so beklommen,
Da kukt' ich mir die Augen blind;
Ich dacht': es wird die Seele kommen,
Allein, es starb, — ich armes Kind!
Es starb, und von der kleinen Seele
Hab' ich auch keine Spur gekriegt.
Ich merkte wohl die of'ne Kehle,
Die stille Brust, doch mehr auch nicht.

Oft macht es mich recht unzufrieden,
Daß ich von dir so wenig weiß.
Ich hätte manchen Fehl gemieden,
Glaub' ich, mit unverdroßnerm Fleiß,
Wär' ich von dir mehr unterrichtet,
Wie du bestehst, wie du es machst?
Wie dich der Tod nicht mit vernichtet?
Ob du nie schläfst, und immer wachst?

Ich habe manchmal sagen hören,
Es sey ein Schutzgeist mir gesandt,
Der mich im Bösen müsse stören,
Im Guten sey er mir zur Hand.
Ich glaub', ich glaub', ich hab's errathen;
Du, Seele, bist der gute Geist,
Der mich in allen meinen Thaten,
Acht' ich darauf, zurechte weist.

Sey immer mir gegrüßt, o Seele,
Gegrüßt in deiner Dunkelheit!
Gieb mir bey jedem meiner Fehle
Die Warnung noch zur rechten Zeit!
Ich will mich deiner stets erfreuen;
Was du auch seyst, du bist von Gott!
Durch dich erhalt' ich mein Gedeihen,
Durch dich besieg' ich einst den Tod.

* * *

Ein blinder Mann, dem er begegnet, läßt ihn zu der Erkenntnis kommen welches hohe, unfaßliche Glück ihm Gott bereitet hat, da er ihm alle seine Sinne gab:

Die Sinne

Wie wunderbar bin ich gemacht!
Mit welcher Kunst, mit welcher Pracht!
Je mehr ich mich betrachte, wird
Mein Herz zu frommem Dank gerührt.

Da tret' ich vor den Spiegel hin.
Und seh' mich selber wie ich bin.
Und horch! mein kleiner Vogel singt;
Ich höre, daß es lieblich klingt.

Ich geh in Garten — ha die Luft
Ist voll von süßem Blumenduft,
Und meine Nase spüret gern
die Wohlgerüche nah und fern.

Da winkt die Kirsche von dem Baum
Und machet lüstern meinen Gaum;
Ich spring' hinan und breche sie,
Und so was mildes schmeckt' ich nie.

Und meine Lotte schleicht herbey,
Kneipt mir die Wange, daß ich schrey,
Ich fühl' im Schreyen ganz geschikt,
Daß Lotte mir die Wange zwikt.

Das ist doch künstlich ganz gewiß!
Und wozu hab' ich alles dieß?
Um froh zu merken, daß ich bin;
Denn glücklich macht mich jeder Sinn.

Der blinde Mann, der gestern kam,
Und traurig seinen Schilling nahm,
Der arme, stille, blinde Mann
Zeigt mir das Glück der Sinne an.

Er kann nichts sehen: Dunkelheit
Verschließt die Welt ihm weit und breit;
Die Sonne geht für ihn nicht auf,
Vollendet nicht für ihn den Lauf.

Ob Mittag oder Nacht es sey,
Das ist ihm alles einerley.
Er hört die Lerche singen früh,
Und fraget: warum singet sie?

Das weiß er nicht, daß sie entzükt
Der Dämmerung entgegenblikt,
Daß sie den jungen Tag begrüßt,
Der ihr so hoch willkommen ist.

O blinder Mann, du weißt es nicht,
Wie mir das Herz für Wehmut bricht!
Ich fühle meiner Sinne Glück
Und danke Gott mit nassem Blick.

* * *

Ganz erfüllt ist Frizchens Herz von kindlicher, inniger Liebe zu Gott. Zu ihm trägt er alle seine Wünsche, seine Sorgen und Freuden. Er weiß sich in Gottes allmächtigem Schutz und nimmt aus seiner Vaterhand alles, was geschieht, voll gläubigen Vertrauens hin. Als vom lieben Gott gesandt sieht er auch das Gewitter an und kennt darum keinerlei Furcht vor den elementaren Naturereignissen, die sich vor seinen Augen enthüllen:

Das Gewitter

Ich vor dem Donner fürchten mich,
Und vor des Blizes Pracht?
Da müßt' ich schlecht erkennen dich,
Der Bliz und Donner macht.

Der du vom Himmel Feuer schikst,
Du sendest auch den Thau,
Und Korn und Blume; du erquikst
den Hügel und die Au.

Der du die Wolken zittern machst,
Du giebst auch Sonnenschein.
Und milde Frühlingsluft; du machst,
Daß Saat und Frucht gedeihn.

Es hatten böse Dünste sich
Gezogen um uns her,
Die Luft war dik und schwefelich,
Der Atem gieng nur schwer.

Da sahen wir den Himmel an,
Und Gott verstand den Blick;
Mit einmal war es auch gethan,
Er schlug den Dampf zurück.

Ein paarmal flamt's; da war's vorbey
Gereinigt war die Luft,
Der Atem gieng nun wieder frey,
Das Land gab frischen Duft.

Nur unsrer Eiche nah am See
Fiel das Gewitter schwer.
Doch that's ihr darum garnicht weh;
Auch giebt's der Eichen mehr.

Kann Gott es leiden, kann ich's auch,
Denk' ich, und damit gut!
Zudem, es war ein schöner Rauch,
Und schöne, helle Glut.

* * *

Am ergreifendsten äußert sich des Knaben tief gläubige Kinderseele in den Abendgedanken, die ein rechtes Kindergebet sind:

Der Tag ist weg; und seht, die Augenlieder
Sind matt, und fallen zu.
Der schöne Tag! — Doch morgen kömt er wieder;
Ich eil' indeß zur Ruh.

Gespielet hab' ich heut, gelacht, gesungen;
Gewiß, das freut mich sehr.
Doch ist mir's auch im Lernen wohlgelungen,
Und das, das freut mich mehr.

Ich habe meinen Aeltern viel Vergnügen
Mit meinem Fleiß gemacht;
O schön! das soll mich süß in Schlummer wiegen
Und würzen mir die Nacht.

Mir wird von frommen, lieben Kindern träumen
Die nun im Himmel sind,
Und spielen unter schönen Aepfelbäumen
Komm, süßer Traum, geschwind!

Nein, komm noch nicht! Laß mich vor allen Dingen
Hinauf zum Himmel sehn,
Und meinen Dank dem lieben Gotte bringen,
Vor dem die Engel stehn.

Du, lieber Gott, hast alles das gegeben,
Was mich so sehr erfreut,
Gesundheit, Aeltern, Lehrer und daneben
Die liebe Sommerzeit.

Den schönen Garten, Wiesen, Bach und Lauben,
Mein liebes Blumenbeet,
Mein allerliebstes kleines Haus voll Tauben,
Und all mein Spielgeräth.

Du hast mir auch den schönen Tag gegeben,
Und Lernezeit und Spiel,
Und das vergnügte, süsse, süsse Leben
Und noch so Tausend viel.

O lieber Gott, ich danke dir, ich danke!
O sey mir ferner gut!
Du Gütiger! noch mahl: ich danke, danke!
Sey mir doch ferner gut!

Gieb, daß ich dich und meine Aeltern liebe,
Und gerne folgsam sey,
Und immer mich in allem Guten übe;
Und steh mir immer bey!

Ach! was erfleht man nicht von dir für Gaben!
O Gott, ich faß es kaum!
Laß alle Theil an deinem Segen haben!
Und — komm nun, schöner Traum!

* * *

Noch eine lange Reihe dieser Lieder stehen in dem Büchlein und alle sind es wert, gelesen zu werden, doch kann ich sie hier nicht alle wiedergeben. Es liegt mir nun am Herzen, über den Dichter selbst etwas zu sagen, von dessen Leben ich nur mit Mühe einiges Ausführliche in Erfahrung bringen konnte, trotzdem er eine Persönlichkeit gewesen ist, die in engstem Zusammenhange mit den Ereignissen ihrer Zeit gestanden hat. Er heißt Christian Adolf Overbeck und wurde am 21. August 1755 zu Lübeck geboren. Sein Vater war der Rechtskonsulent Georg Christian Overbeck, der ebenfalls aus Lübeck stammte, wohin die Familie vor Generationen, aus dem Westfälischen religionshalber flüchtig, eingewandert war. Overbeck studierte Jura in Göttingen, und seine Neigung zur Muse zeigte sich schon damals in seinem engen Verkehr mit dem „Göttinger Hainbund", dem die Dichter Bürger, Hölty, Voß und die Brüder Stollberg angehörten. Nachdem er die juristische Doktorwürde erworben hatte, war er in seiner Vaterstadt in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung tätig, als Syndikus und Senator. Neben seinem eigentlichen Berufe füllte er, wegen seiner genauen Kenntnis der fremden Sprachen, die Stelle eines Abgesandten aus, die für ihn von höchster Bedeutung wurde. Diese Missionen führten ihn in der Zeit von Deutschlands schwerster politischer Bedrängnis von 1804 bis 1814 in das Lager der Feinde, um mildere Bedingungen für die Stadt Lübeck zu erlangen, und sonstige Verhandlungen zu führen. Keine leichten Aufgaben waren ihm da geworden. Mit Bernadotte, Murat, Soult hat er verhandelt, als Lübeck von fürchterlichen Greueln in dem unglücklichen Jahr 1806 heimgesucht wurde. Als er sich mit einer Zahl erlesener Männer Lübecks an Napoleon selbst wandte, antwortete dieser mit seinem Bedauern, daß Lübeck verwüstet worden sei, es sei ohne seinen Willen geschehen, die Soldaten wären nicht zu halten gewesen. „Wäre ich vor zwölfhundert Jahren gekommen, so wäre alles verbrannt, alle wären als Sklaven verkauft. Es geht oft noch ärger her," so sagte er, und versicherte noch, daß er nicht weichen würde, nicht aus Berlin, und nicht aus Hamburg, Lübeck, Bremen, Emden und Amsterdam. Er wolle warten, bis die Engländer ihm diesen Raub streitig machten. — Auch bei dem unglücklichen Frieden zu Tilsit war Overbeck der Abgeordnete Lübecks, und bitter mag ihm sein Herz geblutet haben, in all diesen

demütigenden Stunden. Er gab aber nicht auf, zu tun, was in seiner Macht stand und reiste Napoleon nach, über Dresden, wo er nicht vorgelassen wurde, nach Paris. Dort wurde er dem Kaiser abermals vorgestellt, doch war der Zeitpunkt, Gehör zu finden, noch nicht gekommen, und so kehrte Overbeck Anfang des Jahres 1808 wieder nach Lübeck zurück, um jedoch schon im Mai 1808 wieder nach Paris entsandt zu werden, da die zahllosen Bedrückungen der französischen Gewalthaber die dauernde Anwesenheit eines eigenen Abgesandten am Hofe des Kaisers nötig machten. Erst Anfang des Jahres 1809 kehrte Overbeck nach Lübeck zurück. Aus dieser Zeit stammen mehrere Briefe, von denen verschiedene in meinen Besitz übergegangen sind. Sie enthalten keine Äußerungen über seine politischen Missionen, aber ihr Inhalt ist in den heutigen schweren Tagen, die der damaligen Zeit so nahe kommen, von ganz besonderer Bedeutung.

So schreibt er am 19. Februar 1807 aus Hamburg, wohin er zu Verhandlungen mit fremden Behörden geschickt worden war, an seinen Sohn Hans:

„Ja, mein geliebter Hans! Wir leben in einer Zeit, die seit mehr als vielleicht Jahrtausenden ihresgleichen nicht hatte und deren Resultate noch gar nicht zu berechnen sind. Alles ist aus seinen alten Fugen gerissen; alles muß anders werden, weil es aufgehört hat, das Alte zu sein, aber wie es anders werden wird? Das entwickelt noch keine, auch selbst die schärfste Sehkraft nicht. Laß uns indessen ruhig erwarten, was die Zukunft bringt! Gutes bringt sie gewiß, wenn auch gleich nicht lauter Angenehmes. Eine Welt der Ordnung ist diese Welt, bei scheinbarer Unordnung: ihre Wechsel sind keine Ausgeburten des Zufalls, eine weise Hand ist im Spiele. Unsere Pflicht ist, geruhig das Unsrige zu tun, wie es uns vorliegt. Zu viel hinter uns blicken, bringt Sehnsucht, zu viel vor uns, Unruhe. Aber still unseres Weges gehen, heiter, soviel wir können, und auch der Blümchen am Wege (diese finden sich stets) nicht uneingedenk, und so das Kommende erwarten, kindlich, als aus einer Vaterhand, dies wird wohl so der sicherste Plan sein, den wir uns zeichnen können.“

Und weiter schreibt er in diesem Briefe Worte der tiefsten Lebensweisheit:

„Sorgen und Grübeln ist ein Eingießen in ein bodenloses Faß: man kommt damit nicht weiter. Die Dinge gehen doch ihren Gang. Und am Ende, weiß denn der Grübelnde, ob er nicht ganz überflüssige Arbeit macht? Ob nicht alles in seiner Vorbereitung schon daliegt, wie er es gern haben möchte? und vielleicht am Ende noch viel besser, als er es sich nur träumen ließ? Denn wie oft erfuhren wir's, daß es doch anders kam, als wir dachten und besser, als wir hofften! Laß uns getrost sein, mein lieber Sohn! Seine Menschen beglückt der Vater im Himmel noch fortwährend, und beglückt sie ewig.“

In einem anderen Briefe, der gleichfalls aus Hamburg geschrieben ist, heißt es:

„Die Zeiten sind böse, mein lieber Hans, wenn wir sie mit sinnlichen Gefühlen beurteilen, und böse nennen, was nicht behaglich ist. Sie sind aber gut, wenn wir vom Standpunkt des Übersinnlichen aus und von einer höheren Vernunft herab sie betrachten. Alles ist Bewegung und Veränderung in unserer Welt. Alles sammelt sich immer zu neuer Entwicklung, alles drängt sich immer zu neuer Reife, und das Resultat heißt im Ganzen: Fortschreiten des Geschlechtes zum Besseren, Fortschreiten oft durch scheinbare Rückfälle. Nur für das Individuum freilich, und seine sinnlichen Grade, sind die Zeiten der Krise oft Zeiten herber Drangsale. Doch sie geht oft über und oft geschwinder als man dachte.“

Das sind Worte, die von tiefer Bedeutung sind, weil sie in Zeiten der tiefsten Not und Bedrängnis Deutschlands geschrieben wurden. Der Mann, der sie schrieb, hat in Stunden der Gefahr den Schild des Gottesglaubens hochgehalten, hat nicht verzagt, sondern mit starkem, deutschem Mannesmut ertragen, was Gott schickte. Ganz erfüllt von sorgender, zärtlicher Liebe zu seinen Kindern, sucht er Trost und Halt am häuslichen Herde, und wenn er fern von seinen Lieben weilt, dann nimmt er in Gedanken, die er ihnen mitteilt, und die er sich mitteilen läßt, den innigsten Anteil an ihrem Ergehen. Seines Sohnes Hans

Musikfreude und Begabung bildet fast in jedem Brief, den er ihm schreibt, den Inhalt. Er erzählt ihm von Konzerten, von Sängerinnen, von Orchester- und Kirchenmusik, die er in Paris genießt. Und er empfiehlt seinem Hans zugleich das Studium der Musik, wie er ihn dringend warnt, sich dieser Neigung allzu stark hinzugeben, „denn er soll nie vergessen, was seine Hauptsache sein und bleiben muß" — der Kaufmannsberuf. Mit väterlicher Besorgnis erfüllt ihn die weiche Gemütsart seines Hans. In der Antwort auf einen Brief, in dem Hans ihm offenbar in tiefer Bewegung von einem Trauerfall bei nahen Freunden schreibt, warnt er ihn in liebevollster, väterlichster Weise:

„Das muß Dich indessen nicht zu Gefühlen herabspannen, die dem inneren Frohsein drohen und dem Geiste seinen besten Sporn zu reger Tätigkeit rauben können. Nur warnen soll uns das ernste Schicksal: hier, Jüngling! liegen Fußangeln! ruft es. Wo denn hauptsächlich? Siehe, die Geschichte eines jeden Tages predigt es Dir: In dem Hasche nach dem Genuß! In der damit verbundenen Verwilderung des Gemütes, wodurch der Geist der Ordnung, der Gewissenhaftigkeit, der Rechtschaffenheit verschwindet! — Und dann: welch ein furchtbares Übel ist die Schwäche! Man kann dabei den Namen des Gutmütigen in der Welt behaupten, ist aber ein Sklave eigener und fremder Unart, ohne Gegenwehr und ohne Rettung, der Tag des Umsturzes bricht unaufhaltsam herein, und in seinen eigenen Augen erscheint man sich dann wahrlich nicht gut, sondern jämmerlich."

Ebenso schreibt er aus demselben Anlaß:

Paris, den 8. August 1808.

„Ich danke Dir, mein bester Hans! für Deine Zuschrift vom 28. vorigen Monats. Sie zeichnet ganz wiederum Dein Herz, wie es für Menschenschicksal und für die Rechte der Tugend fühlet. Du mußt aber auch nicht der Sache zu viel tun, so daß Deine eigene Heiterkeit darunter zugrunde geht. Du könntest leicht einen Hang gewinnen zur Melancholie, und dann hättest Du nicht allein die Freude Deines Lebens, sondern auch den reinen Spiegel der Wahrheit eingebüßt; Du sähest alle Gegenstände durch ein düster gefärbtes Glas und liefest Gefahr, in den Sümpfen des Menschenhasses allen Trieb zu nützlicher Tätigkeit zu ersticken. Wo wir sehr tief fühlen und doch nicht wirken, doch nicht helfen können, da haben wir besonders Ursache, uns zusammenzunehmen; denn da sind wir auf einem Gebiete, welches uns mit leidiger Passivität bedroht. Es ist nichts nachteiliger, als das tote, müßige Bejammern eines Unglückes, das wie ein Riese dasteht und unserer schwachen Kräfte spottet: es raubt uns unser Selbstgefühl und macht uns zu einem bloßen Ball das Schicksals. Handeln, wirken, schaffen in uns selber und um uns her; das ist unser Beruf, und dazu bedürfen wir freilich auch des Mitgefühls als eines edlen Reizes. Übernimmt uns aber das Gefühl, so verwandelt sich gerade der Reiz in Abspannung, und wir geraten in ein dumpfes, untätiges Staunen; wir verlieren dabei die heitere, gute Laune und werden ungeschickt zum Handeln, werden uns und anderen unerträglich. Da sucht der beladene Geist denn doch gewöhnlich einen Ausweg, und dieser, er visiere, wohin er wolle, ist fast immer unmoralisch. Entweder hadert man mit Gott, oder man zankt mit den Menschen oder man sucht sich zu betäuben und versinkt in dem Schlamm der Lüste. Unsere göttliche Religion gibt uns das beste Umrahmungsmittel, indem sie lehrt, es geschieht nichts ohne den Willen unseres Vaters im Himmel, der ein Herr ist auch des Bösen und am Ende es alles zum Guten lenkt. Da geben wir uns kindlich hin in seine Hand; wo wir arm und unvermögend sind, da sehen wir auf ihn; er ist reich und mächtig. Wo wir so gerne helfen wollen und nicht können, da denken wir: Sein Auge sieht alles, es sieht unser Herz, und seine Stunde wird kommen; nicht nötig, daß wir gerade sein Werkzeug seien, er hat der Werkzeuge unzählige und ruft sie nach seinem göttlichen Willen. Dann beruhigen wir uns, vertrauen auf ihn und gehen wieder frisch und fröhlich an unser Werk. So, mein geliebtester Sohn, mache Du es

auch — und so sei uns bei allem, was vorkommt, Christentum und Religion ein treuer Freund in guten Tagen, ein Trost im Leide, ein Schild in der Versuchung!“

Noch mehrere Male wurde Overbeck nach Paris gesandt, so im Jahre 1809, wo er dem Kaiser Napoleon ein Glückwunschschreiben des Senates zu überreichen hatte und allen Festlichkeiten beiwohnte. Diese wiederholten Sendungen in die Hauptstadt der Welt boten ihm die anziehendsten Seiten, er vertiefte sich in die kostbaren Schätze der Wissenschaft und Kunst und hatte Gelegenheit, die Bekanntschaft der bedeutendsten und interessantesten Männer seiner Zeit zu machen. So fand er wohl viel Anregung und Genuß, dennoch war das Opfer, das er seiner Vaterstadt brachte, ein schweres. Denn sein Heim, sein Freundeskreis ging ihm über alles. In all seinen Briefen kehrt die Sehnsucht nach daheim beständig wieder und läßt sich nicht übertönen. Er konnte auch nicht viel Linderung und Rettung verschaffen, und das Gefühl ließ ihn oft verzweifeln, daß die Jahre in geschäftigem Nichtstun verstrichen. Es mußte aber alles getan werden, was irgend möglich, und so hielt er auf seinem Posten aus. Die letzte Sendung nach Paris erfolgte 1811, nach der Vereinigung der Städte Hamburg, Lübeck und Bremen mit Frankreich. Diese hatten aufgehört, freie Hansastädte zu sein, waren Städte des von Napoleon gegründeten neuen Kaiserreiches geworden. Kaum die Muttersprache war den freien Reichsstädten geblieben, die Hansa war zertrümmert. Schmerz um das Verlorene, bange Sorge um die eigene Zukunft und die derer, die ihm nahestanden, bewegten das Herz Overbecks, als er zum vierten Male Paris betrat. Und noch immer war die Zeit der Prüfungen nicht überstanden. Im Jahre 1813 war Lübeck noch empörenderen Greueln preisgegeben. Erst im Jahre 1814 wurde auch Lübeck von den Fesseln fremder Herrschaft befreit. — Noch im selben Jahre berief ein hochedler Rat Christian Adolf Overbeck zur Bürgermeisterwürde. Seine Friedensarbeit, die nun einsetzte, entschädigte ihn in reichem Maße für die bitteren Jahre, die er mehr als andere hatte auskosten müssen. Er lebte neben seinem Berufe wieder seiner geliebten Dichtkunst. Im „Musen-Almanach“ und anderen Zeitschriften erschienen Gedichte von ihm. Er nahm einen Briefwechsel mit Jean Paul auf und pflegte treue Freundschaft mit Voß, der ihn zu seinem sechzigsten Geburtstage in einem kleinen Gedicht besungen hat. Auch Übersetzungen französischer Theaterstücke unternahm Overbeck, so Bajazet von Racine und Cinna von Corneille, und errang sich damit das Lob von Iffland und Opitz. Jedoch konnten die Stücke damals nicht aufgeführt werden, da sie für ganz unzeitgemäß galten. Ebenso pflegte Overbeck die Musik und komponierte einige seiner Gedichte. Er suchte die Aufführung von geistlicher Musik zu fördern und gründete Liebhaberkonzerte. Diese vielseitige Bildung und mannigfachen Talente trugen dazu bei, um ihn her eine überaus anziehende Geselligkeit zu verbreiten. Er war allen Nahestehenden des Hauses ein warmer Freund in des Wortes eigenster Bedeutung.

In glücklichster Ehe lebte Overbeck mit seiner Frau, die ihm vier Söhne und zwei Töchter schenkte. Welch innigen Anteil er an dem Gedeihen seiner Kinder nahm, davon zeugen die Gedichte und Briefe in beredter Weise. Es ist ihm vergönnt gewesen, an einem seiner Kinder hohe Freude zu erleben. Eben jenes Frizchen, den er uns so nahe gebracht hat, wurde der bedeutende Maler Friedrich Overbeck, der in Rom die Gemeinschaft der deutschen Romantiker, die unter dem Namen „Nazarener“ bekannt sind, gründete. Anfangs hatte der Vater nicht ohne Sorge die Neigung seines Sohnes zum künstlerischen Berufe wahrgenommen, je entschiedener sich aber das Talent äußerte, desto mehr förderte er die Liebe und Neigung dafür. Drei Forderungen stellte er jedoch seinem Sohne und mahnte ihn immer wieder daran, damit er „vor flacher Mittelmäßigkeit, des Künstlers Todsünde,“ bewahrt bleibe: erstens vollkommene technische Fertigkeit, zweitens klassische Geistesbildung, drittens höchste sittliche Veredelung. Daher gestattete er dem Sohne keine Vernachlässigung der Schulbildung. Besonders legte Vater Overbeck Wert auf das Studium der Alten, „den Homer in der rechten Hand und die Bibel in der linken oder umgekehrt, so, dünkt mich, kann

kein Künſtler verderben“. Der Sohn hat den Mahnungen ſeines Vaters getreulich nachgeſtrebt. Der Same, der in ſeinem Vaterhauſe in ihn gelegt wurde, iſt aufgegangen und hat reiche Frucht getragen. Friedrich Overbeck iſt der Gründer der religiöſen Malerei des neunzehnten Jahrhunderts geworden. Ein großer Umſchwung vollzog ſich durch ſein Beiſpiel in der Kunſt ſeiner Zeit, und ihm iſt für alle Zeiten ſein Platz in der Geſchichte der Kunſt geſichert.

Anders erging es ſeinem Bruder Hans, der ſeiner Neigung zur holden Kunſt nach ſeines Vaters Willen nicht nachgehen durfte. Sei es, daß der Vater es nicht wollte, weil ſchon ein Sohn den künſtleriſchen Beruf ergriffen hatte, oder ſei es, daß ſein Talent ſich nicht in dem Maße entwickelt hat, daß der Vater es für ausreichend hielt, um etwas Ganzes leiſten zu können. Jedenfalls krankte Hans Zeit ſeines Lebens an der Liebe zur Muſik und taugte wenig zum Kaufmann. Er ſtarb zeitig. Von den vier Kindern, die er hinterließ, hat ſein älteſter Sohn den Namen Overbeck wieder neu zu Ehren gebracht. Es iſt der in der Gelehrtenwelt bekannte Archäologe Johannes Adolph Overbeck, deſſen Werke über die Geſchichte der griechiſchen Plaſtik und über Pompeji weit über Deutſchlands Grenzen bekannt geworden ſind.

So iſt das Leben und Wirken Chriſtian Adolf Overbecks von reichem Segen geweſen. Sein Andenken wird in Lübeck in hohen Ehren gehalten. Er hat ein hohes Alter erreicht und ſtarb am 29. März 1821.

Von ſeinen Liedern ſind nur die erhalten geblieben, die ich in dem Büchlein fand. Was er ſonſt an geſammelten Gedichten herausgegeben hat, iſt offenbar verloren gegangen. Vielleicht trägt aber meine Wiedergabe der wenigen Gedichte aus „Frizchens Liederbuch“ dazu bei, daß neues Intereſſe an dem Dichter und ſeinen Schöpfungen geweckt werde. Vielleicht werden dann „Frizchens Lieder“ eines Tages wieder neu gedruckt, und gewiß werden ſie dann den Weg in alle deutſchen Häuſer und Herzen finden.

„Comme chez nous“

Von Dr. Heinrich Otto Meisner

Wie oft mag wohl in deutſchen Landen das Urteil über die „verſagende Diplomatie“ heimlich, mündlich oder ſchriftlich gefällt werden! Der ſtändige Schluß lautet: Ja, die Engländer ſind doch ganz andere Kerle. Daß hier etwas faul iſt im Staate Preußen-Deutſchland, ſoll nicht beſtritten werden. Um ſo weniger, als Herr von Kühlmann ſelber dem Übel gründlich begegnen zu wollen ſcheint. Hoffentlich nicht bloß auf dem Wege einer „Kommiſſion“. Die Gerechtigkeit gebietet jedoch, ſich von blinder Bewunderung des Auslandes ebenſo freizuhalten, wie von nationaler Selbſtgefälligkeit. „Der“ engliſche Staatsmann iſt „dem“ unſerigen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vielleicht über — das Warum ſoll hier nicht erörtert werden —, Kritik und Klagen muß aber auch jener reichlich ſich gefallen laſſen. Hören wir die unioniſtiſche „Pall Mall Gazette“, das einflußreichſte Blatt der konſervativen Partei:

„In unſerem Regierungsſyſtem ſind nur wenige Zweige vorhanden geweſen, die nicht während der aufreibenden Zeit des Krieges Mängel aufgewieſen haben. Ein Zweig hat ſich in dieſer Beziehung beſonders hervorgetan und Anlaß zu vielen

Widerwärtigkeiten und Ärgernis gegeben. Der Dienst unseres auswärtigen Amtes hat einen größeren Zusammenbruch erlitten, als irgendein anderer Teil unserer Regierungsmaschine. Die Beweise von Unkenntnis und Unfähigkeit sind geradezu demütigend ... Die Folge hiervon war, daß wir von Bulgarien dupiert wurden und hierdurch den Ruin unseres serbischen Verbündeten herbeiführten, daß von dem schurkischen König von Griechenland mit uns wie mit einer Puppe gespielt wurde, und daß wir völlig unvorbereitet der Entwicklung der Dinge in Rußland gegenüberstanden. Man kann nur ahnen, wie weit uns dieselbe Unkenntnis und Unfähigkeit in den neutralen Ländern geschädigt hat.“ Der Artikel kommt weiterhin auf die Gründe dieser Umstände zu sprechen. „Der wesentliche Fehler unseres diplomatischen Dienstes ist, daß wir der äußeren Form den Vorzug vor dem Inhalt gegeben haben ... Der auswärtige Dienst hat bisher Vertreter gehabt, bei denen hauptsächlich auf den äußeren Schliff gesehen wurde. Kein Kandidat wurde angenommen, der nicht den Besitz eines unabhängigen Einkommens nachweisen konnte. Die, die zugelassen wurden, fanden, daß Salonkunstfertigkeiten einen sichereren Pfad für die Beförderung bildeten, als wirkliche Kenntnis der internationalen Politik und des Handels. Das System der internen Unterweisung war grotesk, und die ganzen Anforderungen an den diplomatischen Dienst konnten nur Zynismus fördern und Tüchtigkeit ersticken. Englische Geschäftsleute haben sich lange über die beleidigende Gleichgültigkeit beschwert, mit der ihre Angelegenheiten bei den Missionen behandelt wurden, und dies ist nur ein einzelnes Zeichen für die Untüchtigkeit eines Dienstes, der auf Kastenwesen beruht, anstatt auf Kenntnissen und Charakter. Die britische Regierung ist durch ihre Diplomaten oft über die herrschenden Meinungen in fremden Ländern getäuscht worden. (Fall Lichnowsky tout comme chez nous!) Die wirkliche Welt kann heutzutage nicht in Boudoirs und Lehnstühlen studiert werden. Wir haben zu sehr unter der anmaßenden Untüchtigkeit gelitten und brauchen bei der Beseitigung derselben nicht mit allzugroßer Zeremonie vorzugehen.“ Der Verfasser fordert denn auch rigoros die Entlassung von drei Viertel der politischen und diplomatischen Beamten wegen Unfähigkeit.

Nach diesen Ausführungen scheint doch auch die diplomatische Nationalhymne in England und Deutschland die gleiche Melodie zu besitzen!

Aus Frankreich vernehmen wir übrigens ganz ähnliche Klagen über die Weltfremdheit der Diplomaten und die Bevorzugung äußerlicher Eigenschaften bei der Anstellung in diesem Dienst. Die offiziellen Vertreter des Staates vermeiden, wie der Abg. Chaumier in der Kammer sagte, den Verkehr mit Handel, Industrie und Finanz, „daher kommt es denn auch, daß die besten wirtschaftlichen Berichte niemals von den Chefs größerer Missionen geschrieben werden“. Und „Victoire“, wie der patriotisch gewordene Hervé seine „La Guerre sociale“ von ehedem getauft hat, schreibt im Anschluß an die parlamentarische Debatte: „Abgesehen von einigen hervorragenden Männern ... war unser diplomatisches Korps vor dem Kriege für die gesamte Welt ein Gegenstand des Mitleids und des Spottes“, um dann ebenfalls auf die Versager gegenüber Bulgarien und der Türkei und die „traurige Rolle“ der französischen Diplomatie in Spanien hinzuweisen, wo trotz aller Sympathien der Linken die Bildung eines deutschfreundlichen Agitationsherdes nicht habe verhindert werden können. „Bei der großen internationalen Konferenz, die alle die durch den Weltkrieg aufgestellten Probleme regeln wird, werden wir gut tun, uns durch Diplomaten vertreten zu lassen, die etwas weniger über den westfälischen Frieden und den Wiener Kongreß unterrichtet sind, dafür aber um so besser die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des gegenwärtigen Jahrhunderts kennen.“ Dementsprechend versucht Herr Clemenceau jetzt die Gesetze des diplomatischen Zunftzwanges zu durchbrechen. Kürzlich ernannte er den bisherigen Korrespondenten des „Matin“ in Genf, Georges Casella, zum Attaché der Berner Gesandtschaft.

Es zeigt sich also deutlich eine Berufskrankheit der europäischen Diplomatie. Im demokratischen Westen ebenso wie im monarchischen Deutschland haben

jene Regionen staatlicher Tätigkeit noch am längsten den exklusiven Charakter — ein Erbe der absolutistischen Zeit — bewahrt. Danach möchte man fast auf die allgemein menschliche Unzulänglichkeit, die von der anderen menschlichen Eigenschaft, sich immer strebend um Besseres zu bemühen, schmerzlich empfunden wird, einen größeren Teil der Schuld abbürden, als gemeinhin geschieht.

In dieser Ansicht können weitere Vergleiche aus anderen Gebieten nur bestärken. So haben wir von der Schulbank her die Wissenschaft, daß Frankreich ein besonders vorzügliches Kanalnetz und Schiffahrtssystem besitze. Dazu kommt dann in rechtem Kontrast früher oder später die Kunde von der Rückständigkeit unserer eigenen Wasserstraßen. Die beweglichen Klagen über das Schmerzenskind, den Mittellandkanal, sind angesichts der Kriegserfahrungen besonders laut geworden und haben nunmehr ja auch die harthörigen Ostelbier erweicht. Was aber schreibt man jenseits des Rheins? „Haben wir in Frankreich nicht vortreffliche Ströme wie die Loire, verstopft, versperrt mit Sand? ... Mit ihrer Mündung gerade Amerika gegenüber gelegen, würde sie einen gewaltigen Vorzug vor den Häfen Norddeutschlands haben. Aber das interessiert unsere Bourgeois nicht. Ein Projekt, die Schiffahrt auf der Loire betreffend, schläft seit einem halben Jahrhundert in den Archiven des Ministeriums oder in den Mappen der Parlamentarier. ... Ach, wenn die Deutschen unsere Loire hätten, was würden sie nicht daraus machen? Nantes würde ein zweites Hamburg. Und wenn sie unsere Seine hätten, würde der Pariser Seehafen nicht mehr nur ein Traum sein, eben so wenig wie der Kanal zwischen den beiden Meeren.“ So urteilte der französische Sozialist Lucien Rolland unter dem Eindruck einer Reise durch Deutschland (vgl. „Glocke“, Jahrgang III Nr. 20).

Oder ein anderes Beispiel: Polizeischikane und Kasernenton im preußischen „Anstaltsstaat“ ist für den Westler ein Dogma. Aber, wer im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Aus ihren eigenen Reihen findet jenes ungünstige Urteil seine Widerlegung. „Ich bin sehr erstaunt, daß ich den deutschen Gamaschendienst (ce caporalisme allemand), von dem man bei uns in Frankreich so oft spricht, noch nicht bemerkt habe“, schreibt jener eben genannte Franzose in seinen Reiseerinnerungen. Und er muß die schmerzliche Erfahrung machen, daß gerade umgekehrt der Geist jenes subalternen Militarismus, den er „caporalisme“ nennt, in seinem Vaterlande umgeht. Über das unverschämte Benehmen der douaniers an der Grenze äußert er seine helle Entrüstung: „Man sollte meinen, daß alle Schmutzfinken der Welt sich in diesen Dienst (der französischen Zollbehörde) geflüchtet haben. Ich habe nirgends derartiges gesehen, nicht bei der belgischen, nicht bei der deutschen, nicht bei der dänischen und nicht bei der schwedischen Zollbehörde; in jenen monarchischen Ländern sollen ja die Leute nicht frei sein, aber bei uns, in unserem republikanischen Lande, wo die Leute alle mögliche Freiheit haben sollen, befühlt man uns wie Tiere, belästigt uns, stößt uns hin und her, und wir lassen das mit uns machen, weil wir Angst vor Geldstrafen und Gefängnis haben. Was müssen Ausländer von uns denken, wenn sie unsere Grenzen überschreiten? ... O Freiheit, o Republik, o Frankreich, mein Land! Bei dir ist's, wo ich den deutschen Kaporalismus gefunden habe!“

Dem „caporalisme“ in den niederen Regionen entspricht das brutal-autokratische Auftreten der deutschen Regierungsstellen. So steht's im Kriegskatechismus westeuropäischer Hetzpropaganda. Vor dem Kriege hörte man daneben sonderbarerweise eine andere Lesart, nach welcher diese deutsche Regierung eigentlich an unheilbarer Schwäche litt und die Leitung des Landes in die Hände von „Unverantwortlichen“, deren Ziele und Wünsche sich widersprachen, gleiten ließ. Unter diesen „Unverantwortlichen“ verstand man die verschiedenen Interessenverbände vom Flottenverein, Bund der Landwirte, Hansabund und Bund der Industriellen, bis zum Ostmarkenverein und Evangelischen Bunde. Die Kriegervereine sollten in der Verwaltung den Ton angeben. Die Parlamente waren für diese Anschauung machtlose Figuranten. Einmal abgesehen von der kindlichen Verzeichnung des Bildes — wie sah es denn in der Heimat dieser Kritiker aus? Hier müßte

denn doch wohl statt der in sich zersplitterten „Interessenvertretung“ das einige und selbständige Volksparlament die bewußte Verantwortung für Wohl und Wehe des Staates tragen. Nun besitzen wir aber aus derselben Zeit Zeugnisse, die gerade das Gegenteil lehren. Wohl ist es nach dem Buchstaben der Verfassung in Frankreich das Parlament, das regiert, und nicht der angebliche „chef de l'Etat“ (der Präsident) oder die Minister. Aber „die Parlamentarier sind — unverantwortlich, weil sie neunhundert sind“. Jeder unter ihnen fühlt sich, wenn er eine Entschließung faßt, gedeckt durch alle die anderen. Daher regiert in Wirklichkeit eine konfuse Masse, die keinerlei Anhalt darbietet, wenn man eine Klage oder Reklamation vorbringen will. So die Ansicht eines Mitgliedes der Akademie, also eines „kompetenten“ Mannes, der über den „Kultus der Inkompetenz und die Angst vor der Verantwortlichkeit“ in seinem Staatswesen zwei Bücher schrieb.

Der Krieg scheint die Wertschätzung des französischen Parlamentarismus nicht vergrößert zu haben, denn Blätter so verschiedener Richtung wie der regierungsfreundliche, höchst angesehene „Temps“ und die Nanter „Populaire“ stimmen in bitterer Kritik überein; jener, indem er die fruchtlose Vielgeschäftigkeit der Parlamentsmühle geißelt, die wohl klappert, aber kein Mehl gibt; diese, indem sie die zusammengewürfelte Mehrheit verspottet als gallertartige Masse, die unter der knetenden Hand alle gewünschten Formen annehme! „Comme chez nous“, so müßte auch in den Fällen das Urteil lauten, wo man sich über gewisse Mängel unseres Systems ereifert. Denn die oft kritisierte Unstetigkeit der Regierungsweise und ihr autokratisch-obrigkeitlicher Charakter ist bei unseren Feinden, wenn auch aus anderen Gründen und in anderer Form, ganz ebenso vorhanden. Macht man für den ersten Fehler bei uns die bisherige Verschiedenheit der Wahlsysteme im Reich und Preußen, oder das Fehlen einer ausgebildeten Parteiverantwortlichkeit und dadurch fester parlamentarischer Ziele oder endlich die unberechenbaren „Überraschungen“ des „persönlichen“ Regimes verantwortlich, so wird all das beispielsweise in Frankreich durch das chronische Leiden beschleunigter Ministerwechsel, die zeitlich ausgedehnte und sachlich vertiefte Programme ausschließen, wett gemacht. Und was jene „Autokratie“ anbetrifft, die angeblich nur auf den Bedientenrücken der boches lastet, so halten die Länder der Premierministerdiktaturen und souveränen Präsidenten jeden Vergleich aus. Vorurteilslose Geister im anderen Lager haben denn auch stets anerkannt, daß ein Wilson „beaucoup plus empereur“ ist als der deutsche Kaiser, und daß die Kabinettschefs Englands und Frankreichs ungekrönte „Monarchen“ seien — und sein müßten, um der alten Wahrheit des εἷς κοίρανος ἔστω willen.

Und noch eine letzte Gruppe von Beispielen zur Erhärtung unseres Satzes. Daheim erheben sich warnende Stimmen, die einen übermächtigen Einfluß Englands auf kapitalistischem Gebiete voraussagen, zentralisiert in London, dem „Goldherz“ der Welt. Wie aber klingt es von drüben? Man höre Wickham Steed, den Direktor für ausländische Politik bei der „Times“: „Sehr spät haben die Alliierten begriffen, daß alle Internationalen von jeher für Deutschland gearbeitet haben, wie sie das noch jetzt tun. Die Rote, die Schwarze und die Goldene Internationale. Wer Geschmack am Symbolisieren findet, kann bemerken, daß das die altdeutschen Farben sind.“ (Revue de Paris, 15. Dezember 1917.)

Einer seiner Landsleute, W. Morris Colles, hält im Januarheft der altangesehenen, konservativen Zeitschrift „Nineteenth Century and after“ jede Beweismühe für überflüssig hinsichtlich der Tatsache, daß Deutschland von Bismarck bis auf Hertling stets versucht habe, die britische und zu diesem Zweck die Weltpresse zu bestechen. Man muß damit die Bemerkungen vergleichen, die der ehemalige Pressechef des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Hammann, in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen zur Sache macht. Im Jahre 1894 (also mitten in der von unserem Gewährsmann angegebenen Periode) gab es in Deutschland nur eine Stelle für die Bearbeitung der fremden und einheimischen Presse in Fragen der inneren und äußeren Politik; diese war besetzt mit einem Leiter und zwei ehemaligen Referendaren, die hauptsächlich Ausschnitte aus in- und ausländischen

Blättern zu besorgen hatten. Ein besonderes Lektorat fehlte, Fernsprecher desgleichen. Der vortragende Rat Rudolf Lindau arbeitete mit einem Assessor oder einem Vizekonsul, und diesem blieb noch Zeit genug, um „gelegentlich auch Korrekturen eines neuen Novellenbandes seines Meisters durchzusehen.“ Erst 1898 gelang es der Geschicklichkeit Direktor Mantlers vom W. T. B., „Reuter aus Hamburg zu verdrängen und den Anfang einer größeren Bewegungsfreiheit für die überseeischen Gebiete zu machen.“ Bis dahin veröffentlichten die Blätter der Freien und Hansastadt noch keine Wolffschen Depeschen, das Material des Bureaus erschien dort unter der Firma R. B. (Reuters Bureau).

Die Behauptung des Engländers, daß ganze Armeen neutraler Agenten und Unzufriedener jeder Färbung zur Verfügung der deutschen Regierung ständen, um einem strategischen Plane in den kriegführenden Ländern zu dienen (for service on a strategical plan in belligerent countries), und die Nennung einer ungeheuren Geldsumme (300 Mill. jährlich), die für Propagandazwecke flüssig sein soll, wirkt besonders gut angesichts der „silbernen Kugeln“ Lloyd Georges und der Berufung Lord Northcliffes an eine verantwortliche Regierungsstelle (wenn auch nur in der unscheinbaren Form eines „Beamten des Kriegsdepartements“). Aber Herr Colles weiß noch mehr. Einen Mann gebe es in Deutschland, der während des Krieges in der Propagandaabteilung des Reichsmarineamts unter der „pfleglichen Fürsorge“ (fostering care) von Tirpitzens das System der Ränke und Schliche zur Wissenschaft ausgebildet habe, — Matthias Erzberger (!) Nun merkt hoffentlich unsere rechtsstehende Presse, insbesondere die „Tägliche Rundschau“, wie falsch sie das Wirken des Buttenhäuser Abgeordneten im Auslande beurteilt. Wie spiegelt sich die Welt in englischen Köpfen! Comme chez nous, denn, wenn wir uns über die Politik der Einkreisung beschweren — trotz des „neuen Kurses“, den Hammann, Lichnowsky und Jagow in der Beurteilung Englands steuern, — so erscheint denen überm Kanal Deutschland als ein riesiger Krake — Oktopus sagt Herr Colles —, der seit Beginn des Krieges die Fangarme um seine Opfer gelegt hat.

Alles wiederholt sich, nicht nur mit Ben Akiba nach-, sondern auch nebeneinander. Die Erkenntnis dieses Naturgesetzes von der — unfreiwilligen — Anpassung der Völker unter sich befähigt uns zu unterscheiden, was bloß Kulisse ist zwischen ihnen und was wirkliche Grenze. Eines vergessen wir nicht. Wohl hat die objektive Betrachtung der Dinge das Recht, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen und etwaige Mißstände und Schwächen lieber auf das allgemein menschliche Konto abzuschreiben, statt ein einzelnes Volk damit zu belasten und so die Kluft zwischen ihm und den anderen künstlich zu erweitern. Ein solches Verfahren ist aber frei von dem Fehler, im Sinne der sogenannten quantitativen Weltanschauung die ethnischen Artunterschiede zu solchen des Grades zu verwischen. Es bleiben ihrer wahrlich noch genug bestehen. Nur das eine will und darf sie verhüten (nach beiden Seiten hin!), daß die annoch unabänderliche nationale Beschränkung durch nationale Beschränktheit einen unnötig großen und in den Tatsachen nicht begründeten Umfang annimmt. Sie löscht die nur scheinbaren Kulissengrenzen im Gesamtbilde der Völker aus und läßt dadurch die echten Scheidelinien um so klarer hervortreten!

Neue Bücher

Dr. Ernst Seraphim, „Nach Sibirien verschleppt". Persönliche Erinnerungen eines aus Dorpat Fortgeführten. Verlegt bei J. G. Krüger, Dorpat, und A. Kramer, Riga. 1918.

Unter den zahlreichen Kriegsbüchern, die von persönlichen Erlebnissen berichten, gebührt dem vorliegenden kleinen Buche ein besonderer Platz. Sind die anderen Erzählungen vorwiegend auf Handlung gestimmt, liegt auf ihnen der Abglanz der aufs äußerste gesteigerten Dramatik unserer Tage, so entrollt sich hier vor unseren Augen der ganze Jammer der Passivität, hilflosen Leidens rechtlos gewordener Deutscher. In geradezu grotesker Wildheit hat haß- und neiderfüllter estischer und lettischer Pöbel an Bildung und Besitz im Baltenlande, dem Deutschtum, sein Mütchen gekühlt. 362 Männer, Angehörige der leistungsfähigsten und besten Familien des Landes, im Alter von siebzehn bis über siebzig Jahren, sind, wie uns seinerzeit bekannt wurde, im Februar dieses Jahres ohne irgendwelchen Rechtsgrund von der russischen Revolutionsregierung nach Sibirien verschleppt worden und konnten erst auf energischen Druck deutscherseits nach siebzig Tagen, körperlich geschädigt, seelisch tief erschüttert, wenn auch nicht gebrochen, in die Heimat zurückkehren. Was der Verfasser der genannten Schrift, der bekannte Journalist und Redakteur Dr. Ernst Seraphim, der selbst einer hochgeachteten kurländischen Familie entstammt, von der Fahrt in die Verbannung, von seinem und seiner Leidensgefährten Leben im Gefängnis von Krasnojarsk in schlichter aber eindringlicher Weise erzählt, dürfte niemand kalt lassen. Wer angesichts der geschilderten Vorkommnisse, die auf die Zukunftsaussichten des baltischen Deutschtums im Falle einer nur teilweisen Abtrennung der baltischen Provinzen von Rußland ein grelles Licht werfen, nicht tiefer zu blicken vermag als Herr Grabowsky, der in seinem „Neuen Deutschland" (Heft 16) die Interessen Rußlands verficht und die „baltischen Barone" auf eine Übersiedlung in Gebiete der deutschen Interessensphäre verweist, ihnen aber zugleich mit Siegermiene vorsorglich die offenbar gar nicht vorhandene Illusion nimmt, als könnte die bisherige Latifundienwirtschaft in Kurland unter deutscher Herrschaft weiter bestehen, ist freilich hoffnungslos verloren für die Erkenntnis von Sinn und Bedeutung geschichtlicher Werte, sei es in der Arbeit an der Scholle, sei es auf ideellem Gebiete. Man braucht nicht Baron zu sein, um dergleichen zu verstehen. Kaufmännische Begabung allein dürfte für das baltische Problem schwerlich die richtige Lösung finden. Untreue am Deutschtum wird schwerer auf uns lasten als Rußlands Groll und die Widerspenstigkeit einiger verhetzten Letten und Esten. Treue um Treue — denn in der Treue liegt Kraft, auch zur Gestaltung der Zukunft. Möge die kleine Schrift Seraphims viele Leser finden, auf daß der Jubel der Balten über die Vereinigung der befreiten Heimat mit Deutschland, die den aus der Gefangenschaft Heimkehrenden Gewißheit dünkte, den entsprechenden Widerhall finde. M. K.

Der polnische Regentschaftsrat berichtigt

Das polnische Pressebureau in Berlin verbreitet folgende Ableugnung zu meinen Ausführungen vom 2. Mai d. J.

„In Nr. 19 der ‚Grenzboten' findet sich die Wiedergabe des Vortrages des Herausgebers Herrn Cleinow, den derselbe im Unabhängigen-Ausschuß für einen deutschen Frieden am 21. Mai d. Jrs. gehalten hat. In diesem Vortrag sagte Herr Cleinow:

„In aller Erinnerung ist noch der dreiste Versuch des Warschauer Regentschaftsrates, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen."

Vom polnischen Staatsdepartement in Warschau erhalten wir die amtliche Ermächtigung zu der Erklärung, „daß die Behauptung des Herrn Cleinow, der Warschauer Regentschaftsrat habe mit dem Präsidenten Wilson eine direkte Verbindung herstellen wollen, jeglicher Grundlage entbehrt."

Der polnische Dementierapparat ist leidlich vergeßlich. Am 30. Januar 1917 wurde nämlich in der Presse folgende halbamtliche Wolfdepesche veröffentlicht:

W Warschau, 30. Januar.

Der provisorische Staatsrat hat in seiner letzten Sitzung aus Anlaß der Friedensnote Wilsons folgendes Telegramm an Wilson gesandt:

„Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen, der auf Grund des Aktes vom 5. November 1916, mit dem die Monarchen Deutschlands und Österreich-Ungarns feierlich die Erstehung des polnischen Staates verkündet haben, berufen worden ist, hat Ihre Note, verehrter Herr Präsident, mit Freude zur Kenntnis genommen. Es ist in diesem Kriege das erste Mal, daß das Haupt eines mächtigen neutralen Staates und der oberste Vertreter einer großen Nation amtlich erklärt hat, daß nach seiner Überzeugung die Unabhängigkeit des polnischen Staates die einzige gerechte Lösung der polnischen Frage und die unumgängliche Bedingung eines dauernden und gerechten Friedens sei. Für dieses kluge und edle Verständnis der Rechte des polnischen Volkes bringt Ihnen, verehrter Herr Präsident, der provisorische Staatsrat als erster Anfang der Regierung des erstehenden Staates, im eigenen Namen und im Namen der polnischen Nation seine tiefste Dankbarkeit und Huldigung zum Ausdruck."

Der Leser wird selbst entscheiden, ob ich diesen Versuch der polnischen provisorischen Regierung einen „dreisten Versuch, eine direkte Verbindung mit dem Präsidenten Wilson herzustellen" nennen durfte, wenn er sich erinnert, daß damals gerade die Entscheidung über den Abbruch der Deutsch-Nordamerikanischen Beziehungen vor der Tür stand, und Herr Wilson sich anschickte Deutschland den Krieg zu erklären. — Immerhin freuen wir uns, daß der jetzige Regentschaftsrat sich der Handlungsweise der damaligen polnischen Regierung schämt. G. Cl.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote" G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 38/37.

Am Höhepunkt des Krieges

Betrachtungen zur Weltlage

Von Georg Cleinow

Zu Beginn der großen Offensive im Westen wurde hier geschrieben: „Gewonnene Schlachten sind nur dann Etappen auf dem Wege zum Frieden, wenn sie der Psyche des Gegners Rechnung tragen, den Anforderungen der politischen Lage entsprechen und dieser ihren Stempel aufzudrücken vermögen. Auf die Größe der militärischen Handlungen kommt es dabei kaum an: es ist denkbar, daß die Vernichtung mehrerer englischer Armeen und Geländegewinn von hunderttausend Quadratkilometern auf dem europäischen Kontinent ohne merklichen politischen Einfluß bleibt, während wiederholte Beschießung von Paris durch weittragende Geschütze und Fliegergeschwader die politische Front des Feindes erschüttert“ (Heft 14 Seite 1). Inzwischen sind drei Monate vergangen, englische und französische Armeen vernichtet, französischer Boden im Umfange des Königreichs Sachsen ist von uns in Besitz genommen ... Ist eine politische Wirkung erzielt? sind wir der Aussicht näher gekommen, daß dem Morden in absehbarer Zeit ein Ende gesetzt werde? Die menschliche Vernunft sollte ... doch lassen wir die menschliche Vernunft beiseite! Wo ist sie zu finden? Was ist denn überhaupt als Vernunft anzusprechen, seit die Erdoberfläche einem Tollhause gleicht!? seit die Völker sich wie die wilden Tiere zerfleischen, um sich zu erhalten? Vernünftig ist der Starke, seine Vernunft verwandelt sich in Tollheit, sobald ihm der Maßstab für seine Kraft entwunden ist. Rußland ist vernünftig geworden, seit der instinktive Selbsterhaltungstrieb die Massen vermochte, ihr eigenes Interesse vor das des Verbandes zu stellen. Das russische Volk hat durch den Frieden von Brest einen ungeheueren Vorsprung vor allen anderen Völkern gewonnen, wenn auch die Zersetzungserscheinungen im Innern dem oberflächlichen Beschauer anmuten wie Zuckungen eines tödlich getroffenen Körpers. Rußland ist nicht tödlich getroffen, es baut sich mit unserer Hilfe auf ... Rußland ist vernünftig. Rußland hat sich selbst gerettet, indem es Frankreich preisgab. Ist Frankreich seit dem Frieden von Brest noch vernünftig zu nennen? Wir zweifeln an seinem gesunden

Sinn, weil wir täglich mit ansehen, wie ein Streifen französischer Erde nach dem anderen in eine Wüste verwandelt wird, wie Stadt um Stadt in Staub und Schutt versinkt. Aber sind denn wir selbst noch bei gesunden Sinnen, daß wir die alten Kulturstätten vernichten, täglich tausende unserer Besten diesem Zerstörungswerk opfern, scheinbar ohne Atempause, scheinbar ohne noch an etwas anderes zu denken wie an Angriff und Angriff! Solange wir es lediglich tun zur Verteidigung unseres Existenzminimums, sind wir vernünftig — sobald wir versuchen würden, mit kriegerischen Mitteln mehr zu gewinnen, als zur Sicherung dieses Existenzminimums notwendig ist, würden wir unvernünftig werden. Wir handeln im bitter empfundenen Zwange. Daß wir noch Herr unserer Sinne sind und in vollem Bewußtsein der Verantwortung handeln, die jeder neue Sieg der Heere unseren Staatsmännern auferlegt, das beweist die Regierung fast täglich von neuem: seit Kriegsbeginn ist kein Moment versäumt worden, der geeignet erscheinen konnte, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen, und ungeachtet alles Hohnes und Spottes, der jedem Versuch von unserer Seite, Friedensverhandlungen einzuleiten, folgte, sind auch zwischen den jüngsten Schlachten friedenanbahnende Versuche von deutscher Seite gemacht worden. Die verantwortungsvolle Selbstprüfung, die unsere Staatsmänner, unter ihnen Bethmann Hollweg nicht an letzter Stelle, ständig, besonders nach jedem militärischen Erfolge an sich vorgenommen haben, erhellt aus einer Zusammenstellung, die der Schweizer Hans Biengräber in der „Baseler Nationalzeitung" vom 19. Juni veröffentlichte. „In diesen Tagen der Erwartung einer neuen Friedensoffensive", schreibt er, „ist es wohl der Mühe wert, sich einmal aller jener Friedensmöglichkeiten zu erinnern, die England von seinem Hauptgegner im Laufe der letzten beiden Jahre geboten wurden ..."

Als eines der ersten Friedensangebote Deutschlands an England muß das Interview angesehen werden, das der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg Ende Mai 1916 dem Korrespondenten der „New York World" mit der Erklärung gab, daß Deutschland auch weiterhin bereit sei, in eine Diskussion über einen Frieden einzutreten, der einerseits Deutschland gegen einen neuen Angriff schütze und andererseits auch den europäischen Frieden sichere.

Am 29. Juni 1916 bestätigte die halboffizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" die Breslauer Rede vom 28. Juni des deutschen Sozialdemokratenführers Scheidemann, wonach Deutschland weder Aspirationen auf Belgien noch auf die besetzten Gebiete von Nordfrankreich habe. Das „Berliner Tageblatt" schrieb damals dazu, daß der Reichskanzler die Eroberungspläne einiger kleiner alldeutscher Vereinigungen strikte abgelehnt habe.

Am 28. September 1916 sagte der deutsche Reichskanzler in einer Reichstagsrede, daß er ebenso wie der französische Ministerpräsident internationale Abmachungen für die Freiheit der Nationen anstrebe.

Am nächsten Tage erklärte der damalige englische Kriegsminister Lloyd George einem amerikanischen Journalisten, daß Großbritannien keine Friedensintervention dulden würde. Am 11. Oktober 1916 verteidigte Lloyd George dieses Interview vor dem Unterhause mit der Begründung, daß das ganze Kabinett seine Ansicht über die Ablehnung jeder Intervention teile.

Am 10. November 1916 erklärte der deutsche Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstages, daß die Annexion Belgiens nie in der Absicht der Deutschen

gelegen habe. Die „Daily News" veröffentlichten diese offizielle deutsche Erklärung am folgenden Tage.

Bethmann Hollweg hob auch in jener wichtigen Rede hervor, daß Deutschland sich internationalen Abkommen anschließen würde. Der sozialdemokratische „Vorwärts" hörte in diesen Worten schon die Flügel des Friedens rauschen.

Bald darauf folgte am 12. Dezember 1916 die Friedensnote Deutschlands an alle Verbandsmächte. Der Reichskanzler erklärte an jenem Tage im Reichstage, daß Deutschland und seine Verbündeten mit den Feinden in Friedensverhandlungen eintreten möchten. Die Friedensnote enthielt keine definitiven Vorschläge, aber die „Daily News" griffen das Wort: They do not seek to crush or annihilate their adversaries" als bedeutsam für den Frieden heraus. In einer gleichzeitigen Friedensnote an den Papst drückte Deutschland feierlich seine Friedensbereitschaft aus.

Am 27. Dezember 1916 berichteten die „Daily News", daß Deutschland in der Beantwortung der amerikanischen Vorschläge bereit sei, unverzüglich eine internationale Delegiertenversammlung an einem neutralen Platze zu beginnen.

Am 31. Dezember 1916 lehnten die Verbandsmächte offiziell jede Friedensverhandlung mit den Mittelmächten ab. Lloyd George war inzwischen an Stelle von Asquith Ministerpräsident geworden.

Das war das an Friedensmöglichkeiten reiche Jahr 1916. Dann eröffnete Wilson am 22. Januar 1917 die Reihe der Friedensvorschläge mit seinem vielbeachteten Programm: „Peace without victory", einem Frieden ohne Sieger.

Am 31. Januar 1917 erklärte der deutsche Reichskanzler im Reichstage, daß die deutsche Regierung mit den Vorschlägen Wilsons einig gehe, und nochmals besonders, daß Deutschland die Annexion Belgiens nie beabsichtigt habe. Wegen Ablehnung seines Friedensangebotes vom 12. Dezember durch den Verband erklärte Deutschland damals den unbeschränkten Unterseebootkrieg.

Mitte März 1917 bestätigte Graf Tisza, daß Österreich-Ungarn die Vorschläge Wilsons für die beste Grundlage eines Dauerfriedens halte. Trotzdem Tisza für diese Auffassung im Reichstage angegriffen wurde, verteidigte ihn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung".

Am 31. März 1917 erklärte Graf Czernin im offiziellen „Fremdenblatt", daß ein ehrenvoller Friede mit dem Verbande abgeschlossen werden könne, wenn derselbe sein Ziel, die Mittemächte zu zerstören, fallen lassen wolle. Czernin schlug damals Verhandlungen ohne Waffenstillstand vor.

Am 31. Mai 1917 veröffentlichte die „Daily Expreß" das Angebot Deutschlands in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß es keine Gebietserweiterung wolle „nor any political or economical increase of power". Dieser offizielle Verzicht auf eine politische und wirtschaftliche Machtvermehrung war hochbedeutsam.

Am 19. Juli 1917 folgt dann die bekannte Reichstagsresolution, in der die Vertretung des Volkes mit 214 gegen 116 Stimmen sich für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker" aussprach. In der Resolution war auch der wichtige Satz enthalten: „Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserweiterungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar".

Am 28. Juli 1917 sagte Graf Czernin, daß „das deutsche Volk einen ehrenvollen Frieden im Wege der Verständigung und des Ausgleiches suche, der die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bieten soll".

Kurz darauf, am 16. August 1917, sandte Papst Benedikt der Fünfzehnte seine Friedensnote an die kriegführenden Mächte. Von Amerika, Deutschland und Österreich lauteten die Antworten zustimmend.

Am 21. August 1917 sprach der damalige Reichskanzler Dr. Michaelis in einer Rede im Hauptausschuß des Deutschen Reichstages auch den Gedanken aus, daß „Deutschland jedem ehrlichen Versuch, in das Völkerelend des Krieges den Gedanken des Friedens hineinzutragen, sympathisch gegenüberstehe, und daß es daher auch den von Gerechtigkeit und Unparteilichkeit getragenen Schritt des Papstes begrüße".

Am 2. Oktober 1917 erklärte Graf Czernin in seiner bekannten Budapester Rede zur internationalen Weltabrüstung: „Wir haben den Krieg nicht geführt um Eroberungen zu machen, und wir planen keine Vergewaltigungen".

Am 21. November 1917 schlug die russische maximalistische Regierung allen kriegführenden Völkern einen Waffenstillstand auf allen Fronten vor.

Am 24. Januar 1918 betonte der Reichskanzler Graf Hertling: „Unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden, allgemeinen Friedens".

Zwei Tage später, am 26. Januar 1918, sagte der deutsche Staatssekretär des Äußeren von Kühlmann im Reichstagsausschuß, daß der ernste Friedenswille der deutschen Regierung oberster Leitstern sei, und daß man den Weg zu einem vernünftigen Frieden weitergehe.

Am 1. Februar 1918 erklärte der bayerische Ministerpräsident von Dandl in der bayerischen Abgeordnetenkammer: „Nicht annexionistische Bestrebungen, kein Gewaltfrieden und Schwertfrieden ist das Ziel der Reichsleitung".

Am 25. Februar 1918 ist Graf Hertling in seiner Reichstagsrede mit dem früheren englischen Minister Runciman gemeinsam der Meinung, daß „Gespräche in kleinem Kreise zwischen berufenen verantwortlichen Vertretern der kriegführenden Mächte" Europa dem Frieden näherbringen würden.

Am 15. April 1918 sagte der englische Arbeiterführer Henderson amerikanischen Arbeiterdelegationen, daß man mit deutschen Sozialdemokraten bei erster Gelegenheit eine Vorbesprechung für einen dauernden und gerechten Frieden einleiten wolle.

Am 17. Mai 1918 bemerkte Graf Hertling in Budapest dem Vertreter des „Az Est", daß Deutschland ohne Zögern und mit Freude einer internationalen Friedensliga beitreten würde. „Wir sehnen den Frieden herbei."

Auch die unerhörten Erfolge unserer Truppen in den letzten Wochen haben uns nicht den Blick für das Notwendige und Mögliche verschleiert. Aus einem Kreise, der pazifistischer Neigungen gewiß nicht verdächtigt werden kann, wurde die Friedensbereitschaft Deutschlands so stark betont, daß die ganze Welt aufhorchte. Hätten wir nicht unsere Sinne beisammen, so hätte die „Kreuzzeitung" nicht wagen dürfen, in einem Augenblick von Frieden und Verständigung zu sprechen, wo die Erreichung gewisser militärischer Erfolge, die den Kriegsruhm der deutschen Heere und ihrer Führer ins Ungemessene steigern würde, nur noch die Frage weniger Wochen sein kann. Nein, mag es von unseren Gegnern noch

so bezweifelt werden, mögen auch bei uns nervenschwache Menschen anders urteilen, das deutsche Volk ist in seinem politischen Denken gesund geblieben und seine Führer sind keine Abenteurer, die der Größenwahn gepackt hat und die ausziehen, die Welt zu unseren Füßen zu legen.

Um so klarer können wir auch von der Weltlage sprechen und sie in Ruhe betrachten und Vernunft auch bei unseren Gegnern suchen.

Die militärische Lage ist so: die englischen und französischen Armeen haben empfindliche Schläge erhalten; Teile von ihnen sind dezimiert. Die großen Reserven der Gegner sind sämtlich eingesetzt worden und in eine Verwirrung geraten, die ihre Verwendung im großen Stil für geraume Zeit ausschließt. Die amerikanischen Truppen können in absehbarer Zeit eine ausschlaggebende Rolle nicht spielen. Die Material- und Munitionsverluste des Gegners bedeuten eine weitere ungeheuere Stärkung unserer eigenen Angriffsartillerie. Die Stellungen der beiderseitigen Heere sind derart, daß die deutsche oberste Heeresleitung den Ort, die Unberührtheit unserer Reserven ist so vollständig, daß sie auch die Zeit zu neuen Angriffen völlig unabhängig vom Willen des Gegners bestimmen kann. Ob der neue Vorstoß, der jeden Tag erfolgen kann, bereits auf die Entscheidung zielen wird, oder ob er noch vorbereitenden Charakter tragen muß, hängt von Verhältnissen ab, die wir außerhalb Ludendorffs Operationszimmer nicht zu übersehen vermögen. Aber eines scheint festzustehen und wird von den Franzosen auch als unabwendbar hingenommen: die Bedrohung von Paris. Und eben diese Tatsache ist es, die uns berechtigt, von einem Höhepunkt, der vielleicht der Höhepunkt des Weltkrieges ist, zu sprechen. Die deutsche Offensive hat uns eine bedeutende politische Überlegenheit über den Verband gebracht.

Ist sich die französische Regierung bewußt, daß Paris bedroht ist, so wird sie auch wissen, daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, wo Dutzende von langen Kanonen zur Beschießung der Seinestadt bereitstehen werden, — wird sie auch wissen, daß der Feldmarschall Hindenburg keinen Augenblick zögern wird, um Paris mit Feuer und Eisen dem Erdboden gleichzumachen, wenn er zur Überzeugung gebracht werden sollte, nur dadurch den französischen Friedenswillen auslösen zu können. Mit welchen Umständen könnte Frankreich rechnen, die geeignet wären, die Erfüllung des Schicksals von Paris solange hinauszuschieben, bis die militärische Lage sich zugunsten des Verbandes geändert hätte? Wir selbst haben seinen Willen zu kämpfen durch die Ernährungsschwierigkeiten in Wien, denen sich die Arbeiterunruhen in ungarischen Fabriken anschlossen, zweifellos neu belebt. In gleicher Richtung wirkt die Haltung der Polen, die in Wien sich in der Person des Abgeordneten Dr. Tertak einen ausgesprochenen Feind des Mitteleuropäischen Waffenbundes zum Obmann gewählt haben. Über die Entwicklung in Innerrußland werden die Verbandsmächte vorwiegend durch den englischen Nachrichtendienst unterrichtet, während das Tonnageabkommen zwischen England und Schweden der Auffassung Vorschub leisten kann, als wenn in den nordischen Staaten größeres Vertrauen auf den Sieg der Entente als auf den der Mittemächte bestehe. Die jede Friedensneigung in Frankreich ungünstig beeinflussenden Momente werden hier absichtlich so scharf in den Vordergrund gerückt, weil sie im Verein mit dem zweifellosen Heldentum der französischen Armee Herrn Clemenceau noch erhebliche moralische Mittel in die Hand geben, das französische Volk blind

für ſeine tatſächliche Lage zwiſchen dem kaltherzigen engliſchen Ausbeuter und dem zum äußerſten gezwungenen deutſchen Volke, das um ſein Exiſtenzminimum kämpft, — darin liegt das Geheimnis unſerer Kraft — zu erhalten.

Die große Hoffnung der Stunde liegt in der Frage, ob Frankreich ſehend wird, — ihre Gefahr, daß Frankreich blind und unvernünftig ſich vollends den engliſchen Intereſſen opfert. Es iſt ſchwer ſich vorzuſtellen, daß Frankreich den Weg zum Frieden findet, indem es ſich von den Wegen Englands trennt. Engliſche und amerikaniſche Truppen im eigenen Lande ſtellen eine größere Gefahr dar, wie eine Revolution. Durch ſie iſt Frankreich gefeſſelt. Auch eine Volkserhebung gegen die Regierung Clémenceaus iſt unter ſolchen Umſtänden kaum denkbar. Es ſcheint, daß wir erſt den Engländer und den Amerikaner vom Feſtlande ins Meer werden werfen müſſen, ehe Frankreich frei ſein wird, wieder ein Eigenleben für ſeine Wohlfahrt zu beginnen. Frankreich iſt ſchon zu ſchwach, um ſelbſtändig Frieden zu ſchließen, und England fühlt ſich noch zu ſtark, um auf einen Vergleichsfrieden einzugehen, der ihm die Preisgabe der unumſchränkten Meerbeherrſchung auferlegen würde, alſo eine Verkümmerung deſſen, was es als ſein Exiſtenzminimum anſieht. Frankreichs Schickſalsſtunde ſchlägt: Paris kann nur durch die deutſchen Waffen gerettet werden. Damit ſind wir an dem Höhepunkt des Krieges herangekommen, aber erreichen und überwinden werden ihn wohl die Waffen müſſen.

Ideale und Irrtümer der elſaß-lothringiſchen Frage

Von Dr. Paul Wentzcke

2. Im Kampf um Kaiſer und Reich

Auf ſteilem, ſteinigem Pfade mußte die deutſche Einheitsbewegung nach kurzem Aufſchwung den Weg zur Höhe fortſetzen, den die Nation in den Jahren 1813/15 ſo hoffnungsvoll betreten hatte. Und gerade Straßburg und das Elſaß wurden faſt alljährlich Zeugen von neuen Übergriffen der Reaktion, die mit rauher Hand die Blütenträume von Belle-Alliance zerſtörte. Schon 1819 zwang ſie Joſef Görres ſelbſt zur Flucht ins „teutſche Franzoſenland“, wo er unter dem Einfluß der jungen „katholiſchen“ Bewegung des Elſaß die entſcheidende Wandlung zum ſchärfſten politiſchen Vorkämpfer der ſtreitenden Kirche durchmachen ſollte. In zwei großen Wellen folgten ihm, zuerſt 1819, dann 1830—1849, eine große Anzahl politiſcher Flüchtlinge aus allen deutſchen Staaten, die ſich zum Teil für längere Zeit im Elſaß aufhielten. Naturgemäß beſtimmten gerade ihre Erzählungen von der Unfreiheit, die in Deutſchland herrſche, entſcheidend die Anſchauungen, die ſich Elſäſſer und Lothringer von deutſcher Politik und ſtaatlichem Weſen bildeten. Wenn in letzter Zeit mit Recht darauf hingewieſen wurde, wie ſchwer die zügelloſe Kritik der eigenen Landsleute das Anſehen Deutſchlands im Ausland geſchädigt und ſein geſchichtliches Bild getrübt hat, ſo gilt dies Urteil vor allem auch der Flüchtlingsüberlieferung im Elſaß. Daß weit jenſeits der

badischen und pfälzischen Grenzpfähle dem Druck der Reaktion zum Trotz ein neues Deutschland entstand, das im treuen Ausbau friederizianischer Grundsätze den festen Rahmen für die politische und wirtschaftliche Einheit des ganzen deutschen Volkes schuf: dies Werden und Wachsen des neuen Preußen blieb in Elsaß und Lothringen unbekannt und unverständlich. Gerade in den vier Jahrzehnten vielmehr, die der Julirevolution folgten, von 1830 bis zum Untergang des zweiten Kaiserreiches, bildete sich insbesondere im Elsaß das unselige Zwitterwesen der Doppelkultur aus, in dem selbst gutdeutsche Kreise vor dem Weltkriege das völkische Ideal des Grenzlandes zu sehen meinten.

„Ma lyre est allemande, mais mon épée est français et fidèle au coq gaulois". Dies Wort Ehrenfried Stöbers von 1815 steht an der Schwelle der neuen Entwicklung. Es war ein ehrliches Bekenntnis zur deutschen Kulturnation, doch nur solange gültig, als Kultur- und Staatsnation im Ringen der europäischen Mächte wesensverschiedene Kräfte blieben und bleiben konnten. Schon im zweiten Viertel des neuen Jahrhunderts aber schloß sich von innen heraus diese Kluft. Und mit scharfem Blick für das eigene Interesse bekannte sich das elsässische Bürgertum ganz zu Frankreich, als hier unter dem Bürgerkönigtum Ludwig Philipps die goldenen Tage eines politisch herrschenden Großkapitalismus heraufzogen. Damals erst wurde die französische Kultur die Grundlage der Standesbildung für die Oberschicht der elsässischen Gesellschaft: ein Vorbild für die aus der Tiefe emporstrebenden Kräfte des Volkes, das in seinem Kern trotz alledem mit rühriger Unterstützung seiner Geistlichkeit dem Zwang der französischen „Nationalsprache" einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzte. Inmitten dieser politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe, die alle Kreise der Bevölkerung aufs engste mit dem inneren und äußeren Leben Frankreichs verbanden, schwand auch der letzte Rest von Zuneigung, die die Elsässer noch bis zur Februarrevolution etwa für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland gehegt hatten. Während in der alten Heimat in machtvollem Schwunge der Reichsgedanke alle Eigenbrödelei von Stämmen und Dynastien siegreich überwand, feierte 1848 das Elsaß mit tönenden Worten das Fest einer „Zweihundertjährigen Vereinigung mit Frankreich". Niemals hat hier der Zauber schwarz-rotgoldener Träume den Glanz der blau-weiß-roten Trikolore getrübt, die nun schon das zweite und dritte Geschlecht an Frankreichs Fahnen fesselte. Und doch bildete sich gerade in diesen Jahrzehnten das neue deutsche Nationalbewußtsein in einer Stärke aus, die bereits als politische Macht im Innern und nach außen zu werten war. —

Die erste Werbung Preußens um Deutschland, in der sich süd- und norddeutsche Staatsmänner und Publizisten im diplomatischen Ringen um Elsaß und Lothringen trafen, hatte nachhaltige Wirkungen hinterlassen. In schier unerschöpflichem Gedankenaustausch und in schwersten Verfassungskämpfen arbeitete sich das deutsche Volk in den Jahrzehnten der Reaktion und vor allem in der Revolution von 1848 aus dem Gewirr weltbürgerlicher und nationalstaatlicher Ideen und Vorstellungen, föderalistischer und unitarischer Tendenzen heraus, mit denen es eine ungeheuer große und tiefe Geschichte im letzten Jahrhundert belastet hatte. Kein Wunder, wenn darüber der Ruf nach Wiedergewinnung von Elsaß und Lothringen in den Jahrzehnten von 1815 bis 1859 nur spärlich erklang. Das Verlangen nach innerer Freiheit schlechthin drängte den Gegensatz gegen Frankreich zurück. Erst der Zusammenbruch der unitarischen Hoffnungen weckte in den Mehrheitsparteien der Paulskirche und des Erfurter Parlaments aufs neue die Erkenntnis, daß das deutsche Volk nur im Entscheidungskampf um die Rheingrenze zu staatlichem Selbstbewußtsein und damit zu selbständiger europäischer Machtstellung gelangen könne. Der Krimkrieg, der Süddeutschland zum ersten Male seit 1815 wieder ernstlich mit einem französischen Angriff bedrohte, bereitete dieser Wandlung den Weg. Im Jahre 1859 nahm die nationale Bewegung mit positiven Vorzeichen die Gedanken auf, die bereits die großen Tage der Befreiungs-

kriege wachgerufen hatten. Wie 1813 und 1815 stützen sich die Einheitsbestrebungen bewußt auf den Einfluß und auf die Macht Preußens, das mit der neuen Ära auch die liberalen Hoffnungen und Wünsche ganz Deutschlands gewinnt. Wieder drückt das Feldgeschrei: Elsaß und Lothringen deutsch! die Größe und Kraft der nationalen Politik aus. „Fast verklungene Laute erschallten wieder; was für immer begraben schien, zeigte neues Leben; man wagte zu wünschen, zu hoffen, ja — zu wollen". Nur durch Abtretung dieser alten deutschen Provinzen, schrieb der neue Leiter des preußischen Generalstabes, Hellmut von Moltke, „erlangen Frankreich und Deutschland ihre wirkliche natürliche Grenze, die Vogesen." Offen bekannte sich die deutsche Publizistik zur Gedankenverbindung, die Ernst Moritz Arndt und Görres fast ein halbes Jahrhundert zuvor gelehrt hatten: „Alles, was uns der Einheit näher bringt, bringt uns auch der Hoffnung auf Wiedererlangung von Elsaß und Lothringen näher". In raschen Schlägen führte Preußen 1864 und 1866 die äußere Politik der Frankfurter Reichsgewalt zu gutem Ende. Im Kampf gegen Dänemark öffnete es sich selbst und damit auch Deutschland den Weg zur Seegeltung; im Bruderstreit mit Österreich legte Bismarck den Grund zu neuer Entwicklung, die mit zwingender Gewalt zum Zusammenstoß mit Frankreich führen mußte. Als sich im Juli 1870 die nie ganz verschwundenen Wolken am westlichen Himmel zusammenzogen, vollzog sich in gleicher Schnelle und Zuverlässigkeit wie der militärische Aufmarsch auch die Mobilmachung der Geister. In wundervoller Klarheit erkannte das in der Schule Leopold Rankes heranwachsende Geschlecht, daß seine Heere jetzt gegen Ludwig den Vierzehnten fechten und zur Verteidigung gegen die Angriffspolitik der Richelieu und Mazarin ausziehen sollten. „Des Zusammenhanges zwischen den Jahren 1813 und 1815", betonte in den Tagen von Weißenburg und Wörth ein Zeitgenosse, „ist sich jedermann bewußt. Der Feldzug von 1870 ist gleichsam der Schluß der unvollendeten Freiheitskriege". „Noch hat kein deutsches Blatt die Kriegseventualitäten erwogen", schrieb die „Berliner Börsenzeitung" am Tage der Emser Depesche, „noch ist der Name von Elsaß und Lothringen nicht ausgesprochen, während es doch sicher nach einem siegreichen Feldzuge gegen Frankreich keinem Deutschen als möglich erscheinen würde, Straßburg noch eine französische Stadt bleiben zu lassen". Als Herold des nationalen Gewissens verkündete Heinrich von Treitschke mit dichterischem Feuer, daß ein Sieg Deutschlands nur mit dem Entschlusse enden dürfe, „die ungeheure Sündenrechnung, die seit dem Raube der lothringischen Stifter aufgelaufen, ganz und für immer auszugleichen". Erst mit dem Einmarsch der Heere ins deutsche Elsaß selbst aber setzten auch bestimmte Besprechungen über die Form der Erwerbung ein. In wort- und gedankenreichen Erörterungen gruppieren sich die Meinungen aufs Neue um die Stichworte vom Pufferstaat und um die Angliederung an einen oder mehrere der deutschen Einzelstaaten. Weit über das Maß der Anschauungen hinaus jedoch, die in der Zeit der Pariser Friedensschlüsse zutage getreten waren, spielt in diesem publizistischen und diplomatischen Kampfe jetzt die große deutsche Einheitsfrage eine entscheidende Rolle. Wie damals kreuzten die Anhänger rein territorialer Macht- und Hauspolitik und die begeisterten Vertreter des Reichsgedankens, Diplomaten, Parteiführer und Publizisten, in Rede und Schrift die Klingen. Aber von vornherein erscheinen ihre Erörterungen, gemessen an 1815, ganz außerordentlich vertieft und geläutert. Nicht nur das Problem an sich ist nach dem Ausscheiden Österreichs wesentlich vereinfacht. Die Erfahrungen der deutschen Revolution von 1848 vor allem hatten ihre gewaltigen Spuren im Denken der gebildeten Klassen hinterlassen. Und mächtig drängten unter der Herrschaft des eisernen Kanzlers realpolitische Berechnungen ans Licht, vor denen die Doktrinäre der Höfe und der öffentlichen Meinung zurückweichen mußten.

Im Kreise der eifersüchtigen europäischen Mächte freilich wurde nach wie vor der Gedanke, einen machtlosen Pufferstaat zwischen Rhein und Vogesen einzuschieben, aufs eifrigste erwogen. Insbesondere in England vertrat Gladstone

mit Nachdruck die Meinung, daß die Schleifung der elsässischen Festungen oder doch wenigstens die Erhebung des Elsaß zum neutralen Staat unter dem Schutz der Großmächte dem Bedürfnis Deutschlands nach Sicherung seiner Westgrenze vollauf genügen müsse. Der frühere österreichische Reichskanzler Graf Beust, der unermüdliche Gegner der kleindeutschen Einigung, nahm diese Anregung auf, als er noch im Dezember 1870 in London und Petersburg den Vorschlag unterbreitete, die „lothringische Frage" durch Einrichtung einer monarchischen Autonomie zu lösen. „Es sei zu erwägen", schrieb er, „ob nicht Elsaß-Lothringen als selbständiger, gleichberechtigter Bundesstaat dem Deutschen Reich angegliedert werden könne. Auf den Thron des neuen Großherzogtums wäre der Großherzog von Toskana, dessen Vorfahren über Lothringen geherrscht, zu berufen. Wenn Elsaß-Lothringen für sein früheres Herrschergeschlecht und nicht direkt für Deutschland revindiziert werde, sei nicht zu befürchten, daß es den ständigen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich bilden werde." In der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes selbst konnte das Schlagwort von der Autonomie Elsaß-Lothringens, das hier zum ersten Male vom Auslande in die Erörterung geworfen wurde, damals keinen Widerhall finden. Im Selbstgefühl der wiedererrungenen Einheit gab es für die ganz überwiegende Mehrheit der Nation nur eine deutsche, keine zwischenstaatliche Lösung des großen Problems, das die Eingliederung der neuen Landesteile bot. Aber in den Bereich dieser innerpolitischen Möglichkeiten gehörte es durchaus, wenn sich der persönliche und politische Freund Beusts, Graf Bray, als Bevollmächtigter Bayerns seit den Frühherbsttagen langsam dem Gedanken zuwandte, im Elsaß für das eigene Königreich selbst und unter Umständen auch für andere Bundesstaaten bestimmte Gebietsentschädigungen zu suchen.

Die Vorgeschichte dieser Pläne reicht, wie wir wissen, ebenfalls bis in die Zeit der Pariser Friedensschlüsse zurück. Wie damals war auch jetzt noch, bevor das neue Reich endgültig die Sorge für die wirtschaftliche Einheit aller Gliedstaaten übernommen hatte, der alte wittelsbachische Wunsch nach der Landbrücke zwischen Rheinpfalz und Unterfranken durchaus berechtigt. In kleineren Verhältnissen stand Bayern hier vor der gleichen Frage, die Preußen vier Jahre zuvor durch die Annexion von Hannover, Kurhessen und Nassau mit einem Schlage gelöst hatte. Trotzdem ist König Ludwig der Zweite, wie neuere Forschungen mit Recht hervorheben, in den Krieg eingetreten, ohne seine Bündnispflicht irgendwie durch den Vorbehalt einer Gebietsvergrößerung zu belasten. Der Anstoß, derartige Forderungen zu erheben, kam vielmehr, soweit wir bisher wissen, von Berlin. Selbst gut unitarisch gesinnte bayerische Liberale aber gestanden, „daß eine Gebietsvergrößerung Bayerns der Köder wäre, wodurch man dieses leichter für die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage in einer den nationalen Wünschen entsprechenden Weise bestimmen könnte." Und auch unter den Parteien des Norddeutschen Bundes fanden sich namhafte Fürsprecher eines solchen Gebietsaustausches der Südstaaten, die in einer Vergrößerung der bayerischen Rheinpfalz keinen zu teuren Preis sahen. Vertreter der katholischen Presse und der Konservativen vor allem setzen sich schon früh für eine Flurbereinigung unter den Bundesstaaten ein, die ja im letzten Grunde vornehmlich dem föderativen Charakter der neuen deutschen Verfassung zugute kommen mußte. „Ein neuer Fetzen", so warnt eindringlich die „Kölnische Volkszeitung", „etwa ein deutsches Vorland, dürfe aus Elsaß und Lothringen auf keinen Fall gemacht werden. Es würde doch das wahre partikularistische Gefühl verletzen, wenn nicht die Südstaaten bei diesem welthistorischen Akte eine Gebietserweiterung erhalten sollten".

Im politischen Gedankenkreise der deutschen Stämme tritt damit die Einheitsidee noch durchaus zurück vor den wurzelechten Forderungen territorialen Eigenlebens. Kein Wunder daher, daß auch die Dynastien der süddeutschen Einzelstaaten zum wenigsten den Versuch machten, im Austausch des Grenzlandes die ihrer Regierung anvertrauten Länder abzurunden und wirtschaftlich zu stärken. Bis in den Vorfrühling 1871 hinein hat der geschmeidige Graf Bray immer aufs neue den dringenden Wunsch seines Herrschers nach einer Gebietserweiterung der Rheinpfalz

aufs eifrigste vertreten, während der Stuttgarter Hof und die schwäbische Demokratie Elsaß und Lothringen gern Preußen überlassen wollten, wofern nur Württemberg endlich die lange ersehnten Hohenzollernschen Fürstentümer dafür eintauschte. Mitte Dezember konnte Fürst Hohenlohe im Rückblick auf die ungeschickten Verhandlungen Graf Brays fast als Trost und Entschuldigung vermerken: „Württemberg hat in Versailles Hohenzollern haben wollen, Darmstadt wollte Nordhessen abtreten und dafür einen Teil der Pfalz; beide Staaten wurden aber von Bismarck entschieden abgewiesen. Da sprechen die Preußen von Seelenverkäuferei und Länderschacher. Wenn es sich aber um Elsaß-Lothringen handelt, dann sagen sie: „Der Bien muß".

Überblickt man diese ganze Kette von partikularistischen Vorschlägen und Forderungen, so wird man den Einzelfall nicht einseitig verurteilen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die verschiedenen Wünsche der Südstaaten nach Landgewinn nicht amtlich in der Presse vertreten wurden. Die öffentliche Meinung hatte doch schon in starken Ausbrüchen gezeigt, daß ihr der nationale Drang nach Einheit höher stand als eine innerlich noch so berechtigte Eigenpolitik der Mittelstaaten.

Mit dem Unitarismus in reiner Form hatte sich eigentlich nur eine süddeutsche Regierung verbündet, das Baden Großherzog Friedrichs, der das Angebot eines Königreichs Alemannien auf beiden Ufern des Oberrheins von vornherein scharf ablehnte. „Eine Lösung, welche Bayern und Baden durch ehemalige französische Gebietsteile vergrößern wolle", betonte er schon im August, „könne man nur für eine höchst unglückliche halten. Weder Bayern noch Baden seien imstande, mit ihren Machtmitteln diese Territorien festzuhalten oder mit Erfolg sich innerlich anzueignen". Der Fürst selbst weist damit auf die Unmöglichkeit hin, daß das Großherzogtum zu all seinen inneren Sorgen noch die Aufgabe auf sich nehme, die nachbarlich abgeneigten Elsässer in das Wesen des neuen Deutschlands einzugliedern. Am allerwenigsten konnte das kleine Land den militärischen Schutz des Glacis ausüben, das jetzt am linken Rheinufer erstand. Vor allem aber spielten ja auch für Baden bei der Beurteilung der Annexionsfrage die politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des eigenen Staates selbstverständlich die größte Rolle. Im Falle einer Einverleibung des Elsaß mußten die Karlsruher Residenzler die Verlegung der wichtigsten Behörden nach Straßburg fürchten, das aufblühende Mannheim den Wettbewerb der bodenständigen Industrie im Oberelsaß. Entwarf doch der Ausschuß der süddeutschen Industriellen in Stuttgart gar eine eindringliche Mahnung, „die industriellen Teile des Elsaß von einer Annexion auszuschließen".

Immerhin treten solche Erwägungen hier zurück vor der großen Lebensfrage der Kleinstaaten nach der Erringung der Einheit. Für das alleinstehende, langgestreckte Großherzogtum mußte ja ganz anders wie in den satten Mittelstaaten des Südens die nationale Frage den Kern der eigenen Politik bilden. Für Baden wie für alle deutschen Kleinstaaten galt auch jetzt noch das Wort, das der Vertreter Karl Augusts von Weimar auf dem Wiener Kongreß geprägt hatte: Daß die Sicherheit der kleinen Länder nur auf der Begründung eines wahren, in sich selbst haltbaren deutschen Reiches beruhe. Ohne die ideale Gesinnung des Fürsten, dessen letzter Gedanke noch auf dem Sterbebette „die Sorge um die Einigung und Versöhnung der Gegensätze" war, zu gering einzuschätzen, wird man doch gerade diese rein materiellen Beweggründe der Selbsterhaltung von Land und Dynastie nachdrücklich betonen müssen. Stärker noch als die übrigen liberalen Fürsten, die Großherzöge von Oldenburg und Weimar und Herzog Ernst der Zweite von Coburg-Gotha, wurde Baden zum Anschluß an die unitarische Strömung gedrängt. Angriffsbereit drohten hier Bayern auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite. Persönliche Überzeugung und das Interesse des eigenen Hauses und Staates machen so Großherzog Friedrich zum Sprecher und diplomatischen Führer der nationalen Parteien im Norden und im Süden Deutsch-

lands. Vor allem die positive Lösung, die er selbst für die Frage der Einverleibung von Elsaß und Lothringen vorschlägt, spiegelt diesen großen Zusammenhang. In die Entwürfe von 1870 fließen hier abgeklärt und rein die Gedankengänge der Vaterlandsfreunde von 1815.

„Wir sind Deutsche", so hatte damals Ernst Moritz Arndt die Elsässer sagen lassen, „und viele von uns möchten wieder Deutsche werden, aber uns mit einem kleinen Fürstentum zusammenlöten, das wird nicht halten; schafft etwas Größeres, sonst bleiben wir lieber, wie wir sind". Dieselben Töne, doch einen Akkord tiefer und voller noch, klingen uns aus der großen badischen Denkschrift vom August 1870 entgegen. „Die Frankreich abzunehmenden Provinzen", so heißt es hier, „könne kein anderer als der Stärkste erhalten, derjenige, der allein imstande sei, sie mit eigener Kraft zu behaupten, und in Baden halte man deshalb nur ein solches Arrangement für gesund, welches Elsaß und Lothringen der Krone Preußens unterstelle. „Elsaß und Lothringen muß und wird", wiederholt wenige Wochen später ein badischer Staatsmann, „wenn auch nur dem gesunden Menschenverstand-Genüge geleistet werden soll, preußisch werden bis auf das letzte Dorf". Zahlreiche Äußerungen der liberalen Presse begleiten beifällig diese Vorschläge. „Die Elsässer", meint treffend die „Schwäbische Chronik", „waren stolz, Franzosen zu sein, weil sie sich als Glieder eines großen Staates fühlten. Darum darf das Elsaß nie einem oder mehreren Mittelstaaten zur Beute werden". Und scharf und schneidend ruft der „Schwäbische Merkur" die Südstaaten zu realpolitischen Opfern auf: „Keiner von allen den süddeutschen Staaten hat den Umfang und die Bedeutung, um den Elsässern oder Lothringern den bisherigen Zusammenhang mit einem großen Staatsleben zu ersetzen. Dies kann nur der einzige deutsche Großstaat, den es eben gibt, dies kann nur Preußen. Wir können die Elsässer und Lothringer nie wieder zu Deutschen machen, wenn wir sie erst zwingen, bayerisch oder badisch zu werden; stolz wie sie sind, würden sie das nur mit Hohn und Grimm als ein schmerzliches Herabsteigen empfinden. Der Krieg hat es uns gelehrt, daß wir in unserem Dasein geschützt werden, wenn wir mit Preußen gehen. Und es wird Preußen nur leichter werden, uns darin zu schützen, wenn jene Grenzstriche in seine Hand gelegt sind: indem es dort künftig sein eigenes Gebiet behütet, sind wir mit behütet. Es muß nicht nur wie bisher Preußens edelste Pflicht bleiben, der Hort Deutschlands zu sein, es muß auch sein eigenstes Interesse darin finden. Übergebt also das deutsche Tor dem Torwart, der stark genug ist, es zu behaupten". Gleichzeitig aber regt sich das Mißtrauen der linksstehenden Liberalen, ob Preußen auch imstande sei, den wiedergewonnenen Brüdern die Freiheiten zu ersetzen, die sie bei ihrem Übertritt aus dem demokratischen Frankreich dahingeben. Wohl betont schon am 18. August die „Vossische Zeitung", daß „Preußen nach wie vor den Stock und Kern auch des neuen und erweiterten Deutschen Reiches bilden müsse", daß nur ihm daher das Frankreich abzunehmende Land zuzuweisen sei. Voraussetzung dazu ist ihm aber, daß Preußen sich befleißigt, „seine Untugenden abzulegen, welche ihm als Groß-Preußentum berechtigten Haß zugezogen haben, und daß es die Volksrechte Elsaß und Lothringens erweitere, ohne welche eine gesunde Einverleibung in Deutschland nicht denkbar sei." Scharf wird durch diese Sätze die Frage der staatsrechtlichen Angliederung Elsaß-Lothringens hinausgehoben über die einfache Forderung der Zuweisung an eine der Verbündeten Regierungen. Die Fäden zwischen Preußen und Deutschland, die unentwirrbar die Entwicklung der deutschen Frage im neunzehnten und noch im zwanzigsten Jahrhundert durchziehen, umspannen seit dem August 1870 auch das Schicksal der neu zu erwerbenden Lande. Alle die großen Gedankenreihen der auswärtigen und inneren Politik Preußen-Deutschlands, die 1815, 1848 und 1866 nicht restlos aufgegangen waren, drängen hier aufs neue zur Entscheidung. Seit die Annexion feststeht, und seit die Ansprüche der Südstaaten in der Hauptsache aus der Erörterung ausscheiden, wird die staatsrechtliche Gestaltung Elsaß und Lothringens ein Gradmesser für die Stärke der unitarischen und föderalistischen Kräfte des neuen Reiches.

Schon die „Reichsterroristen" von 1848 wollten durch die Erhöhung des preußischen Königs vor allem den preußischen Staat selbst für ihre eigene liberale und nationale Staatsauffassung erobern, daß er sich selbst aufgebe und auflöse um Deutschlands willen. Durch Einschmelzung liberaler Elemente aus Mittel- und Süddeutschland, so meinten vorsichtigere Wortführer des Unitarismus, sollte das Erz des spezifischen Preußentums so stark durchsetzt werden, daß das neue Preußen-Deutschland durch den Hammer der konstitutionellen Doktrin zum liberalen Musterstaate gewandelt werde. Wohl hatten inzwischen die harten Erfahrungen der Jahre von 1849 bis zur Konfliktszeit die liberalen Politiker zur Zurückhaltung gemahnt. Und gerade im letzten Jahrfünft, im Siegeszug von Düppel bis Sedan, hatte der vielgeschmähte altpreußische Staat nicht nur die Kraft, sondern insbesondere auch den lebendigen Willen gezeigt, den Weg zum neuen Deutschland voranzugehen. Aber noch immer schien er nur der Zwingherr zur Deutschheit. Noch immer schieden das Dreiklassenwahlrecht, das gerade kurz vorher Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet hatte, und die auf ostelbischen Standes- und Wirtschaftsinteressen beruhende Verwaltungspraxis der preußischen Junker und Landräte die Staatsschöpfung der Hohenzollern innerlich und äußerlich aufs schärfste vom Süden und Westen des Reiches. Und mehr oder minder stark werden daher im Spätsommer 1870 die alten Hoffnungen wieder lebendig, als jetzt die Möglichkeit nahe schien, ein großes süddeutsches Land an Preußen anzugliedern, Land und Leute sogar, so meinte man, die dank ihrer französischen Vergangenheit wohl imstande sein mochten, liberale und demokratische Kraft ins erstarrte Preußentum zu tragen. Ungehemmt wucherte ja noch in den Köpfen vieler Politiker der Wahn, daß nur das Maß individueller parlamentarischer Freiheit Völker und Staaten scheide, und daß die Weltgeschichte seit den Tagen der großen französischen Revolution in der Hauptsache ein Siegeszug des Fortschrittes von Westen nach Osten sei. Während die konservativen Organe merkwürdig zurückhaltend bleiben, tritt daher bei den liberalen Parteien die Forderung: Elsaß und Lothringen für Preußen in mannigfacher Abtönung hervor.

Am feinsten hat vielleicht Heinrich von Treitschke den Weg gewiesen, wie jetzt Preußens Wesen im unitarischen Sinne umzubiegen und zu wandeln sei. Mit all seinem gewaltigen Pathos tritt er schon Ende August „jener unklaren Redensart" entgegen: „Wir wollen die Süddeutschen belohnen für ihre Treue". Mahnend und warnend weist er vielmehr auf die Gefahren hin, die gerade solche Lösung der noch unfertigen deutschen Einheit bringen muß: „Bayern, durch das Elsaß verstärkt und die süddeutschen Nachbarn rings umklammernd, wäre die Großmacht des deutschen Südens. Wer aber diese große Zeit versteht, der darf nicht wollen, daß an die Stelle des unglücklichen preußisch-österreichischen Dualismus ein preußisch-bayerischer trete, daß Baden und Württemberg haltlos zwischen Preußen und Bayern einherschwanken. Die Zeit ist für immer vorbei, da deutsche Mittelstaaten noch wachsen konnten." — „Wer ist stark genug", fragt er, „diese verlorenen Lande zu beherrschen und durch heilsame Zucht dem deutschen Leben wiederzugewinnen? Preußen, allein Preußen! Der preußische Adler allein versteht festzuhalten, was seine Fänge ergriffen; in jeder schwächeren Hand ist das Grenzland nur ein Besitz auf Zeit. Wir wollen Preußen durch das einzige Band, das in der Politik immer die Probe hält, durch seine eigenen Lebensinteressen, an uns ketten. Dem Deutschen Reiche aber wird es zum Heile gereichen, wenn die führende Macht in ihrem eigenen Hause süddeutsche Eigenart zu würdigen lernt, wenn die bürgerlichen Kräfte ihrer Westprovinzen verstärkt werden und den unreifen sozialen Zuständen ihres Ostens ein Gegengewicht bilden — kurz, wenn der preußische Staat alle Gegensätze des deutschen Lebens in sich einschließt und versöhnt." Ähnlich betont eine süddeutsche Korrespondenz der „Nationalzeitung", daß Preußen durch die Einverleibung Elsaß-Lothringens „genötigt sein werde, sich süddeutschem Wesen mehr, als es bisher geschah, zu akkommodiren".

Lückenlos und fast selbstverständlich gleiten diese Erörterungen gerade dadurch, daß sie in Elsaß und Lothringen nicht das alte, verhaßte spezifische

Preußentum zur Herrschaft kommen lassen wollen, hinüber zu neuen Vorschlägen. Um nicht einen „Polizeistaat" durch den anderen zu ersetzen, läßt die „Vossische Zeitung" jetzt den Gedanken an eine Einverleibung von Elsaß und Lothringen in Preußen fallen. „Wenn es doch nicht möglich ist", meint sie, „beide Länder unter einer neuen Art von Reichsunmittelbarkeit ohne Fürst selbständig zu machen, so würde das künftige Schicksal von Elsaß-Lothringen bis nach der Entscheidung über die Reichsverfassung zu vertagen sein und eine Nationalversammlung dabei mitzusprechen haben." Verheißungsvoll klingen seitdem Namen und Begriff von „Reichsunmittelbarkeit", von Reich, Kaiser und Reichsland aus den Tagen der deutschen Revolution herüber. Unausgesprochen, zum Teil wohl unbewußt, stützt ein Begriff den anderen und haucht ihm ein eigenartiges Leben ein.

Eine Auswahl von Stimmen aus dem liberalen Lager mag am besten zeigen, wie sich aus der Hoffnung auf eine liberale preußische Provinz Elsaß-Lothringen langsam das Verlangen nach einem „Reichsland" entwickelt. Mit Nachdruck betont Heinrich von Sybel in der „Kölnischen Zeitung", daß das zurückgewonnene Land nicht zur Stärkung irgend eines Partikularismus verwandt werden dürfe. Seine Regierung sei keiner anderen Hand als dem Führer unserer nationalen Einheit, unserem königlichen Bundesoberhaupte zu geben. Deutlicher wird eine von Treitschke gerühmte Flugschrift: Als „objektives Produkt der hergestellten deutschen Einheit und als ein handgreifliches Pfand für deren Dauer" sollen Elsaß und Lothringen unmittelbar dem Reiche gehören. Das Reichsoberhaupt soll hier dieselbe Stelle einnehmen wie als Bundespräsidium im jetzigen Norddeutschland. Ähnlich äußert sich ein Mitarbeiter der „Nationalzeitung", dessen Kritik bereits zum linken Flügel der Liberalen hinüberweist. Im Gegensatz zu Treitschkes Aufsatz fürchtet er, daß eine preußische Provinz Elsaß-Lothringen „mit dem preußischen Herrenhause, mit Eulenburgscher Landratsverwaltung und mit anderen dergleichen schönen Dingen behaftet werde". Er hofft im Gegenteil, daß Elsaß-Lothringen ein liberaler Musterstaat werde. Hier müsse man den Anfang damit machen, daß die Funktionen des Landtages immer mehr auf Reichstag und Provinzialvertretung übergingen und die preußische Regierung immer mehr den Charakter einer rein deutschen Regierung annehme. In dieser deutschen Provinz möge das Oberhaupt des Reiches die Provinzialregierung einsetzen; der deutsche Reichstag möge in Übereinstimmung mit dem Reichsoberhaupte die Funktionen derselben feststellen. „Wir meinen, daß auf diese Weise die preußische Aufgabe gegenüber der neuen Provinz um so reiner und vollständiger gelöst werden kann, als sie eben keine spezifisch preußische, sondern eine solche ist, welche mit der deutschen Aufgabe Preußens vollständig zusammenfällt."

Auch aus den Kreisen der Nationalliberalen jedoch kennen wir Stimmen, die unmittelbar anknüpfen an die Hoffnungen der Unitarier von 1848. Die Lockungen Heinrich von Gagerns freilich, der noch Ende Dezember 1870 in Darmstadt die Notwendigkeit hervorhob, „daß der Schwerpunkt der preußischen Regierungsaktion mehr in die Provinziallandtage und weniger in die zentrale preußische Reichsvertretung zu liegen komme", versagten sie sich. Offen hatte vielmehr wenige Monate vorher Heinrich von Treitschke hervorgehoben, daß Preußens monarchische und militärische Überlieferungen geschont werden müßten. Aber zugleich hatte er als seine und seiner Freunde Überzeugung verkündet, daß er nach wie vor „den Einheitsstaat und die Selbstverwaltung starker Provinzen als die Staatsform der Zukunft" ansehe. Es war ein deutlicher Hinweis auf die Entwicklung der Selbstverwaltung der preußischen Provinzen, die eine Zeitlang wohl in der Tat Preußen zum Kern und zum Vorbild des einheitlich gegliederten künftigen Deutschen Reiches zu machen schien.

Ein Teil der mittelstaatlichen liberalen Staatsmänner hatte schon 1866 von der Annexion Hannovers, Kurhessens, Frankfurts und Nassaus eine solche Umbiegung des spezifischen Preußentums erwartet. „Daß das Verschwinden Hannovers aus der Reihe der norddeutschen Staaten der föderativen Entwicklung Deutschlands nicht förderlich sein und den Übergang zum Einheitsstaate beschleunigen werde, erschien

einleuchtend", so meinte damals Jansen, der Vertraute des Großherzogs von Oldenburg. Schärfer noch, unmittelbar fast anknüpfend an die Gagernschen Gedanken, schrieb der Kurhesse Friedrich Oetker, der zusammen mit Johannes Miquel eingehend mit Bismarck über die Schaffung selbständiger, lebenskräftiger Provinzen verhandelte: „Die ganze preußische Landesgesetzgebung müsse zugunsten der Bundes- und der Provinzialgesetzgebung aufhören, also der Landtag allmählich trockengelegt werden". In diese Entwicklung hinein schob sich drei Jahre später die Erörterung über die Angliederung der Südstaaten und der neu erworbenen Gebiete Elsaß und Lothringen an den Norddeutschen Bund. Und geistvoll verband Oetker auch diese neue Gedankenreihe mit den alten Entwürfen, als er empfahl: „Durch allmähliche Trockenlegung der bisherigen deutschen Landesverfassungen zugunsten der Reichsverfassung einerseits und einer Reihe einander gleichstehender Provinzialverfassungen andererseits die Zukunft des Deutschen Reiches sicherzustellen und sie auf eine festere, harmonisch gegliederte Basis zu stellen".

Was hier Oetker als ideales Zukunftsbild ausführte, war in der Tat nichts anderes, als eine Erweiterung dessen, was eine bestimmte Richtung unter den Liberalen anfangs wohl von der Einverleibung Elsaß und Lothringens in Preußen erwartet hatte. Die Aufgabe, die sie der neuen preußischen Provinz stellen wollten, das spezifische Preußentum der alten Provinzen in unitarischem Sinne umzuschmelzen, übertrug Oetker auf das Reichsland. Nicht nur den preußischen Partikularismus allein, sondern den Partikularismus aller Bundesstaaten sollte das Reichsland auflösen und zum unitarischen Staatsrecht hinüberleiten. Die eine Reichsprovinz Elsaß-Lothringen konnte der Anfang zur Auflösung des ganzen Bundesstaates in Reichsprovinzen werden. Wir sehen, welch tiefgreifende Wertung Friedrich Oetker der Schöpfung des „Reichslandes" beilegte. Wohl steht der Kurhesse mit diesen Zukunftsplänen für uns allein. Wir kennen vorläufig keinen anderen Politiker, der so folgerichtig die konstitutionelle Doktrin von 1848 auf die neuen Erfolge des Jahres 1870 ausdehnte. Aber schließlich entsprangen doch auch derselben Wurzel politischen Denkens die Sätze, die die „Vossische Zeitung" bereits am 2. September schrieb: „Wird die Reichsverfassung von 1849 der neuen zugrunde gelegt und von einem verfassunggebenden Reichstage zeitgemäß verändert, dann ist es für die Nation ganz gleichgültig, welchem Sonderstaate die alt-neuen Provinzen zugeschlagen werden". Die Verfassung der Paulskirche hatte ja in der Tat schon unter dem Schleier des Bundesstaatsbegriffes die Einzelstaaten lediglich als Reichsprovinzen mit erblichen Statthaltern behandeln wollen.

Die Mehrzahl der Nationalliberalen freilich, die mit sicherem Gefühl für die Staatspersönlichkeit Preußens stets daran festhielten, daß der hohenzollernsche Staat den Stock und Kern des neuen Deutschland bilden sollte, konnten solchen reichsterroristischen Gedankengängen nicht folgen. Nicht wenige unter ihnen haben damals schon in der Neuschöpfung des „Reichslandes" einen Rückschritt gegenüber der von ihnen empfohlenen Eingliederung in Preußen erblickt. Nachdrücklich warnt eine preußische Stimme in der „Nationalzeitung" davor, einen neuen Partikularstaat zu schaffen: „Wer auch das Oberhaupt ‚dieser deutschen Provinz' werden mag, Herzog oder Oberpräsident, immer wird derselbe ein gewisses Maß von staatlichen Funktionen zu üben haben, welches ungefähr dem gleichkommt, was die Regenten unserer Kleinstaaten leisten. Ein Übergangsstadium wird allerdings unvermeidlich sein. Benutzen wir es, um auch in unserem engeren Vaterlande alle Mißstände der inneren Verwaltung zu beseitigen, und lassen wir dann Elsaß-Lothringen als vollberechtigte preußische Provinz an den Segnungen deutscher Einheit teilnehmen". Ebenso nimmt der nationalliberale Politiker H. B. Oppenheim entschieden Stellung gegen die „unklare, ja widersinnige Kombination, aus Elsaß-Lothringen ein abstraktes ‚Reichsland' zu machen". Mit nachdrücklichem Eifer wendet er sich gegen die konservative Presse, die sich in merkwürdigem Zusammenklang schon seit dem Frühherbst 1870 mit den Vorkämpfern der unitarischen Linken im gleichen Verlangen findet.

In der Tat gingen die rechtsstehenden Parteien und die ihnen innerlich verwandten Föderalisten in ihrem Verlangen nach einem „Reichsland" schon 1870 von Voraussetzungen aus, die in schärfstem Gegensatz standen zu den Anschauungen, die die Unitarier vertraten. In einer ganzen Reihe von Artikeln wendet sich im September des Kriegsjahres die „Kreuzzeitung" entschieden gegen das Verlangen der Linksliberalen nach einem „zentralisierten konstitutionellen Einheitsstaat". Bei weitem wichtiger ist ihr die Sicherung der Eigenart der Einzelstaaten, besonders Preußens. Und doch verlangt auch das Organ der Konservativen als die einzig mögliche Lösung der schwebenden Frage „die Erklärung von Elsaß und Lothringen als freies deutsches Reichsgebiet". Die Einnahmeüberschüsse würden in die Bundeskasse fließen, die militärischen Besatzungen aus allen Bundesgebieten zu stellen sein. Die Oberbeamten der Zivilverwaltung würden in der ersten Zeit aus den bisherigen deutschen Staaten hervorgehen, während man später diese Stellen auch Elsaß-Lothringern zugänglich machen könnte. — Merkwürdig nüchtern und praktisch stehen diese Bemerkungen neben den Hoffnungen, die sich für die Unitarier an die Erwähnung des „Reichslandes" knüpften. Bedeutungsvoll aber wird der Vorschlag der „Kreuzzeitung" in ganz besonderem Maße dadurch, daß er im wesentlichen das enthält, was Bismarck selbst gebilligt hatte. Schon im August 1870 nämlich hatte der frühere preußische Ministerpräsident Otto von Manteuffel dem Bundeskanzler Vorschläge zur Angliederung von Elsaß und Lothringen übermittelt, die zum Teil wörtlich mit den Angaben des konservativen Organs übereinstimmen. Eine Neutralisierung der wiedergewonnenen Gebiete zwar, die Manteuffel ebenfalls anregte, wies Bismarck von vornherein ab. Der Gedanke aber, Elsaß und Lothringen zu Reichslanden zu machen, schreibt er, habe bereits nach den ersten siegreichen Schlachten die Genehmigung des Königs gefunden. H. B. Oppenheim mag sich auf diesen Artikel der „Kreuzzeitung" beziehen, wenn er den Gedanken eines „Reichslandes" einen offiziösen Fühler nennt, mit dem etwas ganz anderes gemeint war, als dienstfertige Federn in der Hast des Gehorchens daraus herleiteten. Dem überzeugten Vertreter einer Angliederung an Preußen erscheint es unfaßbar, daß man das deutsche Bundesstaatswesen noch verwickelter machen wolle. In der Tat fällt zum mindesten zeitlich die eingehende Beschäftigung der deutschen Presse mit den Annexionsfragen zusammen mit den einleitenden Verhandlungen der deutschen Regierungen. Wie bei den Fragen der Reichsverfassung und der Kaiserwürde greift überragend und bestimmend die hohe Gestalt Bismarcks in die Erörterung ein. In den rein nationalen, innerpolitischen Gedankenaustausch der gesamtdeutschen Parteien führt der Leiter der auswärtigen Politik des Norddeutschen Bundes internationale Rücksichten und Motive ein, die mehr und mehr die Entscheidung auch in der Frage der staatsrechtlichen Zukunft Elsaß und Lothringens bedingen.

Gespräch im Olymp

Aus der Mappe des Emeritus Adrian Guggengeigger

Artur von Guggengeigger, bisher Landrat des Kreises Schmöle, jetzt zum Minister des Mittleren ernannt, machte seinem Freund und Vetter, Freiherrn Egbert von Guggengeigger, seit über fünf Jahren Minister der eckigen Angelegenheiten, einen Besuch. Die beiden Herren saßen im Dienstzimmer Egberts gemütlich beisammen und rauchten. Zum Bedauern seines Vetters hatte Artur aus dem ihm halbseitig angebotenen Etui eine der guten Zigarren von der anderen Seite ge-

angelt, die Egbert, die goldene Seele, für sich selbst zu reservieren pflegte. Na, dies bringen die Repräsentationspflichten so mit sich.

Endlich hub Artur an: Dankbar wäre ich dir, trautester Vetter, wenn du aus deiner reichen Erfahrung heraus mir einige Winke für mein neues Amt auf den Weg geben wolltest. Von wegen Etzetera pepeh. Man muß doch an demselben Strang ziehen. Aber da hast du kürzlich im Landtag Dinge gesagt — — ich war einfach paff. Du hast gesagt — —

Egbert: Ich habe programmatisch dargelegt: für die Auswahl der Beamten sind mir nicht Examennote oder Glaubensbekenntnis oder politische Richtung oder andere Dinge bestimmend, sondern Tüchtigkeit und Charakterfestigkeit. Danach handle ich.

Artur: Und dies war und ist dein voller Ernst?

Egbert: Mein voller Ernst!

Artur: Wo treiben wir hin? Wo treiben wir hin? Mit solchem Programm soll ich mein neues Amt antreten!

Egbert warf einen Stoß Briefe auf den Tisch.

Egbert: Was du sagst, das schreiben mir beinahe alle Freunde. Die Kerls sind wie von der Tarantel gestochen. Was wollt ihr denn eigentlich?

Artur: Wir wollen den Staat nach bewährten Grundsätzen verwalten. Wir! Wir! Wir! Verstehst du? Dein neues Programm aber —

Egbert: Was neu — — neu — —

Artur: Bitte sehr — die Tüchtigen!

Egbert: Bitte sehr! Unsere Beamtenschaft ist doch anerkanntermaßen tüchtig. Nicht? Nu also! Wem ist dies zu verdanken? Der Auswahl. Der Auswahl, wie sie bis jetzt geübt worden ist und geübt wird. Besteht daher ein Grund, das bisherige System zu ändern? Im Gegenteil. Es wird beibehalten. Es leben die Tüchtigen! Wir! Die Guggengeigger! Verstehst du nun? Ist dies ein neues Programm?

Artur: Und die Charakterfesten?

Egbert: Auch dies Merkmal ist bei der Auswahl entscheidend. Entscheidend in dem Sinne: ich nehme sie nicht, ich kann sie nicht brauchen.

Artur: ? ?

Egbert: Mit Unterschied.

Artur: Die Examennoten?

Egbert: Die herrlichsten Examennoten sollen mich nicht abhalten, einen Mann in meine Verwaltung aufzunehmen, wenn — —

Artur: Die Religion? Nimmst du einen Juden?

Egbert: Nicht geschenkt; doch nicht wegen des Bekenntnisses, sondern wegen der Rasse.

Artur: Den getauften Juden?

Egbert: Hm — — auf diesem Wege kommen wir nicht weiter, dafür ist das Problem zu verwickelt. Ich werde es dir mal an einigen Beispielen vorrechnen:

Bürgerlich, das gibt zwei Minuspunkte	−2
Nicht gedient	−1
Nicht Korps	−2
Katholik	−2
Reich	+2
Sehr gut verheiratet	+2
Nationalliberal	−1
Ausgezeichnete Arbeitskraft	+1
Sehr schmiegsam	+3

In Summa $+8-8=0$. Ich kann den Mann also nicht nehmen. Will ich ihn doch haben, dann eskomptiere ich sein angenehmes Exterieur, seine Eleganz und seine bestechenden Umgangsformen mit +3. Um alle Zweifel zu beheben, kann ich, falls vorhanden, die goldene Rücksichtslosigkeit gegen Untergebene mit +3 einsetzen.

Ein anderer Fall:

Nicht Korps	− 2
Nicht gedient	− 1
Vertroddelt	− 0,1
Schlecht gewachsen	− 5
Schlecht angezogen	− 5
Nie gearbeitet	− 0,1
Tut alles was man will	+ 4
Ausgezeichnete Beziehungen	+ 5
Fürst	+ 15

In Summa + 24 − 13,2 = + 10,8, ein so glänzendes Ergebnis, daß ich das Auswärtige Amt aufmerksam mache, das für solche Fälle stets Verwendung hat.

Und nun noch ein drittes Exempel:

Adel	+ 2
Korps	+ 2
Rittmeister der Landwehr	+ 3
Großgrundbesitzer	+ 4
Mit einer Jüdin verheiratet	− 9
Die Frau besitzt Rittergüter und Millionen	+ 11
Konservativ	+ 10
Läßt andere für sich arbeiten	+ 6
Große Schnauze	+ 4
Exzelliert in saftigen Anekdoten	+ 3
Mit der ganzen Mark Brandenburg verschwistert und verschwägert	+ 8

Es ergeben sich + 53 − 9 = 44. Na, der Mann ist gut. Was braucht es da noch weiter Zeugnis? Und nun gebe ich zum Schluß, da aller guten Dinge vier sind, ein sehr lehrsames Exempel:

Dr. jur., Dr. phil., Dr. med.	+ 0,3
Begabtester Schüler Brentanos	− 1,0
Spricht französisch, englisch, italienisch	+ 0,3
Reiste vier Jahre im Ausland	+ 0,4
Verfasser anerkannter staatswissenschaftlicher Werke	+ 0,5
Redner ersten Ranges	+ 1,0
Höchst sympathische Erscheinung	+ 1,5
Die Lauterkeit selber	+ 0,1
Rechtsanwalt	− 2,0
Freisinnig	− 4,5
Jude (ungetauft und untaufbar)	− 10,0

Ergebnis + 4,1 − 17,5 = − 13,4. Mit dem besten Willen nicht daran zu denken, den Mann auf die Kreditseite zu bringen. Pech! Aber nischt zu machen.

Artur: Und ein Sozze.

Egbert: Auch er ist mir willkommen, hochwillkommen, sofern er nur die bedauerliche Morgengabe von 125 Minuspunkten kompensatorisch auszulöschen und außerdem tüchtig ins Kredit zu geraten versteht.

Artur: Darf ich diese kostbaren Zahlenautogramme als unveräußerliches Besitztum getrost nach Hause tragen? Besonders die Dezimalbrüche geben mir zu denken.

Egbert: Nimm, was du willst, und halte dir die Charakterfesten vom Leib. Diese Leute sagen purement et simplement „die Sonne scheint" oder „es regnet". In einer geordneten Verwaltung heißt es höchstens „die Sonne dürfte vielleicht scheinen" oder „es möchte etwa regnen". Vor Jahren bekam ich einmal einen Lebenslauf in die Hand, der begann mit den Sätzen: „Ich dürfte am 30. März 1872 zu Neuß geboren, mein Vater möchte etwa der Kommerzienrat N. N. gewesen sein". Diesen Mann kaufte ich mir sofort. Er ist mein wertvollster Mitarbeiter

geworden. Obgleich erst 35 Jahre alt, hatte der junge Regierungsrat bereits drei Orden, richtig gehende Orden. Auch dies nahm mich für ihn ein.

Artur: Nanu?

Egbert: Es gibt bekanntlich mehrere Arten von Orden —

Artur: Die Lohengrinklasse (Nie sollst du mich befragen) und die Loreleiklasse (Ich weiß nicht was soll es bedeuten) —

Egbert: Ganz netter Witz für Assessoren! Doch ich denke, wir sprechen hier ernsthaft. Ich meine verdiente, erdiente, erdienerte und erdinierte Kategorien. Von den verdienten ist ja nicht viel zu reden im Zivil, die sind so selten wie die Brillanten zum Kronen vierter Güte. Die erdienten, na ja, Ochsentour und Kompagnie, die setzen automatisch ein. Doch die beiden letzten Sorten, die lob ich mir. Hier zeigt sich die echte und gehaltvolle Strebsamkeit. Wer sich vorzeitig Orden zu erdienern, zu erdinieren, zu erkohlen, zu ersohlen, zu erfohlen weiß, das ist mein Mann, der versteht es, eine Sache zu beixeln, der setzt in erfrischender Weise die Person vor die Sache und trappt hinter mir her, um die Reifen anzutreiben, damit die Dauben des ewig rinnenden Staatsfasses wenigstens solange zusammenhalten, bis ein Nachfolger die Arbeit übernimmt.

Du erfreust dich, lieber Artur, geradezu idealen Schuhwerks — o diese Knöpfe! — das im Verein mit den diskret grauen Beinkleidern — o diese Bügelfalte! — mit dem klassisch gebauten Gehrock — o dieses Seidenfutter! — mit der distinguierten Krawatte — o diese graue Perle! —, mit dem Seidenhut — o diese acht Reflexe! —, und mit den hellbraunen Handschuhen — o diese dicken schwarzen Raupen! —, mit dem ganzen wohltuenden Ensemble als eine mehr denn ausreichende Requisitenkammer dich zu gesegneter Amtsführung prädestiniert. Aber, Hand aufs Herz! könntest du in absehbarer Zeit aus geeigneten Rohstoffen ein Paar solcher berückender Knopfstiefel und so weiter herstellen? Dies ist eine rhetorische Frage, die ich für dich mit nein beantworte. Du würdest einfach versagen, Leder, Tuch und Seide zu Gulasch verhackstücken und dich schließlich in Verzweiflung besaufen. Der Schneidermeister Susemihl aber oder der Schuster Knoggebühler, beide würden dein oder mein Ministerium ebenso fürtrefflich leiten wie wir, das heißt, sie würden, genau wie wir, keine Dummheit, die gemacht werden kann, ungepflückt am Wege blühen lassen.

Einen Regenschirm machen ist eine Kunst, verwalten nur eine schlechte Gewohnheit.

Ich will nicht übertreiben. Ehre wem Ehre gebührt! Alles was auswärtig heißt, das ist Kunst, hohe Kunst.

Artur.: Wirklich?

Egbert: Ich war, wie du weißt, in jungen Jahren einige Zeit Legationssekretär bei unserer Botschaft in Paris. Mir schwindelte vor der Größe der Aufgaben, die meiner harrten, und ich verschlang die Literatur, die der gütige Botschafter mir zur Verfügung stellte: Martens, Koch, Schöll, Ghillany, Geffken und zwanzig andere Autoren. Mein Chef faßte ein solches Vertrauen zu mir, daß er mir eine überaus wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe übertrug, die Tischordnung bei Diners im Botschafterpalais und zugleich die Kontrolle darüber, ob der Botschafter als Gast überall den ihm gebührenden Platz erhalte. Die eminente Schwierigkeit meines umfassenden Referates wird Dir einleuchten, wenn ich Dir sage, daß es sich hier um das verwickeltste Problem der Diplomatie aller Zeiten und aller Völker handelt. Der erste Platz — ich weiß dies aus meinem Martens noch auswendig — an einer allseitig besetzten Tafel ist, darin herrscht Übereinstimmung, stets der Haupteingangstür oder — merke: oder — der Fensterseite gegenüber; letzterenfalles kann die Haupteingangstür links oder rechts, sie darf aber niemals hinter dem ersten Platz liegen. Wenn solche Anordnung nicht möglich ist, so gilt als erster Platz der in der Mitte, sofern er das Tageslicht von links empfängt. Voraussetzung ist auch hier, daß der Inhaber des Platzes nicht mit dem Rücken gegen die Haupttür sitzt, die er stets im Auge haben muß. Dann folgt der zweite Platz rechts, der dritte links, der vierte Platz rechts und so weiter.

Könntest Du nach diesem von allen Autoren seit den Kreuzzügen gebilligten System eine Tischordnung machen? Ich habe es damals gelernt in höchster körperlicher und geistiger Anspannung. Es gelang mir, meinen Chef über 163 Diners ohne ernstliche Verwicklungen hinwegzulotsen. In einigen zweifelhaften Fällen half ihm meine Literaturkenntnis zum Recht, ohne daß Mediation durch eine befreundete Macht notwendig geworden wäre.

Wie dankbar der Botschafter mir war, zeigte sich bei meiner Rückberufung. Er gab mir ein intimes Abschiedsdinerchen, acht Personen im roten Saal. Bei Tisch geistvolle Kombination von pêle-mêle und Rangordnung; doch Tageslicht kam von rechts, was mich leicht beunruhigte. Des Botschafters Trinkspruch feierte mich als einen Mann, der alle Höhen und Tiefen der Diplomatie zu umfassen gelernt habe. Ach, setzte er mit einem schweren Seufzer hinzu, es wäre eine ungetrübte Lust, Diplomat zu sein, wenn nicht die Vertreter anderer Großmächte da wären!

Pardon, daß ich so schwatze! Ich wollte von der auch durch sonstige Erfolge sattsam erwiesenen Kunsthöhe unserer Diplomatie nur sprechen im Gegensatze zur inneren Verwaltung, die zum Schatten eines mäßigen Handwerkes herabsinken müßte, wenn nicht die Sonne der Guggengeigger sie überstrahlte.

Artur: Von allem dem wird mir so —

Egbert: Ich habe hier in meinem Schreibtisch obenauf ein Blatt liegen, das ich mir von Zeit zu Zeit mit Erbauung ansehe. Ein Zeitungsausschnitt, der zwei der seltensten, seltsamsten königlich preußischen Naturereignisse vermeldet, die am Donnerstag, den 17. Februar 1898 vonstatten gingen. Während eines Zeitraumes von 17 Bravo und 31 Heiterkeiten schwelgte das Abgeordnetenhaus ohne Ansehung der Person und der Partei epikuräisch im Genuß seelischer Gleichstimmung, und zugleich begannen im Gebiet der ganzen Monarchie die grünen Tische zu erbleichen, fahl und fahler, bis ihre Farbe endlich in das komplementäre Scharlach holder, tiefer und dauernder Scham überging. Weshalb? weil ein früherer ehrwürdiger Präsident eine Rede hielt, deren Inhalt zusammenkristallisierte in die an den Minister gerichtete, einer gewissen Deutlichkeit nicht entbehrende Frage:

Ist Ihnen, Herr Minister, in Ihrer langjährigen amtlichen Laufbahn schon mal ein Mensch vorgekommen, der so dumm war, daß er keine Regierungsverfügung machen konnte?

Artur: Na hör mal!

Egbert: Wie Braten, Geschäftsbriefe, Urteile, Schuhe das gegebene Ausdrucksmittel der Köchin, des Kaufmanns, des Richters, des Schusters sind, so ist die Verfügung das gegebene Ausdrucksmittel des Verwaltungsbeamten. Und so wenig Braten braten, Briefe schreiben, Urteile fällen und Schuhe schustern Genüsse sind, so wenig wäre das Verfassen von Verfügungen ein solcher, wenn nicht mit dem geringen Aufwand von Geist und Wissen, den, wie der Redner von 1898 mit Recht betont, diese Betätigung erfordert, eine gewaltige Sättigung des Bewußtseins persönlicher Macht verbunden wäre. Darum hat der durchgerutschte Amtssessel eine so unwiderstehliche Anziehungskraft. Ich klebe, du klebst, er klebt, wir kleben, ihr klebt, sie kleben, und insbesondere wir, wir, die Guggengeigger. Und dies ist gut so, denn wir sind der Rückgrat des Staatskörpers, das einzig bleibende in der Erscheinung Flucht, die Guggengeiggerei! Es leben die Tüchtigen! Bahn frei für die Tüchtigen!

Wir in unserer Gesamtheit sind der weiße Elephant mit vergoldeten Zähnen und edelsteingeschmückter Schabracke, der unsichtbar hinter dreimal drei rotseidenen Vorhängen Verdauungsgeräusche hinaustönen läßt in die ehrfurchtsvoll lauschende Welt, und deren aus reichlicher Heu- und Haferatzung entstehendes Darmresiduum dem Regierten als Emanation höchster Weisheit auf goldenen Schalen vorgesetzt werden mit dem Gebot: schau, friß und gehorche!

Alles dies, trautester Vetter und Kollege, übergebe ich dir zur Erwägung für das neue Amt aus der Fülle meines Erfahrungsschatzes.

Möge es dir wohl gedeihen und mögest du dich als ein echter Guggengeigger bewähren!

Artur: Glühenden Dank! Sonnen sind mir aufgedämmert. Ich werde dein Garn weiter spinnen zum Segen der — des — der —

Egbert: Na?

Artur: — — der Guggengeiggerei.

Egbert: Du hast's erfaßt.

Materialien zur Polenpolitik

Die Polenpolitik im Abgeordnetenhause. Am 19. Juni erklärte der Minister des Innern Dr. Drews gegenüber Ausführungen des Abgeordneten Korfanty:

Der Abgeordnete Korfanty will den Belagerungszustand als nicht zu Recht bestehend anerkennen. Viele seiner Angriffe sind ein Ausfluß dieses Verneinungswillens. Wenn dieser Geist aus seinen Reden in Oberschlesien gesprochen hat, so kann man sich wohl denken, daß, mag er sich auch bemüht haben, verhetzende Wendungen zu vermeiden, seine Ausführungen für andere Ohren sich dem in bedenklichem Maße näherten, was die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören geeignet ist. Die Auffassungen darüber können außerordentlich verschieden sein. Wenn in den Grenzbezirken eine Legitimation gefordert wird, so müssen sich dem alle beugen, ob sie es für richtig halten oder nicht. Entschieden protestieren muß ich gegen die Behauptung, im Bureau eines Amtsvorstehers in Oberschlesien würden die Leute geprügelt. Ich bedauere, daß diese Behauptung in das Land hinausgeht, ohne daß ich vorher Gelegenheit gehabt habe, den Fall aufzuklären. Die nachträgliche Untersuchung kann das Gegenteil ergeben, es bleibt doch etwas hängen. Wenn mir nicht positive Beweise gegeben werden, würde ich mich genötigt sehen, eine Verleumdungsklage gegen denjenigen zu erheben, der derartige unerhörte Behauptungen in die Welt hinaussendet. Der Erlaß über politische Streitigkeiten, über den ich gestern gesprochen habe, wird vollkommen gleichmäßig angewandt, sowohl gegenüber sozialdemokratischen Gewerkschaften als polnischen Gewerkschaften und sonstigen Vereinen. Die Beamten der inneren Verwaltung in Oberschlesien muß ich ganz energisch in Schutz nehmen. Bei den außerordentlich schwierigen Verhältnissen in Oberschlesien haben sie mehr zu tun, als sich nur darum zu kümmern, wie sie den Polen auf den Leib rücken können. Wir haben darauf gehalten, nach Oberschlesien besonders tüchtige Beamte zu senden. Ich muß den Beamten das Zeugnis ausstellen, daß sie dort ihre Sache gut gemacht haben. Sie sind stets dafür eingetreten, daß den Bedürfnissen und Nöten der Bevölkerung Rechnung getragen werde. Die Behauptung, daß die Kuh einem Bauern weggenommen und über die Straße hinüber einem Beamten gegeben worden sei, geht auch ohne positive Angaben in das Land hinaus. So etwas liest sich glänzend für die, die Stimmung gegen das Bestehende machen wollen. Bis mir ein positiver Beweis geführt wird, weise ich solche Behauptungen unbedingt zurück. Ich muß den Vorwurf erheben, daß durch die Art und Weise, wie derartige Fälle, auf die im Augenblick nichts erwidert werden kann, hier vorgebracht werden, zur Beunruhigung der Bevölkerung beitragen. (Zustimmung.) Bezüglich der Kosciusko-Feier in Posen werden wir uns wohl schwer einigen. In Abweichung von dem sonstigen Brauch waren mit Rücksicht auf die polnischen Empfindungen, namentlich angesichts der Tatsache, daß jenseits unserer Grenzen auf Veranlassung von Deutschland und Österreich ein neues polnisches Reich entstehen sollte, keine

Einwendungen gegen eine solche Feier erhoben worden. Das war ein großes Entgegenkommen und zeugte von dem Geiste, in dem wir die zukünftigen Beziehungen zu unserer polnischen Bevölkerung geregelt sehen möchten. Aber das Vertrauen, daß die Feier in Ruhe und Ordnung verlaufen würde, ist getäuscht worden, und Sie können sich nicht wundern, und müssen es den Elementen zuschreiben, die diese unliebsamen Szenen verursacht haben, wenn wir das angebotene Entgegenkommen in Zukunft nicht mehr gewähren können. Ganz ähnlich liegen die Dinge mit den polnischen Scouts. Es bestand schon ein Verdacht, daß bei ihnen die polnischen Bestrebungen, aus den schwarzweißen Grenzpfählen herauszukommen, Unterstützung fänden. Es geschah nichts gegen sie, sondern man versuchte in anständiger Weise mit ihnen in Verbindung zu treten. Aber es ist gescheitert. Nachdem die Scouts nun auch noch ohne Erlaubnis Versammlungen im Freien abgehalten haben, weswegen auch eine Verurteilung erfolgt ist, und nachdem sie auch bei der Kosciusko-Feier an den verbotenen, für die Deutschen verletzenden Umzügen mitgemacht haben, war das Maß voll. Die Entscheidung hat das Generalkommando getroffen. Für die Mitwirkung der Polizei übernehme ich die Verantwortung voll und ganz. Wir können uns derartiges nicht gefallen lassen. Der Abgeordnete Korfanty hat gesagt, wir verlangten, daß die Polen den Strick selber drehen sollen, mit dem sie gehängt werden sollen. Wenn Sie uns von diesem Standpunkte aus gegenübertreten, werden wir uns allerdings wohl kaum einigen. Sehen Sie sich einmal Polen an, was es als ein Teil Preußens geworden ist. (Zurufe bei den Polen: Gleichberechtigung!) Daß die polnische Kultur nicht gelitten hat, daß polnische Sprache und polnisches Leben auch innerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle sich weiter entwickelt haben, beweist auch die Tatsache, daß eine große Bewegung vorhanden ist. Wenn Sie die ausgestreckte Hand nicht haben wollen, können wir es nicht ändern, dann tragen Sie die Verantwortung.

Auflösung des polnischen 1. Korps. Die Lemberger „Gazeta Poranna" vom 31. Mai (Nr. 4177) veröffentlicht folgenden Schriftwechsel zwischen dem General-Gouverneur von Warschau und dem polnischen Regentschaftsrat: Warschau, den 8. Mai 1918. In Verfolg meines Aufrufs vom 8. d. M. habe ich die Ehre, dem Allerhöchsten Regentschaftsrat mitzuteilen, daß infolge des bedauernswerten Verhaltens der polnischen Regierung in Kiew die Oberste Heeresleitung fernerhin das Recht des Hohen Regentschaftsrates, an politischen Entscheidungen über Heeresfragen mitzuwirken, nicht mehr anerkennt. Die Sicherheit unserer immer noch im Osten kämpfenden Heere erfordert es unbedingt, daß sich in ihrem Rücken keine fremden Heeresabteilungen befinden, die, gebildet aus Bestandteilen der aufgelösten feindlichen Armee, sich der deutschen Obersten Heeresleitung nicht bedingungslos unterwerfen. Dies selbstverständliche militärische Verlangen steht im auffallenden Widerspruch zu der in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 30. v. M. enthaltenen Forderung, die die schwersten Folgen haben könnte, zu der Forderung, daß sich die polnischen Heeresabteilungen, die aus der russischen Armee ausgeschieden sind, bedingungslos dem Hohen Regentschaftsrat unterwerfen und nur auf seine Befehle hören sollen. Eine solche Auffassung der Mitwirkung in militärischen Fragen kann schon aus grundsätzlichen militärischen Gründen, namentlich mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit des Kommandos, nicht geduldet werden. Sie widerspricht gleichfalls den grundsätzlichen Richtlinien des Patents vom 12. September 1917.

Auf Grund der veränderten Sachlage wird von General Dowbor-Musnicki die Erklärung gefordert werden, daß er samt seinem Korps die deutsche Oberste Heeresleitung bedingungslos anerkenne. Hierauf wird mit dem ersten polnischen Korps, als einem neutralen Heere, ein Abkommen zur Erweiterung der Bobrujsker Verträge getroffen werden. Dem Hohen Regentschaftsrat kann jedoch eine unmittelbare Teilnahme daran nicht eingeräumt werden. gez. v. Beseler.

Der Brief des Regentschaftsrats an den General Dowbor-Musnicki lautet: Warschau, den 10. Mai 1918. Indem wir uns auf das beigefügte amtliche Schreiben des General-

Obersten von Beseler berufen, das uns eine Änderung in der Entscheidung des deutschen Hauptquartiers in Sachen unserer Beteiligung an Entscheidungen politischer Natur mitteilt, benachrichtigen wir Euere Exzellenz, daß Sie, Herr General, vom heutigen Tage ab dem Regentschaftsrat nicht unterstehen und das erste Korps von dem geleisteten Eid entbunden ist. Alle weiteren Verhandlungen mit den deutschen Behörden müssen Sie, Herr General, selbständig führen, indem Sie sich nicht nur von der Rücksichtnahme auf das eigene Korps, sondern vor allem auch auf das nationale Interesse leiten lassen. Im nationalen Interesse liegt es aber, trotz allem, was vorgefallen ist und die Lage so ungemein erschwert, einen scharfen Konflikt zu vermeiden. Indem wir Sie, Herr General, und das Ihnen unterstellte heldenmütige Heer dem Schutze Gottes empfehlen, versichern wir Sie unseres unwandelbaren Wohlwollens.

Alexander Kakowski, Erzbischof
Zdzisław Lubomirski Josef Ostrowski.

Die austro-polnische Lösung. Die „Gazeta Grudziadzka" (Nr. 62 vom 30. Mai 1918) bezweifelt, daß es sehr schlau sei, wenn die hakatistisch-alldeutschen Blätter gerade jetzt gegen eine austro-polnische Lösung der polnischen Frage hetzten und sie vom Standpunkt der deutschen Interessen aus für verderblich hielten, wo Rußland nicht mehr Österreich auf dem Nacken sitze und es fraglich sei, ob Deutschland oder Österreich-Ungarn an einer Lösung des Bündnisses mehr verlieren würde. Ob eine austro-polnische Lösung der polnischen Frage auch heute noch im Interesse der Polen liege, das müßten am besten die verantwortlichen polnischen Staatsmänner wissen, obwohl wichtiger als eine Vereinigung mit Galizien die Erringung von Wilna, Grodno und Bialystok sowie eine Vereinigung Polens mit Weißrußland, Polesien und Wolhynien sein könnte, was doch den Polen von einer sehr hochgestellten Persönlichkeit versprochen worden wäre. Wenn dagegen die polnischen Staatsmänner heute eine austro-polnische Lösung erstrebten, so sei nur die Politik der Hakatisten sowie Alldeutschen daran schuld, welche die Schaffung eines großen Polens um jeden Preis verhindern und die Grenzen des Königreiches Polen noch beschneiden wollten. Dies könne aber auch heute noch nur durch die Schaffung eines freien und unabhängigen Großpolens mit dem Zugang zum Meere verhindert werden.

Aus Nr. 124 des „Kurjer Poznanski" (Posen) vom 2. Juni 1918: Die austro-polnische Lösung kann unsere polnische Gesamtheit auf keinen Fall als die Verwirklichung ihrer nationalen Bestrebungen betrachten. Die an sich erwünschte Vereinigung des Königreiches mit Galizien müßte nämlich mit dem Verzicht auf die volle staatliche Selbständigkeit zugunsten eines staatlichen Bundes mit Österreich-Ungarn erkauft werden. Ungeachtet alles dessen wäre die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich zweifellos ein gewichtiger Fortschritt in der Lösung der polnischen Sache. Dieser Vorteil bei der austro-polnischen Lösung muß so hoch eingeschätzt werden, daß sogar manche ernsten Bedenken beiseite gesetzt werden müssen. Die condito sine qua non wird natürlich immer die Unantastbarkeit der Grenzen des Königreiches und die Unversehrtheit Galiziens bleiben. Davon kann kein Pole abgehen. Alles andere hängt von den Einzelheiten der Abmachungen zwischen den Staaten und davon ab, ob den Polen die Möglichkeit geboten werden wird, ihre nationalen Interessen allseitig zu sichern.

Polen und Tschechen. Aus Nr. 122 des „Kurjer Poznanski" (Posen) vom 30. Mai 1918: Das Posener nationaldemokratische Blatt stellt unter Hinweis auf den Verlauf der Jubelfeier des tschechischen Nationaltheaters in Prag fest, daß in den Reden der polnischen Vertreter, wie in der ganzen polnischen Presse bei dieser Gelegenheit ein Ton aufrichtiger und herzlicher Anerkennung für das tschechische Volk durchgeklungen habe, das in seinem dornenvollen Leben den Verstand eines reifen, realdenkenden Mannes mit der schöpferischen Begeisterung des Jünglings in Einklang zu bringen verstehe. Insbesondere habe man die Einigkeit bewundert, mit der dieses mannhafte Volk nach außen auftrete und dadurch den machtvollen Eindruck eines starken und geschlossenen, von einem Gedanken beseelten und von einem Geist belebten Organismus hervorrufe. In dem in drei Teile zerrissenen polnischen Volke

sei es anders. Immerhin hätten auch sie, als der Krieg mit allen seinen Schrecken über Polen hereingebrochen sei, durch die Tat Einigkeit, Solidarität, Patriotismus zu bekunden verstanden. Es handle sich noch darum, daß sie in der Rettung des eigenen Volkes ausharrten, daß sie wie ein Mann auf der Wacht des allgemeinen Wohls ständen, daß ihre Begeisterung nicht erlösche. Voranleuchten möge den Polen das Beispiel der in ihren kollektiven Unternehmungen ausdauernden Tschechen, damit ihnen später niemand vorhielte, daß sie angesichts des schrecklichen Krieges in ihrer Rettungsaktion keine Ausdauer bewiesen, daß sie die Hungersnot im Königreich Polen vergessen hätten; damit sich die Landsleute nicht beklagten, sie in schweren Zeiten verlassen zu haben und gegen ihren herzzerreißenden Ruf nach Rettung stumm gewesen zu sein. H.

Neue Bücher

H. von der Pfordten, „Deutsche Musik", auf geschichtlicher und nationaler Grundlage dargestellt. Quelle und Meyer, Leipzig.

Mit diesem Buch will der Verfasser dem Leser eine Waffe in die Hand geben, um auf musikalischem Gebiet das Deutschtum zu verteidigen und unberechtigte fremde Einwirkungen abzuweisen. Er versucht darum, die Entwicklung der deutschen Tonkunst vom nationalen Gesichtspunkt aus darzustellen, indem er überall diejenigen Momente, die ihm als spezifisch deutsch erscheinen, heraushebt. Die Feststellung dieser Momente erreicht er nicht auf wissenschaftlichem Wege, sondern er betont mehrmals, daß dieselbe Sache des Empfindens sei. In der Tat ist unsere wissenschaftliche Analyse noch nicht so weit vorgeschritten, um aus einem Tonwerk, aus dem gesamten Schaffen eines Meisters oder schließlich aus der Produktion einer ganzen Epoche die nationalen Elemente mit Sicherheit und einwandfrei herausschälen zu können. Aber durch sorgfältiges Vergleichen läßt sich doch für den unmittelbaren Eindruck vieles anschaulich machen, und auch gewisse begriffliche Formulierungen sind bereits möglich. Der Verfasser jedoch ist von einer derartigen Behandlung seines Stoffes weit entfernt; vielmehr bleibt er in Allgemeinheiten stecken, die, wie natürlich, manches Richtige enthalten, aber nicht viel besagen und ihn gelegentlich zu den seltsamsten Konstruktionen veranlassen: Der Romane ist schöpferisch in der Form, aber er bleibt äußerlich; der Germane, der an sich mit der Form zu kämpfen hat, übernimmt sie vielfach von den Fremden, aber er erfüllt sie mit dem Gehalt seiner Innerlichkeit. Ein echter Vertreter der deutschen Innerlichkeit ist J. S. Bach; doch auch Händel ist deutschnational, obgleich seine Musik nach außen drängt; denn damit sich die Innerlichkeit durchsetzen kann, muß dieses Drängen nach außen hinzutreten, das den Willen, die Tat bezeichnet. Wäre Händels Musik englisch-national, so müßte sie uns zuwider sein. Nach dieser sonderbaren Theorie müßten wir also z. B. das so reizvolle und eigenartige englische Volkslied einfach ablehnen.

Man darf nun aber nicht glauben, daß für den Verfasser „deutsch" und „künstlerisch vollendet" zusammenfalle. Vielmehr kann die Innerlichkeit leicht in Sentimentalität ausarten, der Drang, das Gute von überall her aufzunehmen, leicht in lächerliche Ausländerei. Dies sind die beiden Erbfehler der Deutschen. Das Merkwürdige ist nun aber, und damit kommen wir auf die bedenklichste Anschauung des Buches, daß die Beurteilung vom künstlerischen Standpunkt aus derjenigen vom nationalen Standpunkt aus untergeordnet wird. In erster Linie kommt es darauf an, daß ein Tonwerk deutsch-national sei; ja, der Verfasser

versteigt sich zu dem Ausspruch: „Bleiben wird, was deutsch ist, auch wenn es Irrtum oder sogar Karikatur war.“ (Seite 332.)

Die geschichtliche Darstellung als solche, die nichts Neues bringt und bringen will und erst von der Bach-Händelschen Zeit an ausführlicher wird, ohne jedoch überall den inneren Zusammenhang genügend herauszuarbeiten, ist insofern nicht ohne Verdienst, als sich das Buch im wesentlichen an ein Laienpublikum wendet, das für die Schätze der Tonkunst zwar empfänglichen Sinn besitzt, im übrigen aber in Bequemlichkeit und oberflächlichen Vorurteilen befangen ist. Hiergegen zieht der Verfasser mit gesunden Anschauungen zu Felde. So betont er immer wieder den Segen einer wahrhaft guten Hausmusik, verlangt, man solle nicht nur die landläufigen Werke der Meister kennen und ausführen, hebt den Wert und die Unersetzlichkeit auch der kleineren Meister hervor, da unser Geist nicht immer in den höchsten Höhen schweben könne, weist das Vorurteil, Haydn komponiere altväterisch, zurück usw. Überhaupt zeigt er sich, wenigstens innerhalb der deutschen Musik, von erfreulicher Unparteilichkeit. Ohne schiefe Ansichten geht es freilich auch hier nicht ab. So glaubt er mit Wagner, Bach gehöre mit einem Teil seiner Werke einer älteren, mit dem anderen der neueren Zeit an, und nur dieser spreche zu unserem Herzen. Auch im einzelnen ist das Buch nicht frei von Versehen, die nicht hätten stehenbleiben sollen. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Porträts der wichtigsten deutschen Meister beigegeben sind. Dr. R. Hohenemser

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Cleinow in Berlin-Lichterfelde West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:
An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Lichterfelde 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Lützow 6510.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35a.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum III. Quartal 1918 erneuern zu wollen. — Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jede Postanstalt entgegen. Preis 7.50 M.

Verlag der Grenzboten G. m. b. H. Berlin SW 11.

RETURN TO ⟶ CIRCULATION DEPARTMENT
202 Main Library

LOAN PERIOD 1	2	3
HOME USE		
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
1-month loans may be renewed by calling 642-3405
6-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk
Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

APR 2 0 1986

REC. CIR. MAR 2 0 1986

JUN 16 1989

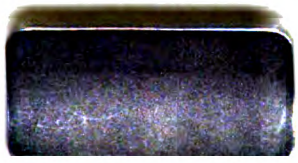
UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
BERKELEY, CA 94720

FORM NO. DD6, 60m, 3/80

YD 11455

GENERAL LIBRARY - U.C. BERKELEY

B000994972

AP30 467733
G7
v.97,2

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY